Maria Theresia's

letzte Regierungszeit.

Geschichte

Maria Theresia's

von

Alfred Ritter von Arneth.

Achter Band.

Wien, 1877.
Wilhelm Braumüller
k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Maria Theresia's

letzte Regierungszeit.

1763—1780.

Von

Alfred Ritter von Arneth.

Zweiter Band.

Wien, 1877.

Wilhelm Braumüller

k. k. Hof- und Universitätsbuchhändler.

Inhalt.

Erstes Capitel.

Zweites Capitel.

37

Drittes Capitel.

Viertes Capitel.

Fünftes Capitel.

Sechstes Capitel.

Siebentes Capitel.

Achtes Capitel

Neuntes Capitel.

Zehntes Capitel.

Elftes Capitel.

Zwölftes Capitel.

Dreizehntes Capitel.

Vierzehntes Capitel.

Fünfzehntes Capitel.

Sechzehntes Capitel.

Siebzehntes Capitel.



Erstes Capitel.

Beziehungen zu Frankreich und England.

Der für Oesterreich so unbefriedigende Ausgang des siebenjährigen Krieges brachte gleichwohl in den Ansichten, welche für die äußere Politik dieses Staates maßgebend waren, keine Aenderung hervor. Schon daß Kaunitz fortan der Leiter derselben blieb, kann als vollgültiger Beweis hiefür angesehen werden. Denn selbst wenn Maria Theresia sich durch die ungünstigen Ergebnisse der Kriegführung auf Gedanken hätte bringen lassen, welche mit den bisher befolgten Grundsätzen nicht übereinstimmend gewesen wären, so würde doch ein Mann von der Ueberzeugungstreue des Staatskanzlers sich niemals dazu hergegeben haben, der Durchführung anderer Prinzipien als derjenigen seine Hand zu leihen, die er für die allein richtigen hielt.

Maria Theresia war jedoch ebenfalls weit entfernt von jeglicher Aenderung ihrer politischen Meinungen. So tief hatte sie sich eingelebt in das von Kaunitz begründete System, daß sie sich darin weder durch das Ausbleiben der günstigen Wirkungen, auf welche sie zunächst gehofft, noch durch die Abweichungen von demselben, deren Verhütung außer ihrer Macht lag, im geringsten erschüttern ließ.

Als die wichtigste dieser Abweichungen muß ohne Zweifel der Abfall Rußlands von dem Bündnisse mit Oesterreich angesehen werden. Stand auch Katharina II. dem Wiener Hofe nicht mehr mit jener

erbitterten Feindseligkeit gegenüber, welche Peter III. während seiner kurzen Regierungszeit gegen denselben gezeigt hatte, so schien doch auch jede Erinnerung an die einstige Allianz zwischen Oesterreich und Rußland in St. Petersburg verwischt. Gänzliche Erkaltung war an die Stelle des früheren innigen Einverständnisses getreten, und man durfte sich nicht darüber täuschen, daß bei einer etwaigen Erneuerung des Conflictes zwischen Oesterreich und Preußen der Beistand oder wenigstens die Sympathie der russischen Machthaber eher dem Berliner als dem Wiener Hofe zu Gute kommen würde.

Maria Theresia besaß allzuviel politische Klugheit und Erfahrung, um sich über den Nachtheil zu täuschen, welchen diese veränderte Haltung Rußlands ihr zufügte. Aber sie wurde hiedurch nur noch bestärkt in dem Bestreben, die Allianz mit Frankreich in erster und mit Spanien in zweiter Linie nicht bloß zu wahren, sondern sie mehr und mehr zu kräftigen und sie womöglich zu einer unauflöslichen zu gestalten. Denn nach ihrer Meinung erhielt durch dieselbe sowohl Oesterreich einen verläßlichen Rückhalt, als der katholische Glaube, der ihr nicht minder am Herzen lag als das Wohl ihres Reiches, eine sichere Stütze.

In letzterer Beziehung gingen ohne Zweifel die Ansichten der Kaiserin über diejenigen ihres Staatskanzlers noch weit hinaus. War Kaunitz zu der Zeit, als er den Abschluß eines Bündnisses mit Frankreich auf die Bahn brachte, zunächst durch den Gedanken geleitet worden, Oesterreich werde im Bunde mit den zwei anderen großen Continentalmächten im Stande sein, Preußen zu zermalmen und sich dadurch nicht nur von seinem gefährlichsten Feinde zu befreien, sondern auch dem immer fühlbarer werdenden Zwiespalte in Deutschland ein rasches Ende zu bereiten und daselbst wieder zu unbestrittenem Uebergewichte zu gelangen, so war für Maria Theresia noch eine andere Betrachtung von nicht geringerer Zugkraft. Je mehr König Friedrich die Miene annahm, sich als Schutzherr der Protestanten in Deutschland hinzustellen, je mehr sein Bündniß mit England den Krieg dieser beiden Mächte gegen Oesterreich und Frankreich als einen Kampf

zwischen Protestanten und Katholiken erscheinen ließ, umsomehr hielt sich Maria Theresia für verpflichtet, die Sache der Letzteren zu der ihrigen zu machen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, mag sie sogar Rußlands Ausscheiden aus der Allianz leichter verschmerzt haben, als dieß sonst wohl der Fall gewesen wäre. Denn es war ihr ohne Zweifel ein wohlthuendes Gefühl, nunmehr ausschließlich mit katholischen Mächten in engem Bündnisse zu stehen.

Kaunitz hingegen konnte es sich unmöglich verhehlen, daß Maria Theresia sich von ihrem Eifer für die Sache des katholischen Glaubens allzuweit hinreißen und zur Betretung von Bahnen verleiten ließ, welche wenigstens vom politischen Standpunkte aus Irrwege genannt werden müssen. Weil der König von Preußen ausschließlich die Protestanten beschützte und ihrer bei jeder Gelegenheit mit Nachdruck sich annahm, so hielt sie es für ihre politische und ihre Gewissenspflicht, für die Katholiken ein Gleiches zu thun. Dabei übersah sie jedoch gänzlich den sehr großen Unterschied zwischen der Stellung des Kaiserhauses in Deutschland und derjenigen Preußens. Die Absichten Friedrichs waren vollständig erreicht, wenn nur ein großer Theil Deutschlands, insbesondere der Norden, seinem Einflusse sich beugte und seiner Führerschaft folgte. Das Kaiserhaus hingegen mußte darauf ausgehen, seine Stellung in Deutschland zu einer universellen, das ist zu einer solchen zu gestalten, die das ganze Reich und nicht bloß die katholischen Theile desselben umfaßte. In Wien durfte man Friedrichs Feindseligkeit gegen den Katholizismus nicht mit einer gleichen gegen den Protestantismus vergelten wollen. Den letzteren an sich zu ziehen, statt ihn mehr und mehr abzustoßen und dadurch in die Arme Preußens zu treiben, darauf hätte das Bestreben einer Monarchin gerichtet sein sollen, welche doch trachtete, ihren Nachkommen den Besitz der Kaiserkrone, somit der wenigstens nominellen Herrschaft über ganz Deutschland zu sichern. Um diesen Zweck zu erreichen, mußte man nichts außer Acht lassen, wodurch die Uebergriffe Preußens gehemmt und gehindert werden konnten, und alles vermeiden, was dieselben förderte. Welch großen politischen Fehler Maria Theresia durch das entgegengesetzte Verfahren beging, ist nicht nur heut zu Tage Jeder-

mann klar, sondern es wurde auch schon damals von Vielen ganz richtig erkannt.

Einen Beweis hiefür wird man in dem Berichte eines streng katholisch gesinnten Mannes, des venetianischen Botschafters Renier, über ein vertrauliches Gespräch finden, welches er mit einem gleichfalls dem katholischen Glauben angehörenden Reichsfürsten, wahrscheinlich dem Herzoge Friedrich von Zweibrücken [1]) pflog. Ohne dessen Namen zu nennen, sagt Renier von seinem Gewährsmanne, daß er schon in gereifterem Lebensalter stehe, vielfache Erfahrungen in politischen Dingen gesammelt habe und insbesondere ein genauer Kenner der Angelegenheiten des deutschen Reiches sei, in welchem ihm ein beträchtlicher Länderbesitz gehöre. Mit Bedauern müsse er gestehen, so habe derselbe sich geäußert, daß unter Karl VI. die Reichsangelegenheiten mit ungleich größerer Klugheit behandelt worden seien, als dieß unter Maria Theresia geschehe. Karls Gemalin Elisabeth von Braunschweig sei zwar vor ihrer Vermälung vom protestantischen Glaubensbekenntnisse zum Katholizismus übergetreten; immer habe sie jedoch der Protestanten sich angenommen, welche nach Wien kamen. Dadurch seien auch diejenigen Fürsten, welche selbst und deren Unterthanen dem Protestantismus angehörten, mit großer Anhänglichkeit an das Kaiserhaus erfüllt worden. Seither hätten sich jedoch die Grundsätze des Letzteren vollständig geändert. Der Kaiserin Maria Theresia genüge es zu wissen, daß irgend Jemand ein Protestant sei, um ihn fern von sich zu halten und ihn zu keiner Anstellung zuzulassen [2]). England und Preußen hätten es vortrefflich verstanden, aus diesem Fehler der Kaiserin Nutzen zu ziehen. Gleich nach Abschluß des Vertrages von Versailles habe Friedrich in dem ganzen protestantischen Deutschland durch die Prediger von den Kanzeln verkündigen lassen, daß der neue und eigenthümliche Gedanke des Wiener Hofes, in ein Bündniß mit Frankreich zu treten, auf nichts Anderes ausgehe als auf Unterdrückung des Protestantismus. Man habe hiedurch nicht nur einen sehr tiefen Eindruck hervorgebracht auf das Volk und es zu lebhafter Erbitterung gereizt, sondern auch die Fürsten mit der Besorgniß erfüllt, Oesterreich und Frankreich könnten zusammenwirken, sie ihrer

Stellung im Reiche zu berauben. Unabläßig werde auch seither in diesem Sinne von England und Preußen gearbeitet und der Religionshaß geschürt. Schon jetzt müsse die protestantische Partei im deutschen Reiche die mächtigere genannt werden.

Man kann sich wohl denken, daß wie dieses Verfahren der Kaiserin schon an und für sich dem Sinne des Staatskanzlers durchaus nicht entsprach, er auch über die Schädlichkeit desselben keiner Täuschung sich hingab. Aber wir finden doch nicht daß er versucht hätte, es der Kaiserin selbst als nachtheilig darzustellen und sie den Protestanten gegenüber zu einer anderen Haltung zu vermögen. Von vorneherein mochte er ein solches Beginnen für ein fruchtloses ansehen, ja vielleicht sogar besorgen, hiedurch sein eigenes Ansehen bei der Kaiserin, seinen Einfluß auf sie zu schmälern. Wenn er es dagegen nicht verschmähte, ihr von Zeit zu Zeit die Nothwendigkeit, bei dem bisherigen Allianzsystem zu beharren, und die Vortheile desselben neuerdings vor Augen zu führen, so scheint er hiezu nicht so sehr durch die Rücksicht auf Maria Theresia, welche ohnedieß festhielt an diesem Gedanken, als durch diejenige auf ihren Gemal und ihren ältesten Sohn, die man Beide eines gewissen Widerwillens gegen Frankreich und starker Hinneigung zu England zieh, vermocht worden zu sein.

Aus den letzten Tagen des November 1764, somit aus der Zeit, in der es um die Wiedervermälung Josephs sich handelte, stammt eine dieser Denkschriften des Staatskanzlers. Aus den Vortheilen, welche nach seiner Meinung Oesterreich aus dem Bündnisse mit Frankreich zog, glaubte er die Folgerung ableiten zu sollen, daß Joseph sich nicht mit einer Prinzessin aus dem portugiesischen Königshause vermälen dürfe, welches den Bourbonen feindlich gegenüber stand und sich in notorischer Abhängigkeit von England befand. Jedoch nicht um dieser Consequenzen, sondern um der Prämissen willen, aus denen sie gezogen wurden, wird jenes Actenstück hier etwas näher ins Auge zu fassen sein.

In der Zeit, in welcher Schlesien bereits verloren gegangen und das Bündniß mit Frankreich noch nicht abgeschlossen war, habe

Oesterreich, so läßt der Staatskanzler sich vernehmen, in beständiger und augenscheinlicher Gefahr sich befunden. Der König von Preußen bedrohte das Herz der Monarchie, die Pforte aber Ungarn. Die Niederlande standen der Uebermacht Frankreichs vollständig offen; ihre Besetzung konnte von dort aus in der geringen Zeit geschehen, deren die französischen Truppen zum bloßen Einmarsche bedurften. Noch vor wenigen Jahren waren die Absichten und die Bemühungen der bourbonischen Höfe auf die gänzliche Verdrängung des Hauses Oesterreich aus Italien gerichtet. Der Beistand Sardiniens gegen Frankreich mußte durch stete Abtretungen von Gebietstheilen erkauft werden, so daß der Länderbesitz, um dessen Vertheidigung es sich handelte, durch die Maßregeln zu dieser Vertheidigung immer mehr und mehr dahinschmolz.

Diese Gefahren waren kurz vor Ausbruch des Krieges um so drohender, als Frankreich mit Neapel und der Pforte, mit Dänemark und Schweden, mit Preußen und Baiern, mit den Kurfürsten von Köln und der Pfalz, mit Württemberg, Hessen-Cassel, Braunschweig und anderen ansehnlichen Reichsfürsten theils im besten Einvernehmen stand, theils Defensiv- oder Subsidienverträge mit ihnen abgeschlossen hatte. Mit Leichtigkeit konnte es daher dem Kaiserhause eine sehr große Anzahl mächtiger Feinde erwecken. Auf Rettung war um so weniger zu hoffen, als Holland wegen der Schwäche seiner Hülfsmittel nicht mehr seinen früheren Rang in der Reihe der europäischen Mächte zu behaupten vermochte. England aber habe immer den König von Preußen begünstigt. Ohne Zweifel würde es die ganze Last des Krieges auf dem Festlande neuerdings auf Oesterreich gewälzt haben.

„Betrachtet man ferner," sagt Kaunitz weiter, „die Umstände, „in denen damals das Ansehen des Kaisers und des durchlauchtigsten „Erzhauses, die ganze Reichsverfassung und die katholische Religion „sich befanden, so stellt sich die mißlichste und traurigste Abschilderung „vor Augen. Die Staatsregistratur ist voll der überzeugendsten „Proben, wie übermüthig, und wenn ich es sagen darf, wie verächt-„lich der hiesige Hof nicht nur von großen, sondern auch von

„verschiedenen kleinen Höfen behandelt worden. Man bezeigte fast „mehr Rücksicht für einen Kurfürsten von Köln als für das durch„lauchtigste Erzhaus. Jedermann erkannte dessen gefährliche Lage und „seine Abhängigkeit von der Willkür Englands. Diese Krone wollte „in allen Stücken Gesetze vorschreiben, nach denen man sich hier be„tragen sollte. Bei erfolgendem Widerspruche aber wurde mit den „empfindlichsten Vorwürfen und Drohungen nicht gespart, bis man „sich genöthigt sah, dem Begehren Englands sich zu fügen. So weit „war es gekommen, daß die Höfe, welchen es in den Sinn kam, An„sprüche an das Erzhaus zu erheben, sich nicht hieher, sondern an „England wandten. Dort aber fanden sie um so eher Gehör, je „lieber man die Gelegenheit benützte, sich selbst auf Kosten Oester„reichs Freunde zu erwerben. Und in den Reichsangelegenheiten war „schon gar nicht mehr fortzukommen, denn der König von Preußen „stellte sich so zu sagen als „„ein Anticäsar““, ein Gegenkaiser dar, „und er wurde von Frankreich wie von all dessen erkauften Freunden „aufs kräftigste unterstützt.“

Wir wollen dem Fürsten Kaunitz nicht folgen bei der ferneren Schilderung der ungünstigen Lage Oesterreichs vor dem Abschlusse des Vertrages von Versailles. Durch diesen Schritt sei jedoch, so meint er, plötzlich und in den meisten Stücken eine sehr günstige Aenderung herbeigeführt worden. Von der früheren übergroßen Anzahl der Feinde Oesterreichs seien nur Preußen und die Türkei übrig geblieben, welche das Kaiserhaus auch jetzt noch als gefährliche Nachbarn ansehen müsse. Aber sogar die Besorgniß vor der Pforte sei durch das Bündniß mit Frankreich ansehnlich verringert worden, indem der Diwan stets sehr große Rücksicht auf Frankreich nehme. Darum konnte man auch während des letzten Krieges die gesammte Streitmacht gegen Preußen vereinigen, und brauchte sie nicht theilweise zur Vertheidigung weit entfernter Reichsgrenzen zu verwenden; diese Betrachtung allein überwiege schon alles dasjenige, was gegen das Bündniß mit Frankreich etwa angeführt werden könnte.

Außerdem ziehe es noch den unschätzbaren Gewinn nach sich, daß eine Macht, welche seit Jahrhunderten der gefährlichste Rival des

Hauses Oesterreich gewesen und vor noch nicht allzulanger Zeit die Erbin Karls VI. um Krone und Szepter habe bringen wollen, ihren Zusagen treu geblieben sei. Nicht nur an dem Kriege in Deutschland habe Frankreich Antheil genommen und seine Heere gegen Preußen gesendet, sondern auch an Oesterreich Subsidien im Gesammtbetrage von mehr als fünf und zwanzig Millionen Gulden bezahlt. Schweden und Dänemark hätten gleichfalls von Frankreich Subsidien erhalten; das Erstere, um den König von Preußen zu bekriegen, das Letztere, um ihm wenigstens keinen Beistand zu leisten. So habe man, Rußland mit eingerechnet, gegen viermalhunderttausend Mann wider Preußen ins Feld zu stellen vermocht. Und wenn solches auch in Folge des Zusammentreffens ungünstiger Umstände nicht von der erwünschten Wirkung gewesen, so sei doch das neue politische System hieran ganz ohne Schuld. Man möge sich, um hievon überzeugt zu sein, nur das Unglück vergegenwärtigen, welchem man preisgegeben gewesen wäre, wenn man sich nicht einer so ausgiebigen Hülfe zu erfreuen, sondern eine noch größere Anzahl mächtiger Feinde zu bekämpfen gehabt hätte.

Kaunitz kommt neuerdings auf den Schutz zurück, der den Niederlanden und den österreichischen Besitzungen in Italien durch das Bündniß mit Frankreich und den übrigen bourbonischen Höfen zu Theil geworden war. Ohne denselben hätte man, fügt er hinzu, nicht aus den Niederlanden allein gegen vierzig Millionen Gulden zur Bestreitung der Kriegskosten zu ziehen vermocht.

In gleicher Weise gereiche die Allianz Oesterreichs mit Frankreich auch der Aufrechthaltung der Autorität des Kaisers in Deutschland, der Reichsverfassung und der katholischen Religion zum Vortheil. Seitdem er den Vertrag von Versailles abgeschlossen, habe sich Frankreich keinen einzigen feindseligen Schritt mehr gegen des Kaisers oberstrichterliches Amt, gegen die katholische Partei und ihre Interessen zu Schulden kommen lassen. Die Wahl Josephs zum Römischen Könige sei seit Jahrhunderten die erste gewesen, bei welcher Frankreich keine Einstreuungen machte und die daher ruhig und im Wege einmüthigen Zusammenwirkens vor sich ging.

Oesterreich vermöchte übrigens, selbst wenn es wollte, England den früheren Beistand nicht mehr zu leisten, so lange Preußen im Besitze seiner gegenwärtigen Macht bliebe. Denn durch eine Allianz zwischen Oesterreich und England würde Frankreich allsogleich wieder freie Hand erlangen, sich statt mit Oesterreich mit Preußen zu verbinden und sich beim Ausbruche eines Krieges der Niederlande zu bemeistern. Ihr Besitz würde Frankreich zum Schadenersatze dienen für den in Amerika erlittenen Verlust [3]).

Auf diesem Standpunkte blieben denn auch Maria Theresia und Kaunitz unerschütterlich stehen. So wie die Erstere mit König Ludwig XV., so suchte Kaunitz mit dem Herzoge von Choiseul fortwährend das beste Einvernehmen aufrecht zu erhalten. So oft irgend eine Gelegenheit hiezu vorkam, benützte Kaunitz sie eifrigst, um in den verbindlichsten Ausdrücken an Choiseul zu schreiben und ihn seiner Anhänglichkeit, seiner Bewunderung zu versichern [4]).

Auch Choiseul ließ es an gleichartigen Kundgebungen dem Fürsten Kaunitz gegenüber nicht fehlen. Dennoch ergaben sich, wie dieß bei großen Reichen, deren Interessen gar oft einander gerade entgegengesetzt waren, in der Natur der Sache gelegen ist, nicht selten Punkte des Widerstreites der Meinungen und der beiderseitigen Bestrebung. So sah man es in Wien, um nur wenige Beispiele zu erwähnen, außerordentlich ungern, als Genua die Insel Corsica an Frankreich abtrat, und mit lebhaften Sympathien begleitete man den Freiheitskampf der Corsen gegen die Franzosen. Ebenso berührte die Unterstützung, welche Frankreich als eine Art Gegendienst der Republik Genua in der Frage wegen San Remo zu Theil werden ließ, wenigstens den Kaiser Joseph persönlich in höchst empfindlicher Weise. Aber sowohl Maria Theresia als Kaunitz wachten sorgfältig darüber, daß derlei Differenzen und kleinere Reibungen niemals ausarteten in offenbaren Zwist, und man muß zugestehen, daß auch der König von Frankreich und der Herzog von Choiseul die gleichen Gesinnungen wenigstens äußerlich kundgaben.

So willkommen nun derlei Merkmale der Bundestreue von Seite Frankreichs dem Wiener Hofe auch sein mochten, so kann man doch nicht sagen, daß sich ihm gar kein Anlaß zum Mißtrauen gegen seinen Alliirten dargeboten hätte. Mannigfacher Anzeichen war er gewahr geworden, welche ihn mit der Besorgniß erfüllten, daß Frankreich sich wenn auch nicht plötzlich, so doch allmälig wieder loslösen könnte von der Allianz. Wie es seit einem Vierteljahrhundert ununterbrochen der Fall gewesen, so wurzelten auch jetzt wieder diese Befürchtungen in dem politischen Gegensatze Oesterreichs zu Preußen. Man hielt es am Wiener Hofe für möglich, daß in Frankreich die Anschauung, derzufolge diesem Staate eine Allianz mit Preußen von größerem Nutzen sein könnte als diejenige mit Oesterreich, neuerdings die Oberhand bekomme. Schon gleich nach Abschluß des Friedens hatte man bei den französischen Staatsmännern eine sehr große Beeiferung wahrgenommen zur Wiederanknüpfung der diplomatischen Correspondenz mit Preußen. Nicht ihnen, sondern der Zurückhaltung Friedrichs meinte man in Wien es zuschreiben zu sollen, wenn man damit nicht so rasch zu Stande kam, als es in Frankreich beabsichtigt wurde. Und ganz unausrottbar schien am Hofe von Versailles das Vorurtheil zu sein, daß Oesterreich die Wiedereroberung Schlesiens noch immer im Schilde führe. Sei nur einmal dieses Vorhaben gelungen, dann werde es das alte Bündniß mit England erneuern und wie früher seine ganze Macht wider Frankreich kehren.

Hiezu kam noch die Betrachtung, daß die Hauptstärke der französischen Kriegsmacht in dem Landheere bestand; dasselbe werde jedoch, so lange die Allianz mit Oesterreich fortdauere, weder gegen die Niederlande noch gegen Holland gebraucht werden können. Aus Aeußerungen des Herzogs von Choiseul hatte man den Schluß ziehen zu sollen geglaubt, Frankreich gedenke früher oder später zu einer kriegerischen Unternehmung gegen Holland zu schreiten. Eine solche ließ sich jedoch unmöglich ausführen, ohne die Niederlande und dadurch auch Oesterreich ins Spiel zu ziehen.

Neben der Beeiferung Frankreichs zur Wiederanknüpfung der freundschaftlichen Beziehungen zu Preußen waren noch andere,

unmittelbar gegen die Absichten und die Interessen Oesterreichs gerichtete Schritte des Hofes von Versailles bemerkbar geworden, welche den Glauben an die Verläßlichkeit der Bundestreue Frankreichs gar sehr erschütterten. Einen recht ungünstigen Eindruck hatten die anfänglichen Bemühungen des Hofes von Versailles, das Zustandekommen der Vermälung des Erzherzogs Ferdinand mit der dereinstigen Erbin von Modena zu hintertreiben, auf die Kaiserin hervorgebracht. War sie ja doch nicht leicht für etwas so empfindlich, als was sich auf ihre eigene Familie und die zukünftige Stellung der Mitglieder derselben bezog. Darum hatte es sie auch peinlich berührt, daß Frankreich in Madrid sich erfolgreich bemühte, den König von Spanien dahin zu bringen, sich für seinen ältesten Sohn, den Prinzen von Asturien nicht um die Hand einer österreichischen Erzherzogin zu bewerben, sondern ihn mit der Prinzessin Louise von Parma zu vermälen. Und endlich war in Wien die glänzende Aufnahme nicht unbemerkt geblieben, welche einer der treuesten Anhänger König Friedrichs, der Erbprinz von Braunschweig bei einer Reise nach Frankreich am Hofe von Versailles gefunden hatte. Man erzählte sich daß die Sprache, die von französischer Seite gegen ihn geführt worden, sehr große Vorliebe für Preußen bewiesen habe. Leicht könnte durch ihn der Weg zu geheimen Verabredungen mit Preußen gebahnt worden sein. Denn immer mehr komme in Frankreich die Ansicht zur Geltung, daß wenigstens nach dem Tode König Friedrichs das Bündniß mit Oesterreich für Frankreich nicht mehr vortheilhaft sein werde [5]).

So lebhaft waren die Besorgnisse, welche über diesen letzteren Punkt am Wiener Hofe herrschten, daß Kaunitz sich veranlaßt fühlte, sie zum Gegenstande einer unmittelbaren Anfrage bei dem Herzoge von Choiseul zu machen [6]). Die Antwort des Letzteren aber ist eigenthümlich genug, um es zu rechtfertigen, wenn wir wenigstens einen Augenblick bei ihr verweilen.

Sie beginnt mit der Versicherung, daß Choiseul den Erbprinzen von Braunschweig nur zwei Mal gesehen, und daß er sich nie mit ihm allein befunden habe. Er sei weit davon entfernt gewesen, ihn

mit besonderer Zuvorkommenheit zu behandeln; er wisse vielmehr, daß der Erbprinz mit der Ueberzeugung von Paris abgereist sei, daß Choiseul ihm keineswegs wohlwolle, und er habe durchaus nichts gethan, um ihn auf andere Gedanken zu bringen [7]).

Auf den Kernpunkt des Briefes eingehend, den ihm Kaunitz geschrieben, erklärt Choiseul, daß im Rathe des Königs oder dem Letzteren gegenüber niemals von Entschlüssen die Rede war, welche Frankreich nach dem Tode des Königs Friedrich von Preußen zu fassen hätte. Wohl aber habe er selbst im Gespräche mit dem Könige mehrmals die Möglichkeit eines Wiederausbruches des Krieges erörtert. Als etwaiger Anlaß hiezu sei ebensowohl das dereinstige Ableben des Königs von Preußen, als die von ganz Europa behauptete Abneigung des Kaisers Joseph gegen Frankreich, sowie die Rücksicht betont worden, welche der Wiener Hof für England und Rußland an den Tag lege [8]). Aber immer habe Choiseul der Ansicht gehuldigt, daß so lange Maria Theresia regiere und Kaunitz ihr Minister sei, der König von Frankreich keine Ursache besitze zur Beunruhigung über die Festigkeit der Allianz.

Diese an und für sich nicht unbefriedigende Mittheilung vergällte jedoch Choiseul durch die sonstigen Betrachtungen, die er an sie knüpfte. Was er von der übergroßen Rücksicht des Wiener Hofes auf England und Rußland gesagt, schien er durch nähere, in recht bitterem Tone vorgebrachte Erläuterungen erklären zu wollen. In ersterer Beziehung tadelte er die ihm bekannt gewordene Absicht der kaiserlichen Regierung, mit England eine Verabredung zu Stande zu bringen, derzufolge Oesterreich bei einem etwaigen Kriege zwischen Frankreich und England neutral bleiben würde. Und noch viel leidenschaftlicher sprach er über die vermeintliche Hinneigung Oesterreichs zu Rußland sich aus. Nach einer heftigen Schmährede gegen Katharina II., welche er die geschworne Feindin Frankreichs nennt, tadelt er aufs schärffte die Haltung des österreichischen Gesandten in St. Petersburg, die er als eine den französischen Interessen feindselige bezeichnet. Fürst Lobkowitz befolge übrigens nur die Befehle, die er von Wien aus empfange,

und von dorther stamme es, wenn Lobkowitz alles Zusammenwirken mit dem Repräsentanten Frankreichs in Rußland als schädlich betrachte [9]).

Die Bitterkeit dieser Vorwürfe wurde nur wenig durch die Versicherungen gemildert, welche Choiseul am Schlusse seines Briefes neuerdings vorbrachte. Das Bündniß zwischen Oesterreich und Frankreich sei nicht bloß auf die Lebenszeit des Königs Friedrich von Preußen geschlossen; sein Tod könne daher auch keine Aenderung hierin herbeiführen. Wer die eine der beiden Mächte angreife, müsse durch diesen Schritt allein schon zum Feinde der anderen werden. Hierüber auch nur Erwägungen anstellen zu wollen, wäre eben so treulos als thöricht. Treulosigkeiten erwäge er jedoch niemals, betheuerte Choiseul, und Thorheiten nur so selten, als es ihm überhaupt möglich sei [10]). Man solle sich daher durch falsche und böswillige Berichte nicht in Irrthum führen lassen über die wahre Gesinnung des Königs von Frankreich.

Es war nicht leicht, sich klar darüber zu werden, ob in dieser Mittheilung des Herzogs von Choiseul das Befriedigende durch das Unbefriedigende überboten werde oder ob das Umgekehrte der Fall sei. Kaunitz war klug genug, sich das Ansehen zu geben, als ob er der letzteren Anschauung huldige. Seine Antwort an Choiseul ist daher erfüllt mit Danksagungen für die beruhigenden Erklärungen desselben. Aber er versäumt doch auch die Pflicht nicht, die Anklagen zu entkräften, welche gegen den Wiener Hof erhoben worden waren. Vor Allem nimmt er den Kaiser gegen die Behauptung in Schutz, derselbe sei dem Bündnisse mit Frankreich feindlich gesinnt. Kaunitz erklärt dieses Gerücht für eine Ausstreuung, welche jedes thatsächlichen Grundes entbehre, deren Absichtlichkeit die Urheber derselben hinreichend kennzeichne und welche darum auch keine Aufmerksamkeit verdiene [11]).

Ausführlicher erörtert Kaunitz die gegen den Wiener Hof erhobene Beschuldigung einer zu weit gehenden Rücksichtnahme auf England und Rußland. Er vertheidigt den Gedanken, daß die Bestrebung, für den Fall des Wiederausbruches eines Seekrieges zwischen England und Frankreich die Eröffnung von Feindseligkeiten auf dem

Festlande zu verhindern, Frankreich nicht weniger als Oesterreich zu Gute komme. Und was Rußland anging, so versicherte er dem Herzoge von Choiseul, daß die Kaiserin Katharina Oesterreich kaum viel weniger hasse als Frankreich. Man verdanke dieses Gefühl dem Umstande, daß man seit ihrer Thronbesteigung sich jeden Schrittes der Annäherung an sie sorgfältig enthielt. Darum habe auch Fürst Lobkowitz keinen anderen Auftrag als den, sich auf die Rolle eines einfachen Beobachters zu beschränken. Wenn er dem französischen Gesandten in St. Petersburg keine Mittheilungen mache, so liege der Beweggrund hiezu nur darin, daß er ihm nichts mitzutheilen habe [12]).

Kaunitz schließt sein weitläufiges Schreiben an Choiseul mit einer lebhaften Apologie des Bündnisses zwischen Oesterreich und Frankreich. Neuerdings betheuert er, daß Maria Theresia und Joseph gleichmäßig durchdrungen seien von der Erkenntniß der Vortheile dieser Allianz, und daß der Wiener Hof ihr unverbrüchlich treu bleiben werde. Freilich habe man sie häufig als eine „unnatürliche" [13]) bezeichnet; aber gleichwohl bestehe sie seit mehr als zehn Jahren unerschütterlich fort. Für alle Zukunft werde dieß der Fall sein, wenn nur Frankreich solches auch ernstlich wolle. Denn niemals werde das Haus Oesterreich das Erste sein, dem Bündnisse mit Frankreich entgegen zu handeln.

Es liegt kein Grund vor, diese Versicherungen der Vertragstreue, welche zwischen Kaunitz und Choiseul ausgetauscht wurden, nicht von beiden Seiten für ernstgemeinte zu halten. Aber gleichzeitig wird man über die Differenzen aufgeklärt, welche zwischen den zwei Alliirten obwalteten, und man sieht nach welcher Richtung hin die Streitpunkte lagen, die am ehesten zu einer Gefährdung jenes Bündnisses zu führen vermocht hätten.

Es versteht sich gewisser Maßen von selbst, daß für Frankreich dasjenige das meiste Interesse besaß, was die Beziehungen des ihm verbündeten Oesterreich zu England betraf. Wohl war der aufreibende Krieg zwischen den beiden rivalisirenden Seemächten beendigt; aber man konnte sich doch nicht darüber täuschen, daß dessen Feuer noch

fortglimmte unter der Asche und daß es bei dem leisesten Windstoße wieder in heller Lohe emporflammen konnte. Um so lebhafter war Frankreichs eifersüchtige Besorgniß, daß Oesterreich neuerdings eintreten könnte in freundschaftliche Beziehungen zu England, als dieselben eine Reihe von Decennien hindurch fast ununterbrochen fortbestanden hatten und man wußte, es werde solches von einer mächtigen Partei am Wiener Hofe eifrig gewünscht.

Wäre die Letztere wohl auch entschlossen gewesen, die Wiederanknüpfung der Allianz mit England sogar durch Vernichtung derjenigen mit Frankreich zu erkaufen, so waren doch Maria Theresia und Kaunitz sehr weit davon entfernt. Mit fast ebenso tiefen Zügen als die Erinnerung an die Beraubung, welche von Seite des Königs von Preußen durch die gewaltthätige Wegnahme Schlesiens an Oesterreich verübt worden, war in die Gemüther der Kaiserin und ihres Staatskanzlers der Schmerz eingegraben über die empörende Art, in der England den Kaiserstaat bei den Friedensverhandlungen seinen früheren Gegnern preisgegeben hatte. Aber so weit gingen doch auch Beide in diesem Gefühle berechtigten Unmuthes nicht, daß es ihnen nicht willkommen gewesen wäre, nach Abschluß des Hubertsburger Friedens allmälig auch mit England wieder in ein besseres Einvernehmen zu gelangen. Denn sie waren nicht blind für die Vortheile, die es Oesterreich gewähren mußte, wenn England nicht mehr so eifrig als zuvor in den Angelegenheiten Deutschlands dem Kaiserhause entgegen wirke und außerdem dem Könige von Preußen einen minder verläßlichen Stützpunkt gewähre, als dieß bis kurz vor Beendigung des siebenjährigen Krieges der Fall gewesen war.

Darum mußte es auch der Kaiserin und Kaunitz als ein sehr günstiger Umstand erscheinen, daß sowohl König Georg III. als sein erster Minister Lord Bute seit einiger Zeit und insbesondere während der Friedensverhandlungen nicht mehr so unerschütterlich festhielten an dem Bündnisse mit Preußen, als Pitt dieß während seines Verweilens am Staatsruder gethan hatte. Je weitere Ausdehnung und je mehr Bestand das keimende Zerwürfniß zwischen England und Preußen gewann, desto größerer Vortheil mußte selbstverständlich

Oesterreich hieraus erwachsen. Als daher von englischer Seite zuerst eine Anregung zur Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen geschah [14]), welche während des Krieges unterbrochen gewesen waren, bot der Wiener Hof hiezu bereitwillig die Hand. Und da man in England Werth darauf legte, daß solches durch Absendung von Botschaftern und nicht, wie man in Wien aus Ersparungsrücksichten vorgezogen hätte, bloß durch bevollmächtigte Minister bewerkstelligt werde, so meinte man auch diesem Wunsche Englands sich nicht widersetzen zu sollen [15]). Als Georg III. ankündigen ließ, er habe seinen bisherigen Gesandten in Dresden, Lord Stormond, zu seinem Botschafter in Wien ernannt, wurde das gleiche Amt in London von der Kaiserin dem Grafen Christian August von Seilern, bisherigen kurböhmischen Gesandten bei der Regensburger Reichsversammlung übertragen.

Sichere Anhaltspunkte zur Beurtheilung der Frage, ob Seilern in jeder Beziehung geeignet erschien zu entsprechender Ausfüllung des Postens, den er nun als Botschafter in London erhielt, stehen uns nicht zu Gebote. Eine Kundgebung des Vertrauens, welches Maria Theresia zu ihm hegte, liegt aus der Zeit vor, in der Seilern noch während der Dauer des siebenjährigen Krieges bei dem Friedenscongresse zu Augsburg, der jedoch bekanntlich niemals zu Stande kam, Oesterreich vertreten sollte [16]). Ein verläßlicher und dem Grafen Seilern wohlwollender Gewährsmann, Fürst Starhemberg, glaubte ihn jedoch wenig geeignet für die ihm nun zu Theil gewordene Stelle. Er giebt ihm das Zeugniß erprobter Redlichkeit, großen Fleißes, verständigen Urtheils und einer nicht gewöhnlichen Gesetzkenntniß. Er erklärt ihn daher für ungemein tüchtig für den Posten eines Präsidenten des Reichshofrathes, und er meint daß in dieser Anstellung auch die Mängel, die seiner Verwendung als Botschafter im Wege stünden, nur wenig bemerkbar sein würden [17]).

Warum gleichwohl die Bestimmung, als Botschafter nach England zu gehen, auf den Grafen Seilern fiel, ist jetzt schwer zu beurtheilen, und es mag wohl nur der Mangel an einer geeigneteren Persönlichkeit hiefür den Ausschlag gegeben haben. Die ihm jetzt ertheilte Instruction gewährt übrigens einen sicheren Leitfaden, um

sich über die Gesichtspunkte klar zu werden, von denen der Wiener Hof bei der Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen zu England ausging [18]).

Als obersten Grundsatz der Politik, welche man von österreichischer Seite befolgen wolle, stellte Kaunitz die Absicht hin, den allgemeinen Frieden aufrecht zu erhalten, jede Gelegenheit zur Erneuerung des Krieges sorgfältig zu vermeiden und daher mit gar keiner Macht in Verbindungen offensiver Natur zu treten, sondern das Augenmerk stets nur auf Selbsterhaltung und Vertheidigung zu richten. Dieses Prinzip werde man auch allen künftighin abzuschließenden Verträgen zu Grunde legen. In solchem Sinne allein sei die Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich zu verstehen; man werde an ihr festhalten, so lange von Seite Frankreichs ein Gleiches geschehe.

Kaunitz bemüht sich nun darzuthun, daß hiemit ein gutes Einvernehmen mit England sehr wohl zu vereinbaren sei. Aber freilich werde man sich nicht mit England allzu tief einlassen dürfen, um nicht Frankreich dadurch begründeten Anlaß zur Beschwerde und zum Mißtrauen zu geben. Andererseits müsse man es jedoch auch mit Sorgfalt vermeiden, Englands Erbitterung neuerdings zu reizen, und sich bemühen, sich dessen Geneigtheit zu erwerben und zu erhalten.

Um dieses zweifache Ziel zu erreichen, wurde Graf Seilern beauftragt, die feste Absicht des Wiener Hofes, dem Bündnisse mit Frankreich treu zu bleiben, durchaus nicht zu verhehlen, sondern bei jeder Gelegenheit von ihr offen zu reden. Zu gleicher Zeit möge er jedoch diese Allianz als dasjenige hinstellen, was sie wirklich sei, ein Mittel zur Erhaltung der allgemeinen Ruhe und des Friedens. Gegen die Regierung und das Volk Englands habe er sich voll Wohlwollen und Hochachtung zu zeigen und sie allmälig mit der Erkenntniß zu durchdringen, daß Oesterreich, wenn es auch von dem besten Willen beseelt wäre, ein so nützlicher Verbündeter Englands wie in früheren Zeiten zu sein, hieran schon durch die Stellung gehindert werde, welche

seither dem Könige von Preußen zu Theil geworden sei. Die Schuld hievon könne nicht Oesterreich, sondern nur England treffen. Es habe die Mittel in Händen gehabt, dem im Jahre 1740 begonnenen Kriege durch ernstliche und bundestreue Maßregeln wenn nicht gleich Anfangs zuvorzukommen, so doch ihm ein rasches Ende zu bereiten und hiebei das frühere politische System aufrecht zu erhalten. Daß auch die Seemächte sehr viel verloren hätten, indem sie Oesterreich in die Unmöglichkeit versetzten, ihnen die frühere ansehnliche Kriegshülfe zu leisten, sollte Seilern den englischen Staatsmännern recht anschaulich machen.

Ueber die einzelnen Punkte und Angelegenheiten hinweggehend, hinsichtlich deren Graf Seilern noch mit speziellen Instructionen versehen wurde, wollen wir hier nur erwähnen, daß es nach dessen Ankunft in England wirklich den Anschein gewann, als ob man dort die Wiederherstellung befriedigender Beziehungen zu Oesterreich aufrichtig wolle. Nicht nur in den Geschäften, die sich auf die Wahl Josephs zum Römischen Könige bezogen, ließ England sich dem Wunsche des Wiener Hofes willfährig erfinden. Die britische Regierung trat sogar binnen kürzester Frist mit dem offenen Begehren hervor, Oesterreich möge die Hand bieten zur Erneuerung der früheren Allianz. Wenn man in Wien hierauf einzugehen bereit sei, würden Englands fernere Schritte von nun an nur mehr auf Erreichung dieses Zieles gerichtet sein [19]).

Der entscheidende Beweggrund zu diesem Antrage, welcher durch Vermittlung des Grafen Sandwich an Seilern gelangte, bestand in den Zwistigkeiten, die zu jener Zeit zwischen England und Preußen immer schroffer hervortraten. Wie die britische Regierung es darstellte, hatte König Friedrich theils begründete, theils unbegründete Ansprüche an England auf Bezahlung von Rückständen aus dem siebenjährigen Kriege erhoben. Da man sich nicht allsogleich und in jeglicher Beziehung willfährig zeigte, belegte er die in seinen Ländern befindlichen englischen Magazine mit Beschlag. Die britische Regierung erblickte hierin eine arge Beleidigung und sie begehrte von dem Könige von Preußen volle Genugthuung. Aber sie täuschte sich doch auch

keineswegs über die Schwierigkeit, solche von ihm zu erlangen. Ja sie gab sich sogar der Besorgniß hin, er werde diesen Anlaß zu einer feindlichen Unternehmung gegen Hannover benützen. Zur Verhinderung einer solchen trachtete sie sich des Beistandes des Wiener Hofes zu versichern [20]).

Dem Letzteren konnte dieser Zwiespalt zwischen seinen früheren Gegnern natürlicher Weise nur in hohem Grade willkommen sein. Die zwischen ihnen sich aufthuende Kluft immer mehr und mehr sich erweitern und allmälig eine vollständige Trennung Englands von Preußen eintreten zu sehen, darauf waren die Wünsche des Wiener Hofes in ganz besonderem Maße gerichtet. Gleichwohl durfte er sich nicht dazu herbeilassen, nach diesem Ergebnisse auf einem Wege zu streben, der nur allzu leicht zur Lösung seines eigenen Bündnisses mit Frankreich zu führen vermocht hätte. Darum wurde Seilern beauftragt, dem Grafen Sandwich zu entgegnen, die Aufhebung der früheren Allianz mit England sei ohne Oesterreichs Verschulden und aus den nichtigsten Beweggründen erfolgt. Nachdem die Kaiserin es sich zum unabänderlichen Grundsatze gemacht, bei jeder Gelegenheit das von ihr gegebene Wort heilig zu halten, so werde man in England von selbst begreifen, daß sie ohne Verletzung von Treue und Glauben den gegen Frankreich eingegangenen Verpflichtungen nicht zuwider handeln könne. Ein solches Verfahren sei übrigens auch noch aus anderen und entscheidenden Ursachen mit Sorgfalt zu vermeiden. Dieselben hinderten jedoch durchaus nicht, daß Oesterreich, insoweit es mit seinem gegenwärtigen politischen Systeme und den eingegangenen Verpflichtungen vereinbar erscheine, mit England in freundschaftlichem Einvernehmen stehe. Man wünsche vielmehr in Wien aufrichtig ein solches. Man werde zu dessen Zustandebringung und Erhaltung alles nur immer Mögliche beitragen und rechne darauf, daß solches auch von Seite Englands geschehe [21]).

Lang bevor diese Instruction in die Hände des Grafen Seilern gelangt war, hatte ihm gegenüber Graf Sandwich seine Anträge erneuert, und wenn man so sagen darf, noch verstärkt. Er sehe ein, erklärte er, daß so lang der König von Preußen den mindesten

Einfluß in England besitze, Oesterreich die Wiederherstellung der früheren Allianz nicht zugemuthet werden könne. Aber es sei wahrscheinlich, daß binnen kürzester Frist dieses Hinderniß gänzlich hinwegfalle [22]).

Kaunitz beeilte sich, der englischen Regierung die Täuschung zu benehmen, in der sie sich nach seiner Meinung befand. Sie irre sich, schrieb er an Seilern, wenn sie glaube, daß zur Heranziehung Oesterreichs die völlige Ueberwerfung mit Preußen schon ausreichend sei [23]). Auch jetzt wieder wurde der Standpunkt Oesterreichs beleuchtet und das unerschütterliche Beharren auf demselben betont.

Die Beweggründe, durch welche der Wiener Hof bei diesen Erklärungen sich leiten ließ, waren so einleuchtend, daß man ihnen auch in England die Anerkennung und Zustimmung nicht versagte. Man gab sich vielmehr mit ihnen zufrieden, und da bald darauf auch der König von Preußen andere Saiten aufzog und die vorenthaltenen Magazine zurückstellte [24]), schien man in England das Bedürfniß zu einem etwaigen Beistande wider ihn nicht mehr so dringend zu fühlen wie zuvor. Aber das frühere gute Einvernehmen mit ihm kehrte darum wenigstens vor der Hand doch nicht zurück. Gegen Ende des Jahres 1764 glaubte Kaunitz die Meinung aussprechen zu dürfen, England erkenne vollkommen den Fehler, den es durch Preußens ausgiebige Unterstützung während des Krieges begangen habe. Es lasse sich nicht mehr in nähere Verbindung mit Friedrich ein. Gegen Oesterreich aber führe es eine weit angemessenere Sprache, als es sogar zur Zeit des Bündnisses mit dem Wiener Hofe gethan. Man scheine sich mit Maßregeln zu beschäftigen, durch welche man den Irrthum, in den man gerathen sei, wieder gut machen wolle [25]).

Daß dieß wirklich der Fall war, bewies Georg III. persönlich, indem er im Februar 1765 dem Grafen Seilern gegenüber neuerdings mit dem Ausdrucke des lebhaften Wunsches nach Wiederherstellung des Bündnisses zwischen Oesterreich und England hervortrat [26]).

In Wien war man einsichtig genug, die Ursache der Wiederholung dieses Anerbietens dort zu suchen, wo sie wirklich lag, in der täglich sich steigernden Gereiztheit zwischen den Königen von England und von Preußen. „Eine der glücklichsten Staatsbegebenheiten" nennt Kaunitz diesen Umstand [27]), aber er verhehlt sich auch gleichzeitig nicht, wie leicht es geschehen könnte, daß die Gegenpartei in England neuerdings ans Ruder gelange. In den mannigfachen Anlässen zur Beschwerde, welche das herrische und ungestüme Auftreten des Herzogs von Choiseul der britischen Regierung gab, und in der hiedurch immer mißmuthiger werdenden Stimmung der englischen Nation gegen die bourbonischen Höfe glaubte Kaunitz mit Recht den kräftigsten Hebel erblicken zu müssen, das gegenwärtige englische Ministerium zu stürzen und die kriegerisch gesinnte Oppositionspartei an dessen Stelle zu setzen. Darum wurden Oesterreichs Repräsentanten in Paris und in Madrid beauftragt, in beschwichtigendem Sinne zu wirken. Dem Grafen Seilern aber wurde neuerdings eingeschärft, sich auch nicht einen Schritt weit von dem Wortlaute und dem Sinne seiner Instructionen zu entfernen. Denn war man in Wien schon an und für sich durchaus nicht gesonnen, die Allianz mit Frankreich derjenigen mit England zu opfern, so konnte man dieß noch weniger für eine Regierung thun, deren baldigen Sturz man mit ziemlicher Bestimmtheit vorhersah.

Er ließ denn auch in der That nicht mehr lang auf sich warten, sondern ging in der ersten Hälfte des Juli 1765 vor sich. Der achtzigjährige Herzog von Newcastle wurde wenigstens dem Namen nach das Haupt des neuen Ministeriums. Der Herzog von Grafton erhielt die Stelle des Grafen Sandwich, und es verdient nicht ganz mit Stillschweigen übergangen zu werden, daß auch die Lords Besborough und Grantham sich unter den neu ernannten Ministern befanden. Ersterer hatte unter dem Namen Villiers als englischer Gesandter in Dresden den dort abgeschlossenen Frieden mitunterzeichnet. Letzterer aber war in Wien als Sir Thomas Robinson wohlbekannt, und die bedeutsame Rolle, die er bald nach Maria Theresia's Thronbesteigung und in den Tagen der ersten Kriegführung gegen Preußen gespielt, war noch in Jedermanns Gedächtniß.

Kaunitz verhehlte es nicht, daß man in Wien durchaus nicht erfreut war über die Einsetzung eines Ministeriums, von welchem man besorgte, es werde sich die Begünstigung des Königs von Preußen zur besonderen Aufgabe machen [28]). Aber es blieb doch auch nichts übrig, als sich in dasjenige zu fügen, was man nicht zu ändern vermochte. Der persönlichen Gesinnung des Königs, und man darf wohl auch hinzusetzen der Königin von England war man sicher. Besaß es auch keinen großen politischen Werth, so berührte es doch angenehm, wenn Seilern berichtete, die Königin, eine geborne Prinzessin von Mecklenburg, habe ihm gesagt, sie sei schon von Kindheit auf gut österreichisch gesinnt gewesen und habe den ihr um deßwillen in Strelitz manchmal gemachten Vorwurf stets freudig ertragen. König Georg aber bewies die Denkungsweise, die ihn beseelte, durch den lebhaften Antheil, den er an den ersten, den günstigsten Eindruck hervorbringenden Regierungshandlungen Josephs nahm [29]). Man glaubte daher hoffen zu dürfen, daß die jetzt von dem Könige von England an das Staatsruder berufenen Männer sich durch ihre Vorliebe für Preußen nicht auch zu offener oder wenigstens versteckter Feindseligkeit gegen Oesterreich würden hinreißen lassen.

So geschah es auch in der That. Gleich in den ersten Tagen nach der Einsetzung des neuen Ministeriums berichtete Seilern, daß man ihm zwar freundschaftlich begegne, daß aber von dem früheren unaufhörlichen Begehren nach Wiederherstellung des Bündnisses mit Oesterreich jetzt Alles still geworden sei [30]).

Da man in Wien auf dieses Ansinnen auch unter günstigeren Verhältnissen nicht einzugehen vermocht hatte, so lag wohl nicht viel daran, wenn es nicht mehr vorgebracht wurde. Nicht allzuschwer fand man sich darein, daß die Beziehungen zu England allmälig wieder erkalteten; zu einer besorgnißerregenden Gestaltung derselben kam es auch unter der neuen Regierung nicht. Und selbst als Pitt, nunmehr Lord Chatham, in den letzten Tagen des Juli 1766 wieder an das Staatsruder trat, wurde hieran wenigstens vorläufig nichts geändert.

Zweites Capitel.

Die nordischen Höfe.

Wenn Kaunitz in einem seiner Schreiben an Choiseul die Behauptung aussprach, Oesterreich habe sich seit der Thronbesteigung Katharina's von Rußland jedes Schrittes der Annäherung an sie sorgfältig enthalten, so blieb er damit der Wahrheit nicht vollständig treu. Ueberall, und natürlicher Weise auch in Frankreich, waren die Bemühungen des Wiener Hofes nicht unbekannt geblieben, welche darauf abzielten, gleich nach dem Sturze Peters III. dessen Nachfolgerin zu erneuertem Anschlusse an die Allianz gegen Preußen zu bewegen. Aber freilich konnte, da auch Frankreich diesem Bündnisse angehörte, in solchen Bestrebungen Oesterreichs nicht das Geringste erblickt werden, was seine Spitze gegen die Interessen Frankreichs gekehrt hätte. In dem Augenblicke, in welchem sich zwischen den letzteren und denjenigen Rußlands ein gewisser Gegensatz bemerkbar zu machen schien, hatte man in Wien schon lang der Hoffnung entsagt, die Anfangs bei der Kaiserin Katharina verfolgten Absichten wirklich zu erreichen. Die freiwillige Räumung der preußischen Gebietstheile, welche während einer Reihe von Jahren durch russische Truppen besetzt gewesen, hatte Oesterreich vollständig darüber aufgeklärt, daß die wahre Gesinnung der Zarin mit den in ihrem ersten Manifeste enthaltenen Worten durchaus nicht übereinstimme. In dem Gefühle der peinlichen Enttäuschung hierüber hatte man Katharina's Anerbieten zur Vermittlung des Friedens mit Preußen nicht annehmen zu sollen geglaubt, dadurch aber die Eitelkeit der Kaiserin von Rußland nicht wenig verletzt. In diesem

Zustande beiderseitiger Erkaltung befanden sich die Beziehungen zwischen Oesterreich und Rußland in dem Augenblicke des Abschlusses des Hubertsburger Friedens.

Wie Kaunitz dieselben beurtheilte, ist am besten aus einer vertraulichen Depesche zu ersehen, die er wenige Wochen später nach St. Petersburg abgehen ließ[31]). Es sei nicht zu bezweifeln, heißt es darin, daß in Anbetracht der Gefahren, mit denen Oesterreich sich sowohl von Seite der Pforte als von Preußen bedroht sehe, Rußland eigentlich der nützlichste Verbündete des Wiener Hofes wäre. An der inneren Beschaffenheit der dortigen Regierung scheitere jedoch jeder Vortheil, den man sonst aus einer solchen Allianz zu ziehen vermöchte. Sowohl der Hof von St. Petersburg als die russische Nation besäßen nicht die mindeste Neigung, aufrichtig zu Werke zu gehen. Durch Rußlands Schuld sei Schlesien zuerst verloren, und dann nicht wieder erobert worden. So lang bei der Zarin der Einfluß ihrer bevorzugten Rathgeber Keyserlingk und Panin maßgebend sei, dürfe man sich nichts Gutes von dorther versprechen. Aber selbst wenn hierin eine Aenderung zum Besseren einträte, so würden sogar bei der größten Willfährigkeit der russischen Regierung doch der üble Zustand dieses Reiches, die Schwäche seiner Finanzen, der Mangel an tüchtigen Heerführern und endlich die stete Besorgniß vor einer neuen Thronveränderung ihr die Durchführung irgend einer großen Unternehmung unmöglich machen.

Allerdings sei man in St. Petersburg bemüht, den äußeren Schein zu retten und sich vor der Welt das Ansehen einer Großmacht zu geben. Aber die hohe Sprache, die man zu diesem Zwecke führe, finde keinen Wiederhall in dem eigenen Herzen. Man schrecke vielmehr vor Allem zurück, was Muth und Entschlossenheit fordere; man würde es daher niemals wagen, dem Könige von Preußen sich entgegenzustellen. Sei aber hiezu nicht die geringste Aussicht vorhanden, dann falle auch für Oesterreich der Hauptzweck hinweg, in Anbetracht dessen es die nähere Verbindung mit Rußland zu suchen sich veranlaßt sähe. Ja selbst wenn unter den obwaltenden Umständen ein engeres Bündniß mit Rußland geschlossen werden könnte, so würde dasselbe

nicht zu wesentlichem Nutzen, sondern vielmehr zum Schaden gereichen und Oesterreich nur in seiner sonstigen freien Bewegung nachtheilige Hemmnisse bereiten. Jedoch sei gleichzeitig auch das andere Extrem zu vermeiden und Rußland keine Gelegenheit zu geben, sich mit Oesterreich völlig zu überwerfen und sich ihm als Feind gegenüber zu stellen. Wenn es auch als Freund nur wenig oder gar nichts zu nützen vermöchte, so würde es doch als Gegner sehr großen Nachtheil verursachen können. Es würde noch inniger als bisher an Preußen sich schließen und keine Gelegenheit verabsäumen, Oesterreich zu schaden.

Wie sich schon bei der Skizzirung der damaligen politischen Beziehungen Oesterreichs zu Frankreich und England ausreichend gezeigt hat, so bewegte sich auch hinsichtlich derjenigen zu Rußland der Gedankengang der Kaiserin und des Fürsten Kaunitz fast ausschließlich um das Verhältniß, in welchem diese Staaten zu Preußen sich befanden. Standen sie in freundschaftlicher Verbindung mit König Friedrich, so galten sie in Wien für feindselig oder wenigstens für verdächtig; notorisch gespannte Beziehungen zu Preußen aber waren für Oesterreich ein Kennzeichen guter und verläßlicher Gesinnung. So tief eingeprägt hatten sich, freilich durch Friedrichs eigenes Verschulden, diese Anschauungen in dem Gemüthe der Kaiserin, daß sie von denselben vollständig beherrscht wurde und auch entgegengesetzte Eindrücke nur geringe Wirkung auf sie hervorbrachten.

So verhehlte man es in Wien sich nicht, daß Friedrich sich während der Friedensverhandlungen zu Hubertsburg wenn auch nicht gerade willfähriger, so doch der Form nach ungleich weniger rücksichtslos und verletzend benommen hatte als es erwartet worden und man von ihm gewohnt war. Auch in der Zeit, welche dem Friedensschlusse folgte, geschah das Gleiche, so daß man in Wien sogar die Möglichkeit nicht mehr für ausgeschlossen hielt, das gute Einvernehmen mit ihm könnte auch in Zukunft aufrecht erhalten werden [32]). Aber fast zu derselben Zeit, in der man in solchen Betrachtungen sich erging, machten doch immer wieder die früheren Eindrücke sich geltend, kehrten die tief eingewurzelte Abneigung, das so oft schon gerechtfertigte Mißtrauen gegen Friedrich neuerdings zurück.

Daß Maria Theresia und Kaunitz wirklich von der Absicht beseelt waren, mit Preußen von nun an im Frieden zu leben und der bisherigen Feindseligkeit oder wenigstens Spannung ein für alle Mal ein Ende zu machen, geht in unzweideutigster Weise aus der Instruction hervor, welche sie dem neu ernannten österreichischen Gesandten in Berlin Feldmarschall-Lieutenant Freiherrn von Ried mit auf den Weg gaben. Von der ernsten Absicht des Kaiserhofes war darin die Rede, die Friedensbedingungen gewissenhaft und treu zu beobachten. Der König von Preußen dürfe versichert sein, daß wenn nur er selbst nicht Oesterreich „zu nahe trete", der Hubertsburger Frieden in alle Zukunft fortdauern und „statt der bisherigen großen Eifersucht und „des beständigen Mißtrauens völlige Einverständniß und ersprießliche „Freundschaft" zwischen beiden Regentenhäusern obwalten könne. Ausdrücklich wurde gesagt, daß der etwaige Verdacht, Oesterreich vermöge den Verlust von Schlesien und Glatz nicht zu verschmerzen, und das einzige Ziel seiner geheimen Absichten und Bemühungen bestehe in der Wiedereroberung dieser Länder, ein durchaus ungerechtfertigter wäre. Verschiedene schöne Provinzen seien schon dem Erzhause Oesterreich durch die Gewalt der Waffen entrissen worden. So wie es in deren Verlust sich gefügt habe, so werde es ein Gleiches auch in Ansehung Schlesiens thun. Sollte aber ein theuer erkaufter Friede von anderer Seite in ungerechter Weise gebrochen werden, dann sei es natürlich und dem Rechte und der Billigkeit gemäß, daß auch Oesterreich sich nicht einseitig an die Verträge gebunden erachte, sondern daß es das Verlorne wieder zu gewinnen und dem Feinde so viel Schaden als nur immer möglich zuzufügen sich bemühe.

Freiherr von Ried wurde darauf aufmerksam gemacht, daß er an einen Hof abgesendet werde, dessen Minister sich die Gewohnheit angeeignet hätten, nicht nur alle ihre Handlungen in das größte Geheimniß zu hüllen, sondern auch mit vieler Verstellung zu Werke zu gehen und in Fällen, in welchen Preußens besondere Interessen ins Spiel kämen, es nicht allzu genau zu nehmen mit ihren eigenen Worten und Zusagen. Dem gegenüber könne Ried nichts Besseres thun als in allen Dingen den geradesten Weg einzuschlagen und

ungekünstelt, aber freilich auch mit Vorsicht zu handeln, denn an Versuchen, ihm Fallstricke zu legen, werde es nicht fehlen[33]). Insbesondere möge er keine persönliche Abneigung gegen den preußischen Hof zu erkennen geben, sondern sich bemühen, dessen Vertrauen und Zuneigung durch gelassenes und freundschaftliches Benehmen zu erwerben. Die rechte Mitte zu halten zwischen hochfahrender Sprache und allzu großer Willfährigkeit wurde ihm besonders empfohlen. Denn in den Fällen, in denen es Noth thue, müsse man durch eine entschiedene Haltung dem Vorurtheile begegnen, als ob der Wunsch des Wiener Hofes nach Fortdauer des Friedens so groß sei, daß er sich um deßwillen auch jede Demüthigung gefallen lassen werde.

Die freundschaftlichen Aeußerungen des Königs von Preußen, die er sowohl nach dem Abschlusse des Hubertsburger Friedens gegen Collenbach, als erst vor kurzem gegen den Grafen Dietrichstein gethan, wurden in der Instruction für den Freiherrn von Ried ausdrücklich betont. Sollte der König sich wirklich mit „dem rühmlichen Vorhaben" beschäftigen, alles bisherige Mißtrauen zwischen Oesterreich und Preußen in wahrhaftes Einverständniß zu verwandeln, beiden Staaten gleichmäßig nützlich zu sein und den allgemeinen Frieden immer mehr zu befestigen, dann würde er bei Oesterreich der gleichen Gesinnung und der vollsten Bereitwilligkeit begegnen, ein so wichtiges und ersprießliches Werk zur Durchführung zu bringen. Vor allem komme es darauf an, sich gegenseitig näher zu erklären. Dem Scharfblicke des Königs von Preußen könne es nicht entgehen, daß es für Oesterreich nothwendig sei, über seine wirklichen Absichten unterrichtet zu werden. Erhalte man darüber keine Aufklärung, so müßte man es bei bloßen Wünschen bewenden lassen.

Es war ein ungünstiges Zusammentreffen, daß zu jener Zeit ein Ereigniß als ziemlich nahe bevorstehend angesehen wurde, hinsichtlich dessen man sich der Besorgniß hingeben mußte, die Ansichten Oesterreichs und Preußens würden weit auseinander gehen und statt zu der gewünschten Uebereinstimmung, zu erneuertem Zwiespalt, ja vielleicht sogar zu offener Feindseligkeit führen.

König August III. von Polen, Kurfürst von Sachsen, befand sich damals schon in seinem siebenundsechzigsten Lebensjahre und hatte in der letzten Zeit fortwährend gekränkelt. Es wird dadurch ausreichend erklärt, weßhalb man sich von Seite der zunächst Betheiligten eifrig mit der Frage der dereinstigen Nachfolge auf dem polnischen Throne beschäftigte, der bekanntlich im Falle der Erledigung nicht durch Erbfolge, sondern durch Wahl wieder zu besetzen war. Als zunächst Betheiligte mußten jedoch nicht nur die Unterthanen des zukünftigen Königs von Polen, sondern auch diejenigen, welche diese Krone sich selbst oder ihrem Hause zuwenden zu können hofften, und endlich die Mächte erscheinen, deren Ländergebiet unmittelbar an das Königreich Polen grenzte.

Von zweien der Letzteren nahm man zu jener Zeit an, daß sie die Frage der Wiederbesetzung des polnischen Königsthrones schon vor dessen wirklicher Erledigung ernstlich ins Auge gefaßt und zum Gegenstande geheimer Verabredung gemacht hätten. Man sprach von einem Vertrage, der schon im Juni 1762, somit noch bei Lebzeiten Peters III. zwischen Rußland und Preußen abgeschlossen, im November dieses Jahres aber von Katharina bestätigt worden sein sollte. Nicht nur eine gegenseitige Hülfeleistung für den Fall eines Krieges sei darin festgesetzt, sondern auch die Bestimmung getroffen worden, daß beide Mächte nach dem Tode des Königs von Polen darauf hinzuwirken hätten, die Thronfolge nicht einem Mitgliede eines fremden Fürstenhauses, sondern nur einem Piasten zuzuwenden. Und außerdem dürfe Prinz Karl von Sachsen nicht in sein Herzogthum Kurland zurückkehren, sondern dasselbe falle dem Prinzen Biron zu [34]).

Es kann nicht gesagt werden, daß man in Wien an die Existenz dieses Vertrages wirklich geglaubt hätte; ja man sah die Gründe, welche nicht für, sondern gegen dieselbe sprachen, als die weit überwiegenden an. Dennoch hielt man es nicht für unmöglich, daß zwischen Rußland und Preußen eine Vereinbarung, und zwar nicht allein über die polnische Königswahl, sondern auch über die Gebietserwerbungen bestehe, hinsichtlich deren man besorgte, daß beide Mächte sie bei diesem Anlasse ins Werk zu setzen beabsichtigten. Allerdings schienen

mit einer solchen Verabredung die feierlichen Versicherungen Rußlands und der Antrag, mit welchem dessen Botschafter in Wien Fürst Galitzin im April 1763 an den Fürsten Kaunitz gekommen war, unvereinbar zu sein. Die Kaiserin Katharina sei hinsichtlich der Thronfolge in Polen, hatte Galitzin erklärt, noch zu keinen festen Entschlüssen gelangt. Bevor sie zu solchen schreite, wünsche sie die Absichten Oesterreichs zu erfahren, um nicht aus Unkenntniß derselben wider sie zu verstoßen. Aufrichtig wolle sie in dieser Beziehung Hand in Hand mit Maria Theresia gehen [35]).

So unzweideutig nun auch diese Eröffnung der russischen Regierung klang, so konnte man sich doch darüber nicht täuschen, daß im Gegensatze zu ihr die obwaltenden Thatsachen das Vorhandensein einer geheimen Verabredung mit Preußen ziemlich wahrscheinlich machten. Ohne eine solche hätte Katharina, meinte man in Wien, wohl schwerlich gegen den Prinzen Karl von Sachsen mit solcher Rücksichtslosigkeit verfahren und ihn aus dem Besitze Kurlands vertreiben können [36]). Und noch weniger würde König Friedrich die Handlungsweise Katharina's ausdrücklich gebilligt und durch seinen Residenten in Warschau die förmliche Erklärung abgegeben haben, daß er dieselben Gesinnungen wie die Kaiserin von Rußland hege und eine etwaige Verdrängung Birons aus Kurland nicht gleichgültig mit ansehen werde.

Es mochte übrigens ein Vertrag, der sich auf die dereinstige Thronfolge in Polen bezog, oder eine bloße Verabredung wegen Kurland, oder endlich gar keine derartige Vereinbarung zwischen Rußland und Preußen bestehen, so besaß man doch Anhaltspunkte genug, um sich klar darüber zu sein, daß sowohl Katharina als Friedrich dem kurfürstlich sächsischen Hause nichts weniger als günstig gesinnt waren. Katharina hatte dieß soeben durch ihr Verfahren gegen den Herzog Karl von Kurland bewiesen, König Friedrich aber sich allzu schwer an dem Hause Sachsen versündigt, als daß das eigene böse Gewissen ihm erlaubt hätte, nun milderen und willfährigeren Anschauungen hinsichtlich desselben Raum zu gestatten. Maria Theresia hingegen war nach wie vor von den lebhaftesten Sympathien für den Kurfürsten von Sachsen und dessen Familie, so wie von dem innigen Wunsche

erfüllt, ihnen jede nur immer erreichbare Schadloshaltung für die im Laufe des siebenjährigen Krieges erlittenen Nachtheile und Bedrängnisse zu Theil werden zu lassen.

Maria Theresia hielt mit dieser Gesinnung, so unwillkommen sie auch in Rußland und in Preußen sein mochte, doch keineswegs hinter dem Berge. Als gute und treue Nachbarin so wie als Bundesgenossin des Königreiches Polen richte sie, hatte Kaunitz in ihrem Auftrage dem Fürsten Galitzin erklären müssen, ihre sorgfältigste Aufmerksamkeit nur darauf, daß dieses Reich in seiner Verfassung und Freiheit aufrecht erhalten und bei der künftigen Erledigung seines Königsthrones Alles vermieden werde, was dessen innere und äußere Ruhe zu stören vermöchte. Wenn es sich ausführbar zeige, auf diese Art die Königswahl zu Gunsten des kurfürstlich sächsischen Hauses zu lenken, so würde solches der Kaiserin am willkommensten sein. Sei dieß jedoch durchaus nicht zu erreichen, dann würde sie auch mit jeder anderen Wahl sich zufrieden stellen, wenn sie nur rechtmäßig und in Ruhe, das ist ohne Gewaltthaten erfolge [37]).

Auf das Begehren des Staatskanzlers, sich nun auch von russischer Seite näher über die Absichten auszusprechen, von welchen man hinsichtlich der polnischen Königswahl auszugehen gedenke, war eine deutliche Antwort bisher noch nicht erfolgt. Und was den König von Preußen betraf, so wußte man nur, daß er vor seiner Abreise aus Sachsen mit dem Kurprinzen und dessen Gemalin eine vertrauliche Unterredung gepflogen und sich gegen sie geäußert haben sollte, er werde ihren Bestrebungen zur Erlangung der polnischen Krone nichts in den Weg legen. Doch komme die Hauptsache auf die Kaiserin von Rußland an, um deren Freundschaft und Wohlwollen sie sich eifrig bewerben sollten. Sie zu erlangen wäre nicht unmöglich, wenn nur dem Prinzen Karl keine Unterstützung bei der Geltendmachung seiner vermeintlichen Rechtsansprüche auf Kurland zu Theil werde.

Welche Erfolge durch eine solche Bewerbung wahrscheinlicher Weise erreicht werden würden, hatte sich inzwischen durch die Abschaffung des polnischen Residenten Prasse aus St. Petersburg, und

durch die Erklärungen gezeigt, welche Katharina aus Anlaß dieses gewaltthätigen Schrittes abgeben ließ. Russische Kriegsvölker wurden gegen Polen in Marsch gesetzt, während der König von Preußen ohnedieß schon polnische Landestheile besetzt hielt. Die ärgsten Brutalitäten wurden von den preußischen Truppen verübt, beträchtliche Geldsummen erpreßt, die Dörfer verwüstet, die Menschen aber nicht bloß mißhandelt, sondern auch weggeschleppt.

In Wien glaubte man in diesem Verfahren nur eine Bestätigung der seit langer Zeit schon rege gewordenen Besorgniß erblicken zu sollen, daß König Friedrich die Absicht hege, sich der eben so fruchtbaren als ertragreichen polnischen Provinz Preußen und wo möglich auch der Stadt Danzig zu bemächtigen. Da auch Rußland sich schon seit sehr langer Zeit mit dem Gedanken trage, sich gleichfalls auf Kosten Polens zu vergrößern, liege es auf der Hand, war in der Instruction für den Freiherrn von Ried noch ferner gesagt, wie sehr es dem Interesse und der Sicherheit des Erzhauses Oesterreich abträglich sein würde, wenn nicht nur der zukünftige König von Polen von der Willkür Rußlands und Preußens abhängig sein, sondern wenn außerdem noch die Macht dieser beiden Staaten ansehnlich verstärkt und wenigstens theilweise den Grenzen Ungarns näher gerückt würde.

Oesterreich liege daher die Aufgabe ob, nicht nur der Person des dereinstigen Königs von Polen, sondern auch der Vereitlung eines etwaigen Vorhabens, Theile dieses Königreiches unter die Botmäßigkeit anderer Mächte zu bringen oder dessen Freiheit und Regierungsform zu unterdrücken, sein sorgfältigstes Augenmerk zuzuwenden. Bei Zeiten müsse es an die Ergreifung geeigneter Mittel denken, um allen hieraus etwa zu besorgenden widrigen Ereignissen vorzubeugen und zugleich die Veranlassung zu einem so verhängnißvollen Kriege zu vermeiden, wie ein solcher im Jahre 1733 ausgebrochen sei. Noch weniger aber werde sich Oesterreich je dazu herbeilassen, in die Absichten einzugehen und ihnen werkthätigen Vorschub zu geben, welche jetzt Rußland und Preußen mit vieler Wahrscheinlichkeit zugeschrieben würden[38]). Aber völlige Gewißheit besitze man über dieselben nicht. Darum möge auch Ried nicht den geringsten Anschein eines Argwohnes wegen

etwaiger Plane Preußens auf Polen, sondern vielmehr das vollständige Vertrauen an den Tag legen, daß der König von Preußen von allen Unternehmungen weit entfernt sei, welche entweder Polen oder die allgemeine Ruhe in Europa zu gefährden vermöchten. Träte man trotzdem mit Anträgen an ihn heran, welche darauf abzielten, Oesterreich in derlei Entwürfe hineinzuziehen, so habe er zu erklären, daß er sich in dieser Beziehung ganz ohne Verhaltungsbefehle befinde. Um solche einholen zu können, möge man ihn von dem, was man vorhabe, umständlich unterrichten.

Auch gegen die französische Regierung äußerte sich der Wiener Hof in dem gleichen Sinne über die polnischen Angelegenheiten und über die Absichten, die er hinsichtlich derselben hegte. Die letzteren könne er übrigens, fügte er hinzu, unmöglich durchsetzen, wenn er dem etwaigen einmüthigen Zusammenwirken Rußlands und Preußens gegenüber im Stiche gelassen würde. Um eine Vereinbarung der übrigen Mächte über das in dieser Sache zu beobachtende Verfahren zu erzielen, wäre es vielleicht am besten, wenn die polnischen Magnaten, um deren Wohlfahrt und Freiheit es sich ja eigentlich handle, die guten Dienste derselben bei Rußland und Preußen in Anspruch nähmen. Die erstere Macht wäre anzugehen, ihre Drohungen nicht zur Ausführung zu bringen, die letztere aber, den von den preußischen Truppen verursachten Schaden zu vergüten und sich künftighin ähnlicher Uebergriffe gegen den Nachbarstaat zu enthalten [39]).

Kaunitz hoffte um so mehr auf günstige Aufnahme dieses Vorschlages von Seite Frankreichs, als man dort immer viel Vorliebe für Polen und den lebhaften Wunsch an den Tag gelegt hatte, die Macht und die Freiheit dieses Landes nicht geschmälert zu sehen. Beträchtlichere Schwierigkeiten meinte er von den Polen selbst besorgen zu müssen. Es liege in ihren Gewohnheiten, schrieb der Staatskanzler nach Paris, „starkes Geschrei zu erheben", sich jedoch, wenn es zur Sache komme, zu nichts zu entschließen. Ueberdieß herrsche jetzt die größte Uneinigkeit unter den Polen, und man müsse sich daher auf die Bemühung beschränken, wenigstens einen Theil derselben, allenfalls

unter der Führung des Krongroßfeldherrn Branicki, zu dem angedeuteten Schritte zu vermögen[40]).

Es war Kaunitz willkommen, diesen Vorschlag in Frankreich bereitwilligst angenommen zu sehen[41]). Ehe man jedoch an die Ausführung desselben zu schreiten vermochte, glaubte man in Wien neue Ursache zu der Vermuthung zu erhalten, daß der König von Preußen mit dem Plane umgehe, sich ansehnliche Gebietstheile Polens anzueignen und die Mitwirkung Rußlands und Oesterreichs durch Zuweisung ähnlicher Erwerbungen zu erkaufen. Für Preußen und für Rußland, ließ Kaunitz sich in vertraulicher Mittheilung an Starhemberg vernehmen, böte sich allerdings hiezu verlockende Gelegenheit dar, nicht so für Oesterreich. Denn durch die Karpathen sei die natürliche Grenze zwischen dem Kaiserreiche und Polen gezogen; eine Erwerbung, welche jenseits derselben liege, könne weder als ansehnlich noch als dauerhaft gelten[42]). Daß aber der preußische Hof etwa die Abtretung der Grafschaft Glatz und seines Antheils an Oberschlesien mit Inbegriff der Festung Neisse anbieten sollte, um sich einen wenngleich weit größeren Vortheil zu sichern, sei von ihm nicht zu vermuthen. Denkbar wäre es auch, daß er, um Oesterreich zu ködern, ihm die Aussicht eröffne, bei dem Aussterben des Mannesstammes des kurfürstlich baierischen Hauses nach dieser Seite hin eine entsprechende Vergrößerung zu erlangen.

Wie Kaunitz mit Recht vorhergesehen, stieß die Ausführung seines Vorschlages gerade bei denen, zu deren Bestem er gemacht worden, bei den Polen auf die meisten Bedenken. Ehe die zu diesem Ende eingeleiteten Schritte zu irgend einem Ergebnisse geführt hatten, trat das Ereigniß ein, welchem so lange Zeit hindurch mit großer Besorgniß entgegengesehen worden war. Am 5. October 1763 starb König August von Polen, und es galt nun, rasch die Entschlüsse zu fassen, welche sich bisher noch immer in dem Stadium der Ueberlegung befunden hatten. In Wien gelangte man damit um so schneller zum Ziele, als die Ansichten, die man daselbst gehegt, sich von allem Anfange an gleich geblieben waren. In drei Hauptpunkte wurden sie zusammengefaßt: in den Wunsch, daß der neue Kurfürst von Sachsen

auch der Nachfolger seines Vaters auf dem polnischen Königsthrone sei, daß jede Abtrennung polnischen Gebietes gänzlich vermieden und daß endlich sowohl der Hof von St. Petersburg als der von Berlin abgehalten würden von „widrigen Maßregeln" [43]).

Was zunächst die beiden letzteren Punkte anging, welche sich auf die etwaige Vergrößerung Rußlands und Preußens durch polnische Gebietstheile bezogen, so war es wohl vor Allem die Besorgniß vor ausgiebiger Vermehrung der Macht schon allzu groß gewordener Nachbarn, wodurch Maria Theresia und Kaunitz zu dem Entschlusse vermocht wurden, sich einer solchen Wendung der Dinge entgegen zu setzen. Glaubte man hierauf in Wien das allergrößte Gewicht legen zu sollen, so war doch auch die Erhaltung der republikanischen Regierungsform und die Zuwendung der polnischen Krone an den Kurfürsten von Sachsen für Oesterreich von nicht gewöhnlichem Interesse. In ersterer Beziehung ging man von der Ansicht aus, die bisherige Verfassung des Königreiches Polen bringe es mit sich, daß es für Oesterreich und seine übrigen Nachbarn weit weniger gefahrdrohend sei, als wenn hierin eine Aenderung vorgenommen werde, an Stelle des Wahlkönigs ein erbliches Oberhaupt trete und dasselbe allmälig zu immer uneingeschränkterer Regierungsgewalt komme. Seit einer langen Reihe von Jahren, schrieb damals der Staatskanzler, habe der Kaiserhof sein besonderes Augenmerk auf die Aufrechthaltung des Grundsatzes gerichtet: „daß in Polen eine Republik, in ihr aber ein „König vorhanden, und daß Oesterreich sowohl diesem Könige als der „Republik befreundet sei" [44]).

Was außerdem den Wunsch der Kaiserin betraf, daß das Kurhaus Sachsen im Besitze der polnischen Königskrone bleibe, so traten zu ihren persönlichen Beweggründen auch noch politische Rücksichten, welche gleichfalls nicht bedeutungslos erschienen. Allerdings gab man zu, daß die Art und Weise, in welcher der verstorbene König von Polen und sein vornehmster Rathgeber Graf Brühl die Doppelstellung des kurfürstlich sächsischen Hauses in dessen Stammlande und in Polen aufgefaßt, eher zum Schaden als zum Nutzen des Ersteren gereicht hatte. Aber man meinte doch schon überzeugende Proben zu besitzen,

daß der neue Kurfürst und seine Gemalin mit ungleich größerer Klugheit und Vorsicht zu Werke gehen würden. Hätten sie nur einmal festen Fuß gefaßt in Polen, dann würden sie es schon so einzurichten wissen, daß der Besitz dieser Krone auch dem Lande Sachsen zum Nutzen und zu kräftigem Rückhalt diene gegen etwa von Preußen her drohende Gefahren.

So sehr großen Werth man nun auch in Wien auf die Erwählung des Kurfürsten von Sachsen zum Könige von Polen legen zu sollen glaubte, so trat doch dieser Wunsch vor demjenigen in den Hintergrund, die Wahlfreiheit in Polen zu sichern und insbesondere jede Schmälerung des polnischen Gebietes, welche eine Vergrößerung Rußlands und Preußens nach sich ziehen sollte, zu vermeiden. „Wir „erstrecken diesen Satz so weit", sagt Kaunitz in der Instruction für den neu ernannten österreichischen Residenten in Warschau, den Sohn des Leibarztes der Kaiserin, Freiherrn Gottfried van Swieten, „daß „wenn schon zu gleicher Zeit uns die wichtigsten Vortheile von Polen „oder auch anderwärts her zu Theil werden könnten, wir dennoch „denselben gänzlich entsagen und alles Mögliche anwenden würden, „die benannten Höfe von den zu besorgenden Eroberungen ab- und „das Königreich Polen in seiner dermaligen Consistenz aufrecht zu „halten." Darum wurde denn auch jetzt nach Paris, nach Berlin und St. Petersburg von Wien aus eilfertig geschrieben und gleichzeitig die schon früher abgegebene Erklärung erneuert, daß Oesterreichs Hauptabsicht auf die Aufrechthaltung der polnischen Verfassung und Freiheit, und daher auf die Erzielung einer ruhigen Wahl gerichtet sei. Man wünsche vor Allem, wurde auch jetzt wieder gesagt, daß der Kurfürst von Sachsen zur polnischen Krone gelange; sollte sich dieß jedoch als unvereinbar darstellen mit jener Hauptbedingung, auf welche man das entscheidende Gewicht legen müsse, dann würde Maria Theresia sich auch jeden Piasten gefallen lassen, welchen die freie Wahl seiner Landsleute treffe.

Die Erklärungen, die man hierauf aus Berlin erhielt, waren ziemlich befriedigender Art. König Friedrich ließ erwiedern, daß er den von Wien aus geäußerten Ansichten sich vollständig anschließe. Auch

er wünsche nichts als daß die Königswahl ruhig und unbeirrt vor sich gehe. Jeder sei ihm recht, es möge der Kurfürst von Sachsen oder irgend ein Anderer sein, der in solcher Weise die polnische Krone erhalte [45]). Und was die an ihn gestellte Anfrage über die Bedeutung seiner Kriegsrüstungen betreffe, so werde er weder gegen Oesterreich noch gegen Polen oder irgend eine andere Macht feindselig auftreten.

Daß Friedrich hiebei Polen ausdrücklich erwähnte, darauf glaubte man in Wien ganz besonderes Gewicht legen zu sollen. Wenn man auch den Versicherungen des Königs von Preußen, schrieb Kaunitz an Starhemberg, nicht in ihrem ganzen Umfange trauen dürfe, so werde doch durch sie die Furcht vor dessen Vergrößerungsprojecten so ziemlich beschwichtigt. Seine Verabredungen mit Rußland würden sich wohl auf die Zusicherung beschränken, dessen Absichten auf Kurland und auf die Wahl eines Piasten zum Könige von Polen zu unterstützen. Den Hauptbeweggrund zu diesem vermeintlichen Entschlusse des Königs von Preußen, sich nicht in noch ausgiebigerem Maße zu betheiligen an den Angelegenheiten Polens, glaubte man in der Besorgniß desselben erblicken zu müssen, aus diesem Anlasse vielleicht in einen auswärtigen Krieg verwickelt zu werden. Die Nachwehen desjenigen, der soeben zu Ende gegangen, lasteten so drückend auf Preußen, daß der König jeden Anlaß zur Störung des Friedens sorgfältig vermeiden wolle.

Auf die Erhaltung des letzteren wurde denn auch, wie man sieht, in Wien bei weitem das Hauptgewicht gelegt. So sehr gern auch Maria Theresia dem neuen Kurfürsten von Sachsen die polnische Königskrone zugewendet hätte, so wenig kam es ihr doch in den Sinn, dieses Ziel durch einen neuen Krieg erreichen zu wollen.

Das kurfürstlich sächsische Haus war selbst nicht ganz ohne alle Schuld, wenn die Sympathien der Kaiserin für dasselbe und für dessen Gelangung auf den polnischen Königsthron in letzterer Zeit etwas abgekühlt wurden. Seit einer Reihe von Jahren befand sich die jetzige Kurfürstin Marie Antonie, eine eben so ehrgeizige als hochbegabte Frau [46]), in vertraulichem Briefwechsel mit Maria Theresia.

Mit den lebhaftesten Versicherungen der Anhänglichkeit und Ergebenheit, des unbedingtesten Vertrauens zu der Kaiserin sind die Briefe der damaligen Kurprinzessin erfüllt. Und in wahrhaft drängender Weise wird um Oesterreichs Beistand zur Erlangung der polnischen Krone gebeten. Ja es wird angedeutet, daß man sich im schlimmsten Falle bloß mit einem Theile von Polen, wenn dieser Besitz nur erblich gemacht und mit dem Königstitel verbunden würde, zu begnügen gedächte [47]).

Kaum war König August von Polen verschieden, so schrieb die nunmehrige Kurfürstin in dem gleichen Sinne an Maria Theresia. Dringend bat sie dieselbe nicht nur um deren eigenen Beistand, sondern auch um ihre Verwendung in Rußland, in Preußen und in Frankreich zu Gunsten des Kurfürsten. Was den französischen Hof betraf, so meinte sie, es sei unerläßlich, zu dessen Gewinnung die Fürsprache der Marquise von Pompadour zu erhalten. Sie bat die Kaiserin, dieselbe zu Gunsten der sächsischen Bewerbung um die polnische Krone zu stimmen, und fügte hinzu, die Aussichten auf deren Erlangung seien durch den Entschluß der Prinzen Xaver und Karl vermehrt worden, auf ihre etwaigen Ansprüche im Interesse ihres Bruders, des Kurfürsten zu verzichten [48]).

In einem anderen Briefe muß die Kurfürstin der Kaiserin gegenüber ziemlich deutlich mit der Erklärung herausgerückt sein, daß man entschlossen sei, die Krone auch um den Preis einer Theilung Polens zu erkaufen. Auf alle diese Punkte antwortet Maria Theresia in einem denkwürdigen Schreiben, dessen wichtigste Stellen hier nothwendiger Weise anzuführen sein werden. „Das sieht ihnen gleich," sagt die Kaiserin, indem sie vorerst von der Erklärung der sächsischen Prinzen spricht, „und zeigt ganz jenes bewunderungswürdige und zartfühlende Herz, welches sie Alle besitzen. Ich bin Ihnen ungemein „verpflichtet, daß Sie mir diesen Umstand mittheilten, denn innig „liebe ich die ganze Familie und Jeden aus ihr noch insbesondere. „Was Frankreich angeht, so glaube ich, daß wenn Prinz Xaver nicht „in der Reihe der Prätendenten steht, Sie von dort nichts zu fürchten „haben als die Schwäche jener Monarchie. Der Dauphin und seine

„Gemalin werden für Sie sein und das ganze Ministerium. Sie „täuschen sich jedoch, wenn Sie glauben, daß wir jemals Verbin„dungen mit der Pompadour gehabt haben; nie schrieb ich an sie „einen Brief, noch haben sich meine Minister ihrer Vermittlung be„dient. Sie mußten ihr den Hof machen wie alle Anderen, aber „eine Vertraulichkeit waltete durchaus nicht ob; dieser Weg hätte mir „nicht behagt. Ich habe ihr im Jahre 1756 mit der Erlaubniß des „Königs ein mehr elegantes als kostbares Geschenk gemacht; ich halte „sie nicht für fähig, ein anderes anzunehmen."

„Dürfte ich als gute alte Freundin Sie bitten, in Ihrer An„gelegenheit nicht allzu rasch vorzugehen? Gar oft verdirbt man die „Dinge, indem man sie überstürzen, allzu große Begierde darnach „zeigen, sich allzu vieler Wege bedienen will. Der Wunsch, Sie zu„friedengestellt zu sehen, bewegt mich Ihnen diesen Rath zu ertheilen. „Der König von Preußen ist derjenige, der Ihnen, wenn er nur auf„richtig will, am nützlichsten sein könnte, denn er wird Rußland und „dessen Anhang imponiren. Ihr Brief aber, den ich durch die „Wolfskehl erhielt[49]), hat mich gar sehr erschreckt. Keine Theilung, „liebe Freundin, man muß das ganze Königreich haben. Wie demü„thigend und wie nachtheilig für Ihre Interessen wäre es doch, nur „die Königin von einigen Starostien zu sein und Ihre Autorität „mit Privatpersonen theilen zu müssen, welche niemals, oder doch „höchstens nur dann Ihre Freunde sein werden, wenn sie Gnadenbeweise „von Ihnen erhalten wollen."

Auch in dem ferneren Verlaufe dieses Briefes kommt Maria Theresia neuerdings auf den Gedanken einer Theilung Polens zurück. In den bestimmtesten Ausdrücken erklärt sie, daß man sich in Wien nie zu einer solchen herbeilassen werde[50]).

Man sieht wohl, daß die Kaiserin durch ihren eifrigen Wunsch, nur ja nicht zur Vermittlerin zwischen der Kurfürstin von Sachsen und der Marquise von Pompadour dienen zu müssen, in der Abläugnung jeder früheren Verbindung mit der Letzteren etwas zu weit ging. Allerdings hatte sie ihr niemals geschrieben, und man mag

auch zugestehen, daß das ihr gemachte Geschenk bei weitem nicht kostbar genug war, um mit dem Gedanken an eine Bestechung auch nur entfernt in Verbindung gebracht zu werden. Aber daß man sich nie der Dazwischenkunft der Pompadour bedient, daß kein vertraulicherer Verkehr zwischen ihr und den österreichischen Ministern als mit denjenigen anderer Monarchen stattgefunden habe, diese Behauptung wird man wohl kaum als eine in jeder Beziehung stichhältige hinstellen können.

Aber nicht darauf, sondern auf die Haltung kam es jetzt an, welche sowohl das kurfürstlich sächsische Haus als die zunächst betheiligten Mächte hinsichtlich der polnischen Königswahl einnehmen würden. Was das Erstere anging, so schrieb zwar die Kurfürstin an die Kaiserin, sie und ihr Gemal seien weit davon entfernt, in ihrem eigenen Interesse eine Theilung Polens anregen zu wollen. Nur wenn eine solche, wie man behaupte, zwischen Rußland und Preußen bereits verabredet, ja vertragsmäßig festgestellt sei [51]), dann müßte es gerecht und billig erscheinen, auch das sächsische Haus nicht leer ausgehen zu lassen. Sie selbst habe eine Theilung Polens jederzeit als äußerst gefahrdrohend angesehen für alle Mächte Europa's [52]).

So einlenkend diese Bemerkungen auch lauteten, so scheint doch Maria Theresia durch dieselben nicht vollständig beruhigt worden zu sein. Sie begnügte sich nicht mit den Worten, welche sie selbst an die Kurfürstin von Sachsen geschrieben, so unzweideutigen Inhalts sie auch sein mochten. Sie beauftragte noch überdieß den Staatskanzler, dem sächsischen Gesandten Grafen Flemming, welcher in jenen Tagen zur Uebernahme des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten nach Dresden berufen worden war, ausdrücklich zu erklären, sie werde den Kurfürsten von Sachsen in seinen Bemühungen zur Erlangung der polnischen Krone nur unter der Bedingung unterstützen, daß von einer Schmälerung des polnischen Gebietes vollständig abgesehen werde. Im Falle des Gegentheiles aber und wenn sich der Kurfürst auf eine solche einlassen wollte, hätte er sich nicht bloß keiner Hülfe, sondern sogar des offenen Widerstrebens des Wiener Hofes zu versehen [53]). Van Swieten wurde dem sächsischen Hofe und dessen Anhängern

gegenüber zu ganz besonderer Vorsicht gemahnt. Denn es sei zu besorgen, daß sie sich gegen die etwaigen Vergrößerungsplane Rußlands und Preußens nicht abwehrend genug verhalten und darauf ausgehen könnten, Oesterreich weit tiefer in die polnischen Angelegenheiten zu verwickeln, als man in Wien dieß für wünschenswerth ansehe [54]).

Es mag dahingestellt bleiben, ob die Kurfürstin von Sachsen wirklich, wie sie an Maria Theresia schrieb, sich darauf beschränkte, die Kaiserin von Rußland und den König von Preußen um deren Unterstützung zur Erlangung der Königskrone zu bitten, und ob nicht auch den Höfen von Berlin und St. Petersburg gegenüber eine etwaige Theilung Polens von sächsischer Seite zur Sprache gebracht wurde. Wie dem aber auch sein mochte, in jedem Falle wäre ein solches Anerbieten erfolglos geblieben. König Friedrich dachte nicht von fern an die Erfüllung des Versprechens, von welchem wenigstens Marie Antonie behauptete, daß er es ihr gegeben, als sie ihn noch bei Lebzeiten König Augusts um seinen dereinstigen Beistand bei Erledigung des polnischen Thrones bat [55]). Für ihn besaß zu jener Zeit das freundschaftliche Zusammengehen mit Rußland weit höheren Werth als alle Verheißungen, die ihm von dem kursächsischen Hause etwa gemacht werden konnten. War es ja doch an und für sich schon unwahrscheinlich genug, daß solche Zusagen selbst bei dem besten Willen derjenigen, von denen sie ausgingen, jemals zu verwirklichen wären. Und hätte König Friedrich, dessen Seele stets von tiefem Mißtrauen erfüllt war, im Ernste an den guten Willen eines fürstlichen Hauses zu glauben vermocht, das bis auf die jüngst verflossenen Tage herab von ihm so schwer geschädigt worden war? Daß er sich zur thatkräftigen Unterstützung des Kurfürsten von Sachsen herbeilassen werde, schien daher eine nur wenig begründete Hoffnung zu sein. Man konnte vielmehr schon damals mit ziemlicher Bestimmtheit vorhersehen, daß er sich dem anschließen werde, was von Seite Rußlands geschehe. Jetzt aber weiß man mit voller Bestimmtheit, daß er sich damit nicht begnügte, sondern eine Unwahrheit sagte, als er in Wien erklären ließ, er werde auch mit der Wahl des Kurfürsten von Sachsen zufrieden sein. Als er dieß aussprach, hatte er schon im entgegengesetzten Sinne

gehandelt und gleich nach Empfang der Nachricht von dem Tode des Königs von Polen an Katharina geschrieben, sie möge dem Kurfürsten von Sachsen jede Aussicht benehmen, der Nachfolger seines Vaters auf dem polnischen Throne werden zu können [56]).

Ueber die Plane der Kaiserin von Rußland war Maria Theresia durch ein Schreiben derselben ziemlich deutlich belehrt worden. Nach der lebhaftesten Versicherung persönlicher Hochachtung und Freundschaft, sowie nach ausdrücklicher Betonung der gleichartigen Interessen beider Monarchien, welche eine fortwährende Uebereinstimmung ihrer Regierungen sehr nothwendig erscheinen ließen, kommt Katharina auf die Darlegung ihrer Wünsche hinsichtlich Polens. Sie beabsichtige, so sagt sie, dem Lande die volle Freiheit der Wahl eines neuen Königs zu lassen, wenn nur keine Einmischung fremder Intriguen stattfinde, durch welche sie sich zu Maßregeln genöthigt sähe, die ihren Gefühlen widerstreben würden. Sie wäre nicht entgegen, daß die Wahl auf einen Piasten falle, doch müsse er die erforderlichen Eigenschaften besitzen, auf daß man ihr vernünftiger Weise zustimmen könne. Wenn Maria Theresia diesen Ansichten beipflichte, so möge sie ihren Vertreter in Warschau anweisen, Hand in Hand mit demjenigen Rußlands zu gehen.

Nach wiederholter Betheuerung der Uneigennützigkeit ihrer Absichten kommt Katharina in einer Nachschrift auf die Bewegungen ihrer Truppen zu sprechen, die in Folge der Ereignisse in Polen wahrnehmbar sein würden. Sie seien nur darauf berechnet, erklärt die Kaiserin von Rußland, die Aufrechthaltung der für ihr eigenes Reich ganz unerläßlichen Ruhe in Polen sicher zu stellen [57]).

Man war in Wien nicht gerade unzufrieden mit dieser Mittheilung, denn man glaubte in ihr neue Anhaltspunkte zu der Meinung erblicken zu dürfen, daß es wenigstens vor der Hand nicht auf eine Theilung Polens und auf eine Vergrößerung Rußlands und Preußens abgesehen sei. Daher beantwortete Maria Theresia das Schreiben Katharina's in den freundschaftlichsten Ausdrücken. Auch jetzt wieder betonte sie vor Allem den Wunsch, die polnische Königswahl in freier

und gesetzmäßiger Weise zu Stande kommen zu sehen. Auch jetzt wieder verschwieg sie es nicht, daß ihr die Wahl des Kurfürsten von Sachsen die angenehmste wäre. Da eine Ausschließung desselben von der Candidatur als eine Beschränkung der Wahlfreiheit erschiene, so müßte sie sich gegen eine solche erklären. Würde jedoch trotz dieser Zulassung des Kurfürsten zur Bewerbung nicht er, sondern ein Piast gewählt, dann werde auch Maria Theresia gegen Letzteren nichts einwenden, wenn nur, wie schon Katharina gesagt, derselbe die erforderlichen Eigenschaften besitze. Außerdem dürfe weder für jetzt noch für die Zukunft einem Gedanken an eine Zerstücklung Polens Raum gegeben werden.

Mit gleicher Aufrichtigkeit wolle sie, fügte Maria Theresia hinzu, auch ihre Ansicht wegen der von Katharina erwähnten Bewegungen der russischen Truppen kundthun. Wenn die Kaiserin von Rußland, der König von Preußen und sie selbst übereinstimmend seien in ihrer Meinung über die Art, in welcher die Wiederbesetzung des polnischen Thrones stattfinden solle, dann brauche man auch bei der bevorstehenden Wahl von keiner Seite Unruhen zu befürchten. Sie müsse es daher dem erleuchteten Urtheile Katharina's anheimstellen, ob es nicht besser wäre, keine militärischen Demonstrationen zu veranlassen, die ja durchaus nicht nothwendig wären und nur die Mächte beunruhigen könnten, welche Antheil nähmen an dem Schicksale Polens [58]).

Aus dem bisher Gesagten geht hervor, daß man es in Wien für kaum wahrscheinlich hielt, mit der Wahl des Kurfürsten von Sachsen durchdringen zu können. Als vollends der russische Gesandte Fürst Galitzin im Auftrage seiner Monarchin erklärte, die polnische Nation wolle durchaus einen Piasten als König, und Rußland werde die Verwirklichung dieses Begehrens mit seiner gesammten Macht unterstützen [59]), da wurde man mehr und mehr mit dem Gedanken vertraut, die Wahl nicht auf den Kurfürsten fallen zu sehen. Man wünschte fast nur mehr, daß sie in gesetzmäßiger Weise, ohne gewaltsame Störung von Innen oder Außen zu Stande komme, und daß weder Rußland noch Preußen bei diesem Anlasse eine Gebietsvergrößerung oder einen anderen beträchtlichen Vortheil erlangten.

Sehr weit verschieden von diesen Anschauungen des Wiener Hofes waren diejenigen, welche man in Dresden über die gleiche Angelegenheit hegte. Obwohl ihr die Kaiserin Katharina ziemlich reinen Wein eingeschänkt hatte über ihre Absichten, glaubte doch die Kurfürstin von Sachsen darum noch keineswegs die Hoffnung aufgeben zu sollen. Ohne Zweifel hatte sie sich in Bezug auf die Haltung, welche der König von Preußen beobachten werde, durch dessen Worte irre führen lassen. Verließ sie sich auch nicht vollkommen auf sein ihr vermeintlich gegebenes Versprechen, so mochte sie doch erwarten, daß er nicht, wie er es doch wirklich that, dem sächsischen Hause geradezu entgegen arbeiten werde. Außerdem schien sie zu glauben, daß man in Wien noch weiter gehen werde in den Bemühungen, dem Kurfürsten die polnische Krone zu verschaffen, als es dort jemals beabsichtigt und ihr zugesagt worden war. Hierauf deutet wenigstens die Aufforderung, die sie an Maria Theresia richtete, der Kaiserin von Rußland zu erklären, Oesterreich werde, um die Wahlfreiheit zu sichern, einer etwaigen Absendung russischer Truppen nach Polen durch eine gleiche Maßregel begegnen. Hiezu werde es übrigens, meinte die Kurfürstin, gar nicht kommen, indem Rußland sich kaum im Stande sähe, eine Armee in Bewegung zu setzen. Durch seine Schritte beabsichtige es wohl nur, Aufsehen zu erregen und eine einschüchternde Wirkung auf die Polen hervorzubringen. Die Bewegungen der preußischen Truppen aber seien nach der Versicherung des Königs nur darauf berechnet, die Grenzen seines Landes gegen polnische Streifparteien zu schützen.

Angesichts dieser militärischen Vorkehrungen Rußlands und Preußens dringt die Kurfürstin in Maria Theresia, daß auch Oesterreich solche unternehme. Nicht um in Polen einzurücken oder einen Krieg zu beginnen, sondern um die Freunde des sächsischen Hauses zu ermuthigen, möge die Kaiserin ebenfalls Truppen an die Landesgrenze senden. Wenn sie nur einige Festigkeit zeige und in Uebereinstimmung mit ihren Verbündeten in angelegentlicher Weise den Wunsch zu erkennen gebe, daß der Kurfürst zum Könige gewählt werde, so sei sie der Krone gewiß[60]).

So wie über das Maß der Verwendung Oesterreichs zu Gunsten ihres Gemals täuschte die Kurfürstin sich auch über die Stimmung in Polen. Es war ihr nicht unbekannt geblieben, daß die Kaiserin Katharina einem ihrer bevorzugten Jugendgeliebten, dem ehemaligen polnischen Gesandten in Rußland, Stanislaus Poniatowski, die Königskrone zuwenden wolle. Wenn es nur gelänge, behauptete dagegen die Kurfürstin, die Wahlfreiheit aufrecht zu erhalten, dann werde kein Pole zu der Wahl Poniatowski's sich freiwillig bereit finden lassen[61]). Die Kurfürstin übersah hiebei oder gab sich den Anschein, es zu übersehen, daß Poniatowski ein naher Verwandter der reichen, in Polen hoch angesehenen und überaus mächtigen, dem kurfürstlich sächsischen Hause aber abgeneigten Familie Czartoryski war[62]), daß ihm schon deren Parteinahme für ihn sehr günstige Aussichten eröffnete, und daß es von vorneherein zum mindesten fraglich erschien, ob hiegegen die Anhänger des kursächsischen Hauses aufzukommen im Stande sein würden.

All' die frohen Hoffnungen, denen die Kurfürstin von Sachsen sich hingab, wurden jedoch durch einen schweren Schlag, der sie urplötzlich traf, fast gänzlich zertrümmert. Schon am 17. December 1763 starb ihr Gemal Friedrich Christian, der somit nur wenig mehr als zwei Monate hindurch Kurfürst von Sachsen gewesen, in seinem zweiundvierzigsten Lebensjahre. Sein erstgeborner Sohn Friedrich August war damals ein dreizehnjähriger Knabe, und an seiner Stelle übernahm einstweilen der älteste Bruder des Verstorbenen, Prinz Xaver, die Administration des Kurfürstenthums Sachsen.

Drittes Capitel.

Die polnische Königswahl.

Dem unmündigen Kurfürsten Friedrich August von Sachsen die polnische Königskrone verschaffen zu können, schien fast undenkbar zu sein. Auch für die Brüder Friedrich Christians, den Prinzen Xaver, Sachsens nunmehrigen Administrator, sowie für den aus seinem Herzogthume Kurland vertriebenen Prinzen Karl bot sich nur sehr wenig Hoffnung dar. Aber die nun verwitwete Kurfürstin Marie Antonie gab sich auch jetzt noch nicht für vollständig besiegt. Ein Auskunftsmittel, dem kursächsischen Hause wenn auch nicht in dem gegenwärtigen Augenblicke, so doch in nicht allzu ferner Zukunft wieder zur polnischen Krone zu verhelfen, glaubte sie in der Wahl des hochbetagten Krongroßfeldherrn Grafen Branicki erblicken zu sollen. Bei seinem sehr hohen Alter ließ sich erwarten, daß schon in wenigen Jahren der polnische Thron wieder erledigt und dann Antoniens ältestem Sohne, dem inzwischen volljährig gewordenen Kurfürsten von Sachsen zu Theil werden könnte.

Fast noch größeren Werth als auf diesen etwas weit aussehenden Vorschlag schien die Kurfürstin auf die Verwirklichung eines zweiten Gedankens zu legen, welcher darin bestand, ihren ältesten Schwager, den Prinzen Xaver, auf den Thron Polens zu setzen. Auf ihre Veranlassung wurde die directe Anfrage an den Kaiserhof gerichtet, welchem Antrage er den Vorzug zu geben und welchen der drei Bewerber er zu unterstützen gedenke? Sie sei überzeugt, schrieb

die Kurfürstin an Maria Theresia, die Polen würden sich auch jetzt noch eher in Stücke hauen lassen, als sich dem Machtgebote Rußlands zu fügen [63]).

Der Kaiserhof war jedoch keineswegs gewillt, sich zu einer so kategorischen Erklärung, wie man sie in Dresden ihm zumuthete, drängen zu lassen. Seine Sympathien waren zwar nach wie vor dem kurfürstlich sächsischen Hause zugewandt, aber innerhalb desselben eine Wahl zwischen den verschiedenen sich darbietenden Prätendenten zu treffen, schien ihm doch eine höchst undankbare Aufgabe zu sein. Denn er meinte, sobald er sich nur bereden lasse, einen derselben ausdrücklich zu benennen, dann würden die beiden Anderen ihm künftighin feindlich gesinnt sein [64]).

Hiezu kam noch, daß man in Wien nach dem Tode des Kurfürsten von Sachsen die Aussichten der übrigen Prinzen seines Hauses auf den polnischen Thron durchaus nicht für glänzende hielt. Und so lebhaft man auch wünschen mochte, daß einer derselben ihn besteige, so fest war man doch nach wie vor entschlossen, zur Erreichung eines so ungewissen Zieles in keine gewagte Unternehmung sich einzulassen. Freilich war man darum noch durchaus nicht gesonnen, sich jeden Einflusses auf die Wahl vollständig zu enthalten und mit verschränkten Armen gleichgültig zuzusehen, wie sie lediglich nach dem von Preußen unterstützten Willen der Kaiserin von Rußland vor sich gehe. Man beschränkte sich daher nach wie vor auf die Erklärung, daß man die Wahlfreiheit aufrecht erhalten und Gewaltthaten vermieden zu sehen wünsche. Sollten derlei Eingriffe von auswärtiger Seite geschehen, so behalte man sich das Recht vor, ihnen entgegen zu treten.

Die Aussichten der sächsischen Prinzen waren inzwischen auch dadurch noch wesentlich verschlechtert worden, daß nicht nur Rußland und Preußen, sondern jetzt auch eine dritte angrenzende Macht, die Pforte die Erklärung abgab, sie werde die Wahl eines Fremden nicht zulassen. Man glaubte in Wien, daß der Diwan durch die Bemühungen Preußens zu einem so feindseligen Auftreten gegen das kurfürstlich sächsische Haus vermocht worden sei [65]). Man schöpfte

jedoch hieraus den Anlaß, sich vollends der Meinung zuzuwenden, es sei wenigstens vor der Hand ganz abzusehen von einer sächsischen Candidatur. Höchstens möge man so weit gehen, daß Prinz Xaver mit dem Krongroßfeldherrn Branicki die Vereinbarung treffe, derjenige aus ihnen, der im Augenblicke der Entscheidung die geringere Aussicht auf Erfolg habe, werde für den Anderen zurücktreten. Prinz Karl aber hatte auf seine Candidatur zu Gunsten seines älteren Bruders verzichtet [66]).

Nur mit Widerwillen ging man in Dresden auf einen Vorschlag ein, der gleichwohl in gewissem Sinne demjenigen nicht unähnlich war, mit welchem man dort zuerst hervorgetreten war. Aber allmälig fühlte man sich doch gedrungen, den Hoffnungen, die man zu Gunsten der Bewerbung des Prinzen Xaver gehegt [67]), mehr und mehr zu entsagen und der Meinung der Kaiserin beizupflichten, die mit gewohnter Offenheit der Kurfürstin schrieb, daß für deren Schwager Xaver nichts mehr zu thun sei [68]). Auch der Letztere fügte sich zuletzt, wenngleich nur mit Schmerz, dieser Erkenntniß [69]), und man sah ein, daß nichts übrig bleibe, als im Interesse Branicki's wenigstens so lange Zeit hindurch thätig zu sein, als noch die geringste Möglichkeit sich darbot auf Erfolg.

In Wien, wo man unerschütterlich festhielt an dem einmal gefaßten Entschlusse, sich wegen der polnischen Angelegenheiten in keinen Krieg verwickeln zu lassen, wußte man von vorneherein, daß gerade um dieser Voraussetzung willen alle Erklärungen, die man etwaigen thatsächlichen Uebergriffen Rußlands und Preußens entgegenstellen könnte, nur von geringem Gewichte sein würden. Um das letztere wenigstens einiger Maßen zu verstärken, trachtete man sich der Uebereinstimmung mit Frankreich zu versichern und es zu der gleichen Haltung und den gleichen Kundgebungen in Polen zu vermögen.

Erst in jüngster Zeit ist die unrichtige Behauptung ausgesprochen worden, die am Hofe von Versailles herrschenden Anschauungen seien dem Fürsten Kaunitz unbekannt geblieben [70]). Gerade das Gegentheil war der Fall und die Instructionen für den Residenten van Swieten

und für den kaiserlichen Botschafter in Warschau, Grafen Mercy, liefern hiefür den unumstößlichsten Beweis. In den ersteren wird das ganze Getriebe der französischen Politik, insofern sie sich auf Polen bezog, schon von dem Augenblicke angefangen, als Ludwig XV. noch dem Prinzen Conti die polnische Krone verschaffen wollte, ziemlich eingehend erörtert. Nicht die offizielle, sondern die geheime, sogar der Pompadour verborgen gebliebene Correspondenz, welche der König durch Conti und einen gewissen Tercier mit seinen diplomatischen Agenten in Polen, in Rußland und in der Türkei pflog, ist dabei zu Grunde gelegt. In der Allianz Frankreichs mit Oesterreich wird die veranlassende Ursache erblickt, weßhalb Ludwig XV. die Absicht fallen ließ, dem Prinzen Conti die polnische Krone zu verschaffen. Aber der geheime Briefwechsel des Königs mit dem Gesandtschaftsbeamten Hennin in Warschau wurde darum doch nicht unterbrochen, sondern nun durch Tercier allein weitergeführt. Noch ehe August III. gestorben war, hatte Poniatowski sich dieses Weges bedient, um sich dem Könige von Frankreich zu nähern und sich dessen Unterstützung zur Verwirklichung seiner eigenen Plane und derjenigen der Familie Czartoryski zu versichern. Er schien jedoch einzusehen, daß er, um zu wirklichen Abmachungen mit Frankreich zu gelangen, der Zustimmung des französischen Ministeriums nicht werde entbehren können. Darum wandte er sich durch Hennin an den neu ernannten Botschafter in Polen, den Marquis de Paulmy, um durch dessen Vermittlung den Beistand Frankreichs zur Erreichung seiner hochgesteckten Ziele zu erhalten [71]).

Im Ganzen und Großen waltete eine bemerkenswerthe Uebereinstimmung der Ansichten der österreichischen und der französischen Regierung über die polnischen Angelegenheiten ob. In Wien und in Paris begleitete man die Bewerbungen des sächsischen Hauses um die polnische Krone mit einer gewissen Sympathie. Aber weit höher als die Erreichung dieses Zieles stand auch dem Hofe von Versailles die Aufrechthaltung der freiheitlichen Verfassung des Königreiches Polen und der Integrität seines Gebietes. Und so wie in Oesterreich, wollte man auch in Frankreich durchaus vermeiden, um der polnischen Angelegenheiten willen neuerdings in Krieg zu gerathen.

Bei dieser Gleichartigkeit der Anschauungen der beiden Höfe konnte es auch nicht schwer fallen, daß dieselben sich vereinigten zu analogen Entschlüssen und Maßregeln. Um solche hervorzurufen, schrieb denn auch Kaunitz gleich nach Empfang der Nachricht von dem Tode Augusts III. nach Paris. Unwahr ist es, daß er eine entschiedene Gleichgültigkeit über die Person des künftigen Königs von Polen geheuchelt [72]) habe. Der dereinstige Ausgang der Wahl stand ihm wirklich weit hinter dem Alles beherrschenden Wunsche zurück, einen Krieg oder eine Zerstücklung polnischen Gebietes hintangehalten zu sehen. Offen legte er die Gesichtspunkte, von denen der Wiener Hof ausging, und die Endzwecke dar, die er zu erreichen sich bestrebte [73]). Gar bald ging die Mittheilung ein, daß man in Frankreich nach beiden Richtungen hin dem Kaiserhofe sich anschließe. Ja es wurde sogar von Versailles aus an Oesterreich der Vorschlag gemacht, nach dem Vorgange Rußlands und Preußens in Warschau ebenfalls eine Declaration übergeben zu lassen. Ausdrücklich sollte darin erklärt werden, daß die beiden Mächte keinen Candidaten besonders zu begünstigen gedächten. Sie wünschten nichts Anderes, als daß die Königswahl ruhig, gesetzmäßig und nach dem freien Willen der polnischen Nation, daher ohne Einmischung fremder Mächte und ohne gewaltthätiges Eindringen ihrer Truppen in polnisches Gebiet vor sich gehen möge. Dem letzteren würde man nöthigen Falles mit gewaffneter Hand begegnen [74]).

In Wien hatte man zwar an dem Wortlaute der von der französischen Regierung in Vorschlag gebrachten Declaration einige nicht unwichtige Ausstellungen zu machen. Ein positives Versprechen der Hülfeleistung wollte man vermeiden. Aber in der Hauptsache stimmte man doch dem Inhalte der französischen Erklärung zu. Graf Mercy erhielt den Auftrag, eine ähnliche, nur etwas vorsichtiger abgefaßte Declaration in Warschau zu übergeben [75]). Unverzüglich kam er diesem Befehle nach und er berichtete, die Einbringung der österreichischen und der französischen Erklärung habe auf alle diejenigen, welche nicht zu den Anhängern der Czartoryski zu zählen wären, eine sehr günstige, auf die Letzteren aber eine niederschlagende Wirkung

hervorgebracht [76]). Es scheint jedoch, daß sich entweder Mercy in seiner Wahrnehmung täuschte, oder daß wenigstens jener Eindruck kein nachhaltiger war. Mit ungeschwächtem Nachdruck setzten die Czartoryski, von Rußland energisch unterstützt, ihre Bemühungen fort, und es läßt sich nicht verkennen, daß ihnen die völlige Klarheit und Einigkeit über das Ziel, welchem sie zustrebten, einen sehr großen Vortheil über ihre Gegner verlieh. Denn während sie ihre Bemühungen einmüthig darauf concentrirten, Stanislaus Poniatowski die Königskrone zu verschaffen, fehlte es der Gegenpartei an einem feststehenden Centralpunkte für ihr Zusammenwirken. Noch immer dachten die Einen an den Prinzen Xaver, die Anderen an dessen Bruder Karl von Sachsen. Und wenn auch die meisten Polen, welche zwar einem Piasten, aber nicht Poniatowski ihre Stimmen zuzuwenden gedachten, auf Branicki ihre Augen gerichtet hielten, so wurde doch durch ein Mitglied der Familie Potocki, den Woiwoden von Kiew, auch die Candidatur des Fürsten Lubomirski aufgestellt. Er war außerordentlich reich, galt für herzhaft und unternehmend, und man behauptete von ihm, daß er fünftausend Mann wohldisciplinirter Truppen auf den Beinen erhalte. Nach dem Beispiele seiner Vorfahren sei er, fügte Mercy hinzu, dem Hause Oesterreich ergeben [77]).

Es soll hier nicht die Geschichte Polens zur Zeit der Bewerbung um dessen erledigte Königskrone, sondern die Politik der Kaiserin Maria Theresia und ihres Staatskanzlers, so weit sie sich auf die polnischen Angelegenheiten bezog, zur Darstellung gelangen. Da muß denn vor Allem betont werden, daß man sich in Wien immer weniger darüber täuschen konnte, der Wunsch, welchen man daselbst für Aufrechthaltung der polnischen Wahlfreiheit hegte, werde sich nicht leicht erfüllen lassen. Man kennt jetzt den Wortlaut der Instruction, welche Katharina II. ihren Bevollmächtigten in Polen, dem Grafen Keyserlingk und dem Fürsten Repnin ertheilte, und man kann wohl sagen, daß niemals die Erreichung verwerflicherer politischer Zwecke, niemals die Anwendung abscheulicherer Mittel hiezu versucht worden ist. Ausdrücklich wurde darin gesagt, daß wenn wider Erwarten der russische Kroncandidat nicht gewählt werden sollte, die Kaiserin im

Einverständnisse mit dem Könige von Preußen ohne vorausgegangene Kriegserklärung Polen mit ihren Truppen überschwemmen, die Gegner als Rebellen betrachten und ihre Güter mit Feuer und Schwert verheeren werde. Nicht eher wolle sie dann die Waffen niederlegen, als bis das ganze polnische Livland von der Republik getrennt und dem russischen Reiche einverleibt sei.

Wohl war damals das Wiener Cabinet in diese Absichten Rußlands nicht eingeweiht, und die gleißnerischen Versicherungen der Kaiserin Katharina und ihrer Repräsentanten in Polen waren ganz darnach angethan, irre zu führen über die Endzwecke der Politik Rußlands. Aber die Handlungen Katharina's deuteten darauf hin, daß ihr nichts ferner liege als die Erfüllung ihres Versprechens, die polnische Wahlfreiheit zu achten. Der Einmarsch russischer Truppen in Polen, deren Annäherung an Warschau zeigten zur Genüge, daß sie entschlossen sei, auch mit gewaffneter Hand die Wahl nach ihrem Willen zu lenken. Wie kläglich nahm sich doch so brutalem, aber entschiedenem Auftreten gegenüber das Benehmen der Gegner aus. Die Anhänger des kurfürstlich sächsischen Hauses wollten von Branicki, die Freunde des Letzteren aber von dem sächsischen Prinzen nichts wissen. Allerdings wendeten sich am 13. April 1764 fünfzehn polnische Große, unter ihnen Branicki selbst, dann der Woiwode Potocki von Kiew, die Bischöfe Krasinski und Zaluski, der Krongroßmarschall Bielinski, die Fürsten Jablonowski und Lubomirski, ein Sapieha an Maria Theresia mit der Bitte, den Gewaltthaten Rußlands ein Ende zu machen [78]). Aber man war in Wien keinen Augenblick im Zweifel, daß solches nicht anders als mit gewaffneter Hand würde geschehen können. Hiezu wäre Maria Theresia, deren Hauptziel in der Aufrechthaltung des Friedens bestand, wohl in keiner Weise zu bringen gewesen. Einzig und allein um eine Theilung Polens zu verhindern, hätte sie vielleicht die Waffen ergriffen. So lang diese nicht zu befürchten war, wollte sie sich um keinen Preis zu Feindseligkeiten hinreißen lassen. Und Kaunitz sah es in stoischer Ruhe mit an, wie das Wort, das er gleich nach Empfang der Nachricht von dem Tode Augusts III. gegen den französischen Botschafter in Wien, den Marquis du Chatelet

ausgesprochen hatte, Polen befinde sich bereits in den Händen Rußlands, von Tag zu Tag weniger in Abrede gestellt werden konnte.

Die Nachricht von dem Allianztractate, welcher am 11. April 1764 zwischen Rußland und Preußen abgeschlossen wurde, mußte den Staatskanzler vollends in dieser Auffassung bestärken. Allerdings war jener Vertrag dem Anscheine nach nur defensiver Natur und beschränkte sich auf die Festsetzung gewaffneter Hülfe, wenn einer der beiden Staaten von einer dritten Macht angegriffen werden sollte. Da aber Rußland gleichzeitig in Polen aggressiv vorging und jeder etwaige Versuch, seinen dortigen Uebergriffen nöthigen Falls mit Gewalt ein Ziel zu setzen, als ein gegen Rußland verübter Angriff ausgelegt worden wäre, so trug der mit Preußen abgeschlossene Vertrag ohne allen Zweifel einen wesentlich offensiven Charakter.

Hierüber gaben sich denn auch Maria Theresia und Kaunitz durchaus keiner Täuschung hin. Mit welcher Vorsicht sie überhaupt in dieser gefahrdrohenden Angelegenheit zu Werke gingen, ist wohl am besten aus der Darstellung zu ersehen, welche Kaunitz in der Sitzung der geheimen Conferenz vom 28. April 1764 entwarf[79]). Sowohl über das, was bereits geschehen und erreicht worden war, als über dasjenige, was noch bevorstand und man nicht hindern konnte, verbreitete er sich. In ersterer Beziehung zweifelte er nicht, daß sowohl Rußland als Preußen sich mit dem Gedanken der Aneignung polnischer Gebietstheile beschäftigt hätten. Kaunitz rühmt sich des Erfolges, daß beide Mächte durch die Erklärungen Oesterreichs veranlaßt worden seien, diesen Plan wenigstens für jetzt[80]) wieder fallen zu lassen. Man habe daher doch so viel gewonnen, „das größte „Uebel zu verhindern".

Für nicht weniger verderblich als eine Zerstücklung Polens müßte der Ausbruch eines neuen Krieges angesehen werden. Es sei bisher gelungen, auch diesen Nachtheil hintanzuhalten, und man sei fortwährend auf dem Mittelwege geblieben, nicht gleich von vorneherein Alles verloren zu geben und sich auch zu keinen zu weit gehenden Schritten verleiten zu lassen. Am meisten habe die von der Pforte

abgegebene Erklärung gegen die Wahl eines fremden Prinzen geschadet. Man sei hiedurch, sowie durch die Declarationen Rußlands und Preußens veranlaßt worden, in Gemeinschaft mit Frankreich gleichfalls zu einer solchen zu schreiten. Allerdings habe dieß damals einen sehr günstigen Eindruck hervorgebracht. Aber es sei hiedurch auch die Veranlassung geboten worden, daß sich in Folge des Einmarsches russischer Truppen in Polen jetzt fünfzehn Senatoren an Oesterreich und Frankreich mit der Bitte gewendet hätten, das in ihren Declarationen gegebene Versprechen zu erfüllen.

Unbedenklich erklärt Kaunitz diesen Fall für einen der schwierigsten, den er jemals der Kaiserin zur Entscheidung vorzulegen gehabt habe. Denn einerseits seien von Poniatowski's Erhebung auf den polnischen Thron die gefährlichsten Folgen für Oesterreich zu besorgen, und andererseits biete sich ohne die Gefahr, in einen Krieg zu gerathen, kein Ausweg dar, solches zu hintertreiben. Dieses letztere Mittel wäre jedoch ohne Zweifel noch nachtheiliger als das Uebel, dem man begegnen wolle [81]).

Die dereinstige Thronbesteigung Poniatowski's hält Kaunitz aus allgemeinen und aus persönlichen Gründen für schädlich. Während früher die Könige von Polen gute Freunde und Nachbarn Oesterreichs waren, sei von Poniatowski das Gegentheil zu befürchten. „Er hat," sagt Kaunitz wörtlich, „Verstand, Keckheit und Fermeté, und ist zu„gleich ambitios, violent und ganz nach dem Genie der Czarin und „des Königs in Preußen, welchen er noch dazu die Krone und seine „künftige Erhaltung zu danken hätte." Er habe schon längst seine Absicht kundgegeben, die Regierungsform Polens zu ändern. Ein solcher König könne gar leicht ein Eroberer werden wie Karl XII. es gewesen. Welches Unheil er im Vereine mit Rußland und Preußen in Ungarn, in Siebenbürgen und in Oberschlesien anzurichten vermöchte, ergebe sich von selbst.

So groß seien die hieraus möglicher Weise entstehenden Gefahren, fährt Kaunitz fort, daß wenn nur die aus dem letzten Kriege herrührenden Wunden nicht noch so frisch und so groß wären, er

durchaus kein Bedenken trüge, der Kaiserin den Rath zu ertheilen, den Russen mit Gewalt zu begegnen und es auf einen Krieg in Polen, ja selbst gegen Preußen ankommen zu lassen. Unter den einmal obwaltenden Umständen sei jedoch hieran auch nicht von ferne zu denken. Wenn aber der eine Theil Gewalt brauchen könne und der andere nicht, so habe der Erstere gewonnenes Spiel und es sei daher zu besorgen, daß Rußland und Preußen die Wahl Poniatowski's durchsetzen würden. Trotz dieser ungünstigen Aussicht möge man jedoch in Anbetracht der Nachtheile eines solchen Ereignisses für Oesterreich nicht schon jetzt die Hände in den Schoß legen, sondern dasjenige nicht verabsäumen, wodurch die Wahl Poniatowski's vielleicht doch noch vereitelt werden könnte.

Allerdings wußte Kaunitz kein anderes Mittel hiezu anzugeben, als daß einerseits Oesterreich und andererseits Preußen den Feindseligkeiten fernbleiben, die Polen aber durch französisches und spanisches Geld in den Stand gesetzt werden sollten, mit den Russen entweder allein oder mit dem Beistande der Pforte fertig zu werden. Auch könnte, wie Mercy vorschlug, dahin getrachtet werden, daß die Kaiserin zur Vermittlung zwischen den beiden sich entgegenstehenden Parteien aufgefordert werde. Ja es wurde sogar der abenteuerliche Gedanke erwähnt, Poniatowski zum Herzoge von Kurland, den Prinzen Karl von Sachsen aber zum Könige von Polen zu machen [82]).

Für die erste Aufgabe des Wiener Hofes hielt es daher Kaunitz, bei dem Könige von Preußen die Zusage zu erwirken, keinen Mann nach Polen marschiren zu lassen, so lange Oesterreich sich dessen enthalte. Dieß würde der Kaiserin die Möglichkeit gewähren, gleichmäßig zu erklären, daß sie, so lange Preußen keine Truppen nach Polen sende, solches ebenfalls nicht thun wolle. Hiedurch würde aber den gutgesinnten Polen der gewiß nicht gering anzuschlagende Dienst erwiesen, daß sie nichts von den Preußen zu besorgen und nur mit den Russen und ihrem Anhang zu schaffen hätten. Ja die Polen würden sodann, statt Oesterreichs gewaffneten Beistand zu begehren, sich denselben eifrigst verbitten, weil er den Einmarsch preußischer Truppen unfehlbar nach sich zöge.

Freilich war es, um den König von Preußen zu einer solchen Erklärung zu bringen, nicht zu umgehen, auch auf österreichischer Seite etwas mit dem Säbel zu rasseln und eine bewaffnete Theilnahme an den polnischen Händeln als nicht ganz undenkbar erscheinen zu lassen. Doch dürfe Ried, so wurde ihm eingeschärft, sich keiner drohenden Sprache bedienen, sondern er müsse die Eigenliebe des Königs sorgfältig schonen. Darum möge er ihn zuerst befragen, ob er denn gar kein Mittel wisse, durch dessen Anwendung beide Staaten ohne Verletzung ihrer Ehre und ohne Beeinträchtigung ihrer Interessen aus der Sache zu kommen vermöchten. Leicht begreife Maria Theresia, daß es dem Könige nicht gleichgültig sein könnte, wenn Oesterreich in Polen den Meister spielen und dieser Nation mit Gewalt einen König aufdringen wollte. Die ganz gleiche Rücksicht möge er aber auch seinerseits gegen die Kaiserin obwalten lassen. Ried solle auch jetzt wieder die Erklärung erneuern, daß es ihr seit dem Tode des Kurfürsten von Sachsen gleichgültig sei, wer zur polnischen Krone gelange, wenn dieß nur nicht durch Rußlands Waffengewalt, sondern in einer Weise geschehe, durch welche die Ehre und das Interesse des Wiener Hofes unverletzt blieben.

Sollte der König zu der gewünschten Erklärung durchaus nicht zu bringen sein, so möge Ried ihn einladen, andere Auskunftsmittel an die Hand zu geben, um sich im ärgsten Falle wenigstens mit Anstand aus der Sache zu ziehen [83]).

Als der österreichische Gesandte diese Depesche erhielt, befand sich König Friedrich nicht in Berlin; seine beiden Minister Finkenstein und Hertzberg führten jedoch gegen Ried eine friedfertige, aber freilich auch keine ganz aufrichtige Sprache. Der König wünsche nichts, so erklärten sie, als daß in Polen ein Piast gewählt werde; wer dieser sei, gelte ihm gleich. Nirgends könne er, setzte Finkenstein hinzu, irgend eine ausreichende Ursache erblicken, wegen der polnischen Angelegenheiten sich zu beunruhigen. Die in Polen befindlichen russischen Truppen seien kaum genügend, um im Verein mit der Czartoryski'schen Partei den Gegnern die Spitze zu bieten. Wenn irgend eine der Mächte Vergrößerungsabsichten hegen würde, dann müßte er, ein so guter

Preuße er auch sei, Oesterreich rathen, sich dem entgegen zu setzen. Aber Niemand denke daran und es sei gleichgültig, wer der Erwählte der Polen sei, wenn nur die Sache in Ruhe ausgetragen würde [84]).

Noch weiter als Finkenstein ging Hertzberg, und er sagte, der König würde sich wohl zu der beantragten Erklärung herbeilassen, wenn sie von ihm förmlich verlangt würde. Ried aber meinte, weder der eine noch der andere Minister sei von des Königs wahrer Gesinnung unterrichtet. Er selbst könne sich der Besorgniß nicht entschlagen, daß Friedrich jetzt Alles versprechen und mit „seiner gewöhn„lichen Verstellung" eine Gelegenheit abwarten werde, sich die Umstände zu Nutzen zu machen. Gebe er die verlangte Erklärung wirklich ab, so könne er entweder das in ihr enthaltene oder das an Rußland schon ertheilte Versprechen nicht erfüllen. Ja es sei nicht unmöglich, daß es in Berlin gar nicht unwillkommen wäre, wenn Rußland durch die Pforte an der Ausführung seiner Plane gehindert würde. Komme es hierüber zu einem inneren Kriege in Polen, dann werde der König von Preußen denselben schon beizulegen und sich für die ihm dadurch verursachten Kosten zu entschädigen wissen [85]).

Wie man sieht, hatte man nicht bloß in Wien, sondern auch in Berlin die Möglichkeit ins Auge gefaßt, die Pforte könnte sich den Uebergriffen Rußlands in Polen mit gewaffneter Hand widersetzen. Wenn Oesterreich dieß wünschte und die Pforte hiezu anzueifern sich bemühte, so sah es sich hiezu durch sein eigenes Interesse veranlaßt. Aber es war weit davon entfernt, der Türkei, wie ohne allen ausreichenden Grund und daher in gehässiger Weise gesagt worden ist, eine Falle legen zu wollen. Denn es walteten in der That für die Pforte höchst beachtenswerthe Beweggründe ob, der Vergewaltigung Polens durch Rußland nicht unthätig zuzusehen. Binnen sehr kurzer Frist hatte man es in Constantinopel aufs bitterste zu bereuen, daß man ihr nicht rechtzeitig und mit dem gehörigen Nachdrucke gesteuert hatte.

So willkommen dieß auch dem Wiener Hofe gewesen wäre, so wenig durfte er hoffen, daß solches von Seite der Pforte wirklich

geschehe. Wie Kaunitz die damalige Haltung der fremden Mächte hinsichtlich Polens und den Stand der dortigen öffentlichen Angelegenheiten überhaupt beurtheilte, geht am deutlichsten aus einem geheimen Rescripte hervor, das er am 16. Mai 1764 an den österreichischen Botschafter in Warschau, den Grafen Mercy erließ. Ungescheut stellte er an die Spitze seiner Ausführungen den Ausdruck seiner Erkenntniß, daß wenn man die wahre Gestalt der Sachen ohne Vorurtheil und Selbsttäuschung betrachte, man einsehen müsse, wie sehr jede Hoffnung auf einen günstigen Ausgang der polnischen Königswahl allmälig verschwinde.

Um dieß zweifellos darzuthun, zählte Kaunitz die Mächte, welche hieran am meisten betheiligt waren, der Reihe nach auf und fügte bei jeder dasjenige hinzu, was nach seiner Meinung von ihr zu erwarten war. Der König von Preußen fahre zwar fort, eine friedfertige Sprache zu führen, man wisse aber mit Bestimmtheit, daß er mit Rußland einen geheimen Vertrag wegen Polen geschlossen habe. Nicht leicht werde er eine Gelegenheit sich entgehen lassen, sich in Hinkunft die Verwirrung in Polen zu Nutzen zu machen.

Von der Pforte sei durchaus kein ernstlicher Entschluß in Bezug auf Polen zu erwarten. Der Sultan besitze keineswegs jenen kriegerischen Geist, den man ihm habe zuschreiben wollen. Er liebe die Ruhe und seine Schätze; er sei weit davon entfernt, die letzteren der Kriegführung zu opfern. Auch im Serail wolle man den Krieg nicht; der Großwesir genieße kein Ansehen und die übrigen Minister seien theils von Rußland, theils von Preußen gewonnen.

Frankreich habe, fuhr Kaunitz fort, in der Declaration, welche es in Warschau abgeben ließ, in so positiven Ausdrücken seinen Beistand versprochen, daß man sich der Erwartung hätte hingeben sollen, es werde nach Empfang der Nachricht von den Vorgängen in Polen, von dem Einmarsche der russischen Truppen und dem Schreiben der fünfzehn Senatoren mit größerem Eifer zu Werke gehen und sich wenigstens zu einer namhaften Geldhülfe entschließen. Man erfahre jedoch von dort, daß die französische Regierung die Erreichung günstiger

Resultate in Polen für etwas ganz Unmögliches ansehe. Sie sei vielmehr der Meinung, alles Geld, welches man in Polen verausgabe, sei unnütz verschwendet. Ja man würde nur die Schuld auf sich laden, durch Zureden oder durch einen Beistand, der doch niemals ein nachhaltiger sein könne, die gutgesinnten Polen zu einem Widerstande anzufeuern, der ihnen schließlich zum Verderben gereichen könnte. Spanien aber werde den Anschauungen Frankreichs sich anschließen. Es sei daher weder von dem einen noch von dem anderen Staate eine ausgiebige Geldhülfe zu erwarten.

In Rußland dauere zwar die Unzufriedenheit mit der Kaiserin Katharina noch fort und sie werde durch die Wiedereinsetzung des Generals Czernitscheff in alle seine Aemter nicht wenig vermehrt. Es sei aber gleichwohl nicht wahrscheinlich, daß noch zu rechter Zeit eine Umwälzung eintrete. Man kenne die Gesinnung der Zarin und dürfe sich nicht verhehlen, daß sie sich schon allzuweit vorgewagt habe, um das Geschehene mit Ehren wieder rückgängig machen zu können. Sie werde daher auf der einmal eingeschlagenen Bahn um so entschiedener vorwärts schreiten, als sie nichts von der Pforte zu besorgen, den Vertrag mit Preußen geschlossen und sich zuverlässig zu versprechen habe, daß wenn Oesterreich die gutgesinnten Polen mit gewaffneter Hand unterstützen wollte, der König von Preußen dieß in keiner Weise zulassen, sondern sogleich eine namhafte Streitmacht nach Polen absenden würde. Gerade dadurch wäre ihm der Anlaß geboten, das Land noch mehr zu Grunde zu richten, große Entschädigungen zu fordern und sich polnische Gebietstheile anzueignen. Die österreichische Truppenhülfe würde also den Polen nicht nur zu keinem Vortheile, sondern zum größten Unglücke gereichen. Man könne daher von Oesterreich, meint Kaunitz weiter, nicht mehr verlangen, als daß es durch sein „Stillsitzen" und durch seine übrigen Maßregeln den König von Preußen abhalte, sich in die polnischen Händel zu mengen und im Trüben zu fischen [86].

Man sieht wohl daß Kaunitz über den zu erwartenden Ausgang der polnischen Königswahl sich keiner Täuschung mehr hingab. Sowohl von den Türken als von den Franzosen, schrieb er jetzt auch an Ried,

dürfe man sich gar keine Hülfe versprechen. Ja sogar Branicki beginne zu wanken, und es bleibe daher nichts übrig, als nach einem Auswege zu suchen, um mit Ehren aus der Sache zu kommen und nicht die gutgesinnten Polen durch allzu eifrigen Zuspruch unglücklich zu machen. Ein Schritt, welcher von der Gegenpartei geschah, schien ihm früher oder später ein Auskunftsmittel zu bieten. Um den Eindruck des schon erwähnten Schreibens zu paralysiren, in welchem fünfzehn polnische Senatoren die Kaiserin um Erfüllung der in ihrer Declaration enthaltenen Zusagen gebeten hatten, richteten bald darauf fünfundzwanzig der Gegenpartei angehörige Senatoren gleichfalls eine Eingabe an Maria Theresia. An die Erklärung, der größte Theil der polnischen Nation habe zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit den Beistand Rußlands in Anspruch genommen, wurde darin die Bitte geknüpft, Maria Theresia möge dem nicht feindlich entgegentreten.

Es lag auf der Hand, daß man sich nöthigen Falles dieses Schriftstückes als eines Vorwandes bedienen konnte, um bei den einander widersprechenden Begehren der Polen auf jede Theilnahme an ihren Angelegenheiten zu verzichten. Einstweilen schien es jedoch gerathen, weder der einen noch der anderen Partei eine Antwort zu geben. Zu dieser klugen Zurückhaltung mahnte auch der Bescheid, welchen endlich der König von Preußen auf den von dem österreichischen Gesandten gestellten Antrag auf Ausfertigung von Declarationen ertheilte, kraft deren sowohl Oesterreich als Preußen sich jeder bewaffneten Einmischung in die polnischen Händel enthalten würden. Allzu scharfblickend war Friedrich, um auch nur einen Augenblick darüber in Zweifel zu sein, daß Oesterreich nichts ferner liege als eine solche Theilnahme an offenen Feindseligkeiten. Und außerdem hätte er sich, wie schon Ried ganz zutreffend bemerkt hatte, gar leicht in den Fall begeben, entweder die in der Erklärung an Oesterreich oder die in seinen Abmachungen mit Rußland enthaltenen Versprechungen nicht erfüllen zu können. Mit dem letzteren Staate auf gutem Fuße zu bleiben, besaß jedoch damals für den König von Preußen bei weitem den größten Werth. Darum lehnte er es nicht nur mit vollster

Entschiedenheit ab, zu der Declaration sich herbeizulassen, die Kaunitz gewünscht hatte, sondern er sagte ganz offen zu Ried, man möge sich darein finden, daß Rußland in Polen einen König einsetze, wie ja auch die Zarin nicht widerstrebt habe, als der Erzherzog Joseph Römischer König geworden sei. Maria Theresia möge zufrieden sein, einen Römischen König gemacht zu haben; sie könne ja doch nicht alle Könige machen.

Diese Nebeneinanderstellung zweier durchaus verschiedener Dinge war jedoch allzu wenig begründet und allzu gewagt, als daß Ried es sich hätte versagen sollen, den König auf den hiebei obwaltenden Unterschied aufmerksam zu machen. Aber so sehr derselbe auch auf der Hand lag, und so leicht es nachzuweisen war, daß Maria Theresia den Polen keinen König geben, sondern es nur verhindern wolle, daß ihnen ein solcher von anderer Seite mit Waffengewalt aufgedrängt werde, so nützten doch auch die eindringlichsten Vorstellungen bei Friedrich nichts. Denn sein Entschluß war längst gefaßt und in der That auf gewichtige Motive gegründet. Und dem Gesandten Oesterreichs gegenüber war es ihm nicht um überzeugende Beweisführung, sondern nur um Ausflüchte zu thun. Ja er verstieg sich sogar zu der Behauptung, daß Rußland sich gar keine Gewaltthätigkeit in Polen zu Schulden kommen lasse. Es handle im Einverständnisse und über Aufforderung des größten Theiles der polnischen Nation, während der Krongroßfeldherr und sein Anhang nur darum so laute Klagen erhöben, weil sie von Oesterreich hiefür bezahlt würden. „Ermuthigt sie nicht," sagte Friedrich bei seiner langen Besprechung mit Ried, welche am 21. Mai 1764 auf freiem Felde während der Manöver stattfand, „gebt ihnen kein Geld mehr und Ihr werdet „sehen, wie bald sie der gutgesinnten Partei beitreten werden" [87]).

Man weiß wie leichtfertig König Friedrich derlei Beschuldigungen aussprach, wenn er auch innerlich davon überzeugt sein mochte, daß sie völlig aus der Luft gegriffen seien. So suchte er damals den Hof von St. Petersburg glauben zu machen, von Oesterreich, Frankreich und Sachsen werde an der Herbeiführung einer Staatsumwälzung in Rußland eifrigst gearbeitet [88]). Daß dieß in keiner Weise der Fall

war, kann jedoch ganz unwiderleglich und zwar durch die Instructionen bewiesen werden, welche der Wiener Hof seinem neuen Gesandten in Rußland, dem Fürsten Lobkowitz mit auf den Weg gab[89]). Und ebensowenig begründet war die Behauptung, daß die Unruhen in Polen durch österreichische Geldzuschüsse genährt würden. Darin bestand ja gerade eine der hauptsächlichsten Beschwerden der Partei Branicki's, daß sie weder von Oesterreich noch von Frankreich irgendwelche erhebliche Beihülfe in Geld zu erlangen vermochte[90]).

Um sich jedoch nicht allzu schroff gegen den Wiener Hof zu erweisen, gestattete Friedrich, daß sein Minister Graf Finkenstein dem Freiherrn von Ried mündlich erklärte, Preußen könne sich kraft des eben abgeschlossenen Vertrages in Allem, was die polnischen Angelegenheiten betreffe, von Rußland nicht trennen. Gleichwohl hege der König die friedfertigsten Gesinnungen und er werde gewiß nichts unternehmen, wodurch das gute Einvernehmen zwischen den Höfen von Wien und Berlin gestört werden könnte. Auch die Gerüchte wegen Zusammenziehung preußischer Truppen an der polnischen Grenze wurden als unwahr bezeichnet, und Ried maß dieser Versicherung um so leichter Glauben bei, als er bei der letzten Generalrevue selbst gesehen, daß kaum der dritte Theil der dabei anwesenden Cavallerie-Regimenter beritten war[91]).

Da man in Wien sich nicht darüber täuschte, daß ein Mehreres als diese allgemein lautende Erklärung von dem Könige von Preußen nicht zu erreichen sei, ließ man es bei derselben bewenden. Hatte doch schon vor ihrem Eintreffen Kaunitz an Mercy geschrieben, daß wenn es nicht ausführbar erscheine, ein Einverständniß zu erzielen, durch welches die Zurückziehung sämmtlicher Truppen und die allseitige Annahme der durch die Mehrheit der Stimmen zu Stande zu bringenden Königswahl festgesetzt würde, nichts übrig bleibe als dahin zu wirken, daß entweder Branicki oder doch einer der beiden Palatine von Wilna oder Kiew, Fürst Radziwill oder Graf Potocki, einen Vergleich mit den Czartoryski's herbeiführe und in solcher Weise dem ganzen Wahlstreite ein Ende mache[92]). Und auch von Seite der

Gegenpartei geschahen Schritte, um sich mit den ihr bisher widerstrebenden Mächten auf besseren Fuß zu setzen. Wie Kaunitz behauptete, überbot sich Poniatowski in Versicherungen an Frankreich, daß er als König dessen eifrigster Anhänger sein würde. Und um Oesterreich zu versöhnen, wurde Mercy zu einer geheimen Besprechung mit dem Kanzler von Litthauen, Fürsten Michael Czartoryski bewogen. Dringend bat er den österreichischen Botschafter um dessen Verwendung in Wien. Und am 25. Mai erschienen beide Czartoryski mit Poniatowski in Mercy's Wohnung und trugen ihm in den ehrfurchtsvollsten Ausdrücken die förmliche Bitte vor, er möge ihnen die Unterstützung und den Schutz der Kaiserin Maria Theresia erwirken [93]).

Während dieß in Warschau geschah, suchte Poniatowski auch in Wien seine Minen springen zu lassen. Am Kaiserhofe befand sich zu jener Zeit die verwitwete Gräfin Salmour als Obersthofmeisterin der Erzherzogin Marianne in bevorzugter Stellung. Eine Polin von Geburt, aus dem Hause der Grafen Lubienski, war sie mit dem obersten Würdenträger Polens, dem Primas des Königreiches nahe verwandt. Sie galt als eine ungemein geistreiche Frau, welche daher auch an den politischen Angelegenheiten ihres Vaterlandes sehr regen Antheil nahm. Man behauptete von ihr, daß ihre Sympathien der Sache Poniatowski's gewidmet seien. An sie schrieb daher auch der Letztere über seine Besprechung mit Mercy, und er hoffte auf diesem Wege den Eindruck des Berichtes, welchen Mercy erstatten mußte, noch zu verstärken. Bezeichnend sind die Aeußerungen, in denen sich Maria Theresia hierüber gegen Kaunitz erging [94]).

„ich hätte," so lauten sie, „so vill lieber mit ihme geredet, „weillen ein eygenhändiger brieff von stolnick [95]) an die salmour „gekomen wegen der entrevue mit merci, voller flaterien vor mich. „er urtheilt mich nach seiner Kayserin, das davor sensible seye; „Gott lob aber bin weit davon. weillen versprochen das niemand „selben geben werde, so kan nicht davon usage machen, weillen „nicht mein secret, sondern eines dritten ist, über welches kein „recht habe."

Wenngleich Maria Theresia für Poniatowski's Schmeichelreden sich unzugänglich zeigte, so war ihr doch die von der Gegenpartei ausgegangene Annäherung willkommen. Auch Kaunitz stimmte dieser Anschauung bei, indem ihm jetzt die Bahn geöffnet zu sein schien zu dem dreifachen Zielpunkte, den man nach seiner Meinung überhaupt noch im Auge behalten konnte: einen Vergleich zu stiften, Oesterreich nicht ausgeschlossen zu sehen aus den polnischen Angelegenheiten, und mit Ehren aus der Sache zu kommen. In diese drei Sätze wurden die Wünsche gekleidet, welche man in Wien hinsichtlich Polens noch hegte. Sollte ein Vergleich zu Stande gebracht werden, schrieb Kaunitz an Mercy, so wäre vor Allem darauf zu sehen, daß den Dissidenten, unter welcher Bezeichnung die Anhänger des protestantischen und des griechischen Glaubensbekenntnisses verstanden wurden, keine größere Berechtigung als bisher eingeräumt, und daß das liberum veto, die Befugniß jedes Mitgliedes des Reichsrathes, durch seine abweichende Meinung das Zustandekommen eines Beschlusses zu verhindern, aufrecht erhalten werde.

Es muß wohl als etwas sich von selbst Verstehendes angesehen werden, daß man heut zu Tage Anschauungen und Begehren, wie Kaunitz in Bezug auf diese zwei letzten Punkte sie aussprach, nicht zustimmen kann. Schon bei einem anderen Anlasse ist erwähnt worden, welch großen Schaden Oesterreich sich selbst dadurch zufügte, daß nicht nur die Regierungsmaßregeln im Innern, sondern auch seine Politik nach Außen fortwährend eine allzu große Bevorzugung der Katholiken und eine viel zu schroffe Hintansetzung der Andersgläubigen bezweckten. Allerdings waren in dem gegebenen Falle nicht so sehr confessionelle als politische Interessen im Spiele. Denn man besorgte daß Preußen durch die Protestanten, Rußland aber durch die Griechen zu immer mächtigerem Einflusse in Polen gelangen würden. Aber darum kann man es doch keineswegs billigen, wenn Oesterreich dieses Uebel durch Mittel hintanzuhalten wünschte, welche offenbar noch schlechter waren als das Uebel selbst. Und ebensowenig wird es Beifall finden können, wenn der Kaiserhof, in dieser einzigen Beziehung mit Rußland und Preußen auf den gleichen Boden sich

stellend, der Aufrechthaltung des liberum veto das Wort sprach. Indem man dieß that, wußte man in Wien recht wohl und sagte es auch unverhohlen, daß in dem liberum veto das größte Hinderniß der inneren Erstarkung Polens und seiner Königsgewalt lag. Oesterreichs Interessen entspreche es jedoch durchaus nicht, so meinte man, das durch Parteizwist zerklüftete und daher ohnmächtige Nachbarreich zu kräftigerer Consolidirung gelangen zu sehen [96]).

So wie Kaunitz den Inhalt seiner Depeschen an Mercy dem Hofe von Versailles nur unvollständig mittheilte, so ließen sich hinwieder dessen Repräsentanten in Warschau, Paulmy und Hennin, ohne Mercy's Vorwissen mit Poniatowski in Verhandlungen ein, um ebenfalls einen Vergleich zu Stande zu bringen. Die Verbesserung der Verfassung des Königreiches, die Befriedigung des Krongroßfeldherrn und seiner Partei, die Entschädigung der sächsischen Prinzen durch Verleihung von Starostien an sie, endlich die Entfernung der russischen Truppen von dem Wahlorte wurden von den französischen Unterhändlern als diejenigen Begehren bezeichnet, auf welche sie das meiste Gewicht legen müßten. Fürst Kaunitz erklärte diese Forderungen zwar an und für sich als billig, aber die einmal obwaltenden Umstände ließen sie ihm als zu hoch gespannt erscheinen; er meinte daher, sie würden nicht angenommen werden. So geschah es auch wirklich; Poniatowski lehnte sogar jede Gegenerklärung ab. Er erwiderte den Franzosen, sie möchten sich allenfalls mit den in Warschau anwesenden russischen Ministern verständigen. Ueberhaupt befinde sich, meinte Kaunitz, die Gegenpartei in einer viel zu vortheilhaften Lage, als daß zu erwarten wäre, sie würde sich lästigen Bedingungen fügen. Es bleibe daher kaum etwas Anderes übrig, als daß die Wohlgesinnten einen so günstigen Vergleich eingingen, als sie ihn überhaupt noch zu Stande zu bringen vermöchten. Wäre gar nichts Gutes mehr zu hoffen, dann würde es auch für Oesterreich nachtheilig sein, die Rolle eines Vermittlers zu übernehmen [97]).

Vor allem schien es jetzt nothwendig, den Czartoryski eine Antwort auf ihre Bewerbung um den Schutz Oesterreichs zu geben. Nach ihren entgegenkommenden Schritten konnte man sich gleichfalls

nur versöhnlich erweisen. Mercy erhielt den Befehl, ihnen zu eröffnen, daß ihre Erklärungen der Kaiserin zu „aller Zufriedenheit" gereicht hätten. Sie sei weit entfernt von irgendwelcher Abneigung gegen die Familie Czartoryski; dieselbe könne vielmehr ihres aufrichtigen Wohlwollens versichert sein. Unveränderlich bleibe Maria Theresia bei ihrer gleich Anfangs geäußerten Gesinnung, daß sie als aufrichtige Freundin und Bundesgenossin der Republik nichts wünsche als ihre Wohlfahrt und die Aufrechthaltung ihrer Freiheit; auch gönne sie die polnische Königskrone Jedem, der durch freie Wahl zu ihr gelange. Wäre dieß ein Mitglied der Familie Czartoryski, dann werde ein solcher König der Kaiserin lieb sein und werth.

Allerdings sei, fuhr Kaunitz fort, die Verwirrung schon sehr hoch gestiegen und sie drohe noch immer größeren Umfang anzunehmen. Wenn aber das wahre Beste des Landes und seines zukünftigen Königs beherzigt und daher der Weg der Mäßigung eingeschlagen würde, schiene die Stiftung eines allgemeinen guten Einvernehmens und eines billigen Vergleiches noch möglich zu sein. Mercy solle sich daher bemühen, einen solchen zu Stande zu bringen, jedoch auch gleichzeitig erklären, daß wenn diese Absicht nicht erreicht und im Gegentheil fortgefahren würde, Alles mit Gewalt durchzusetzen, er auch nicht länger ein Augenzeuge so bedauerlicher Vorgänge sein könnte. Er werde sich dann gezwungen sehen, mit dem kaiserlichen Residenten van Swieten Warschau zu verlassen.

Zu dieser letzteren Erklärung war man in Wien durch den Entschluß des Hofes von Versailles veranlaßt worden, die Vertreter Frankreichs aus Polen zurückzurufen. Die Verwerfung der französischen Vergleichsvorschläge durch die Czartoryski hatte hiezu den Anstoß gegeben. Maria Theresia und Kaunitz aber wollten sich einerseits, was die Haltung der österreichischen Regierung in Polen betraf, nicht vollständig von Frankreich trennen, und doch auch andererseits nicht allzu rasch das Feld räumen vor Rußland und Preußen. Um jedoch auch gegen diese beiden Staaten nicht zu verstoßen, wurde Mercy eigens gewarnt, sie in seiner Antwort an die Czartoryski auch nur zu nennen, Beschuldigungen oder Vorwürfe gegen sie zu erheben, eine drohende

Sprache zu führen oder seine etwaige Abreise von Warschau in eine Form zu kleiden, aus welcher man schließen könnte, Oesterreich wolle sich nunmehr mit Gewalt in die polnischen Händel mischen. Er möge sich in solchem Falle auf die Erklärung beschränken, daß die Kaiserin weder die bisherigen Vorgänge in Polen, noch die Wahl eines künftigen Königs als gesetzmäßig ansehen könne. Die Abreise selbst aber sei so lang zu verschieben, als es noch irgend welche Hoffnung auf einen besseren Ausgang gebe [98]).

Von den Bedingungen, unter denen ein Vergleich zu Stande zu bringen sei, war in der Depesche an Mercy nicht mehr die Rede, wie es denn dem Letzteren sogar anheimgestellt wurde, an der den Czartoryski zu ertheilenden Antwort diejenigen Aenderungen vorzunehmen, die er an Ort und Stelle etwa für nothwendig ansehe. Die Behauptung ist also irrig, daß Kaunitz schon binnen vierundzwanzig Stunden die Weisungen an Mercy wieder abgeändert habe [99]). Es waren ihm inzwischen Berichte und Vorschläge desselben zugekommen [100]), durch welche seine eigenen Ansichten und die aus ihnen hervorgegangenen Aufträge an Mercy im Wesentlichen nur bestätigt wurden. Da jedoch Mercy darauf antrug, daß er und Paulmy beauftragt werden sollten, nochmals und in den unzweideutigsten Ausdrücken von der Familie Czartoryski die Entfernung sämmtlicher Truppen mit der Drohung zu begehren, sie würden im Falle fernerer Weigerung Warschau unverzüglich verlassen [101]), entgegnete Kaunitz, er sei der Meinung, daß die völlige Zurückziehung der russischen Truppen aus Polen nimmermehr zu erlangen sein werde. Man dürfe also auch hierauf nicht wie auf einer Conditio sine qua non bestehen. Man würde sich bescheiden, wenn man nur im Uebrigen billige und anständige Bedingungen und insbesondere die Amnestie der Wohlgesinnten zu erwirken vermöchte [102]). Die einzige Modification der Weisungen an Mercy bestand darin, daß er drei Tage später beauftragt wurde, in der Erklärung, welche er für den Fall seiner Abreise aus Warschau abzugeben haben würde, die Frage, ob der Wiener Hof den künftigen König von Polen als rechtmäßig gewählt anerkennen werde oder nicht, ganz mit Stillschweigen zu übergehen. Denn man wollte sich völlig freie

Hand bewahren, um in Zukunft dasjenige thun zu können, was nach Beschaffenheit der Umstände als das vortheilhafteste sich darstelle [103]).

Noch hatte Mercy diese Befehle aus Wien nicht empfangen, als er dem Staatskanzler gegenüber die Meinung aussprach, es sei nicht ganz unwahrscheinlich, daß zwischen dem Krongroßfeldherrn Branicki und den Czartoryski ein Vergleich herbeigeführt werden könne. Aber fast undenkbar scheine es, daß ein Gleiches auch zwischen den Letzteren und den eigentlichen Häuptern der patriotischen Partei, insbesondere dem Fürsten Radziwill und den Potocki geschehe. Die völlige Vernichtung derselben und daher ihre gänzliche Ausschließung aus jedem Vergleiche liege den Czartoryski im Sinne. Es hänge Alles davon ab, ob Branicki seine bisherigen Freunde und Anhänger im Stiche lassen werde oder nicht [104]).

Gleichzeitig berichtete Mercy nach Wien, daß die Versuche, den französischen Botschafter Marquis de Paulmy zu noch längerem Verweilen in Warschau zu bewegen, fruchtlos geblieben seien. Den Auftrag seines Hofes erfüllend, habe Paulmy dem Primas seine demnächstige Abreise angekündigt. So sehr gegen den äußeren Anstand verstoßend sei hiebei das Betragen des Primas gewesen, daß Paulmy Warschau unverzüglich verlassen habe und baldigst aus Polen abreisen werde.

Dieser auffallende Bruch zwischen Frankreich und Polen war dem Kaiserhofe in keiner Weise willkommen. Gleichwohl blieb er sich auch jetzt consequent und er beließ es bei den Vorschriften, welche Mercy für alle Fälle ertheilt worden waren [105]). Nur darauf glaubte ihn Kaunitz neuerdings aufmerksam machen zu sollen, daß zwar dessen längerer Aufenthalt in Warschau erwünscht wäre, um nicht der Gegenpartei schon von vorneherein gewonnenes Spiel zu geben und die Correspondenz mit der Republik und dem zukünftigen Könige von Polen in einer Weise abzubrechen, daß deren Wiederanknüpfung später große Schwierigkeiten bereite. Der Vorfall mit Paulmy verändere jedoch den Stand der Sachen so sehr, daß es nur noch darauf ankomme, ob einige

Wahrscheinlichkeit übrig bleibe, daß es Mercy bei längerem Aufenthalte gelingen könnte, in gütlichem Wege eine Einigung zwischen den sich gegenüberstehenden Parteien zu Stande zu bringen. Eine solche müßte den kursächsischen Prinzen wenn auch nicht zu wesentlichem Nutzen, so doch wenigstens nicht zum Nachtheile gereichen, den Anhängern Oesterreichs vollkommene Amnestie und Wiedereinsetzung in ihre Aemter und Güter gewähren, endlich dem Ansehen des Kaiserhofes nicht abträglich, sondern dessen künftigem Einflusse auf die polnischen Angelegenheiten förderlich sein. Wenn noch Hoffnung auf einen solchen Vergleich vorhanden und auch sonst nichts Widriges vorgefallen wäre, was Mercy's Entfernung aus Warschau nothwendig mache, so möge er auch nach Paulmy's Abreise dort noch verweilen. Wäre jedoch diese Hoffnung verschwunden und von Mercy's längerer Anwesenheit in Warschau keine günstige Wirkung zu erwarten, sondern vielmehr zu besorgen, daß sie dem Ansehen des Kaiserhofes schade, dann möge er sich, ohne von dem Primas Abschied zu nehmen und eine Declaration zurückzulassen, mit van Swieten von Warschau entfernen.

Mercy war eifrigst bemüht, den ihm ertheilten Aufträgen gerecht zu werden. Als die Czartoryski und Stanislaus Poniatowski sich neuerdings mit der in die ehrfurchtsvollsten Ausdrücke gekleideten Anfrage an ihn wandten, ob eine Antwort auf ihre Erklärungen aus Wien noch nicht eingetroffen sei, erwiderte er ihnen, er könne sich nach den Vorgängen mit Paulmy erst dann in fernere Geschäfte mit ihnen einlassen, wenn er hiezu von Wien aus ermächtigt worden sei. Aber er dürfe ihnen wohl vorläufig und im Vertrauen mittheilen, daß sie sich des Wohlwollens der Kaiserin versichert halten dürften, wenn sie nur künftighin der Mäßigung sich befleißen und zu friedlicher Beilegung der Unruhen beitragen würden. Die Czartoryski überboten sich in Zusagen und in Betheuerungen ihrer friedfertigen Gesinnung; ihre Handlungen aber standen in directem Gegensatze zu ihren Worten. Jeder ihrer Schritte war gleichzeitig ein deutlicher Beweis, daß sie von nichts weiter entfernt waren als von irgend einer Schonung ihrer Gegner; sie gingen darauf aus, dieselben vollständig und für alle Zukunft zu Grunde zu richten [106].

Dieß zeigte sich auch, als Mercy in Folge der empfangenen Ermächtigung aus Wien die förmlichen Unterhandlungen mit den Czartoryski zur Herbeiführung eines Vergleiches zwischen ihnen und ihren bisherigen Widersachern begann. Weder auf die Zumuthung, die Zurückziehung der russischen Truppen zu veranlassen, noch auf die ihnen angesonnene Schonung ihrer Gegner ließen sie sich ein. Dieselben seien nichts als Rebellen gegen den Staat und die gesetzmäßige Autorität, welche mit Gewalt gedemüthigt und zu Paaren getrieben werden müßten. Gleichwohl seien sie bereit, sie nach ihrer Unterwerfung weder mit Strafen zu belegen noch ihrer Güter zu berauben; mit Radziwill aber müsse eine Ausnahme gemacht werden. Er dürfe um seiner „häufigen Verbrechen" willen einer angemessenen Ahndung nicht entgehen. Doch wolle man sich anheischig machen, ein Todesurtheil nicht wider ihn zu fällen; seine Woiwodschaft und einen Theil seiner Güter müsse er jedoch verlieren. Nachsichtiger als gegen ihn wolle man gegen Branicki verfahren und ihn nicht einmal seines Amtes entkleiden, sondern nur die Autorität des letzteren beschränken. Die kursächsischen Prinzen könnten nicht als Polen betrachtet werden und daher auch keine polnischen Güter erhalten.

Aus Allem zog Mercy den Schluß, daß an die Zustandebringung eines billigen Vergleiches durchaus nicht zu denken sei. Der immer schroffer werdende Ton, in welchen die Czartoryski allmälig verfielen, brachte ihn sogar auf die Vermuthung, ihre Annäherung an den Kaiserhof sei von Rußland mißbilligt und ihnen untersagt worden, sich noch ferner an denselben zu wenden. Mercy erneuerte den Antrag auf seine und van Swietens Abberufung aus Warschau. Gleichzeitig möge man erklären, daß man einen in so gesetzwidriger Weise gewählten König nicht anerkennen werde. Hierin allein wäre vielleicht noch ein Mittel zu finden, die Gegner zu einiger Nachgiebigkeit zu vermögen [107]).

In seiner vorsichtigen und tiefdurchdachten Politik wollte jedoch Kaunitz diesen letzteren Schritt auch jetzt noch vermeiden, weil er sich durch einen solchen für künftige Entschlüsse schon im voraus die Hände gebunden hätte. Er glaubte sich daher auf die erneuerte Ertheilung

der Ermächtigung an Mercy beschränken zu sollen, daß er Warschau verlasse, wenn jede Aussicht auf Herbeiführung eines ersprießlichen Vergleiches verschwunden sei [108]). Oesterreich kam hiedurch auch einem dringenden Wunsche der französischen Regierung nach, welche seit der dem Marquis von Paulmy zu Warschau zugefügten Beleidigung und seit dessen Abreise von Warschau es wie einen Freundschaftsbeweis des Kaiserhofes ansah, daß auch Mercy nicht länger dort verweile. Sehr wichtige politische Rücksichten aber sprachen dafür, daß man dem Hofe von Versailles in dieser Beziehung willfahre und nicht die Meinung hervorrufe, als ob zwischen Oesterreich und Frankreich eine grundsätzlich verschiedene Auffassung der polnischen Verhältnisse obwalte. Und insbesondere war Maria Theresia selbst der Ansicht, daß man gegen Freund und gegen Feind sich nur der offensten Sprache bedienen solle. Als zu jener Zeit Graf Ossolinski, einer der eifrigsten Gegner der Czartoryski, ein Schreiben an Kaunitz richtete, in welchem er in eindringlichster Weise um ausgiebige Unterstützung seiner Partei bat, befand sich der Staatskanzler seinen eigenen Worten zufolge wegen der Antwort in einiger Verlegenheit [109]). Er legte den Brief Ossolinski's der Kaiserin vor; sie aber antwortete mit eigener Hand:

„ich bin alzeit der meinung alles khlar zu melden, das weillen „man nicht sich so weit hineinlassen können, das ein Krieg daraus „entstünde, und alle mächten darüber daccord worden, wir also „nichts particulares eingehen können und unser bottschaffter schonn „in procinctu stehet warschau zu verlassen und sich nur so lang „auffgehalten, alſ er verhoffen kunte, einen billigen Vergleich zwischen „beeden Theillen zu stifften, mithin man selben rathe, auch disen sich „zu fügen und darburch die ruhe in Vatterland herstellen und denen „unruhen ein ende zu machen."

Noch einen letzten Versuch machte Mercy bei dem Kanzler von Lithauen, Michael Czartoryski, zur Erzielung eines billigen Vergleiches. Zu derselben Zeit traf er in ziemlich auffälliger Weise seine Vorbereitungen zu demnächstiger Abreise; er meinte noch immer, die Czartoryski hiedurch zu einiger Nachgiebigkeit bewegen zu können [110]). Aber dieses Mittel verfing nicht; die Czartoryski verharrten nach wie

vor in ihrer der Form nach äußerst verbindlichen, in der Sache selbst aber entschieden ablehnenden Haltung. Mercy mußte endlich Ernst machen mit seinem so lang schon angekündigten Vorsatze, sich von Warschau zu entfernen. In der zweiten Hälfte des Juli 1764 führte er ihn aus; er und der Resident van Swieten kehrten nach Wien zurück.

In Warschau schritt auch nach der Abreise Mercy's die herrschende Partei unaufhaltsam fort auf dem von ihr eingeschlagenen Wege. Am 24. August versammelte sich der Reichstag, welcher die Königswahl vorzunehmen hatte. Nachdem die Gegner vollständig das Feld geräumt, gingen die jetzt aufeinander folgenden Ereignisse ohne Störung vor sich. Am 28. August wurde den Polen der Wunsch der Kaiserin von Rußland, den Stolnik Stanislaus Poniatowski auf den Königsthron erhoben zu sehen, offen kundgethan. Am 7. September erfolgte dessen einstimmige Wahl und am 25. November seine Krönung. Statt wie bisher in Krakau, wurde sie in Warschau vollzogen [111].

Viertes Capitel.

Die Anerkennung des Königs Stanislaus.

Die Wahl Poniatowski's zum Könige von Polen war ohne Zweifel dem Wiener Hofe ein höchst unwillkommenes Ereigniß. Aber schon geraume Zeit, bevor sie wirklich vor sich ging, war man von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sie nicht verhindert werden könne, zum mindesten nicht ohne Darbringung von Opfern, auf deren Vermeidung man größeren Werth legen mußte als auf die Erreichung des Zieles, an das man durch sie etwa zu gelangen vermocht hätte. Darum hatten sich auch Maria Theresia und Kaunitz sorgfältig enthalten, sich noch tiefer einzulassen in die polnischen Wirren [112]). Denn die Zustandebringung der Wahl eines sächsischen Prinzen schien ihnen von vorneherein kaum möglich, diejenige Branicki's aber von recht zweifelhaftem Werthe zu sein. Darum ist es auch eine ganz aus der Luft gegriffene Behauptung, wenn gesagt wird, die Politik des Fürsten Kaunitz habe in den polnischen Angelegenheiten eine schwere Niederlage erlitten. Und wenn hieran die fernere Versicherung geknüpft wird, Kaunitz habe dieselbe peinlich empfunden, so verräth ein solcher Ausspruch nur eine weitgehende Unkenntniß der damaligen Verhältnisse und der Persönlichkeit des Staatskanzlers selbst.

Wie wohlüberlegt und zweckmäßig seine Schritte gewesen, geht schon aus den unmittelbar auf die Wahl folgenden Ereignissen deutlich hervor. Am 7. September hatte sie stattgefunden und schon am 14. erschien Andreas Poniatowski, der Bruder des neugewählten Königs,

mit der ausgesprochenen Absicht in Wien, dessen baldige Anerkennung von Seite des Kaiserhofes zu erwirken. Mit Recht erblickte Kaunitz in diesem eifrigen Entgegenkommen ein überzeugendes Kennzeichen des sehr hohen Werthes, den man in Warschau darauf legte, in befriedigende Beziehungen zu Oesterreich zu kommen. Man solle diese Stimmung, so meinte der Staatskanzler, auch jetzt noch dazu benützen, um möglichst anständige Bedingungen für die sächsischen Prinzen sowie für Branicki und dessen Freunde, hiedurch aber Anhaltspunkte zur Gewinnung eines mächtigeren Einflusses in Polen zu erlangen. Denn des Letzteren glaubte man nun weit mehr als früher zu bedürfen. Wenn ein Mann die polnische Königskrone trug, der sich in völliger Abhängigkeit von Rußland und von Preußen befand, dann mußte man darauf bedacht sein, sich eine ansehnliche Partei zu schaffen, der man sich nöthigenfalls auch gegen den König und zur Vereitlung seiner nachtheiligen Absichten zu bedienen vermochte.

Von solchen Gesichtspunkten ausgehend, wünschte jetzt Kaunitz, daß dem Grafen Poniatowski zwar keine Abneigung gegen seinen Bruder, aber doch auch nicht schon von Anfang an allzu große Willfährigkeit für denselben gezeigt werde. Man möge ihm daher vor der Hand nur eine allgemein lautende Antwort ertheilen und ihm andeuten, die ferneren Entschlüsse des Wiener Hofes würden von der zukünftigen Haltung seines Bruders abhängig gemacht werden [113]).

Offenbar hegte Kaunitz die Besorgniß, Maria Theresia werde von ihrem lebhaften Wunsche, nur ja nach allen Richtungen hin friedliche und freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, sich dazu verleiten lassen, dem neugewählten Könige von Polen dessen Anerkennung von Seite des Wiener Hofes unter allzu leichten oder selbst unter gar keinen Bedingungen zuzugestehen. Kam es ja doch jetzt an den Tag, daß General Poniatowski seine Reise nach Wien nicht unternommen hatte, ohne hiezu die Erlaubniß der Kaiserin eingeholt und erhalten zu haben. Außerdem war er, wie Maria Theresia dem Staatskanzler mittheilte, der Ueberbringer eines vertraulichen Schreibens des Königs Stanislaus an sie. Die Kaiserin meinte es unbedenklich annehmen zu können; bevor sie es jedoch wirklich that, frug sie Kaunitz um seine

Meinung und erklärte ihm, vor Empfang seiner Antwort in dieser Sache nichts verfügen zu wollen [114]).

Wir kennen den Wortlaut der Rückäußerung des Staatskanzlers nicht; nur das wissen wir, daß er der Kaiserin dringend abrieth von der Annahme des Briefes des Königs von Polen. Auch der schon seit langer Zeit erhobene Widerspruch Frankreichs gegen die Anerkennung Poniatowski's als König mochte Kaunitz zu diesem Rathe bewegen [115]). Maria Theresia fügte sich demselben, und Kaunitz hoffte, die „kleine Lection", welche die Poniatowski hiedurch erhielten, werde ersprießliche Folgen nach sich ziehen [116]).

In Preßburg, wo sich Maria Theresia damals wegen des ungarischen Landtages befand, fand ihre Unterredung mit Andreas Poniatowski statt. Derselbe stellte ihr vor, daß jetzt die polnische Königswahl nach ihrem eigenen Begehren und in Gemäßheit ihrer eigenen Erklärungen einmüthig und in völliger Freiheit stattgefunden habe. Zuversichtlich hoffe daher der neugewählte König, daß die Kaiserin mit diesem Ereignisse zufrieden sein und ihm das Glück gönnen werde, das ihm hiedurch zu Theil geworden sei. Er erschöpfte sich in Versicherungen der Ergebenheit seines Bruders und der ganzen Familie Czartoryski für die Person der Kaiserin und für ihr Haus. Diese Gesinnungen fänden auch in dem eigenhändigen Notificationsschreiben ihren Ausdruck, mit dessen Ueberreichung sein Bruder ihn betraut habe. Er frug sich an, wann und wo er dasselbe der Kaiserin einhändigen dürfe, und für sich selbst bat er um die Erlaubniß, noch länger in ihrem Kriegsdienste zu bleiben.

Maria Theresia erwiederte, daß sie niemals etwas Anderes als eine vollkommen freie Wahl und die Aufrechthaltung der polnischen Regierungsform verlangt habe. Den Familien Czartoryski und Poniatowski sei sie jederzeit zugethan gewesen; die Vorgänge, unter denen die Wahl stattgefunden, und die gegen die Anerkennung des neuen Königs noch obwaltenden Bedenken veranlaßten sie jedoch, wenigstens vor der Hand das Notificationsschreiben nicht entgegen zu nehmen. Sie beabsichtige inzwischen mit dem Kaiser, ihrem Gemal,

der in Preßburg nicht anwesend sei, nähere Ueberlegung zu pflegen; Poniatowski möge sich daher, wenn er dessen Ankunft erfahre, wieder dort einfinden. Der Letztere erklärte jedoch, daß er, mit keinem Auftrage hiezu betraut, in Verhandlungen mit dem kaiserlichen Ministerium nicht eingehen könne. Er kehrte nach Wien zurück und erzählte überall, daß er gleich nach der Wahl seines Bruders sich nur in der Absicht wieder so rasch in Oesterreich eingefunden habe, um sich hier neuerdings dem Kriegsdienste zu widmen.

Inzwischen wurde die Haltung, welche der Kaiserhof dem nunmehrigen Könige Stanislaus gegenüber zu beobachten habe, in reifliche Erwägung gezogen. Sie gab Kaunitz den Anlaß, einen selbstgefälligen Rückblick auf die Politik Oesterreichs in Polen zu werfen; seine Betrachtungen beweisen am besten, wie weit er davon entfernt war, die Resultate derselben als eine Niederlage zu empfinden. Unmöglich hätte die Kaiserin, läßt der Staatskanzler sich vernehmen, dem kurfürstlich sächsischen Hause ihren Beistand gleich Anfangs versagen können. In den Augen der ganzen Welt würde sie dem Vorwurfe der Undankbarkeit und der Rücksichtslosigkeit gegen ihre Freunde sich ausgesetzt, den Höfen von Versailles und von Madrid aber gerechten Anlaß zum Mißvergnügen gegeben haben. Ebenso wenig wäre es rathsam gewesen, an den Handlungen der Kaiserin von Rußland sich zu betheiligen und ihr dadurch eine Deferenz zu bezeigen, welche dem Ansehen des Hauses Oesterreich höchst nachtheilig hätte sein müssen. Uebrigens würden weder Rußland noch die Familie Czartoryski für Oesterreichs Willfährigkeit ein Gefühl des Dankes empfunden haben. Nur als ein Zeichen der Schwäche, ja der Furcht wäre sie ihnen erschienen und ihr Uebermuth würde dadurch ohne Zweifel nur noch mehr gesteigert worden sein.

Noch weniger wäre es rathsam gewesen, der Wahl Poniatowski's sich allzu hartnäckig zu widersetzen und hiedurch vielleicht gar einen neuen Krieg zu veranlassen. Es sei also sehr schwer gewesen, nach keiner Richtung hin zu viel oder zu wenig zu thun. Gleichwohl sei es gelungen, eine Haltung zu beobachten, gegen welche von keiner Seite her berechtigte Vorwürfe erhoben werden könnten.

Die Hiehersendung Poniatowski's sei an und für sich als ein willkommenes Ereigniß zu betrachten, da sie vor aller Welt Zeugniß gebe von der Achtung, die man vor der Person der Kaiserin hege. Nur komme es darauf an, keinen Fehltritt zu begehen, durch welchen die Frucht des bisherigen Verfahrens wieder gefährdet und der Verdacht hervorgerufen werden könnte, als ob der Wiener Hof mit Verstellung und Zweideutigkeit zu Werke gehen und seinen bisherigen Erklärungen zuwider handeln könnte. Dadurch würde sein Ansehen und sein Credit einen argen Stoß erleiden und sein Staatsinteresse empfindlich geschädigt werden. Gleichwohl könne auch die Anerkennung des neuen Königs nicht schlechterdings abgelehnt, noch auf harten Bedingungen bestanden werden. Denn man dürfe nicht vergessen, daß kein berechtigter Gegner vorhanden und daß die Wahl einmüthig erfolgt sei. Es bleibe somit nichts übrig, als einen geeigneten Mittelweg einzuschlagen und die Sache so einzurichten, daß weder das Schreiben des Königs angenommen, noch derselbe durch dessen Zurückweisung beleidigt werde. Daher müsse Maria Theresia entweder persönlich oder durch eine dritte Person dem General Poniatowski erklären, sie habe allzeit wahrheitsgetreu versichert, daß ihr jeder gesetzmäßig erwählte König von Polen lieb und angenehm sei. Auch für den neu gewählten König habe sie schon seit einigen Jahren eine persönliche Zuneigung gehegt; er möge daher zuversichtlich glauben, daß ihm die Kaiserin die Krone keineswegs mißgönne. Andererseits könnten ihm jedoch auch ihre feierlichen Erklärungen und die Ursachen nicht unbekannt geblieben sein, um derentwillen Mercy aus Warschau abberufen worden. Er möge sich nur an die Stelle der Kaiserin setzen und selbst erwägen, daß sie ohne Verletzung ihrer Würde sich so lange in nichts einlassen könne, als in den gegenwärtigen Verhältnissen keine Aenderung eintrete. Gleichwohl sei die Kaiserin weit davon entfernt, dem Könige von Polen irgend etwas zumuthen zu wollen, was ihm nachtheilig sein könnte. Es komme also darauf an, ob er selbst aus eigenem Antriebe die bestehenden Hindernisse beseitigen oder die ihm passend erscheinenden Mittel hiezu vertraulich an die Hand geben wolle. Dann würde auch die Kaiserin „mit „aufrichtigem Vergnügen" Antheil nehmen an seiner Wahl und

sich die beste Nachbarschaft und Freundschaft mit ihm angelegen sein lassen.

Die Befriedigung der kursächsischen Prinzen sowie die Wiedereinsetzung des Fürsten Radziwill und einiger anderer polnischer Großen in ihre Güter waren die Zugeständnisse, welche man von König Stanislaus zu erlangen wünschte. Man setzte voraus, daß er an und für sich keineswegs abgeneigt sei, sich hiezu herbeizulassen. Wollte man jedoch ihm gegenüber schon jetzt allzu weit gehen und sein Notificationsschreiben annehmen, so würde man nichts dabei gewinnen, sondern es nach allen Seiten hin verderben [117]).

In diesem Sinne lauteten denn auch die Aeußerungen, welche auf Befehl der Kaiserin Fürst Kaunitz in der Form eines freundschaftlichen Privatgespräches dem General Poniatowski gegenüber abgab. Der Letztere zeigte sich durch dieselben befriedigt, ja er stellte auch die nachsichtige Behandlung der bisherigen Gegner der Familie Czartoryski, und sogar des Verhaßtesten aus ihnen, des Fürsten Radziwill in ziemlich sichere Aussicht. Ebenso versprach er, daß man die Forderungen des Königreiches Polen gegen das kurfürstlich sächsische Haus auf sich beruhen und den sächsischen Prinzen die Besitzungen des verstorbenen Königs zukommen lassen wolle. Kaunitz suchte zwar nach beiden Richtungen hin noch ausgiebigere Zugeständnisse zu erwirken, aber er machte sich gleich von Anfang an keine große Hoffnung auf Erlangung derselben. Und er schrieb nach Paris, wo die dem Marquis de Paulmy zugefügte Beleidigung noch unvergessen war, daß man wegen der Nachbarschaft mit Polen mehr als andere Mächte darauf zu achten habe, sich den Weg zu gütlicher Verständigung offen zu halten [118]).

Sehr großes Erstaunen erregte es in Wien, als man daselbst die Nachricht erhielt, unmittelbar nach Vollziehung der Königswahl sei ein preußisches Truppencorps in Polen eingefallen, welches dort Geld erpresse, die Einwohner hinwegschleppe und andere Gewaltthaten verübe. Doch glaubte man nicht, daß ein anderer Endzweck hierunter verborgen sei als der, noch vor völliger Wiederherstellung der Ruhe

in Polen möglichst viel Beute in einem Lande zu machen, mit welchem man gleichwohl in freundschaftlichem Verhältnisse zu stehen behauptete. Ein solches Verfahren werde wohl, meinte Kaunitz, den König von Polen und sein Volk endlich einsehen machen, wessen sie sich von Preußens Freundschaft versehen dürften [119]). Es konnte den Kaiserhof nur angenehm berühren, als Stanislaus es wagte, gegen dieses Verfahren der Preußen bei König Friedrich in nachdrücklichster Form Protest einzulegen. Die Entschuldigung des Letzteren, der Einfall sei nur aus Versehen und nicht auf seinen Befehl geschehen, fand um so weniger Glauben, da Jedermann die strenge Subordination kannte, welche dem preußischen Heere zur zweiten Natur geworden war. Und man erzählte sich in Wien, daß ein preußischer Offizier, um sich aus einer Bedrängniß zu retten, in die er gerathen war, den schriftlichen Befehl des Königs von Preußen zum Einfalle in Polen vorgezeigt habe [120]).

Dem Staatskanzler schien dieser Vorfall eine günstige Gelegenheit darzubieten, den neuen König von Polen zurückzuhalten von einem engeren Einverständnisse mit Preußen und ihn auf Oesterreichs Seite zu ziehen. Um diesen Zweck zu erreichen, müsse man jedoch, meinte Kaunitz, nicht allzu wenig Willfährigkeit zeigen, ihn als König anzuerkennen; man würde sich dadurch selbst den Weg versperren, in gute Beziehungen zu ihm zu gelangen. Freilich sei man weit davon entfernt, sich in dieser Hinsicht übereilen, einseitig zu Werke gehen und sich lediglich dem Begehren des Königs von Polen fügen zu wollen. Aber man müsse doch wünschen, ohne Verletzung des eigenen Ansehens sich auf guten Fuß mit ihm zu setzen und durch Annahme seiner Notificationsschreiben bald in freundschaftliche Correspondenz mit ihm zu kommen.

Von dieser Stimmung erfüllt, wurden Maria Theresia und Kaunitz durch die Nachricht sehr unangenehm berührt, daß es den Bemühungen des französischen Botschafters Vergennes in Konstantinopel gelungen sei, die Pforte zu der Erklärung zu vermögen, sie werde den neuen König nicht anerkennen, ehe nicht in Polen eine vollständige Amnestie bewilligt und Alles, was gegen die frühere Regierungsform

streite, wieder abgeändert sei. Ja der Hof von Versailles habe noch weiter gehen und mit dem Anerbieten an die Pforte herantreten zu sollen geglaubt, gemeinschaftlich mit ihr die gleichen Schritte zu unternehmen.

Aeußerst bedenklich sei eine solche Erklärung, meinte Kaunitz, weil hiedurch Frankreich sich selbst der Möglichkeit beraube, seinen eigenen Eingebungen und den Verabredungen mit dem Wiener Hofe zu folgen, sondern sich vielmehr in eine gewisse Abhängigkeit von den Entschlüssen der Pforte begebe. Hiedurch könnte jedoch leicht der geeignete Zeitpunkt zu gütlicher Beilegung der polnischen Wirren versäumt und insbesondere dem Wiener Hofe großer Nachtheil zugefügt werden. Denn wegen seiner Nachbarschaft mit Polen habe er weit mehr Gewicht darauf zu legen als Frankreich, daß die Anerkennung des Königs Stanislaus nicht allzu sehr erschwert und derselbe hiedurch gezwungen werde, sich ganz in die Arme des Königs von Preußen zu werfen und zum Theilnehmer seiner feindseligen Absichten zu werden[121]).

Noch hatte der Courier, der diese Depesche nach Paris bringen sollte, Wien nicht verlassen, als neue und noch viel ungünstigere Berichte aus Constantinopel hier eintrafen. Bei einer geheimen Zusammenkunft hatte der Reis Efendi dem österreichischen Internuntius Freiherrn von Penkler erklärt, daß die Pforte die Wahl Stanislaus Poniatowski's nicht als eine freie ansehen und daher auch nicht als eine gültige anerkennen könne. Oesterreich und Frankreich sollten ihr beistehen, entweder Branicki oder Lubomirski oder einen sächsischen Prinzen als Gegenkönig in Polen aufzustellen und Poniatowski's Absetzung zu erzwingen.

Man kann sich vorstellen, welch langer Zeit in jenen Tagen selbst ein Eilbote bedurfte, um die weite Entfernung zwischen Wien und Constantinopel zurückzulegen. Es ist also leicht begreiflich, daß Penkler am Tage jener Zusammenkunft, dem 3. October, noch keine Befehle aus Wien über die Haltung empfangen hatte, welche er nach der am 7. September erfolgten Königswahl in Polen einnehmen solle. Er wußte nur, wie unerwünscht dem Kaiserhofe die Wahrscheinlichkeit

gewesen, daß die Wahl auf Poniatowski fallen werde, und er rieth daher der Pforte eher zu Maßregeln gegen denselben, als er vor ihnen warnte. Auf positive Erklärungen ließ er sich gleichwohl nicht ein; dennoch wurde die Absicht der Pforte kundgegeben, ein Manifest an Branicki und dessen Anhänger zu erlassen und sie zu beharrlichem Widerstande anzufeuern gegen Poniatowski [122]).

So willkommen eine solche Haltung der Pforte dem Kaiserhofe vor einigen Monaten gewesen wäre, weil durch sie der Lauf der Dinge in Polen vielleicht in eine andere Bahn hätte gelenkt werden können, so ungelegen kam sie ihm jetzt, wo es zu Allem zu spät war. Darum ließ Kaunitz in Frankreich erklären, daß die Kaiserin die Herbeiführung neuer Unruhen in Polen, durch welche leicht ein allgemeiner Krieg heraufbeschworen werden könnte, nur ungern sehen und daß sie in keiner Weise zu bewegen sein würde, hieran werkthätigen Antheil zu nehmen. Zuverlässig rechne man auf eine gleiche Gesinnung des Hofes von Versailles, und es komme hauptsächlich darauf an, daß er alle verfänglichen Schritte ebenfalls vermeide.

Aus dem Benehmen der Pforte lasse sich mit ziemlicher Sicherheit der Schluß ziehen, daß sie sich ernstlich mit dem Gedanken beschäftige, die Absetzung des Königs von Polen, und zwar noch vor dessen Krönung zu bewirken. Unmöglich könnte dieß ohne einen Krieg bewerkstelligt werden. Wollte man auch der Anschauung beipflichten, daß Oesterreich und Frankreich einen Krieg zwischen Rußland und der Pforte wohl zugeben und es inzwischen bei der Nichtanerkennung des Königs von Polen bewenden lassen könnten, so sei doch hiebei in reifliche Ueberlegung zu ziehen, ob nicht hieraus sehr bedenkliche Folgen hervorgehen könnten. Vielleicht würden Rußland und Preußen die Uebereinstimmung Oesterreichs mit der Pforte als einen Beweggrund ansehen, zum Aeußersten zu schreiten. Wenigstens wäre zu besorgen, daß um in einer so mißlichen Lage den nachdrücklichen Beistand Preußens zu erlangen, sowohl Rußland als der König von Polen sich gleichsam gezwungen sähen, die preußische Mitwirkung durch die härtesten Bedingungen zu erkaufen und daher auch in die Vergrößerungsplane König Friedrichs vollständig einzugehen. Außerdem stehe es noch dahin,

ob Branicki und seine Partei bei den obwaltenden Umständen es wagen würden, ja ob ihnen überhaupt zu rathen sei, nicht nur ihre Güter, sondern ihr Vaterland in gänzliche Zerrüttung und Verwüstung zu stürzen, und ob endlich eine so unzeitgemäße Unternehmung in Gegenwart der russischen Truppen von irgendwelcher Wirkung sein könnte.

Ungescheut sprach Kaunitz es aus, daß nach seiner Ueberzeugung Vergennes und sein Hof mit der Erklärung, nur im engsten Einverständnisse mit der Pforte werde Frankreich handeln und ohne deren Zustimmung den neuen König von Polen nicht anerkennen, viel zu weit gegangen seien. Starhemberg wurde beauftragt, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um die französische Regierung abzuhalten von ferneren Uebereilungen. Sie möge veranlaßt werden, aus den obwaltenden Umständen für sich selbst, für Oesterreich und für alle wohlgesinnten Polen den wesentlichen Vortheil zu ziehen, daß sowohl der neugewählte König als die Kaiserin von Rußland dahin gebracht würden, Branicki, Radziwill und allen übrigen Gegnern der Familie Czartoryski die Wiedereinsetzung in ihren vorigen Stand und Besitz, den sächsischen Prinzen aber ansehnlichere Zugeständnisse zu Theil werden zu lassen. Um diesen Zweck zu erreichen und in solcher Weise mit Ehren aus der Sache zu kommen, müßten die Höfe von Wien und Versailles einmüthig zusammengehen [123]).

Man sieht wohl mit welcher Consequenz der Wiener Hof wenigstens damals in den polnischen Angelegenheiten verfuhr und wie der Vorwurf, seine Politik sei schon zu jener Zeit unsicher und schwankend, ja sie sei wohl gar eine „schleichende" [124]) gewesen, jeder thatsächlichen Begründung vollständig entbehrt. Der Fortbestand der Allianz mit Frankreich, die Hintanhaltung einer Theilung Polens, die Vermeidung eines Krieges, wenigstens eines solchen, in welchen Oesterreich hineingezogen werden konnte, das waren die Hauptzielpunkte, die man in Wien stets gleichmäßig im Auge behielt. Geringeren, aber doch auch einigen Werth legte man auf die Aufrechthaltung der polnischen Verfassung und auf die Zugeständnisse, die man für die Gegner der Czartoryski zu erlangen sich bemühte. Es berührte nicht

angenehm, daß Stanislaus hinsichtlich dieses letzteren Punktes weniger Willfährigkeit zeigte, als man von ihm voraussetzen zu dürfen geglaubt hatte. Er ließ es bei den Erklärungen seines Bruders bewenden; ja er machte nicht einmal Miene zur Verwirklichung derselben. Darum blieb man auch in Wien, als General Poniatowski sich anschickte, sich zur Krönung seines Bruders nach Warschau zu begeben, taub gegen seine inständigen Bitten, König Stanislaus in dieser neuen Würde anzuerkennen. Ja man erlaubte ihm nicht einmal, die Notificationsschreiben seines Bruders einstweilen in Wien zu lassen, um sich beim ersten Anschein einer Beilegung der noch vorhandenen Streitpunkte zu ihrer Ueberreichung wieder hier einfinden zu können [125]).

Bei dieser Hartnäckigkeit des Königs von Polen war es dem Kaiserhofe willkommen, wenn jetzt auch die Pforte die Gewährung einer Amnestie in Polen mit Nachdruck verlangte. Aber man hätte gewünscht, daß sie es hiebei bewenden lasse und nicht Schritte unternehme, die zu neuen Verwirrungen und Unruhen, ja zu neuen Kriegsereignissen zu führen vermochten. Insbesondere war es die Kaiserin selbst, welche vor solchen zurückschrak. Als Kaunitz ihr die Depeschen vorlegte, welche im Einvernehmen mit dem französischen Geschäftsträger Gerard entworfen worden waren und nun durch einen Courier desselben nach Constantinopel abgehen sollten, schrieb Maria Theresia eigenhändig auf den Bericht des Staatskanzlers: [126]) „habe zwey bey„säze bey dem rescript zugesetzt, die alſ ein P. S.*) können nach„getragen werden, wo Penkler zu belehrnen, das wüntschte, das die „sachen kunten eingeleitet [werden], das sie sich concilirten und nicht „in weitläuffigkeiten kometen."

Dem so deutlich ausgesprochenen Willen der Kaiserin zufolge mußte die bereits ausgefertigte Depesche an Penkler abgeändert werden. Der ihm ertheilte Auftrag, der Pforte zu erklären, die Kaiserin sei fest entschlossen, sich von dem Könige von Frankreich nicht zu trennen und ohne dessen Zustimmung Poniatowski nicht als gewählten König von Polen anzuerkennen, wurde dahin modifizirt, daß die Kaiserin

---

*) Postscript.

„gemeint" sei, sich von Frankreich nicht zu trennen. Vor Allem wünschte sie jedoch, daß mit der Pforte ein gütliches Einvernehmen wegen Anerkennung des neuen Königs von Polen zu Stande gebracht und damit jeglicher Besorgniß auf einmal abgeholfen werde [127]).

So groß war das Verlangen der Kaiserin nach Herbeiführung einer Verabredung über die baldige Anerkennung des Königs von Polen, daß Kaunitz auf ihren Befehl schon binnen vier Tagen einen zweiten, dießmal aber einen österreichischen Courier mit neuen Depeschen nach Constantinopel absenden mußte. Auf den dringenden Wunsch der Kaiserin, die polnischen Wirren so bald als nur immer möglich geschlichtet zu sehen, war darin der Nachdruck gelegt. Penkler wurde daher beauftragt, sich eifrigst zu bemühen, daß die Anerkennung des Königs von Polen von Seite der Pforte nicht an Bedingungen geknüpft werde, deren Verweigerung vorherzusehen sei. Ueber das Begehren einer völligen Amnestie für die polnischen Patrioten und einer angemessenen Schadloshaltung für die sächsischen Prinzen möge man auch in Constantinopel nicht hinausgehen [128]).

Die persönliche Gesinnung der Kaiserin ist am besten den Worten zu entnehmen, mit welchen sie den Entwurf der nach Constantinopel abzusendenden Depeschen dem Fürsten Kaunitz zurückstellte. „Finde „dise expedition", schrieb sie auf dessen Bericht [129]), „vill anständiger „als was gerard angesetzt. ich bin gahr nicht ausser sorgen wegen „diser angelegenheiten, die porten mögte unruhen anfangen oder nach „ihrer gewohnheit sich heraus zihen und alles auff uns sitzen lassen. „beedes kunte uns grosse unangenehmlichkeiten zuzihen".

Inzwischen setzte Stanislaus, nachdem die Bestrebungen seines Bruders, seine Anerkennung von Seite des Kaiserhofes zu erwirken, fruchtlos geblieben waren, dieselben auf eigene Faust fort. Unbegreiflich scheine es ihm, schrieb er seiner Freundin und Verwandten, der Gräfin Salmour, daß die Kaiserin selbst seiner lebhaften Hinneigung zu ihr Hindernisse bereite. Und mit einem verständlichen Seitenhiebe auf Katharina von Rußland und Friedrich von Preußen fügte er hinzu, es liege in der Natur der Sache, daß man vorzugs-

weise mit Personen, bei denen Treue und Glauben, Redlichkeit und Sanftmuth die bezeichnenden Eigenschaften des Charakters seien, in vertrauliche Verbindung zu treten sich bemühe [130]).

Es ist nicht zu bestreiten, daß derlei versöhnliche Kundgebungen des Königs von Polen am Kaiserhofe ein sehr empfängliches Erdreich fanden, denn der Wunsch, mit Polen bald in befriedigende Beziehungen zu gelangen, war noch fortwährend rege. Es lag also auch jetzt wieder kein Schwanken, keine Sinnesänderung zu Grunde, sondern war nur der Ausdruck einer folgerechten und sich gleich bleibenden Politik, wenn Kaunitz nicht nachließ, auch in Constantinopel und in Paris ausgleichend thätig zu sein.

Von beiden Regierungen, von der Pforte und dem Hofe von Versailles wurde ihm die Verwirklichung dieser Aufgabe nicht eben schwer gemacht. Schon aus Penklers nächsten Berichten ließ sich entnehmen, daß man in Constantinopel sehr weit davon entfernt war, den großen Worten auch energische Thaten nachfolgen zu lassen. Das so pomphaft angekündigte Manifest ließ auf sich warten und bald erklärte der Reis Efendi, daß die Pforte ihre ferneren Entschließungen von denjenigen Oesterreichs und Frankreichs abhängig mache [131]). Immer friedlicher wurden die Aeußerungen der türkischen Staatsmänner, und noch ehe das Jahr 1764 zu Ende ging, konnte man keinen Zweifel mehr hegen, daß die Pforte dem Gedanken, Poniatowski's Absetzung zu erzwingen und zu diesem Ende selbst einem Kriege mit Rußland nicht aus dem Wege zu gehen, vollständig entsagt habe [132]).

Auch in Frankreich war sehr bald eine ähnliche Ernüchterung bemerkbar geworden. Anfangs freilich, als die ersten Nachrichten aus Constantinopel in Paris eingetroffen waren, hatte der heißblütige Herzog von Choiseul sich mit Lebhaftigkeit dafür ausgesprochen, man solle die Pforte nun zur Kriegführung gegen Rußland treiben. Wenn man auch nicht die Absetzung Poniatowski's durchzusetzen vermöchte, so werde man doch wenigstens an der Kaiserin Katharina Rache nehmen können für ihr gewaltthätiges Auftreten in Polen und für die Schädigung, welche hiedurch dem Ansehen Oesterreichs und Frankreichs zugefügt worden sei [133]).

Trotz des mächtigen Einflusses, den der Herzog von Choiseul, und gewiß mit Recht, am französischen Hofe übte, vermochte er doch mit einer so abenteuerlichen Auffassung der Verhältnisse dort nicht durchzudringen. Daß dieß nicht geschah, hielt man zunächst für ein Verdienst des Herzogs von Praslin und des Grafen du Chatelet. Allmälig näherte man sich in Versailles dem Standpunkte des Wiener Hofes immer mehr und bald waltete kaum mehr ein anderer Unterschied ob, als daß man in Frankreich außer der Amnestie für die patriotische Partei und der Schadloshaltung der sächsischen Prinzen auch noch eine eclatante Genugthuung für die dem französischen Botschafter Paulmy von Seite des Primas von Polen zugefügte Beleidigung verlangte. In nichts Geringerem sollte sie bestehen, meinte man in Paris, als daß der Primas sich in Person dorthin verfüge, um Abbitte zu leisten [134]).

Die Berechtigung Frankreichs, auf einer angemessenen Genugthuung für jenen Vorfall zu bestehen, wurde in Wien keinen Augenblick verkannt. Aber man war doch auch der Meinung, daß nicht gerade die persönliche Reise des Primas nach Paris verlangt werden sollte. Denn in Anbetracht seines Alters, seiner schwankenden Gesundheit und vor Allem seiner hervorragenden Stellung scheine es nicht wahrscheinlich, daß man zur Erfüllung dieses Begehrens sich herbeilassen werde. Vor der Hand vermied es jedoch Kaunitz, Frankreich gegenüber in eine ausführlichere Erörterung dieses Punktes einzugehen. Er ließ nur durchblicken, daß wenn man in Frankreich hinsichtlich desselben allzu hochgespannte Forderungen stellen würde, Oesterreich sich genöthigt sehen könnte, allein und ohne seinen Bundesgenossen zur Anerkennung des Königs von Polen zu schreiten [135]).

Die französische Regierung konnte unmöglich die Richtigkeit der Erörterungen des Staatskanzlers verkennen. Ihr Botschafter in Wien, Graf du Chatelet empfing daher den Befehl, eine genauere Verständigung mit Kaunitz über die gegen den König von Polen zu beobachtende Haltung herbeizuführen. Kaunitz benützte diesen Umstand, um sich in einer ausführlichen Schilderung der Verhältnisse in Polen zu ergehen. Ruhig sitze daselbst der König auf dem Throne; Niemand

wage es, ihm entgegen zu treten, die ganze patriotische Partei mit Einschluß Branicki's habe ihn als rechtmäßigen König anerkannt, nur Radziwill mache hievon eine Ausnahme. Die Frage, ob und in welcher Weise er nun auch von Oesterreich anzuerkennen sei, dränge zur Entscheidung. Von längerem Aufschube sei kein Nutzen, wohl aber großer Nachtheil zu erwarten. Denn der König von Polen würde dadurch gezwungen, sich immer mehr unter die Botmäßigkeit Rußlands und Preußens zu begeben. Freilich werde er stets in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnisse zu Rußland, nicht aber auch zu Preußen stehen, weil Polen von diesem Nachbar am meisten befürchten müsse.

Nicht nur im Interesse Oesterreichs, sondern auch in demjenigen Frankreichs wäre eine solche Anerkennung gelegen. Denn man wisse wohl, daß Rußland und Preußen mit England eine nordische Allianz zu Stande zu bringen sich bemühten. Der neue König von Polen würde ein gewichtiges Mitglied derselben sein. Da jene Allianz nur dazu dienen solle, die Uebermacht über das Haus Bourbon zu erlangen, so müßte es dem letzteren höchst wünschenswerth sein, den Beitritt des Königs von Polen zu verhindern.

Sei man darüber einig, daß dessen Anerkennung erfolgen solle, so komme es auf die Art an, in welcher sie zu bewerkstelligen wäre. Es würde kaum schwer fallen, eine anständige Genugthuung für Frankreich zu erwirken. Für Branicki und Radziwill dürften sich auch noch befriedigende Zugeständnisse erlangen lassen. Und was endlich das kurfürstlich sächsische Haus betreffe, so habe Rußland ihm versprochen, sich nachdrücklich zu seinen Gunsten zu verwenden, wenn es nur erst den neuen König von Polen anerkannt haben werde. Dringend empfehle es sich, diesen Vorschlag von österreichischer Seite angelegentlich zu unterstützen. Denn wie die Sache auch ausgehen möge, so werde man dadurch einer Verpflichtung entledigt und finde sich nicht mehr der Schande ausgesetzt, für die sächsischen Prinzen gar nichts auswirken zu können [136]).

Diese Betrachtungen legte Kaunitz den Botschaftern der großen bourbonischen Höfe, den Grafen du Chatelet und Mahoni in einer

Berathung vor, welche am 6. Februar 1765 stattfand. Er machte sie überdieß mit den Briefen bekannt, welche zwischen der Gräfin Salmour und dem General Poniatowski gewechselt worden waren. Der Letztere hatte in ziemlich hochfahrendem Tone erklärt, sich erst dann wieder in Wien einfinden zu können, wenn von dort aus die Anerkennung seines Bruders bereits erfolgt wäre. Kaunitz schlug nun vor, Andreas Poniatowski möge zu baldiger Reise nach Wien durch eine Aufforderung Gerards vermocht werden, dort mit ihm mündlich über die dem französischen Hofe zu gebende Genugthuung unterhandeln zu wollen.

Der Gedanke des Staatskanzlers fand jedoch bei den Botschaftern Frankreichs und Spaniens keine willfährige Aufnahme. Insbesondere war es Graf du Chatelet, welcher betonte, der Hof von Versailles könne nirgends einen dringenden Beweggrund erblicken, sich mit der Anerkennung des Königs von Polen zu übereilen. Es scheine ihm vielmehr räthlich, dem neuen Könige die Einbildung zu benehmen, als ob die drei verbündeten Staaten zu allzu großer Rücksicht auf ihn gezwungen wären. Enthalte man sich ihm gegenüber einer zu weitgehenden Beeiferung, dann werde er schon zuerst zur Sprache kommen und die Gelegenheit an die Hand geben, der Sache mit Ehren ein Ende zu machen.

Es läßt sich nicht leugnen daß die Haltung, welche du Chatelet empfahl, stolzer und zuversichtlicher, daher auch mächtiger Staaten würdiger war als diejenige, welche Kaunitz in Vorschlag gebracht hatte. Aber sie entsprach nicht dem friedlichen und versöhnlichen Sinne der Kaiserin, welche die endliche Beilegung des Zwiespaltes mit Polen kaum mehr erwarten konnte. Kaunitz gab daher wohl für den Augenblick nach, aber er verhehlte doch auch die Absicht nicht, früher oder später zurückzukommen auf seinen Vorschlag. Ja er konnte sich innerlich sogar des Verdachtes nicht völlig erwehren, daß Frankreich nicht ganz offen gegen Oesterreich verfahre. Es sei nicht unmöglich, daß es darauf ausgehe, seinen Verbündeten in noch größere Verlegenheit zu bringen, bei dem Könige von Polen für sich selbst den ersten Dank zu verdienen und dessen Verständigung mit Oesterreich um so mehr

zu hintertreiben, als sie für den Wiener Hof auch die Versöhnung mit Rußland und vielleicht noch andere Verbindungen nach sich ziehen könnte [137]).

Dieß war der Stand der Sache, als die Ankunft des jungen Fürsten Czartoryski, welcher sich als neu ernannter Gesandter des Königs von Polen nach Rom begab und auf dieser Reise einige Zeit hindurch in Wien verweilte, den Anlaß bot zur Wiederanknüpfung der Verhandlungen mit dem Warschauer Hofe. Nachdem er die Wahrnehmung gemacht zu haben glaubte, daß weder Oesterreich noch Frankreich zu bewegen sein würden, zuerst zur Sprache zu kommen, geschah dieß jetzt seinerseits, und zwar durch Vermittlung des Grafen Canal, sardinischen Gesandten in Wien, dessen hochangesehener Stellung am Kaiserhofe bereits bei früheren Anlässen Erwähnung geschah. Nicht nur mit Kaunitz, sondern auch mit du Chatelet und dem sächsischen Residenten Pezold setzte Czartoryski sich in Verbindung.

Anfangs schienen freilich auch diese Verhandlungen nicht gerade rasch zu dem gewünschten Ziele führen zu sollen [138]). Denn von französischer Seite wurde das Verlangen nach angemessener Genugthuung wegen der dem Botschafter Paulmy durch den Primas von Polen zugefügten Beleidigung neuerdings in den Vordergrund gestellt. Auch jetzt wieder begehrte man, der Primas solle sich zur Leistung der Abbitte persönlich nach Frankreich begeben. Aber man deutete doch gleichzeitig an, man werde sich auch mit dem zuerst von österreichischer Seite vorgeschlagenen Auskunftsmittel begnügen, daß einer der Verwandten des Primas ein Entschuldigungsschreiben desselben dorthin überbringe. Endlich müsse König Stanislaus selbst in einem Briefe an den König von Frankreich das Benehmen des Primas mißbilligen.

Die Begehren der kurfürstlich sächsischen Familie wurden in vier von einander gesonderten Punkten zum Ausdrucke gebracht. Sie verlangte die gänzliche Verzichtleistung auf sämmtliche Ansprüche, welche das Königreich Polen im Hinblick auf König August III. an Sachsen erheben könnte. Der ruhige Besitz ihrer in Polen befindlichen Paläste

und Güter möge ihr sichergestellt, und den sächsischen Prinzen als Söhnen eines Königs von Polen nach althergebrachter Gewohnheit eine anständige Apanage zugesprochen werden. Für das Kurfürstenthum Sachsen wurden diejenigen Begünstigungen in den beiderseitigen Handelsverbindungen verlangt, welche befreundeten Nationen überhaupt zugestanden würden.

Es wird nicht ganz überflüssig sein, hier zu bemerken, daß die Summe der Forderungen, von denen man besorgte, sie könnten von Polen an das kurfürstlich sächsische Haus erhoben werden, sich auf nicht weniger als sieben Millionen Gulden belief. Am meisten befürchtete man jedoch in Wien, König Stanislaus könnte bewogen werden, diese Forderung an Sachsen dem Könige von Preußen zu cediren, der hiedurch etwa veranlaßt würde, Sachsen mit neuen Drangsalen heimzusuchen [139]).

Es läßt sich nicht nachweisen, ob ein solcher Hintergedanke wirklich dem anfänglichen Widerspruche nahe lag, welchen Stanislaus hinsichtlich dieses Verlangens erhob. Aber er ließ ihn dann ebenso fallen, wie er in zwei anderen Punkten dem sächsischen Begehren willfahrte. Nur die Forderung wegen der Apanage für die sächsischen Prinzen wurde von Seite des Königs von Polen nicht gewährt. Denn ihre Bewilligung hänge, so ließ er erklären, von seiner Willkür nicht ab, sondern sie müßte von einem allgemeinen Reichstage geschehen.

Was endlich die Zugeständnisse anging, welche der Kaiserhof für die polnischen Patrioten zu erwirken sich bemühte, so erstreckten sie sich auch jetzt wieder nur auf die Erlassung einer allgemeinen Amnestie sowie auf das Begehren, daß der Krongroßfeldherr Branicki in sein Amt und Fürst Radziwill in den Genuß aller seiner Güter wieder einzusetzen seien. Von Seite des Königs von Polen wurde hierauf erwiedert, daß gegen eine vollständige Amnestie, insofern es um die Wirkungen derselben sich handle, gar kein Hinderniß obwalte, daß jedoch die Ausstellung einer förmlichen königlichen Erklärung hierüber theils überflüssig, theils nach der polnischen Verfassung bedenklich sein würde. Der König sei bereit, den Krongroßfeldherrn, wenn er bei

Hofe erschiene, in freundschaftlichster Weise zu empfangen und ihn so entgegenkommend als nur immer möglich zu behandeln. Da ihm jedoch weder seine Güter noch seine Würden genommen worden seien, so könne seinetwegen von einer Wiedereinsetzung in dieselben nicht die Rede sein.

Wie man vorhergesehen, so war hinsichtlich der Punkte, welche sich auf den Fürsten Radziwill bezogen, eine Vereinbarung am schwersten zu erzielen. Von polnischer Seite wurde ihm zur Last gelegt, er habe die größten Verbrechen begangen, welche eigentlich mit dem Tode bestraft werden sollten. Außerdem habe er beträchtliche Schulden gemacht, deren Abtragung er gleichwohl beständig verweigere. Es sei also nur seinen Gläubigern ihr Recht geworden, wenn die Güter des Fürsten in Lithauen mit Beschlag belegt wurden, um aus ihrem Erträgnisse dessen Schulden zu bezahlen. Unmöglich könne der König abgehen von dieser Verfügung. Dagegen erbiete er sich freiwillig, seine bisherige Feindschaft gegen Radziwill völlig zu vergessen, ihm für die Rückkehr nach Polen jegliche Sicherheit zu gewähren und ihm den freien Besitz und Genuß seiner in Polen gelegenen Güter zu garantiren, ja ihm sogar nach Maßgabe seiner künftigen Haltung den Weg zu neuen Starostien und Palatinaten offen zu halten. In das ihm durch Ausspruch der Republik abgenommene Palatinat von Wilna könne er jedoch nicht wieder eingesetzt werden [140]).

Nach dem was in Polen geschehen war, durften diese Zugeständnisse nicht als gering angeschlagen werden. Sie wurden durch die Erklärung des Königs vervollständigt, daß zwar der Primas wegen seines hohen Alters und seiner Kränklichkeit sich nicht selbst nach Paris zu begeben im Stande sei. Es werde jedoch ein Mitglied des vornehmsten polnischen Adels mit einem Schreiben, in welchem der Primas dem Könige von Frankreich Abbitte leiste, sich dorthin verfügen. Sei hierauf Stanislaus von Ludwig XV. als König von Polen anerkannt, so sei er bereit, seinem Mißfallen über das Betragen des Primas in einem eigenen Briefe an den König von Frankreich Ausdruck zu geben.

Da sich die französische Regierung mit diesen Zusagen zufrieden erklärte, da solches auch von Seite des kurfürstlich sächsischen Hauses

der Fall war und Oesterreich für sich selbst gar keine Forderung erhob, so erübrigte nur noch die Zustimmung der polnischen Patrioten, insbesondere ihrer Führer Branicki und Radziwill, denn man wollte um jeden Preis den etwaigen Vorwurf vermeiden, sie im Stiche gelassen zu haben. Der französische Gesandtschaftsbeamte Gerard wurde nach Bialystock zu Branicki, der Rath in der österreichischen Staatskanzlei, Andreas Adolph von Krufft aber zu dem Fürsten Radziwill gesendet, der sich damals in Eperies aufhielt [141]). Da nun diese Missionen, wenngleich nicht ohne erneuerte Schwierigkeiten, endlich zum Ziel führten, so stand der förmlichen Anerkennung Stanislaus Poniatowski's als König von Polen von Seite des Kaiserhofes nichts mehr im Wege. General Poniatowski kehrte nach Wien zurück und überreichte dem Kaiser Joseph und dessen Mutter die Notificationsschreiben seines Bruders. Er erhielt, um ihn und sein Haus mehr und mehr an Oesterreich zu fesseln, nicht nur gleichzeitig mit den Fürsten Colloredo und Kaunitz das Großkreuz des Stephansordens, sondern er wurde auch in den Reichsfürstenstand erhoben. Einer der Söhne des Reichs-Vicekanzlers aber ging nach Warschau, die Antworten des Kaisers und der Kaiserin dorthin zu überbringen.

Vollständig beglichen waren jedoch die Streitpunkte mit dem neuen Könige von Polen noch nicht. Statt sogleich den Zusagen nachzukommen, welche er der französischen Regierung hinsichtlich der ihr zu gebenden Genugthuung ertheilt hatte, wurde dieß von seiner Seite unter allerlei Ausflüchten Monate lang verzögert. Zuletzt knüpfte Stanislaus die Erfüllung seines Versprechens an neue und zwar an solche Bedingungen, die man in Wien als unstatthaft und nur als Vorwände ansah, sich der übernommenen Verpflichtung ganz zu entziehen. Sowohl seinem eigenen Ansehen als seinem Bundesgenossen Frankreich glaubte der Kaiserhof es schuldig zu sein, dem Könige von Polen ein so ungerechtfertigtes Verfahren nicht ruhig hingehen zu lassen. Auch durch die Nachricht, Stanislaus sei hiezu einzig und allein durch Katharina von Rußland vermocht worden, welche in ihrer Abneigung gegen Frankreich so weit ging, ihm mit Entziehung ihrer Freundschaft zu drohen, wenn er das ohne ihr Vorwissen gegebene

Versprechen der Entsendung eines Delegirten nach Frankreich wirklich erfülle, wurde man in Wien nicht auf andere Gedanken gebracht. Durch Vermittlung des nach Warschau zurückkehrenden Fürsten Poniatowski ließ man an dessen Bruder die förmliche Erklärung gelangen, man werde die mit Letzterem kaum eröffnete Correspondenz wieder abbrechen, wenn er seiner Zusage an Frankreich nicht nachkomme [142]). Und der noch in Warschau befindliche Graf Colloredo erhielt den Befehl, den König gleichfalls dringend anzugehen um Erfüllung seines Versprechens. Würde dieß verweigert, dann solle er Warschau unverzüglich und ohne Abschied verlassen [143]).

Nicht allein die Bundespflicht gegen Frankreich, sondern auch die Betrachtung, von deren Richtigkeit man sich täglich mehr überzeugte, war hiebei entscheidend, daß dem Könige von Polen an der Anerkennung und der Freundschaft Oesterreichs eigentlich doch am meisten gelegen sei. Die Befürchtung, sie wieder zu verlieren, werde ihn anspornen, jede Veranlassung hiezu aus dem Wege zu räumen. Und so geschah es auch in der That. Bald darauf begaben sich General Poninski mit dem Briefe des Primas und im Namen desselben, Fürst August Sulkowski aber mit dem Notificationsschreiben des Königs Stanislaus nach Paris. Durch die Annahme und die Beantwortung desselben von Seite des Königs von Frankreich wurde diese Angelegenheit, welche Kaunitz für die unangenehmste und verwickeltste erklärte, welche ihm in seiner Stellung als Staatskanzler bisher vorgekommen sei [144]), endlich zur Zufriedenheit der an ihr Betheiligten geschlichtet [145]).

Fünftes Capitel.

Oesterreich und Preußen.

Nach Abschluß des Hubertsburger Vertrages nahmen die Beziehungen zwischen Oesterreich und Preußen eine ganz eigenthümliche Gestalt an. Es ist schwer zu sagen, ob die Richtschnur für dieselben mehr von Maria Theresia oder von König Friedrich gegeben wurde. Was die Kaiserin anging, so war sie allerdings fortwährend von persönlicher Abneigung und von berechtigtem Mißtrauen wider den König von Preußen erfüllt. Aber der sehnsuchtsvolle Wunsch nach Erhaltung des Friedens, ihr tiefer Widerwille gegen Zwiespalt und Streit, woraus allmälig offene Feindseligkeit hervorgehen konnte, beherrschten sie derart, daß sie auch Friedrich gegenüber jeden Anlaß zur Reibung sorgfältig vermied. Darum wurde in dem Verkehre mit dem Hofe von Berlin von österreichischer Seite der verbindlichste Ton angeschlagen und auch sonst alle Neigung gezeigt, mit Preußen fortan in Frieden und in Freundschaft zu leben.

Es läßt sich bereitwillig zugestehen, daß wenigstens in mancher Beziehung auch Friedrich eine ähnliche Gesinnung an den Tag legte. So ist der Dienste bereits Erwähnung geschehen, welche er der Kaiserin leistete, als es um die Zustandebringung der einstimmigen Wahl Josephs zum Römischen Könige sich handelte. Freilich wurde ihr Werth durch die Haltung der Vertreter Friedrichs auf dem Frankfurter Kurfürstentage, durch die Begehren, welche sie dort stellten, und durch den ungestümen und herausfordernden Ton, in dem sie dieselben vor-

brachten, wieder beträchtlich geschmälert. Es zeigte sich eben, daß der König von Preußen zwar äußerlich das gute Einvernehmen mit dem Kaiserhofe aufrecht erhalten wollte, daß er jedoch weit davon entfernt war, zu diesem Zwecke auch irgend ein Opfer zu bringen.

Um dieß zu beweisen, soll hier nur einer einzigen Angelegenheit Erwähnung geschehen, welche damals Anlaß gewährte zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen den Höfen von Wien und von Berlin. In dem Hubertsburger Frieden war bekanntlich festgesetzt worden, die Geiseln und Kriegsgefangenen sollten ohne Lösegeld freigegeben werden. Das Gleiche habe in Bezug auf die beiderseitigen Unterthanen zu geschehen, welche etwa zum Eintritte in den Dienst der einen oder der anderen Macht gezwungen worden seien; doch werde man sich noch näher über die geeigneten Maßregeln verständigen, um diese Bestimmung mit der erforderlichen Genauigkeit und Gegenseitigkeit durchzuführen.

Um die hiezu nothwendige Verabredung zu Stande zu bringen, hatte Feldmarschall-Lieutenant Freiherr von Ried mit dem preußischen General Wylich unterhandelt. Das Resultat ihrer Besprechungen und der nachfolgenden Correspondenz zwischen beiden Regierungen bestand darin, daß das Anerbieten des Königs von Preußen, 3805 in seinen Diensten stehende Oesterreicher zurückzugeben, mit der Erklärung beantwortet wurde, ebenso viele in österreichischem Kriegsdienste befindliche Preußen, wenn sie hier überhaupt vorhanden wären und in ihr Vaterland zurückzukehren wünschten, dorthin ausliefern zu wollen. Man hoffe, daß in solcher Weise die Zahl von 3805 wenn nicht ganz, so doch beinahe werde erreicht werden.

So zufrieden man auch in Wien mit dieser Vereinbarung war, so zeigte es sich doch, sobald man an ihre Ausführung schritt, daß es keineswegs gelungen war, jeden Anlaß zum Zwiespalte aus dem Wege zu räumen. Bei dem ganz außerordentlichen Werthe, welchen Friedrich auf Alles legte, was mit seiner Armee in irgend welchem Zusammenhange stand, schien dieser Zwiespalt einen Augenblick sogar ein

bedrohlicher zu werden. Ende April 1764, also mehr als ein Jahr nach Abschluß des Hubertsburger Friedens wurde von preußischer Seite behauptet, man habe bereits mehr als sechzehnhundert Oesterreicher zurückgesendet und eine gleiche Anzahl harre noch in Breslau der Uebergabe. Aus Oesterreich sei dagegen erst eine weit geringere Anzahl preußischer Unterthanen heimgekehrt, und es verlaute, daß man solche überhaupt nicht mehr zurückzusenden denke. Man sehe wohl daß man auf österreichischer Seite nicht aufrichtig vorgehe und nur die günstige Beendigung der Römischen Königswahl habe abwarten wollen, um sich der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu entziehen. Der König von Preußen könne dieses Verfahren mit den Grundsätzen der Kaiserin nicht zusammenreimen, die ja gewohnt sei, alle ihre Zusagen treulich zu erfüllen. Da er überdieß nicht glaube, daß der Hofkriegsrath in einer so wichtigen Sache auf eigene Faust vorzugehen wage, ohne die Entscheidung der Kaiserin einzuholen, so möge Ried, auf daß sie zu ihrer unmittelbaren Kenntniß gelange, die persönliche Dazwischenkunft des Fürsten Kaunitz in Anspruch nehmen [146]). Und um gleich von vorneherein der Einwendung zu begegnen, daß keine preußischen Soldaten mehr bei den österreichischen Regimentern stünden, legte man Listen vor, denen zufolge die Anzahl derselben sich noch auf mehr als zweitausend belief [147]).

In Wien stellte man keineswegs in Abrede, daß sich noch preußische Soldaten in kaiserlichen Regimentern befänden. Man behauptete jedoch, daß man niemals die Zurücksendung derjenigen im Auge gehabt habe, welche gegen ein manchmal sehr hohes Handgeld eine förmliche Capitulation abgeschlossen hätten, insofern diese Capitulationszeit noch nicht wirklich abgelaufen sei. Unmöglich könne man dem Staatsschatze den Verlust dieses Handgeldes zumuthen und eben so wenig diejenigen nach Preußen zurücksenden, die sich nicht freiwillig zur Heimkehr entschlössen. Als man von mehr als dreitausend gesprochen, habe man geglaubt, daß von den in Siebenbürgen angesiedelten Preußen mindestens vierzehnhundert Mann in ihr Vaterland zurückkehren würden. Es hätten sich jedoch nicht viel mehr als dreihundert hiezu freiwillig erboten.

Um dem Könige von Preußen keinen berechtigten Grund zur Beschwerde zu geben, schlug Kaunitz vor, man möge bei den Regimentern noch einmal öffentlich bekannt machen, daß den preußischen Unterthanen, welche ihre Entlassung verlangten, dieselbe zu Theil werden solle. Nun aber zeigte es sich, daß man sich auf österreichischer Seite wirklich in Verlegenheit befand. Nachdem König Friedrich eine weit größere Anzahl Oesterreicher unter seine Fahnen gepreßt hatte, als Preußen in kaiserlichen Kriegsdiensten standen, so meinte man mit Bestimmtheit zu wissen, daß er die Besten aus ihnen bei sich behalte und nur die minder Tauglichen zurückgebe. Einen ähnlichen Vorgang zu beobachten, schien im Interesse der österreichischen Kriegsmacht kaum zu vermeiden, weil sie durch das plötzliche Ausscheiden einer größeren Anzahl tüchtiger Soldaten schwer geschädigt worden wäre. Darum war auch Maria Theresia nicht für den Vorschlag des Staatskanzlers, und sie wollte eine neuerliche Kundmachung bei den Regimentern nicht zulassen. Andererseits aber wünschte sie auch den König von Preußen zu beschwichtigen und ihm keinen Anlaß zu geben, sie der Nichterfüllung ihres Versprechens beschuldigen zu können.

„beede fälle seind schwärr", schrieb sie eigenhändig auf den Bericht des Fürsten Kaunitz vom 5. Mai 1764, „nichts zu thun oder „etwas, weillen dis leztere einen dementis unserer erkhlärung gibt. „werde doch Daun befehlen zu sehen, ohne eine weitere erkhlärung an „die regimenter zu machen, ob nicht noch einige mannschafft kunte „noch abgegeben werden. indessen also Ried zu schreiben, das man „noch gemässere nachsuchung machen wird; wan man was finden „wurde, selbe nachzuschicken."

Dem Befehle der Kaiserin sich gehorsam zu bezeigen, ließ Kaunitz die entsprechenden Rescripte an den Freiherrn von Ried entwerfen. Bevor er sie jedoch an ihren Bestimmungsort absandte, kam er ihr gegenüber neuerdings auf diese Angelegenheit zurück. Er führte ihr die verschiedenen Beweggründe zu Gemüthe, in Anbetracht deren man es sorgfältig vermeiden müsse, dem Könige von Preußen irgend welchen Anlaß zum Mißvergnügen zu geben. Immer werde er es mit Unmuth

empfinden, daß man ihm dreitausend Mann versprochen und um zwölfhundert weniger zurückgesendet habe [148]).

Bei Maria Theresia sollte jedoch dießmal der militärische Standpunkt über den politischen das Uebergewicht behaupten, „die comission“, antwortete sie eigenhändig dem Staatskanzler auf dessen Bericht, „kan nicht mehr reassumirt werden, weillen schonn aus einander „gegangen und man sich muste einen dementis geben, das noch „mehrere vorhanden wären, wie in der Thatt dreymahl so vill als „hier von hiesigen regimentern angesetzt wird, von preüssen sich be„finden und unser militaire völig zu grund gienge, wan man wie„derumb auff das neue anfangte selbe abzugeben, welches niemahls „auffhörte, dan beständig wan dise weeg wären, selbe wider andere „angebeten, die noch hier wären, bis alle hinweg wären, welches „wenigstens noch 6000 auserlesne man machte, welche zu dem jetzigen „abgang zu schlagen wohl eine dopelte recrutenstellung gleich benöthigten. „mithin solle ried mit gutter arth ferme nach disen hiesigen stand„hafften postscriptum ablähnen. lieber dise 1200 man, die abgehen „sollen, wan es nicht anderst möglich wäre, geld davor zu geben. in„dessen wurde doch noch einmahl an die regimenter geschriben, wan „noch einige Freiwillige sich findeten, gleich abzugeben.“

Wie Kaunitz vorhergesehen, stellte sich König Friedrich mit dieser Art der Behandlung einer ihm so wichtig scheinenden Angelegenheit keineswegs zufrieden. In den letzten Tagen des Juli 1764 richtete er ein eigenes Handschreiben an Finkenstein, in welchem er ihn beauftragte, von dem österreichischen Hofe eine kategorische Antwort zu verlangen, weßhalb die Sache so lange verzögert werde? Man möge deutlich erklären, ob man sie durchführen oder abbrechen wolle. Er werde hienach seinen ferneren Entschluß fassen [149]).

Dieser Bericht aus Berlin gab dem Fürsten Kaunitz Gelegenheit, der Kaiserin gegenüber den Gegenstand neuerdings anzuregen. Auch jetzt wieder betonte er, wie bedrohlich die Mißstimmung des Königs von Preußen sei und wie sehr man der Gefahr sich aussetze, ihn in anderen Dingen, wie z. B. in der modenesischen Erbfolgesache zum Gegner zu haben [150]).

Kaunitz kannte die Kaiserin allzuwohl, um nicht zu wissen, wie wichtig ihr gerade die Angelegenheiten waren, welche ihr Haus und ihre Familie betrafen. Nicht umsonst mag er daher diese Saite berührt haben, denn er wußte, wie laut sie jederzeit nachklang in dem Herzen der Kaiserin. Dießmal aber hatte er sich in seiner Voraussetzung getäuscht, denn Maria Theresia blieb standhaft. „Dise sach", schrieb sie auf des Staatskanzlers Bericht, „ist nicht mehr anzufangen, „nachdeme sie geendigt worden unsererseits. es würde nicht allein „grossen schaden verursachen, sondern die Thür eröffnen, beständig „solche pretensiones zu formirn. lieber wegen der modenesischen „sache, die zwar wüntsche, etwas zu supersedirn."

In Gemäßheit dieses Ausspruches der Kaiserin wurde der österreichische Gesandte in Berlin beauftragt, dort die Sache als beendigt zu erklären und zu keiner ferneren Auslieferung Hoffnung zu geben. War jedoch Maria Theresia gemeint, in solcher Weise diese ihr so unangenehme Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen, so befand sich natürlich König Friedrich auf dem entgegengesetzten Standpunkte. Da er durch die Vermittlung des Freiherrn von Ried nichts erreicht hatte, beauftragte er seinen Gesandten von Rhode in Wien, auf eine seinen Wünschen entsprechende Entscheidung mit Nachdruck zu dringen und zu erklären, er werde inzwischen in gar nichts mehr eingehen, was auf die Erfüllung der Friedensbedingungen sich beziehe.

So unangemessen und drohend erschien dem Fürsten Kaunitz die Sprache, welche nun im Namen des Königs von Preußen geführt wurde, daß er der Kaiserin angelegentlich rieth, sich in keiner Weise einschüchtern und zur Nachgiebigkeit zwingen zu lassen. Er bat sie um die Ermächtigung, in ihrem Namen dem Freiherrn von Rhode mündlich zu erwiedern, sie sei gewohnt, nicht nur die feierlich abgeschlossenen Verträge, sondern auch das einmal gegebene Wort treu zu erfüllen; gleiches habe sie auch hinsichtlich des Hubertsburger Friedens gethan. In dessen achtem Artikel sei nur von fremden Unterthanen die Rede, welche „gezwungen" worden seien in kaiserlichen Kriegsdienst zu treten; es gebe jedoch deren keine in Oesterreich. Offen liege somit zu Tage, daß die Kaiserin auf Grundlage des Hubertsburger Friedens

zu keiner Zurücksendung preußischer Unterthanen verpflichtet erscheine; sei eine solche erfolgt, so möge man dieß nur ihrer freundschaftlichen Willfährigkeit zuschreiben.

Allerdings schwächte Kaunitz diese muthvolle Erklärung durch den gleichzeitigen Antrag, man möge inzwischen, um die Sache nicht aufs Aeußerste zu treiben, unter den preußischen Capitulanten, deren Dienstzeit binnen Kurzem verstrichen wäre, und denjenigen Unterthanen Friedrichs, welche sich in Siebenbürgen angesiedelt hatten, so viele aufsuchen und zur Auslieferung an Preußen bereitstellen lassen, als von der Zahl von 3805 Mann noch abgingen. Freiherr von Rhode wäre hievon mit dem ausdrücklichen Beisatze zu verständigen, daß solches nicht in Erfüllung einer vertragsmäßigen Pflicht, deren Vorhandensein man keineswegs anerkenne, sondern aus bloßer Gefälligkeit für den König geschehe [151]).

Die Antwort, welche Kaunitz dem preußischen Gesandten ertheilen wollte, war ganz nach dem Sinne der Kaiserin, nicht aber die gleichzeitige Nachgiebigkeit, die der Staatskanzler ihr ebenfalls anrieth. Bevor sie jedoch endgültig entschied, theilte sie dessen Antrag dem Präsidenten des Hofkriegsrathes Grafen Daun zur Begutachtung mit. Lebhaft erklärte derselbe sich dagegen, daß nun der König von Preußen wenn auch nicht der Form, so doch der Sache nach Recht bekommen solle. Maria Theresia schloß sich der Ansicht des Feldmarschalls an, und sie befahl, daß wohl die von Kaunitz vorgeschlagene Erklärung an Rhode zu richten, das Anerbieten aber, schließlich doch die verlangte Anzahl preußischer Unterthanen auszuliefern, mit Stillschweigen zu übergehen sei.

„aprobire", so schrieb sie auf des Staatskanzlers Referat vom 13. November 1764, „den gantzen grossen antrag und die antwort, „die zu geben wäre, mit völliger abstrahirung deren 3805 man. „ist besser einmahl die sach ganz khlar zu endigen.

Man kann sich wohl denken, mit welcher Erbitterung diese standhafte Zurückweisung seines Begehrens den König von Preußen erfüllte, der ja in solchen Angelegenheiten seinen Willen allen

Hindernissen zum Trotze durchzusetzen gewohnt war. Daß Maria Theresia sich demselben nicht beugte, empfand er als eine Demüthigung, die er nur äußerst widerwillig ertrug. Wie es schon in seiner Gewohnheit lag, gab er seinen Unmuth sowohl dem Freiherrn von Ried als dem General Grafen Joseph Nugent, welcher in jenen Tagen als Nachfolger Rieds in Berlin angekommen war, deutlich zu erkennen. Als Beide bei ihm sich einfanden, der Eine um Abschied zu nehmen, der Andere um seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen, zog der König eine Abschrift des achten Artikels des Hubertsburger Friedens aus der Tasche und knüpfte hieran eine umständliche und in recht ärgerlichem Tone gehaltene Erörterung des Inhaltes desselben. Er erneuerte die Drohung, vor Erfüllung seines Wunsches auf kein Begehren des Kaiserhofes eine Antwort ertheilen zu wollen [152]).

Nach dem Geschehenen verstand es sich wohl von selbst, daß man jetzt in Wien nicht mehr an Willfährigkeit denken konnte. „Sobald man," wurde dem Grafen Nugent erwiedert, „von königlich „preußischer Seite sich eine einseitige und gezwungene Ausdeutung „des Hubertsburger Friedens anmaßen und mit einer Art von „Drohung zu Werke gehen wollte, so hat die Ehre und die Anständigkeit unseres Hofes auf keine Weise verstattet, im Geringsten „nachzugeben. Und so aufrichtig wir ein beständig gutes Einvernehmen „mit dem preußischen Hofe wünschen, so wenig haben wir Ursache, „einer unzeitigen Furcht stattzugeben und uns etwas abzwingen zu „lassen. Es wird also unser künftiges Betragen vollkommen nach der „Reciprocität eingerichtet sein, und das Uebrige können wir gelassen „abwarten" [153]).

Wie man damals in Wien über das Verhältniß zu dem Könige von Preußen dachte und was man sich überhaupt von ihm erwartete, geht wohl am deutlichsten aus der Instruction hervor, welche Nugent erhielt, als ihn Maria Theresia nach der von dem Freiherrn von Ried in dringendster Weise erbetenen Abrufung aus Berlin zu ihrem Gesandten am dortigen Hofe ernannte. Es sei zwar, so ungefähr lautete die bezeichnendste Stelle, leicht vorherzusehen gewesen, daß zwischen der

Kaiserin und dem Könige von Preußen ein wahres Vertrauen und ein enges Einverständniß niemals Platz greifen werde. Gleichwohl habe Maria Theresia wenigstens einen Versuch machen wollen, die bisherige eifersüchtige, mißtrauische und verbitterte Stimmung, hiedurch aber den Anlaß zu fernerem Zwiespalt, ja vielleicht sogar zur Störung des Friedens immer mehr zu entfernen. Sie habe daher sowohl während der Hubertsburger Verhandlungen als nach denselben ein aufrichtiges Verlangen zu vollständiger Versöhnung in überzeugender Weise zu erkennen gegeben und durch ihre Minister eine sehr freundschaftliche Sprache gegen den König geführt. Allein obgleich derselbe anfangs diesem Vorgange folgte und mit verbindlichen Kundgebungen nicht zurückblieb, so habe er doch später durch seine Thaten bewiesen, daß seine alte Abneigung gegen Oesterreich durch den Frieden nicht geändert worden sei.

Um dieß darzuthun, wird das Benehmen der Vertreter des Königs von Preußen auf dem Frankfurter Kurfürstentage, sein Verfahren in allen Reichsangelegenheiten, die für Oesterreich so feindselige Sprache in Rußland und der Türkei, seine gewaltthätige Einmischung in die polnischen Wirren und die nachdrückliche Unterstützung der Czartorysky'schen Partei, endlich die geringe Willfährigkeit angeführt, die er bei der Durchführung einzelner Bestimmungen des Hubertsburger Vertrages, insbesondere der beiderseits bewilligten Amnestie an den Tag gelegt hatte. Gleichwohl wünsche man dringend, das Verhältniß zu dem Könige von Preußen nicht noch mehr zu verbittern, sondern wenigstens äußerlich in guten Beziehungen zu demselben zu stehen. Darum möge Nugent eifrig darnach trachten, sich den Ruf eines wahrheitsliebenden, von allen Intriguen und Schleichwegen entfernten Ministers, hiedurch aber volles Vertrauen zu erwerben. So sorgsam er jedoch auch beflissen sein solle, sich aller Vorwürfe, aller Beleidigungen, durch welche man sich in Preußen verletzt fühlen könnte, zu enthalten und eine anständige, gemäßigte und vorsichtige Sprache zu führen, so wenig dürfe er bei sich etwa ergebenden Anlässen eine allzu weitgehende Rücksicht für den preußischen Hof zeigen und sich dadurch möglicher Weise verächtlich machen. Eine freimüthige

Vertheidigung der Wahrheit sowie der berechtigten Ansprüche des Kaiserhofes werde jederzeit einen günstigen Eindruck hervorbringen [154]).

„Wenn man unseren Hof nach den vorigen Zeiten und Ge„sinnungen beurtheilen wollte, so dürfte sich sehr geirret werden." Diese selbstbewußten Worte finden sich in dem ersten amtlichen Rescripte, welches Nugent nach seiner Ankunft in Berlin von Wien aus erhielt. Und es stand mit der daraus hervorleuchtenden Gesinnung nur im Einklange, wenn er gleichzeitig den Auftrag empfing, das Auswechslungsgeschäft nicht mehr zur Sprache zu bringen. Sollte dieß von dem Könige oder seinen Ministern geschehen, so möge er darüber dem Kaiserhofe berichten [155]).

Friedrich fühlte jedoch gleichfalls nur wenig Lust, wieder auf eine Sache zu kommen, hinsichtlich deren er sich wiederholte Ablehnungen seines Begehrens hatte gefallen lassen müssen [156]). Aber wie tief und wie bitter er dieselben empfand, zeigte sich doch bei jeder Gelegenheit in deutlicher Weise. Allerdings ließ er im persönlichen Verkehre mit Nugent denselben seinen Unmuth nicht entgelten und ebenso entbehrten die Beziehungen der preußischen Minister zu dem österreichischen Gesandten nicht einer verbindlichen Form. Aber lange Zeit hindurch wurde doch die Drohung verwirklicht, ihm niemals von Geschäften zu sprechen und seine amtlichen Zuschriften unbeantwortet zu lassen. Dem empfangenen Auftrage nachkommend, regelte Nugent nach diesem Vorgange sein eigenes Benehmen. Ja er versäumte nicht, die Gelegenheit zu benützen, wenn eine solche sich darbot, um im Gespräche durchschimmern zu lassen, daß zwar der Kaiserhof einen Bruch oder gar einen Krieg mit Preußen nicht wünsche, daß er sich jedoch in der glücklichen Lage befinde, weder vor dem einen noch vor dem anderen zurückschrecken zu müssen [157]).

Wir wollen nicht untersuchen, inwiefern derlei Andeutungen Nugents der Wahrheit entsprachen oder über dieselbe hinausgingen. Daß eigentlich doch das letztere der Fall war und Maria Theresia vor nichts so sehr Scheu trug als vor dem Wiederausbruche eines Krieges, ja daß sie noch überdieß einen solchen wohl am wenigsten

gegen Preußen zu führen gewillt war, wird auch in Berlin bekannt gewesen sein. Gleichwohl begann man sich dort dem Kaiserhofe allmälig wieder zu nähern, und Hertzberg brachte sogar im vertraulichen Gespräche mit Nugent wieder einmal das Auswechslungsgeschäft zur Sprache, ohne jedoch jetzt ein günstigeres Ergebniß als früher zu erreichen. Nugents Bericht hierüber [158]) wurde von Wien aus gar nicht beantwortet. In Berlin aber scheint man kaum Anderes erwartet zu haben; wenigstens sagte Hertzberg zu Nugent, er glaube, daß der König diese Angelegenheit fallen lassen werde [159]). So geschah es auch in der That. Freilich erwähnte sie Finkenstein gegen Nugent noch mehrmals [160]). Da aber von österreichischer Seite auch jetzt wieder das gleiche Stillschweigen beobachtet wurde, überzeugte man sich endlich von der Fruchtlosigkeit aller Schritte und enthielt sich, deren neue zu unternehmen.

Der Anfang des Jahres 1766 kann so ziemlich als der Zeitpunkt betrachtet werden, in welchem König Friedrich begann, sich ernstlicher als bisher um die Freundschaft des Kaiserhofes zu bewerben. Dem österreichischen Gesandten gegenüber fand allerdings dieses Bestreben nur in ganz allgemein gehaltenen, aber doch viel häufiger als zuvor sich wiederholenden Achtungsbezeigungen Ausdruck. Aber von verläßlicher Seite wurde dem Grafen Nugent hinterbracht, mit welcher Aufmerksamkeit und zugleich mit welcher Theilnahme Friedrich die rastlosen Bemühungen des erst vor wenigen Monaten zur Mitregentschaft gelangten Kaisers Joseph verfolgte, die inneren Einrichtungen der österreichischen Monarchie zu verbessern, die Finanzen durch Tilgung der Staatsschulden zu ordnen und die Stärke sowie die Kriegstüchtigkeit der Armee so hoch als nur immer möglich zu steigern. „Der „fängt gut an," hatte Friedrich zu einem seiner Vertrauten gesagt. „Gott weiß, wie weit er noch kommen wird" [161]).

Daß der König von Preußen nicht, wie Nugent zu glauben schien, zu dieser Veränderung seiner bisherigen Haltung durch die Bewunderung vermocht wurde, welche er dem ersten Auftreten Josephs zollte, kann heut zu Tage wohl kaum einem Zweifel unterliegen. Politische und nicht persönliche Beweggründe waren es, die ihn zu

einem solchen Vorgehen vermochten. Ihnen muß es zugeschrieben werden, daß in den letzten Tagen des Jänner 1766 der preußische General Hordt, welcher täglich mit dem Könige verkehrte und von ihm mit Vorliebe zur Vollziehung geheimer Aufträge verwendet wurde, im vertraulichen Gespräche mit Nugent die Frage aufwarf, ob nicht all die vortrefflichen Einrichtungen, welche jetzt in den Finanzen und dem Kriegswesen Oesterreichs geschähen, auf die dereinstige Wiedereroberung Schlesiens berechnet seien. Und als ihn Nugent wahrheitsgetreu versicherte, daß Maria Theresia an eine solche Unternehmung durchaus nicht mehr denke und nur darauf ausgehe, durch Vermehrung der Bevölkerung, durch Belebung des Ackerbaues, der Industrie und des Handels den Wohlstand der Bewohner ihres Reiches und dadurch auch dessen Macht und Ansehen zu erhöhen, da frug Hordt den Grafen Nugent, ob es nicht im Interesse beider Staaten gelegen wäre, die zwischen ihnen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch eine förmliche Allianz noch mehr zu befestigen. Unter sich geeinigt, würden sie allen übrigen Mächten Europa's die Spitze bieten können.

Graf Nugent war nicht unbekannt mit der Gewohnheit des Königs von Preußen, derlei vorläufige Anwürfe lieber durch Personen seines Vertrauens als durch seine Minister anbringen zu lassen, welch Letztere er von seinen wirklichen Absichten nicht jederzeit unterrichtete. Dennoch schwankte Nugent einen Augenblick, ob er die ihm von Hordt gemachte Mittheilung nur als den Ausdruck der persönlichen Meinung desselben oder als die Vollziehung eines Auftrages des Königs ansehen solle. Hordt selbst beseitigte diese Ungewißheit, indem er binnen kürzester Frist dem Grafen Nugent gegenüber auf die Sache neuerdings zurückkam. Nachdrücklich versicherte er ihn des sehnlichen Wunsches des Königs, in enge Verbindung mit Oesterreich zu treten. Er habe hiebei hauptsächlich die Vermehrung des Glanzes beider Regentenhäuser und die Sicherung der Ruhe Europa's im Auge [162].

Ebensowenig als Nugent zweifelten auch Maria Theresia und Kaunitz daran, daß die Mittheilungen und Anträge Hordts ihm von

dem Könige von Preußen in den Mund gelegt worden seien. Wie wenig man jedoch an den Ernst derselben glaubte und wie sehr man irgendwelche Arglist hinter ihnen vermuthete, wird schon aus dem Umstande klar, daß vier Wochen vergingen, ehe Kaunitz auf Nugents Bericht eine Antwort ertheilte. Auch diese war nur sehr allgemeiner Natur und enthielt nichts als die Versicherung, die Kaiserin wünsche aufrichtig und wahrhaft sowohl überhaupt den Frieden als ein gutes Einvernehmen mit dem Könige von Preußen gesichert zu sehen. An wirklicher Erreichung dieses Zweckes sei nicht zu zweifeln, wenn nur auch er selbst sich von der gleichen Gesinnung beseelt zeige. Man leugne nicht daß man nach den Erfahrungen, die man gemacht, vor ihm beständig auf der Hut sei. Lebhaft wäre es daher zu wünschen, daß der beiderseitige Argwohn gänzlich aufhöre, da er sonst leicht von dem einen oder dem anderen Theile zu weit getrieben werden könnte. Der Kaiserhof halte fest an dem Entschlusse, sich nicht in fremde Angelegenheiten zu mischen, durch welche es möglich erschiene, neuerdings in Krieg verwickelt zu werden. Zu gleicher Zeit werde er jedoch Alles sorgfältig vermeiden, wodurch seinen gegenwärtigen Alliirten Anlaß zu einem gegründeten Vorwurfe gegeben werden könnte, als ob er nicht bundesgemäß handle [163]).

Als Kaunitz in diesem Sinne an Nugent schrieb, stellte er ihm fernere und umständlichere Weisungen in Aussicht. Erst nachdem neuerdings sechs Wochen verflossen waren, sandte der Staatskanzler dieselben wirklich nach Berlin. Vorerst theilte er dem Grafen Nugent das Ergebniß seines Nachdenkens über die Beweggründe mit, durch welche nach seiner Meinung der König von Preußen zu seinen Anträgen vermocht worden war. Er meinte sie vor allem in der Haltung zu finden, welche England seit Abschluß des Hubertsburger Friedens beobachtet hatte. Er kam auf dessen Aufforderungen zur Wiederherstellung der früheren Allianz mit Oesterreich zurück und weihte Nugent in das Geheimniß ein, daß auch das gegenwärtige englische Ministerium, obwohl aus Anhängern Pitts bestehend und die guten Gründe einsehend, weßhalb man in Wien festhalten wolle an der Allianz mit den bourbonischen Höfen, ein engeres Einverständniß

mit Oesterreich wünsche. Wenn es auch nicht auf ein Bündniß zwischen den Höfen von Wien, Berlin und St. Petersburg ausgehe, so trachte es doch den Frieden zwischen Oesterreich und Preußen auch für den Fall aufrecht erhalten zu sehen, als England neuerdings mit Frankreich und Spanien in Krieg gerathen sollte.

Gleichzeitig habe sich die englische Regierung wieder dem Könige von Preußen genähert, seine Forderungen berichtigt, die gegenseitige Absendung von Gesandten veranlaßt und wahrscheinlich durch den Erbprinzen von Braunschweig eine geheime Verhandlung angeknüpft, welche die Stiftung eines nordischen Bundes bezwecke. Er sei darauf berechnet, England im Falle eines Krieges mit den bourbonischen Höfen nützliche Dienste zu leisten oder wenigstens die Störung der öffentlichen Ruhe auf dem Festlande zu vereiteln.

Die steten Schwankungen in Englands politischen Verhältnissen hätten sich auch in der Haltung des Königs von Preußen, und zwar je nach dem Grade der Hoffnung bemerkbar gemacht, ob sein Freund Pitt wieder an das Staatsruder gelangen werde oder nicht. Bis dieß wirklich geschehe, habe Friedrich seine Hände frei zu halten gesucht. Und obgleich nicht daran gezweifelt werden könne, daß sein Hauptaugenmerk beständig auf Oesterreich gerichtet sei und er keine günstige Gelegenheit unbenützt vorübergehen lassen werde, um dem Kaiserhause neuerdings einen empfindlichen Streich zu versetzen, so sei doch auch die Vermuthung nicht fernliegend, daß seine Neigung zum Kriege sich durch die Jahre und die Schwächung seiner körperlichen Kräfte merklich verringert habe. Er werde daher, so lange er Oesterreich in guter Verfassung sehe und auf keiner anderen Seite in große Verlegenheit gerathe, wohl nicht so leicht wieder die Waffen ergreifen.

Die Aeußerungen Hordts gegen Nugent seien zu einer Zeit gefallen, in welcher die geheime Unterhandlung durch den Erbprinzen von Braunschweig bereits angeknüpft sein und das englische Ministerium noch an die Möglichkeit glauben mochte, Oesterreich abziehen zu können von dem Bündnisse mit den bourbonischen Höfen. Als das stärkste Band, welches den Kaiserhof an dieselben feßle, gelte jedoch

dessen Besorgniß vor dem Könige von Preußen. Fiele sie hinweg, so wäre vielleicht, möge man in England gedacht haben, auch Oesterreich zu einer Aenderung seines bisherigen politischen Systems zu bewegen. Von England werde daher die erste Anregung ausgegangen sein, daß Friedrich den Wiener Hof seiner freundschaftlichen Gesinnung versicherte und sich zu einem Bündnisse mit ihm anbot.

Unmöglich könne jedoch der König von Preußen bei seiner „tiefen Einsicht" mit der Hoffnung sich schmeicheln, daß Oesterreich seinen wenn auch noch so schön klingenden Worten, selbst wenn sie durch Verträge bekräftigt worden wären, leichtsinniger Weise Glauben beimessen und sich schwankend erfinden lassen könnte in den Entschlüssen, die auf die Beibehaltung oder Abänderung seines politischen Systems sich bezögen. Daher werde er selbst nicht geglaubt haben, daß man in Wien auf die Aeußerungen Hordts großen Werth legen und sich so rasch in eine Allianz einlassen werde, welche Oesterreich der Willkür Englands und Preußens vollständig preisgeben und es in die äußerste Verlegenheit bringen könnte.

Aus alledem meinte Kaunitz den Schluß ziehen zu dürfen, daß der ganze Antrag nur ein Fallstrick sei, von König Friedrich dem Wiener Hofe gelegt, um sich selbst bei England verdienstlich, Oesterreich aber bei Frankreich oder bei England und vielleicht bei beiden Mächten verdächtig und gehässig zu machen. Ja er trachte wohl gar durch die abschlägige Antwort des Kaiserhofes den Verdacht zu erregen, als ob derselbe sich schon jetzt mit kriegerischen Absichten trage und mit Verlangen dem Ausbruche eines erneuerten Kampfes zwischen England und den bourbonischen Höfen entgegensehe, um noch einen Versuch zur Wiedereroberung Schlesiens zu wagen.

An diese Erörterung der wahrscheinlichen Ursachen und der Tragweite des von Preußen ausgehenden Vorschlages knüpfte Kaunitz die erforderlichen Andeutungen über die Haltung, welche Nugent in dieser Sache beobachten solle. Dem englischen Gesandten in Berlin, Herrn Mitchel gegenüber hatte er die Erklärung zu erneuern, daß Oesterreich an eine Wiedereroberung Schlesiens und an eine Krieg=

führung überhaupt nicht im Entferntesten denke. Nichts wünsche man sehnlicher, als daß der Friede überall, insbesondere aber in Deutschland aufrecht erhalten werde. Auf die Verbesserung des inneren Zustandes der österreichischen Staaten seien die Bestrebungen des Kaisers und der Kaiserin ausschließlich gerichtet. So viele Einsicht müsse man ihnen doch zutrauen, daß sie nicht blindlings zu Werke giengen, sondern daß sie die obwaltenden Umstände zu überblicken und zu berechnen verstünden. Sie täuschten sich keineswegs darüber, daß Niemand ihnen die Wiedereroberung Schlesiens aufrichtig gönnen und hiezu behülflich sein würde. So wenig als man in Wien über die Macht des preußischen Staates und die Gefahr eines Krieges mit ihm leichtsinnig urtheile, so gewiß sollte die Versicherung des Kaiserhofes überall, insbesondere in England Glauben finden, daß selbst bei dem Ausbruche eines erneuerten Kampfes zwischen diesem Staate und den bourbonischen Höfen der König von Preußen nicht das Geringste von Oesterreich besorgen dürfe. Es werde sich vollständig ruhig halten, wenn nur nicht er selbst wieder die Waffen ergreife und es zu gerechter Nothwehr zwinge.

Weil jedoch Oesterreich nicht in dem gleichen Maße vor den Absichten des Königs von Preußen sicher sein könne, so lege die Pflicht der Selbsterhaltung ihm auf, fortwährend auf seiner Hut zu sein und sich möglichst in Gegenverfassung zu setzen. Man stelle nicht in Abrede, daß der Kaiserhof hieran nach Maßgabe seiner Kräfte mit Eifer arbeite, während er doch sehnlichst wünsche, der Nothwendigkeit, solche Vorkehrungen zu treffen, enthoben zu sein. Denn er wisse wohl, daß aus ihnen nur gegenseitiges Mißtrauen und eine zu weit getriebene Vorsicht, aus beiden aber gerade das, was man zu vermeiden suche, entstehen könnte.

Man sei jedoch auch in Wien vollkommen überzeugt, daß es dem Interesse Englands keineswegs entsprechen würde, zu einem neuen Kriege in Deutschland den Anlaß zu geben. Denn es müßte die ungeheuren Kosten eines solchen allein tragen und hiedurch seine Finanzen noch mehr erschöpfen, als es durch den siebenjährigen Krieg ohnedieß schon geschehen sei. Außerdem könnte es sich gar keine Vortheile

hievon versprechen, sondern es dürfte darauf zählen, das Unheil des Krieges werde nicht die französischen Länder treffen, sondern die deutschen. Müsse daher England um seiner selbst willen einen Krieg in Deutschland vermeiden, so möge es zu einem solchen auch nicht durch voreilige Verträge und Bündnisse Veranlassung geben.

Was endlich die in Vorschlag gebrachte engere Verbindung zwischen Oesterreich und Preußen betreffe, so möge Nugent Herrn Mitchel freimüthig und deutlich erklären, daß ein so weit aussehendes Werk in Anbetracht der obwaltenden politischen Umstände und der Gesinnung des Königs Friedrich unausführbar erscheine. Der billigen Beurtheilung des englischen Gesandten solle er es anheimstellen, ob man dieß nach Allem, was der König von Preußen seit sechsundzwanzig Jahren gegen Freund und gegen Feind gethan, von dem Kaiserhofe erwarten oder es ihm von wohlwollender Seite anrathen könnte.

Um solches zu beweisen, möge Nugent dem englischen Gesandten anvertrauen, wie Friedrich erst gegen Ende des verflossenen Jahres bei der Pforte die gehässigsten Verleumdungen gegen Oesterreich habe anbringen lassen, um sie gegen diesen Staat mißtrauisch zu machen und in Harnisch zu bringen. Ein solches Verfahren sei kaum zur Kriegszeit zu rechtfertigen. Da es jedoch mitten im Frieden stattgefunden habe, genüge dessen Erwähnung, um sich ein Urtheil zu bilden, ob der Kaiserhof in die Aufrichtigkeit des Königs von Preußen jemals Vertrauen setzen könne. Ohne ein solches wäre jedoch ein engeres Einverständniß mit ihm unmöglich.

Trotz alledem wurde auch jetzt wieder die Versicherung erneuert, Oesterreich beabsichtige den Frieden mit Preußen so lange als nur immer möglich aufrecht zu halten und mit den übrigen Mächten, insbesondere mit England in gutem Einvernehmen zu leben. Daher werde es bei einem etwa ausbrechenden Seekriege streng neutral bleiben, sonst aber dem schon im Jahre 1756 mit Frankreich abgeschlossenen Defensivtractate in keiner Weise entgegenhandeln [164]).

Nur gegen den englischen Gesandten Mitchel sollte Nugent in dem hier angedeuteten Sinne sich aussprechen, gegen den König von

Preußen oder den General Hordt aber, wenn dieselben vielleicht auf den von ihnen ausgegangenen Antrag zurückkämen, sich innerhalb der Schranken allgemeiner Versicherungen der Friedensliebe Oesterreichs halten.

Von preußischer Seite wurde dem Grafen Nugent gar bald die Gelegenheit zu solchen Erklärungen geboten. Denn wenn auch Hordt nicht mehr von dem Wunsche des Königs sprach, in Allianz mit Oesterreich zu treten, so betheuerte er doch dessen friedfertige Gesinnungen zu wiederholten Malen in angelegentlichster Weise. Friedrich selbst aber schien sich längere Zeit hindurch damit begnügen zu wollen, bei seinen nicht gerade seltenen Begegnungen mit Nugent von militärischen Dingen zu sprechen. Als von dem Tode des Feldmarschalls Daun die Rede war, sagte er, das Haus Oesterreich habe viel an ihm verloren[165]. Lacy bezeichnete er als ungemein thätig und er meinte, der Kaiser werde es niemals bereuen, ihn an die Spitze des österreichischen Militärwesens gestellt zu haben. Und als Nugent den König von der Absicht Josephs unterrichtete, die Schlachtfelder Böhmens und Sachsens zu besuchen, pries Friedrich in warmen Worten die Wißbegierde des Kaisers[166]. Ueberhaupt wurde er von nun an ein eifriger Lobredner Josephs, und er rühmte sich gegen Nugent seiner guten Beziehungen zu dem Kaiser und zu Maria Theresia[167].

Dieselben noch fester zu knüpfen, schien zu jener Zeit das ernstliche Bestreben des Königs von Preußen zu sein, und er that zu diesem Zwecke einen sehr bemerkenswerthen Schritt. Durch Finkensteins Vermittlung ließ er Nugent seinen Wunsch zu erkennen geben, aus Anlaß der Reise, welche damals der Kaiser nach Böhmen und Sachsen unternahm, an irgend einem passenden Orte, etwa in Torgau mit ihm persönlich zusammen zu treffen. Nugent begnügte sich mit der ganz allgemein gehaltenen Antwort, er habe zwar bis jetzt keine Kenntniß von der Reiseroute, welche der Kaiser einzuhalten gedenke, er zweifle jedoch nicht, daß ihm eine solche Ueberraschung von Seite des Königs sehr angenehm sein würde[168].

So ernstlich schien Friedrich es mit seinem Vorschlage zu meinen, und so viel lag ihm an der Verwirklichung desselben, daß er sich nicht

auf die Mittheilung an Nugent beschränkte, sondern Rhode beauftragte, zu Wien in dem gleichen Sinne zu wirken. Die Depesche an ihn wurde wohl absichtlich in einer Form expedirt, daß ihr Inhalt, auch noch ehe Rhode einen Schritt that, zur Kenntniß der Kaiserin kam. Ja man darf wohl mit Bestimmtheit behaupten, daß dieß noch früher geschah, als man Nugents Bericht aus Berlin erhielt. Nur so läßt sich der Sinn der Worte erklären, welche Maria Theresia in jenen Tagen an Kaunitz schrieb. Und es ist zu deren Verständniß ganz unerläßlich, sich ins Gedächtniß zurückzurufen, daß gerade damals der Staatskanzler sein Entlassungsgesuch eingebracht und über dasselbe zwischen ihm, der Kaiserin und dem schon in Böhmen befindlichen Kaiser jener Briefwechsel begonnen hatte, dessen bereits an anderer Stelle gedacht wurde [169]).

„Hier ist der Auftrag an Rhode", schrieb jetzt Maria Theresia eigenhändig an Kaunitz. „Was soll ich machen? Soll ich meinem „Sohne schreiben oder nicht? Es wäre mir ungemein leid, wenn „diese Zusammenkunft stattfände und in solcher Weise sein Wunsch sich „erfüllte, der dem meinigen entgegengesetzt ist. Man wird dieß noch „öfter erfahren und ich werde täglich mehr Verdruß davon haben. „Verwundern Sie sich nicht", fuhr Maria Theresia fort, nun auf das Entlassungsgesuch des Staatskanzlers übergehend, „wenn ich Ihnen „fast nichts auf die Vorlesung der an den Kaiser zu richtenden Expe„dition geantwortet habe. Ich kann mich an diesen Gedanken nicht „gewöhnen; er verletzt mich und ist mir nur erträglich im Hinblick auf „meinen Verfall und auf meine Lust mich zurückzuziehen, sowie aus „einem Gefühle der Freundschaft, um Sie in den Stand zu setzen, „dereinst, wenn ich nicht mehr bin, dasjenige allsogleich in Vollzug zu „setzen, was Ihnen dann wünschenswerth erscheint, hiedurch aber noch „einen Freund zu retten, den ich bis zum letzten Augenblicke meines „Lebens hochschätzen werde, und einen guten Diener wie Binder, dem „ich meine ganze Erkenntlichkeit schulde. Aus diesem Gesichtspunkte „allein vermag ich jenen Gedanken zu ertragen" [170]).

Auch Kaunitz theilte seine Antwort an Maria Theresia in zwei verschiedene Abschnitte; der zweite war seiner persönlichen Angelegenheit,

der erste aber dem Gegenstande gewidmet, welcher zu dem Briefe der Kaiserin an ihn die Veranlassung dargeboten hatte. Nicht minder lebhaft als Maria Theresia erklärte sich Kaunitz gegen den Plan einer Zusammenkunft zwischen den beiden Monarchen. Man werde eine solche nicht einer bloßen Neugierde Josephs, sondern einer enthusiastischen Bewunderung desselben für den König von Preußen zuschreiben; das scheine jedoch gegen die Würde des Kaisers zu verstoßen. Die Menschen überhaupt und insbesondere hochgestellte Fürsten seien nur allzusehr dem Uebelstande ausgesetzt, sich entweder zum Guten oder zum Bösen in dem Urtheile zu täuschen, welches sie in Folge einer flüchtigen Bekanntschaft über einander fällen; diese Eindrücke könnten jedoch in der Folge wahrhaft verhängnißvolle Wirkungen nach sich ziehen. Außerdem könnte leicht der größte Theil der fremden Höfe und des Publicums den Zweck der ganzen Reise des Kaisers in der beabsichtigten Zusammenkunft erblicken. Allen Politikern Europa's werde sie ein weites Feld zu Betrachtungen, ja zu Hirngespinnsten eröffnen und dadurch Voraussetzungen, Eifersüchteleien, Mißtrauen und Verdacht erwecken, denen vorzubeugen nicht bloß vernünftig, sondern höchst wichtig sein könnte. In diesem Sinne möge die Kaiserin, rieth ihr Kaunitz, ihrem Sohne schreiben. Und ein unfehlbares Mittel, ihn auf ihre Wünsche eingehen zu machen, erblickte der Staatskanzler darin, daß Maria Theresia ihn bitte, aus Freundschaft für sie auf diese Idee zu verzichten [171]).

In ähnlicher Weise, aber natürlich ohne den letzteren Beisatz, sprach auch Kaunitz gegen den preußischen Gesandten Rhode sich aus [172]). Erst einige Tage nachdem dieß geschehen war, kam ihm Nugents Bericht zu, in welchem derselbe von seiner ersten Unterredung mit Finkenstein über des Königs Project, mit Joseph zusammenzutreffen, Meldung erstattete. Wenn wirklich, so meinte der Staatskanzler jetzt, der König es nur darauf abgesehen habe, dem Kaiser eine Ueberraschung zu bereiten, so könnte man sich mit einem solchen Gedanken schon leichter befreunden. Bei dem umsichtigen und liebenswürdigen Benehmen Josephs dürfe man hievon doch eher Gutes als Böses erwarten. Er würde daher rathen, daß wenn der König wirklich den Kaiser an irgend

einem Orte in Sachsen mit seinem Besuche zu überraschen gedächte, man diese Zusammenkunft keineswegs ablehnen, jedoch gleichzeitig Alles mit Sorgfalt vermeiden sollte, was den Schein hervorrufen könnte, als ob sie Joseph gesucht habe [173]).

An demselben Tage, an welchem zu Wien der Staatskanzler in diesem Sinne an Maria Theresia schrieb, ließ in Berlin Graf Finkenstein den österreichischen Gesandten neuerdings zu sich bitten. Der König wolle, so erklärte er ihm, Nugents bevorstehende Reise nach Carlsbad benützen, um ihn zum Ueberbringer der freundschaftlichsten Erklärungen an den Kaiser zu machen. Da er das größte Verlangen trage, ihn persönlich kennen zu lernen, so wünsche er benachrichtigt zu werden, ob es Joseph nicht genehm wäre, ihm Zeit und Ort zu einer solchen Zusammenkunft zu bestimmen. Dem Könige wäre es erwünscht, wenn sie zu Lichtenberg in Sachsen stattfände [174]).

Kaunitz legte, wie gezeigt worden, den meisten Werth auf die Vermeidung des Scheines, daß Joseph und nicht Friedrich den ersten Anstoß gegeben habe zu ihrer Begegnung. War in dem Augenblicke, in welchem man ihm berichtete, der König habe es auf eine von seiner Seite zu veranstaltende Ueberraschung abgesehen, sein Widerspruch verstummt, so bewog Friedrichs förmlicher Antrag auf ein solches Zusammentreffen den Staatskanzler zu der Erklärung, daß man nach seiner Meinung dieses Begehren nicht zurückweisen könne. Eine derartige Beleidigung des Königs von Preußen müsse mit Sorgfalt vermieden werden. Da jedoch Joseph in der Besorgniß, etwas gegen den Willen seiner Mutter zu thun, vielleicht noch zögern könnte, auf den Vorschlag des Königs einzugehen, so möge die Kaiserin ihn hiezu unverzüglich ermächtigen [175]).

So hoch auch Maria Theresia den Rath des Fürsten Kaunitz stellte, und so gern sie in den meisten Fällen ihn befolgte, so war sie doch weit davon entfernt, dieß jederzeit und blindlings zu thun. Auch jetzt vermochte der Staatskanzler nicht ihren Widerwillen gegen die Zusammenkunft ihres Sohnes mit dem ihr so verhaßten Könige von Preußen zu überwinden. Daß sie an diesem Gefühle nach wie vor

festhielt, wissen wir mit Bestimmtheit [176]) zu sagen, und sie wird sich hierüber wohl auch in ihrer Correspondenz mit Joseph, welche wir leider nicht mehr besitzen, deutlich genug ausgesprochen haben. Der Wunsch des Letzteren, Friedrich zu sehen, war der Kaiserin kein Geheimniß geblieben; gleichwohl meinte Joseph im Sinne seiner Mutter handeln zu sollen, indem er trotz der entgegenkommenden Schritte des Königs fortwährend eine sehr kühle Haltung beobachtete. Denn auf Friedrichs Anregung hatte Nugent gleichzeitig mit seinem ersten Berichte nach Wien auch an Lacy geschrieben, der sich in Begleitung des Kaisers in Böhmen befand. Auch ihm gab er das sehnliche Verlangen des Königs zu erkennen, mit Joseph, und zwar womöglich in Torgau zusammenzutreffen. Er bat ihn um baldigste Mittheilung des Entschlusses des Kaisers, um hievon den König verständigen zu können [177]).

Am 16. Juni 1766 kam dieser Brief Nugents dem Kaiser durch Lacy's Vermittlung in Carlsbad zur Hand. Allsogleich und ehe er noch von seiner Mutter Instructionen empfangen haben konnte, ließ Joseph dem Grafen Nugent seine Reiseroute, jedoch nur zu dem Zwecke übersenden, daß er aus ihr die Tage seiner beabsichtigten Ankunft in Dresden und in Torgau entnehme. Hinsichtlich der beantragten Begegnung möge Nugent jede positive Erklärung vermeiden, indem der Kaiser weder den König von Preußen durch eine Zurückweisung verletzen noch vor der Welt den Schein auf sich laden möchte, er habe diese Zusammenkunft gewünscht. Erhalte Nugent jedoch aus Wien Befehle über das Benehmen, das er in dieser Angelegenheit zu beobachten habe, so möge er sie ungescheut zur Ausführung bringen.

Inzwischen hatte Nugent auch von dem zweiten Vorschlage des Königs von Preußen, nicht in Torgau, sondern in Lichtenberg mit dem Kaiser zusammenzutreffen, dem Letzteren, und zwar gleichfalls durch Lacy Kenntniß gegeben. Kaunitz vermuthete, daß die Absicht des Königs sich demnächst verwirklichen und seine persönliche Begegnung mit dem Kaiser stattfinden werde [178]). Auch Joseph, der sich darauf beschränkt hatte, durch Nugent dem Grafen Finkenstein ant-

worten zu lassen, er werde am 27. Juni in Torgau und am 28. in Bautzen übernachten, schien die Meinung zu theilen, daß Friedrich sich bei ihm einzufinden denke. Nugent aber, der inzwischen mit dem Kaiser in Dresden persönlich zusammengetroffen war, bemühte sich ihn eindringlich vor den Fallstricken zu warnen, die der König beabsichtigen könnte ihm zu legen. Er bezeichnete denselben als einen Fürsten ohne Treue und ohne Glauben, der in seinem Innern alle Gefühle der Menschlichkeit erstickt habe. Es koste ihn nichts, die geheiligtsten Zusagen zu geben und sie alsbald wieder zu brechen, wenn ihm dieß vortheilhaft erscheine. Jedwedes Mittel sei ihm gerecht, wenn es nur zum Ziel führe [179]).

Es war eine Beruhigung für Nugent, daß auch der Kaiser seine Ansichten über Friedrich zu theilen schien, und mit geringerer Besorgniß als zuvor sah er nun der Zusammenkunft entgegen. Daß sie wirklich vor sich gehen werde, wurde auch in Berlin nicht mehr bezweifelt, als Friedrich am Morgen des 27. Juni Potsdam verließ und sich nach Kloster Zinna verfügte. Ja man meinte daß der König mit der Hoffnung sich schmeichle, den Kaiser zu bewegen, sich auf einige Tage nach Berlin und nach Potsdam zu begeben. Anstalten zu verschiedenen Festen, unter denen militärische Schaustellungen nicht fehlen durften, deuteten darauf hin. Aber aus alledem ward nichts; in Zinna erhielt Friedrich die Antwort Nugents, die sich lediglich auf die Mittheilung der Tage der Ankunft des Kaisers in Torgau und in Bautzen beschränkte und keinerlei Aufforderung an den König enthielt, an dem einen oder dem anderen Orte zu erscheinen. Friedrich fand, wie er sich ausdrückte, diese Mittheilung „nicht kalt und nicht warm", und am Abende desselben Tages, an welchem er Potsdam verlassen hatte, kehrte er unverrichteter Dinge wieder dorthin zurück [180]).

Daß Joseph dem Anerbieten des Königs von Preußen gegenüber sich gleichgültig verhielt, geht aus seinen eigenen Worten an seine Mutter deutlich hervor. Ihr zu Liebe sei es geschehen, so versichert er sie, daß er nicht nur jene zurückhaltenden Erklärungen in Berlin abgeben, sondern daß er noch außerdem gegen den preußischen Minister von Kamecke, der ihn im Auftrage des Königs zu Torgau begrüßte, kein

Wort über die beabsichtigte Zusammenkunft fallen ließ. Er habe in dessen Mienen die Begierde gelesen, schreibt Joseph an Maria Theresia, etwas über diese Angelegenheit sprechen zu können, und wie glücklich er gewesen wäre, wenn ihm der Kaiser hiezu auch nur den geringsten Anlaß gewährt hätte. „Aber beharrlich in meinen Entschlüssen", fährt Joseph fort, „insbesondere wenn es darum sich handelt, mich dem „einzigen Wesen, das ich verehre und anbete, gefällig zu erweisen, „habe ich bis an das Ende festgehalten an meinem System und da„durch die einzige Gelegenheit versäumt, die sich im Laufe meines „Lebens mir darbieten wird, einen Mann zu sehen und kennen zu „lernen, welcher, ich kann es nicht leugnen, meine Neugierde außer„ordentlich gereizt hat" [181]).

Wir besitzen den Brief nicht, den Maria Theresia als Erwiederung auf diese Zeilen an Joseph richtete. Aber es gibt ein eigenhändiges Schreiben der Kaiserin an ihre Freundin, die Gräfin Enzenberg, in welchem sie ihre Freude über das Scheitern der Zusammenkunft in lebhaften, jedoch für beide Monarchen nicht gerade schmeichelhaften Ausdrücken kundgibt. „Der Kaiser", so lauten ihre Worte, „wird in „acht Tagen von seiner Rundreise zurückkehren; Jedermann ist zu„frieden mit ihm. Die Zusammenkunft, welche er und der König „wünschten, ist nicht zu Stande gekommen, weil die Vorsehung es nicht „so wollte. Denn diese Fürsten, die sich sonst jedes Ceremoniells und „jeder Etiquette entkleiden, waren in dem Augenblicke, in welchem die „Zusammenkunft stattfinden sollte, darauf erpicht, wer zuerst den „Anderen sprechen und ihn einladen werde. So verließen sie Beide „ihren Aufenthaltsort und haben doch dasjenige verfehlt, was sie so „sehnlich wünschten. Wie viele politische Berechnungen werden darüber „angestellt werden, während doch das, was ich Ihnen sage, die einzige „wahre und allerdings überraschende Ursache ist. Das Sprichwort „bewährt sich wirklich: Der Mensch denkt und Gott lenkt" [182]).

Man sieht wohl daß Maria Theresia der Betheuerung ihres Sohnes, ihr zu Liebe habe er die Zusammenkunft mit dem Könige von Preußen fallen gelassen, nicht gerade viel Glauben schenkte. Aber ihm selbst gegenüber muß sie sich darauf beschränkt haben, sich in sehr

befriedigtem Tone über den Ausgang dieser Angelegenheit zu äußern. „Wie leicht ist es", erwiedert er ihr, „für Sie zu arbeiten, und wie „reichlich wird man durch die Güte belohnt, mit der Sie die gering= „sten Dinge aufnehmen, die man in Ihrem Dienste vollbringt". In einem zweiten Briefe [183]) schreibt er ihr, nichts in der Welt mache ihm mehr Vergnügen als Kennzeichen ihrer Gnade und der jetzt so seltenen Heiterkeit ihres Gemüthes zu empfangen. „Wie glücklich wäre „ich", sagt er, „wenn ich durch mein Benehmen die ersteren vollständig „verdienen und dazu beitragen könnte, sie die letztere häufiger finden „zu machen." Und ganz unerschöpflich muß die Kaiserin in ihren Aeußerungen der Zufriedenheit mit Joseph gewesen sein. Denn auch noch in einem dritten Briefe kommt derselbe auf diesen Gegenstand zurück und dankt ihr in lebhafter Weise für die Gutheißung seines Betragens. Es müsse wohl das richtige gewesen sein, da es ihren Grundsätzen und Anschauungen entspreche, welche man nicht anders als für wahr halten könne, indem alle Welt sie billige. Und auf eine Andeutung der Kaiserin, daß man behaupte, Joseph habe sich Friedrich zum Vorbilde genommen, weiset er eine solche Zumuthung als unvereinbar mit dem Charakter eines ehrlichen Mannes zurück [184]).

In hohem Grade gespannt war Joseph auf die Wirkung, welche das Scheitern des von dem Könige von Preußen entworfenen Planes auf denselben hervorbringen würde [185]). Mit ziemlicher Bestimmtheit glaubte er vorhersagen zu dürfen, Friedrich werde jede Kundgebung einer Mißstimmung vermeiden. „Hat er doch", meinte Joseph, „mehr „Ursache zu schweigen als wir" [186]). Und wenn schon irgend Jemand Anlaß besitzen sollte, sich zu beschweren, so sei dieß eher er selbst als der König von Preußen. Denn von dem Augenblicke angefangen, als dem Letzteren jede Aussicht benommen worden sei, die Zusammenkunft mit dem Kaiser in den Augen der Welt als die Frucht gegenseitigen Ein= verständnisses erscheinen zu machen, habe er gefunden, daß die persönliche Bekanntschaft mit Joseph allein eine so weite Fahrt nicht verlohne. „Es „waren also", sagt der Kaiser, „nur gewisse politische Wirkungen, zu deren „Erreichung ich als Schreckbild dienen sollte, und nicht meine Person, „welche ihn dieses Zusammentreffen so sehr hatten wünschen lassen" [187]).

Unter den politischen Wirkungen, von denen Joseph als von den Zielpunkten spricht, die den König von Preußen zu seinem Vorschlage bestimmt haben sollten, verstand man damals ziemlich allgemein die Bemühungen Friedrichs, der Kaiserin Katharina zu zeigen, daß er sich keineswegs in so gespannten Beziehungen zu Oesterreich befinde, wie man es in St. Petersburg glaube. Werde dieß dem russischen Hofe begreiflich gemacht, dann werde er auch Preußen gegenüber nicht mehr so anspruchsvoll auftreten und diesen Bundesgenossen mit größerer Rücksicht und weniger herrisch behandeln als bisher.

In welch drückendem und beleidigendem Maße letzteres der Fall war, dieß zu erörtern kann nicht der Gegenstand der vorliegenden Darstellung sein. Nur das möge zur Charakteristik des damaligen Verhältnisses zwischen Rußland und Preußen hier angeführt werden, daß der König wenige Wochen später, am 6. August 1766 einer Depesche an seinen Vertreter in Rußland eigenhändig die Worte hinzufügte: „Des Joches, das man mir auflegen will, beginne ich ganz gewaltig „überdrüßig zu werden. Ich werde mir ein Vergnügen daraus machen, „der Verbündete der Russen zu sein. Aber so lang meine Augen offen „stehen, werde ich mich niemals zu ihrem Sklaven erniedrigen; das „können Sie Jedermann sagen der es hören will" [188]). Und bald darauf bricht er in Wuth aus über die „Unverschämtheit", mit welcher die Russen ihm in seinem eigenen Lande Gesetze vorschreiben wollten. Wenn sie hievon nicht abließen, so wolle er lieber heute als morgen mit ihnen brechen [189]).

Darin mag denn auch wirklich die Ursache zu suchen sein, weßhalb Josephs Vorhersagung buchstäblich in Erfüllung ging und Friedrich in keiner Weise eine Mißstimmung an den Tag legte über das Scheitern seiner Zusammenkunft mit dem Kaiser. Weder in den Berichten der österreichischen Gesandtschaft in Berlin noch in anderen diplomatischen Actenstücken aus jener Zeit ist von diesem Ereignisse ferner die Rede. Die äußeren Kundgebungen zwischen den Höfen von Wien und Berlin trugen nach wie vor den gleichen freundschaftlichen Charakter an sich, den sie in der letzten Zeit allmälig angenommen hatten. Als Maria Theresia von ihrer schweren Krankheit genas,

beeilte sich Friedrich, seinen freudigen Antheil an diesem Ereignisse in den verbindlichsten Worten zu erkennen zu geben. Er habe sich zwar manchmal, so äußerte sich der König gegen Nugent, in gar argem Streite mit der Kaiserin befunden; hiedurch sei jedoch niemals seine persönliche Hochachtung vor einer so großen Fürstin vermindert worden, deren Tugenden Jedermann bewundern müsse[190]. Als von einer dritten Heirat für Joseph die Rede war, sagte Friedrich mit lächelndem Munde: Er möchte für den Fall, daß der Kaiser eine deutsche Prinzessin zu wählen gedenke, darauf aufmerksam machen, daß er gleichfalls eine Nichte besitze[191]. Und als Maria Theresia ihrem Schwiegersohne, dem Prinzen Albert die Stelle eines Reichsfeldmarschalls zu verschaffen sich bemühte, ging Friedrich in willfähriger Weise auf die Absichten der Kaiserin ein[192]. Bei derlei freundschaftlichen Kundgebungen blieb es jedoch; von der Verhandlung wichtiger politischer Geschäfte zwischen Oesterreich und Preußen war wenigstens vor der Hand nicht mehr die Rede.

Es kann nicht ganz mit Stillschweigen übergangen werden, daß bevor Nugent im Juni 1766 Berlin verlassen hatte, um sich nach Carlsbad zu begeben, er die Gelegenheit fand, dem englischen Gesandten Mitchel gegenüber in dem freimüthigen Sinne sich auszusprechen, den Kaunitz ihm vorgezeichnet hatte. Mitchel selbst bot den Anlaß hiezu, indem er offen erklärte, England bereue den Schritt, welchen es vor Ausbruch des siebenjährigen Krieges in Wien gethan und durch den es die langjährige Allianz mit Oesterreich zertrümmert habe. Es wünsche nicht nur die Wiederherstellung derselben, sondern auch die Einbeziehung Preußens in das neu zu errichtende Bündniß. Um es zu Stande zu bringen, würde sich Mitchel, wenn es dienlich erschiene, gern unter irgend einem Vorwande nach Wien begeben.

Mitchel war nicht wenig verwundert als Nugent, dem Befehle des Fürsten Kaunitz von Punkt zu Punkt nachkommend, ihm rückhaltslos die Gründe entwickelte, weßhalb Oesterreich sich weder von seiner Defensivallianz mit Frankreich zu trennen, noch in ein Bündniß mit Preußen zu treten gedenke. Eine so ehrliche Sprache war damals noch seltener als jetzt, und sie verfehlte daher auch ihre Wirkung nicht.

Mitchel erklärte zuletzt, überzeugt zu sein von dem Gewichte dieser Gründe und von der Unmöglichkeit für Oesterreich, auf seinen Vorschlag sich einzulassen [193]). Gleichwohl kam er Nugent gegenüber auf die Sache noch einmal zurück. Einen neuen Stützpunkt für seinen Plan meinte er in der angeblichen Abneigung Josephs gegen das Bündniß zwischen Oesterreich und Frankreich gefunden zu haben. Aber Nugent entgegnete, nicht die persönlichen Sympathien der Herrscher, sondern die Interessen ihrer Staaten seien maßgebend für ihre Allianzen. Wie sehr dasjenige Oesterreichs die Aufrechthaltung des Bündnisses mit Frankreich fordere, wurde von Nugent neuerdings und ausführlich entwickelt [194]). Mitchel mochte einsehen, daß er mit seinen Vorstellungen bei Nugent nicht durchdringen könne. Er kam daher auf dieselben nicht mehr zurück.

Sechstes Capitel.

Annäherung an Preußen.

Unter den politischen Fragen, die zu jener Zeit die Aufmerksamkeit des Kaiserhofes in ganz besonderem Maße in Anspruch nahmen, standen noch immer diejenigen, welche sich auf Polen bezogen, in vorderster Reihe. Schien es sich auch zumeist nur um innere Angelegenheiten dieses Landes zu handeln, so war doch der Umstand, daß Rußland dieselben lediglich nach eigenem Gutdünken zu lenken sich bemühte und hiebei an Preußen eine eifrige, wenngleich manchmal nur widerwillige Unterstützung fand, dafür entscheidend, daß die anderen benachbarten Staaten und vor Allem Oesterreich sich hiebei in hohem Grade betheiligt erkannten. Aber man hielt es in Wien auch für ein Gebot der Klugheit, nur mit größter Vorsicht zu Werke zu gehen. Man besorgte daß eine allzu große Beeiferung, sich in die polnischen Dinge zu mischen, dem Könige von Preußen leicht den Anlaß geben könnte, dieß in noch höherem Maße zu thun. Die Vergrößerungsabsichten, die man ihm zuschrieb, hätten hiedurch eine für Oesterreich sehr unwillkommene Förderung erhalten.

Es ist bekannt daß König Stanislaus, obgleich er nur durch Katharina's Unterstützung zur polnischen Krone gelangt war, doch bald nach seiner Thronbesteigung darauf hinzuarbeiten begann, sich von dem mit erdrückender Schwere auf ihm und seinem Lande lastenden Joche Rußlands allmälig zu befreien. Denn er war von dem redlichen Streben beseelt, die in höchstem Grade bedauerlichen inneren Zustände

Polens nach und nach zu verbessern und dem zu einem Schattenbilde herabgesunkenen Königthume Macht und Ansehen, dem Lande und seinen Bewohnern aber die Segnungen öffentlicher Ordnung und größerer Civilisation zu verschaffen. Wären bei Stanislaus die geistige Kraft und Begabung in richtigem Verhältnisse gestanden zu den wohlwollenden Absichten, von denen er ausging, so würde seine Regierung ohne Zweifel eine heilbringende gewesen sein für sein Land.

Polen zu glücklicheren inneren Zuständen gelangen zu lassen, lag jedoch durchaus nicht in dem Willen der Kaiserin von Rußland und des Königs von Preußen. Insbesondere muß Katharina als diejenige bezeichnet werden, bei welcher alle Vorschläge zu Reformen, von denen ersprießliche Wirkungen für Polen erwartet werden konnten, auf hartnäckigen Widerstand stießen. Drei Punkte waren es vor Allem, hinsichtlich deren Rußland eine seinen Wünschen günstige Entscheidung in Polen durchzusetzen suchte: eine ihm vortheilhafte Regulirung der beiderseitigen Grenzen, die Aufrechthaltung des liberum veto und vor Allem die Zulassung der Akatholiken zu politischen Rechten, welche in Polen seit Jahrhunderten nur den Bekennern des römisch-katholischen Glaubens eingeräumt waren.

Auf die von Rußland verlangte Feststellung der Grenze wollen wir hier als der mindestbedeutenden Angelegenheit nicht eingehen. Unendlich viel wichtiger als sie war die Frage der Abschaffung des liberum veto, weil sich leicht vorhersehen ließ, daß dessen Aufrechthaltung die Einführung geordneter Zustände in Polen unmöglich machen müsse. Darum trat König Stanislaus einstweilen mit dem Begehren hervor, daß dasselbe wenigstens in Bezug auf die Finanz- und die Justiz-Angelegenheiten beseitigt werde und die Entscheidung über sie künftighin durch Stimmenmehrheit erfolge.

Noch vor etwa zwei Jahren hatte die Aufhebung des liberum veto auch an dem Kaiserhofe Widerspruch gefunden. Man war in Wien zu dieser Anschauung durch den Wunsch gebracht worden, die Königsgewalt in Polen keine allzu mächtige werden zu lassen. Denn von einer derartigen Stärkung derselben meinte man insbesondere dann

die ungünstigsten Folgen befürchten zu müssen, wenn ein Mann die polnische Königskrone trüge, der sich in unbedingter Abhängigkeit von Rußland und Preußen befände. Von dem Augenblicke angefangen, als man in Wien gewahr wurde, daß solches bei Stanislaus doch weit weniger der Fall sei als man geglaubt, und daß gerade die Aufrechthaltung des liberum veto von Rußland mit Ungestüm begehrt werde, änderte das österreichische Cabinet seine Meinung. Denn wenn Rußland auf dem liberum veto bestand, so mußte es dasselbe für sich als vortheilhaft betrachten. Was jedoch Rußland in Polen zum Nutzen gereichte, war Oesterreich zum Schaden.

Am grellsten trat dieser Gegensatz ohne Zweifel in der Frage der Dissidenten hervor. Nichts ist begreiflicher als daß sie der Kaiserin von Rußland am meisten am Herzen lag. Hatte ihr Gemal und Vorgänger auf dem russischen Throne denselben größtentheils dadurch verloren, daß er durch thörichte Voranstellung norddeutschen und preußischen Wesens das Selbstbewußtsein der Russen aufs empfindlichste verletzte, so suchte Katharina gerade durch das entgegengesetzte Verfahren die auf ihrem Haupte noch schwankende Kaiserkrone Rußlands immer mehr und mehr zu befestigen. Hiezu konnte es jedoch fürwahr kaum ein passenderes Mittel geben, als wenn sie der Glaubensgenossen ihres Volkes in dem Nachbarlande mit Nachdruck sich annahm. Hiedurch gewann sie auch in dem letzteren noch mehr an überwältigendem Einflusse, als sie daselbst ohnedieß schon besaß. Waren nur einmal die in Polen so zahlreichen Anhänger des griechischen Glaubens durch Katharina in den Besitz bedeutsamer politischer Rechte gelangt, dann ließ es sich mit Bestimmtheit vorhersagen, daß sie, nicht nur durch das Gefühl der Dankbarkeit, sondern auch durch die Gleichheit der Confession zu Rußland gezogen, diesem Staate eine sichere Stütze und ein williges Werkzeug in den Angelegenheiten Polens sein würden.

Dieß war es jedoch gerade, was Alle zu verhindern sich bemühten, die es ehrlich meinten mit Polen. Darum lag auch nicht so sehr in confessioneller Engherzigkeit, wenngleich auch diese nicht ganz aus dem Spiele blieb, als in einem überaus wichtigen politischen

Beweggrunde die Ursache, weßhalb die Begehren Rußlands und Preußens zu Gunsten der Dissidenten in Polen im Lande selbst auf leidenschaftlichen Widerstand stießen und auch Oesterreich denselben mit seinen Sympathien begleitete.

Von solchen Voraussetzungen ausgehend, hatte der eifrigste Widersacher der russischen Begehren, der Bischof Soltyk von Krakau sich an den Kaiserhof sowie an alle übrigen katholischen Mächte gewendet und für Polen um Beistand gegen die Bedrohungen Rußlands gebeten. Mit Recht zögerte man in Wien, in dieser Sache über Aufforderung eines einzelnen polnischen Bischofs offen Partei zu ergreifen und sich dadurch selbst immer tiefer in die polnischen Wirren zu verwickeln. Aber man hielt es doch für nothwendig, der Verwirklichung der Absichten Rußlands wenigstens unter der Hand so nachdrücklich als nur immer möglich zu widerstreben. Einen Anlaß hiezu bot die insgeheim, und zwar durch den Grafen Canal an Kaunitz gelangende Bitte des Fürsten Poniatowski um Rath über die Haltung, welche sein Bruder, der König von Polen, in der Angelegenheit der Dissidenten einnehmen solle.

Kaunitz war Anfangs der Meinung, Stanislaus habe sich über die Entscheidung, welche in dieser Frage zu fällen sei, lang schon mit den Russen geeinigt. Für ihn handle es sich bloß um die Erfüllung des der Kaiserin Katharina verpfändeten Wortes, und wenn er in Wien um Rath bitten lasse, so geschehe dieß nur in der Absicht, sich das eigene Land nicht völlig zu entfremden und sich daher das Ansehen zu geben, als ob er den Forderungen Rußlands Widerstand zu leisten gesonnen sei. Gleichwohl nahm Kaunitz keinen Anstand, wenn auch nicht als österreichischer Staatskanzler, so doch als Privatmann dem Könige von Polen den Rath zu ertheilen, er möge sich durch die Drohungen Rußlands und Preußens nicht einschüchtern lassen, sondern gemeinsame Sache machen mit der katholischen Geistlichkeit und dem Adel seines Landes. Dadurch werde er sie Alle fast ausnahmslos an sich fesseln.

Nicht ohne Ueberraschung machte Kaunitz die Erfahrung, daß sein Rath bei dem Könige von Polen eine ungleich günstigere Auf-

nahme fand als er erwartet hatte. Stanislaus wagte es sogar, gegen Rußlands Repräsentanten in Polen, den Fürsten Repnin eine nachdrückliche Sprache zu führen, und die vertraulichen Schreiben seines Bruders, des Fürsten Poniatowski an Canal schienen es wirklich außer Zweifel zu stellen, daß es dem Könige Ernst sei mit diesem Widerstreben. Wenn auch Stanislaus zugestand, daß Rußlands Forderungen für die Dissidenten nicht völlig zurückgewiesen werden könnten, so zeigte er sich doch auch entschlossen, sie nicht alle zu gewähren. Eher wolle er, wurde in seinem Namen erklärt, es auf das Aeußerste ankommen lassen. Und beide Poniatowski sprachen die Hoffnung aus, Polens wahrhafte Freunde würden dessen Unterjochung durch Rußland nicht zugeben [195]).

So wenig als man in Wien sich in dieser Beziehung allzu sehr bloßstellen mochte, so wenig war man doch auch gemeint, den König von Polen gänzlich im Stiche zu lassen und ihn Rußland und Preußen rückhaltslos preiszugeben. Man trachtete daher sich des Beistandes des Hofes von Versailles zu versichern und denselben für den Vorschlag zu gewinnen, den König von Polen in der von ihm angenommenen selbstständigeren Haltung zu stützen. Gelänge es sich seiner Anhänglichkeit zu versichern, dann würde sein Reich nicht nur eine Vormauer gegen Rußland, sondern auch ein bedenklicher Nachbar für Preußen sein und bei einem etwa ausbrechenden Kriege beiden Mächten viel Nachtheil zufügen können. Man müsse sich daher auch bemühen, ein gutes Einvernehmen zwischen Polen und der Pforte herbeizuführen, indem die letztere sodann Rußland gar manche Verlegenheit zu bereiten vermöchte.

Wenn übrigens der Staatskanzler wünschte, den König von Polen in seinem Widerstande gegen Rußland zu bestärken, so lag ihm doch nicht weniger am Herzen, daß derselbe mit äußerster Vorsicht und Mäßigung vorgehe. Denn es müsse sorgfältig vermieden werden, Rußland einen Vorwand zur Ergreifung von Gewaltmaßregeln und zur Hineinziehung des Königs von Preußen in diese Verwicklungen zu geben. Solches könnte nicht nur die nachtheiligsten Folgen für Polen nach sich ziehen, sondern auch die Ruhe Europa's gefährden.

Die Richtigkeit dieser Betrachtungen und die Nothwendigkeit, einen ihnen entsprechenden Vorgang auch von der französischen Regierung beobachtet zu sehen, dem Hofe von Versailles recht anschaulich zu machen, hierin bestand nun die Aufgabe, welche Kaunitz dem Grafen Mercy stellte. So vollständig einverstanden war Maria Theresia mit Kaunitz, daß sie auf den Bericht, mit welchem der Staatskanzler den Entwurf der an Mercy abzusendenden Depesche ihr vorlegte, eigenhändig die Worte schrieb: „wegen deren polnischen sachen finde es „unverbesserlich“ [196]).

Nur wenige Tage nachdem die Kaiserin und Kaunitz in solchem Sinne sich erklärt hatten, wurden auf dem versammelten Reichstage Polens Beschlüsse gefaßt, welche merkwürdiger Weise den beiden entgegengesetzten Anschauungen gleichmäßig widersprachen. Stanislaus wurde empfindlich gekränkt, indem der Reichstag das liberum veto in sämmtlichen Staatssachen beibehielt und auch für die militärischen und finanziellen Angelegenheiten keine Ausnahme zuließ. Rußland aber wurde verletzt, indem die Versammlung jedes Zugeständniß ablehnte, das es für die Dissidenten verlangte.

Auch diesen Vorgängen gegenüber, die wenigstens in Polen selbst Alles in fieberhafte Aufregung versetzten, bewahrte Kaunitz jene staatsmännische Ruhe, die ihn niemals verließ. Mit so vorsichtiger Klugheit ging er auch jetzt wieder zu Werke, daß er sich sogar gegen Mercy nicht deutlich darüber aussprach, ob ihm jene Ereignisse willkommen seien oder nicht. Gleichwohl scheint es wahrscheinlich, daß ersteres der Fall war. Denn wenn auch der Staatskanzler jetzt milder denken mochte über die Abschaffung des liberum veto, als er dieß früher gethan, so wird ihm dessen Aufrechthaltung doch wohl nicht unlieb gewesen sein. Durch die Zurückweisung der Begehren Rußlands zu Gunsten der Dissidenten ging aber ohne Zweifel einer seiner lebhaftesten Wünsche in Erfüllung.

Die schroffe und rücksichtslose Form, in der diese Ablehnung erfolgte, sagte übrigens dem Sinne des Staatskanzlers durchaus nicht zu. Denn die Wahrscheinlichkeit lag nahe, daß seine schon früher

ausgesprochene Besorgniß sich jetzt erfüllen und die Kaiserin von Rußland nicht davor zurückscheuen werde, dasjenige, was sie mit den bisher angewendeten Mitteln nicht zu erreichen vermochte, mit Gewalt durchzusetzen. Ja Kaunitz gab sogar zu, die Sache sei schon allzu weit gediehen, als daß Katharina das mit so viel Eifer begonnene Werk schlechterdings fallen lassen und sich mit Ehren zurückziehen könnte. Aber er hielt es doch auch wieder für kaum glaublich, daß die Kaiserin von Rußland nunmehr gegen den von ihr selbst eingesetzten König von Polen zum Aeußersten schreiten, ja sogar zu den Waffen wider ihn greifen werde. Neuerdings drängte daher der Verdacht, den er früher schon fallen gelassen, sich ihm auf, daß doch vielleicht zwischen Katharina und Stanislaus geheime Verabredungen bestünden. Aus alledem zog Kaunitz auch jetzt wieder den Schluß, daß für Oesterreich die höchste Vorsicht geboten sei und es die bisher mit dem besten Erfolge beobachtete Haltung auch fortan einnehmen müsse. Aber freilich dürfe es weder Verlegenheit noch Furcht an den Tag legen. Man möge sich vielmehr den Anschein geben, daß man, wenn die Dinge zu weit gehen sollten, wohl auch zu entscheidenden Maßregeln sich zu entschließen vermöchte. Und er wurde in der Ueberzeugung, daß diese zuwartende Haltung bei weitem die räthlichste für Oesterreich sei, noch durch den Umstand bestärkt, daß weder der König von Polen noch die Republik an den Kaiserhof sich wandten, um seiner Unterstützung gegen die Uebergriffe Rußlands theilhaft zu werden[197]).

Maria Theresia ging auch in dieser Beziehung mit ihrem Staatskanzler Hand in Hand. Man weiß mit welcher Sehnsucht sie wünschte, den Frieden aufrecht erhalten und ihr Reich vor den Drangsalen eines neuen Krieges bewahren zu können. Aber sie meinte doch auch, daß man dieses Begehren nach dem Frieden nicht allzu eifrig verkünden, sondern in einem Sinne sich äußern solle, welcher allenfalls auch kriegerische Entschlüsse in Aussicht stelle. In den ersten Tagen des Jahres 1767 schreibt ein englischer Berichterstatter aus Wien, daß die Kaiserin mit der Haltung und dem Blicke, welche ihr eigen, wenn sie von hohem Ernste erfüllt und ihre Leidenschaftlichkeit angeregt sei, ihm gesagt habe, sie könne den Einmarsch eines russischen Heeres in Polen

nicht mit Gleichgültigkeit betrachten. Sie dürfe nicht mit gekreuzten Armen dasitzen und unthätig zusehen, wie ein Fürst, mit dem sie in Freundschaft lebe, muthwillig unterdrückt werde, nur weil er nicht Alles that oder thun konnte, was man von ihm verlangte [198]). Und um den energischen Worten den Anschein entschlossener That folgen zu lassen, wurde jetzt auch auf österreichischer Seite mit Eifer gerüstet. Die erforderlichen Befehle zur Ansammlung einer größeren Menge von Streitkräften und zur Anlegung von Magazinen in Böhmen und Mähren wurden erlassen. Noch mehr Aufsehen erregte es, daß Laudon nach Wien berufen wurde [199]), denn man glaubte er sei nicht nur zur Theilnahme an den Berathungen über den Feldzugsplan, sondern auch zur Uebernahme des Oberbefehls bestimmt. Die Nennung seines ruhmvollen Namens genügte, die damals noch dichtgesäeten Reihen der patriotischen Oesterreicher und vor Allem diejenigen, die unter ihm dienen sollten, mit Vertrauen, die Gegner jedoch mit Besorgniß zu erfüllen.

Unter den Letzteren stand auch jetzt wieder, seinen heuchlerischen Freundschaftsversicherungen zum Trotze, König Friedrich von Preußen in vorderster Reihe. Und wenn man sich auch nach Allem was geschehen war, nicht wundern darf über den Gegensatz zu Oesterreich, der neuerdings hervortrat, so kann doch überhaupt die Rolle, die er in den polnischen Angelegenheiten spielte, keine würdige genannt werden. Er war sich vollständig darüber klar und sagte es auch dort, wo er ohne Besorgniß es thun konnte, daß es in der Sache der Dissidenten gar nicht um die religiöse Frage, sondern nur um die dauernde Aufrichtung der russischen Herrschaft in Polen sich handle [200]). Er mißbilligte auch das sonstige Verfahren, welches die Russen in Polen beobachteten, und war nichts weniger als einverstanden, daß sie neuerdings Truppen in das Land warfen und die Dissidenten aufreizten zur Bildung von Conföderationen, welche direct gegen den König von Polen und die gesetzmäßigen Gewalten im Lande gerichtet waren. Wie schwer und wie unwillig Friedrich noch überdieß in seinen besonderen Angelegenheiten mit der russischen Regierung das herrische Auftreten derselben empfand, ist schon mit seinen eigenen Worten dargethan

worden. Aber so hochfahrend die letzteren auch klangen, so weit war er doch davon entfernt, sie zur Wahrheit werden zu lassen, und grell contrastirte mit ihnen die schmiegsame Willfährigkeit, die er gegen Rußland beobachtete. Sein Defensivbündniß mit diesem Staate verpflichtete ihn wohl, demselben gegen den Angriff einer dritten Macht die vertragsmäßige Hülfe zu leisten und den König Stanislaus auf dem polnischen Throne zu erhalten. Jetzt aber begehrte Rußland Zusagen von ihm, welche mit dem zweiten Theile dieser Vereinbarung in einem seltsamen Widerspruche sich befanden. Sollte Oesterreich, um den König von Polen gegen russische Vergewaltigung zu schützen, Truppen in jenes Land einrücken und die dortigen russischen Streitkräfte angreifen lassen, dann möge er Oesterreich mit gewaffneter Hand überfallen. In einer neuen Convention, die er am 23. April 1767 mit Rußland abschloß, erklärte sich Friedrich hiezu bereit. Da er jedoch einen solchen Krieg, wie er selbst sagt, lediglich in Rußlands Interesse zu führen gehabt hätte, so versäumte er es nicht, sich einen passenden Marktpreis auszubedingen für das Blut und das Leben seiner Soldaten. Ob derselbe in Geld oder in Land zu bestehen habe, war nicht ausdrücklich gesagt, doch meinte man letzteres für wahrscheinlicher ansehen zu sollen.

Es kann hier unmöglich näher eingegangen werden auf die Einzelnheiten der damaligen Ereignisse in Polen. So grausam das Schicksal auch sein mochte, welches dieses unglückliche Land traf, so kann doch nicht geleugnet werden, daß seine Bewohner oder wenigstens die leitenden Persönlichkeiten in Polen dasselbe verdienten. Es gewann wirklich fast den Anschein, als ob es keinen ehrlichen Mann mehr gebe unter den Polen, und als ob all die bösen Leidenschaften, deren das Gemüth des Menschen nur immer fähig ist, einzig und allein die Triebfedern ihrer Handlungen gebildet hätten. Leichtsinnig, doppelzüngig und wankelmüthig zeigte sich der König, der Adel und die Geistlichkeit aber wetteiferten in dem verwerflichsten Treiben. Und das seltsamste Schauspiel bot die gänzliche Veränderung der Parteistellung dar, welche nach dem Beispiele von Rußland und Preußen nun auch in Polen eingetreten war. Sowie die beiden Mächte jetzt

gegen den von ihnen eingesetzten König Partei nahmen, so reichten sich nun, um gegen das Oberhaupt des eigenen Staates sich aufzulehnen, dereinstige erbitterte Gegner friedfertig die Hand. Es bringt einen widerlichen Eindruck hervor, wenn man sieht wie die Kaiserin von Rußland dem früher von ihr und ihren Anhängern so erbarmungslos verfolgten Fürsten Radziwill ihren Schutz versprach, wogegen er ihr unbedingte Ergebenheit gelobte und sich zu einem willigen Werkzeuge zur Verwirklichung ihrer Plane erniedrigte. Ja sogar der leidenschaftlichste Widersacher der Dissidenten, der Bischof Soltyk von Krakau ließ sich durch seine Feindschaft gegen den König von Polen wenigstens einen Augenblick hinreißen zu einem freilich nur vorübergehenden Anschlusse an die russische Partei.

Es lag in der Natur der Sache, daß sowohl Rußland als Preußen ihre neue Vereinbarung dem Wiener Hofe sorgfältig verbargen, denn die Spitze derselben war ja vornehmlich gegen Oesterreich gekehrt. Obwohl man in Rußland durch die Zusage des Königs von Preußen, sich einem etwaigen agressiven Vorgehen Oesterreichs mit gewaffneter Hand entgegenzustellen, vor einem solchen so ziemlich gesichert war, so hielt man es dort doch für klug, dem Kaiserhofe gegenüber keine schroffe Sprache zu führen, sondern die gelindesten Saiten aufzuziehen. Panin versicherte den Fürsten Lobkowitz, daß die Maßregeln Rußlands in Polen nichts als die Unterstützung der Dissidenten und die Aufrechthaltung der Verfassung des Landes bezweckten. Wenn dort irgend etwas zum Nachtheile Polens geschehe, so widerstreite es den Absichten Rußlands und werde nur von einigen Uebelgesinnten verübt. Aufrichtigst wünsche Rußland, daß die allgemeine Ruhe in keiner Weise gestört werde. Unabläßig arbeite es darauf hin, und es hoffe daß Oesterreich seiner Gesinnung und seinem Streben nicht mißtraue [201]).

Es bedurfte nicht erst einer solchen Erklärung, um den Wiener Hof glauben zu machen, daß Rußland keineswegs darauf ausgehe, einen allgemeinen Krieg in Europa zu entzünden, wenn es nur in Polen nach Gutdünken schalten und walten könne. Es hieran zu hindern, besaß man in Wien durchaus kein Mittel, von welchem man

sich ausgiebigen Erfolg versprechen durfte. So willfährige Aufnahme auch die häufigen Mittheilungen, welche Kaunitz über die polnischen Angelegenheiten an den Herzog von Choiseul gelangen ließ, bei dem Letzteren fanden, und so zufriedenstellend dessen Aeußerungen über seine Uebereinstimmung mit den Ansichten des österreichischen Staatskanzlers klangen, so war doch an ein thatkräftiges Eingreifen Frankreichs in die polnischen Angelegenheiten durchaus nicht zu denken. Ohne einen solchen Rückhalt sich in dieselben zu verwickeln, lag jedoch dem Kaiserhofe fern, der ja nach wie vor an dem Gedanken unerschütterlich festhielt, sich in gar keiner Weise und um gar keinen Preis zu einem Kriege drängen zu lassen. Sie schaudere, sagte Maria Theresia im September 1767 zu dem päpstlichen Nuntius Cardinal Borromeo, wenn sie daran denke, wie viel Blut während ihrer Regierung geflossen sei. Nichts als die äußerste Nothwendigkeit könnte sie dahin bringen, Ursache zu sein, daß noch ein Tropfen vergossen werde[202]).

Nachdem der Kaiserin die Interessen ihres eigenen Staates unendlich viel näher liegen mußten als diejenigen eines benachbarten Landes, so wird man ihre Anschauung auch nur als eine völlig gerechtfertigte erkennen. Für Polen zog sie jedoch die nachtheilige Wirkung nach sich, daß dieses Land der Willkür Rußlands sich hülflos preisgegeben sah. Schonungslos und mit wahrhaft barbarischer Brutalität herrschte Repnin in dem unglücklichen Polen. Am 4. October 1767 wurde der Reichstag eröffnet und schon in der Nacht vom 13. auf den 14. October ließ Repnin den Bischof von Krakau, der neuerdings muthvoll den Kampf gegen die Zulassung der Dissidenten eröffnet hatte, den Bischof Zaluski von Kiew, den Palatin von Krakau Wenzel Rzewuski und dessen Sohn gewaltsam aufgreifen und unter militärischer Bedeckung in das Innere von Rußland schleppen. Eine Delegation wurde eingesetzt, welche die Vorarbeiten zu liefern hatte für die von dem Reichstage zu fassenden Beschlüsse. Alles was Polen nützlich und Rußland mißliebig gewesen wäre, wurde hieraus entfernt und dieses Elaborat schließlich von dem Reichstage genehmigt. Daß Rußlands Forderungen wegen der Dissidenten angenommen wurden und das liberum veto unbeschränkt aufrechterhalten blieb, verstand

sich wohl von selbst. Die ärgste Erniedrigung der polnischen Nation lag aber darin, daß sie selbst die Kaiserin von Rußland um die Garantie dieser neugegebenen Verfassung zu bitten sich herabwürdigen mußte. Dadurch war Rußland für alle Zukunft berechtigt, sich zur Schiedsrichterin der inneren Streitigkeiten in Polen, zur Herrin seiner Schicksale zu machen.

Schon lang bevor die Gewährleistung Rußlands zur Thatsache geworden, hatte Kaunitz die unvermeidlichen Folgen einer solchen Einrichtung richtig erkannt und deutlich bezeichnet. Rußland erlange dadurch, schrieb der Staatskanzler schon am 6. October 1767 an Mercy, für die Zukunft den besten Vorwand, einen Theil seiner Truppen beständig in Polen zu halten, sich dort in Alles zu mengen und seinen Willen jederzeit durchzusetzen. So wenig man in Wien dieß verkenne, so wenig sei man jedoch im Stande, Rußlands bedenkliche Absichten zu vereiteln. Es würde vielmehr von der verderblichsten Wirkung sein, wenn man sich verleiten lassen wollte, dem bisherigen System scheinbarer Gleichgültigkeit zu entsagen und in offenen Widerstreit gegen die Plane Rußlands zu treten. Ein einziger Weg, ließ Kaunitz in einer späteren Depesche an Mercy sich vernehmen, biete sich dar, um Rußland vielleicht doch noch zu größerer Mäßigung zu bewegen; dieser Weg sei jedoch durch Frankreichs Eifersucht gegen jede Annäherung Oesterreichs an England verschlossen. Wäre diese nicht vorhanden, so würde man den Versuch wagen, durch Vermittlung der britischen Regierung die Kaiserin von Rußland und den König von Preußen dahin zu bringen, daß man Polen etwas milder und rücksichtsvoller behandle als es gegenwärtig der Fall sei[203]).

Das geringe Interesse, welches Choiseul den polnischen Angelegenheiten entgegenbrachte, vereitelte jedoch die Ausführung dieses Vorschlages. Solches war übrigens um so weniger zu bedauern, als man wahrscheinlicher Weise ohnedieß zu keinem befriedigenden Resultate gelangt wäre. Hätte Pitt, der nun als Lord Chatham wieder an der Spitze der britischen Regierung stand, den ernstlichen Willen gehegt, etwas zu Gunsten des so arg mißhandelten Polen in St. Petersburg und Berlin zu thun, so hätte er keineswegs die Dazwischenkunft

Oesterreichs abzuwarten gebraucht, denn er war ja durch Englands eigenen Gesandten in Polen genügend unterrichtet. Auch von Wien aus kam ihm die Mittheilung des persönlichen Wunsches der Kaiserin Maria Theresia zu, daß er Rußland zu gemäßigterem Auftreten in Polen bewege. Wenn die Russen, so sagte sie damals, wenigstens der Abänderung einzelner Punkte zustimmen wollten, die in Polen den meisten Anstoß erregten, so könnte dieß eine vortreffliche Wirkung hervorbringen [204]). Lord Chatham dachte jedoch, so weit wir dieß zu übersehen vermögen, auch nicht von ferne daran, irgend etwas für Polen zu thun. Selbst dann geschah es nicht, als die an den Bischöfen von Krakau und Kiew sowie an den Grafen Rzewuski verübte Gewaltthat alle Gemüther empörte. Sogar Choiseul wurde hiedurch aus seiner bisherigen Gleichgültigkeit gerüttelt. Statt jedoch in wahrhaft staatsmännischem Sinne die Schritte zu überlegen, durch welche man sich etwa den Polen hülfreich erweisen könnte, verfiel er auf den abenteuerlichen Vorschlag, mit dem Beistande der Pforte eine Gegenrevolution in Rußland in Scene zu setzen [205]).

Allerdings hätte Katharina's Entthronung ohne Zweifel auch dem übergreifenden Verfahren Rußlands in Polen ein Ende gemacht. Aber so lebhaft man auch letzteres am Kaiserhofe wünschen mochte, so wies man doch den Gedanken an jenes Mittel weit von sich ab. Ja man wollte nicht einmal die Pforte zu einem Kriege gegen Rußland treiben, denn man konnte sich der Besorgniß nicht erwehren, in einen solchen früher oder später selbst hineingezogen zu werden.

Unaufhaltsam verfolgten indessen die Dinge in Polen ihren Gang. Noch ehe der Reichstag geschlossen und der Garantievertrag mit Rußland zu Stande gebracht war, legte Kaunitz in einer eigenen Denkschrift [206]) seine Anschauungen über die Haltung dar, welche Oesterreich in Folge der nunmehr eintretenden Veränderung der Verhältnisse in Polen beobachten solle. So durchgreifend sei die letztere, daß Polen hiedurch, wie es mit Kurland bereits geschehen, zu einer Provinz Rußlands gemacht werde.

Man könnte es, meint Kaunitz weiter, dem Kaiserhofe unmöglich verdenken, wenn er Angesichts dieser Umgestaltung auch seinerseits eine

ganz veränderte Stellung einnähme. Nur die doppelte Besorgniß vermöchte ihn hievon zurückzuhalten: entweder einen Kampf zu entflammen, in den Oesterreich gleichfalls hineingezogen werden könnte, oder seine Würde irgendwie bloßzustellen. Wenn aber ein Mittel ausfindig gemacht würde, welches der einen wie der anderen dieser Befürchtungen nicht unterworfen und gleichwohl geeignet wäre, die gefährlichen Anschläge Rußlands zu vereiteln, dann müßte man es im Interesse einer gesunden Politik ohne Zögerung ergreifen. Man könnte darauf bauen, keine jener beiden Besorgnisse hegen zu müssen, wenn man nur des Königs von Preußen versichert wäre.

Kaunitz glaubte annehmen zu sollen, daß Friedrich einem Vorschlage, dessen Durchführung einem ferneren Vorschreiten Rußlands in Polen ein Ziel setzen könnte, keineswegs widerstreben, sondern daß er ihm sogar mit Freude zustimmen würde. Außerdem dürfte ein solcher Antrag dazu dienen, das Vertrauen des Königs von Preußen zu gewinnen und den Weg zu freundschaftlichen Verhandlungen über die Erbfolge in dem preußischen Königshause zu bahnen. Endlich könnte sich auch Frankreich durch eine derartige Vereinbarung nicht verletzt fühlen. Denn ihm müßte wohl Alles willkommen sein, dessen Spitze gegen ein ferneres Uebergreifen Rußlands gerichtet wäre.

Man wird sich vielleicht wundern wie Kaunitz dazu kam, mit den polnischen Fragen diejenige der Thronfolge in Preußen zu vermengen. Aber er zeigte sich auch in dieser Beziehung als ein Staatsmann von großem und weitumfassendem Blicke. In der That war zu jener Zeit die Möglichkeit, wenn auch nicht naheliegend, so doch wenigstens denkbar, daß das Haus Brandenburg in nicht sehr entfernter Zukunft keinen männlichen Erben besitze. König Friedrich war kinderlos und sein Bruder Heinrich unvermält. Der jüngste Bruder Ferdinand stand freilich damals im kräftigsten Mannesalter, er besaß jedoch noch keinen der Söhne, die ihm später geboren wurden, und auch bei dem Prinzen von Preußen war solches noch nicht der Fall. Allerdings wurde schon in den nächsten Jahren diesem Mangel in reichlichstem Maße gesteuert. Aber Kaunitz konnte solches nicht vorhersehen und mit Recht mochte er denken, daß es Friedrich gar bald

willkommen sein könnte, über die Ordnung der Thronfolge in Preußen sich mit dem Kaiserhofe in freundschaftlicher Weise zu verständigen. Denn man meinte verbürgte Nachricht zu besitzen, daß der König das Aussterben des Mannesstammes seines Hauses ernstlich besorge. Und von Berlin aus wurde geschrieben, er habe wehmüthig ausgerufen: „Wem wird das dereinst gehören, was ich gesammelt“ [207]).

Der Vorschlag, mit welchem nun nach der Meinung des Staatskanzlers der Wiener Hof an den König von Preußen heranzutreten hatte, bestand darin, daß beide Mächte, Oesterreich und Preußen, gleiche Garantieverträge mit Polen abschließen sollten, wie Rußland einen solchen zu unterzeichnen im Begriffe stand. Hiedurch würde dem Hofe von St. Petersburg größere Mäßigung auferlegt, den Polen etwas mehr Zuversicht eingeflößt und gleichzeitig den beiden Mächten das Recht eingeräumt werden, in Polen denjenigen Einfluß auszuüben, welchen Rußland allein sich anmaße. Oesterreich werde jedoch einen solchen Schritt bei Polen nur dann unternehmen, wenn Friedrich ihm zustimme und sich bereit erkläre, das Gleiche zu thun. Wäre er hiezu nicht zu bringen, so müßte er Rußland bewegen, dem einseitigen Abschlusse eines solchen Vertrages mit Polen ebenfalls zu entsagen.

Obwohl wir keinerlei Zeugniß dafür besitzen, so läßt sich doch mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß dieser Gedanke des Staatskanzlers die Zustimmung der Kaiserin nicht erhielt. Mißtrauen gegen den König von Preußen und die Furcht, mit Rußland in offenen Conflict zu gerathen, scheinen die entscheidenden Beweggründe hiezu gewesen zu sein. Wie sehr Maria Theresia von dieser letzteren Besorgniß beherrscht wurde, geht auch aus einer ihrer Aufzeichnungen aus jener Zeit recht deutlich hervor. Als Kaunitz ihr einen der alarmirenden Berichte aus Polen und zwar über die Bildung von Gegenconföderationen und deren Verstärkung durch tartarische Kriegsvölker vorlegte [208]), wie sie damals fast täglich nach Wien kamen, antwortete ihm die Kaiserin:

„ich hoffe das die sache nicht so gros sein wird, nur die ersten „impressionen so scheinen. es wäre sonsten sehr zu bedauren, wan ein

„feüer sich alda erhebte, das weiter greiffen oder wenigst prætext „geben kunte".

Gegen die Erwartung der Kaiserin erwiesen sich jedoch die empfangenen Nachrichten binnen Kurzem als wahr. Zu Bar in Podolien hatte sich eine Conföderation gebildet, welche für die Aufrechthaltung der Vorrechte der Katholiken in Polen ihre Fahne erhob. Wenn auch an und für sich die Sache, die sie vertrat, die Sympathien des Kaiserhofes genoß, so war er doch keineswegs einverstanden mit der Bildung dieser Conföderation und noch weit weniger mit dem Verfahren derselben [209]). Denn mit Feuer und Schwert wütheten ihre Mitglieder gegen die Bekenner des griechischen Glaubens, und sie zwangen hiedurch Rußland, ihnen gleichfalls mit gewaffneter Hand entgegen zu treten. Der größte Theil der Polen nahm für die neue Conföderation Partei, während Rußlands Anhänger im Gefolge dieses Staates gegen ihre Landsleute stritten. Ein Bürgerkrieg brach aus, wie er roher und gewaltsamer unmöglich geführt werden konnte. Und da vorherzusehen war, die Conföderation von Bar werde auf die Länge der ihr weit überlegenen russischen Kriegsmacht nicht widerstehen können, so bewarb sie sich eifrig um die Hülfe der Pforte.

Bezeichnend für den herausfordernden Uebermuth, von welchem zu jener Zeit die Politik Rußlands dictirt war, ist das Verfahren dieser Macht gegen die Türkei. Statt dieselbe, welche bisher in apathischer Trägheit alle Ereignisse um sich her mit stumpfer Gleichgültigkeit hatte vorübergehen lassen, auch noch ferner zu beschwichtigen und sich dadurch wenigstens bis zur Beendigung der Unruhen in Polen einen immerhin beachtenswerthen Feind vom Leibe zu halten, trieb Rußland die Pforte fast gegen ihren Willen zum Kriege. Die schroffe Aufforderung richtete es an sie, sich kategorisch zu erklären, ob sie Rußland künftighin feindlich gegenüberstehen oder sich ihm freundlich erweisen wolle?

So groß nun auch die Verstimmung der Pforte über dieses Verfahren Rußlands sein mochte, so war doch Kaunitz Anfangs der Meinung, daß sie dem Begehren der Conföderation von Bar um

bewaffneten Beistand nicht Folge geben und es überdieß vermeiden werde, sich in die polnischen Händel zu verwickeln und darüber vielleicht mit Rußland in Krieg zu gerathen[210]). Und wenn er auch die Anzeichen des tief empfundenen Grolles gegen Rußland nicht übersah, welche in Constantinopel mehr und mehr wahrnehmbar wurden[211]), so meinte doch Kaunitz, es könne Rußland nicht schwer fallen, die Pforte rasch wieder zu beruhigen und sie in ihre frühere theilnahmslose Haltung zurücksinken zu machen[212]). Aber Rußland war weit davon entfernt, sich eine derartige Beschwichtigung der Pforte angelegen sein zu lassen. Es verharrte in seiner herausfordernden Haltung gegen sie, und bald folgten den drohenden Worten auch die Thaten. Nach einer empfindlichen Schlappe, welche die russischen Truppen den Conföderirten beigebracht hatten, verfolgten sie dieselben auf türkisches Gebiet und verübten dort Gewaltthaten aller Art. Nun schien sogar für die Pforte das Maß der Beleidigungen vollgerüttelt zu sein, und sie begann sich energisch zum Kriege zu rüsten.

Noch immer hielt Kaunitz es für wahrscheinlich, daß es zum Kampfe zwischen Rußland und der Pforte nicht komme, wenn der letzteren nur einige Genugthuung für die ihr widerfahrene Beschimpfung zu Theil werde[213]). Geschehe dieß jedoch nicht, dann scheine dem Diwan, so wenig Neigung er hiezu auch fühlen möge, doch kaum ein anderer Entschluß übrig zu bleiben als gegen Rußland die Waffen zu ergreifen. Er müßte sonst Empörungen von Seite der eigenen Unterthanen und insbesondere der Tartaren besorgen. Und außerdem würde sich der Stolz der Türken eine so tiefe Demüthigung vor den Augen ganz Europa's wohl nicht gefallen lassen[214]).

Wie er es in so schwierigen Lagen fast jederzeit beobachtete, so entwickelte der Staatskanzler auch jetzt wieder in eingehender Weise seine Anschauungen über dasjenige, was Oesterreich thun solle. Es läßt sich mit ziemlicher Bestimmtheit behaupten, daß dieß von Seite des Fürsten Kaunitz nicht früher geschah, als er in mündlichem Gespräche mit der Kaiserin die gegenseitigen Ansichten ausgetauscht und sich ihrer Zustimmung versichert hatte. Daher galt es nun hauptsächlich nur mehr, auch diejenige Josephs zu gewinnen, der sich damals

bei den Uebungen der Truppen in Böhmen und Mähren befand. Aus diesem Grunde sind die Schriften, welche Kaunitz zu Papier bringen ließ, nicht an Maria Theresia, sondern an Joseph gerichtet.

Seinem für alle Zeiten sich gleich bleibenden Ideengange treu, nahm Kaunitz gerade so, wie er es sonst gethan, auch jetzt seinen Ausgangspunkt von der Stellung des Königs von Preußen. Durch den Umstand, daß Friedrich sich in der letzten Zeit Frankreich sichtlich genähert und diesem Staate sogar den Abschluß eines Handelsvertrages angeboten hatte, waren die niemals beschwichtigten Besorgnisse des Staatskanzlers mächtig verstärkt worden. Und sie wurden durch die Nachricht noch gesteigert, Prinz Heinrich von Preußen stehe im Begriffe, sich nach dem Haag zu begeben und dort mit einer Vertrauensperson der französischen Regierung geheime Verhandlungen zu pflegen.

König Friedrich habe nun wirklich, hob Kaunitz vor Allem hervor, dasjenige gethan, wovon er sich bisher durch die Rücksicht auf England und auf Rußland habe abhalten lassen. Ganz unwahrscheinlich sei es nicht, daß er, wie von Dresden her behauptet werde, mit der Absicht umgehe, gleichfalls Truppen nach Polen zu senden[215]), und daß er hiebei von dem Verlangen nach Gebietserwerbungen im Osten seines Reiches sich leiten lasse. An „des Königs Begierde, im „Trüben zu fischen", sei niemals zu zweifeln. Der Besitz von Polnisch-Preußen und Ermeland wäre für ihn von unschätzbarem und weit größerem Werthe als Schlesien und Glatz. Durch eine solche Vergrößerung würde Preußen zu einer der furchtbarsten Mächte Europa's, und die Frage des Gleichgewichtes zwischen ihm und Oesterreich wäre zu seinen Gunsten entschieden, wenn nicht letzteres zu gleicher Zeit und in gleichem Maße verstärkt werden könnte.

Er wolle, fährt Kaunitz fort, wenigstens vor der Hand die Erörterung der Frage unterlassen, ob in einem solchen Falle nicht die Pflicht der Selbsterhaltung dazu rathe, ja es gebieterisch verlange, es eher auf einen Krieg, den man sonst nicht sorgfältig genug vermeiden könne, ankommen zu lassen, als der Vergrößerung seines Rivals und gefährlichsten Nachbars unthätig zuzusehen. Wie dem aber auch sein möge,

ganz unbestreitbar sei es, daß sowohl die Klugheit als Oesterreichs Staatsinteresse es erheischten, bei Zeiten die geeigneten Mittel zu ergreifen, um einerseits die Vergrößerung Preußens zu vereiteln und andererseits wo möglich einen Krieg zu vermeiden.

Wahrscheinlich sei es, daß auch der König von Preußen einen solchen nicht wünsche, und daß die Besorgniß vor dem Ausbruche eines offenen Kampfes ihn wohl von der Durchführung eigensüchtiger Plane abhalten könnte. Wenigstens dürfe man es den zwar gemäßigten, aber doch entschiedenen Erklärungen zuschreiben, welche Oesterreich beim Beginne der polnischen Unruhen abgab, daß er sich an denselben nicht näher betheiligte, sondern sich wie Oesterreich ruhig verhielt.

Die Beobachtung eines gleichen Verfahrens räth Kaunitz auch jetzt wieder an. Würden wirklich preußische Streitkräfte in Polen einrücken, dann möge man die österreichische Armee zwar auf dem Friedensfuße belassen, aber sie schleunigst durch Mannschaft und Pferde vervollständigen, in völlige Marschbereitschaft setzen und durch die Cavallerie in Ungarn die erforderlichen Bewegungen vornehmen lassen, daß sie sich näher an die polnische Grenze ziehe, die österreichischen Erbländer vor etwaiger Schädigung durch die Russen oder die Conföderirten sicherstelle und nöthigen Falles Gewalt mit Gewalt vertreibe.

Was die Haltung Oesterreichs gegen die Pforte anging, so wußte Kaunitz nicht mit Bestimmtheit, ob die inzwischen eingetroffene Nachricht, die Pforte habe an Rußland den Krieg erklärt, auf Wahrheit beruhe oder nicht. Wäre auch ersteres der Fall, so sei doch der Krieg zwischen beiden Mächten noch keineswegs gewiß. Man nähere sich schon so sehr dem Winter, daß derselbe bereits eingetreten sein werde, ehe man eine große Armee zusammen zu ziehen und mit ihr die Feindseligkeiten zu eröffnen vermöchte. Inzwischen werde Zeit genug übrig bleiben, um wegen einer der Pforte zu gewährenden Genugthuung so wie wegen gänzlicher Beilegung der polnischen Unruhen im Wege der Verhandlung zu gütlicher Vereinbarung zu gelangen. Geschähe dieß jedoch nicht und sollte die Pforte, wie es bereits angekündigt worden, von dem Wiener Hofe Erklärungen über dasjenige

verlangen, was er zu thun gedenke, so wäre ihr zu erwiedern, daß Oesterreich an einem Kriege gegen sie nicht Theil nehmen und den mit ihr eingegangenen ewigen Frieden gewissenhaft beobachten werde. Dankbar erinnere sich die Kaiserin, daß die Pforte während zwei blutiger Kriege, welche Oesterreich habe durchkämpfen müssen, sich ruhig verhielt und den Aufhetzungen der Feinde kein Gehör gab. Die Pforte möge sich darauf verlassen, daß Oesterreich jetzt ein gleiches Verfahren beobachten werde [216]).

Mit den vorstehenden Bemerkungen hatte jedoch Kaunitz das weite Gebiet der Gedanken, welche Angesichts der von Außen her drohenden Ereignisse sich ihm aufdrängten, noch keineswegs durchmessen. In einem zweiten, gleichfalls an den Kaiser gerichteten und in französischer Sprache abgefaßten Schreiben kam er nochmals auf die Sache zurück [217]). Auch jetzt begann er mit dem Versuche, die Denkungsweise des Königs von Preußen und seine eigentlichen Absichten zu ergründen. Alles bestärke ihn mehr und mehr in der Vermuthung, ließ Kaunitz sich vernehmen, daß Friedrich keinen Krieg mehr gegen Oesterreich wünsche. Er sehe wohl, daß er von England keine großen Vortheile zu ziehen vermöge. Im Grunde seiner Seele sei er müde des Bündnisses mit Rußland. Und obwohl er das französische Ministerium verachte, so würde es ihm doch angenehm sein, mit Frankreich auf gutem Fuße zu stehen oder wenigstens das Ansehen hievon zu gewinnen und hiedurch nach anderen Seiten hin den Preis seiner Freundschaft zu erhöhen. Mit Niemand wünsche er jedoch lebhafter befriedigende Beziehungen zu unterhalten als mit Oesterreich, wenn er sich nur mit der Ueberzeugung zu durchdringen vermöchte, daß es wirklich für alle Zukunft den Verlust Schlesiens vergessen könne.

Er habe immer geglaubt und glaube es noch, fährt Kaunitz fort, daß es ungemein nützlich wäre, die Wurzel des Mißtrauens ausrotten zu können, welches durch diese Zweifel und Befürchtungen in dem Geiste des Königs genährt werde. Er würde daher lebhaft wünschen, hiezu ein passendes Mittel zu finden, welches überdieß geeignet wäre zu erforschen, ob sich der König in der That ernstlich mit seiner Nachfolgeordnung beschäftige, welche Gedanken er hierüber hege und

welche Mittel er anwenden werde, um sich des Erfolges zu versichern. Man sollte sich bemühen, ihn einsehen zu machen, daß der geeignetste Weg hiezu darin bestünde, endlich einmal jeglichem Mißtrauen zu entsagen und sich vielmehr über dasjenige, was ihm am Herzen liege, mit dem Kaiser vertraulich zu verständigen. Hieraus würde nicht nur eine Art moralischer Gewißheit der Aufrechthaltung des allgemeinen Friedens, sondern vielleicht aus der Natur der beiderseitigen Feststellung ein Weg hervorgehen, sich sowohl für die Zukunft irgend welche besondere Vortheile zu sichern, als schon in der Gegenwart Oesterreichs Ansehen Frankreich gegenüber zu erhöhen und dadurch auch von dieser Seite einer aufmerksameren und rücksichtsvolleren Behandlung theilhaft zu werden.

Zu alledem sehe er, meint Kaunitz weiter, nur ein einziges Mittel; es bestehe in einer Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Könige von Preußen. Allerdings besitze der Letztere unendlich viel Geist und könne sehr verführerisch sein. Ueberdieß sage er, und das verdiene besondere Beachtung, nicht nur das was er wolle, sondern sehr oft auch das was er nicht denke. Aus diesen Ursachen würde eine Zusammenkunft zwischen beiden Monarchen nicht zu wünschen, sondern vielmehr zu fürchten sein, wenn man die Weisheit, die Vorsicht und die Kaltblütigkeit des Kaisers nicht kennte. Insbesondere sei es diese letztere Eigenschaft, der die Lebhaftigkeit des Königs und seine Sucht, im Reden zu glänzen, kaum widerstehen würden.

In der Voraussetzung, daß die Zusammenkunft wirklich stattfinden könnte, legte Kaunitz dem Kaiser noch einige Betrachtungen über dasjenige vor, was hiebei zu beobachten wäre. Versicherungen der Hochachtung und Freundschaft, mit jenem edlen Freimuthe gegeben, welcher größere Ueberzeugungskraft als die schönste Rede besitze, müßten jeder anderen Besprechung vorhergehen. An sie hätte sich die Bemühung zu reihen, das Mißtrauen in die Absichten Oesterreichs ganz zu beseitigen. Spräche der König von einer Allianz, so wäre keine Abneigung gegen den Abschluß eines einfachen Freundschaftsvertrages zu zeigen, welcher sehr gut neben den übrigen Tractaten Oesterreichs bestehen könnte. Gleichzeitig sollte jedoch der Kaiser dem

Könige mit Freimuth bemerken, daß er viel größeren Werth als auf Verabredungen, die im Wege der beiderseitigen Ministerien zu Stande kämen, auf diejenigen lege, welche auf das persönliche Wort und das gegenseitige Interesse der Monarchen selbst gegründet seien. Er könnte hinzufügen, daß wenn sich das Haus Oesterreich und der König von Preußen redlich und mit Verbannung alles Mißtrauens verständigen wollten, sie sich ohne jede Benachtheiligung ihrer besonderen Interessen sehr nützliche Dienste erweisen und selbst in dem Falle, als England und Frankreich neuerdings Krieg führen und ihn auf das europäische Festland ausdehnen wollten, den Frieden und die Ruhe in Deutschland unfehlbar aufrecht erhalten könnten. Eine vorläufige Verabredung der Höfe von Wien und von Berlin, in einem solchen Falle neutral bleiben zu wollen, wäre eine äußerst vernünftige Maßregel. Denn sie würde das Ansehen beider Regierungen vermehren und sie in den Stand setzen, im Frieden wie im Kriege den Ton anzugeben.

Würde der König auf diese Anschauungen eingehen, dann wäre ihm vorzuschlagen, daß der Kaiser durch einen in seinem eigenen Namen und in dem seiner Mutter auszustellenden, der König aber für sich selbst durch einen vertraulichen Brief sein geheiligtes Wort gebe, künftighin mit dem anderen Staate in Frieden und Freundschaft zu leben, beim Ausbruche eines Krieges gewissenhafte Neutralität zu beobachten und diese Verabredung Niemand zu enthüllen. Beide Briefe wären gegen einander auszutauschen; sie würden den Werth eines förmlichen Vertrages besitzen und es doch möglich machen, daß man in Wahrheit versichern könne, einen solchen nicht abgeschlossen zu haben.

Wenn auf Frankreich die Rede käme, so wäre dem Könige keineswegs zu verbergen, daß die französische Regierung dem Kaiserhofe in freundschaftlicher Weise von der Absicht Kenntniß gegeben habe, die Correspondenz zwischen Frankreich und Preußen neuerdings anzuknüpfen. In Wien hege man gegen einen solchen Schritt nicht das geringste Bedenken. Denn das Bündniß Oesterreichs mit Frankreich biete nur den einzigen Vortheil, die allgemeine Ruhe leichter aufrecht zu erhalten, jedoch durchaus keinen Stützpunkt für etwaige Vergrößerungsabsichten. Weder Oesterreich wünsche für Frankreich,

noch Frankreich für Oesterreich eine Vermehrung seiner Macht. Der König besitze zu viel Scharfsinn, um diese wichtige Wahrheit nicht leicht zu erkennen. Er werde daher eben so wenig Werth darauf legen, daß Oesterreich seinem Bündnisse mit Frankreich entsage, als man in Wien seine Loslösung von seinem natürlichen Verbündeten England wünsche. Eben so wenig denke man daran, ihm Rußland abwendig zu machen; man finde es vielmehr begreiflich, daß er sich den Rücken freihalten wolle. Man glaube aber auch durch die Gleichgültigkeit, die man Rußland gegenüber an den Tag lege, ihm einen Dienst zu erweisen. Denn Rußland würde nur noch hochmüthiger und schroffer auftreten, wenn es sähe, daß sein Bündniß auch von Oesterreich gesucht werde. Aus diesem Grunde wäre es wohl nicht vom Uebel, wenn die polnischen Angelegenheiten nicht ganz nach Rußlands Willen gelenkt würden.

Sollte der Ton, in welchem diese Unterredung geführt würde, den König genug zutraulich gemacht haben, daß er aus eigenem Antrieb die Möglichkeit des Aussterbens des Mannsstammes im Hause Brandenburg aufs Tapet bringe, dann wäre seine Voraussicht zu loben und ihm die Bereitwilligkeit des Kaiserhofes zu erkennen zu geben, seine Absichten zu fördern, insoweit sie den Interessen des Hauses Oesterreich nicht widersprächen. Die letztere Bemerkung wäre ausdrücklich hinzuzufügen, weil ohne sie der König an die Aufrichtigkeit der ganzen Versicherung nicht glauben würde. Käme endlich das Gespräch auf die polnischen Angelegenheiten, dann wäre die Erklärung zu erneuern, daß Oesterreich sich so lang nicht in dieselben zu mengen gedenke, als dieß nicht von anderen Mächten geschehe und keine aus ihnen sich auf Kosten Polens zu vergrößern beabsichtige.

Mit so viel Behutsamkeit hatte Kaunitz seine beiden Mittheilungen abgefaßt, daß er sich wohl der Hoffnung hingeben mochte, sie würden auf den Kaiser den gewünschten Eindruck hervorbringen. Aber diese Erwartung wurde vollständig getäuscht. Joseph fühlte sich nicht nur verletzt durch die Art von Instruction, welche ihm Kaunitz für seine etwaigen Besprechungen mit dem Könige von Preußen hatte ertheilen wollen, sondern er erklärte sich auch gegen den Gedanken

einer solchen Zusammenkunft. Nicht ohne tief empfundenen Mißmuth ließ nun auch Kaunitz denselben fallen. Als Vorwand hiezu benützte er den Umstand, daß weder die Nachricht von der Kriegserklärung der Pforte gegen Rußland, noch diejenige von der Reise des Prinzen Heinrich nach dem Haag sich bestätigte. An die Kaiserin aber schrieb er voll Schmerz, daß ihn dieß Alles immer mehr in der Ueberzeugung bestärke, er sei nicht gemacht, irgend einem anderen Herrn zu dienen als ihr [218]).

War nun auch das Project einer Zusammenkunft zwischen Joseph und Friedrich zum zweiten Male gescheitert, so widmeten doch Maria Theresia und Kaunitz den Beziehungen zu dem Könige von Preußen nach wie vor die gespannteste Aufmerksamkeit. Mit Zustimmung der Kaiserin geschah es, daß Kaunitz schon wenige Wochen nachdem er jenem Plane entsagt, den General Nugent, als er von einer Urlaubsreise auf seinen Posten in Berlin zurückkehrte, mit sehr ausführlichen Andeutungen über die Stellung versah, welche das Kaiserhaus gegen den König von Preußen einzunehmen wünsche [219]). Man wolle sich keineswegs, war darin vor Allem gesagt, auf förmliche und bedenkliche Verhandlungen und Verträge mit ihm einlassen. Nugent könne vielmehr seiner eigenen Regierung den größten Dienst leisten, wenn er den König von den beiden Wahrheiten überzeuge, daß der Kaiserhof die Erhaltung des Friedens wenigstens in Deutschland zum Hauptzwecke seiner Politik und seiner Bemühungen mache, aus diesem Grunde aber aufrichtig wünsche, mit Preußen beständig in gutem Einvernehmen zu stehen. Sollten jedoch die Pflicht der Selbsterhaltung, die Wohlfahrt der österreichischen Länder oder die unumgängliche Nothwendigkeit es gebieterisch erheischen, dann würden sowohl Maria Theresia als Joseph sich keinen Augenblick besinnen, mit äußerster Aufbietung all ihrer Kräfte einen neuen, langdauernden und erbitterten Kampf aufzunehmen.

Obgleich nun, fährt Kaunitz fort, der eine dieser Sätze gerade so wahr wie der andere sei, so dürfte doch nur dem zweiten von dem Könige von Preußen wirklich Glauben geschenkt werden, indem er allzusehr dem Argwohn sich hingebe und Andere nach sich selbst zu beurtheilen pflege. Er lebe daher in der steten Befürchtung, daß man

in Wien den Verlust von Schlesien nimmermehr verschmerzen und jede Gelegenheit ergreifen werde, sich dafür früher oder später an Preußen zu rächen.

Ein solches Vorurtheil lasse sich auch durch wiederholte und noch so kräftige Versicherungen der Freundschaft und der Friedfertigkeit nicht ausrotten. Durch derlei Betheuerungen, die man in Berlin bloß als Kunstgriffe ansehe, werde im Gegentheile das alte Mißtrauen nur neuerdings bestärkt. Es komme somit darauf an, am geeigneten Orte und zu rechter Zeit überzeugende Vorstellungen auf eine ganz ungezwungene und natürliche Art anzubringen. Auf daß er dieß thun könne, wurden Nugent verschiedene Betrachtungen mitgetheilt, von denen Kaunitz erwartete, daß sie auf das Gemüth des Königs einigen Eindruck hervorbringen würden.

Den persönlichen Eigenschaften der Kaiserin und ihres Sohnes sowie den Tendenzen der österreichischen Regierung überhaupt war die erste derselben entnommen. Nicht von Neid oder Rachsucht, nicht von Ehrgeiz oder Ruhmbegierde seien Maria Theresia und Joseph beseelt, der Kaiserhof aber befolge in seiner Politik nur die einzige Richtschnur, welche durch das Gefühl für Recht, für Billigkeit und für Wahrheit sowie durch die Sorge für das Wohl seiner Länder und Unterthanen ihm vorgezeichnet werde. Nicht durch Leidenschaftlichkeit, sondern durch kaltblütige politische Berechnung lasse er sich leiten. Darum mißkenne er nicht, daß die Eroberung ganzer Provinzen sich nicht durch einige glückliche Schlachten bewerkstelligen lasse, sondern daß hiezu noch ganz außerordentliche Zufälle gehörten. Wenn der wahre Werth einer solchen Eroberung gegen die schweren Opfer abgewogen werde, mit denen man sie erkaufen müsse und durch welche nicht selten die eigenen Länder an den Rand des Verderbens gebracht würden, so könne man sich leicht ein zutreffendes Urtheil darüber bilden, ob sich der Kaiserhof wirklich mit derlei Planen beschäftige oder nicht.

Gleicher oder doch ähnlicher Natur waren auch die übrigen Erörterungen, in denen sich Kaunitz gegen Nugent erging, und durch welche er ihn in den Stand setzen wollte, dem Könige von Preußen

die Lauterkeit der Absichten Oesterreichs darzuthun. Ohne die letztere irgendwie zu bestreiten, kann man sich doch eines gewissen Zweifels an der Ueberzeugungskraft der Beweisgründe, welche Kaunitz dem Grafen Nugent an die Hand gab, keineswegs erwehren. Denn die bloße Versicherung, daß der junge Kaiser von nichts weiter als von Ehrgeiz und Ruhmbegierde entfernt sei, konnte wohl den Argwohn des Königs nicht beschwichtigen, welcher gerade in dieser Eigenschaft die eigentlichen Triebfedern der Handlungen des Kaisers erblickte. Und Friedrich wußte nur zu genau, was er selbst an Schlesien gewonnen und wie viel das Haus Oesterreich an dieser großen, reichen und blühenden Provinz verloren, er war allzu wohl bekannt mit den unermeßlichen Anstrengungen, die es zu deren Wiedereroberung gemacht hatte, als daß Betrachtungen wie die so eben skizzirte sonderlichen Eindruck auf ihn hätten hervorbringen können.

Und in der That, fast in demselben Athem, wenn man so sagen darf, und nur wenige Wochen nachdem er Nugent beauftragt, den König von Preußen davon zu überzeugen, daß man in Wien auf den Wiederbesitz Schlesiens ein für alle Mal verzichtet und jeden Gedanken hieran vollständig fallen gelassen habe, trat Kaunitz mit einem ganz eigenthümlichen Plane hervor, der darauf hinaus ging, Schlesien wenn nicht ganz, so doch zum größten Theile und allerdings nicht durch Krieg und Eroberung, sondern in friedlichem Einverständnisse mit Preußen wieder zu erlangen. Wenn nicht gleich, so sollte dieß doch beim Erlöschen des Mannsstammes des Hauses Brandenburg geschehen und die Pforte als Vermittlerin hiezu dienen.

„Der Gedancke", sagt Kaunitz wörtlich in seinem an Maria Theresia und Joseph gerichteten Referate vom 3. December 1768[220]), „daß der Türck unter Mitwürkung des Königs in Preussen Ewer „Mayestäten zu Schlesien verhelffen solle, ist an sich so ausserordentlich „und chimerisch, daß ich mit mir selbsten gestritten habe, ob ich die „Freyheit nehmen solte, solchen Ewer Mayestäten unterthänigst zu „eröffnen und mich der Gefahr des Auslachens auszusetzen. Aber „aller Zeitverlust wäre höchst schädlich, und meine Beysorge ist durch „die Betrachtung überwunden worden, daß ich ein Project wegen

„Wiedereroberung Schlesiens, so an sich wenigstens nicht vor ohn-„möglich, ja wohl vor wahrscheinlich und zugleich wegen des Ausschlags „vor unschädlich zu halten ist, Ewer Mayestäten ohne Verletzung „meiner Pflichten nicht verhalten könnte. Ich sage nicht ohnmöglich, „ja wohl vor wahrscheinlich, dann wenn man alle Umstände recht be-„trachtet, so lasset sich mit diesem Project das wesentlichste Staats-„interesse des Durchleuchtigsten Ertzhauses, der Türcken und des Königs „in Preussen mit einander vereinbaren."

Der Vortheil, welchen Kaunitz diesen drei Mächten in Aussicht stellen zu können meinte, lag für Oesterreich in dem Wiederbesitze Schlesiens, und für die Pforte in der Erlangung eines wirksamen Beistandes zur Erreichung der Zwecke, um derentwillen sie im Begriffe stand, den Krieg gegen Rußland zu beginnen. Dem Könige von Preußen aber sollte an dem Herzogthume Kurland und dem größten Theile von Polnisch-Preußen ein Aequivalent dargeboten werden, das Schlesien an Größe und an Werth überträfe. Und so beträchtlich die Einbuße auch sein möge, welche Polen hiedurch zugemuthet werde, so sei dieß Opfer doch keineswegs unverhältnißmäßig groß, wenn es dagegen aus der Sklaverei Rußlands befreit und vor dem ihm von allen Seiten her drohenden Untergange gerettet würde.

Außer der Erwerbung eines ausgedehnten Länderbesitzes, welcher im Verein mit den übrigen preußischen Provinzen ein großes, zusammenhängendes und mächtiges Reich darbieten würde, wäre dem Könige von Preußen gewiß auch die Aussicht, sich des Beistandes des Kaiserhofes zur Feststellung einer neuen, die weibliche Nachkommenschaft umfassenden Erbfolgeordnung zu versichern, in hohem Grade erwünscht. Der erste Schritt zur Verwirklichung dieses Projectes hätte von der Pforte zu geschehen. Habe doch ohnedieß erst vor Kurzem der Großwesir dem österreichischen Internuntius Brognard durch den Pfortendolmetsch andeuten lassen, es sei jetzt die beste Zeit und Gelegenheit vorhanden, dem Könige von Preußen Schlesien wieder zu entreißen. Die Pforte werde Oesterreich hiebei aufs kräftigste, jedoch gleichzeitig so geheim unterstützen, daß hievon kein anderer Staat irgend etwas erfahre.

Diese Mittheilung habe wenigstens den Werth, als Beweis zu dienen, daß die Pforte dem Kaiserhofe die Wiedererlangung Schlesiens keineswegs mißgönne. Es werde daher kaum schwer fallen, sie einsehen zu machen, daß zwar ihrem Vorschlage, den König von Preußen zu bekriegen, durchaus keine Folge gegeben werden, daß man jedoch die Sache auf eine weit bessere Art angreifen und dahin wirken könne, daß König Friedrich selbst dazu behülflich sei, die Russen für immer aus Polen zu vertreiben und sie zu einem baldigen und beständigen Frieden zu zwingen.

Würde noch überdieß die Pforte die Summen, welche sie zur Unterstützung Oesterreichs bestimmt habe, und möchten sich dieselben auch auf zwanzig und mehr Millionen belaufen, zur Erkaufung des Königs von Preußen verwenden, dann wäre einerseits die Wahrscheinlichkeit, ihn für das Project zu gewinnen, beträchtlich erhöht, und andererseits ihr selbst durch Abkürzung des Krieges gegen Rußland noch eine nicht geringe Ersparung gesichert. Gleichzeitig mit den ersten Eröffnungen an Preußen hätte die Pforte auch die Gewährleistung des zwischen diesem Staate und Oesterreich abzuschließenden geheimen Tractates und die Verpflichtung zu übernehmen, gegen die Macht, welche den Vertrag brechen sollte, eine Kriegshülfe von fünfzigtausend Mann zu stellen oder ihr fünf Millionen Gulden jährlich zu bezahlen.

In dem Gedanken daß nicht Oesterreich, sondern die Pforte dem Könige von Preußen gegenüber die Sache zuerst zur Sprache zu bringen habe, erblickt Kaunitz das sicherste Mittel, daß sein Vorschlag, wenn ihn auch Friedrich völlig verwerfen sollte, doch durchaus keine schädliche Wirkung nach sich ziehen könne. Was jedoch dessen Annahme oder Ablehnung betreffe, so stelle er sie der Beurtheilung der Kaiserin und des Kaisers gänzlich anheim. In dem letzteren Falle werde er die Sache dergestalt aus seiner Erinnerung verbannen, als ob er niemals an sie gedacht hätte. Würde jedoch sein Vorschlag gebilligt, so wäre er auch in Wien vor Jedermann mit Ausnahme Binders und des vertrauten Copisten Harrer wenigstens noch eine Zeit lang mit äußerster Sorgfalt geheim zu halten.

Solche Wichtigkeit maß Kaunitz seinem Antrage bei, und so ganz war er von demselben erfüllt, daß er sich unwillkürlich die Tage ins Gedächtniß zurückrief, in denen er zuerst mit dem Plane der Zustandebringung eines Bündnisses mit Frankreich hervorgetreten war.

„Als ich", sagt er jetzt, „die französche Allianz das erste mahl „in Vorschlag brachte, habe ich nicht einstens an die Gefahr gedacht, „daß die ganze Sache gar leicht umschlagen und ich nicht nur als „chimerique, sondern als ein Verräther des Ertzhauses angesehen und „tractiret werden könne. Ich muß aber nach meiner gewohnten Frey„müthigkeit allerunterthänigst bekennen, daß ich vor dermahlen nicht „mehr so viele Keckheit in mir verspühre, sondern solche als einen „Exceß des reinesten Diensteifers ansehe. Zudem ist der Nutzen oder „Schaden nicht meine, sondern Ewer Mayestäten selbsteigene Sache „und dahero der Billigkeit nichts gemäßer, als daß auch Allerhöchst„dieselben die Folgen allein über sich nehmen."

Wir besitzen das eigenhändig niedergeschriebene, ausführliche Gutachten Josephs [221]) über das Project des Fürsten Kaunitz, welches der Kaiser mit Recht ein großgedachtes nennt. Die Möglichkeit seines Gelingens sei außer Zweifel gestellt und seine Nützlichkeit anerkannt. Man müsse daher erwägen, ob seine Verwirklichung auch wahrscheinlich sei.

Joseph geht nun die Hindernisse durch, welche sich derselben nach seiner Meinung in den Weg stellen könnten. Vor Allem hält er Brognard der großen Aufgabe nicht gewachsen, eine so überaus wichtige Verhandlung mit dem erforderlichen Tacte zu beginnen und sie mit Erfolg durchzuführen. Dann besorgt er daß die Pforte sich nicht leicht zu der Rolle verstehen werde, die man ihr zumuthe. Den Vorschlag eines Anderen zu dem seinigen zu machen und in diesem Sinne für ihn zu wirken, dazu lasse sich gewöhnlich nur derjenige bereit finden, der entweder sehr wenig Stolz besitze oder dem ein besonders lockender Vortheil dargeboten werde. Der Pforte stelle man keinen anderen Gewinn als die Abkürzung des Krieges mit Rußland in Aussicht. In dem gegenwärtigen Augenblicke aber sei sie so sehr vom Kriegs=

taumel ergriffen, daß sie sich allein im Stande glaube, die Anmaßung Rußlands zu bestrafen. Der Sultan habe daraus seine eigene Sache gemacht, das ganze Volk sei entflammt und dem Großwesir dürfte es daher bei all seiner politischen Einsicht kaum möglich sein, diese Erregung insbesondere dann zu beschwichtigen, wenn der Pforte kein wirklicher Vortheil zu Theil würde. Die politische Betrachtung, daß durch die Abkürzung des Krieges, durch die Demüthigung Rußlands und durch die Gewährleistung der neu zu Stande zu bringenden Verabredungen die Zwecke der Pforte erreicht würden, sei gewiß richtig, aber gleichwohl nicht geeignet, auf einen Mann wie den Sultan einen Eindruck hervorzubringen und eine Horde von Janitscharen im Zaume zu halten, welche nach dem Kriege und nach Eroberungen lechze. Werde überdieß der Großwesir wirklich die Vergrößerung Oesterreichs für wünschenswerth ansehen, ja könne es der Pforte willkommen sein, daß Oesterreich nicht nur in den Wiederbesitz Schlesiens, sondern daß es auch für alle Zukunft in gute Beziehungen zu dem Könige von Preußen gelange? Würde dadurch nicht Oesterreich zu einem weit furchtbareren Feinde für die Türkei als Rußland? Und könne man erwarten, daß selbst wenn die Pforte auf alles dieß eingehe, sie das nothwendige Geheimniß auch sorgsam bewahren, daß sie endlich die Mittheilung an den König von Preußen genau so einrichten werde, wie man in Wien dieß wünsche?

Von Seite des Letzteren meinte Joseph noch größere Schwierigkeiten vorhersehen zu müssen. Könne er einem Vorschlage zustimmen, der ihm vor Allem eine unwürdige Handlung gegen Rußland zumuthe? Durch eine solche würde er sich für immer jedes Verbündeten mit Ausnahme Oesterreichs und der Pforte berauben. Sich in Oesterreichs Arme zu werfen, werde ihm schwer fallen, und er kenne genau die Unbeständigkeit der Pforte und wie mächtig Bestechung und Intrigue dort seien. Die beste seiner Provinzen müsse er für andere hingeben. Sie befinde sich in geordneten Zuständen, sei durch Festungen geschützt, handeltreibend, wohlbevölkert, ihm genau bekannt und liefere ihm allein die Mittel, eine so sehr beträchtliche Armee zu ernähren und dadurch Deutschland und Oesterreich im Schach zu halten. Wenn

er diesen Vortheil verliere, verliere er Alles; Niemand in Deutschland werde sein Bündniß mehr suchen und seine Rolle nur eine traurige sein. Was nütze ihm die Erwerbung von Kurland, als daß er fortwährend auf der Hut stehen müsse, aus diesem Lande von Rußland nicht wieder vertrieben zu werden? In welchem Zustande befinde sich diese Provinz, befinde sich Polnisch-Preußen mit Ausnahme von Elbing und Danzig? Und würde nicht diese letztere Stadt, nur erst im Besitze des Königs von Preußen, zwei Drittheile ihres gegenwärtigen Credites unwiederbringlich verlieren? Selbst wenn jedoch Kurland und Polnisch-Preußen ein angemessenes Aequivalent für Schlesien wären, würde nicht schon die Vergrößerung Oesterreichs von sehr großem Nachtheil für ihn sein? Der Kaiserhof brauchte dann keine Rücksicht mehr auf ihn zu nehmen, denn wenn sich nur Schlesien wieder in den Händen der Oesterreicher befände, so würde er sie eben so wenig aus diesem Lande vertreiben können, als man dieß mit ihm zu thun vermocht habe.

Aber selbst wenn der König von Preußen über alles dieß hinausgehen und dem Projecte zustimmen wollte, so müßte man doch sogleich die Waffen ergreifen, in Polen einrücken und gegen die russische Grenze vordringen. Der Ausgang der Kriege lasse sich nicht vorhersehen und es sei wenigstens denkbar, daß die ungeheure Macht Rußlands die Mittel darböte, die ganze Unternehmung scheitern und dadurch Rußland für alle Zukunft zum Feinde Oesterreichs zu machen, ohne daß man Schlesien erlangt habe, welches der König von Preußen vor Empfang einer mehr als ausreichenden Entschädigung gewiß nie herausgeben werde. Und selbst wenn Rußland geschlagen und Kurland erobert sein würde, sei man auch gewiß, daß die übrigen Mächte eine solche Vergrößerung Oesterreichs gleichgültig mit ansehen wollten? Wenn Rußland die englische Regierung für sich gewänne, diese aber Hannoveraner und Hessen in Sold nähme und eine solche Armee in Böhmen eindränge, während das österreichische Heer sich etwa in Smolensk befände, was werde man dann thun? Und in welche Lage geriethe Oesterreich, wenn es vielleicht auch von Frankreich im Stiche gelassen würde?

Es ist wahrhaft überraschend, wenn Joseph von diesen so wohlbegründeten Betrachtungen zu der mit ihnen in Widerspruch stehenden Schlußfolgerung gelangt, daß der Vorschlag des Staatskanzlers, so schwierig seine Ausführung und so unwahrscheinlich sein Gelingen auch sei, doch keinen Nachtheil zu verursachen vermöchte, wenn er nur der Pforte mit der erforderlichen Umsicht und Geheimhaltung vorgelegt würde. Der Kaiser trug darauf an, daß Brognard den Auftrag erhalte, das ganze Project lediglich als seinen eigenen Gedanken an die Pforte zu bringen. Joseph endigt seine Betrachtungen nicht, ohne dem „ganz unvergleichlichen Eifer und Genie" des Staatskanzlers die verdiente Anerkennung zu zollen.

„Aus vollem Herzen", so schrieb Maria Theresia auf die Denkschrift ihres Sohnes, „schließe ich dieser Entscheidung mich an; seit „zwanzig Jahren besitze ich thatsächliche Proben hievon. Uebrigens „ziehe ich gleichfalls den bezeichneten Weg vor, daß der Gedanke hin„gestellt werde, als ob er von Brognard allein komme, um zu sehen, „wie weit man den Türken vertrauen könne" [222]).

Aber von alledem geschah doch in der Wirklichkeit nichts. Kaunitz legte wohl eine in italienischer Sprache abgefaßte Depesche an Brognard vor, aber dieselbe erhielt nicht die Genehmigung der Kaiserin. Bedenken aller Art schreckten sie hievon ab, und unter ihnen mag wohl der Abscheu vor der Erneuerung des Krieges und vor der durchaus unberechtigten Zuwendung polnischen Gebietes an Preußen die Hauptrolle gespielt haben. Daß Joseph die Sache durch seine Zweifel zum Scheitern gebracht habe, ist zwar seither mit großer Bestimmtheit behauptet worden [223]), hat aber nicht gerade viel Wahrscheinlichkeit für sich. Leider sind die Worte, in denen Maria Theresia hierüber ihrem Sohne gegenüber sich aussprach, nicht mehr vorhanden. Gleichwohl wird man mit einiger Zuversicht annehmen können, daß die Kaiserin aus eigenem Antriebe den Vorschlag des Staatskanzlers verwarf. Auch in den Zeilen, welche Joseph am 17. December 1768 an Kaunitz richtete [224]), wird man eher eine Bestätigung als eine Widerlegung dieser Vermuthung finden.

„Ihre Majestät die Kaiserin“, so lauten sie, „hat mir soeben „ein langes Billet geschrieben, durch welches sie entscheidet, daß der „Vorschlag, den ich Ihnen, mein Fürst, hiemit zurücksende, der Ver„gessenheit anheimgegeben werde. Sie theilt mir mit, daß sie Ihnen „hievon bereits sprach. Es bleibt mir daher nichts übrig als das „Bedauern, daß dieses Project, würdig Ihrer Talente, keine andere „Wirkung gehabt hat als diejenige, mich immer mehr und mehr in „der vollkommenen Werthschätzung zu bestärken, die ich Ihnen widme.

Joseph.“

Siebentes Capitel.

Joseph und Friedrich in Neisse.

Es läßt sich in keiner Weise behaupten, daß Kaunitz in der jüngsten Zeit glücklich gewesen wäre mit seinen Vorschlägen. Das kühne Project, das in seinen letzten Zielpunkten darauf hinausging, Schlesien auf friedlichem Wege und mit freiwilliger Zustimmung des Königs von Preußen für das Haus Oesterreich wieder zu erwerben, war an dem Widerstande der Kaiserin, der Plan zur Veranstaltung einer Zusammenkunft zwischen Joseph und Friedrich an demjenigen des Kaisers gescheitert. Ein solches Mißlingen zog jedoch keineswegs die Folge nach sich, daß der rastlos arbeitende Geist des Staatskanzlers nachließ in seiner unausgesetzten Bemühung, dasjenige ausfindig zu machen, was nach seinem besten Ermessen dem Kaiserhause, dem er mit freudiger Hingebung diente, und dem Staate, dessen Wohlfahrt er sein Leben geweiht hatte, zum Nutzen und Vortheil sein konnte. Sowohl diese Unverdrossenheit des Bestrebens als die kaltblütige und vorurtheilslose Objectivität, mit welcher Kaunitz die Lage der Dinge und sein eigenes Wirken in Bezug auf dieselben beurtheilte, müssen zu seinen besten staatsmännischen Eigenschaften gezählt werden. Sein scharfer und durch nichts zu beirrender Blick ließ ihn allsogleich mit vollster Richtigkeit unterscheiden, welchem seiner Gedanken, welchem seiner Vorschläge er für alle Zukunft entsagen müsse und welches Project er um etwa vorhandener Hindernisse willen doch nicht fallen lassen dürfe. Den auf die Wiedererwerbung Schlesiens bezüglichen Plan schien er wenigstens in seiner gegenwärtigen Form

bald selbst nicht mehr für ausführbar zu halten, und er kam niemals auch nur mit einem Worte auf ihn zurück. Um so hartnäckiger hielt er an dem Gedanken fest, ein besseres Verständniß zwischen Oesterreich und Preußen herbeizuführen, und immer wieder schien ihm das wirksamste Mittel hiezu in einer Zusammenkunft zwischen Joseph und Friedrich zu liegen.

Wir wissen daß Kaunitz die Kaiserin schon seit längerer Zeit für diese Anschauung gewonnen hatte. Auch sie sehnte jetzt den Augenblick herbei, in welchem der fortwährenden Spannung zwischen Oesterreich und Preußen dauernd ein Ende gemacht werden könnte. In dem listigen und verschlagenen, der Offenheit und des Freimuthes durchaus entbehrenden Wesen des Königs erblickte sie jedoch das größte Hinderniß für die Erfüllung dieses Wunsches. Bitter beklagte sie es, daß man zu ihm unmöglich Vertrauen fassen könne. Schwer sei es sich über die Art und Weise klar zu werden, in der man mit ihm unterhandeln solle. Sie fürchte er sei der Aufrichtigkeit gar nicht fähig und er glaube daher auch bei Anderen nicht an sie. Wenn man ihm etwas in freundschaftlicher Weise sage, nehme er es als eine Artigkeit auf und beantworte es in gleichem Sinne. Jeder Mittheilung, die man an ihn richte, unterlege er eine geheime und eigennützige Absicht.

War schon die grundsätzliche Gegnerin Friedrichs, die Kaiserin Maria Theresia trotz dieser Bedenken für eine Annäherung an Preußen, so muß der Widerspruch, welchen Joseph vor wenig Monaten gegen den Vorschlag einer Zusammenkunft mit Friedrich erhoben hatte, weit eher einer vorübergehenden Mißlaune des Kaisers als reiflicher Ueberlegung desselben entsprungen sein. Eine Bestätigung dieser Ansicht wird man wohl darin erblicken können, daß Kaunitz bei der Rückkehr Nugents nach Berlin auf seinen früheren Gedanken zurückkam. Nugent wurde beauftragt, dem Könige von Preußen zu eröffnen, daß der Kaiser ein „wahres Verlangen trage, ihn und seine „großen Eigenschaften persönlich kennen zu lernen", sowie gleichzeitig etwas von seinem in so vollkommenem Zustande befindlichen Militärwesen zu sehen. Schon bei seiner letzten Anwesenheit in Böhmen würde

der Kaiser, da sich der König gleichzeitig in Schlesien befand, eine solche Zusammenkunft vorgeschlagen haben, wenn nicht einige Umstände es ihm sehr wahrscheinlich hätten erscheinen lassen, sie dürfte dem Könige nicht angenehm sein. Nur aus diesem Grunde sei damals sein Antrag unterblieben.

Sollte der König nach diesen Umständen fragen, so möge Nugent ihm nicht verbergen, daß man seine eigene Handlungsweise gegen Oesterreich darunter verstehe. Denn man müsse aus ihr den Schluß ziehen, er sei noch von seiner alten Abneigung gegen den Kaiserhof beseelt. Die leidenschaftliche Art, in der er bei der Regensburger Reichsversammlung den besten Intentionen des Kaisers entgegenarbeiten lasse, sowie die beglaubigte Nachricht aus Constantinopel, daß dort auf seinen ausdrücklichen Befehl die Pforte zum Friedensbruche gegen Venedig und daher mittelbar auch gegen Oesterreich aufgestachelt werde, habe man als Beweise hiefür ansehen müssen. Dem Kaiser könnte jedoch nur eine Begegnung, bei welcher der natürlichen Zuneigung und Freundschaft ohne alle Verstellung freier Lauf gelassen würde, zu wirklichem Vergnügen gereichen. Deßhalb habe er sich bisher den Zwang angethan, den beabsichtigten Vorschlag zu einer Zusammenkunft auf einen günstigeren Zeitpunkt zu versparen [225]).

Mit sehr großer Spannung erwarteten Maria Theresia und Kaunitz Nugents Bericht über das Ergebniß der Schritte, die er in dieser Sache gethan, und über die Art und Weise, in welcher der König von Preußen seine Mittheilungen aufgenommen habe. Sie zählten umsomehr auf eine befriedigende Antwort, als sich der König nach der Meinung des Staatskanzlers damals in sehr großer Verlegenheit befand. Es könne ihm, schrieb Kaunitz an Mercy [226]), wohl kaum gelingen, den Widerspruch auszugleichen, der in seinem Bestreben liege, gleichzeitig mit der Freundschaft Rußlands auch das Vertrauen der Pforte zu genießen und aus beiden Nutzen zu ziehen. Es gewinne vielmehr den Anschein, daß er beide Ziele verfehlen werde. Denn wolle er seine gegen Rußland übernommenen Verpflichtungen treulich erfüllen, so müsse er mit der Pforte brechen und Rußland entweder zwanzigtausend Mann Hülfstruppen senden oder die verabredeten

Subsidien bezahlen. Suche er sich jedoch, wie zu vermuthen, dieser Hülfeleistung durch allerlei Ausflüchte zu entziehen, dann verscherze er nicht nur die Freundschaft Rußlands, sondern er lade vor aller Welt den Vorwurf des gebrochenen Wortes und der Undankbarkeit auf sich, ohne darum das frühere Vertrauen der Pforte wieder zu gewinnen.

Von einem so staatsklugen Monarchen wie Friedrich ließ sich allerdings vorhersehen, daß er diese Verlegenheit, wenn sie überhaupt wirklich bestand, nicht auch äußerlich kundgeben werde. Und so geschah es denn auch in der That. Am 7. November 1768 war Nugent nach Berlin zurückgekommen, am 15. gewährte ihm Friedrich in Potsdam die erbetene Audienz [227]). In zweistündigem Gespräche wurden zwischen ihnen die wichtigsten politischen Angelegenheiten eingehend erörtert. Weit davon entfernt, irgend welche Besorgnisse wegen des bevorstehenden Krieges zwischen Rußland und der Pforte zu zeigen, behauptete der König mit einem gewissen Anschein von Freimuth, daß ihn diese Dinge nichts angiengen. Seine Tractate mit Rußland verpflichteten ihn nur zur Zahlung gewisser Subsidien, welche durchaus nicht beträchtlich wären. Seinetwegen möge man sich also in Polen nur herumbalgen; er werde sich gewiß in diese Händel nicht mischen; nur den einzigen Fall ausgenommen, daß man etwa die Absetzung des Königs Stanislaus durchsetzen wollte. Ein solches Vorhaben könnte er unmöglich gleichgültig mit ansehen.

Lebhafte Zustimmung zollte der König der von Nugent betonten Betrachtung, daß der Friede Europa's und insbesondere Deutschlands von dem guten Einvernehmen zwischen Oesterreich und Preußen abhängig sei. Dasselbe möge daher sorgsam gepflegt und das frühere Mißtrauen für alle Zukunft fallen gelassen werden. Mit sichtlicher Beeiferung stimmte Friedrich diesen Worten des österreichischen Gesandten bei. „Wir sind Deutsche", fügte er hinzu, „was liegt uns daran, ob „in Canada oder auf den Inseln Amerika's die Engländer und die „Franzosen sich herumschlagen? Ob Paoli den Letzteren alle Hände „voll zu thun gibt? Ob sich die Russen und die Türken einander in „die Haare fallen? So lang wir zwei, das Haus Oesterreich und „ich, uns wohl verstehen, hat Deutschland von Kriegsunruhen wenig

„zu befahren. Die Kaiserin-Königin und ich haben lange Zeit verderbliche und kostspielige Kriege gegen einander geführt, und was „haben wir endlich davon?"

Friedrich verfiel nun selbst auf den Gedanken eines zwischen Oesterreich und Preußen abzuschließenden Neutralitätsvertrages für Deutschland. Als ihm jedoch Nugent den Austausch identischer Briefe als die geeignetste Form hiezu in Vorschlag brachte, da wurde der König bedenklich und meinte es bedürfe, um die Sache gut einzuleiten, einer dritten verläßlichen Person, als welche er die verwitwete Kurfürstin von Sachsen [228]) bezeichnete. Bald ging er jedoch selbst wieder hievon ab. Als Nugent darauf hindeutete, daß die beiderseitigen Musterungen der Truppen in Böhmen und Schlesien im künftigen Sommer zu einer Zusammenkunft beider Monarchen benützt werden könnten, bei welcher sie sich gegenseitig ihr fürstliches Wort als die sicherste Gewährleistung verpfänden würden, da ging er mit Lebhaftigkeit auf diesen Gedanken ein. „Sie haben Recht", entgegnete der König, „wir werden unser Ritterwort geben wie Franz der Erste „Karl dem Fünften, das aber wird sicherer sein als alle Verträge. „Berichten Sie hierüber an Ihren Hof und lassen Sie mich den Ort „und die Zeit wissen, die man hiezu für geeignet hält."

Zum Schlusse benützte Friedrich, wie er es zu thun pflegte, wenn er sich gegen den Repräsentanten Oesterreichs zuvorkommend erweisen wollte, die sich darbietende Gelegenheit, um sich mit Nugent über die Person des Kaisers und dessen Eigenschaften zu unterhalten. Wie Kaunitz ihn eigens beauftragt hatte, ließ Nugent die Bemerkung fallen, daß Joseph das einmal gegebene Wort heilig zu halten, die guten Eigenschaften bei Jedermann hochzuschätzen, keinen Abneigungen und Vorurtheilen Raum zu gönnen und sich an die Stelle eines Jeden zu setzen pflege. Hingegen könne er nimmermehr vergessen, wenn ihm einmal mit Unwahrheit und Falschheit begegnet worden sei, und man möge sich dieß für künftige Zeiten zu nützlicher Lehre dienen lassen.

Nugent behauptet daß der tiefe Eindruck, welchen diese Betrachtung auf den König hervorgebracht, in seiner nachdenklichen Miene

sich deutlich wiedergespiegelt habe. Wie dem aber auch sein mochte, Friedrich entließ den österreichischen Gesandten nicht, ohne das Project der Zusammenkunft mit dem Kaiser neuerdings zur Sprache gebracht und ihn zu baldiger näherer Mittheilung aufgefordert zu haben [229]. Und ein Geschenk, welches der König dem österreichischen Gesandten am folgenden Tage einhändigen ließ, besaß zwar nicht durch seinen inneren Werth, wohl aber als Beweis der Aufmerksamkeit und des Wohlwollens eine gewisse Bedeutung [230].

In Wien begnügte man sich vor der Hand, diese Nachrichten aus Berlin mit der Erklärung zu beantworten, daß der Kaiser in derselben Zeit, in welcher sich der König von Preußen nach Schlesien zu begeben pflege, sich in Böhmen oder Oberschlesien einfinden werde. Er beharre bei dem aufrichtigen Verlangen, die persönliche Bekanntschaft des Königs zu machen und wünsche von ihm nähere Mittheilung über die Art und Weise zu erhalten, in der ihre Begegnung am schicklichsten und besten einzuleiten wäre [231].

Gleich nach Empfang dieser Depesche bewarb sich Nugent um eine Audienz bei dem Könige, um ihm persönlich von der Erklärung des Kaisers Kenntniß zu geben. Für den 8. Jänner 1769 wurde er zu Friedrich beschieden. Der König erneuerte die Versicherung seines sehnlichen Wunsches, die Bekanntschaft des Kaisers zu machen. Aber er fügte auch hinzu daß es räthlich erscheine, alle etwaigen Bedenken im Voraus zu beseitigen und jeden immerhin möglichen Anlaß zu irgend einer Unannehmlichkeit zu vermeiden. Er kam auf seinen Vertrag mit Rußland und auf die ihm hieraus erwachsende Verpflichtung zurück, dem Könige von Polen die Krone zu erhalten. Die Pforte scheine es hingegen auf dessen Thronentsetzung abgesehen zu haben. Man wisse genau daß drei Bewerber um die polnische Krone vorhanden seien, Prinz Conti, Albert von Sachsen und ein zweiter sächsischer Prinz. Wenn man jeglicher Einwirkung zu Gunsten dieser Bewerber entsagen wollte, dann wäre er bereit, Rußland nicht anders als mit Subsidien zu unterstützen und sich nicht weiter in die polnischen Zwistigkeiten zu mengen. Am besten wäre es, wenn man den Frieden zwischen der Pforte und Rußland wieder herstellen würde.

Er selbst arbeite daran und habe Hoffnung, dieses heilsame Werk zu Stande zu bringen, wenn sich auch nur Jedermann enthielte, ihn bei der Durchführung dieser Absicht zu beirren. Inzwischen habe er befohlen, daß zur Sicherstellung der Grenzen gegen Polen längs derselben fleißig patrouillirt und ein enger und starker Cordon gezogen werde. Er wünsche dringend, daß die polnischen Händel nicht noch weiter um sich griffen und nicht auch noch andere Mächte in den Krieg verwickelt würden.

Nugent entgegnete, von einer Absicht, den König von Polen vom Throne zu stoßen, sei ihm nicht das Mindeste bekannt. Er wiederholte die ihm aufgetragene Erklärung, daß Oesterreich gleichfalls das aufrichtige Verlangen hege, den Frieden zu bewahren. Sollte jedoch die Pflicht der Selbsterhaltung oder die Wohlfahrt seiner Unterthanen es fordern, dann würde man in Wien sich auch bereit finden lassen, einen neuen, langjährigen und heftigen Krieg zu unternehmen und ihn mit allen Kräften zu führen.

König Friedrich ergriff nun neuerdings das Wort. Einige scharfe Ausfälle gegen Frankreich brachte er vor, das er als den Urheber all dieser Verwirrung bezeichnete. Es habe mehrere Millionen verausgabt, um die Pforte gegen Rußland zu hetzen und er nenne den Herzog von Choiseul nur den „Minister Gecken" [232]).

Nach lebhafter Erörterung eines Artikels der Amsterdamer Zeitung, der ihm viel Aerger verursacht hatte, brachte der König das Gespräch auf die Neutralität Deutschlands. Es würde leicht sein, meinte er, sich hinsichtlich derselben zu einigen. „Aber wollen Sie", so frug er jetzt Nugent, „mich nicht mit Rußland entzweien?" „Ich „kann Eure Majestät versichern", lautete die Antwort des Letzteren, „daß wir Sie um diese Allianz nicht beneiden." Nugent bewies dem Könige, daß Oesterreich seit dem Hubertsburger Frieden nicht den geringsten Schritt bei Rußland gethan habe, um sich mit diesem Staate in erneuerte Verbindung einzulassen und hiedurch Preußen irgend welchen Grund zur Besorgniß oder zur Eifersucht zu geben. Man hätte dieß jedoch gewiß nicht unterlassen, wenn man wirklich an

Eroberungen hätte denken oder Unruhen hervorrufen wollen. Die gegenwärtige Freundschaft zwischen Rußland und Preußen könne Oesterreich gleichgültig, ja in gewissem Maße sogar lieb sein, indem hiedurch für den König jede Ursache zum Argwohn gegen Oesterreich hinwegfiele und Rußland weniger Anlaß erhielte, sich in die allgemeinen Angelegenheiten Europa's allzutief einzumengen. Habe ja doch die Allianz Preußens mit Rußland mit derjenigen, welche zwischen Oesterreich und Frankreich bestehe, die Aehnlichkeit, daß auch sie nicht so sehr auf den Krieg als auf die Erhaltung des Friedens und auf die eigene Vertheidigung gerichtet sei.

Der König schöpfte aus diesen Aeußerungen die Anregung zu der Frage, ob denn das Haus Oesterreich wirklich nicht auf Eroberungen ausgehe? Mit der Versicherung Nugents, daß dieß keineswegs der Fall sei, beruhigte er sich jedoch wieder, und nach einigen minder wichtigen Bemerkungen entließ er den österreichischen Gesandten, der am folgenden Tage mit Finkenstein ein ganz ähnliches Gespräch zu führen hatte. Auch jetzt wieder wurde von beiden Seiten die tractatmäßig festzustellende Neutralität Deutschlands als ungemein heilsam für Oesterreich wie für Preußen erkannt. Finkenstein fügte hinzu, er könne es sich nicht beikommen lassen daran zu glauben, daß der Kaiserhof die Entthronung des Königs von Polen beabsichtige. Er hoffe daher, daß dieser einzige Stein des Anstoßes durch eine befriedigende Erklärung von Wien aus sich gänzlich beseitigen lassen werde; dann würden auch alle übrigen Bedenken hinwegfallen. Und am 10. Jänner berief Finkenstein den Grafen Nugent neuerdings zu sich. Er theilte ihm mit, daß der König den kommenden August als die passendste Zeit zu der Zusammenkunft ansehe. Leobschütz, Neustadt oder die Gegend von Glatz seien ihm als die angemessensten Orte hiezu erschienen, je nachdem der Kaiser sich nach Mähren oder nach Böhmen zu begeben denke [233]).

Trotz dieses ziemlich positiven Vorschlages brachte doch Nugents Bericht über sein Gespräch mit dem Könige von Preußen auf die Kaiserin den Eindruck hervor, als ob Friedrich die Begegnung mit Joseph nicht wünsche und nach Ausflüchten suche, um ihr zu entgehen.

Recht deutlich spiegelt sich diese Meinung in den Worten wieder, welche sie gleich nach Durchlesung der Depesche aus Berlin an den Staatskanzler richtete. „Ich glaube", so lauten sie, „daß an Nugent „klar geschrieben werden muß, es scheine uns eine mißlungene Sache, „und daß der König darnach strebe, die Zusammenkunft zu vereiteln. „In diesem Falle seien wir auch unsererseits zur Zustimmung bereit. „Es hänge daher jetzt von dem Könige allein ab, sich dafür oder da„gegen zu entscheiden, denn wir vermöchten uns nicht davon zu über„zeugen, daß der König nach den von uns abgegebenen Erklärungen „noch glauben könne, wir dächten an das Haus Sachsen für den „polnischen Thron. Der Kaiser ist einverstanden mit dieser Idee, „welche ich Ihnen allerdings noch als eine ganz rohe hier mittheile, „aber mir scheint doch daß es ihm äußerst erwünscht wäre, wenn die „Zusammenkunft stattfände. Vielleicht täusche ich mich jedoch, wie bei „sehr vielen anderen Anlässen" [234]).

Obwohl die hinterhältige Art, in der sich Friedrich während seines Gespräches mit Nugent benommen, an ihm nichts Ungewohntes war und daher auch für Kaunitz nichts Unerwartetes sein konnte, so fühlte sich doch der Staatskanzler jetzt durch die Bedenken, welche Friedrich plötzlich nachträglich erhob, und durch seine mißtrauischen Fragen über die wahren Zielpunkte der österreichischen Politik noch empfindlicher verletzt als Maria Theresia selbst. Er ließ daher allsogleich den Entwurf einer Antwort an Nugent zu Papier bringen. Die von dem Könige von Preußen gegen Oesterreich vorgebrachten Verdächtigungen, als ob es Stanislaus zu entthronen, ihn selbst mit Rußland zu entzweien und für sich Eroberungen zu machen suche, wurden darin in ziemlich trockenem Tone zurückgewiesen. Aus Allem sehe man wie sehr Friedrich befürchte, seine persönliche Begegnung mit dem Kaiser könnte Rußland beunruhigen und ihn diesem Verbündeten gegenüber in Verlegenheit bringen. Um sie ihm zu ersparen, sei man damit einverstanden, die Zusammenkunft auf einen späteren Zeitpunkt und auf günstigere Verhältnisse zu verschieben [235]).

Die weniger gereizte Anschauung der Kaiserin, ihre Mittheilung über die Art und Weise, in der nach ihrer Meinung die Antwort

nach Berlin abgefaßt werden sollte, und vor Allem der von ihr als wahrscheinlich angedeutete Wunsch Josephs, daß der Plan zu seiner Zusammenkunft mit Friedrich sich verwirkliche, Alles dieß vermochte den Staatskanzler, den ersten Entwurf einer Depesche nach Berlin zu verwerfen und einen zweiten an dessen Stelle zu setzen. Kaunitz ließ sich darin in eine ziemlich ausführliche Erörterung der einzelnen von dem Könige berührten Punkte ein. Er zog aus dessen Bemerkungen den Schluß, daß Friedrich entweder der Denkungsweise und der Politik des Kaiserhofes noch immer nicht Gerechtigkeit widerfahren lassen wolle, daß er seine Nachrichten aus Frankreich und Constantinopel aus unlauterer Quelle schöpfe, oder daß geheime Umstände und Absichten der Zusammenkunft entgegenstünden. In ersterer Beziehung führe die Zumuthung, daß der Kaiserhof in Chimären, wie die Erhebung des Prinzen Conti oder des Prinzen Albert von Sachsen auf den polnischen Thron sich einlassen könnte, in der That etwas Beleidigendes mit sich. Man habe in Wien geglaubt, sich schmeicheln zu dürfen, bessere Proben von der hier herrschenden Beurtheilung der Weltumstände und des österreichischen Staatsinteresses gegeben zu haben, als daß ein solcher Argwohn auch nur im Entferntesten den Glauben des Königs verdienen sollte.

Ebenso verhalte es sich mit Oesterreichs vermeintlicher Absicht, den König von Preußen mit Rußland zu entzweien. Nugent habe die reine Wahrheit gesagt, als er dem Könige entgegnete, daß man ihm in Wien diese Allianz nicht mißgönne. Nicht der geringste Schritt sei von österreichischer Seite geschehen, um mit Rußland wieder in engere Verbindung zu gelangen.

Am allerwenigsten könne jedoch der Argwohn, als ob Oesterreich Vergrößerungsabsichten im Schilde führe, so lange Platz greifen, als dessen Bündniß mit Frankreich fortbestehe. Denn Eines lasse sich unmöglich mit dem Anderen vereinbaren, und Alles dieß zeige deutlich, wie schlecht Friedrich mit Nachrichten aus Frankreich und aus Constantinopel bedient werde. Wäre es um sie besser bestellt, dann müßte er gerade von dem Gegentheile seines jetzigen Argwohns überzeugt sein. Er würde wissen, daß obgleich Oesterreich die Pflichten

eines getreuen Alliirten gegen Frankreich erfülle, es doch in gar vielen Dingen, und so auch hinsichtlich des Krieges zwischen der Pforte und Rußland nicht gemeinschaftliche Sache mit ihm mache.

Am wichtigsten sei es jedoch dem Kaiserhofe, fährt Kaunitz fort, obgleich er am wenigsten klar darüber sehe, ob wirklich geheime Absichten oder Hindernisse bestünden, welche der beantragten Zusammenkunft zwischen dem Kaiser und dem Könige von Preußen sich entgegenstellten. Indem er Nugent beauftragt, dieß wo möglich zu ergründen und nach Wien zu berichten, befiehlt ihm Kaunitz, der in der gegenwärtigen Depesche enthaltenen Betrachtungen dem Könige von Preußen gegenüber nicht zu erwähnen. Dieß würde einer Rechtfertigung gleichkommen, während doch, so lang der Argwohn des Königs einmal bestehe, er alle noch so sehr in der Wahrheit begründeten Erklärungen nur als Kunstgriffe ansehen würde. Wären jedoch unter dem angeblichen Verdachte andere Absichten verborgen, so würde es ohnedieß fruchtlos sein, in Erörterungen einzugehen.

Der Auftrag des Staatskanzlers an Nugent bestand also nur darin, dem Könige auf geziemende Art und ohne Darlegung irgend welcher Empfindlichkeit von dem ihm zugekommenen Befehle des Kaisers Kenntniß zu geben. Er bestünde in nichts Anderem als in der Mittheilung an Friedrich, daß Joseph aus dessen Aeußerungen und Antworten abnehmen zu sollen geglaubt habe, derselbe finde bei den gegenwärtigen verwickelten Zeitverhältnissen die Zusammenkunft bedenklich, und er besorge, daß sie entweder bei gewissen Höfen Anstoß erregen oder andere unangenehme Folgen nach sich ziehen könnte.

Der Kaiser habe bei seinem Vorschlage nie eine andere Absicht gehabt, als die ihm erwünschte persönliche Bekanntschaft mit dem Könige zu machen und dadurch den Grund zu einem wahren und dauernden guten Einvernehmen mit ihm zu legen. Er sei jedoch weit davon entfernt gewesen, zu irgend Etwas, was dem Könige unangenehm sein könnte, Veranlassung geben zu wollen. Gewohnt sich an die Stelle Anderer zu setzen, gehe er auf die Bedenken des Königs vollkommen ein. Er halte es daher gleichfalls für besser, die beabsichtigte

Zusammenkunft auf ruhigere Zeiten und Umstände zu verschieben; es wäre denn daß der König persönlich verlangen sollte, sie noch in diesem Jahre stattfinden zu lassen.

Diesen letzteren Satz hatte Kaunitz auf ausdrücklichen Befehl der Kaiserin noch hinzufügen müssen [236]. Er selbst begnügte sich dem Grafen Nugent noch einmal einzuschärfen, es dem Könige gegenüber bei dieser Erklärung bewenden zu lassen. Nur wenn Friedrich in freundschaftlicher Weise nach den veranlassenden Beweggründen zu derselben fragen sollte, dürfe Nugent von den ihm gleichzeitig an die Hand gegebenen Betrachtungen Gebrauch machen [237].

Nugent kam jedoch dießmal gar nicht in die Lage, mit dem Könige von Preußen zu sprechen. Als er, wie es am Berliner Hofe gewöhnlich war, Finkenstein bat ihm eine Audienz zu erwirken, erhielt er den Bescheid, der König wünsche, um alles Aufsehen zu vermeiden, daß er ihm den empfangenen Auftrag durch Finkensteins Vermittlung bekanntgebe. Als sich Nugent in Folge dessen in dem ihm von Wien aus vorgeschriebenen Sinne gegen Finkenstein aussprach, zeigte sich der Letztere äußerst betroffen. Er versicherte daß die freimüthigen Aeußerungen des Königs nur durch dessen freundschaftliche Gesinnung für den Kaiserhof veranlaßt worden seien. Man möge ihnen daher auch in Wien keine falsche Auslegung geben [238].

Am 15. Februar 1769 ließ Finkenstein den österreichischen Gesandten neuerdings zu sich bitten. Er habe ihm nun, eröffnete er ihm, die Antwort des Königs auf die ihm aus Wien zugekommene Erklärung zu wissen zu machen. Und aus dem Rescripte Friedrichs dictirte er dem Grafen Nugent in dessen Schreibtafel die folgenden Worte:

„Das gütige Anerbieten, welches Seine kaiserliche Majestät dem „Könige gemacht, hat den Letzteren keinen Augenblick zögern lassen, es „mit Dankbarkeit anzunehmen. Der König wird hocherfreut sein, die „persönliche Bekanntschaft Seiner kaiserlichen Majestät zu machen und „von seiner Seite Alles, was nur immer von ihm abhängt, dazu „beizutragen, um alle Spuren der alten Feindschaft, welche zwischen „den beiden Häusern geherrscht hat, für immer zu vertilgen" [239].

Finkenstein fügte die erneuerte Versicherung hinzu, daß der König bei seinem Gespräche mit Nugent von gar keiner anderen Absicht ausgegangen sei, als Alles zu beseitigen, was die Freude eines so willkommenen Ereignisses wie die Zusammenkunft auch nur im Entferntesten zu trüben vermocht hätte. In Wien aber war man durch diese Erklärungen vollkommen zufriedengestellt. Sie wurden in ebenso freundschaftlichem Tone erwiedert und die Thatsache der Verabredung der Zusammenkunft stand nun fest. Da sie erst im Herbste stattfinden sollte, behielt man sich die nähere Vereinbarung über Zeit und Ort der Begegnung noch vor. Aber jetzt schon that Joseph seine Absicht kund, ein strenges Incognito zu beobachten, und er ließ in Berlin die Hoffnung aussprechen, daß ihn der König ohne alles Ceremoniell empfangen werde [240]).

Während das Zusammentreffen des Kaisers mit dem Könige von Preußen insgeheim geplant und verabredet wurde, zogen die Ereignisse in den östlichen Ländern Europa's die allgemeine Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf sich. Mit ungeschwächter Wildheit dauerte in Polen der Bürgerkrieg noch fort, und es gewann immer mehr den Anschein, als ob auch die Bemühungen, den Ausbruch des offenen Kampfes zwischen der Pforte und Rußland zu verhindern, fruchtlos bleiben sollten. Schon im September 1768 war der staatsmännisch gebildete und friedliebende Großwesir Muhsinsade seines Postens entsetzt und nach Tenedos verbannt worden. An seine Stelle war Hamsa Pascha, der bisherige Statthalter von Aidin getreten. Am 6. October wurde der russische Resident Obrescow zur Pforte berufen und von dem neuen Großwesir in barschestem Tone aufgefordert, die Bürgschaft zu übernehmen, daß die russischen Truppen unverzüglich aus Polen zurückgezogen würden. Als er erwiederte, er sei hiezu nicht ermächtigt, wurde ihm die Kriegserklärung der Pforte an Rußland verkündigt, er selbst aber ins Gefängniß geworfen. Gleich darauf erließ die Pforte ein Manifest, in welchem sie ihre Schritte zu rechtfertigen sich bemühte.

War die Haltung der Kaiserin von Rußland gegen die Pforte schon bisher eine rücksichtslose und herausfordernde gewesen, so schien

es nun vollends unmöglich, daß sie nach der in der Person ihres Repräsentanten ihr selbst widerfahrenen Beleidigung gelindere Saiten aufziehe. Es war nicht anders als natürlich, daß sie in einem Gegenmanifeste ihr Verfahren in Polen, gegen welches die Anklagen der Pforte zunächst sich kehrten, als ein gerechtes darstellte. Sie behauptete der Pforte gar keinen Anlaß zum Kriege gegeben und nichts versäumt zu haben, durch Nachgiebigkeit den Frieden zu erhalten. Der Beistand Gottes werde den Stolz ihrer eidbrüchigen Feinde demüthigen und ihr bald einen vortheilhaften Frieden verleihen.

Trotz dieser drohenden Haltung der beiden sich mit gezücktem Schwerte gegenüberstehenden Mächte ließ jedoch Kaunitz die Hoffnung, daß es gelingen werde, es nicht zum Kriege zwischen ihnen kommen zu lassen, noch immer nicht vollständig sinken. Er schrak vor einem solchen hauptsächlich aus dem Grunde zurück, weil er sich der Besorgniß nicht ganz zu erwehren vermochte, daß auch Oesterreich früher oder später in denselben hineingezogen werde. Darum wünschte er, daß sich die Wahrheit der Behauptung bestätige, von Seite Englands und Preußens werde eifrig an der Erhaltung des Friedens gearbeitet. Aber er zweifelte, daß die Schritte von zwei Mächten, deren enge Verbindung mit Rußland allgemein bekannt war, in Constantinopel sonderlichen Eindruck hervorbringen könnten. Darum bot er dort auch die Vermittlung Oesterreichs an, und er ließ mit Nachdruck betonen, daß Niemand den Kaiserhof einer Parteilichkeit für Rußland und gegen die Pforte verdächtigen werde [241]).

Dieser letztere Umstand gab ohne Zweifel nicht geringen Anlaß zu der Erwartung, daß man in Constantinopel das Anerbieten Oesterreichs nicht von der Hand weisen werde. Allerdings hatte der Kaiserhof die Lockspeise verschmäht, mit der ihn die Pforte zur Theilnahme an dem Kriege gegen Rußland födern zu können glaubte. In der Aussicht auf Schlesiens Wiedereroberung und auf Erhebung des Prinzen Albert von Sachsen auf den polnischen Thron hatte sie bestanden; beide Anerbietungen waren jedoch von Seite des Wiener Hofes abgelehnt worden. So groß die Entschiedenheit, so rücksichtsvoll war jedoch auch die Form, in der dieß geschah [242]). Um so

zuversichtlicher durfte man darauf rechnen, daß die Pforte trotz der Nichterfüllung ihres Begehrens fortfahren werde, sich freundschaftlich gegen Oesterreich zu erweisen, als der bevorstehende Ausbruch eines Krieges gegen Rußland es ihr gebieterisch auferlegte, mit dem zweiten mächtigen Nachbarstaate, mit Oesterreich in den besten Beziehungen zu stehen.

Wie sehr es dem Kaiserhofe, indem er seine Friedensvermittlung anbot, um die Sache selbst und nicht bloß darum zu thun war, den Bestrebungen Englands und Preußens in Constantinopel entgegen zu wirken, zeigt am besten der Schritt, welchen er zu jener Zeit auch in London that. So wenig er mit der britischen Regierung in näherer Verbindung stand, so setzte er sie doch offen von Allem in Kenntniß, was in der letzten Zeit von seiner Seite in den polnischen Angelegenheiten geschehen war. Auch die an die Pforte gerichteten Erklärungen wurden ausführlich mitgetheilt, und man knüpfte an diese Eröffnungen den Ausdruck des lebhaften Wunsches, daß die Pforte die Vermittlung Oesterreichs annehme und es in solcher Weise gelinge, den Krieg zu verhindern.

In welch hohem Grade Maria Theresia von diesem Gedanken erfüllt war, geht aus den Worten hervor, die sie eigenhändig auf den Bericht schrieb, mit welchem Kaunitz den Entwurf der nach London abzusendenden Depesche ihr vorlegte. „Placet", so lauten sie, „Gott „gebe das er reuissire [243])."

Selbst auf russischer Seite, so gering auch damals die Sympathien zwischen diesem Staate und Oesterreich sein mochten, werde doch, so meinte man in Wien, der Widerstand gegen eine Vermittlung des Friedens durch Oesterreich kein unbesiegbarer sein. Denn man glaubte die Wahrnehmung machen zu können, daß auch Rußland in seinen damaligen nichts weniger als günstigen Verhältnissen der Krieg gegen die Pforte nicht gerade willkommen war. Und die brutale Behandlung Obrescows in Constantinopel hatte den Kaiserhof vermocht, dort aus eigenem Antriebe dringend zu rathen, man möge doch ablassen von einem so barbarischen und mit den Sitten civilisirter

Nationen ganz unvereinbaren Verfahren. Man glaubte es der Verwendung Oesterreichs zuschreiben zu dürfen, daß die Pforte in Bezug auf Obrescows Haft bald nicht unwesentliche Milderungen eintreten ließ. Als daher Rußland in diesem Sinne Oesterreichs Dazwischenkunft zu Gunsten Obrescows in Anspruch nahm, genoß man die Genugthuung, auf die bereits errungenen Erfolge hinweisen zu können. Nicht mit Unrecht erwartete man, daß dieß in Rußland eine günstige Wirkung hervorbringen werde.

Gar bald mußte man jedoch einsehen, daß die Dinge schon viel zu weit gekommen waren, um noch überhaupt in friedliche Bahnen gelenkt werden zu können. Außer Oesterreich, England und Preußen bemühten sich auch Holland und Schweden in Constantinopel für Erhaltung des Friedens. Aber Alles blieb fruchtlos; die Pforte schien an nichts mehr zu denken als an unverzügliche Eröffnung und möglichst energische Fortführung des Krieges. So schwer man sich auch in Wien darein fügte, einen Kampf ausbrechen zu sehen, hinsichtlich dessen man im Voraus den Sieg bei den russischen Fahnen erblicken zu müssen glaubte, so vermochte man doch hieran nicht das Mindeste zu ändern. Der Internuntius Brognard erhielt daher den Auftrag, abzulassen von ferneren Bemühungen zur Vermittlung des Friedens[244]. Da jedoch das Spiel, so ungünstig es für die Pforte auch stehen mochte, nicht schon von vorneherein verloren zu geben war, so trachtete man bei ihr dahin zu wirken, daß sie sowohl in Bezug auf die politischen Zielpunkte als auf die Führung des Krieges dasjenige nicht aus den Augen verliere, was man von ihr beobachtet zu sehen wünschte.

Das Ziel, zu dessen Erreichung die Pforte die Waffen ergriff, bestand nach der Ansicht des Staatskanzlers in der Beschränkung des allzu großen russischen Einflusses in Polen und in der thunlichsten Wiederherstellung der Verfassung dieses Reiches. Um solches zu bewirken, könne die Pforte, ließ ihr Kaunitz erklären, nichts Passenderes thun als sich bemühen, die Parteien in Polen mit einander zu versöhnen und sie zu gemeinsamen Bestrebungen zu vereinigen. Aber sie müsse hiezu vor Allem der Absicht entsagen, den König Stanislaus vom Throne zu stoßen, und sich hüten, den Kriegsschauplatz nach Polen

zu verlegen, sondern sich angelegen sein lassen, jenes ohnehin schon zu Grunde gerichtete Land so viel als nur immer möglich zu schonen [245]).

Man kann der Pforte nicht Unrecht geben, wenn sie diese Betrachtungen des Fürsten Kaunitz wohl in hohem Grade beachtenswerth, aber auch ebenso schwer durchführbar fand. Wenn die Polen, wurde im Namen der Pforte dem österreichischen Internuntiaturs-Dolmetsch Bianchi erklärt, sich schon in Friedenszeiten niemals zu einigen vermochten, wer werde sie wohl während des Krieges unter einen Hut zu bringen im Stande sein? Diejenigen Polen, deren Besitzthümer unfern der russischen und der preußischen Grenze liegen, würden stets von Besorgnissen vor diesen beiden Mächten erfüllt sein und daher immer zu ihnen halten. Die Frage der Thronentsetzung des Königs hänge von dem Ergebnisse der Kriegführung ab. Endlich sei es fast unmöglich, Polen nicht zum Schauplatze des Krieges zu machen. Die conföderirten Polen seien es selbst, welche am meisten dazu drängten. Denn sie wollten sich der türkischen Kriegshülfe vor Allem zur Niederwerfung ihrer Gegner im eigenen Lande bedienen [246]).

Nachdem sich der Kaiserhof immer mehr und mehr von der Unmöglichkeit überzeugte, bestimmend einzuwirken auf den Gang der Ereignisse in den benachbarten Ländern, mußte er zunächst seine Pflicht erfüllen gegen den eigenen Staat. Sie bestand in der Aufstellung einer starken Schutzwehr, um die Bewohner der österreichischen Grenzländer und ihr Eigenthum sicherzustellen gegen jede Benachtheiligung von Seite der in ihrer Nähe sich bekämpfenden Heere. Von dem Punkte, wo die österreichisch-polnische Grenze unweit von Teschen begann, wurde durch Ungarn und Siebenbürgen, den ganzen Grenzzug gegen Polen, gegen die Moldau und die Walachei entlang ein Militärcordon gezogen, um etwaige Grenzverletzungen, Einfälle feindlicher Streifparteien und andere Ereignisse zu verhüten, durch welche österreichische Unterthanen zu Schaden kommen konnten. Die kaiserlichen Truppen erhielten den gemessenen Befehl, keinen der streitenden Theile irgendwie zu begünstigen und strenge Neutralität zu halten, nöthigen Falles aber auch Gewalt mit Gewalt zu vertreiben und alles Kriegsvolk, wenn es die österreichische Grenze zu überschreiten sich unterfienge,

allsogleich zu entwaffnen. Um jedoch jeden Zweifel über diesen Grenzzug zu verhüten, wurde überall dort, wo die Grenze nicht durch Flüsse oder in anderer allgemein kennbarer Art ersichtlich war, dieselbe durch Aufpflanzung kaiserlicher Adler mit Genauigkeit bezeichnet[247]).

Hinsichtlich des letzteren Punktes darf nicht mit Stillschweigen übergangen werden, daß die ungarische Hofkanzlei sich dafür ausgesprochen hatte, auf ungarischem Gebiete möge nicht der kaiserliche Adler, sondern das ungarische Wappen als Grenzzeichen dienen. Fürst Kaunitz, um sein Gutachten befragt, meinte jedoch, daß es bei der Aufpflanzung des Adlers, „als des bekanntesten und respectabelsten „Zeichens" belassen werden solle. In das Herzschild desselben möge aber auf ungarischem Gebiete das ungarische und auf siebenbürgischem das siebenbürgische Wappen gesetzt werden[248]).

Eine andere wichtige Frage, welche hiebei zur Sprache kam, bezog sich auf die Art und Weise, in welcher an den zwischen der österreichischen Monarchie und Polen streitigen Grenzen vorgegangen werden sollte. Kaunitz stellte vor Allem den Grundsatz auf, die Absicht dürfe keineswegs dahin gerichtet sein, Polen auch nur den geringsten Gebietstheil zu entziehen, auf welchen man kein gegründetes oder kein nachweisbares Recht besitze. Wenn er dennoch dazu rathe, auch in streitigen Grenzgebieten die kaiserlichen Adler aufzupflanzen, so könne dieß nur mit der gleichzeitigen und ausdrücklichen Erklärung an Polen geschehen, daß hiedurch den etwaigen Rechten dieses Staates keineswegs zu nahe getreten, sondern zu gütlicher Beilegung jener Grenzstreitigkeiten jederzeit bereitwilligst die Hand geboten werden solle[249]).

Die reiflichste Erwägung verdiente ohne Zweifel der Vorgang, der in dem Zipser Districte zu beobachten war. Vor Jahrhunderten von der ungarischen Krone an Polen verpfändet, stand das Oberhoheitsrecht Ungarns über diesen District ebenso fest wie Polens Besitzrecht. Bewaffnete polnische Conföderirte befanden sich daselbst, und sie erregten in den Zipser Städten bedauerliche Unruhen. König Stanislaus selbst war es nun, der durch seinen Bruder, den Fürsten

Poniatowski den Kaiserhof bitten ließ, den Zipser District einstweilen mit österreichischen Truppen zu besetzen.

Es entstand jetzt die Frage, ob solches mit Berufung auf dieses Begehren des Königs von Polen, oder ob es ohne Rücksicht hierauf und nur als Durchführung der Anordnung geschehen solle, welche zur Bildung eines Grenzcordons überhaupt getroffen worden war. Kaunitz entschied sich für Letzteres, denn er meinte daß durch eine Handlung, zu welcher sich die Kaiserin aus eigener Machtvollkommenheit entschlossen habe, die Thatsache des ungarischen Oberhoheitsrechtes auf die Zips unzweideutiger hervorgehoben werde, als wenn diese Besetzung auf Ansuchen des Königs von Polen erfolge. Würde man das letztere als Veranlassung hiezu gelten lassen, so wäre solches auch mit der zu beobachtenden Neutralität nicht zu vereinbaren. Denn die Occupation der Zips wäre dann ein Schritt, auf Begehren und zu Gunsten einer polnischen Partei unternommen, welcher eine andere, die Conföderation feindlich gegenüberstehe.

Um jedoch den fremden Fürsten und insbesondere dem Könige von Preußen allen Argwohn zu benehmen, als ob der Kaiserhof darauf ausgehe, sich die herrschende Verwirrung zu Nutze zu machen und durch Aufsteckung der kaiserlichen Adler an den Grenzen des verpfändeten Zipser Districtes dem Pfandrechte Polens zu nahe zu treten, ließ Kaunitz eine Erklärung zu Papier bringen, in welcher jede solche Absicht ausdrücklich in Abrede gestellt wurde. Nicht nur in den Zipser Städten ließ man diese Erklärung verkündigen, sondern man theilte sie auch den fremden Ministern in Wien und dem Fürsten Poniatowski mit [250]). Es ist nicht ersichtlich, daß gegen sie von irgend einer Seite Widerspruch erhoben worden wäre.

Während Oesterreich sich in solcher Weise vor den Rückwirkungen der Feindseligkeiten, die zwischen den beiden kriegführenden Mächten bereits begonnen hatten, zu schützen bemüht war, trat plötzlich Rußland mit dem Begehren um Aufklärung über die Haltung, die der Kaiserhof während des Krieges zu beobachten gedenke, an ihn heran. Man besaß in St. Petersburg den Muth, an den Defensivvertrag

vom Jahre 1746 und an dessen Erneuerung im Jahre 1753 zu erinnern, ihn einen unveränderlichen zu nennen und zu behaupten, daß die Beistandspflicht Oesterreichs auch für den gegenwärtigen Krieg aufrecht bestehe. Man knüpfte hieran die doppelte Frage, was Oesterreich thun werde, wenn der König von Preußen seiner Verbündeten, der Kaiserin von Rußland die vertragsmäßig bedungene Truppenhülfe leiste, und ob man in Wien, wenn die polnischen Conföderirten den Königsthron Polens für erledigt erklären sollten, sich vielleicht entschließen werde, an einer Unternehmung zu Gunsten eines sächsischen Prinzen Theil zu nehmen und sie sogar unmittelbar mit gewaffneter Hand zu unterstützen.

Am 11. Mai 1769 legte der russische Gesandte Fürst Galitzin dem österreichischen Staatskanzler diese Fragen zur Beantwortung vor[251]; drei Tage später geschah sie mit Zustimmung der Kaiserin in folgender Weise:

Was den Vertrag von 1746 betreffe, so sei er durch das Verfahren Rußlands im Jahre 1762 zerrissen worden. Die Kaiserin-Königin betrachte ihn als vernichtet und ihre früheren Verpflichtungen zu gemeinsamer Vertheidigung gegen die Pforte als nicht mehr vorhanden. Der letzteren habe sie sich während der ganzen Dauer ihrer Regierung nur zu beloben gehabt. Außerdem bestehe zur Genugthuung der Kaiserin zwischen Oesterreich und der Türkei ein ewiger Friede. Maria Theresia sei daher entschlossen, während des Krieges die strengste Neutralität zwischen den beiden streitenden Mächten, aber freilich nur so lang zu beobachten, als ihr selbst von keiner aus ihnen Unbill widerfahre.

Was die preußische Hülfeleistung an Rußland angehe, so werde sich die Kaiserin derselben nicht widersetzen; sie könnte jedoch die etwaige Absendung preußischer Truppen nach Polen nicht mit gleichgültigem Auge betrachten. In die inneren Angelegenheiten Polens wolle sie sich in keiner Weise mischen. Sie werde sich daher auch an keiner Unternehmung, welche auf die Herbeiführung einer neuen Königswahl abziele, und zwar weder zu Gunsten eines sächsischen Prinzen noch irgend eines Anderen betheiligen[252].

Wie wenigstens Kaunitz behauptet, konnte selbst Galitzin nicht umhin, die ihm ertheilte Antwort als eine würdevolle und als eine solche zu bezeichnen, welche eine Widerlegung nicht zulasse [253]). Maria Theresia aber, die gleichfalls mit der von Kaunitz entworfenen Antwort an Galitzin sehr zufrieden war, fand besonders an ihr zu loben, daß sie auch bei dem Könige von Preußen keinen Anstoß erregen könne [254]). Denn fortwährend hielt sich die Kaiserin die für den kommenden Spätherbst verabredete Zusammenkunft zwischen Friedrich und Joseph und die Beweggründe vor Augen, welche sie zu dem Antrage auf Veranstaltung derselben vermocht hatten. Ja ihr schienen diese Motive durch den Ausbruch und die Fortführung des Krieges zwischen Rußland und der Türkei nur noch beachtenswerther geworden. Darum entsprach es auch vollständig ihren Wünschen, als es endlich nach Josephs Rückkehr aus Italien, und zwar in der zweiten Hälfte des Monats August 1769 zu der schon seit so langer Zeit verabredeten Zusammenkunft des Kaisers mit dem Könige von Preußen kam.

Es ist außer Zweifel gestellt, daß durch Vermittlung des preußischen Gesandten von Rhode in Wien nicht, wie Anfangs vorgeschlagen worden, Glatz, Leobschütz oder Neustadt, sondern Neisse zum Orte der Zusammenkunft bestimmt wurde. Man weiß daß ihr jetzt Joseph mit sehr großem Interesse entgegenging [255]). Und er war es zufrieden, daß ihm Kaunitz eine umfangreiche und mit großer Sorgfalt ausgearbeitete Instruction mit auf den Weg gab. Alle möglichen Fragen waren in ihr berührt, von denen vorhergesehen oder wenigstens vermuthet werden konnte, daß sie zwischen Joseph und Friedrich zur Sprache kommen würden. Ueberall deutete Kaunitz auch die Antwort an, die nach seiner Meinung von dem Kaiser zu geben wäre [256]).

Nach der Ansicht des Staatskanzlers waren es vornehmlich drei verschiedene Zwecke, welche der König bei der Zusammenkunft mit Joseph zu erreichen sich vornehme. Er werde den wahren Beweggrund des Besuches zu entdecken und die Grundsätze zu erforschen sich bemühen, welche für das politische System des Kaiserhofes die leitenden seien. Außerdem werde er trachten, durch alle Mittel, die er für

zweckdienlich ansehe, den Kaiser für die Allianz Oesterreichs mit Frankreich ungünstig zu stimmen.

Nichts werde, meinte Kaunitz, geeigneter sein, die Berechnungen des Königs zu stören und seinem argwöhnischen und mißtrauischen Charakter mit Erfolg zu begegnen, als wenn man seinen Erörterungen und Fragen durch freimüthig und würdevoll vorgebrachte Mittheilungen zuvorkomme. So möge der Kaiser, was seine Beweggründe zur Zusammenkunft angehe, offen erklären, wie sehr es ihn freue, die persönliche Bekanntschaft des Königs, und zwar ebensowohl eines großen Mannes als eines großen Monarchen, seines Nachbars zu machen. Um so lebhafter habe er sie gewünscht, weil er darauf hoffe, durch sie ein wahres und dauerndes Vertrauen sowie ein gutes Einvernehmen zwischen beiden Höfen herbeiführen, die alte Eifersucht aber und den alten Argwohn bis auf die Wurzel vertilgen zu können. Außerdem habe er persönlich dasjenige sehen und bewundern wollen, was die Kriegskunst dem Scharfsinne und den unermüdlichen Bestrebungen des Königs verdanke. Hierauf beschränkten sich jedoch auch die Absichten, welche er durch die Reise nach Neisse zu verwirklichen gedacht habe.

Die erste Gelegenheit müsse ergriffen werden, fuhr Kaunitz fort, um den König von dem unabänderlichen Entschlusse des Wiener Hofes zu überzeugen, festzuhalten an dem Bündnisse mit Frankreich und ihm treu zu bleiben, so lang es nicht zuerst dasselbe verletze. Denn es beruhe auf der richtigen Erkenntniß der Interessen beider Mächte. Nachdem sie sich Jahrhunderte hindurch, selten für sich und fast immer für Andere bekriegt, hätten sie nun nichts mehr von einander zu befürchten und sich hiedurch auch ihren etwaigen sonstigen Feinden gegenüber weit besser gestellt. Ein Geschäft aber, bei welchem beide Theile ihre Rechnung fänden, müsse in der That ein gutes genannt werden.

Das politische System Oesterreichs sei als ein absolut friedliches zu bezeichnen. Um aber den allgemeinen Frieden erhalten und dazu beitragen zu können, daß jede Störung desselben vereitelt werde, müsse Oesterreich bereit sein, jeden Augenblick, wenn es dazu gezwungen würde, zu den Waffen zu greifen. Man betrachte jedoch auch einen

glücklichen Krieg als ein sehr großes Uebel, bei welchem selbst in dem günstigsten Falle stets der Schaden den Nutzen überwiege. Für die beste aller Eroberungen glaube man die Sorge für die Industrie, den Ackerbau und die Finanzen des Staates, für die Bezahlung der Schulden und für die erforderlichen Rüstungen ansehen zu müssen, um etwa mit demselben Nachdrucke Krieg führen zu können, mit welchem man den Frieden erhalten zu sehen wünsche.

Die Aufrechthaltung der Neutralität in Deutschland für den Fall eines Krieges zwischen England und Frankreich wurde auch jetzt wieder als der wichtigste Zielpunkt der Politik Oesterreichs hingestellt. Um dieselbe zu sichern, wurde nicht der Abschluß eines Aufsehen erregenden Neutralitätsvertrages, sondern der Austausch gleichlautender Briefe neuerdings in Vorschlag gebracht. Der Kaiser möge sich anheischig machen, einen Entwurf hiezu vorzulegen, den Kaunitz ihm jetzt schon an die Hand gab. Außer der Zusicherung der Neutralität war darin das Versprechen enthalten, daß wenn einer der beiden Staaten durch irgend einen Schritt des anderen sich beunruhigt und verletzt fühlen sollte, er denselben um freundschaftliche Aufklärung angehen werde, wonach beiderseits auf friedliche Vergleichung hinzuarbeiten sei.

Den Beziehungen Oesterreichs zu den übrigen fremden Mächten sich zuwendend, sprach Kaunitz neuerdings von Frankreich, dann von England, von Rußland, von der Pforte und von Polen. Dem Verfahren, welches Frankreich sowohl während des Krieges als nach demselben gegen Oesterreich beobachtet hatte, wurde auch jetzt wieder lebhafte Anerkennung gezollt. Dennoch sei man weit davon entfernt, fügte Kaunitz hinzu, sich in ein derartiges Abhängigkeitsverhältniß zu Frankreich zu begeben, daß man noch über den Buchstaben der Verträge hinaus Hand in Hand mit ihm gehe. In Constantinopel, in Polen und in Schweden habe man die thatsächlichen Beweise hiefür geliefert.

Auch mit England wünsche man ebenso wie mit allen übrigen Mächten in gutem Einvernehmen zu leben, insoweit dieß mit den gegen Frankreich bestehenden Verpflichtungen vereinbar erscheine. Aber was

auch im Laufe der Zeiten geschehen möge, niemals dürften die Seemächte mit der Hoffnung sich schmeicheln, das Haus Oesterreich in die frühere Unterordnung unter sie zurückkehren zu sehen, so daß sie sich neuerdings seiner als eines gefügigen Werkzeuges zu bedienen vermöchten.

Ohne Zweifel würde Rußland Oesterreichs natürlicher Verbündeter sein, wenn Letzteres der Pforte oder Preußen feindlich gegenüberstünde. Da man jedoch weit hievon entfernt und innige Beziehungen zu Rußland unvereinbar seien mit solchen zu Frankreich, habe man schon während des letzten Krieges der Selbsttäuschung entsagt, zwei Hasen gleichzeitig mit Erfolg jagen zu können. Aus diesem Grunde erneuere man das Bündniß mit Rußland so lange nicht, als nicht der König von Preußen auf den Gedanken gerathe, das seinige mit Frankreich wieder anknüpfen zu wollen.

Hinsichtlich des Krieges zwischen Rußland und der Pforte möge Joseph ungescheut einräumen, daß man das Unterliegen der letzteren erwarte. Nach einem oder zwei Feldzügen werde sie zur Nachgiebigkeit bereit sein, wenn man ihr nur vernünftige Bedingungen zugestehe. Aber auch Rußland werde wohl gern die Hand bieten zur Beendigung eines Krieges, dessen Führung ihm beträchtliche Opfer verursache. Obgleich man in Wien den Wortlaut des türkischen Manifestes bedauere, so könne man darin doch noch keine Kriegserklärung gegen ganz Polen, sondern nur gegen die unbedingten Anhänger Rußlands in Polen erblicken. Man denke an keine Mitwirkung zur Absetzung des Königs Stanislaus oder zur Uebertragung seiner Krone an einen sächsischen Prinzen. Für das beste Mittel zur Beendigung der Unruhen in Polen halte man eine von Rußland auszustellende Erklärung, in der es sich in befriedigender Weise ausspräche über seine Gewährleistung der polnischen Verfassung und die Zugeständnisse für die Dissidenten. Eine allgemeine Conföderation, an welcher auch der König Theil nähme, sollte die vollständige Räumung alles polnischen Gebietes von fremden Truppen verlangen, sie möchten russische, türkische oder andere sein. Hiedurch würde die Veranlassung zu dem gegenwärtigen Kriege beseitigt und ein zukünftiger verhütet. Um den Krieg zu beenden, habe Oesterreich seine Vermittlung angeboten und

sei bereit, dieß neuerdings zu thun. Doch lechze es keineswegs nach einer solchen Rolle, denn es wisse daß es hiebei meistens auf die Beleidigung des einen oder des anderen der zwei kriegführenden Staaten und manchmal sogar Beider hinauskomme. Von Seite Frankreichs, Englands und Preußens seien gleichfalls Vermittlungsversuche bei der Pforte gemacht worden. Dieselben hätten von Oesterreich gewiß keine Störung zu befahren.

Besondere Aufmerksamkeit wandte Kaunitz bei den Rathschlägen, die er dem Kaiser in Bezug auf dessen Zusammenkunft mit Friedrich ertheilte, den Reichsangelegenheiten zu. Aus der Art und Weise, in der sich nach seiner Meinung Joseph über sie aussprechen sollte, ist leicht zu entnehmen, wie nothwendig es dem Staatskanzler erschien, daß die Aeußerungen des Kaisers dem Geschmacke des Königs von Preußen so viel als nur immer möglich sich anpassen sollten. Er wisse wohl, hätte ihm Joseph zu erklären, wie thöricht es wäre, wenn der Besitzer einer Wahlkrone übergroße Anstrengungen mache, um etwas mehr oder weniger Autorität zu erlangen. Denn die Gegenwart entscheide ja nichts über die Zukunft, welche bei jeder neuen Wahl durch die Capitulation geregelt werde. Allzu gut kenne der Kaiser die Anschauungen und die Denkungsweise der Mehrzahl der deutschen Fürsten und Stände, um nicht zu wissen, daß sie ihm niemals für irgend etwas dankbar sein würden, wozu er durch das Bestreben veranlaßt werden könnte, die Ordnung, die Gesetze und die Reichsverfassung aufrecht zu erhalten. Man könne sich jedoch nicht ohne einen gewissen inneren Vorwurf der Erfüllung der Pflichten entziehen, welche mit dem Posten verbunden seien, den man einmal einnehme. Darum habe der Kaiser, der Unannehmlichkeiten überdrüßig, auf welche er bei jedem Schritte zur Durchführung von Maßregeln stoße, deren Oesterreich am Ende weniger dringend als die meisten übrigen Reichsstände bedürfe, den Entschluß gefaßt, künftighin Alles gehen zu lassen wie es eben gehe. Da man sich jedoch nach seiner Meinung in den öffentlichen Geschäften niemals übellaunig zeigen dürfe, und man durch Ehre und Gewissen verpflichtet sei, wenigstens das Beste zu thun, das man überhaupt thun könne, sei der Kaiser entschlossen, die in seiner Wahl-

capitulation eingegangenen Verbindlichkeiten treu zu erfüllen, was auch daraus entstehen möge, und zu gar nichts die Hand zu bieten, was ihm in den Augen der Nachwelt zum Vorwurfe gereichen könnte.

Was die confessionellen Angelegenheiten im deutschen Reiche betraf, sollte Joseph nach der Meinung des Staatskanzlers dem Könige von Preußen offen erklären, das Uebel bestünde großentheils darin, daß die Protestanten vergäßen, der Kaiser bekleide diese Würde nicht allein für sie, sondern auch für die Katholiken. Er sei weit davon entfernt, den Einen oder den Anderen Unrecht thun zu wollen. Er habe dieß erst kürzlich erklärt, und die Protestanten würden gewiß die Wirkungen dieser Zusage an sich erproben, wenn sie nur selbst gerecht und vernünftig sein wollten.

Noch andere höchst wichtige Fragen, wie das etwaige Erlöschen des Mannsstammes in dem kurfürstlich baierischen Hause, die vermeintlichen Bestrebungen des Königs zur Vereinigung von Ansbach und Bayreuth mit seinem Stammlande sowie zur Regelung der Erbfolge in demselben waren in der Instruction des Staatskanzlers wenigstens im Vorbeigehen berührt. Kaunitz schloß sie, indem er neuerdings auf die Möglichkeit der Herbeiführung eines engeren Einverständnisses zwischen Oesterreich und Preußen zurückkam. Seiner Ansicht nach sollte der Kaiser dem Könige sagen, ein solches zu Stande zu bringen würde ebenso wenig unmöglich sein als es der Abschluß der Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich gewesen. Es bedürfe hiezu nur eines gegenseitigen und vollständigen Vertrauens, eines gewissen Billigkeitsgefühles, der Ablegung von Voreingenommenheiten und Leidenschaftlichkeiten, staatsmännischer Berechnung und großer Vorsicht in Allem was man sage, thue und vorschlage. Weit davon entfernt Alles auf sich selbst zu beziehen, müsse man sich immer an die Stelle des Anderen setzen. Das sei die Methode, welche seit zwölf Jahren die Stütze des Bündnisses mit Frankreich bilde. Sie würde in gleicher Weise diejenige eines guten Einvernehmens zwischen Oesterreich und Preußen sein, das man in Wien nicht nur als möglich, sondern auch als nützlich betrachte. Denn es würde beide Mächte in die Lage bringen, daß sie

von Niemand etwas zu befürchten hätten und die Schiedsrichter über Krieg und Frieden sein würden.

Das ist der wesentliche Inhalt der Instruction, mit welcher ausgerüstet Joseph sich unter dem Namen eines Grafen von Falkenstein am 19. August 1769 auf den Weg machte. Sein Schwager Prinz Albert, der Oberststallmeister Graf Johann Karl Dietrichstein, der Feldmarschall Graf Lacy, die Generale Laudon, d'Ayasasa, Althan und Nostitz begleiteten den Kaiser. In dem Lager bei Olschan, unweit von Olmütz, wohnte Joseph den Manövern der Truppen bei, und am 25. August um die Mittagszeit traf er in Neisse ein [257]), wo er trotz der dringenden Einladung Friedrichs nicht bei ihm, sondern im Gasthause abstieg. Von dort begab er sich unmittelbar zum Könige, den er in einem zahlreichen Kreise von Offizieren traf. Der Kaiser umarmte den König sowie den Prinzen Heinrich und den Prinzen von Preußen; auch der Markgraf von Ansbach und die Generale Tauenzien und Seydlitz, dann der dirigirende Minister in Schlesien, Schlaberndorf, waren anwesend. Nach einer kurzen und ziemlich einfachen Bewillkommung begaben sich beide Monarchen in das Zimmer des Königs, wo sie allein blieben. Alsbald begann das politische Gespräch zwischen ihnen; der König eröffnete es mit der Versicherung seines lebhaften Wunsches, mit Oesterreich in dauernder und aufrichtiger Weise gute Beziehungen zu unterhalten. Dann ging man zum Mittagessen, bei welchem als an einem Freitage des Kaisers wegen nur Fastenspeisen aufgetragen wurden. Aus Neugierde wolle auch er einmal fasten, bemerkte spöttisch der König, um zu sehen, ob er durch Vermittlung seines Magens sein Seelenheil gewinnen könne [258]).

Nach dem langdauernden Mittagessen, bei welchem Friedrich äußerst gesprächig gewesen, redete er mit den österreichischen Generalen, insbesondere mit Lacy. Großes Vergnügen bereite ihm, sagte er, die Bekanntschaft Althans, weil derselbe dereinst Generaladjutant des Grafen Traun gewesen, der ihn, fügte der König hinzu, freilich auf seine eigenen Kosten die Kriegskunst gelehrt habe. Dabei fiel es auf, daß Friedrich den Feldzeugmeister Laudon weit weniger auszeichnete, als es erwartet worden war [259]).

Kaum war der Kaiser nach seiner Wohnung zurückgekehrt, so folgte ihm Friedrich dorthin, und neuerdings begann zwischen ihnen ein Gespräch, das länger als drei Stunden dauerte. Joseph brachte den König auf die Schlachten des vergangenen Krieges, und ausführlich erzählte Friedrich den Verlauf der meisten derselben. Er leugnete daß Zieten die Torgauer Schlacht gewonnen, und versicherte daß er selbst mit drei Bataillonen die Höhen von Süptitz besetzt habe. Er erklärte, daß wenn er bei Hochkirch früher benachrichtigt worden wäre, er die Schlacht wiederhergestellt und sie nicht verloren haben würde. Er tadelte die Dispositionen der Oesterreicher bei Leuthen und die vermeintliche Sorglosigkeit des Feldmarschalls Browne bei Prag [260]). Glänzendes Lob zollte er der Tactik der verstorbenen Feldmarschälle Traun und Daun. Er lobte auch einige Märsche Lacy's, sowie Laudons Benehmen bei Kunersdorf.

Beide Monarchen sprachen nun viel von ihrem Wunsche, den Frieden erhalten zu sehen, und Joseph vertraute dem Könige die Maßregeln an, die man zur Mobilmachung der österreichischen Armee getroffen habe; sie sei jetzt auch vollkommen kriegsbereit. Der Kaiser behauptet, dieß habe einigen Eindruck auf den König hervorgebracht. Friedrich entgegnete, er habe sich in seiner Jugend durch seinen Ehrgeiz bestimmen lassen und sogar schlecht gehandelt. Er wisse daß man in Wien ihn für falsch halte und er sei es auch gewesen. Er habe diese üble Meinung vollauf verdient, sei jedoch durch die Umstände hiezu gedrängt worden. Jetzt denke er besser und habe sich in dieser Beziehung geändert; Zeuge dessen habe er soeben die günstigste Gelegenheit zum Kriege vorübergehen lassen. Denn Rußland dränge ihn auf den bloßen Verdacht hin, daß Sachsen dem Könige Stanislaus in Polen entgegenarbeite, das Kurfürstenthum mit seinen Truppen zu besetzen. Er aber habe sich alle Mühe von der Welt gegeben, Rußland hievon abzubringen; darin liege ohne Zweifel ein Beweis seiner Humanität.

Von den Fragen nichtpolitischen Inhaltes, welche Friedrich an diesem Tage an den Kaiser richtete, sei nur diejenige um die Ansicht Josephs über die Jesuiten erwähnt. „Ich sagte ihm", schreibt der

Kaiser selbst, „daß wir sie hochachten. Der König lobte sie hierauf „unendlich und meinte, man müßte nur Busenbaums Buch und die „darin enthaltenen Vorschläge einer Abänderung unterziehen.“

Am folgenden Tage, dem 26. August, war große Revue der versammelten preußischen Truppen; am 27. und 28. fanden Manöver statt, bei denen Tauenzien das Fußvolk und Seydlitz die Cavallerie commandirten. Inzwischen unterhielt der König ein fast unaufhörliches Gespräch mit dem Kaiser, so daß Joseph behauptet, er habe von je vier und zwanzig Stunden wenigstens sechzehn mit Friedrich geredet. Auf alle möglichen Dinge kamen sie dabei; Friedrich erzählte gern von seinen eigenen Erlebnissen und zwar nicht bloß von denjenigen im Kriege. Er sprach von seinen Verbindungen mit Voltaire und Maupertuis und von dem was mit ihnen sich zutrug. Er bedauerte den Verlust Algarotti's und meinte, daß er nur mehr d'Argens und Bastiani besitze, mit welchen zu leben es ihn freue. Er kam auch auf die inneren Angelegenheiten seines Reiches; sein neues Strafgesetzbuch nannte er „unfehlbar“, und er pries die durch dasselbe herbeigeführte Beschleunigung des Verfahrens. Er sprach von seinen Maßregeln zur Wiederbevölkerung seines Landes, zur Belebung des Handels. Hie und da gab er auch dem Kaiser Andeutungen über dasjenige, was er ihm rathe. Er möge sich nicht mit verhältnißmäßig geringfügigen Dingen überlasten, sondern seinen Blick auf das Große und Ganze gerichtet halten. Er lobte das Benehmen Josephs gegen seine Mutter und empfahl ihm dringend, dasselbe auch in Zukunft zu beobachten. Von der Kaiserin und von Kaunitz sprach er mit sehr großer Hochachtung; den Letzteren nannte er den ersten Staatsmann Europa's.

So viel und so vielerlei nun auch die beiden Monarchen während ihres fast viertägigen Beisammenseins mit einander sprachen, so standen hiebei doch natürlicher Weise die Fragen der Politik bei weitem in vorderster Reihe. Ueber den Hergang und die Ergebnisse dieser Erörterungen besitzen wir von Joseph selbst ausführlichen Bericht. Ihm zufolge legte Friedrich das meiste Gewicht auf seine eigene Stellung zu Rußland und auf die Haltung, welche Oesterreich gegen diese Macht beobachten solle. Er gab sich die unglaublichste Mühe, den Kaiser mit

der Ueberzeugung von der Furchtbarkeit Rußlands zu durchdringen. Als Joseph auf die außergewöhnlichen Talente der Kaiserin Katharina zu reden kam, räumte Friedrich dieß ein, doch meinte er daß gerade ihr Ehrgeiz wesentlich dazu beitrage, Rußland noch gefährlicher zu machen. Er war wohl geschmeichelt, als Joseph behauptete, man sei in Oesterreich wegen Rußland nicht beunruhigt, indem ja doch Preußen die Vorhut gegen dasselbe bilde. Aber er antwortete, man werde dereinst der Kraft ganz Europa's bedürfen, um Rußland im Zaume zu halten. Es schien ihm nicht zu gefallen, als er sah daß seine Warnungen vor Rußland nur geringen Eindruck auf den Kaiser hervorbrachten. Und er gab gleichsam widerwillig zu, daß in Ermanglung eines Bündnisses mit Oesterreich ihm dasjenige mit Rußland nothwendig sei, daß es ihn jedoch theuer zu stehen komme und ihm oft lästig genug falle.

Auf dasjenige, was die Pforte und Polen sowie den gegenwärtigen Krieg der Ersteren gegen Rußland anging, ließ der König von Preußen sich nur sehr wenig ein. Von den Türken sprach er mit der äußersten Verachtung und betheuerte, mit ihnen in gar keiner Verbindung mehr zu stehen. Während des letzten Krieges sei er hiezu genöthigt gewesen, indem er keinen anderen Ausweg besaß. Er zweifelte nicht daran, daß der Ausgang des Krieges der Pforte sehr ungünstig sein und daß sie ohne die Vermittlung irgend einer anderen Macht Frieden schließen werde. Er trachtete den Kaiser zu bereden, daß Oesterreich sich bemühen müsse, mit der Vermittlung betraut zu werden, denn sonst würde Rußland auch noch die Abtretung Oczakows von den Türken erzwingen. Der einzige Weg, um Oesterreich die Vermittlung zuzuwenden, bestehe darin, daß die Pforte sie begehre, denn von russischer Seite würde dieß niemals geschehen. Und als Joseph entgegnete, beide kriegführenden Mächte hätten Oesterreichs Vermittlung zu verlangen, meinte Friedrich, Rußland werde sich nie hiezu herbeilassen. Denn es sei sehr wohl im Stande, den Krieg noch fortzuführen, und habe auch beträchtliche Geldsummen zur Verfügung.

Was Polen betraf, erklärte König Friedrich, und zwar in geradem Gegensatze zu der in Wien herrschenden Meinung, daß man

nur ja nicht an den gesetzlichen Einrichtungen rütteln möge, welche die Kaiserin von Rußland dem letzten polnischen Reichstage auferlegt habe. Enthalte man sich dessen, dann werde es leicht sein, sich mit ihr über andere Mittel zur Wiederherstellung der Ruhe in Polen zu verständigen. Er frug Joseph, ob er von dem lebhaften Wunsche Oesterreichs, daß es in Polen und der Türkei baldigst zum Frieden komme, nach Rußland hin Mittheilung machen dürfe. Der Kaiser aber entgegnete, es sei ihm vollkommen gleichgültig, was der König nach Rußland schreibe, und er möge seine Benachrichtigung dorthin nur ganz nach eigenem Ermessen einrichten.

Von dem etwaigen Aussterben des Mannsstammes im kurfürstlich baierischen Hause, von der Vereinigung von Ansbach und Bayreuth mit Preußen, von seiner eigenen Erbfolgeordnung sprach Friedrich kein Wort, um so mehr aber von der Neutralität, welche Oesterreich und Preußen für den Fall eines Krieges beobachten, und von Verabredungen, welche sowohl in dieser Beziehung als für die Herstellung eines für beide Theile befriedigenden Einvernehmens getroffen werden sollten. Dieß bildete denn auch den eigentlichen Gegenstand der Verhandlungen zwischen beiden Monarchen. Nicht ohne innere Befriedigung mag der König aus dem Munde des Kaisers die so oft schon schriftlich gegebene Versicherung vernommen haben, daß Oesterreich auf die Wiedererwerbung Schlesiens völlig verzichtet habe. Aber er vermochte sein Mißtrauen gegen die Wahrheit dieser Betheuerung doch nicht ganz zu unterdrücken. Als Joseph behauptete, die Vortheile, welche sie sich gegenseitig ohne Schwertstreich verschaffen könnten, seien mehr werth als der Besitz Schlesiens für den einen und derjenige eines Stückes von Böhmen für den anderen Theil, stimmte Friedrich zwar zu, aber dieß geschah doch nur in sehr zurückhaltender Weise. Er versicherte den Kaiser, es wäre ihm unmöglich sein Feind zu sein. Aber er fühle doch auch wie schwer es sei, zu einem wiederversöhnten Gegner Vertrauen zu fassen. Mit der Zeit könne es jedoch durch das deutsch-patriotische System, wie er es nannte, hiezu kommen. Mit jugendlichem Feuer schilderte ihm dagegen Joseph den gewaltigen Eindruck, den die bloße Nachricht von der Verbindung zwischen Oesterreich und

Preußen in ganz Europa hervorbringen würde. Vom adriatischen bis zum baltischen Meere vermöchte man eine Schutzwehr aufzustellen zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe. Beide Mächte könnten ihre Heere vermindern und dadurch die Lasten ihrer Völker erleichtern. Er rathe nicht hiezu, bemerkte Friedrich kühl, denn man könne niemals für die kommenden Ereignisse gut stehen.

Auch hinsichtlich der Punkte, auf welche es vor Allem ankam, verständigten Joseph und Friedrich sich weniger leicht, als man erwarten zu dürfen geglaubt hatte. Um zwei Verabredungen handelte es sich: Oesterreich und Preußen hätten sich nicht nur unbedingte Aufrechthaltung des zwischen ihnen bestehenden Friedens, sondern auch die Beobachtung gewissenhafter Neutralität in Kriegen zu geloben, welche zwischen anderen Mächten geführt würden. Auf Ersteres erklärte Friedrich rückhaltslos eingehen zu wollen, während Letzteres bei ihm vielfache Bedenken erregte. Ein solches Versprechen schien ihm zu weitgehend zu sein und ihm für künftige Kriege gewisse Verpflichtungen aufzuerlegen, denen er sich nicht unterziehen wollte. Außerdem besorgte er, und das mag wohl entscheidend für ihn gewesen sein, eine solche Verabredung könnte ihm, wenn sie in Rußland bekannt würde, dort Verlegenheiten zuziehen. Er verlangte daher, daß der Entwurf des mit dem Kaiser auszuwechselnden Briefes, welchen der Letztere ihm vorlegte, durch einen ungleich farbloseren ersetzt werde, und Joseph ging, um den König nicht mißtrauisch zu machen, bereitwillig hierauf ein. In den ganz eigenhändig geschriebenen Briefen, welche der Kaiser und der König von Preußen mit einander austauschten, war daher nichts weiter gesagt, als daß beide Monarchen die vollständige Wiederversöhnung zwischen ihren Häusern mit Freude begrüßten. Es würde ihnen unmöglich sein, sich jemals wieder feindlich gegenüber zu stehen, und sie wünschten nur, daß ihre Annäherung eine immer vollständigere werde. Wenn zwischen England und dem Hause Bourbon oder anderswo ein Krieg ausbräche, so würden sie den zwischen ihnen bestehenden Frieden gewissenhaft aufrecht erhalten und gegen ihre wechselseitigen Besitzungen strenge Neutralität beobachten.

Hierin bestand vornehmlich das politische Resultat der Reise des Kaisers nach Neisse; es kann in jeder Beziehung nur ein äußerst geringfügiges genannt werden. Was hingegen Josephs militärische Wahrnehmungen betrifft, so zogen sie natürlich eben so sehr den König selbst als dessen Truppen in ihren Kreis. „Wenn der König von der „Kriegskunst spricht", schrieb der Kaiser von ihm, „die er wahrhaft zum „Gegenstande seiner Studien gemacht und über welche er alles nur „immer Denkbare gelesen hat, dann ist Alles nervig, solid und gleich„zeitig höchst belehrend. Da findet man keinen Wortkram; die Behaup„tungen, die er aufstellt, weiß er durch die Thatsachen und die Ge„schichte zu beweisen, von der er eine sehr ausgedehnte Kenntniß besitzt. „Sein bewunderungswürdiges Gedächtniß gibt ihm fortwährend Bei„spiele an die Hand, die in so vielen Kriegen gemachten Erfahrungen „aber lassen ihn jederzeit für sie die richtige Anwendung finden."

Was die Truppen betraf, so meinte Joseph den preußischen Offizieren den Vorzug vor den österreichischen zugestehen zu sollen, weil sie gewandter und thätiger seien und dasjenige besser ausführten, was man ihnen befehle. Im Uebrigen stimmte er dem Urtheile Lacy's zu, welcher meinte, man sehe es den preußischen Truppen an, daß sie sich von den während der letzten Kriege erlittenen Verlusten noch nicht erholt hätten. Das Fußvolk bestehe aus mittelgroßen Leuten, die Cavallerie aber sei gut beritten und ausgerüstet; sie manövrire mit Lebhaftigkeit und mit Präcision. Nur die Husaren seien sehr schlecht beritten gewesen.

Bei den Manövern sei gar nichts vorgekommen, was die Bewunderung eines Militärs hätte erregen und ihm auch nur neu erscheinen können. Nichts habe die Meisterhand verrathen, die sie geleitet. Verschiedene Dinge seien besser gemacht worden, als dieß in Oesterreich geschehe; es sei jedoch auch das Umgekehrte der Fall gewesen. Dürften daher auch die Oesterreicher nicht von sich behaupten, daß sie die Preußen überträfen, so könnten sie doch sagen, daß sie ihnen zum mindesten gleichkämen [261]).

Was schließlich die allgemeinen Bemerkungen des Kaisers über den König von Preußen angeht, so ließ er der Fülle von Artigkeiten,

mit der ihn Friedrich überhäufte, volle Gerechtigkeit widerfahren. Er hob hervor, daß der König stets mit dem Anschein größter Freundschaft und Aufrichtigkeit mit ihm geredet habe, aber er konnte sich doch nicht mit der Ueberzeugung durchdringen, daß es damit auch aufrichtig gemeint sei. Allerdings scheine er den Frieden zu wünschen, aber nicht aus Herzensgüte, sondern weil er kaum einen Krieg mit Aussicht auf Gewinn führen könne. Friedrich sei ein Genie und ein Mann, der wunderbar zu reden verstehe. Aber bei Allem, was er sage, fühle man doch heraus, daß man es mit einem Schurken zu thun habe [262].

Einen besonders ungünstigen Eindruck brachte auf den Kaiser das Verhältniß hervor, in welchem der König zu seinem Bruder und zu seinem Neffen zu stehen schien. Prinz Heinrich trug trotz einer fast sclavischen Unterwürfigkeit doch gleichzeitig auch die größte Unzufriedenheit mit dem Könige zur Schau. Offen beklagte er sich bei dem Kaiser, daß Friedrich schon vor mehreren Jahren seine Brüder gezwungen habe, ihren Ansprüchen auf die Markgrafthümer Ansbach und Bayreuth zu entsagen. Sie seien hiedurch willkürlicher Weise der Rechte beraubt worden, welche die alten Hausgesetze ihnen zusprächen.

Je weniger Prinz Heinrich den Unmuth, welchen er gegen seinen Bruder, den König im Herzen trug, vor dem Kaiser verbarg, um so offener sagte er ihm auch, daß er all seine Hoffnungen, all seine Erwartungen auf seinen Neffen, den Prinzen von Preußen gesetzt habe. Den Letzteren nannte Joseph den schönsten Mann, den man nur sehen könne. Er sei fast sechs Fuß hoch, stark gebaut, voll Gesundheit und voll Kraft; gerade das Gegentheil des Prinzen Heinrich, der klein sei und häßlich. Während jedoch der Letztere ungemein gut, wenngleich mit einem Anstrich von Affectation und Steifheit spreche [263], sei dieß bei dem Prinzen von Preußen weit weniger der Fall und eine gewisse Verlegenheit an ihm bemerkbar. Auch an ihm nahm der Kaiser eine ihm unbegreiflich erscheinende Unterwürfigkeit gegen den König wahr, und von beiden Prinzen behauptet Joseph, daß sie, wenn das Mittagessen auch mehrere Stunden gedauert habe, doch kein Wort über ihre Lippen zu bringen gewagt hätten.

Unter diesen Umständen begreift es sich leicht, daß der Kaiser von sich selbst sagt, er wisse nicht was ihn mehr gefreut habe, die Fahrt nach Neisse oder die Abreise von dort[264]). Unmittelbar nach dem letzten Manöver wurde Abschied genommen. „Derselbe fand", berichtet Prinz Albert in seinen Memoiren, „nicht ohne vielfache Um„armungen und Freundschaftsversicherungen statt, aber auch nicht ohne „daß Jeder bei sich selbst gedacht hätte, diese Kundgebungen würden „nicht hindern, daß wir uns eines vielleicht nicht sehr entfernten Tages „wieder beim Kragen packen würden. Voll solcher Betrachtungen schlu„gen wir die Straße von Neisse nach Glatz ein, wo wir des Nach„mittags ankamen. Hier stiegen wir, der Kaiser und ich zu Pferde „und setzten unseren Weg bis Nachod in Böhmen fort, wo wir spät „in der Nacht höchst ermüdet eintrafen"[265]).

Die Reisenden begaben sich hierauf nach Kolin, wo sie einige Tage hindurch den Manövern beiwohnten. Dann geschah das Gleiche in Prag und am 9. September kam Joseph wieder nach Wien.

Begreiflich ist die Spannung, mit welcher Maria Theresia den Berichten ihres Sohnes über seine Zusammenkunft mit Friedrich entgegensah. Sie verweilte damals mit ihren Töchtern Marianne, Elisabeth und Antonie für einige Tage auf dem Schlosse Goldegg bei St. Pölten, das dem Fürsten Auersperg gehörte und wo tausend schmerzliche und wehmüthige Erinnerungen an ihren verstorbenen Gemal die Seele der Kaiserin durchzogen. Als Josephs erster Brief aus Kolin und das demselben beigefügte Journal bei ihr eintrafen, sandte sie dieselben unverzüglich an Kaunitz, der sich zur Erholung auf seinem Besitzthum Austerlitz in Mähren befand. Wir kennen den Brief nicht, welchen Maria Theresia gleichzeitig an den Staatskanzler richtete, doch muß er, nach dessen Antwort zu urtheilen, neuerdings in den vertrauensvollsten und wohlwollendsten Ausdrücken abgefaßt gewesen sein. Schon am 8. September 1769 legte Kaunitz der Kaiserin seine Bemerkungen über den Verlauf und das Resultat der Zusammenkunft vor. In einem nur für Maria Theresia, und in einem zweiten, auch für Joseph bestimmten Briefe sind sie enthalten; außerdem fügte Kaunitz noch besondere „Betrachtungen" über die einzelnen Punkte der Gespräche

und Abmachungen des Kaisers mit dem Könige von Preußen hinzu. Es versteht sich von selbst, daß er dasjenige, was ihm am wichtigsten schien, in seinem vertraulichen Schreiben an Maria Theresia besprach. Da hob er vor Allem die scharfe Aeußerung Josephs über Friedrich hervor, daß der König zwar ein Genie sei und wunderbar spreche, daß man aber aus Allem, was er sage, doch den Schurken herausfühle.

Wenn der Kaiser, ließ sich nun Kaunitz vernehmen, in Wahrheit so denke über den König von Preußen, dann müsse die Zusammenkunft in weit höherem Maße einen guten als einen üblen Eindruck hervorgebracht haben. Denn es scheine doch unmöglich, daß man zu seinem Helden und zu seinem Vorbilde einen Mann machen könne, von dem man eine so gehässige Meinung hege. Neben diesem Urtheile müßten die Lobsprüche, welche der Kaiser an anderen Stellen der Genialität, dem Geiste, den Kenntnissen und den Erfahrungen des Königs, so wie der Annehmlichkeit seines Umganges zolle, nur als gerechte Anerkennung seiner wirklichen Vorzüge angesehen werden. Alles in Allem genommen, scheine daher kein Anlaß für die Kaiserin vorhanden zu sein, sich über die Wirkungen der Zusammenkunft ihres Sohnes mit dem Könige von Preußen irgendwie zu beunruhigen[266]).

Auch einige der sonstigen Bemerkungen des Staatskanzlers über die Aeußerungen Friedrichs sind so charakteristisch, daß sie wohl nicht ganz mit Stillschweigen übergangen werden dürfen. In dem, was der König über Zieten, über Browne, über Lacy und Laudon sagte, erblickt Kaunitz ein Kennzeichen seiner Eifersucht und einen neuen Beweis, daß auch große Männer von kleinen Schwächen nicht frei seien. Er hält es für gut, wenn Friedrich die Ueberzeugung gewonnen habe, daß Oesterreich nöthigen Falles jeden Augenblick Krieg führen könne, und er lobt daher die vertraulichen Aeußerungen, welche der Kaiser in dieser Beziehung gegen den König gethan. Die Betheuerung des Letzteren, er habe jetzt die schönste Gelegenheit zum Kriege gehabt, hält Kaunitz für unwahr. Wäre dem jedoch auch nicht so, so könne doch der Umstand, daß er sie unbenützt gelassen, nicht als ein Beweis seiner Humanität gelten, sondern eine Kriegführung, wie er sie andeute, hätte eine offene Ungerechtigkeit genannt werden müssen.

Ohne Zweifel fürchte der König, fährt Kaunitz fort, die Russen weit weniger, als er sie Oesterreich furchtbar erscheinen lassen wolle. Wovor er aber in Wahrheit Furcht hege, das sei die Möglichkeit, daß Oesterreich sich Rußland neuerdings nähere und ihm dessen Bündniß entziehe. Es liege ihm daher unendlich viel daran, den Kaiserhof zu Schritten zu verleiten, durch welche jede Wiederanknüpfung seiner früheren Verbindung mit Rußland für alle Zukunft unmöglich gemacht würde.

Daß der König den ihm von dem Kaiser vorgelegten Entwurf des zwischen ihnen auszutauschenden Briefes nicht angenommen, sondern einen viel nichtssagenderen an dessen Stelle gesetzt hatte, wollte Kaunitz gar nicht zu Sinn. Er hob die Bedeutungslosigkeit der Phrase hervor, daß man die Neutralität der beiderseitigen Länder gewährleiste. Nicht einmal diejenige ganz Deutschlands sei dadurch sichergestellt. Wenn jetzt Frankreich bei einem etwaigen Kriege mit England an die Besetzung Hannovers schreiten wollte, könnten weder Oesterreich noch Preußen sich dem widersetzen. Dadurch schrumpfe aber das ganze Versprechen, welches der Kaiser und der König von Preußen sich gegeben, zu einer einfachen Bekräftigung der Verpflichtung zur Aufrechthaltung des Friedens zusammen, wie sie in allen Tractaten enthalten sei. Jene wechselseitigen Zusagen hätten also an dem bisherigen Stande der Dinge nicht das Mindeste geändert. Es käme somit fast darauf hinaus, daß es gleichgültig erscheine, ob die Zusammenkunft überhaupt stattgefunden habe oder nicht. Das Beste daran sei, daß sie auf den Kaiser den gewünschten Eindruck hervorgebracht zu haben scheine, von welchem man sich für die Zukunft vielleicht vortheilhafte Wirkungen versprechen dürfe [267]).

Es ist des harten Urtheils Erwähnung geschehen, das der Kaiser gegen seine Mutter über den König von Preußen fällte. Günstiger war die Meinung, welche Friedrich in vertraulichen Mittheilungen über Joseph aussprach. An seinen Minister Finkenstein schrieb er unmittelbar nach der Zusammenkunft: „Der Kaiser ist ein Mann von „lebhaftem Geist und liebenswürdigem gewinnendem Wesen. Er hat „ernsthaften Sinn für das Militär. Er hat mich versichert, daß er „Schlesien vergessen habe, was ich nach Gebühr zu würdigen weiß. Er

„hat mir dann eine gegenseitige Reduction der Armee vorgeschlagen, „was ich so höflich als möglich abgelehnt habe. Er ist von Ehrgeiz „verzehrt. Ich kann im Augenblick noch nicht sagen, ob er es auf „Venedig, Baiern oder Lothringen abgesehen hat. Aber es ist sicher, daß „Europa in Flammen stehen wird, sobald er zur Herrschaft gelangt [268])."

Wenige Tage später berichtet der österreichische Geschäftsträger in Berlin, es sei ihm die zuverlässige Nachricht geworden, daß der Kaiser durch sein freimüthiges und offenes Benehmen den König vollständig für sich eingenommen habe [269]).

Achtes Capitel.

Die zweite Zusammenkunft.

Wenn Kaunitz gleich nach dem Empfange der ersten Berichte über die Zusammenkunft beider Monarchen in Neisse die Meinung aussprach, dieselbe habe gar kein Ergebniß geliefert, so scheint er hierin doch nicht ganz richtig gesehen zu haben. Der erst vor Kurzem bekannt gewordene Wortlaut der Briefe, welche hierüber zwischen dem Könige und dem Prinzen Heinrich gewechselt wurden, bringt einen anderen Eindruck hervor. Aus ihnen läßt sich auch entnehmen, was Joseph mit Stillschweigen übergeht, daß schon in Neisse eine zweite Begegnung verabredet wurde, welche auf österreichischem Gebiete, und zwar in der Nähe von Brünn stattfinden sollte. „Ich gehe auf Alles dieß ein", schrieb Friedrich seinem Bruder, indem er ihm jene Mittheilung machte, „um ein aufrichtiges Einverständniß zwischen den beiden Häu„sern anzubahnen und die Geister auf engere Bande vorzubereiten, „zu denen mit der Zeit die ehrgeizigen Absichten der Russen Anlaß „geben können. Demgemäß werde ich auch noch weiterhin Zusammen„künfte einleiten, um ganz allmälig einen Schritt nach dem anderen „vorwärts zu kommen und mich in dem Vertrauen des Kaisers, und „wenn es möglich ist, seiner Mutter zu befestigen. Wenn mir dieß nicht „gelänge, würde ich nur meine Mühe verloren haben" [270]).

Bemerkenswerth ist es, daß Prinz Heinrich diese Mittheilung seines Bruders in dem gleichen Sinne und wenigstens zum Theile fast mit denselben Worten beantwortete, in denen Joseph sich gegen den König

in Neisse ausgesprochen hatte. Der Plan, ein gutes Einverständniß mit dem Kaiser herbeizuführen, sei groß, nützlich und heilsam; zwei Mächte wie Oesterreich und Preußen könnten alle Unternehmungen durchführen, wenn sie nur einmal einig wären über ihre gegenseitige Emporhebung. Der Krieg könnte dann nicht mehr so erschöpfend und der Friede müßte so langdauernd sein, als sie es begehrten. Zwischen die nordischen Mächte und Frankreich, England und Spanien gestellt, würden sie auch diesen eine Brustwehr entgegensetzen. Ihre Einigung würde eine sichere und wahrhafte sein, wenn das Vertrauen bis zu dem Punkte befestigt sein würde, daß Joseph und Friedrich das Reich nach dem Beispiele des Octavius und Lepidus theilten. „Nichts wünsche „ich mehr", fügte Heinrich hinzu, „und ich bin überzeugt, daß dieß „das größte Glück und die höchste Erhebung wäre, zu der Du „gelangen könntest" [271]).

Ob eine solche Theilung des Reiches, wie sie fast ein Jahrhundert nachher als politisches Project neuerdings auftauchte, dem Sinne Josephs entsprochen hätte, mag freilich dahingestellt bleiben. Friedrich aber entgegnete seinem Bruder, er habe erwartet, daß er über ihn und seinen letzten Brief so wie über die weitaussehenden Projecte spotten werde, welche ein Greis entwerfe, der dem Grabe sich nähere. „Nicht „ich, glaube es mir, lieber Bruder", fährt der König gleichsam prophetisch fort, „nicht ich werde die Einigung des Hauses Oesterreich „mit dem unsrigen zur Reife zu führen vermögen. Nicht nur daß die „Zeit die Erinnerung an das Geschehene auslöschen muß: ein voll„ständiges Vertrauen muß Platz greifen und die Kaiserin muß die „Gewohnheit, mich zu hassen, die sie sich seit dreißig Jahren zu eigen „gemacht hat, aufgeben. Und nun frage ich Dich, lieber Bruder, ohne „Rückhalt, ob man sich nahe an sechzig Jahren vernünftiger Weise „schmeicheln kann, die Dinge zu diesem Ziele zu führen. Hiezu treten „noch andere Betrachtungen. Ist es nicht die Allianz, in der wir mit „Rußland uns befinden, welche die Oesterreicher nöthigt, sich gut mit „uns zu stellen? So lange sie besteht, sind sie in der Unmöglichkeit, „etwas zu unternehmen. Ich leugne nicht daß der junge Kaiser Hin„neigung zu uns zeigte, daß er wohlgesinnt zu sein schien. Aber darf

„man auf einen jugendlichen Fürsten zählen, der bei der Leichtfertig-„keit seines Alters unschwer seine Meinung ändern mag? Zu Allem „was ich sage, kommt daß seine Mutter noch lange leben kann und „er mit dem besten Willen von der Welt noch viele Jahre unthätig „bleiben muß. Demnach betrachte ich Alles, was ich für diese Ver-„einigung thue, als Versuche für die Zukunft, welche ein glücklicher „Zufall über Erwarten gelingen, ein entgegengesetzter aber fehl-„schlagen lassen kann“ [272]).

Prinz Heinrich stimmte in der Hauptsache der Anschauung seines Bruders bei; doch suchte er ihn auch jetzt wieder in dem Vorsatze zu bestärken, vorwärts zu schreiten auf der Bahn der Verständigung mit Oesterreich, die er einmal betreten hatte. „Wenn meine Wünsche erhört „werden“, entgegnete er dem Könige, „wirst Du das Gelingen noch „manchen Entwurfes erleben, unter denen keiner eine bedeutsamere „Aenderung herbeiführen könnte, als wenn jemals zwischen Dir und „dem Hause Oesterreich die Einigung aufgerichtet würde. Du siehst zu „weit, um nicht zu gewahren, daß das Vertrauen sich nicht so schnell „wieder herstellen kann. Nach einer Feindschaft von fast dreißig Jahren „ist es durchaus natürlich, daß Du auf Deiner Hut bist, ganz wie die „Kaiserin-Königin auf ihrer Hut sein muß. Aber wenn das Glück „wollte, daß man sich noch weiter über die gegenseitigen Interessen „aussprechen könnte, so glaube ich doch, daß man sich leicht einigen „würde. Es gibt keine Mächte, die sich nicht befreunden, sobald sie in „Verträge eintreten, welche die Vergrößerung der beiderseitigen Staaten „bezwecken. Würde man dahin gelangen, so wäre so viel zu thun, was „Du weit besser durchblickst als ich, daß die beiden Souveräne sich „vollkommen Genüge leisten könnten. Man kann einwenden, daß „Oesterreichs Macht, durch neue Besitzungen vermehrt, noch gefähr-„licher sein würde. Aber man kann entgegnen, daß für die Dauer „des Bündnisses die Kräfte im Verhältniß bleiben würden. Bräche es „jedoch, dann würde die Eifersucht der übrigen Staaten sich gegen den „Mächtigsten wenden und Du fändest in diesem Falle mehr Bundes-„genossen als Oesterreich. Ich gestehe ferner, daß ich wünsche, daß „wenn die Einigung zwischen Dir und der Kaiserin zu Stande kommen

„soll, dieß während des Krieges zwischen den Russen und Türken und „in einer Zeit geschehe, in der Frankreich und England durch die „Finanzen und häuslichen Zwist beschäftigt sind" [273]).

Man geht wohl nicht zu weit, wenn man in den Rathschlägen, welche Prinz Heinrich dem Könige gab, eine ziemlich directe Aufforderung zur Theilung Polens erblickt. Denn in nichts Anderem konnte die von ihm vorgeschlagene gleichzeitige Vergrößerung Oesterreichs und Preußens bestehen, als in der beiderseitigen Aneignung polnischen Gebietes. Wer etwa im Zweifel sein wollte, ob nicht, was Oesterreich anging, Prinz Heinrich demselben irgend eine bisher türkische Provinz zuwenden wollte, der muß wenigstens einräumen, daß eine Vergrößerung Preußens in anderer Weise als auf Kosten des Nachbarreiches Polen damals undenkbar zu sein schien.

Wir kennen wohl ein Bruchstück der Antwort, welche der König seinem Bruder gab; es bezieht sich jedoch nicht auf diesen wichtigsten Punkt der Mittheilung desselben. Es mag also dahingestellt bleiben, ob Friedrich es vermied, über den Vorschlag seines Bruders sich näher zu erklären, oder ob uns nur über seine hierauf bezüglichen Aeußerungen kein Aufschluß gegeben worden ist. Wir wissen nicht mehr als daß er an Heinrich schrieb, er habe Maria Theresia versichert, wenn sie mit Zustimmung der Pforte die Vermittlung des Friedens übernehmen könnte, würde er seinen ganzen Einfluß in St. Petersburg für die Annahme dieser Vermittlung aufbieten. „Die Kaiserin wünscht dieß „selbst", fährt Friedrich fort, „aber sie findet sich in Constantinopel „durch die Franzosen gehemmt, so daß wir recht in Verlegenheit sind. „Dieß sind jedoch immerhin ein paar Schritte vorwärts. Bei der Reise „nach Mähren wollen wir sehen, was sich weiter thun läßt" [274]).

König Friedrich hatte wohl Recht, wenn er auf die Verlegenheiten hinwies, welche damals Frankreich den übrigen Mächten, und vielleicht am meisten dem mit ihm verbündeten Oesterreich bereitete. Nicht nur durch das in Wien lebhaft mißbilligte Verfahren, das es gegen Corsica beobachtete, nicht nur durch seine schürende und hetzende Politik in Constantinopel, durch welche es das Feuer des Krieges zwischen Rußland und der Pforte immer heftiger anzufachen sich bemühte,

während der Kaiserhof es allzugern gelöscht hätte, war dieß der Fall. Plötzlich trat nun der Herzog von Choiseul mit einem neuen Vorschlage ans Licht, der Allem widersprach, was man bisher in Wien als Zielpunkt der eigenen Politik ins Auge gefaßt hatte.

Man weiß mit welcher Entrüstung man noch heut zu Tage in Frankreich von der Theilung Polens und von dem Verbrechen spricht, das von Seite der zunächst an ihr betheiligten Mächte durch sie begangen worden sei. Aber man läßt hiebei ganz außer Acht, daß gerade Frankreich es war, welches in jenen Tagen mit Anwürfen zur Beraubung Polens zuerst hervortrat. Dem Könige von Preußen ließ es um den Preis der Erneuerung der alten Verbindung mit ihm und gewisser Handelsvortheile, die es von ihm verlangte, Kurland und Ermeland anbieten[275]). Und Choiseul war es selbst, der in den ersten Tagen des August 1769 dem kaiserlichen Botschafter in Paris den Gedanken hinwarf, daß es vielleicht für das allgemeine Beste am ersprießlichsten wäre, wenn Polen nicht mehr von einem Könige regiert, sondern wenn Oesterreich die gegenwärtige verwirrte Lage dieses Landes benützen würde, um den besten Theil desselben unter seine Botmäßigkeit zu bringen. Er werde, fügte Choiseul hinzu, diese noch nicht gehörig durchdachte Idee reiflicher erwägen und dann dem Kaiserhofe einen auf sie gegründeten Plan an die Hand geben.

Mit kluger Zurückhaltung antwortete Mercy, dem Herzoge von Choiseul müsse das politische System des Wiener Hofes zur Genüge bekannt sein. Es sei auf den doppelten Grundsatz gebaut, einerseits für die Aufrechthaltung des Friedens zu sorgen, andererseits aber auch auf alle hiemit im Widerspruch stehenden Fälle gefaßt zu sein. Er wisse nicht, ob so weit aussehende Absichten, welche ohne Zweifel die größte Verwirrung nach sich ziehen müßten, mit jenem Grundsatze zu vereinigen wären. Dennoch lasse sich nicht leugnen, daß Polen in seiner gegenwärtigen Lage den verschiedensten Zwischenfällen unterworfen, Choiseul aber wohl der Mann dazu wäre, sie zu klären[276]).

Die letztere Bemerkung fügte Mercy nur in der Absicht hinzu, den innersten Gedanken des Herzogs von Choiseul noch besser zu

erforschen. Aber Choiseul beschränkte sich wenigstens für jetzt auf dasjenige, was er bereits gesagt hatte. Und Kaunitz schrieb an Mercy, die Aeußerung Choiseuls sei ihm ganz unerwartet gekommen. Ihm scheine sie darauf berechnet zu sein, über den eigentlichen Zweck der Zusammenkunft des Kaisers mit dem Könige von Preußen näher unterrichtet zu werden und zu erfahren, ob nicht die Angelegenheiten Polens als solcher anzusehen seien. Denn gar leicht könnte die französische Regierung durch die auch in Wien bekanntgewordenen Aeußerungen des preußischen Gesandten von Goltz in Paris über Absichten seines Königs auf Polnisch-Preußen und Danzig auf den Gedanken verfallen sein, daß Friedrich einer Theilung Polens nicht abhold und vielleicht entschlossen sei, hierüber dem Kaiser einige, wenn auch nur entfernte Anwürfe zu machen.

Indem Kaunitz die vorsichtige Antwort Mercy's belobt, beauftragt er ihn, die Sache ganz auf sich beruhen zu lassen und nicht eher auf sie zurückzukommen, als Choiseul von selbst wieder auf sie verfiele. Dann möge er sich mit gleicher Klugheit wie das erste Mal benehmen, um die Gelegenheit offen zu halten, Choiseuls Gedanken näher zu ergründen [277]).

Der Letztere brachte denselben allerdings nicht mehr zur Sprache, aber von anderer Seite kamen dem Wiener Hofe ähnliche Anwürfe zu. Sogar von Solchen geschah es, von denen man hätte voraussetzen sollen, daß sie jedem Plane einer Schmälerung des Gebietes ihres eigenen Vaterlandes am heftigsten hätten entgegen sein sollen. Einer der thätigsten polnischen Agenten, General Mokronowski befand sich damals im Interesse Branicki's in Paris, um Frankreichs Unterstützung für die polnischen Conföderirten zu erwirken. Ganz offen sagte er zu Mercy, daß um sich Geld zu verschaffen, die conföderirte Republik sehr gern bereit sein würde, dem Hause Oesterreich das Zipser Land gegen eine recht billige Summe zurückzugeben, indem es Polen ohnehin nur wenig Nutzen gewähre [278]).

Ablehnend entgegnete Mercy, der Kaiserhof sei durchaus nicht gewohnt, im Trüben zu fischen und in der Verlegenheit seiner Nachbarn

ein Mittel zur Ausdehnung seines eigenen Gebietes zu erblicken. Es wäre daher jetzt nicht der Zeitpunkt, in welchem das Haus Oesterreich es für passend ansehen würde, sein Einlösungsrecht auf die Zips zur Geltung zu bringen.

Diese letztere Meinung war auch diejenige des Fürsten Kaunitz. Er verhehlte zwar nicht, daß die Absicht des Kaiserhofes bei der Besetzung der Zips auch darin bestanden habe, seine Rechte auf diesen Landstrich durch die Besitzergreifung zu sichern und sich dadurch den Weg zu dessen wirklicher Einlösung zu bahnen. Aber Kaunitz erklärte doch auch, daß hiezu noch nicht der richtige Zeitpunkt gekommen sei, indem weder der König ohne die Republik noch die letztere ohne den König sich zur Abtretung des Zipser Districtes herbeilassen könnten. Mercy wurde daher beauftragt, wenn diese Angelegenheit neuerdings zur Sprache gebracht würde, die schon einmal gegebene Antwort zu wiederholen. Gleichzeitig möge er jedoch andeuten, daß zwar die Befugniß zur Einlösung der Zips keinem Zweifel unterliegen könne, die Absicht des Kaiserhofes jedoch nicht dahin gehe, dieselbe unter den jetzt obwaltenden Umständen durchzuführen [279]).

Der Gedanke, dem Wiener Hofe die Zips anzubieten, war nicht in dem Kopfe Mokronowski's allein entsprungen. Ein bekannter Politiker jener Zeit, Graf Lynar, welcher dereinst die Convention von Kloster Seeven abgeschlossen, benützte eine vorübergehende Anwesenheit in Berlin, um dem Könige von Preußen den Plan vorzulegen, es sei dem Kriege Rußlands gegen die Pforte dadurch ein rasches und für Rußland günstiges Ende zu machen, daß auch Oesterreich und Preußen sich betheiligen sollten an dem Kampfe gegen die Türkei. Oesterreich hätte hiefür die Zips und die Stadt Lemberg mit ihrem Gebiete, Friedrich aber Polnisch-Preußen mit Ermeland und dem Schutzrecht über Danzig zu erhalten. Rußland möge sich als Entschädigung für die Kriegskosten denjenigen Theil Polens nehmen, der ihm anstehe.

Es läßt sich nichts darüber auffinden, ob dieser Entwurf, welchen Friedrich als einen verführerischen bezeichnete [280]), dem Kaiserhofe mitgetheilt worden sei oder nicht. Nur das weiß man mit Bestimmt-

heit, daß ihn der König in St. Petersburg befürworten ließ, dort jedoch eine Zurückweisung erfuhr. Und außerdem ist es gewiß und geht auch aus den Erklärungen über die Besetzung der Zips hervor, daß man in Wien von nichts weiter entfernt war als die seit so langer Zeit schon gleichsam in der Luft schwebende Frage der Loslösung polnischer Gebietstheile von dem Stammlande, gegen welche Oesterreich sich so oft und so energisch erklärt hatte, nun etwa selbst einer Entscheidung zudrängen zu wollen. Keinen anderen und näherliegenden Zweck hatte der Kaiserhof damals im Auge, als den Krieg zwischen Rußland und der Pforte, welcher wirklich die in Wien schon seit langer Zeit vorhergesagte ungünstige Wendung genommen hatte, möglichst bald beendigt zu sehen. Da man an der Wahrheit der Versicherung des Königs von Preußen, auch er wünsche ein rasches Ende des Krieges, schon darum nicht zweifelte, weil ihm dadurch eine jährliche Subsidienzahlung an Rußland von einer halben Million Reichsthaler erspart worden wäre [281]), so verdoppelte man die Anstrengungen bei der Pforte, um dieselbe dem Gedanken einer österreichischen Friedensvermittlung zugänglich zu machen.

Oesterreich war damals in Constantinopel durch einen noch jungen und äußerst talentvollen Mann vertreten, welcher später in rascher Laufbahn bis zur Leitung der auswärtigen Angelegenheiten kam. Die bedeutsame Thätigkeit, die er in dieser hervorragenden Stellung entwickelte, ist noch in der neuesten Zeit zum Gegenstande erbitterten wissenschaftlichen Streites geworden. Im Jahre 1736 zu Linz geboren, wo sein Vater als Kriegs- und Cameral-Cassa-Verwalter ein gering besoldetes Staatsamt bekleidete, hatte Franz Maria Thugut als einer der ersten Zöglinge Aufnahme in die neu gegründete Akademie für Erlernung der orientalischen Sprachen gefunden. Nach Vollendung seiner Studien war er zur österreichischen Internuntiatur in Constantinopel gesendet worden, hatte aber seiner leidenden Gesundheit wegen diesen Posten später verlassen müssen und als Grenzdolmetsch gedient. Im Jahre 1766 zum Hofdolmetsch in Wien und zum jüngsten Hofsecretär in der Staatskanzlei ernannt, arbeitete Thugut unter dem Hofrathe von Hochstättern in den Geschäften, welche sich auf den Orient

bezogen. Mit der zunehmenden Wichtigkeit der letzteren stieg auch die Erkenntniß von der ganz außergewöhnlichen Geschicklichkeit Thuguts und seiner Verwendbarkeit in Allem, was sich auf die politischen Angelegenheiten im Allgemeinen, und insbesondere auf diejenigen des Orients bezog. Wie von selbst wurde man dazu gedrängt, seine Fähigkeiten mit denen des damaligen Internuntius Brognard zu vergleichen, über die man in Wien ziemlich geringschätzig urtheilte. Man weiß daß auch Joseph diese Meinung theilte und ihr bei Gelegenheit der Besprechung eines weitaussehenden Planes des Staatskanzlers unzweideutigen Ausdruck verlieh.

Die Verlegenheit, in welcher der Kaiserhof sich wegen der geistigen Unzulänglichkeit Brognards befand, vermehrte sich mit der zunehmenden Verwirrung in der Türkei. Die Unzufriedenheit mit Brognard wurde jedoch aufs Höchste gesteigert, als er durch eine tadelnswerthe Unvorsichtigkeit Anlaß gab zu einem unter den damaligen Verhältnissen doppelt bedenklichen Conflicte mit der Pforte. Um den Ausmarsch des gegen Rußland mit der heiligen Fahne ins Feld ziehenden Kriegsheeres zu sehen, begab sich Brognard mit seiner Frau und seinen vier Töchtern am 26. März 1769 von Pera, dem gewöhnlichen Aufenthaltsorte der fremden Gesandten, nach Constantinopel. Der fanatisirte türkische Pöbel, entrüstet über die vermeintliche Entweihung, welche an der heiligen Fahne verübt wurde, indem sie den Blicken der Ungläubigen Preis gegeben ward, erstürmte das Haus, in welchem die christlichen Frauen sich befanden, und mißhandelte sie in empörender Weise [282]). Statt nun im Gefühle der groben Beleidigung, welche nicht nur ihm selbst und seinen Angehörigen, sondern was noch viel wichtiger war, in seiner Person auch dem Kaiserhofe zugefügt worden, von der Pforte eine eclatante Genugthuung zu begehren, stellte Brognard sich mit einer solchen zufrieden, welche zwar ihm selbst eine Entschädigung in werthvollen Geschenken zu Wege brachte, in Wien aber gerade aus diesem Grunde als unwürdig angesehen wurde [283]). So unzufrieden war man mit Brognard, daß man beschloß, ihn aus Constantinopel zurückzurufen und ihn dort durch eine geeignetere Persönlichkeit zu ersetzen. Ehe man jedoch wirklich zur Ausführung dieser

Maßregel schritt, traf die ganz unerwartete Nachricht ein, daß Brognard plötzlich gestorben sei. Thugut erhielt nun den Auftrag, sich unverzüglich als Geschäftsträger nach Constantinopel zu begeben.

Am 6. August verließ Thugut Wien und gerade nach dreißig Tagen, am 5. September kam er nach Pera. Er fand die Angelegenheiten der Türkei in der äußersten Verwirrung. Man weiß wie unglücklich ihre Kriegführung gegen Rußland war, und wie die Vermuthungen, die man in Wien von allem Anfange gehegt, in Erfüllung gegangen waren. Eine der ungünstigsten Wirkungen dieser Ereignisse für die Pforte bestand darin, daß die fanatisirte Menge der eigenen Unterthanen, wüthend über das Scheitern ihrer Erwartungen, mit Aufruhr drohte, und energische Vorsichtsmaßregeln nothwendig schienen, um den Ausbruch eines solchen zu verhindern. Man durfte es als wahrscheinlich ansehen, daß die Pforte in so mißlichen Verhältnissen sich leichter zu Friedensverhandlungen werde herbeilassen wollen als zuvor. Aber wir finden doch nicht daß Thugut schon bei seiner Abreise nach Constantinopel beauftragt worden wäre, die Pforte auf die Vermittlung Oesterreichs zur Wiederherstellung des Friedens eingehen zu machen. Im Gegentheile war gerade damals eine gewisse Spannung in den Beziehungen beider Mächte zu einander bemerkbar. Die Aufstellung eines militärischen Cordons längs der Grenze der österreichischen Staaten hatte das Mißtrauen der Pforte und ihre Besorgniß erweckt, Oesterreich könnte bei einer sich darbietenden guten Gelegenheit vielleicht Antheil nehmen wollen an Feindseligkeiten gegen sie [284]). Dieser Verdacht wurde noch durch eine unwahre Mittheilung gesteigert, welche ihr Gregor Ghika, der frühere Pfortendolmetsch und nunmehrige Hospodar der Walachei, von dem wenigstens Kaunitz behauptete, daß er längst an Rußland verkauft sei [285]), absichtlich zugehen ließ. Er behauptete, König Stanislaus von Polen und der russische General Fürst Galitzin hätten der Zusammenkunft zwischen Joseph und Friedrich zu Neisse ebenfalls beigewohnt. Dadurch sei nicht nur die Sympathie, sondern wohl auch die offene Parteinahme Oesterreichs und Preußens für Rußland in dem Kriege gegen die Pforte Jedermann kundgeworden.

Thugut war eifrig bemüht, die Pforte von der Unwahrheit dieser Nachrichten und der Grundlosigkeit ihres Verdachtes zu überzeugen. Kaunitz aber beschränkte sich darauf, es ihm als eine der günstigen Wirkungen der Zusammenkunft in Neisse zu bezeichnen, daß der König von Preußen seinen Repräsentanten von Zegelin in Constantinopel beauftragt habe, der Pforte keine feindselige Gesinnung gegen Oesterreich einzuflößen und Alles zu vermeiden, was dem Kaiserhofe nachtheilig oder unangenehm sein könnte. Ghika's Erdichtungen habe Thugut als solche zu erklären und bei diesem Anlasse die Versicherung zu erneuern, daß Oesterreich nicht haarbreit abweichen werde von der Beobachtung der strengsten Neutralität [286]).

Mit noch viel größerer Bestimmtheit als in den Depeschen an Thugut sprach Kaunitz diese Anschauung des Wiener Hofes und dessen Sehnsucht nach baldiger Wiederherstellung des Friedens in einer Denkschrift aus, welche für den französischen Hof bestimmt war.

Schon bei einem anderen Anlasse ist erwähnt worden, daß der Herzog von Choiseul die Reise Mercy's nach Wien und den Aufenthalt desselben am österreichischen Hofe im Winter von 1769 auf 1770 benutzte, ihm ein für Kaunitz bestimmtes Memoire mit auf den Weg zu geben. In erschöpfender Weise war darin die Politik Frankreichs nach Außen hin, die Nothwendigkeit der Aufrechterhaltung des Bündnisses mit Oesterreich und die Gemeinschaftlichkeit der Interessen beider Staaten besprochen [287]).

Aber freilich, bei näherer Betrachtung der letzteren zeigte es sich bald, daß sie gerade in Bezug auf die brennendste Frage der damaligen Zeit, den Krieg zwischen Rußland und der Pforte durchaus nicht vorhanden war. Offen erklärte Choiseul, daß er dessen Fortdauer wenigstens noch für einige Jahre, und zwar mit dem gleichen Erfolge für beide kriegführende Mächte wünsche, denn ihre gegenseitige Schwächung könnte den übrigen Staaten nur äußerst willkommen sein. Und ebenso liege Frankreich wenig daran, wer König in Polen sei, wenn nur die Unruhen in diesem Lande noch fortdauerten und Rußland durch sie und die Pforte in Anspruch genommen werde.

Gewiß wird kein Zweifel darüber obwalten können, daß in der Politik der verschiedenen Staaten ein wohlverstandener Egoismus nicht nur Recht, sondern Pflicht ist. Aber auch hier hat die Selbstsucht ihre Grenze, und Niemand wird leugnen daß Frankreich sie überschritt, indem es bloß aus feindseliger Gesinnung gegen Rußland, von welchem es nicht einmal unmittelbare Schädigung zu befahren hatte, die Fortdauer der inneren Zerfleischung des unglücklichen Polen und des mit aller Rohheit barbarischer Völker geführten verheerenden Krieges zwischen Rußland und der Türkei nicht allein wünschte, sondern hiezu auch noch hetzte und schürte. Von dieser Haltung Frankreichs unterscheidet sich diejenige, welche der Wiener Hof den gleichen Verhältnissen gegenüber einnahm, in wahrhaft wohlthuender Weise. Sie läßt sich aus der Denkschrift, mit welcher Kaunitz die vertraulichen Mittheilungen Choiseuls beantwortete, ganz deutlich entnehmen. Bereitwillig gab der Staatskanzler die große Gefahr zu, mit welcher das erschreckende Anwachsen der russischen Macht das übrige Europa bedrohe. Aber mit Recht hob er hervor, daß durch die Fortdauer des Krieges diese Gefahr nicht vermindert, sondern gewiß nur vermehrt würde. Daß der Erfolg der Waffen den Türken im nächsten Feldzuge günstiger sein werde als bisher, müsse als höchst unwahrscheinlich, ja wohl als undenkbar erkannt werden. Je glänzender aber die Siege der Russen, je ausgedehnter ihre Eroberungen sein würden, um so vortheilhafter für sie, um so drückender für die Pforte müßten die Friedensbedingungen sein. Um es daher nicht zu diesem Aeußersten kommen zu lassen, wäre nichts erwünschter als die baldige Beendigung des Krieges. Je weniger durch den Frieden an dem Zustande der Dinge geändert werde, wie er vor dem Kriege bestanden, um so ungünstiger wäre dieß für Rußland. Es würde durch den Krieg geschwächt und daher für längere Zeit außer Stande sein, die ehrgeizigen Plane wieder aufzunehmen, die es im Norden verfolge. Je länger man aber die Wiederherstellung des Friedens hinausschiebe, desto unwillfähriger werde Rußland in Folge neuer kriegerischer Erfolge sich erweisen. Darum sehe Oesterreich es als seine Pflicht an, für die Wiederherstellung des Friedens thätig zu sein. Nur werde es bei der Mitwirkung hiezu nicht weiter gehen als es dieß thun könne, ohne sich in die Gefahr

eines neuen Bruches mit dem Könige von Preußen zu begeben. Unvermeidlich würde ein solcher sein, wenn sich Oesterreich an den polnischen Unruhen betheiligen wollte. Denn es liege in der Natur der Sache, daß Preußen sich der Theilnahme an denselben nur durch so lange Zeit enthalte, als eine solche nicht auch von Seite Oesterreichs stattfinde.

Er zweifle zwar nicht, fährt Kaunitz fort, daß Friedrich den Wiederausbruch des Krieges zwischen Frankreich und England ganz gern sehen würde, weil er hiedurch in die Lage käme, seine eigene Bedeutsamkeit neuerdings geltend zu machen. Aber er sei fast gewiß, daß der König von Preußen keinen Krieg gegen Oesterreich mehr führen wolle. Er habe sich zu sehr überzeugt, daß ihm kein Vortheil in Aussicht stehe, wenn er seine Streitmacht neuerdings mit derjenigen Oesterreichs messe, als daß er dieß nochmals versuchen werde. Die letzte Zusammenkunft mit dem Kaiser habe das Mißtrauen des Königs schon beträchtlich gemindert. Eine noch weitergehende Beruhigung desselben und daher eine fernere Befestigung des Friedens zwischen Oesterreich und Preußen sei von dem Gegenbesuche zu erwarten, welchen der König im nächsten September während des Feldlagers in Mähren dem Kaiser abstatten wolle. Er selbst werde, fügte Kaunitz hinzu, nicht umhin können, den Kaiser zu begleiten. Denn Friedrich habe schon in Neisse den angelegentlichen Wunsch ausgesprochen, ihn persönlich kennen zu lernen, und seither wiederholte Einladungen an ihn gerichtet. Er hoffe, so meinte der Staatskanzler, durch seine Gegenwart nichts zu verderben. Aber man dürfe in Frankreich darauf zählen, daß bei dieser wie bei jeder anderen Gelegenheit die Aufrechthaltung des Bündnisses zwischen beiden Staaten der Leitstern seines Handelns sein werde [288]).

Kaunitz besaß guten Grund zu der Meinung, daß der König von Preußen von nichts weiter entfernt sei als von dem Gedanken, jetzt mit Oesterreich Krieg führen zu wollen. War ja doch erst vor Kurzem ein Schritt geschehen, der neuerdings darauf hinwies, wie ernstlich es Friedrich darum zu thun sei, Hand in Hand mit Oesterreich zu gehen, um dem Kriege zwischen der Pforte und Rußland bald ein Ende zu machen. Der Gesandte von Rhode hatte den Fürsten Kaunitz von dem Wunsche des Königs unterrichtet, gemeinschaftlich mit

Oesterreich die Vermittlung zwischen den beiden kriegführenden Mächten zu übernehmen. Der preußische Geschäftsträger von Zegelin sei schon, wurde hinzugefügt, mit dem Auftrage versehen worden, in diesem Sinne bei der Pforte zu wirken.

Je größeres Gewicht der Wiener Hof darauf legte, daß durch rasche Beilegung des Streites einer immer weiter gehenden Ausdehnung des Machtgebietes des russischen Kaiserreiches vorgebeugt werde, um so willkommener mußte ihm das Anerbieten des Königs von Preußen zu gemeinschaftlicher Friedensvermittlung sein. Denn in der letzteren erblickte man wenn nicht das einzige, so doch das sicherste Mittel, nicht nur einen annehmbaren Frieden zu Stande zu bringen, sondern auch Polen von den russischen Truppen zu befreien und diesem Lande durch Wiederherstellung der früheren Verfassung die Ruhe wieder zu geben. Um dieses doppelte Ziel zu erreichen, müßte jedoch, meinte Kaunitz, der Vermittlungsantrag nicht in bloßen Worten bestehen, sondern mit dem gehörigen Nachdrucke vorgebracht und nöthigenfalls durch Demonstrationen unterstützt werden. Denn nur in solcher Weise könnte Rußland, das sich zu den gewünschten Zugeständnissen kaum freiwillig herbeilassen würde, auf andere Gedanken gebracht und zur Nachgiebigkeit vermocht werden. Aber freilich sei es hiezu ganz unerläßlich, daß auch der König von Preußen sich nicht nur an diesen Erklärungen, sondern auch an den gleichzeitig zu machenden Schritten betheilige. Als den ersten derselben betrachtete man in Wien den Entschluß, die in Siebenbürgen befindliche Streitmacht durch vier Regimenter zu verstärken. Thugut wurde beauftragt, hievon die Pforte gleichzeitig mit dem Anerbieten der Friedensvermittlung in Kenntniß zu setzen. Daß nicht sie es sei, gegen welche diese Demonstration gerichtet werde, möge sie daraus entnehmen, daß der Kaiserhof seine Truppen in Siebenbürgen und nicht in der Nähe von Belgrad zusammenziehe. Aber man könne die Fortschritte der Russen und insbesondere die Besetzung der Moldau nicht mehr mit gleichgültigen Augen betrachten. Man zweifle jedoch nicht, daß auch diese und jede andere Maßregel erfolglos bleiben würde, wenn sie von Oesterreich allein unternommen und nicht durch ein gleiches Auftreten des Königs von Preußen

unterstützt werden sollte. Daher möge die Pforte Alles aufbieten, um den Letzteren hiezu ebenfalls zu bewegen [289]).

Indem er dieß niederschrieb, täuschte sich Kaunitz keinen Augenblick über die sehr große Kluft, welche die Anschauungen und Absichten des Wiener und des Berliner Hofes von einander trennte. Dem Ersteren kam es zunächst darauf an, mit Hülfe des Königs von Preußen Rußland in seinen Fortschritten gegen die Pforte wo möglich zu hemmen und es zugleich zu zwingen, das in Polen Errungene wieder fahren zu lassen. Friedrich hätte es zwar gleichfalls willkommen geheißen, wenn Rußland veranlaßt worden wäre, sich mit dem bisher Gewonnenen zu begnügen, ja er hätte seinem Alliirten wahrscheinlich auch einige Einbuße recht gern gegönnt. Er selbst aber hielt nach wie vor an der Absicht fest, sich an keinem Schritte zu betheiligen, der ihn mit der Gefahr bedroht hätte, des Bündnisses mit Rußland wieder verlustig zu werden.

So wenig man das Gewicht der Gründe verkennen kann, durch welche der König von Preußen zu dieser Haltung vermocht wurde, so leicht begreift man doch auch, daß Oesterreich sich nicht dazu hergab, für ihn die glühenden Kohlen aus dem Feuer zu holen. Schon nach wenigen Wochen erhielt Thugut den Befehl, sich wenigstens vor der Hand jedes ferneren Antrages bei der Pforte auf Annahme der österreichischen Friedensvermittlung zu enthalten. Werde eine solche von türkischer Seite gewünscht, dann möge man hiezu in Constantinopel die Initiative ergreifen [290]).

Hiezu war jedoch wenigstens vor der Hand keine Aussicht vorhanden. Sultan Mustafa III. beharrte unwandelbar auf dem Vorsatze, den Krieg gegen Rußland weiter zu führen. Er hielt sich durch seine eigene Ehre so wie durch die seines Reiches, und wenn man so sagen darf, auch seines Glaubensbekenntnisses hiezu für verpflichtet. Aus Furcht vor ihm wagten auch diejenigen seiner Minister, welche innerlich den Frieden herbeisehnten, es nicht, demselben das Wort zu reden. Sie waren im Gegentheile bemüht, der Pforte, deren Streitmacht sie selbst nicht mehr als ausreichend ansehen konnten zu Rußlands fernerer

Bekämpfung, anderwärts gewaffneten Beistand zu gewinnen. Aus diesem Bestreben ging der Antrag hervor, welchen jetzt der Reis Efendi an Thugut gelangen ließ, Oesterreich möge in dem Kriege gegen Rußland gemeinschaftliche Sache machen mit der Pforte.

Um den Kaiserhof zur Annahme dieses Vorschlages zu bewegen, ließ man es Constantinopel an verführerischer Lockspeise nicht fehlen. An das treulose Verfahren Rußlands zu Ende des siebenjährigen Krieges wurde erinnert und darauf hingewiesen, daß dasselbe auch noch nachträglich eine Züchtigung verdiene. Es wurde die nichts weniger als wahrscheinliche Behauptung aufgestellt, erst vor Kurzem, noch nach geschehener Kriegserklärung von Seite der Pforte hätten Rußland und Preußen sich in Constantinopel gemeinschaftlich bemüht, die Türkei durch Anbietung großer Geldsummen zu bewegen, ihre Waffen gegen Ungarn zu wenden. Wenn Oesterreich zur Theilnahme an dem Kriege wider Rußland sich entschlösse, würde die Pforte durch ein auf die unumstößlichste Art für ewige Zeiten festzusetzendes Bündniß sich anheischig machen, dem Kaiserhofe auf dessen Begehren mit ihren Schätzen und ihrer gesammten Kriegsmacht Hülfe zu leisten. Durch ein solches Bündniß vereint, könnten die beiden Mächte allen übrigen Staaten Gesetze dictiren. So würde es, wenn nur einmal die Russen aus Polen vertrieben wären, lediglich von der Willkür des Kaiserhofes abhängen, entweder einen neuen König von Polen zu ernennen oder die polnischen Lande mit der Pforte zu theilen [291]).

Es ist wohl selbstverständlich daß man in Wien, unerschütterlich festhaltend an den Grundsätzen, die man als die richtigen erkannt und seit dem Abschlusse des Hubertsburger Friedens stets gleichmäßig beobachtet hatte, sich auch jetzt wieder dem Anerbieten der Pforte gegenüber ablehnend verhielt. Sie habe bei demselben, schrieb Kaunitz an Thugut, hauptsächlich ihren eigenen Nutzen im Auge gehabt und sich durch Rachedurst leiten lassen. Die Annahme ihres Antrages würde voraussichtlich die größte Verwirrung nach sich ziehen. Dringend wäre ihr zu rathen, sie möge ernstlich darauf bedacht sein, baldigst durch gütliche Mittel ihrer eigenen Verlegenheit und Gefährdung ein Ende zu machen [292]).

Daß Letzteres wirklich geschehen werde, daran war jedoch wenigstens vor der Hand in keiner Weise zu denken. Wenn auch der Reis Efendi und andere türkische Staatsmänner je eher je lieber die Hand zum Frieden geboten hätten, so beherrschten doch der Wille des Sultans und die Furcht vor der eigenen Armee in so hohem Maße die Gemüther der Türken, daß keine ernstliche Anregung im Sinne des Friedens erfolgte. Man überzeugte sich mehr und mehr, wie richtig der König von Preußen gesehen, als er alle Anerbietungen zur Friedensvermittlung für so lange Zeit fruchtlos genannt hatte, als nicht der Sultan durch einen neuen noch unglücklicheren Feldzug in die Enge getrieben und gezwungen sein würde, sich zur Beendigung der Feindseligkeiten zu bequemen [293]).

So geschah es denn auch in der That. Zu Lande wie zur See kämpften die Türken mit gleichem Mißgeschick. Bei Tschesme wurde am 5. Juli 1770 ihre Flotte, an den Ufern des Kagul aber am 1. August ihr Landheer vernichtet. So große Abneigung vor der Herbeiführung des Friedens der Sultan bisher gezeigt hatte, so lebhafte Begierde nach demselben legte er nun an den Tag. An Thugut wurde die Botschaft gerichtet, die Pforte sei entschlossen, schon in den nächsten Tagen Oesterreichs Vermittlung anzurufen zur Wiederherstellung des Friedens. Auch diejenige Preußens werde sie nicht ablehnen [294]).

Während diese Ereignisse sich zutrugen, hatte der Wiener Hof sich darauf beschränkt, zwar die Haltung eines aufmerksamen Beobachters, jedoch gleichzeitig auch die eines ruhigen Zuschauers anzunehmen. Aber nicht nur auf die kriegführenden Mächte, auch auf den König von Preußen hielt man fortwährend die Augen geheftet und bemühte sich sorgfältig, seine wahre Gesinnung zu ergründen. Vor Allem trachtete man zu erforschen, in welcher geheimen, über die offenkundigen Tractate noch hinausgehenden Verbindung er etwa mit der Kaiserin von Rußland stehe, wie er die Machtvergrößerung derselben und die Unterdrückung Polens ansehe, und ob es ihm Ernst sei mit seiner dereinstigen Betheiligung an der Friedensvermittlung, wenn nur dieselbe einmal von der Pforte wirklich begehrt werde [295]).

War auch das frühere Mißtrauen des Kaiserhofes gegen den König von Preußen noch keineswegs vollständig gebannt, so konnte es doch nur eine beruhigende Wirkung hervorbringen, daß Friedrich ununterbrochen fortfuhr, sich im freundschaftlichsten Sinne über Maria Theresia und Joseph sowie über Oesterreich überhaupt zu äußern. Insbesondere war dieß an dem Tage der Fall, an welchem Nugent, der fortwährend kränkelnd, die erbetene Abberufung endlich erhalten hatte, in Potsdam von dem Könige Abschied nahm. In lebhaften Ausdrücken gab ihm Friedrich seine Freude über die Wiederherstellung des guten Einvernehmens zwischen beiden Regierungen zu erkennen. Er betheuerte daß er es von seiner Seite an nichts werde fehlen lassen, um dasselbe noch ferner aufrecht zu erhalten. In Worten der Bewunderung und der Verehrung gedachte er der Kaiserin, und die wärmste Anerkennung zollte er den glänzenden Eigenschaften ihres Sohnes und den Gesinnungen, von denen Joseph beseelt war. Gleichsam wie von selbst kam Friedrich hiebei auf die Vergrößerungsabsichten zu sprechen, welche man dem Kaiser zuschrieb. Das wahrscheinliche Aussterben des Mannsstammes des kurfürstlich baierischen Hauses werde hiezu, meinte der König, eine willkommene Gelegenheit bieten. Er ging dann auf diejenigen Länder über, welche dereinst dem Hause Oesterreich gehört hatten, und mit großer Lebhaftigkeit entwickelte er einen Plan, um demselben Elsaß und Lothringen wiederzugewinnen. Zuletzt kam Friedrich sogar auf Italien zu reden und er meinte daß Parma und Piacenza sowie ein Theil des venetianischen Gebietes willkommene Erwerbungen für Oesterreich wären.

Obwohl es der König nicht aussprach, so lag es doch auf der Hand, daß er bei diesen Entwürfen zu Oesterreichs Gunsten von dem Hintergedanken ausging, im Falle ihrer Verwirklichung auch seinerseits und zwar mit Zustimmung des Kaiserhofes zu neuen Gebietserwerbungen zu gelangen. Daß dieselben nicht anders als auf Kosten Polens zu vollziehen sein würden, verstand sich gewisser Maßen von selbst und Nugent sagte das ganz ungescheut heraus. Aber Friedrich enthielt sich jeder näheren Erklärung hierüber. Dagegen erörterte er das, was damals beide Regierungen am meisten beschäftigte,

den Krieg zwischen Rußland und der Pforte und den Wunsch nach baldiger Wiederherstellung des Friedens. Auch jetzt wieder meinte der König, Oesterreich sei zur Vermittlung berufen, worauf Nugent entgegnete, man werde sich in Wien erst dann hiezu herbeilassen, wenn man von Rußland und der Pforte förmlich darum angegangen werde [296]).

Die günstige Wirkung dieser Kundgebungen des Königs von Preußen konnte natürlicher Weise durch den Umstand nur noch verstärkt werden, daß er fortwährend an dem Gedanken festhielt, im Laufe des Sommers dem Kaiser jenen Gegenbesuch auf österreichischem Gebiete abzustatten, welcher bei der Zusammenkunft in Neisse verabredet worden war. Auch in Wien war die Bereitwilligkeit hiezu nicht vermindert, sondern weit eher noch erhöht worden. Am 25. August begab sich Joseph nach Mähren, auch jetzt wieder von dem Prinzen Albert, von Dietrichstein und Lacy begleitet. In den ersten Tagen des September sollte zu Neustadt, unfern von Olmütz die Zusammenkunft stattfinden. Neuerdings war es die Besichtigung der dort lagernden Truppen und die Abhaltung von Manövern, welche den äußeren Anlaß hiezu darbot.

Daß jedoch nicht dieses militärische Schauspiel, sondern ein wichtiger politischer Zweck der eigentliche Beweggrund zur Zusammenkunft war, wurde für Jedermann aus dem Umstande erkennbar, daß Kaunitz an derselben theilnehmen sollte. Während Joseph sich schon in Neustadt befand und die Truppen, welche Laudon befehligte, sowie das Terrain besichtigte, auf dem die Manöver stattzufinden hatten, verweilte Kaunitz zu Austerlitz, mit den Vorbereitungen zur Zusammenkunft beschäftigt. In ausführlichster Weise entwarf er eine Auseinandersetzung des Planes, den er bei seinen Mittheilungen an den König befolgen wollte, der Fragen, die er von demselben erwartete, und der Antworten, welche er auf sie zu ertheilen gedachte [297]). Da wir uns jedoch nur mit dem zu beschäftigen haben, was wirklich geschah, so wollen wir nicht weiter auf den Inhalt dieser Denkschrift eingehen und ihrer bloß deßhalb erwähnen, weil sie den unwiderleglichen Beweis liefert, wie offen und ehrlich der Staatskanzler gegen den König von Preußen zu verfahren gedachte, wie weit er von der

Absicht entfernt war, ihn zu täuschen oder zu überlisten, und wie wenig seine Politik in der Wirklichkeit jenen Charakter der Verschlagenheit an sich trug, welchen ununterrichtete oder übelwollende Beurtheiler so gerne ihr beilegen.

In dem Augenblicke, in welchem Kaunitz nach Neustadt aufbrechen wollte, empfing er von dem Kaiser Thuguts Bericht über die letzten Kriegsereignisse in der Türkei und über das Begehren der Pforte um Oesterreichs Friedensvermittlung. Alles schien ihm, wie der Staatskanzler an Maria Theresia und an Joseph schrieb, jetzt darauf anzukommen, wie der König von Preußen die neue Gestaltung der Dinge auffassen und welche Haltung er ihr gegenüber einnehmen werde [298]).

Binnen wenig Tagen sollte Kaunitz sich hievon persönlich überzeugen. Noch war er erst kurze Zeit in Neustadt, als Friedrich, und zwar am 3. September zwischen ein und zwei Uhr Nachmittags gleichfalls daselbst eintraf. Großes Aufsehen erregte es, daß wie schon aus Berlin im Voraus angekündigt worden war [299]), der König von Preußen und sein militärisches Gefolge in weißen österreichischen Uniformen erschienen; er beabsichtigte hiedurch dem Kaiser ein ganz besonderes Zeichen von Aufmerksamkeit zu geben.

Nach der ersten etwa viertelstündigen Unterredung nahmen die beiden Monarchen und ihre vornehmsten Begleiter gemeinsam das Mittagessen ein. Wie gewöhnlich war dasselbe durch Friedrichs geistreiche Conversation äußerst belebt; doch schien es den König mit einem gewissen Erstaunen zu erfüllen, das vielleicht an Unbehaglichkeit grenzte, als Kaunitz, der zu seiner Linken Platz genommen hatte und gleichfalls vortrefflich zu reden wußte, manchmal die Leitung des Gespräches an sich zog und das Wort, nachdem er sich dessen einmal bemächtigt, nicht so leicht wieder fahren ließ [300]).

Bisher war zwischen den beiden weltberühmten Männern, welche sich so lange Zeit feindlich gegenüber gestanden hatten und nun zum ersten Male in ihrem Leben friedlich neben einander saßen, noch kein Wort über dasjenige, was ihnen am meisten am Herzen lag, über die

politischen Fragen gewechselt worden. Erst nach dem Essen kam der König mit Kaunitz auf dieselben zu reden. In einer Fensternische des Speisesaales, der mit Menschen gefüllt war, begann Friedrich das Zwiegespräch mit dem österreichischen Staatskanzler. Vorerst gab er ihm die wiederholte Versicherung, daß er die Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und der Pforte aufs sehnlichste wünsche. Nicht so sehr in seinem eigenen Interesse als in demjenigen Oesterreichs geschehe dieß, denn es müßte sich einem Uebergange der Russen über die Donau mit gewaffneter Hand widersetzen. Dadurch könnte es aber wohl in Streit mit Rußland gerathen, der nur allzu leicht weiter führen könnte zu einem allgemeinen Kriege. Deßhalb müsse das Aeußerste aufgeboten werden, um den Frieden während des Winters zu Stande zu bringen und es zu verhindern, daß die Pforte nicht zu einem neuen Feldzuge genöthigt werde. Wäre Letzteres der Fall, dann müßte sie unfehlbar völlig unterliegen, Oesterreich aber zu ihrem Schutze eintreten in den Kampf.

Er glaube auch, fuhr Friedrich fort, daß es nicht gerade schwer sein werde, bald zum Frieden zu gelangen. Die Russen würden sich wahrscheinlich mit der Erwerbung Asows begnügen, und die Türken könnten ihnen unmöglich diesen Ersatz für die Kosten eines Krieges verweigern, in welchem sie die Angreifer gewesen, die Russen aber sich noch sehr große Vortheile versprechen könnten. Was endlich die Moldau und die Walachei betreffe, so würde Rußland zufrieden sein, diese Fürstenthümer unter Hospodare gestellt zu sehen, welche unabhängig wären von der Pforte.

Der methodisch geschulte Staatskanzler konnte sich des Eindruckes nicht erwehren, als ob der König seine Gedanken nur in wenig staatsmännischer Weise und mit geringer Folgerichtigkeit entwickle [301]). Nachdem er sie bei sich selbst zurecht zu legen sich bemüht hatte, antwortete ihm Kaunitz, daß er dem Wunsche des Königs nach baldigster Wiederherstellung des Friedens nur zustimmen könne. Er glaube jedoch nicht, daß sich derselbe so leicht werde zu Stande bringen lassen als Friedrich dieß denke. Die Türken würden wohl weniger nachgiebig sein als er voraussetze. Denn sie seien vernünftig genug um

einzusehen, daß schließlich derjenige den Vortheil davontragen werde, der länger auszudauern vermöge; das seien aber nicht die Russen, sondern die Türken. Die Idee der Vernichtung des osmanischen Reiches oder selbst nur der Abtrennung großer Provinzen von demselben sei eine Chimäre. Denn wenn auch der König, was man freilich von einem so aufgeklärten Fürsten nicht voraussetzen könne, dieß gut finden sollte, so würde es doch niemals die Zustimmung Oesterreichs erhalten. Es würde sich bemühen müssen, einen solchen Plan zu vereiteln, selbst wenn es um deßwillen, sei es allein, sei es gemeinschaftlich mit der Pforte einen Krieg führen sollte. Wenn also auch Rußland vielleicht noch die Mittel besäße, den Krieg mehrere Feldzüge hindurch fortzuführen, so wäre doch der Gewinn, den es hiedurch erlangen könnte, in gar keinen Vergleich zu ziehen mit all der Gefahr, die es dabei laufe. Katharina sei viel zu scharfblickend, um dieß nicht einzusehen; sie werde daher wohl bereit sein, je eher desto besser die Hand zum Abschlusse eines Friedens zu bieten, der auf so billige und gemäßigte Bedingungen hin zu Stande käme, daß die Pforte demselben beipflichten könnte.

Der König entgegnete, er erkenne die Berechtigung der von Kaunitz vorgebrachten Betrachtungen, er glaube jedoch daß derselbe die Kraft Rußlands, den Krieg noch durch längere Zeit zu führen, weit unterschätze. Der Krieg zu Lande verursache Rußland nur eine sehr geringe Ausgabe; er habe bisher nicht mehr als zweimalhunderttausend Rubel gekostet. Kostspieliger sei der Seekrieg, aber der Abschluß eines Anlehens von sieben Millionen Gulden sei Rußland gelungen. Die Kaiserin Katharina habe seit ihrer Thronbesteigung ihre Staatseinkünfte wesentlich vermehrt und sie sei daher weit entfernt von jenem Geldmangel, den man insbesondere in Frankreich ihr zuschreibe. Man möge somit auf die Unzulänglichkeit ihrer Geldmittel in keinem Falle rechnen. Aus Theilnahme für Oesterreich müsse er vielmehr wünschen, daß der Kaiserhof sich bei der Pforte und sogar bei Rußland die Wiederherstellung des Friedens angelegen sein lasse.

Kaunitz erneuerte nun die Versicherung seiner Bereitwilligkeit hiezu. Aber man wisse auch, bemerkte er ferner, daß alle hierauf

gerichteten Anstrengungen ohne die Mitwirkung des Königs von Preußen fruchtlos bleiben würden. Es handle sich also darum, in Erfahrung zu bringen, in welcher Weise und bis zu welchem Grade der König gewillt wäre, beizutragen zur Erreichung eines Zweckes, der ihm mindestens eben so wie dem Kaiserhofe am Herzen liegen müsse.

Dieß war der wesentliche Inhalt des ersten politischen Gespräches des Königs mit Kaunitz. Friedrich bezeigte ihm schließlich den dringenden Wunsch, sich allein und ungestört mit ihm unterreden zu können. Kaunitz bat somit den König um die Erlaubniß, ihm am folgenden Nachmittage seinen Besuch abstatten zu dürfen. „Da ich aber", berichtete der Staatskanzler später an die Kaiserin, „durch Alles was „er mir gesagt hatte und was, weit davon entfernt, irgendwie ein„leuchtend zu sein, im Gegentheil recht kleinlich gedacht und recht in„consequent war, davon überzeugt wurde, daß entweder seine Gedanken „in Geschäftsangelegenheiten nicht klar seien, oder daß ihre Verwirrung „und Verdrehung aus einem Reste von Mißtrauen gegen die Absichten „meines Hofes und selbst gegen die meinigen herrühre, von dem sich „sein argwöhnischer Charakter noch nicht vollständig loszulösen ver„mochte, habe ich den Schluß gezogen, daß wenn es mir nicht gelänge, „ihn vor Allem von diesem Mißtrauen zu heilen, ihn jene Fragen in „größerem Style und klarer beurtheilen zu machen als es bisher der „Fall ist, und ihm endlich eine bessere Meinung von unserer Einsicht „und ein volles Vertrauen zu unseren Absichten beizubringen, unsere „Zusammenkunft nicht nur nutzlos sein, sondern es sogar dazu kommen „könnte, daß wir uns in innerer Verstimmung und sehr großer Un„zufriedenheit trennen würden. Ich faßte daher einen Entschluß, der „nur wenig übereinstimmt mit dem, was bisher Männer meines Be„rufes in einem ähnlichen Falle thun zu sollen glaubten. Bei meinem „Eintritte in das Cabinet ließ mich der König Platz nehmen, und in „Gemäßheit meines Planes gönnte ich ihm nicht Zeit, das Gespräch „zu beginnen, sondern that dieß unverzüglich selbst."

Nicht ohne die ihm eigene Eitelkeit auch jetzt wieder in den Vordergrund zu stellen, begann Kaunitz seinen Vortrag, wenn man so sagen darf, dem Könige von Preußen gegenüber mit der Darlegung,

wie wenig seine Art der Behandlung politischer Geschäfte derjenigen seiner Vorgänger und Zeitgenossen gleiche. Daher beraube er sich selbst des Vortheils, der darin liege, bloß zu hören und nicht der Erste zu sprechen. Er wünsche aber daß die Zusammenkunft einigen Nutzen bringe, und deßhalb bitte er den König, ihm vorher ruhig zuzuhören und ihn nicht zu unterbrechen. Denn Friedrich könne und dürfe sich ja nicht rückhaltslos aussprechen, ehe ihm die Denkungsart des Kaiserhofes sowohl in Bezug auf die allgemeinen Fragen als auf ihn selbst vollständig bekannt sei.

Kaunitz begann nun dem Könige in weitläufiger Weise das politische System zu entwickeln, welches der Kaiserhof nach Abschluß des Hubertsburger Vertrages angenommen hatte. Es müsse als ein absolut friedliches bezeichnet werden; sowohl die persönliche Neigung des Kaisers und der Kaiserin als der Vortheil des Staates hätten hiezu bewogen. Eroberungen seien ja nur denjenigen wünschenswerth, welche in Anbetracht der Geringfügigkeit ihrer Macht einer Vermehrung derselben zu ihrer Sicherheit bedürften. Darum habe man sich auch an den polnischen Wirren nicht betheiligt und die Gelegenheit unbenützt vorübergehen lassen, gemeinschaftlich mit Rußland auf die Vernichtung des osmanischen Reiches hinzuwirken und Antheil zu nehmen an dessen Eroberung, welche in diesem Falle kaum schwer auszuführen gewesen wäre. Dieses System habe natürlicher Weise auch zu dem festen Entschlusse geführt, nicht nur mit dem Könige von Preußen fortan im Frieden zu leben, sondern wenn es möglich erschiene, mit ihm auch ein Verhältniß völligen Vertrauens sowie guter und ehrlicher Freundschaft aufrecht zu erhalten. Nichts würde ja in ausgiebigerem Maße beitragen können zur Sicherstellung der allgemeinen Ruhe.

Mit einer Offenheit, welche in der That zu jener Zeit in politischen Dingen eine Seltenheit und daher auch um so wirkungsvoller gewesen sein mag, setzte Kaunitz dem Könige auseinander, mit welch gespannter Aufmerksamkeit er dessen Thun und Lassen seit dem Hubertsburger Frieden beobachtet habe. Anfänglich sei Veranlassung zu der Besorgniß gewesen, der König wolle seine frühere Allianz mit Frankreich

erneuern oder in enge Verbindung mit der Türkei treten. Wäre solches geschehen, dann hätte man ihm wohl die Absicht zutrauen müssen, früher oder später neuerdings mit Oesterreich zu brechen. In diesem Falle würde Kaunitz seinem Hofe ein politisches System angerathen haben, welches sehr verschieden von demjenigen gewesen sein würde, das er bisher als wünschenswerth angesehen habe. Sobald er sich jedoch überzeugen konnte, daß der König von Preußen die Allianz mit Rußland jeder anderen vorziehe, habe Kaunitz in seiner Meinung über dessen Absichten um so weniger geschwankt, als jenes Bündniß große Aehnlichkeit darbiete mit der Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich. Gleich ihr trage es einen bloß defensiven und daher einen vorzugsweise friedlichen Charakter an sich. Diese beiderseitigen Bündnisse seien die besten, welche überhaupt gedacht werden könnten, weil Jedermann seine Rechnung dabei finde. Das gegenwärtige politische System müsse daher als das vortheilhafteste für die europäischen Staaten im Allgemeinen und insbesondere als das günstigste für die Höfe von Wien und Berlin angesehen werden.

Er glaube dem Könige, ließ Kaunitz sich weiter vernehmen, unwiderleglich bewiesen zu haben, daß Oesterreich, seitdem es dem Gedanken einer Eroberung Schlesiens völlig entsagt habe und ihn nur in dem einzigen Falle wieder aufnehmen würde, als er einen neuen Krieg zwischen Oesterreich und Preußen herbeiführen wollte, kein Verlangen trage nach einem Bündnisse mit Rußland, ja daß es ein solches sogar als unvereinbar ansehe mit seinem friedlichen Systeme. Er möge also gewiß sein, daß man sich keineswegs bemühen werde, ihm die Kaiserin von Rußland zu entfremden; habe man doch keiner ihrer Aufforderungen zur Erneuerung des Bündnisses mit ihr Folge geleistet. Man wisse wohl daß sie in England betheuern ließ, Oesterreich sei es gewesen, welches das Bündniß mit ihr suchte. Ohne Zweifel habe sie ein Gleiches auch dem Könige von Preußen gegenüber behauptet. Nichts könne jedoch unwahrer sein, und es würde nicht schwer fallen, die Beweise hiefür zu liefern. Oesterreich sei daher von nichts weiter entfernt als mit Rußland liebäugeln zu wollen, denn es wisse wohl daß es dadurch den Hof von St. Petersburg nur noch hochmüthiger

und noch begehrlicher gegen den König von Preußen machen, dem Letzteren aber Anlaß geben würde zu erneuertem Mißtrauen. Ganz dasselbe würde geschehen, wenn Friedrich die Miene annehmen wollte, in nähere Beziehungen zu Frankreich zu treten. Für Oesterreich wie für Preußen sei somit das gegenwärtige System ohne Zweifel das beste. Ein zweideutiges Benehmen eines der beiden Staaten gegen den Verbündeten des Anderen könnte jedoch unmerklich zu einem Systemwechsel führen. Daher hätte man sich eines solchen mit Sorgfalt zu enthalten und sich gegenseitig das unumstößliche Versprechen zu geben, daß man sich zu jeder Zeit und bei jeder Gelegenheit gegen den Verbündeten des anderen Staates zwar ehrenhaft, aber nicht in einer Weise benehmen werde, welche eine noch größere Annäherung herbeiführen solle. So wie Oesterreich an seiner Allianz mit Frankreich, so möge Preußen an derjenigen mit Rußland festhalten; darin liege nicht das geringste Hinderniß für ein gutes Einvernehmen zwischen den Höfen von Wien und Berlin. Um dasselbe aufrecht zu erhalten, dazu bedürfe es keiner besonderen Verträge, welche noch überdieß ohne die Theilnahme oder wenigstens die Mitwissenschaft der Verbündeten nicht leicht würden abgeschlossen werden können. Nützlich aber, ja vielleicht nothwendig würde es sein, daß man die allgemeinen Grundsätze feststelle, welche künftighin für das Verfahren der beiden Mächte gegen einander als unabänderliches Gesetz gelten sollten.

Einen „politischen Katechismus“ nannte Kaunitz das Schriftstück, das er nun dem Könige vorlegte und von welchem er meinte, daß es im Falle der Billigung weder mit einer Unterschrift noch mit einem Datum versehen, sondern daß nur das einfache Versprechen gegeben werden sollte, sich beiderseits an dasselbe zu halten. Ja selbst eine bloß mündliche Zusage, dieß thun zu wollen, würde weit nützlicher sein als alle Tractate der Welt.

In zehn verschiedene Punkte waren die gegenseitigen Zusagen gekleidet, welche der politische Katechismus des Staatskanzlers enthielt. Bei dem ersten Auftauchen einer Veranlassung zu Argwohn würden die beiden Mächte sich vertraulich um Aufklärung angehen. Jederzeit würden sie mit der Aufrichtigkeit und dem Freimuthe zu einander

sprechen, welche das Gefühl der wahren Freundschaft und die gute Meinung, die man von der Einsicht eines Freundes hege, mit sich brächten. Niemals werde die eine Macht der anderen etwas vorschlagen, was derselben nachtheilig oder nicht auf das Princip der Gegenseitigkeit gegründet wäre. Beide würden sich bemühen, auch die anderen Staaten von den guten Beziehungen und der Hochachtung zu überzeugen, welche zwischen ihnen bestünden; eifersüchtigen oder neidischen Feinden aber würden sie bei jedem Anlasse zu erkennen geben, daß man sich fruchtlos bemühe, sie zu entzweien. Der Wiener Hof werde sich nicht Rußland und Preußen sich nicht Frankreich zu nähern bestrebt sein. Sollte Rußland jemals dem Kaiserhofe oder Frankreich dem Könige von Preußen Allianzvorschläge machen, so werde man sich dieselben allsogleich und treulich mittheilen. So oft eine der beiden Mächte an eine wichtige Unternehmung schreite, werde sie die andere davon unterrichten, um eine Durchkreuzung ihrer Absichten zu verhindern. Keine von ihnen werde sich dem Vortheile der anderen widersetzen, wenn er nicht ihrem eigenen Interesse geradezu widerspreche oder es um einen Gegenstand von sehr großer Wichtigkeit sich handle. In dem letzteren Falle werde man sich freundschaftlich und im Voraus über den gegenseitigen Gewinn verständigen, den man sich nicht nur gönnen, sondern zu dessen Erlangung man sogar mitwirken wolle. Man werde es so viel als nur immer möglich vermeiden, über geringfügige Angelegenheiten von Staat zu Staat in Verhandlung zu treten, indem nichts leichter dazu führe, Mißstimmung zwischen ihnen zu erregen und dadurch die großen Geschäfte zu verderben. Und da endlich die Eifersucht der übrigen Höfe in dem gleichen Maße zunehmen würde, in welchem sie sich von der Steigerung des guten Einvernehmens zwischen Oesterreich und Preußen überzeugen könnten, so würden beide Staaten sich treulich die Einstreuungen so wie die Aufreizungen zum Argwohn mittheilen, die an sie gelangen sollten [302].

Es scheint daß es dem Fürsten Kaunitz um diesen letzteren Punkt ganz besonders zu thun war, denn eigentlich enthielt er nicht viel Anderes als schon in dem ersten gesagt war. Wie dem aber auch sein mochte, der König erklärte sich vollkommen einverstanden mit dem

„politischen Katechismus". Nur bat er denselben in seinen Händen zu lassen, um über dessen Inhalt noch reiflicher nachdenken zu können. Kaunitz aber weigerte sich dessen unter dem Vorwande, daß er noch nicht einmal Zeit gehabt, sich der Zustimmung des Kaisers zu dem Entwurfe zu versichern.

Der Staatskanzler verbreitete sich nun noch einmal über die heilsamen Folgen, welche nach seiner Ueberzeugung die Eintracht zwischen den Höfen von Wien und Berlin für sie selbst und für ganz Europa nach sich ziehen müsse. Als er Kaunitz so sprechen hörte, erhob sich der König plötzlich, umarmte ihn mit Wärme, überhäufte ihn mit Lobeserhebungen und versicherte ihn, daß er selbst schon seit langer Zeit ähnliche Gedanken gehegt habe. Sie seien tief eingewurzelt in sein Herz, und es werde ihm daher nicht schwer fallen, sein Benehmen nach den Regeln des politischen Katechismus einzurichten.

Nachdem das erneuerte Begehren des Königs, den letzteren zu erhalten, von Kaunitz auch jetzt wieder ablehnend beantwortet worden, kehrte Friedrich nochmals auf die schon am vorigen Abende besprochene Nothwendigkeit einer baldigen Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und der Türkei, und auf die Bedingungen zurück, unter denen derselbe zu Stande gebracht werden könnte. Er beschwor den Staatskanzler, hiezu thatkräftig mitzuwirken, und er schien gern dessen wiederholte Versicherung zu vernehmen, daß man auch auf österreichischer Seite nichts Anderes wolle. Nachdem jedoch die Pforte, fügte Kaunitz hinzu, jetzt selbst die Vermittlung der Höfe von Wien und Berlin in Anspruch nehme, so komme es nur darauf an, auch Rußland hiefür zu gewinnen. Niemand in Europa besitze größeren Einfluß auf die Kaiserin Katharina als der König von Preußen. Nur durch ihn könnte daher Rußland vermocht werden, gleichfalls die Hand zum Frieden zu bieten. Der König möge sich entschließen, in St. Petersburg eine etwas entschiedenere Sprache zu führen als bisher. Thue er das nicht, dann werde von zwei gleich unangenehmen Fällen einer ohne Zweifel eintreten. Entweder komme der Friede nicht zu Stande, weil Rußland Zugeständnisse fordere, auf welche die Pforte unmöglich eingehen könne. Oder er werde unter Bedingungen geschlossen,

welche höchst ungünstig für die Türkei und daher auch für jenes Gleichgewicht der Macht zwischen den beiden kriegführenden Staaten, welches allein die Dauer des Friedens und die zukünftige Sicherheit Oesterreichs verbürgen könnte, sehr nachtheilig wären. Es sei darum ganz unerläßlich, daß der König nicht nur durch eindringliche Vorstellungen, sondern wenn nöthig auch durch noch energischere Mittel die Kaiserin von Rußland bestimme, ebenfalls die Vermittlung Oesterreichs und Preußens anzunehmen und zu begehren. Suche sie dem auszuweichen, dann dürfe man vermuthen, sie wolle die Sache aufs Aeußerste treiben. In diesem Falle werde es jedoch kaum möglich sein, daß Oesterreich sich enthalte, die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, um Rußland größere Mäßigung aufzuerlegen.

Der König erklärte sich einverstanden mit Allem was Kaunitz gesagt. Aber derselbe kenne die Kaiserin von Rußland nicht so gut als er; sie sei sehr hochmüthig, sehr ehrgeizig, sehr eitel, und in Folge alles dessen sehr schwer zu leiten. Da sie eine Frau sei, könne man zu ihr nicht in dem Tone sprechen, dessen man sich gegen einen Minister bedienen würde; man müsse sie ungleich mehr schonen, um sie nicht aufzubringen; er werde jedoch die Rathschläge des Staatskanzlers so viel als nur immer möglich befolgen. „Aber liefern Sie „mir Waffen", sagte Friedrich zu Kaunitz, „deren ich mich bedienen „könnte, um ihr Furcht einzujagen." Und nachdem er einen Augenblick nachgedacht, schlug er vor, der Kaiserhof möge dem Oberbefehlshaber der russischen Truppen bedeuten, man rechne darauf, daß es ihm nicht in den Sinn kommen werde, die Donau zu überschreiten. Oder Frankreich solle mit einer solchen Erklärung hervortreten und hinzufügen, wenn sie unbeachtet bliebe, würde Oesterreich gegen Rußland Krieg führen und von Frankreich mit hunderttausend Mann unterstützt werden [303]). Man möge ihn ermächtigen, dieß nach St. Petersburg zu melden; eine solche Mittheilung werde dort gewiß eine tiefe Wirkung hervorbringen.

„Ich gestehe daß ich äußerst erstaunt war", berichtete Kaunitz an Maria Theresia, „aus dem Munde eines Fürsten, der sonst so „viel Verstand besitzt, so kindische Ideen zu vernehmen. Ohne ihn

„jedoch hievon etwas merken zu lassen, und aus Rücksicht für einen „großen Monarchen wie er, begnügte ich mich ihm zu entgegnen, daß „nach meiner Ansicht keines dieser beiden Mittel anzuwenden wäre. „Das erstere nicht, weil man sich niemals Drohungen erlauben sollte, „ohne im Voraus entschlossen zu sein, sie auch zur Wahrheit werden „zu lassen; der bloße Uebergang über die Donau würde jedoch noch „keine genügende Ursache darbieten, Oesterreich zu offenem Bruche mit „Rußland zu bewegen. Das zweite aber nicht, weil Rußland eine „derartige Erklärung Frankreichs als einen Scherz betrachten und „daher auf sie nicht die geringste Rücksicht nehmen würde."

Indem Kaunitz rieth, den von dem Könige von Preußen ausgesprochenen Vorschlag fallen zu lassen, gab er ihm ein anderes und seiner Ansicht nach wirksameres Mittel an die Hand. Müsse er ja doch ohnedieß, sagte er ihm, an die Kaiserin von Rußland schreiben und sie in freundschaftlicher Weise von den Vorgängen bei der Zusammenkunft in Neustadt unterrichten. Er möge ihr doch mittheilen, daß er gleich dem Kaiser aus Constantinopel die Aufforderung der Pforte zur Uebernahme der Friedensvermittlung erhalten habe. Er würde bereit sein, sich derselben in Gemeinschaft mit Oesterreich zu unterziehen, wenn dieß der Kaiserin von Rußland genehm wäre.

Die weitläufige Darlegung der Gründe, durch welche nach der Ansicht des Staatskanzlers der König von Preußen die Kaiserin von Rußland zur Annahme dieses Antrages bewegen sollte, braucht hier kaum neuerdings angeführt zu werden. Auch dasjenige, was Kaunitz dem Könige über den ernstlichen Willen Oesterreichs sagte, unerschütterlich festzuhalten an dem Bündnisse mit Frankreich, wird füglich mit Stillschweigen übergangen werden können. War es ja doch nur eine Wiederholung dessen, was von österreichischer Seite schon so oft und jederzeit gleichmäßig kundgegeben worden war. Aber der Staatskanzler stellte doch auch jedes etwaige Abhängigkeitsverhältniß Oesterreichs von Frankreich entschieden in Abrede. Er schloß mit einer Erörterung der Mittheilung, welche man über die Begegnung in Neustadt nach Frankreich gelangen lassen werde. Man wolle hinzusetzen, daß wenn die Pforte außer Oesterreich und Preußen auch noch England zur Friedens-

vermittlung herbeiziehen sollte, Oesterreich verlangen werde, daß ein Gleiches auch mit Frankreich geschehe.

Der König pries Alles, was Kaunitz ihm gesagt, in lebhaften Ausdrücken. Er versprach sich darnach richten und die Worte des Staatskanzlers aufzeichnen zu wollen, um nur ja nichts davon zu vergessen. Er verbreitete sich schließlich über die Nothwendigkeit, einer verbündeten Macht so Manches hingehen zu lassen, was an und für sich nichts weniger als willkommen erscheine. So habe Oesterreich nichts thun können, als sich in die von Seite Frankreichs geschehene Aneignung Corsica's zu fügen. Es könnte übrigens eines Tages so weit kommen, daß Rußland ihn zwänge, sich mit Oesterreich zu vereinigen, um jenes reißende Anwachsen der Macht Rußlands zu hemmen, das die übrigen Staaten zu überfluthen im Stande wäre. Kaunitz entgegnete, das Verfahren Oesterreichs in Bezug auf Corsica könne durchaus keiner übertriebenen Willfährigkeit gegen Frankreich zugeschrieben werden. Diese „elenden" Genuesen hätten ja Corsica, das ihr unbestrittenes Eigenthum gewesen und über welches ihr Verfügungsrecht unmöglich in Frage gestellt werden könne, freiwillig abgetreten an Frankreich. Niemand, selbst nicht das hiebei am meisten betheiligte England habe sich dem entgegengesetzt; es wäre somit sehr übel angebracht gewesen, wenn Oesterreich solches hätte thun wollen. Ganz anders verhalte es sich jedoch mit einer etwaigen Willfährigkeit Preußens gegen Rußland. Gienge dieselbe zu weit, dann würde auch die Folge davon ungleich verhängnißvoller sein.

„Ich sehe wohl", entgegnete Friedrich, „daß Sie mit mir immer „Recht haben." Er umarmte den Fürsten Kaunitz und ihr mehr als zweistündiges Gespräch war zu Ende.

Freilich waren damit noch nicht alle politischen Erörterungen zwischen ihnen zum Abschlusse gebracht. Der König sprach den Wunsch nach einer neuen Unterredung mit dem Staatskanzler aus; der Letztere begab sich daher nochmals, und zwar unter dem Vorwande zu ihm, Abschied zu nehmen. Friedrich empfing ihn mit den Worten, es freue ihn, daß man sich über die jetzige Gestaltung der öffentlichen

Angelegenheiten so gut verständigt habe. Dieselbe könne und werde sich jedoch ändern; wie nützlich würde es dann sein, wenn man sich neuerdings, wenn auch nur einmal im Jahre besprechen könnte. Wäre dieß nicht möglich, so müßte doch Kaunitz in solchen Fällen Jemand nach Berlin senden, der sein ganzes Vertrauen besäße. Der Staatskanzler versicherte, daß man auf österreichischer Seite zur Betretung beider Wege bereit sei. Noch einmal rief er dem Könige die wichtigsten Punkte seiner Betrachtungen, und insbesondere die Nothwendigkeit ins Gedächtniß zurück, daß er in Rußland in friedlichem Sinne und für Annahme der Vermittlung Oesterreichs und Preußens zu wirken bemüht sei. Er erklärte ihm offen, daß er sein Vertrauen zu dem Könige nach demjenigen zu regeln gedenke, welches ihm Friedrich beweisen werde. Die wahrhafte Eintracht beider Staaten werde ihnen selbst zum Nutzen und zum Ruhme, der ganzen Menschheit aber zum Heile gereichen [304]).

Das erneuerte Begehren des Königs von Preußen, den politischen Katechismus zu erhalten, indem er ihn immer vor Augen haben und ernstlich befolgen wolle, mußte Kaunitz auch jetzt wieder ablehnen. Denn Joseph war der Meinung, daß ohne die vorläufige Zustimmung der Kaiserin eine solche doch immerhin bindende Schrift nicht hinausgegeben werden dürfe. Ohne irgendwelche Mißstimmung zu zeigen, fügte Friedrich sich in diese Weigerung. Er begnügte sich mit dem Versprechen, welches Joseph ihm gab, daß er nach seiner Rückkehr nach Wien, wenn die Kaiserin es billige, dem preußischen Gesandten eine Abschrift des Katechismus einhändigen werde, wogegen eine solche von Berlin aus nach Wien gesendet werden sollte. Die gewissenhafte Beobachtung der darin enthaltenen Grundsätze würde man sich gegenseitig auf Ehrenwort geloben.

Diese Verabredung bietet den einzigen Anlaß dar, bei welchem man eine Betheiligung Josephs an den in Neustadt stattfindenden politischen Erörterungen gewahr wird. Sonst scheint er die Geschäfte dieser Art einzig und allein dem Staatskanzler überlassen und sich ausschließlich der militärischen Seite der Zusammenkunft gewidmet zu haben. Wie Prinz Albert berichtet, war man mit dem am Vormittage

des 4. September abgehaltenen Manöver nicht vollständig zufrieden. Dagegen bewunderte der König von Preußen das Aussehen der österreichischen Truppen beim Defiliren, und von einem Bataillone ungarischer Grenadiere sagte er, sie gliechen eben so vielen Söhnen des Mars [305]).

War an diesem Tage das militärische Schauspiel vom schönsten Wetter begünstigt, so trat am 5. September gerade das Gegentheil ein. Schon als die beiden Monarchen mit ihrem Gefolge Neustadt verließen, wurden sie von einem feinen Regen überfallen, aber sie setzten ihren Weg fort und die Manöver begannen. Kaum war dieß geschehen, so erhob sich ein furchtbarer Sturm, welcher wahre Regenströme ausschüttete über die Umgegend von Neustadt. Gräßlich waren die Verwüstungen, die durch das entfesselte Element angerichtet wurden. Ein Theil des Lagers, das an einem Abhange sich hinzog, wurde weggerissen von den Fluthen, welche von dem Berge herab stürzten. Viele Gegenstände wurden weggeschwemmt und an eine Fortsetzung des Manövers war nicht mehr zu denken. Bis auf die Haut durchnäßt, legte die erlauchte Gesellschaft den ziemlich weiten Weg nach Neustadt zurück. „Und der große Friedrich", berichtet Prinz Albert über diese Begebenheit, „der nicht mit einer für ein so unerwartetes „Ereigniß ausreichenden Garderobe versehen war, hatte die Unannehmlichkeit daß er, in seinen Mantel gehüllt, mehrere Stunden an einem „Küchenfeuer zubringen mußte, an welchem er seinen einzigen Rock „und seine Beinkleider trocknen ließ" [306]).

Draußen dauerte inzwischen das gräuliche Unwetter fort, gegen welches, wie ein anderer Berichterstatter, der gleichfalls in Neustadt anwesend war, der Fürst de Ligne sich ausdrückt, die Sturmfluth, welche Deukalion auf dem Parnaß überstand, nur ein gewöhnlicher Sommerregen war [307]). Erst nachdem Wind und Regen sich etwas gelegt, übersah man die Verwüstungen, welche das Unwetter angerichtet hatte. Alle Brücken waren weggerissen, die Niederungen überschwemmt, die Straßen und Wege ungangbar gemacht. Groß war der Schaden, welchen die Truppen an Uniformen und Waffen erlitten, und fast ihr ganzes Gepäck ging verloren. Unter solchen Umständen konnte von einer Fortsetzung der Manöver nicht mehr die Rede sein.

Die Zeit, welche der König noch in Neustadt verweilte, wurde daher neben den politischen Verhandlungen mit langdauernden Festessen, mit Theatervorstellungen und mit Gesprächen zugebracht. Kaunitz aber stellte dem Könige den Freiherrn Gottfried van Swieten vor, der ohne Zweifel schon damals bestimmt war, der Nachfolger Nugents als österreichischer Gesandter in Berlin zu werden.

Am frühesten Morgen des 7. September verließ Friedrich das kleine mährische Städtchen, in welchem seine zweite und letzte Begegnung mit Joseph stattgefunden hatte. Der König begab sich wieder nach Schlesien, der Kaiser aber mit dem Prinzen Albert und den Generalen nach Böhmen, um bei Kolin und Prag die Manöver zu sehen. Kaunitz kehrte für einige Wochen nach Austerlitz zurück. Bevor er dahin abreiste, schrieb er noch von Neustadt zwei Briefe an die Kaiserin, in deren einem er die politische, in dem anderen aber die gesellige Seite der Zusammenkunft vorläufig nur mit wenig Worten besprach. In ersterer Beziehung glaubte er sich schmeicheln zu dürfen, seine Erörterungen hätten einen lebhaften Eindruck auf den König hervorgebracht und dessen Gesinnungen über Oesterreich und für Oesterreich seien jetzt weit verschieden von denjenigen, mit denen Friedrich nach Neustadt gekommen war. Er lobte die Fügsamkeit, mit welcher der König von Preußen auf Alles eingegangen war, was er ihm hinsichtlich der bei der russischen Regierung zu machenden Schritte an die Hand gab. Ja er sprach die Erwartung aus, daß Friedrich, insoweit er überhaupt zu Jemand Zutrauen fassen könne, dieß von nun an Oesterreich gegenüber in weit höherem Maße thun werde als bisher. Dagegen könne man auch ihm mehr vertrauen, als bis jetzt vernünftig gewesen wäre [308]).

„Alles ist hier sehr gut vorübergegangen“, schrieb Kaunitz in seinem zweiten, für Maria Theresia allein bestimmten Briefe. „Der „Kaiser benahm sich in ganz angemessener Weise gegen den König. „Die Truppen Eurer Majestät, Infanterie wie Cavallerie, haben uns „viel Ehre gemacht und einen sehr günstigen Eindruck auf die Preußen „hervorgebracht. Die Tafel war wohlbedient und das Schauspiel so „gut, als es sogar in Wien hätte sein können. Alle unsere Gäste

„waren trefflich bewohnt; die Stadt selbst sehr nett und hübsch, mit „einem Worte, ich war mit Allem äußerst zufrieden, und ich glaube „daß auch Eure Majestät Ursache haben es zu sein. Alles was ich „in diesem Augenblicke über die Person des Königs zu sagen im Stande „bin, ist, daß ich an ihm weder all das Gute, noch all das Ueble „gefunden habe, das man mir von ihm gesagt hat. In dem ganzen „Gefolge des Königs war Niemand, von dem es die Mühe lohnt zu „sprechen, als ein kleiner siebzehnjähriger Prinz von Braunschweig, ein „jüngerer Sohn des regierenden Herzogs, ein hübsches Kind, nicht ohne „Verstand, mit einem gewinnenden Aeußern, sanft, bescheiden und wohl„erzogen. Vor Allem aber muß sein Bruder, der Erbprinz von Braun„schweig erwähnt werden, der neben seinem militärischen Rufe viel Ver„stand und Kenntnisse sowie eine sehr edle Art von Höflichkeit besitzt. „Man sagt er sei falsch; da diese Eigenschaft jedoch gewöhnlich von „den Dummen, deren es eine so übergroße Zahl in der Welt gibt, den „Menschen von Verstand zugeschrieben wird, so glaube ich so lange „nicht daran, als bis ich mich selbst durch Beweise davon überzeugt „haben werde" [309]).

Kaunitz schließt seinen Brief an die Kaiserin mit der Bitte, ihm so bald als möglich seinen Freund Binder nach Austerlitz zu senden, um ihm gleichfalls einige Erholung zu verschaffen. Außerdem bedurfte er seiner zu leichterer Bewältigung der Arbeiten, welche in Folge der Zusammenkunft zu Neustadt für die nächsten Tage ihm oblagen. Maria Theresia aber antwortete dem Staatskanzler eigenhändig die folgenden Worte:

„Ich habe keinen Augenblick gezögert, Ihren Auftrag zu erfüllen „und Ihnen Binder zu senden. Er verfügt sich mit der größten Freude „zu Ihnen; er möchte fliegen, um baldigst bei Ihnen zu sein und noch „umständlicher alle Ihre Betrachtungen und Ihre Schritte zu ver„nehmen. Der kleine Band, den Sie mir geschickt haben, stammt aus „einer sehr ergiebigen Quelle, und ich werde gewiß das Gute, das Sie „mir in Aussicht stellen, ausreichend würdigen, indem ich gewohnt bin, „nur durch Ihre Sorgfalt solches zu empfangen. Die allgemeine Be„friedigung gewährt auch mir eine solche in sehr hohem Maße. Sie

„empfinden dieselbe über den Kaiser, und er, wie mir scheint, über „Sie, über unsere Truppen, über den Haushalt, die Tafel und selbst „das Theater. Es ist angenehm, zufrieden zu stellen, wenn man irgend „etwas unternimmt, und ich bin daher auch für Dietrichstein ungemein „froh. Ich schenke Ihnen übrigens den umständlichen Bericht nicht „und empfehle Ihnen nur, noch mit Bevorzugung vor den Preußen „festzuhalten an der französischen Allianz, die Ihr erstes und alleiniges „Werk ist; man muß sie ertragen und ihnen manchmal schmeicheln. „Ich habe Binder beauftragt, Ihnen einen Courier mitzubringen, auf „daß Sie, so weit als Sie es für nützlich ansehen, die Franzosen „unmittelbar von dieser Zusammenkunft in Kenntniß setzen können. „Sie wissen daß die im vergangenen Jahre eingetretene Zögerung zu „großem Verdachte Anlaß gab. Ich spreche Ihnen nicht von anderen „Angelegenheiten. Binder wird Sie von Allem unterrichten und ich „wünsche nur, daß das Wetter, welches sich zu einem zweiten Regen „anzuschicken scheint, Ihren Aufenthalt mehr begünstige als es jetzt „den Anschein gewinnt, und daß Ihre Gesundheit sich befestige. Ruhig „können Sie schlafen auf Ihren unblutigen Lorbeern. Vermeiden wir „sorgfältig jede Gelegenheit, deren andere zu erwerben; es ist höchste „Zeit, daß dieß endlich einmal aufhöre" [310]).

Der vorstehende Brief der Kaiserin ist insbesondere darum merkwürdig, weil aus ihm deutlich hervorgeht, daß sie nicht nur Joseph, sondern sogar Kaunitz beargwohnte, er könnte über der Annäherung an Preußen sich eine Vernachlässigung des Bündnisses mit Frankreich zu Schulden kommen lassen. Durch Pergen, welchem sie die aus Neustadt eingelangten Berichte zur Begutachtung zugewiesen hatte, scheint sie auf diese Gedanken gebracht worden zu sein [311]). Aber man weiß wie groß die Eitelkeit des Fürsten Kaunitz und wie empfindlich er gegen jede Aeußerung war, die ihm einen wenn gleich nur sehr versteckten Tadel seines Verfahrens zu enthalten schien. In welch hohem Maße er sich auch jetzt wieder verletzt fühlte, zeigt die Antwort, die er noch von Austerlitz an die Kaiserin schrieb. Er schmeichle sich mit der Hoffnung, sagt er darin, nach Durchlesung seines ausführlichen Berichtes werde sie überzeugt sein, sie habe den Rathschlägen des

Mannes, der sie bewog, ihm das vorzugsweise Festhalten an der Allianz mit Frankreich sowie die Nothwendigkeit, die Fehler der Franzosen zu ertragen und ihnen manchmal zu schmeicheln, noch besonders zu empfehlen, allzuviel Ehre erwiesen. Auch den ihm von der Kaiserin gemachten Vorwurf der Versäumniß, daß im vergangenen Jahre die erforderliche Mittheilung über die Zusammenkunft zu Neisse allzuspät gemacht worden sei, wies Kaunitz zurück. „Ich hätte ge- „wünscht", fuhr er in gekränktem Tone fort, „daß Eure Majestät „die Einstreuungen solch kleiner Geister mit ebensoviel Verachtung auf- „genommen hätten, als derjenige Vertrauen verdienen könnte, der „durch die Art und Weise, in der er Ihre Angelegenheiten bisher „geleitet, Ihnen nicht nur seit vierzehn Jahren das Bündniß mit dem „Hause Bourbon zu erhalten, sondern Ihnen gleichzeitig jene politische „Hochachtung zu erringen verstand, deren Sie sich heutzutage in ganz „Europa erfreuen" [312]).

Wie es ihm fernliege, irgendwelche Erkaltung der Beziehungen zu Frankreich herbeiführen oder auch nur zulassen zu wollen, zeigte Kaunitz auch durch schleunige Absendung eines Couriers nach Paris, welcher dorthin ziemlich ausführliche Mittheilungen über die Vorgänge und Verhandlungen zu Neustadt überbrachte [313]). Auch dem französischen Geschäftsträger Durand, der sich in Austerlitz einfand, und dem englischen Botschafter Lord Stormond gegenüber sprach Kaunitz in dem gleichen Sinne sich aus. Ueberall ließ er der Haltung des Königs von Preußen volle Anerkennung widerfahren [314]).

Es brachte in Wien einen wohlthuenden Eindruck hervor, als man erfuhr daß Friedrich, sowie er es im vergangenen Jahre gethan, auch jetzt wieder sogar in seinen vertraulichen Kreisen sich lobend aussprach über die Begegnung mit dem Kaiser. Aus Berlin wurde berichtet, er habe von Joseph gesagt, derselbe sei ein redlicher Mann oder es gebe keinen mehr auf der Welt. Den Staatskanzler Kaunitz habe der König das wahre Musterbild eines eifrigen Vaterlandsfreundes genannt. Ohne Parteilichkeit für irgend ein System, fasse er nur die Interessen des Staates ins Auge, dem er diene. Von den österreichischen Truppen aber sollte Friedrich gesagt haben, er habe geglaubt, preußische

Soldaten in weißen Uniformen zu sehen. Das Auge ihres kaiserlichen Herrn und Lacy's thätige Sorgfalt hätten ihnen seit dem Friedensschlusse eine weit größere Gewandtheit als früher verliehen [315]).

Es mag dahingestellt bleiben, ob es dem Könige von Preußen mit diesen Aeußerungen völliger Ernst war, oder ob sie nur gethan wurden, um nach Wien gemeldet zu werden und dort die beabsichtigte Wirkung zu machen. Aber es muß doch erwähnt werden, daß wenigstens ein Berichterstatter vorhanden ist, dessen Mittheilung etwas abweicht von den Lobeserhebungen und den Bezeigungen gegenseitiger Zufriedenheit, die man von österreichischer wie von preußischer Seite so reichlich sich spendete. Prinz Albert von Sachsen erzählt uns, daß man die Wahrnehmung gemacht zu haben glaubte, in Neustadt habe nicht mehr jene Offenheit und Herzlichkeit geherrscht, wie dieß bei der ersten Zusammenkunft der beiden Monarchen zu Neisse der Fall war [316]).

Eine leise Hindeutung auf diese letztere Anschauung ist auch in einem ganz eigenhändigen Briefe enthalten, welchen Maria Theresia am 9. September 1770 an Lacy schrieb. Er ist gleichzeitig ein neuer Beweis der Fürsorge der Kaiserin für ihre Truppen und der lebhaften Anerkennung, die sie den hervorragenden Verdiensten des Präsidenten des Hofkriegsrathes zollte.

„Marschall Lacy", so lautet der Brief der Kaiserin, „ich bin „Ihnen für Ihre beiden Berichte äußerst verbunden, aber sehr betrübt, „daß die so wohl ausgedachten prächtigen Manöver nicht ausgeführt „werden konnten, und daß unsere guten und braven Soldaten den „Trost nicht genossen, welchen ihre Arbeiten verdient hätten. Unsere „armen Offiziere, welche dieser schreckliche Wolkenbruch zu Grunde „gerichtet, würden wohl einigen Beistand verdienen, sie sind ja ohnehin „den größten Entbehrungen preisgegeben. Ich lege Ihnen diese Betrachtungen vor, um sie Ihrer Entscheidung anheimzustellen, und „würde die Summe, die Sie für angemessen hielten, abgesondert „liefern, um uns für die Zukunft nicht zu binden; es wird nicht so „bald wieder ein Lager in gleicher Parade stattfinden. Was mich aber „am meisten beunruhigt, das ist die Erschütterung Ihrer Gesundheit,

„welche schon bei Ihrer Abreise schlecht war. Bei der ungeheuren „Arbeit, die Sie für den Staat vollbringen, ist das nichts Erstaunliches, „aber Sie dienen dabei schlecht Ihrer Freundin Therese, der unendlich „viel an der Erhaltung eines Mannes liegt, welcher so anhänglich, „eifrig und jetzt einzig in seiner Sphäre ist. Ich fürchte für Sie das „Fieber; es wäre Ihnen ungemein schädlich und noch dazu im Herbste; „ich gestehe Ihnen, daß ich nur mit Furcht die ersten Nachrichten „erwarte; das Wetter ist so schrecklich, daß es die kräftigsten Leute „krank macht. Und ich muß sagen, daß ich fast erfreut war, als der „Kaiser mir am 5ten schrieb, er glaube daß Sie ihm nicht nach Prag „folgen könnten. Aber freilich würde es mir auch nicht angenehm sein, „wenn er ohne Sie die Truppen sehen und manövriren lassen würde; „Ihre Gegenwart verhindert Vieles."

„Zwei Vergnügen sind mir zu Theil geworden. Das eine besteht „darin, daß der Kaiser mir schreibt, dieser Mann*) scheint uns überall „Mißgeschick zu bringen. Ist dieß aufrichtig gemeint, so ist das ein „Gewinn gegen das vergangene Jahr. Das zweite aber ist daß er „mir mit Allem zufrieden zu sein scheint, mit den Truppen, mit den „Vorkehrungen und mit den Leuten, mit der Tafel, dem Schauspiel „und selbst mit unserem guten Dietrichstein und meinem werthen „Kaunitz. Wenn man nur den Letzteren nicht lächerlich zu machen „gesucht hat!"

„Wenn dieß nicht Ihre Muße allzusehr verkümmern heißt, so „wünschte ich, daß Sie mir auch von den Manövern bei Prag „Kenntniß geben und mir sagen wollten, ob Sie mit dem Kaiser „zufrieden waren, und ob es Ihnen nicht schien, daß diese Zusammenkunft „nicht mehr so freundschaftlich und so vertraulich wie die frühere war."

„Ist keine Hoffnung vorhanden, daß Sie des Wetters wegen „früher zurückkehren? Ich hüte mich wohl, dieß irgendwie zu berühren, „aber ich wünsche es aus sehr vielen Gründen; der Aufenthalt in „Prag, ohne Beschäftigung, ist in keiner Weise passend. Ich ende mit

---

*) Der König von Preußen.

„folgender Betrachtung: Wer hätte sich jemals einbilden können, daß „wir uns diesem kriegerischen Könige gleichstellen, ja ihn vielleicht „etwas übertreffen, daß wir sogar wünschen würden, vor seinen Augen „zu erscheinen und daß wir Eindruck auf ihn hervorbringen könnten? „Dieß danke ich Ihrer Sorgfalt; urtheilen Sie nun, wie mir Ihre „Erhaltung am Herzen liegt. Sie könnten mir keine stärkere Probe „Ihrer Anhänglichkeit geben, als wenn Sie alle Sorgfalt für sich „tragen und mich immer ansehen als Ihre sehr dankbare

Maria Theresia"[317]).

Neuntes Capitel.

Berathungen am Kaiserhofe.

Was die erlauchten Personen, die sich in Neustadt zusammengefunden hatten, von einander dachten und sprachen, verdient ohne Zweifel nicht geringe Beachtung. Von ungleich größerer Wichtigkeit ist es jedoch, das Verfahren ins Auge zu fassen, welches sie von nun an wirklich beobachteten.

Wer nach den Resultaten der Begegnung forscht, die zu Neustadt stattfand, wird sowohl die allgemein lautenden Verabredungen, die zwischen Oesterreich und Preußen zu Stande gebracht werden sollten, als die Haltung betrachten müssen, welche die beiden Regierungen dem russisch-türkischen Kriege gegenüber einnahmen. In ersterer Beziehung erlebte Kaunitz die Genugthuung, daß ihm am 15. November 1770 der preußische Gesandte von Rhode ein Exemplar des „politischen Katechismus" übergab, welches jedoch weder von der Hand des Königs geschrieben zu sein scheint, noch seine Namensunterschrift trägt [318]. Selbstverständlich wurde diese Mittheilung von Wien aus mit einer gleichen erwiedert.

Was aber die zweite und für den Augenblick wenigstens ungleich bedeutsamere Frage, das Zusammenwirken Oesterreichs und Preußens zur Beendigung des Krieges zwischen Rußland und der Pforte betraf, so handelte es sich vorerst um das Ergebniß der Schritte, welche Friedrich bei der Kaiserin Katharina zu thun sich anheischig gemacht hatte, um sie gemäßigten Friedensbedingungen und dem Gedanken

einer Vermittlung Oesterreichs und Preußens zugänglich zu machen. Kaunitz schien nicht daran zu zweifeln, daß der König sein in Neustadt gegebenes Versprechen auch wirklich erfüllen und sich in dem dort von ihm gebilligten Sinne in Rußland aussprechen werde. Bevor dieß jedoch geschehen war und die Möglichkeit eintrat, eine Antwort aus Rußland zu erhalten, legte Kaunitz die Hände nicht müßig in den Schooß. Das Wichtigste war ihm, den Vertreter Oesterreichs in Constantinopel mit der erforderlichen Richtschnur für dessen ferneres Benehmen zu versehen.

Der Anzeige Thuguts, daß die Türkei die Friedensvermittlung Oesterreichs und Preußens in Anspruch nehmen wolle, war rasch das förmliche, an die beiden Regierungen gerichtete Begehren der Pforte gefolgt. Noch in Neustadt erhielten Joseph und Friedrich die hierauf bezüglichen Schreiben des Kaimakam; hierauf wenigstens eine vorläufige Antwort zu geben, hielt nun Kaunitz für seine erste und dringendste Pflicht. Indem er dem bisherigen Verfahren Thuguts die wärmsten Lobsprüche zollte, verständigte er ihn von dem einstweiligen Ergebnisse der Zusammenkunft in Neustadt. Der König von Preußen habe ein sehr großes Verlangen gezeigt, zu baldiger Herbeiführung des Friedens zwischen den Russen und den Türken das Seinige beizutragen. Er habe es übernommen, die Kaiserin von Rußland von der Geneigtheit des Wiener Hofes zur Vermittlung des Friedens zu unterrichten, ihr jedoch auch gleichzeitig zu erklären, daß derselbe sich unmöglich hiezu freiwillig anbieten und einer abschlägigen Antwort aussetzen könnte. Außerdem müßte man sich in Wien dem Vermittlungsgeschäfte entziehen, wenn England Theil an demselben nehmen, Frankreich aber davon ausgeschlossen würde. Man möge also entweder beide Staaten zu der Friedensvermittlung zulassen oder beide davon fernhalten. In diesem Sinne solle auch Thugut der Pforte gegenüber sich aussprechen, sie der freundschaftlichsten Gesinnung Oesterreichs versichern, jedoch ihr gleichzeitig begreiflich machen, daß man ihr vor dem Einlangen der Aeußerung Rußlands eine bestimmte Antwort nicht zu ertheilen vermöge. Uebrigens habe der König von Preußen erklärt, daß wenn die Pforte nicht schon von vorneherein das ganze Friedensgeschäft zu nichte machen

wolle, sie den russischen Residenten Obrescow auf freien Fuß setzen müsse. Denn geschehe dieß nicht, dann würde die Kaiserin von Rußland ihre Ehre für verletzt halten und sich zu gar nichts verstehen. Man habe daher mit dem Könige verabredet, daß er im Namen beider Regierungen der Kaiserin Katharina die Freilassung Obrescows für den Fall verspreche, als sie auf die Friedensvermittlung eingehe. Thugut wurde beauftragt, es bei der Pforte durchzusetzen, daß Obrescow inzwischen zuvorkommend behandelt und ihm Hoffnung gemacht werde, in dem erwähnten Falle seine völlige Freigebung zu erlangen [319]).

Wenn man von den Bemühungen Oesterreichs spricht, sich an der Zustandebringung des Friedens zwischen Rußland und der Pforte als vermittelnde Macht zu betheiligen, so darf man nicht außer Acht lassen, daß dieses Bestreben wohl den Anschauungen des Kaisers und des Staatskanzlers, nicht aber denjenigen der Kaiserin entsprach. „Ich gestehe Ihnen", schrieb Maria Theresia zu jener Zeit vertraulich an Mercy [320]), „daß ich ganz aus der Sache zu bleiben wünschte; „Rußland sollte sich mit diesen Elenden unmittelbar verständigen". Wenn gleichwohl von Wien aus gerade das Gegentheil von dem geschah, was der Kaiserin am willkommensten gewesen wäre, so wird man darin ein erstes Symptom zu erblicken haben, daß schon damals die auswärtigen Angelegenheiten Oesterreichs durchaus nicht mehr in einer Weise gelenkt wurden, welche den Anschauungen und Grundsätzen der Kaiserin entsprach. Man entfernte sich vielmehr in immer höherem Maße von denselben, so daß den Augen der Welt gar bald das seltsame Schauspiel sich darbot, die Kaiserin in einer Art von innerer Opposition gegen die Maßregeln und Schritte der eigenen Regierung zu sehen; ein Gegensatz, welchem sie oft einen unzweideutigen, ja manchmal recht grellen Ausdruck verlieh.

Es kann nicht gesagt werden, der König von Preußen sei dem Versprechen untreu geworden, welches er in Neustadt gegeben. Wirklich verwendete er sich in dem dort verabredeten Sinne bei der Kaiserin von Rußland; aber freilich geschah das nur kühl und bei weitem nicht mit jenem Nachdrucke, den man in Wien so lebhaft gewünscht hätte. Er schrieb an Katharina, daß er Kaunitz in Neustadt gemäßigter

gefunden habe als er erwartet. Er verständigte sie von dem Begehren der Pforte, Oesterreich und Preußen sollten gemeinsam die Friedensvermittlung übernehmen. Aber statt in Rußland gleichfalls hierauf zu dringen, beschränkte er sich auf die Anfrage, ob dieselbe auch der Kaiserin Katharina genehm sei. Er fügte nichts weiter hinzu als daß die Zustandebringung des Friedens ihm wünschenswerth zu sein scheine, um den allgemeinen Krieg zu vermeiden, welchen Frankreich zu entzünden sich bemühe. Die Mäßigung der Kaiserin werde den Ruhm noch erhöhen, den sie durch ihre Waffen errungen habe.

Auf die polnischen Angelegenheiten übergehend, meinte Friedrich, daß es der Würde Rußlands angemessen wäre, wenn sie noch vor dem Abschlusse des Friedens mit der Pforte geschlichtet werden könnten. Wenn die Dissidenten ihre Forderungen ermäßigen würden, wozu sie ja ohnedieß geneigt seien, dann halte er es nicht für unmöglich, Polen den Frieden wieder zu geben. Ja er glaube sogar Oesterreich bewegen zu können, in Gemeinschaft mit ihm die Conföderirten zur Annahme solcher Bedingungen zu zwingen [321]).

In gleichem Sinne lauteten auch die Instructionen Friedrichs an seinen Gesandten in Rußland. So weit er die Gesinnungen des Wiener Hofes habe erforschen können, schrieb der König an Solms, werde derselbe keine Schwierigkeiten erheben, daß Rußland einen ehrenvollen und sicheren Frieden erlange, unter der Voraussetzung jedoch, daß die Moldau und die Walachei unter türkischer Herrschaft blieben. Auch in Polen müsse der Pacificationsplan auf sehr gemäßigten Bedingungen beruhen, auf daß sie den Conföderirten erträglich seien. Und an seinen Bruder Heinrich, der sich zu jener Zeit nach Schweden und Rußland begab, schrieb der König von Preußen: „Das „Nützlichste was Du für unser Wohl und dasjenige Europa's thun „kannst, ist wo möglich zu bewirken, daß die Vermittlung Oester„reichs nicht zurückgewiesen werde und daß man Polen keine zu „schweren Bedingungen auferlege. Gibt die Kaiserin Katharina nach, „dann werden wir, ich und Oesterreich, die Polen zur Vernunft „bringen und die Ruhe wird dauernd sein. Die Türken hoffen wir „zu vermögen, Asow abzutreten und den Griechen im Peloponnes

„Amnestie zu gewähren, auch die übrigen nicht wegen ihrer Religion „zu beunruhigen. Die Garantie hiefür würde Venedig übernehmen „und vielleicht ließe sich auch Oesterreich hiezu bewegen. Wenn Du „zur Annahme einiger dieser Punkte beitragen kannst, so erweisest Du „Deinem Vaterlande und Europa einen Dienst" [322]).

Wenn es Kaunitz vergönnt gewesen wäre, den Inhalt dieser Schreiben des Königs von Preußen zu erfahren, so würde er aus ihnen wohl die Ueberzeugung geschöpft haben, daß Friedrich den in Neustadt geleisteten Zusagen nicht entgegenhandelte. Aber er würde doch auch keinen Augenblick in Zweifel gewesen sein, daß der Ton, welchen der König von Preußen in St. Petersburg anschlug, keineswegs der rechte war, um dort die gewünschte Wirkung hervorzubringen. Katharina war sehr weit davon entfernt, ohne die Erlangung wichtiger Vortheile Frieden zu schließen. Darum war ihr auch keine fremde Vermittlung, und am allerwenigsten diejenige Oesterreichs und Preußens willkommen. Denn es konnte leicht sein, daß beide Regierungen sich allzu weitgehenden Forderungen Rußlands widersetzen würden und sie dadurch in Zwiespalt, ja vielleicht in offene Feindschaft mit den vermittelnden Mächten geriethe.

Katharina war jedoch einsichtig genug, ihrer wahren Gesinnung dem Könige von Preußen gegenüber nur einen sehr verhüllten Ausdruck zu geben. Kaum hatte sie Friedrichs Schreiben empfangen, so ertheilte sie dem commandirenden General ihrer Donau-Armee, Rumanzow den Befehl, dem Großwesir zu schreiben, daß sie zu Friedensverhandlungen bereit sei, sobald nur erst Obrescow freigegeben wäre. Und gegen den König von Preußen rühmte sie sich dieses Schrittes als eines Beweises ihrer Geneigtheit zum Frieden. Eine Vermittlung würde ihr erwünscht sein und am meisten diejenige Preußens. Aber gerade hierin sei sie beengt, indem schon seit dem Beginne des Krieges England die Vermittlung gewünscht und sie ihm dieselbe zugesagt habe, wenn es dereinst wirklich zu ihr komme. Lasse man jedoch England zur Vermittlung zu, so werde auch Frankreich an ihr Theil nehmen wollen. Niemals könne und werde sie jedoch Choiseul, dem geschwornen Feinde ihres Staates und ihrer Person, dieses

Zugeständniß machen. Gegen Oesterreichs Dazwischenkunft empfinde sie bei Weitem diese Abneigung nicht. „Geben Sie", so schloß Katharina ihren Brief an den König von Preußen, „der Sache die beste „Wendung. Namen und Form der Vermittlung müssen vermieden „werden. Die guten Dienste des Wiener Hofes bin ich bereit anzu„nehmen, die Ihrigen aber verlange ich. In Polen werde ich alle „Mäßigung eintreten lassen, und ich habe schon eine Erklärung ab„gegeben, welche ohne die Intriguen der Czartoryski zur Pacification „geführt hätte" [323]).

So sorgfältig Katharina auch die Pille umwickeln mochte, welche sie dem Könige von Preußen zü kosten gab, so fühlte doch Friedrich den bitteren Kern derselben allsogleich heraus. Die „Vermittlung" war verworfen und „gute Dienste" wollte man statt derselben in Anspruch nehmen. Friedrich erblickte darin eine offene Verhöhnung; statt jedoch der Kaiserin von Rußland mit Selbstgefühl zu begegnen und sein Begehren in energischem Tone zu erneuern, ja es nöthigenfalls durch eine Drohung zu verstärken, ließ er sich den ihm widerfahrenen Unglimpf ruhig gefallen. Er verzichte gern, so schrieb er seinem Bruder, auf das undankbare Geschäft der Vermittlung. Er sei fest entschlossen, sich weder in den Frieden noch in die polnischen Angelegenheiten zu mischen, sondern einfacher Zuschauer der Ereignisse zu bleiben [324]).

Es scheint fast als ob die ersten Eröffnungen, welche von preußischer Seite über die Anschauungen der Kaiserin von Rußland in Wien gemacht wurden, dieselben nicht mit völliger Treue wiedergespiegelt hätten. Die hierauf bezügliche Mittheilung des preußischen Gesandten von Rhode wurde wenigstens dahin verstanden, daß Rußland sich sowohl wegen der Friedensverhandlungen überhaupt als in Bezug auf die Vermittlung Oesterreichs und Preußens ganz willfährig gezeigt, jedoch gleichzeitig erklärt habe, es könne unmöglich dem Antrage stattgeben, entweder England und Frankreich zur Friedensvermittlung zuzulassen oder beide Mächte gleichmäßig auszuschließen. Es müsse vielmehr auf der Betheiligung Englands und der Zurückweisung Frankreichs unerschütterlich bestehen.

So wie Kaunitz schon in Neustadt dem Könige von Preußen die Gründe vorgelegt hatte, in Anbetracht deren man in Wien die Beobachtung eines gleichen Verfahrens gegen die beiden Westmächte angelegentlich wünschte, so beharrte er auch jetzt wieder auf diesem Gedanken. Neuerdings nahm er die Verwendung des Königs bei der Kaiserin von Rußland in Anspruch, um sie hierauf trotz des von ihr geäußerten Bedenkens eingehen zu machen. Außerdem möge von russischer Seite, verlangte Kaunitz, wie es von der Pforte geschehen, in schriftlichem Wege Oesterreichs Vermittlung begehrt werden.

Indem Rhode versprach, in diesem Sinne an seinen König zu schreiben, meinte er doch, daß auf eine Nachgiebigkeit der Kaiserin von Rußland durchaus nicht zu hoffen sei. Auch in Wien war man dieser Ansicht; man mußte sich daher über die Frage klar werden, ob man der bisher so eifrig gesuchten Betheiligung an der Friedensvermittlung entsagen oder sie auch dann auf sich nehmen solle, wenn zwar England beigezogen, Frankreich aber ausgeschlossen würde. Man glaubte dem Hofe von Versailles keinen kräftigeren Beweis der Bundestreue geben zu können, als indem man ihm die Entscheidung hierüber mit der vorläufigen Erklärung anheimstellte, sich ihr unbedingt unterwerfen zu wollen. Aber freilich ließ man gleichzeitig nicht unerwähnt, wie dringend gerade das Interesse Frankreichs zu fordern scheine, daß wenn es nicht selbst bei der Vermittlung des Friedens betheiligt sein könnte, dieß wenigstens von Seite seines Verbündeten, von Oesterreich geschehe. In Anbetracht dieses Umstandes glaube er darauf hoffen zu dürfen, fügte Kaunitz seinem Schreiben an Mercy hinzu, daß Frankreich den Wiener Hof in den Stand setzen werde, auch wenn es selbst der Vermittlung fern bleibe, sich doch an ihr zu betheiligen. Wer würde denn sonst der Interessen Polens und der Pforte sich annehmen? Wer würde Frankreich von allen Vorgängen bei der Friedensverhandlung fortwährend unterrichten [325]?

Schon diese eifrige Bemühung des Staatskanzlers, der französischen Regierung den Gedanken annehmbar zu machen, daß Oesterreich auch ohne Frankreich sich an der Vermittlung betheilige, ist ein Beweis für den Wunsch des Fürsten Kaunitz, von dem Hofe von Versailles

eine willfährige Antwort zu erhalten. Und auch sonst liegt nicht der geringste stichhältige Grund für die Verdächtigung vor, daß es dem Staatskanzler gar nicht Ernst gewesen sei mit seiner Anfrage bei Frankreich. Er habe sich, so wurde ganz grundlos behauptet, keinen Augenblick im Zweifel befunden über die Antwort, die er von dorther erwarten müsse. Da man in Wien zu ernsten Maßregeln nicht entschlossen gewesen sei, habe sich Kaunitz nur einen anständigen Rückzug sichern und es ermöglichen wollen, trotz der Andeutungen, die er in Neustadt gemacht, in Unthätigkeit zu verharren [326]). Nicht nur durch die Erklärungen des Fürsten Kaunitz, denen zu mißtrauen keine Ursache vorhanden ist, sondern auch durch die aufmerksame, von hämischer Scheelsucht wie von blinder Parteilichkeit gleich weit entfernte Prüfung der Lage, in der sich Oesterreich damals befand, und des Verfahrens, das es beobachtete, wird das Gegentheil jener Behauptung unwiderleglich bewiesen.

Gegen Niemand sprach Kaunitz zu jener Zeit sich rückhaltsloser aus als gegen Thugut, dessen Haltung ihm einerseits zu ganz besonderer Befriedigung gereichte, und hinsichtlich dessen es andererseits am meisten nothwendig erschien, ihn mit den eigentlichen Absichten des Kaiserhofes vollständig bekannt zu machen. Denn nur wenn er sich nicht in der geringsten Unklarheit über dieselben befand, konnte er ein in jeder Beziehung entsprechendes Werkzeug für sie an dem Hauptknotenpunkte der damaligen Ereignisse, in Constantinopel sein. Die verläßlichste Auskunft über die Anschauungen und Plane des Staatskanzlers ist daher ohne Zweifel in dessen Depeschen an Thugut zu finden. Auch über die Frage, welcher Antwort er damals aus Frankreich entgegensah, wird man durch seine eigenen Worte genau unterrichtet. Er hielt es für wahrscheinlich, daß man dort einsehen werde, es sei nicht der mindeste Nutzen, wohl aber empfindlicher Nachtheil für Frankreich selbst, für Polen und die Pforte zu erwarten, wenn Oesterreich durch die Antwort Frankreichs in die Nothwendigkeit versetzt würde, sich der Vermittlung zu entschlagen. Wie es jedoch bei einem Staatsmanne von seiner Bedeutung wohl selbstverständlich erscheint, war Kaunitz auch auf das Gegentheil gefaßt und sorgfältig

bedacht, aus demselben, wenn es wider Vermuthen wirklich einträte, wenigstens den Nutzen zu ziehen, welcher daraus überhaupt abgeleitet werden konnte. In dem vorliegenden Falle bestand er in nichts Anderem als darin, daß wenn Frankreich sich gegen Oesterreichs alleinige Betheiligung an der Friedensvermittlung ausspräche, wenigstens die Schuld des Fernbleibens des Kaiserhofes nicht auf ihn, sondern auf die französische Regierung zurückfalle. Und jetzt schon tröstete sich Kaunitz mit der Betrachtung, daß bei dieser Vermittlung ohnedieß nicht viel Ehre und Vortheil in Aussicht stehe [327]).

„Wenn aber nach unserer Vermuthung", fährt Kaunitz wörtlich fort, „der französische Hof selbst uns mißräth, auf seiner Zugesellung „zur Mediation zu beharren, so kann auch kein weiteres Bedenken „dabei vorwalten, von unserer bei dem russischen Hofe durch den „König von Preußen vorgebrachten Erklärung abzuweichen und in die „englische Mediation ohne die französische zu willigen. Weil nun „noch in der Ungewißheit verbleibt, was es wegen der französischen „Mediation für einen Ausschlag gewinnen werde, so war es auch noch „nicht thunlich, schon dermalen dem Kaimakam die positive Erklärung „zu geben, daß unser Hof die angetragene Mediation übernehmen „werde, daher auch der Schluß meines Antwortschreibens so gefaßt „ist, daß ich mir zwar den Weg zum Rücktritt offen erhalte, jedoch „zugleich die Pforte in der guten Hoffnung wegen unserer willfährigen „Antwort zu unterhalten suche."

Was hier Kaunitz, der noch ganz besonders betont, daß er hiemit Thugut über den „eigentlichen Zusammenhang der Sachen und die „dabei führenden Absichten des Kaiserhofes belehre", ausdrücklich als seine Vermuthung bezeichnete, ging jedoch nicht in Erfüllung. Die Erklärung Oesterreichs, daß es Frankreich die Entscheidung über seine eigene Betheiligung an der Vermittlung anheimstelle, brachte zwar, wie es auch anders kaum möglich gewesen wäre, auf den Hof von Versailles einen sehr günstigen Eindruck hervor. Um so größer war jedoch die Erbitterung desselben gegen Rußland, und der hochfahrende Ausspruch Katharina's, demzufolge Frankreich in jedem Falle von der Friedensvermittlung ausgeschlossen werden müsse, verletzte Choiseul in

empfindlichster Weise. Die Leidenschaftlichkeit seines Charakters verleugnete sich auch jetzt nicht, und sie trat in der schriftlichen Erklärung, welche am 13. November 1770 dem Grafen Mercy ins Haus geschickt wurde, wieder recht auffällig an den Tag [328]. Mit gewohntem Ungestüm drang Choiseul darauf, daß Oesterreich unerschütterlich festhalte an der gegen Rußland abgegebenen Erklärung, sich an der Friedensvermittlung nur dann betheiligen zu wollen, wenn entweder Frankreich und England zu derselben zugelassen oder beide hievon ausgeschlossen würden. Im äußersten Falle müßte Oesterreich sich förmlich verbürgen, daß in den Friedensvertrag nichts aufgenommen werde, wodurch der Handel Frankreichs nach der Levante und dem Schwarzen Meere geschädigt, die Festsetzung Englands an jenen Punkten aber gefördert werden könnte.

So ungeheuerlich erschien schon dem Grafen Mercy und dann dem Fürsten Kaunitz dieses letztere Begehren, daß sie es einstimmig als eine Art Verspottung des Kaiserhofes bezeichneten [329]. So wenig nun auch der Staatskanzler seine Mißstimmung hierüber dem Herzoge von Choiseul verbarg, so wenig verkannte er doch, daß die inzwischen eingetroffene Nachricht von den näheren Erklärungen Rußlands dem Gedanken einer Friedensvermittlung Oesterreichs jede Grundlage entzog. Wenn Frankreich sich dagegen aussprach und Rußland nichts davon hören wollte, so war für Oesterreich wahrhaftig keine Lockung vorhanden, sich mit einem Geschäfte zu beladen, bei welchem, wie Kaunitz sich ausdrückte, nur Undank zu verdienen sein dürfte [330].

Trotz alledem glaubte man es in Wien noch immer verzögern zu sollen, das Begehren der Pforte um Oesterreichs Friedensvermittlung mit vollster Bestimmtheit ablehnend zu beantworten. Denn man wollte in dieser Sache nicht ohne Vorwissen des Königs von Preußen und wo möglich nur in völliger Uebereinstimmung mit ihm vorgehen. Darum kam jetzt auch der Entschluß zur Reife, den Freiherrn Gottfried van Swieten allsogleich nach Berlin abzusenden. Er sollte von dorther mit größter Beschleunigung Bericht erstatten über die Anschauungen des Königs, insofern sie sich nicht nur auf die Vermittlung, sondern überhaupt auf Alles bezogen, was das Friedensgeschäft anging.

Jedoch nicht nur über die Haltung, welche man hinsichtlich dieses letzteren zu beobachten hatte, suchte man damals zu feststehenden Entschlüssen zu gelangen. Es war wieder einer jener Wendepunkte eingetreten, in denen man Alles, was sich auf die politische Lage bezog, reiflichst erwog, und der Gewohnheit jener Zeit folgend, wie sie wenigstens am Wiener Hofe herrschte, in ausführlichen Denkschriften besprach. Gleichzeitig enthielten sie Vorschläge über das, was man je nach der Meinung des Schreibenden thun und was man vermeiden sollte.

Zuerst scheint es Joseph gewesen zu sein, welcher eine solche Denkschrift entwarf. Sie war vom 23. November 1770 datirt, an die Kaiserin gerichtet und begann mit folgenden Worten:

„Pflicht und Liebe für Eure Majestät und mein Vaterland „sammt sicherem Zutrauen in Dero Allerhöchste Nachsicht machen mich „so kühn, nachfolgende Berathungspunkte, welche mir den jetzigen oder „den sich nächstens ereignen könnenden Weltumständen gemäß scheinen, „Dero einsichtsvoller Erkenntniß zu unterwerfen."

Er wolle, fährt Joseph fort, in die weitläufigen politischen Betrachtungen nicht eingehen, welche von einem Anderen als von ihm weit besser als er es zu thun vermöchte, vorgebracht werden würden. Er wolle daher auch nichts sagen über die Unruhen in Polen, über den Krieg zwischen Rußland und der Türkei, über die Erfolge der ersteren und die Unfähigkeit der letzteren Macht, über die unüberwindliche Furcht des Königs von Preußen vor Rußland und seine immerwährende Nachgiebigkeit gegen diesen Staat. All dieß sei gewiß bedenklich und laufe darauf hinaus, die Uebermacht Rußlands immer fester zu begründen. Er wolle nur dasjenige anführen, was in Oesterreich unabweislich geschehen müßte, wenn man daran denken wollte, kriegerische Maßregeln zu ergreifen. Die einfache Erwägung seiner Worte werde die Kaiserin in den Stand setzen, das kleinere Uebel zu erkennen und zu wählen, durch welches dem größeren vorgebeugt werden könne.

Obwohl er die Nachtheile ziemlich vollständig aufzählt, die der Krieg im Allgemeinen für den Staat und für dessen Bevölkerung

nach sich ziehen müßte, wendet der Kaiser doch nicht gerade dieser Seite der Frage sein Hauptaugenmerk zu. Nach seiner Meinung kam es hauptsächlich darauf an, sich der Erkenntniß nicht zu verschließen, es gebe, um Rußlands siegreichem Vordringen Einhalt zu thun, nach dem etwaigen Scheitern der gütlichen Verhandlungen kein anderes Mittel als die Gewalt der Waffen. Ehe man sich jedoch hiezu entschließe, müsse man sich klar werden, ob die eigene Kraft ausreichend sei oder ob auf den Beistand der verbündeten Mächte gerechnet werden könne.

Nach der Meinung des Kaisers ließ sich weder die eine noch die andere Frage bejahend beantworten. Von den Verbündeten eine Beistandsleistung durch Zusendung eines Hülfscorps zu verlangen, würde der allgemeinen politischen Lage in keiner Weise entsprechen. Auf ausgiebige Geldsummen dürfe man jedoch bei ihren schlechten finanziellen Verhältnissen noch weniger zählen. Oesterreich würde daher mit den „ebenso schwachen und unentschlossenen als feigen Türken" allein bleiben, wogegen Rußland mit England in genauer Verbindung stehe und der Beihülfe Dänemarks, ja vielleicht auch derjenigen Preußens schwerlich entbehren dürfte.

Sei man gleichwohl zum Kriege entschlossen, so müsse man ernstlich überlegen, wie, wo und mit welchen Kräften man ihn zu führen gedenke.

Jedermann wisse, daß man zu einem Angriffskriege eines zahlreichen Heeres bedürfe, während die bloße Aufstellung einer Observationsarmee nur eine geringere Anspannung der Kräfte erfordere. In dem ersteren Falle müßte man entweder in die türkischen Länder einrücken und sich bemühen, den Feind aus ihnen zu vertreiben, oder man könnte Rußland auf dem Wege durch Polen in seinen eigenen Provinzen angreifen und in solcher Weise sein Heer zum Rückzuge nöthigen. Die Ausführung des ersteren Planes wäre all dem Ungemach unterworfen, dessen man in Ländern gewärtig sein müsse, in denen ansteckende Krankheiten herrschten und welche aller Lebensmittel sowie des nöthigen Obdachs und der Zufuhr völlig entbehrten. Eine Kriegführung daselbst würde daher sehr kostspielig sein, da man dem

16*

Heere Alles in doppelter und dreifacher Menge nachschleppen müßte. Der Marsch durch Polen nach Rußland wäre jedoch wegen der hiebei zurückzulegenden großen Entfernung äußerst bedenklich. Man besitze unendlich viele Beispiele, aus denen man ersehen könne, mit welch außerordentlichen Gefahren ein solcher Angriffskrieg verbunden sei, selbst wenn man ihn mit einer überlegenen Streitmacht gegen ein schwächeres Heer unternehme, welch letzteres jedoch in seinem eigenen Vaterlande kämpfe.

Was endlich den Aufwand an militärischen und finanziellen Kräften anging, dessen man zur Kriegführung bedurfte, so erblickt Joseph hierin allerdings kein absolutes Hinderniß einer solchen. Aber er ergeht sich auch in einer so abschreckenden Schilderung der unermeßlichen Opfer, welche hiefür gebracht werden müßten, und des ungemein nachtheiligen Rückschlages, den hiedurch die Lage der österreichischen Monarchie und die Wohlfahrt seiner Bewohner ohne Zweifel erführe, daß er nach einer sehr umständlichen Erörterung zu dem Schlusse gelangt, jede kriegerische Maßregel gegen Rußland würde unter den einmal obwaltenden Verhältnissen wenig erwünscht und verlockend, sondern nur gefährlich und nachtheilig erscheinen. „Also müßte „die Politik", mit diesen Worten endigt Joseph die für seine Mutter bestimmte Denkschrift, „wohl sehr triftige Ursachen der Selbst„vertheidigung vorstellen, und auf den Prophetengeist der Vorher„sagung des Zukünftigen, wodurch Alles noch gebessert werden kann, „sehr viel gebaut werden, um in dieses so gefährliche Werk sich ein„zulassen. Was aber dennoch zu thun sein wird, das überlasse ich „Gescheidteren, und scheint mir nur, daß mit des Königs in Preußen „thätiger Mitwirkung Alles ohne Gefahr, ohne ihn hingegen, wenn er „auch die schönsten Verheißungen gäbe, nichts zu thun wäre".

Es scheint nicht daß Maria Theresia, wie sie es wohl sonst zu thun gewohnt war, diese Denkschrift ihres Sohnes dem Fürsten Kaunitz zur Begutachtung mittheilte. Die Anschauungen des Letzteren über die damalige politische Lage und dasjenige, was zunächst zu geschehen hatte, lassen sich vielmehr aus dem Berichte entnehmen, mit welchem er der Kaiserin unter ausführlicher Entwicklung seiner eigenen Ansichten

den Entwurf der Instruction vorlegte, die nach seiner Meinung Oesterreichs neuem Gesandten an dem Hofe von Berlin mit auf den Weg gegeben werden sollte.

Kaunitz hielt nach wie vor an dem Gedanken fest, die günstigste Wendung, welche die Dinge zu nehmen vermöchten, liege in dem Abschlusse eines Friedens, bei welchem zwar Rußland als der siegende Theil einigen Gewinn, aber keinen so großen erlange, daß dadurch seine Macht in ganz unverhältnißmäßiger Weise vermehrt würde. Er gab zu, daß die bisherigen Kundgebungen Rußlands von sehr großer Mäßigung zeugten. Aber er meinte doch, sie seien nur darauf berechnet, die Pforte und die ihr günstig gesinnten Mächte zu beruhigen. Insgeheim sei man in Rußland entschlossen, keinen anderen Frieden als einen solchen einzugehen, durch welchen die Krim von der Pforte unabhängig gemacht, Rußland aber nicht nur Asow, sondern auch Oczakow und andere günstig gelegene Punkte am schwarzen Meere erhalten, endlich sein herrschender Einfluß in Polen mit Ausschluß aller übrigen Mächte sichergestellt würde.

Ein solcher Friede müßte jedoch, fuhr Kaunitz fort, für das europäische Gleichgewicht und insbesondere für das Haus Oesterreich als eine sehr unglückliche Begebenheit und für ein nicht viel geringeres Uebel als der Ausbruch eines neuen allgemeinen Krieges angesehen werden. Denn der letztere wäre binnen wenig Jahren doch nicht zu vermeiden, dann aber dürfte sich der Unterschied ergeben, daß wenn man sich jetzt den Vergrößerungsabsichten Rußlands mit Nachdruck widersetze, wenigstens noch die Hoffnung übrig bleibe, durch ein enges Einverständniß mit der Pforte und mit anderen Mächten das Gleichgewicht aufrechterhalten zu können. Wenn sich aber Rußland nur einmal am Schwarzen Meere und in Polen recht festgesetzt habe, dann werde es kaum mehr möglich sein, seiner Uebermacht den erforderlichen Widerstand zu leisten. Die Klugheit, die eigene Wohlfahrt und die Pflicht der Selbsterhaltung mache es daher zur Nothwendigkeit, nicht etwa dem Laufe der Dinge unthätig zuzusehen, sondern noch zu rechter Zeit an Ergreifung der ausgiebigsten und vortheilhaftesten Mittel zur Abhülfe zu denken. Sie wären auch ohne Zweifel vorhanden, und für

Alles könnte leicht und ganz zuverlässig Rath geschafft werden, wenn nur der König von Preußen seine eigene Wohlfahrt und Sicherheit recht beherzigen und den ernsten Entschluß fassen wollte, das in so augenscheinlicher Gefahr stehende europäische Gleichgewicht und die eigene Unabhängigkeit retten zu helfen und über die hiezu einzuschlagenden Wege mit Oesterreich in inniges Einverständniß zu treten.

Um den König von Preußen hiefür zu gewinnen, hätte ihm van Swieten nicht nur die Nachrichten vertraulich mitzutheilen, die man über Rußlands geheime Absichten in Erfahrung gebracht; er müßte sich auch bemühen, ihn einsehen zu machen, daß wenn dieser Plan Rußlands wirklich zur Ausführung käme, es um das bisherige Gleichgewicht geschehen und kein ausreichendes Mittel mehr zu finden sein dürfte, diesem „reißenden Strome" Einhalt zu thun. Denn der Zuwachs von mehreren hunderttausend streitbaren Männern, welche unter der Herrschaft Rußlands bald größere Disciplin annehmen würden, die Eröffnung reicher Finanzquellen durch die freie Schifffahrt und den ungehinderten Handel auf dem Schwarzen Meere, die Umschließung ganz Europa's mit Flotten, die sich die Hände bieten könnten, der Besitz von Oczakow und anderer Küstenpunkte am Schwarzen Meere würden nicht allein Constantinopel, sondern die ganze Existenz des türkischen Reiches aufs Aeußerste gefährden und den Grundstein zu einer so großen Uebermacht Rußlands zu Lande und zur See legen, daß ihr nichts mehr zu widerstehen vermöchte.

Je nach der Art und Weise, in welcher der König von Preußen die Mittheilung der Nachrichten über Rußlands geheime Absichten aufnehmen würde, hätte man das fernere Verfahren einzurichten. Zeige er sich gleichgültig für sie, dann müsse man darin ein zuverlässiges Merkmal erblicken, daß des Königs „große Einsicht" durch seinen „unheilbaren Argwohn und durch seine Eifersucht" gegen das Haus Oesterreich „fortan unterdrückt" werde. Dann aber würden auch alle noch so überzeugenden Betrachtungen von der gemeinsamen Gefahr und von dem beiderseitigen Vortheil, der aus einem innigen Einverständnisse zwischen Oesterreich und Preußen hervorgehen müßte, vergeblich sein. In diesem Falle hätte sich van Swieten auf die Mittheilung jener

Nachrichten zu beschränken, es jedoch zu unterlassen, fernere Betrachtungen hieran zu knüpfen.

Würde hingegen der König den Werth und die Wichtigkeit der ihm zu machenden vertraulichen Eröffnungen erkennen und sich zu gemeinschaftlicher Erwägung der zu ergreifenden Hülfsmittel bereit zeigen, dann wäre ihm vorzuschlagen, daß beide Staaten mit je einem Armeecorps von dreißig- bis vierzigtausend Mann in Polen einrücken, den König Stanislaus auf billige Verabredungen hin mit den Conföderirten versöhnen und als bewaffnete Vermittler den zwei kriegführenden Mächten die Friedensbedingungen vorschreiben sollten.

Um jedoch den König von Preußen zu einem solchen Schritte zu bringen, von welchem er aus Furcht vor Rußland noch sehr weit entfernt zu sein scheine, müsse ihm der Beweis geführt werden, daß derselbe weder mit Gefahren noch mit Opfern, sondern nur mit sehr großen Vortheilen für ihn verbunden wäre. Um ihn gefahrlos zu machen, brauchte nur der Einmarsch in Polen erst dann zu geschehen, wenn die Hauptstärke der russischen Streitmacht schon gegen die Türken im Felde stünde, so daß die Verdrängung der Russen aus Polen und das Vordringen der Oesterreicher und Preußen bis Kurland und Semgallen, sowie die Besetzung dieser Provinzen sich ohne große Schwierigkeit bewerkstelligen ließe. Die Kriegskosten müßte die Pforte bestreiten und sie würde dieß gewiß um so bereitwilliger thun, als Alles hauptsächlich zu ihrem Besten geschehe. Der dem Könige von Preußen zuzuwendende Gewinn hätte in Kurland und Semgallen zu bestehen, welche Provinzen als polnische Lehen ihm zufallen sollten.

Er verkenne nicht, meinte Kaunitz weiter, daß dem Könige wahrscheinlicher Weise die Erwerbung Polnisch-Preußens und des Bisthums Ermeland viel willkommener sein würde. Aber ein derartiger Zuwachs wäre allzu beträchtlich, als daß er von Oesterreich ohne gleichmäßige Vergrößerung der eigenen Macht nicht nur gleichgültig mit angesehen, sondern sogar eingeleitet und gefördert werden könnte. Außerdem würde Polen „das unverschuldete und ungerechte Opfer abgeben", während es doch gegen alle Unterdrückung beschützt und dazu gebraucht

werden solle, ebenfalls beizutragen, daß Rußland in Verlegenheit gebracht und gezwungen werde, sich mit billigen Friedensbedingungen zu begnügen.

Da es jedoch nur gerecht wäre, dann auch für Oesterreich einige Vortheile zu erlangen, so hätten sie darin zu bestehen, daß ihm in friedlichem Einvernehmen mit der Pforte und Polen der künftige Besitz der Landstriche zugesprochen werde, welche es erst vor kurzem von Siebenbürgen aus nach der Moldau hin und von Ungarn gegen Polen mit seinen Truppen besetzt habe. Außerdem wäre ihm die Einlösung der dreizehn Zipser Städte sicherzustellen und vielleicht auch noch die Abtretung der kleinen Walachei von Seite der Pforte zu erwirken.

Obgleich Kaunitz von der Ueberzeugung ausging, daß „dieser „Plan sicher, leicht, ohne Kosten und noch mit Vortheil für beide Höfe „auszuführen wäre", so gestand er doch selbst zu, er hege nur sehr wenig Hoffnung, daß es wirklich gelingen werde, den König von Preußen zu bewegen, abzugehen von seinem bisherigen politischen Systeme und einem anderen sich zuzuwenden, welches ein werkthätiges Auftreten fordere. Gleichwohl scheine die Sache wichtig genug, um wenigstens einen Versuch zu wagen. Scheitere derselbe, dann möge van Swieten sich bemühen, den König zu einer geheimen Convention oder wenigstens zu einer schriftlichen Versicherung zu bringen, völlig neutral bleiben und nichts in den Weg legen zu wollen, wenn ein österreichisches Armeecorps sich im künftigen Frühlinge an der walachischen Grenze versammle, dort der nöthige Vorrath an Proviant und Kriegserfordernissen zur Mobilmachung einer Armee aufgehäuft und mit der Einrückung längs der Donau in die Walachei nicht nur gedroht, sondern dieselbe in dem Augenblicke bewerkstelligt werde, in welchem das russische Heer diesen Strom überschreiten sollte. Zu diesem letzteren Vorschlage werde sich der König von Preußen wohl um so leichter verstehen, als er schon in Neisse geäußert habe, wenn nur der Einmarsch in Polen vermieden und die Entthronung des Königs Stanislaus nicht ins Werk gesetzt würde, dann bestehe keine weitere Verbindlichkeit für ihn, den Unternehmungen Oesterreichs sich zu widersetzen.

Auch für den letzteren und wahrscheinlichen Fall, daß der König von Preußen zu einer aktiven Theilnahme an diesen Unternehmungen

nicht zu bewegen sein würde, ließ Kaunitz die Möglichkeit, von der Pforte die Abtretung der kleinen Walachei zu erlangen, nicht außer Acht. Um so vortheilhafter wäre diese Gebietserwerbung, schrieb er der Kaiserin, da die Alt bis zu ihrem Einflusse in die Donau schiffbar gemacht und in solcher Weise den Producten Siebenbürgens ein neuer Weg zur Ausfuhr eröffnet werden könnte.

Hierin bestanden im Wesentlichen die Vorschläge des Staatskanzlers. Sie schienen ihm die richtige Mitte zu halten zwischen unthätigem Stillesitzen und unvorsichtigen Entschlüssen. Welcher von beiden Wegen einzuschlagen sei, und ob man sich nicht bloß darauf beschränken solle, dem Könige von Preußen die empfangenen Nachrichten über Rußlands geheime Absichten mitzutheilen und ihn um seinen wohlmeinenden Rath anzugehen, stellte Kaunitz der Entscheidung der Kaiserin vollständig anheim.

Sehr große Besorgniß hegte Kaunitz, daß die Gedanken, die er in seiner Ausarbeitung und in den ihr beigeschlossenen Entwürfen der Instructionen für van Swieten niedergelegt, durch irgend eine Indiscretion verrathen werden könnten. Darum willfahrte er auch nur ungern dem Begehren der Kaiserin, diese Schriftstücke in ihren Händen zu lassen, um sie für sich allein durchgehen und reiflich erwägen zu können. So dringend bat er sie, jede Preisgebung des Geheimnisses und somit jede Bloßstellung seiner selbst und ihrer Regierung mit äußerster Sorgfalt zu vermeiden, daß Maria Theresia sich hiedurch nicht wenig verletzt fühlte. „Ich gestehe Ihnen", antwortete sie ihm, „das Mißtrauen, das Sie mir zeigen, hat mich recht empfindlich be„rührt, denn ich glaube es Ihnen gegenüber nicht zu verdienen. Dieß „ist derselbe Geist, der hier seit zwei oder drei Jahren herrscht und „mich untröstlich macht, nachdem ich durch acht und zwanzig Jahre „regierte und als meine einzige Belohnung das Vertrauen derjenigen, „die mich kennen, verdient zu haben glaubte. Sie dürfen darauf zählen, „daß der deutsche Bericht von Niemand als von mir gesehen werden „wird. Dann können Sie ihn mittheilen, wem immer Sie wollen" [331]).

Er sei ungemein betrübt, entgegnete Kaunitz unverzüglich der Kaiserin, sich in seinem letzten Berichte schlecht genug ausgedrückt zu

haben, daß sie ihn mißverstehen und ihm Mangel an Vertrauen zu ihr vorwerfen konnte. Aus einem ganz anderen Grunde habe er bitten müssen, daß die von ihm vorgelegte Arbeit Niemand gezeigt werde. So bald er sie wieder sehe, werde er sich hierüber mit aller Offenheit deutlicher erklären.

„Sie werden immer Recht und ich Unrecht behalten", mit diesen Worten beantwortete Maria Theresia des Staatskanzlers kurzes Billet, „wenn Sie sich näher gegen mich aussprechen. Versetzen Sie sich aber „an meine Stelle. Nach Allem was ich verloren, bleibt mir nichts als „Ihr Vertrauen und Ihre Hülfe. Beide sind mir unendlich theuer „und ich bedarf ihrer in sehr hohem Maße". Und später fügt sie, von der Zurücksendung der ihr mitgetheilten Ausarbeitungen redend, die bemerkenswerthen Worte hinzu: „Die große deutsche Instruction habe „ich unübertrefflich gefunden; sie gehört zu jenen Schriftstücken, welche „aufklären und überzeugen. Der Theilungsplan aber ist zwar groß „gedacht, er geht jedoch über meine Auffassung hinaus" [332]).

Unter dem Theilungsplane kann Maria Theresia wohl füglich nichts anderes als den Vorschlag des Staatskanzlers verstanden haben, demzufolge Kurland und Semgallen dem Könige von Preußen, und die von den österreichischen Truppen besetzten Landstriche gegen Polen und die Türkei hin, sowie die kleine Walachei Oesterreich zufallen sollten. Allerdings waren hiebei auch einzelne polnische Districte und insbesondere die Zipserstädte mit inbegriffen. Aber von einer Theilung, wie sie später auf Kosten des Königreiches Polen ins Werk gesetzt wurde, hatte Kaunitz kein Wort zu ihr gesagt, ja vielmehr ausdrücklich betont, daß Polen keineswegs geopfert, sondern geschützt und zur Beistandsleistung gegen Rußland herbeigezogen werden sollte.

Deutlicher sind die Entschlüsse, zu denen Maria Theresia und Joseph sich schließlich vereinigten, aus der „Resolution" zu entnehmen, welche der Letztere auf Befehl seiner Mutter zu Papier brachte. Vor Allem wurde darin der Arbeit des Staatskanzlers das verdiente Lob ausgesprochen. Was jedoch seine Vorschläge betraf, so wurden sie nur

insoweit acceptirt, als van Swieten dem Könige von Preußen die gefährlichen Folgen des Anwachsens der russischen Macht zu Gemüthe führen und ihm die geheimen Nachrichten über die Vergrößerungsabsichten Rußlands mittheilen sollte. Hinsichtlich der letzteren habe er sich auf die Versicherung zu beschränken, daß der Kaiserhof im Vereine mit ihm gern in Alles eingehen wolle, was von preußischer Seite zur Vereitlung jener Absichten vorgeschlagen würde, und sollten dieß sogar gewaltsame Maßregeln sein. In fernere Anträge habe sich jedoch van Swieten durchaus nicht einzulassen, sondern dem Könige bloß zu verstehen zu geben, daß man in Wien eher das Aeußerste wagen werde, als der Vernichtung der Türkei unthätig zuzusehen. Darum habe auch Thugut, so wurde weiter befohlen, den Auftrag zu erhalten, er möge die Pforte abmahnen von dem Abschlusse eines für sie allzu ungünstigen Friedens. Durch die Versicherung, daß die Erhaltung der Türkei und ihr Bestes Oesterreich wahrhaft am Herzen liege, daß es ihr daher, wenn die Umstände es erfordern würden und der rechte Zeitpunkt erschienen sei, kräftigst beistehen werde, solle er ihr Muth machen zur Fortsetzung des Krieges. Denn durch einen neuen Feldzug würden die Kräfte beider gefährlichen Nachbarn noch mehr geschwächt und entweder Rußlands Fortschritte gehemmt werden, oder im Falle des Gegentheils die Pforte sich so tief gedemüthigt sehen, daß sie sich zu sehr weitgehenden Opfern entschließen müßte, um Oesterreichs Beistand zu erkaufen. Würden die Russen in dem bevorstehenden Feldzuge ihre Streitmacht gegen die Krim und das Schwarze Meer hin versammeln, dann könnte ein österreichisches Corps in der Walachei den Türken nur wenig Nutzen gewähren. Sollten jedoch die Russen die Donau überschreiten und gegen Adrianopel vordringen, dann wäre der Zeitpunkt gekommen, von der Pforte die erwünschten Zugeständnisse zu fordern, den Russen durch schleunigen Vormarsch längs der Donau den Rückzug abzuschneiden und ihnen die größten Nachtheile zuzufügen. Um hiezu die nöthige Vorbereitung zu treffen, werde die Ansammlung hinlänglichen Proviants und eines ausreichenden Armeecorps an der unteren Donau zu bewerkstelligen sein, um bei größeren Unglücksfällen, von denen die Pforte etwa heimgesucht würde, allsogleich vorrücken zu können [333]).

Joseph rühmt sich seinem Bruder Leopold gegenüber, daß ihre Mutter in dieser Angelegenheit seiner Meinung vollkommen beistimme. Denn gleich ihm wünsche auch sie sich keineswegs in dieselbe zu mengen, sondern ihre Schlichtung dem Laufe der Dinge zu überlassen [334]). Aber es scheint doch, daß sich die Ansicht der Kaiserin von derjenigen Josephs merkbar unterschied und daß es zunächst nur seiner Ueberredungsgabe zuzuschreiben ist, wenn sie den von ihm entworfenen Aufsatz schließlich genehmigte. Denn auch in den Planen ihres Sohnes erblickte Maria Theresia die Eröffnung der Möglichkeit, ja der Wahrscheinlichkeit, schließlich doch zu den Waffen greifen zu müssen, während sie jede Betheiligung am Kriege vermieden wissen wollte. Und niemals vergaß sie es der Pforte, daß sich dieselbe durch die Kunstgriffe des Königs von Preußen während des siebenjährigen Krieges nicht hatte verleiten lassen, den Frieden zu brechen und aus der Verlegenheit Oesterreichs Nutzen zu ziehen.

Von welchen Anschauungen die Kaiserin ausging bei der Beurtheilung dieser Fragen, dafür findet sich in einem kurzen Billet, das sie in jenen Tagen an Lacy schrieb, ein deutlicher Beweis. Joseph hatte die Denkschrift, die er entworfen, auch dem Feldmarschall, und zwar mit den ausdrücklichen Worten übersandt, daß dieß nicht dem Präsidenten des Hofkriegsrathes, sondern seinem Freunde Lacy gegenüber geschehe [335]). Die Schrift, mit welcher der Feldmarschall die Mittheilung Josephs beantwortete, legte er auch der Kaiserin vor. Maria Theresia aber erwiederte hierauf mit eigener Hand:

„Ich wollte Ihnen diese Punkte schicken, die ich abschreiben ließ, „als ich Ihre Zeilen erhielt. Ich halte Euch Beide für geneigt zur „Kriegführung, jedoch in verschiedener Weise. Ich aber, die ich die „Schläge des Krieges allzu schmerzlich empfunden habe, gedenke keinen „mehr zu führen. Allzusehr liebe ich meine Völker, meine Ruhe, und „ich will sie mir wenigstens nach Außen hin schaffen, da ich sie in „meiner Familie nicht finde. Ich bin ungemein zufrieden, daß Sie es „mit meinem Sohne sind; er kennt genau Ihr Verdienst und wie „sehr er Ihrer bedarf; es ist dieß ein sicheres Band. Fahren Sie fort, „ihm Ihre Rathschläge zu ertheilen, aber eifern Sie ihn nicht an zum

„Kriege; Sie würden mich auf Ihrem Wege finden, und niemals, „durchaus niemals gegen meine Muselmanen" [336]).

Die Anführung dieser Worte wird genügen, um die Behauptung, Maria Theresia sei „nach Frauenart" bei ihrem Sohne gestanden [337]), als eine völlig grundlose zu charakterisiren. Wer auch nur eine oberflächliche Kenntniß von der Denkungsart der Kaiserin besitzt, weiß ja wie durchaus verschieden dieselbe von derjenigen ihres Sohnes war, wie fern es ihr lag, ihrem Muttergefühle Einfluß auf ihre politischen Anschauungen zu gönnen, um wie viel öfter sie in den so häufig wiederkehrenden Fällen einer Meinungsverschiedenheit zwischen Joseph und Kaunitz dem Letzteren als dem Ersteren beistimmte, und mit welchem Widerstreben sie sich zur Nachgiebigkeit gegen Joseph bequemte. Jetzt mag ihr dieß leichter geworden sein als sonst, denn wie gegen seinen Bruder, wird Joseph wohl auch gegen seine Mutter die Betheuerung wiederholt haben, daß es ihm durchaus nicht um die Theilnahme an dem Kriege, sondern nur um die Fernhaltung von demselben zu thun sei.

Dieses Gepräge trugen denn auch die Instructionen für van Swieten in ganz unverkennbarer Weise an sich. Man kann sie als eine einfache Wiederholung des ersten Theiles der von Joseph zu Papier gebrachten und von Maria Theresia unterschriebenen Resolution betrachten. Alles komme darauf an, so war darin gesagt, sich über den Grad der Mitwirkung klar zu werden, die man sich von dem Könige von Preußen in dem Falle versprechen dürfe, wenn Rußland auf Friedensbedingungen bestünde, welche die Pforte entweder nicht annehmen könnte, oder hinsichtlich deren es wünschenswerth wäre, daß solches nicht geschehe. Darum sollte van Swieten ihm vorerst die geheimen Nachrichten über die verborgenen Absichten Rußlands mittheilen und sorgfältig den Eindruck beobachten, welchen diese Eröffnungen auf den König hervorbringen würden. Eindringlich habe er ihm die Gefahren des Anwachsens der Macht Rußlands zu schildern und es ihm nahe zu legen, wie dringend sein eigener Vortheil verlange, daß er demselben gemeinschaftlich mit Oesterreich entgegenwirke. Bereitwillig werde man zu Allem die Hand bieten, was der König zu diesem

Ende vorschlagen werde, und wäre es selbst ein Einschreiten mit gewaffneter Hand [338]).

Maria Theresia wußte wohl, daß Friedrich sich niemals herbeilassen werde, jetzt plötzlich in offene Kriegsfehde einzutreten gegen Rußland. Darum stimmte sie auch der Instruction für van Swieten, welche Kaunitz eigens in französischer Sprache hatte entwerfen lassen, um dem österreichischen Gesandten die Worte, deren er sich dem Könige gegenüber bedienen sollte, gleichsam in den Mund zu legen, rückhaltslos zu [339]). Nicht allein auf dasjenige, was man van Swieten vorzeichnete, sondern auch auf die Befehle kam es jedoch an, welche Thugut hinsichtlich der Erklärungen zu Theil werden sollten, die er der Pforte gegenüber abzugeben hatte. Es ließ sich voraussetzen, daß auch sie — gleich der Instruction für van Swieten — der Resolution entsprechen würden, welche Joseph entworfen und Maria Theresia laut ihrer Unterschrift gutgeheißen hatte. Aber so leicht die Kaiserin den Entschluß gefaßt zu haben scheint, der Instruction für van Swieten ihre Zustimmung zu ertheilen, so schwer fiel es ihr, die Aufträge zu genehmigen, welche nun an Thugut ergehen sollten. Nicht umsonst klagte Joseph über die Unentschlossenheit seiner Mutter, die vor jeder Kundgebung zurückschrak, in welcher ein erster Schritt zur Herbeiführung der Möglichkeit gelegen sein konnte, sich wider Willen am Kriege betheiligen zu müssen. Ein Kennzeichen der quälenden Gemüthsbewegung, in der sich Maria Theresia damals befand, mag in den wenigen Worten erblickt werden, die sie in jenen Tagen über die etwaige Theilnahme an der Kriegführung an Kaunitz schrieb. „Niemals würde ich“, so lauten sie, „auf mein Gewissen einen solchen Schritt nehmen, und „meine gegenwärtige Lage macht dieß, selbst unabhängig von meinem „Gewissen, nur noch unmöglicher“ [340]).

Hiezu mochte noch kommen, daß Maria Theresia nicht nur durch eigene, vielfältige Erfahrung die unermeßlichen Erfordernisse einer Kriegführung aufs genaueste kannte, sondern daß sie ihr durch die Ausarbeitungen Lacy's aufs neue vor die Augen geführt wurden. Denn ganz unermüdlich beschäftigte sich der Feldmarschall, die Entwürfe zu den Anordnungen zu liefern, welche sich auf die Herbeischaffung

der Erfordernisse für die Truppen und auf die Auswahl der Regimenter bezogen, aus denen die zwei aufzustellenden Armeecorps gebildet werden sollten. Das eine dachte man in Siebenbürgen, das andere in dem an Polen angrenzenden Theile Oberungarns zu versammeln und einstweilen Hadik mit dem Obercommando zu betrauen. Zur Bestreitung der Kriegskosten wollte man in den Niederlanden vier Millionen aufnehmen [341]).

So widerwärtig nun auch der Kaiserin diese Vorkehrungen an und für sich waren, so wußte sie doch zwischen dem ihr verhaßten Zwecke derselben und der Person, welche sie traf, streng zu unterscheiden. Darum spendete sie auch jetzt wieder dem Grafen Lacy glänzendes Lob, und in wirklich rührender Weise gab sie ihm gegenüber den Antheil kund, den sie an seinem Befinden nahm. „Ich „gestehe", schrieb sie ihm in den ersten Tagen des Jänner 1771, „daß ich Sie niemals so übel aussehend fand. Ich kenne den Eindruck, „den die Schmerzen auf ein gefühlvolles Herz hervorbringen. Ich „zitterte und ich zittere noch, aber ich muß Sie schelten; die Raths„sitzung, die Sie gestern hielten, war der vorgeschriebenen Schonung „gerade entgegen. Ich habe mich bei Ihnen nicht nach Ihrem Befinden „erkundigen lassen, weil ich weiß, daß Sie diese Plage nicht lieben, „aber ich vermochte meine Unruhe unserer gemeinsamen Freundin „nicht zu verbergen" [342]).

Maria Theresia stand mit der Ansicht nicht allein, daß die Ausgaben, welche auch nur ein einziger Feldzug gegen die Russen verursachen müßte, unermeßliche sein würden. Auch Joseph stimmte ihr bei, und neuerdings sprach er die Meinung aus, daß wenig Wahrscheinlichkeit für ein Gelingen vorhanden, und daß der zu erringende Preis die hiefür darzubringenden Opfer kaum werth sei. Aber wenn er auch kriegerische Unternehmungen gegen Rußland keineswegs herbeiwünschte, so sagte ihm doch die Unentschlossenheit seiner Mutter noch weniger zu. „Ich werde immer der Meinung sein", schrieb er damals an den Großherzog Leopold, „daß man entweder Alles ins Werk setzen „und mit gesammter Macht auftreten, oder gar nichts thun soll" [343]).

Um die Sache endlich zur Entscheidung zu bringen, griff Joseph auch jetzt wieder zu dem Mittel, welches er seiner Mutter gegenüber so oft und fast immer mit dem gewünschten Erfolge anzuwenden verstand. Er kannte ja ihre Bewunderung seiner Schreibweise; er wußte aus vielfacher Erfahrung, um wie viel klüger es von ihm war, ihr seine Gedanken schriftlich auseinander zu setzen, auf daß sie dieselben ruhig zu erwägen und leidenschaftslos zu prüfen vermöge, als wenn er sie im Gespräche mit ihr erörterte. Denn dann geschah es nicht selten, daß die häufige Verschiedenheit der Anschauungen zwischen ihnen zu lebhaftem und manchmal recht erregtem Austausche der Meinungen führte, unter welchem gewöhnlich die Sache, um die es gerade sich handelte, am meisten litt.

Von solchen Gedanken mochte Joseph ausgehen, wenn er am 14. Jänner 1771 seiner Mutter eine umfangreiche Ausarbeitung vorlegte, die er eine „Schilderung der gegenwärtigen Lage des „russischen Krieges und eine Vergleichung derselben mit den „beiden vergangenen Feldzügen" nannte. Aus dieser Darstellung sollte man, fügte der Kaiser hinzu, einen Schluß ziehen können auf den Ausgang der noch bevorstehenden Feldzüge und auf die Mittel, welche anzuwenden wären, um der Vergrößerung Rußlands Einhalt zu thun[344]). Ueber das was Joseph über die bisherigen Erfolge der Kriegführung Rußlands, über dessen wahrscheinliche Plane für die Zukunft und über die verschiedenen Wege sagt, die es zur Verwirklichung derselben einschlagen dürfte, können wir hier füglich hinweggehen. Um so wichtiger ist jedoch für uns, was der Kaiser für den Fall zu thun vorschlägt, den er ausdrücklich als den schlimmsten bezeichnet, der überhaupt eintreten könnte. Nach seiner Meinung bestand er darin, daß es den Russen gelänge, nicht nur die Donau zu überschreiten, sondern den Landkrieg bis Constantinopel hin auszudehnen.

Er wolle vor der Hand absehen, sagt Joseph, von den unermeßlichen Nachtheilen für die innere Entwicklung des Staates, welche eine Kriegführung gegen Rußland ohne Zweifel nach sich ziehen müßte. Er wolle auch von den Verlusten an Menschen sowie von den Geld-

opfern nicht reden, sondern einen Augenblick annehmen, daß der Krieg mit fremden Truppen und mit fremdem Gelde geführt werden könnte. Er wolle nur die politische Seite eines solchen Unternehmens und die Wahrscheinlichkeit des Gelingens erwägen.

Bereitwillig gibt der Kaiser zu, wie wünschenswerth es wäre, den Krieg zwischen Rußland und der Pforte in einer Weise zu beendigen, daß keine der beiden streitenden Mächte so große Vortheile erhielte, daß der frühere Zustand in ganz unverhältnißmäßigem Grade zu ihren Gunsten verändert würde. Groß und ruhmreich wäre es für Oesterreich und einer der ersten Mächte Europa's würdig, Rußland zur Mäßigung zu zwingen, es in seinem Siegeslaufe zu hemmen und als Schiedsrichter zu entscheiden, welchen Theil der gemachten Eroberungen es behalten dürfe und welchen es zurückgeben müsse. Um dieß zu thun, bedürfe es jedoch nicht nur des Wollens, sondern auch des Könnens. Der Wille sei allerdings bloß subjectiv, aber er sei unzertrennlich an das Können und letzteres wieder an die äußeren, von dem Willen ganz unabhängigen Umstände geknüpft, so daß die Vernunft oft das Gegentheil von dem dictire, was man eigentlich wolle.

Dasjenige in Betracht ziehend, was man überhaupt thun könnte, zweifelt Joseph keinen Augenblick daran, daß eine förmliche Kriegserklärung Oesterreichs, verbunden mit der Zusammenziehung einer Armee von hunderttausend Mann, um mit ihr angriffsweise vorzugehen, Rußland in große Verlegenheit setzen könnte. Aber er meint doch, daß es sich sogar durch eine solche Herausforderung nicht einschüchtern lassen, sondern ihr entschlossen die Stirn bieten würde. Denn selbst im Falle eines unglücklichen Krieges könnte Rußland kaum mehr verlieren als die Landstriche, die es erobert habe und deren Zurückstellung man ihm beim Friedensschlusse auferlegen wolle. An die Wegnahme russischer Provinzen in jenen Gegenden dürfe man schon darum nicht denken, weil sie einzig und allein von Kosaken und Kalmüken bevölkert seien. Es wäre daher weit vortheilhafter für Rußland, es noch auf ein paar Feldzüge und auf deren Ausgang ankommen zu lassen, als jetzt schon die Provinzen zurückzugeben, in deren Beibehaltung es den einzigen Ersatz für die schon aufgewendeten

Kosten der Kriegführung und für die übrigen mit derselben verbundenen Opfer erblicken müsse. Ueberdieß würde der Ruhm der Kaiserin Katharina, der ihr so sehr am Herzen liege, und ihr Ruf auf dem Gebiete der Politik durch einen voreiligen und ungünstigen Friedensschluß so außerordentlich leiden, daß ihr selbst die unglücklichste Kriegführung keine größere Demüthigung zu bereiten vermöchte.

Ist Joseph schon aus diesem Grunde der Meinung, daß Katharina es auf den Krieg mit Oesterreich ankommen lassen würde, so glaubt er noch überdieß, daß sie sich auch in einer viel günstigeren Lage als der Kaiserhof befinde. Sie habe sich in Feindesland festgesetzt, dessen wichtigste Plätze sie innehabe. Verwüstete Provinzen, in denen ansteckende Krankheiten herrschten, trennten ihre Streitmacht von dem österreichischen Heere. Um so leichter könne sie daher einen Defensivkrieg führen, als ihre Armee an das dortige Klima gewöhnt sei, während die österreichischen Truppen demselben nur schwer widerstehen würden. Auch seien die Einwohner jener Gegenden als Glaubensgenossen der Russen denselben anhänglich gesinnt, während sie den Oesterreichern abgeneigt sein würden. Das größte Unglück würde für die Russen wohl nur die Wirkung nach sich ziehen, weniger zu gewinnen als bisher. Für Oesterreich aber erscheine jeder wirkliche Gewinn als eine Unmöglichkeit, während die Gefahr, sein Ansehen einzubüßen, wenn es nichts zu Wege zu bringen vermöchte, eine ungemein große sei. Hiezu müsse man außerdem nicht nur die Opfer an Geld und an Menschen, welche die Kriegführung gegen Rußland erfordern würde, sondern auch die sonstigen Nachtheile rechnen, mit denen man von dorther bedroht sei. Wer stünde für die Bekenner der griechischen Religion in den österreichischen Ländern, wenn einige elende Fanatiker ihnen vorspiegeln wollten, ihr Glaube sei in Gefahr, und wenn sich daselbst keine Truppen befänden, um sie nöthigen Falles im Zaume zu halten? Sei man dann gewiß, daß nicht Rußland vielleicht doch die Mittel finde, sich mit der Pforte zu versöhnen und die letztere zu bewegen, Oesterreich im Kampfe allein zu lassen? Wisse man mit Bestimmtheit, daß es nicht durch weitgehende Versprechungen an die Polen dieselben zur Ruhe bringen und

mit Hülfe des Königs von Preußen wenigstens einen Theil von ihnen bewegen könnte, sich direct gegen Oesterreich zu kehren? Sei man über alles dasjenige beruhigt, was etwa Dänemark und in Verein mit ihm die protestantischen Fürsten Deutschlands, insgeheim durch den König von Preußen und den Kurfürsten von Hannover unterstützt, in der Zwischenzeit thun könnten, während sie Oesterreich in einen kostspieligen und verderblichen Krieg verwickelt sähen? Welche Lockungen, welche Versprechungen würde nicht endlich der König von Preußen Rußland gegenüber auskramen? Würde es ihm nicht in diesem Augenblicke der Noth die Stadt Danzig, das polnische Preußen, ja überhaupt Alles, was er nur wünschen könnte, bereitwilligst aufopfern? Dürfe man auf seine Redlichkeit, auf seine Zusagen auch nur mit einiger Bestimmtheit zählen? Die erstere sei niemals in seinem Charakter gelegen gewesen, und die letzteren habe er jederzeit nach seinen Wünschen und den Bedürfnissen des Augenblickes bemessen. Wie könne man auf die Politik eines Mannes rechnen, der kein anderes System befolge als von einem Tage auf den anderen aus den Umständen Vortheil zu ziehen, den es kein Opfer koste, sich selbst Lügen zu strafen, und der niemals das zukünftige Wohl seines Staates in Betracht ziehe, sondern Alles auf den kurzen Zeitraum zurückführe, den er bei seinem Alter noch als seine Lebensdauer ansehen könne. Aber selbst angenommen, er werde allen Lockungen Rußlands zum Trotze nicht gegen Oesterreich auftreten, so liege doch schon in dem Gedanken allein, daß er dieß thun könnte, der größte Uebelstand. Derselbe würde für Oesterreich ein fortwährendes Hemmniß seiner kriegerischen Unternehmungen sein, weil es von ihm abhienge, den Grad zu bestimmen, bis zu welchem er eine Demüthigung der Kaiserin von Rußland zulassen wollte. Er würde gewisser Maßen zum Schiedsrichter werden über Krieg und über Frieden, und Oesterreich entweder im Laufe glücklicher Ereignisse aufhalten oder den Zeitpunkt abwarten können, in welchem er jene heimtückischen Streiche zu führen vermöchte, die ihm dann nützlich erscheinen würden. Welcher Vortheil und welche verführerische Aussicht wäre es für ihn, seine ganze Streitmacht vollständig und unversehrt zu erhalten, während seine zwei mächtigen und ihm gleichmäßig furchtbaren Nachbarn, für alle Zukunft entzweit

und Einer gegen den Anderen erbittert, sich gegenseitig schwächen und zu Grunde richten würden, indem sie sich zuletzt dermaßen erschöpften, daß er sich mit seiner wohlerhaltenen Armee und seinen geschonten Hülfsmitteln in der größten Ueberlegenheit befände? Sie würden es ihm leicht machen, ihnen seinen Willen als Gesetz aufzuerlegen und Alles zu unternehmen, was ihm nur immer gefalle.

Nachdem er noch einmal die Lage der Mächte geschildert, welche bei der Lösung jener Fragen am meisten in Betracht kamen, ging Joseph endlich auf dasjenige über, was von österreichischer Seite vorerst geschehen sollte. Den Türken wäre zu erklären, schlug der Kaiser vor, daß nachdem Oesterreich durch seinen natürlichen und mächtigen Feind, den König von Preußen in Schach gehalten werde, es der Türkei in deren eigenem Interesse ohne die Mitwirkung des Königs von Preußen keinen Beistand leisten könne. Die Freundschaft des Kaiserhofes für die Pforte und sein sehnlicher Wunsch, sie diesen Krieg so wenig unvortheilhaft als nur immer möglich beenden zu sehen, hätten Oesterreich nicht nur zu dem Entschlusse, die unangenehme Vermittlerrolle zu übernehmen, sondern auch zu dem Anerbieten an den König von Preußen gebracht, mit ihm gemeinschaftlich Rußland zu bekriegen; ja man sei noch immer zu allen, selbst gewaltsamen Maßregeln bereit, hinsichtlich deren die Pforte den König von Preußen zu gemeinschaftlichem Zusammengehen mit Oesterreich zu bestimmen vermöchte.

Eine solche Erklärung werde den Türken, fuhr Joseph fort, sehr großes Vertrauen zu Oesterreich einflößen und von zwei günstigen Wirkungen unfehlbar die eine oder die andere nach sich ziehen. Denn die Pforte würde mit Ungestüm in den König von Preußen dringen, sich zu jenem nachdrücklichen Auftreten gegen Rußland zu entschließen, welches Oesterreich wünsche. Ihm aber würde nur die Wahl bleiben, sich entweder mit Rußland zu entzweien oder der Pforte gegenüber die Maske fallen zu lassen und dadurch bei ihr für immer allen Credit und Einfluß zu verlieren. Welchen Entschluß der König von Preußen auch fasse, jeder werde Oesterreich zum Vortheil gereichen,

und nicht gering werde es anzuschlagen sein, wenn den Türken bei einem für sie so empfindlichen Anlasse dargethan werde, welchen Werth sie sowohl jetzt als in Zukunft seinen schönklingenden Versprechungen und Freundschaftsversicherungen beilegen dürften; dadurch würde die Pforte gezwungen werden, sich ganz in die Arme Oesterreichs zu werfen. Was auch geschehen möge, immer werde der Kaiserhof den großen Gewinn daraus ziehen, daß er entweder nicht allein die Kastanien aus dem Feuer zu holen habe, oder daß er wenigstens für alle Zukunft gegen die unwahren Verdächtigungen sichergestellt werde, welche diese angeblichen Freunde der Pforte bei ihr gegen Oesterreich vorgebracht hätten und noch vorbringen würden. Man möge sich doch bei der Pforte der gleichen fadenscheinigen Behauptung bedienen, welche sich der König von Preußen Rußland gegenüber zu so großem Verdienste anrechne, und ihr begreiflich zu machen suchen, daß Preußen durch Oesterreich abgehalten werde, gemeinsam mit Rußland gegen die Türkei zu kämpfen, wozu es sein Bündniß mit Rußland aufs bestimmteste verpflichte. Die Pforte sei darauf hinzuweisen, daß der König von Preußen vielleicht nur des Augenblickes harre, in welchem Oesterreich sich für die Pforte erkläre und für sie handle, um mit seiner gesammten Streitmacht den Russen beizustehen, wodurch die Pforte in noch viel größere Bedrängniß geriethe als bisher. Mit Lebhaftigkeit sei ihr der geringe Grad von Wahrheitsliebe zu schildern, welchen man den Versicherungen des Königs von Preußen zuerkennen dürfe, das wenige Vertrauen, das seine schönsten schriftlichen oder mündlichen Versprechungen verdienten, die häufigen Fälle, in denen seine Handlungen den von ihm gegebenen Zusagen widersprächen. Mit einem Worte, man möge entweder den König von Preußen durch die Türkei zu Schritten veranlassen, zu welchen ihn Oesterreich nicht bringen könne, oder seinen Credit und Einfluß bei der Pforte gänzlich zu Grunde richten. Letzteres würde, in politischem Sinne gesprochen, eine tüchtige Schlacht aufwiegen, die man gegen die Russen gewänne.

Dem Könige von Preußen gegenüber wollte Joseph neuerdings erklärt wissen, daß die von Rußland angestrebte außerordentliche Vermehrung seiner Macht ihn mit noch größeren Gefahren als Oesterreich

bedrohe. So unbestreitbar sei diese Wahrheit und so groß das Vertrauen in seinen Scharfblick, daß Oesterreich unabänderlich entschlossen sei, sich von ihm nicht zu trennen und an allen Schritten, sie möchten kriegerischer oder friedlicher Natur sein, Antheil zu nehmen, welche er vorschlagen sollte. Ja man würde sogar zugeben, daß Rußland die von ihm schon errungenen Vortheile noch weiter ausdehne, wenn der König in seinem eigenen Interesse es wünsche. Je mehr aber Rußland zunehme an Macht, desto enger müßten die Freundschaftsbande zwischen Oesterreich und Preußen geknüpft werden. Und man dürfe dem Könige nicht verhehlen, daß wenn er das bevorstehende und ungeheure Anwachsen der Macht Rußlands nicht hintanhalten wolle oder es nicht zu können vermeine, ihn auch nicht ein Rest von kindischem Mißtrauen verhindern dürfe, zu erkennen, daß auch Oesterreich trachten müsse, nicht allzuweit zurückzubleiben hinter Rußland. Hiedurch würde Friedrich vielleicht veranlaßt werden, in St. Petersburg eine nachdrücklichere Sprache zu führen, während doch Oesterreich die Möglichkeit behielte, für sich allein in den Krieg gegen Rußland zu treten. Freilich könnte er hiezu, meint der Kaiser, nie und in keiner Weise rathen. Jedenfalls aber würde das Gehässige der energischen Maßregeln, wenn der König von Preußen zu ihnen dränge, bei den Russen auf ihn fallen. Und auch in Constantinopel geschähe das Gleiche, wenn etwa der König die Pforte im Stiche lassen wollte. Darin läge aber für Oesterreich ein ebenfalls nicht gering anzuschlagender Vortheil.

Die militärischen Demonstrationen, welche Joseph vorschlug, um durch sie den Erklärungen Oesterreichs in Constantinopel und in Berlin größeren Nachdruck zu verleihen, wollen wir hier mit Stillschweigen übergehen und nur einer einzigen aus ihnen erwähnen. Sie bestand darin, daß den commandirenden Generalen in geheimnißvollen Ausdrücken der Befehl ertheilt werden solle, die ihnen untergeordneten Generale, Officiere und Regimenter anzuweisen, sich in Marschbereitschaft zu halten. Durch diese und die übrigen Vorkehrungen meinte Joseph bei Rußland die Besorgniß zu erregen, angegriffen zu werden. Und der König von Preußen werde befürchten, daß man ihn mit den Waffen in der Hand zu einer bestimmten Erklärung für die eine oder

die andere Partei dränge, die Pforte aber der Hoffnung auf eine nachdrückliche Unterstützung von Seite Oesterreichs Raum geben.

Was Rußland anging, so wiederholte Joseph den Ausspruch, daß man gegen dasselbe ohne Preußens thatkräftigen Beistand niemals allein und unmittelbar Krieg führen solle. Stünde der Zusammensturz der Türkei nahe bevor, dann wäre zwar ebenfalls nicht direct gegen sie aufzutreten, aber Besitz zu ergreifen von ihren angrenzenden Provinzen und dann Rußland ein passendes Abkommen vorzuschlagen. Gegen den König von Preußen dürfe man nur in dem einzigen Falle an die Anwendung der Waffengewalt denken, wenn er sich mit Rußland entzweien und gleichwohl nicht aufrichtig zu Werke gehen, sondern bestrebt sein sollte, die Pforte oder Frankreich gegen Oesterreich einzunehmen. Die Schwächung oder die Demüthigung des Königs von Preußen besäße ja für Oesterreich weit größere Wichtigkeit, als ihm die Fortschritte Rußlands jemals nachtheilig sein könnten. Man möge also aufmerksam und bereit sein zu handeln; nach allen Seiten hin könnten Ereignisse sich zutragen, aus denen Oesterreich Nutzen zu ziehen vermöchte. Würde jedoch die Pforte zu einem nachtheiligen Frieden mit Abtretung der Krim und vielleicht sogar der Donaufürstenthümer gezwungen, dann möge man sich rasch der kleinen Walachei bemächtigen; wegen dieses Stückchen Landes allein werde Rußland den Krieg noch nicht erklären. Bei der Pforte könnte man diesen Schritt damit beschönigen, daß man jenen Landstrich nur bewahren wollte, um ihr bei günstigerer Gelegenheit die Möglichkeit zu sichern, die Donau zu überschreiten und sich der verlornen Besitzungen wieder zu bemächtigen.

„Handelt es sich", so schließt Joseph seine umfangreiche Denkschrift, „nur um den Handel auf dem Schwarzen Meere und um die „Krim, so schlage ich es doch, so vortheilhaft dieß auch für die Russen „sein kann, nicht gering für uns an, wenn wir den Credit des Königs „von Preußen bei den Türken vollständig zu Grunde richten können. „Denn auf ihn würde alle Beschwerde über einen so ungünstigen „Frieden zurückfallen, indem er die von mir vorgeschlagenen Schritte „hintertrieb. Wir lassen uns außerdem die Wege offen und setzen den „König von Preußen in Furcht. Darin aber besteht das einzige

„Mittel, diesen Mann kirre zu machen, uns Rußland wieder zu „nähern und die gegenseitige Eifersucht auf Vergrößerung in gemein„schaftliche Vortheile und Gebietserwerbungen, die wir uns verschaffen „würden, zu verwandeln. Das könnte ihm gewiß nicht gefallen und „würde ihn zu Allem bringen, was man nur immer wollte.“

Man wird leicht die Oberflächlichkeit des Ausspruches erkennen, der die bedeutungsvolle Meinungsverschiedenheit, welche damals zwischen den maßgebenden Persönlichkeiten am Wiener Hofe herrschte, in die wenigen Worte zusammenfassen zu können glaubt, Kaunitz habe zum Kriege und Joseph zum Frieden gerathen, Maria Theresia aber, wie Mütter zu thun pflegen, die Meinung ihres Sohnes zum Beschlusse erhoben. In dem Hauptpunkte, daß kein Krieg gegen Rußland geführt werden solle, war die Kaiserin allerdings einig mit Joseph. Wie sehr sich aber ihre Anschauungen, wie sehr sich die Grundsätze, von welchen sie ausging, von denjenigen ihres Sohnes unterschieden, geht klar aus den Worten hervor, die sie noch an dem Tage niederschrieb, an welchem er ihr seine Denkschrift überreicht hatte. Sie lauten wenigstens in ihrem wesentlicheren Theile:

„In meiner ganzen peinlichen Laufbahn ist mir nichts Schwie„rigeres vorgekommen als die Entscheidung, die ich jetzt fassen soll. „Es bedarf einer solchen, da ist sie. Ich bin einverstanden mit dem „Kaiser, keinen Krieg gegen die Russen zu führen. Die Zukunft, ob„wohl in Anbetracht unserer Lage und der ihrigen höchst besorgniß„erregend, bestimmt mich nicht, unter den gegenwärtigen Umständen „Alles aufs Spiel zu setzen. Ich finde sie so wie der Kaiser und nur „noch schlechter, denn er gedenkt nicht der Pest sowie der übrigen „Krankheiten und der ungeheuren Kosten der Transporte nach ver„heerten Provinzen. Was aber am entscheidendsten auf mich wirkt, ist „daß die Türken die Angreifer sind, daß die Russen jederzeit alle Rück„sicht für uns gehabt haben, daß sie Christen sind, daß sie einen „ungerechten Krieg über sich ergehen lassen müssen, daß man ihnen „gestattete, in Polen ein freies Volk zu unterdrücken, und daß man „jetzt den Türken hülfreich sein will. Alles dieß und viele andere „Gründe bringen mich zu dem Entschlusse, kein Armeecorps gegen die

„Russen marschiren zu lassen. Es kann daher in dieser Richtung eine „Drohung nicht stattfinden, und ein Brief, zu solchem Zwecke an den „König von Preußen geschrieben, wird nicht mehr angemessen er„scheinen. Ich muß hier noch überdieß hinzufügen, daß ich niemals „und noch weniger im Stande wäre, mich mit den Russen zu ver„einigen und die Türken zu vernichten."

Auf die einzelnen Vorschläge des Kaisers übergehend, welche sich auf die zu treffenden militärischen Maßregeln bezogen, werden sie in der Mehrzahl gebilligt, einige jedoch verworfen. Am entschiedensten geschieht letzteres hinsichtlich des doppelsinnigen Befehls, welcher den commandirenden Generalen ertheilt werden sollte. „Niemals würde „ich dieß thun", sagt die Kaiserin wörtlich, „denn es ist meiner „Denkungsweise zuwider. Aber ebensowenig als der Kriegführung „gegen die Russen, könnte ich der Art beistimmen, in der man den „König von Preußen aufs Eis führen will. Mein Grundsatz, den „ich dem Fürsten Kaunitz verdanke und bei welchem ich mich immer „wohl befand, ist die Redlichkeit und die Offenherzigkeit; nichts von „Zweideutigkeit oder dem Bestreben, Andere irre zu führen. Aber ein „wesentlicher Punkt ist das Geld." Zwei oder drei Millionen wären Alles, meint die Kaiserin, was sie in dieser Beziehung aufwenden könnte; sie stelle jedoch die näheren Verfügungen ihrem Sohne anheim und wünsche von denselben bloß in Kenntniß gesetzt zu werden, ohne ferneren Antheil an ihnen nehmen zu müssen.

„Man wird diese Resolution schwach finden und furchtsam, ich „weiß es", mit diesen Worten schließt Maria Theresia ihre Aufzeichnung, „aber ich fühle mich nicht stark genug um mich für einen Krieg „zu entscheiden, den ich für ungerecht und daher gegen mein Gewissen „ansehe. In meinem Alter überlegt man reiflicher; nach den schreck„lichen Kriegen, die ich führen mußte, weiß ich was man davon zu „fürchten hat, und insbesondere in jenem Lande durch die Pest und „die Hungersnoth. Ich müßte meine Armee preisgeben, die aus„erlesensten meiner Generale und selbst meinen Sohn. Hier geschieht, „daß meine Thränen das bestätigen was meine Hand und mein Herz

„feststellen: den Frieden, und keine Zukunft wird mich je darin „wankend machen.

Maria Theresia" [345]).

Zu völliger Klarstellung des Verhältnisses, in welchem Maria Theresia, Joseph und Kaunitz in Bezug auf diese wichtige Frage zu einander standen, muß nothwendiger Weise auch des kurzen Billets Erwähnung geschehen, welches die Kaiserin gleichzeitig dem Staatskanzler schrieb. „Sie werden unzufrieden mit mir sein", so lauten ihre Worte, „daß ich dem Gedanken des Kaisers zugestimmt habe, „keinen Krieg gegen die Russen zu führen. Aber ich habe dagegen „seine politische Erörterung vollständig verworfen und werde zu der„selben niemals die Hand bieten. In dieser Beziehung erwarte ich „Alles von Ihrem Beistande. Sie müssen mir vorschlagen, wie wir „zu dem Könige von Preußen und zu den Türken zu reden haben." Und auf ihre Resolution übergehend, sagt die Kaiserin, sie sehe ein, daß dieselbe nicht glücklich abgefaßt sei. „Mein Herz war zu sehr „bedrückt, mein grauer Kopf ist nicht mehr zum Regieren, ich fühle „meinen Verfall, aber ich werde Stand halten so lang als es keinen „Krieg gibt und Sie mich unterstützen. Ich bin immer der Meinung, „dem Könige von Preußen und den Türken klar zu reden und sie „nicht irre zu führen noch ihnen zu schmeicheln oder zu drohen, aber „unsere Kräfte zusammenzuhalten. Wir können kein Geld begehren, „sondern müssen uns auf eine Summe von zwei oder drei Millionen „statt fünfzehn beschränken" [346]).

Wie wenig Joseph in dem Beschlusse seiner Mutter eine Genehmigung seiner Anträge erblicken zu dürfen glaubte, geht aus der Antwort, die er ihr ertheilte, deutlich hervor. Er müsse sein Project, so schrieb er ihr, als gescheitert betrachten, wenn sie auf den Aenderungen bestehe, die sie an demselben vorgenommen habe. Der König von Preußen müsse in Verlegenheit gebracht und sein Credit bei der Pforte vernichtet werden; in der Erreichung dieses Zweckes allein könne für Oesterreich die entscheidende Veranlassung bestehen, auch seinerseits zu handeln. Mit dem festen Entschlusse, dieß zu thun, müsse die Absicht verbunden werden, bei einer völligen Umwälzung sich

ein gutes Stück türkischen Gebietes anzueignen und im äußersten Falle der Pforte in anderen Ländern als in der Moldau zu Hülfe zu kommen. Der König von Preußen dürfe nicht im Zweifel gelassen werden, daß Oesterreich ihn angreifen werde, sobald er eines Theiles von Polen sich bemächtige. Sich, wie die Kaiserin wolle, mit vollster Bestimmtheit für den Frieden zu erklären, wäre noch nachtheiliger als die Theilnahme am Kriege. Die geschickte Benützung der sich darbietenden Gelegenheiten mache das Wesen der Staatskunst aus. Die Kaiserin möge sich daher entweder zu Allem entschließen, was er ihr vorgeschlagen habe, und ihm die zu ergreifenden Maßregeln, die zu ertheilenden Befehle und die mit Nachdruck zu führenden Streiche anheimstellen. Oder sie möge gar nichts thun; in diesem Falle wäre jedoch das Project des Fürsten Kaunitz noch weit dem Entschlusse vorzuziehen, zu dem sie persönlich gelangt sei[317]).

Auch Kaunitz erhob noch einmal seine Stimme, um Maria Theresia auf andere Gedanken zu bringen. Der Unterschied zwischen seiner Meinung und derjenigen des Kaisers bestand darin, daß Kaunitz dem Könige von Preußen erklären lassen wollte, wenn er verspreche, sich ruhig zu halten, werde Oesterreich allein und unmittelbar gegen Rußland in der Moldau den Krieg führen und die Belagerung von Chotim unternehmen. Joseph aber blieb dabei, daß Oesterreich nicht allein gegen Rußland in den Kampf treten, sondern sich bereit halten sollte, rasch und ohne Gefahr aus den Umständen Nutzen zu ziehen. Und wenn es schon nicht gelänge, die Vergrößerung Rußlands zu verhindern, so möge man doch ebenfalls durch Erwerbung fremden Gebietes das frühere Gleichgewicht thunlichst wiederherstellen[348]).

Wären Joseph und Kaunitz der gleichen Meinung gewesen, so würde es ihnen wohl leichter geworden sein, auch die Kaiserin für dieselbe zu gewinnen. So aber fiel es ganz außerordentlich schwer, sie, was Joseph und Kaunitz gemeinschaftlich wünschten, wenigstens theilweise wieder abzubringen von der Ansicht, die sie in ihrer Resolution niedergelegt hatte. Der Staatskanzler gab endlich die Hoffnung auf, seine ursprünglichen Anträge von der Kaiserin zum Beschlusse erhoben zu sehen. Er modificirte sie insoweit, daß er ihr vorschlug, man möge

sich vorerst bloß bemühen, von dem Könige von Preußen ein Neutralitätsversprechen zu erhalten und zu einer geheimen Verabredung mit der Pforte zu gelangen. Er trachtete die Depeschen, welche an Thugut und van Swieten abgehen sollten, so einzurichten, daß in ihnen sein eigener Vorschlag und die Anschauungen der Kaiserin und ihres Sohnes, so weit sie überhaupt vereinbar erschienen, gleichmäßige Berücksichtigung fänden. Aber auch jetzt war Maria Theresia mit Vielem nicht einverstanden. In der Hauptsache hielt sie zwar mit ihrer Gutheißung nicht länger zurück; in mehreren wichtigen Punkten aber blieb sie bei ihrer abweichenden Meinung. „ich bekenne, subsidien von Tyrcken „begern", schrieb sie an Kaunitz, „scheint mir nicht anständig; wüntschte „vielmehr das der König mit uns operirte in allen, als eine neutra- „litaet zu halten. wegen continuation des Kriegs in pohlen finde „zwar es anständig, doch wolte nicht die erste dessenthalben zur sprache „komen; der König kunte davon abusirn. die anmerckungen über die „jetzige weltumbständе [349]) seind nur gar zu wahr, doch kunte selben „nicht beyfallen, weillen gleich mich in Krieg verführten, dem noch „alzeit suche abzuhalten und alle mittel anzuwenden, umb selben zu „verhindern" [350]).

Aber auch hinsichtlich der Punkte, in denen Maria Theresia den Anschauungen Josephs noch widerstrebte, errang der Letztere endlich doch einen ziemlich vollständigen Sieg. Sie hatte keine Subsidien von den Türken und lieber die Mitwirkung als die Neutralität des Königs von Preußen begehren wollen; in beiden Punkten gab sie zuletzt nach. Aber sie that dieß nicht, ohne daß sie an Kaunitz eigenhändig die Worte schrieb: „Ich verlasse mich auf Sie, daß uns diese Verfügungen „nicht zum Kriege führen, sondern nur zum Frieden" [351]).

Die Beschlüsse, die gefaßt wurden, sind am besten aus den Rescripten zu ersehen, welche nun an Thugut und an van Swieten ergingen; in fast allen Punkten entsprachen sie den Vorschlägen Josephs. Sowohl in Constantinopel als in Berlin wurde der Entschluß der Kaiserin angekündigt, eine Armee von sechzigtausend Mann in Ungarn mit der Bestimmung zusammenzuziehen, die Russen von dem Uebergange über die Donau zurückzuhalten, und wenn derselbe gleichwohl

bewerkstelligt werden sollte, die Feindseligkeiten wider sie zu eröffnen. Thugut hatte der Pforte zu erklären, daß Oesterreich eher das Aeußerste wagen und die Waffen gegen Rußland ergreifen werde, als den gänzlichen Untergang des osmanischen Reiches zu gestatten. Der Abschluß einer Defensivallianz sollte ihr nahegelegt und gleichzeitig festgestellt werden, daß sie dem Kaiserhofe sowohl die Auslagen vergüten als ihm sonst Vortheile zuwenden müsse, durch welche ihm für den unermeßlichen Dienst, den er der Pforte zu leisten im Begriff stehe, irgend eine verhältnißmäßige Belohnung zu Theil werde. Die Subsidien, die man von der Pforte in Anspruch nehmen müsse, meinte man auf vier und dreißig Millionen Gulden jährlich veranschlagen zu sollen. Außerdem wurde verlangt, daß dieselbe die kleine Walachei, ja vielleicht sogar Belgrad und Widdin an Oesterreich abtrete und in Handelssachen den Unterthanen der Kaiserin die Vortheile der am meisten begünstigten Nation einräume. Van Swieten aber hatte dem Könige von Preußen den Vorschlag zu machen, er möge sich, wenn er sich nicht etwa mit Oesterreich gegen Rußland verbünde, doch dem Kaiser gegenüber in einem eigenhändigen Briefe zu völliger Neutralität verpflichten, wenn Oesterreich anderswo als in Polen zum Kriege gegen Rußland getrieben würde. Die strengste Geheimhaltung seines etwaigen Versprechens wurde dem Könige feierlich verbürgt [352].

Zehntes Capitel.

Convention mit der Pforte.

Am 26. December 1770 war van Swieten in Berlin angekommen und schon am folgenden Tage hatte er mit dem Grafen Finkenstein die erste Besprechung [353]; am 30. December fand seine Antrittsaudienz bei dem Könige statt. Länger als eine Stunde währte ihre Unterredung. So wie Kaunitz in Neustadt, so machte jetzt auch van Swieten die Wahrnehmung, daß der König in seinen Reden wenig Ordnung und Zusammenhang beobachte, Eines mit dem Anderen vermenge, sich in häufigen Wiederholungen und weitläufigen Erörterungen ganz unbedeutender Nebendinge verliere, ohne in den Hauptsachen jemals zu einem Schlusse zu kommen. Es mag sein daß Friedrich dieß vorsätzlich that, und sein Benehmen wird ja auch hie und da als besondere diplomatische Feinheit gepriesen. Unstreitig erreichte der König, wenn dieß wirklich in seiner Absicht lag, wenigstens so viel, daß derjenige, der etwa eine Stunde mit ihm gesprochen, am Ende dieser Unterredung sich ebenso im Unklaren über das befand, was der König eigentlich wollte, als er am Anfange des Gespräches gewesen sein mochte. Van Swieten wußte sich nicht anders zu helfen, als daß er den König bat, ihm dasjenige kurz zu wiederholen, was er nach Wien schreiben solle. Und als auch dieß nichts fruchtete und Friedrich sich von Neuem in weitläufigen und zusammenhangslosen Betrachtungen erging, bat van Swieten den König, ihm kurz das vorsagen zu dürfen, was er aus seinen Reden entnehmen zu sollen geglaubt habe. Wenn Friedrich es genehm heiße, werde er in diesem Sinne dem Kaiserhofe berichten.

Aber trotz dieses Kunstgriffes vermochte van Swieten zuletzt nicht viel Anderes zu melden, als daß der König jeder positiven Erklärung sorgfältig aus dem Wege gegangen sei. Nach wie vor wünsche er eifrig den baldigen Abschluß des Friedens zwischen Rußland und der Pforte. Angesichts der Siege, welche Rußland erfochten, werde es sich wohl, so meine Friedrich, nicht leicht vermeiden lassen, daß ansehnliche Opfer gebracht würden. Aber man dürfe doch hoffen, Rußland werde in dieser Beziehung die wünschenswerthe Mäßigung nicht ganz außer Acht lassen [354]).

Wenn der König von Preußen dieser letzteren Erwartung wirklich sich hingab, so mußte er schon binnen wenig Tagen eine arge Enttäuschung erfahren. Denn fast zugleich mit dem Jahreswechsel erhielt er ein eigenhändiges Schreiben der Kaiserin Katharina, in welchem sie erklärte, ihm in größtem Vertrauen ihren Plan und ihre geheimsten Gedanken über die zu begehrenden Friedensbedingungen mittheilen zu wollen. Dieselben hätten in der Erwerbung Asows und der beiden Kabardeien für Rußland, in der Unabhängigkeit der Tartaren der Krim, des Dniester, des Bug und des Dnieper von der Pforte, dann in dem Besitze der Moldau und der Walachei auf fünfundzwanzig Jahre, um sich für die Kriegskosten zu entschädigen, oder in der Umwandlung dieser Fürstenthümer in selbstständige Staaten zu bestehen. Endlich sollte Rußland die Freiheit des Handels und der Schifffahrt auf dem Schwarzen Meere zugestanden und ihm eine Insel im Archipel abgetreten werden.

Von sehr großer Wichtigkeit für Oesterreich war der Theil des Schreibens der Kaiserin Katharina, in welchem der lebhafte Wunsch ausgedrückt wurde, Oesterreich seinem bisherigen Systeme zu entfremden und es auf Rußlands Seite zu ziehen. Und als Prinz Heinrich von Preußen, der sich noch fortwährend in St. Petersburg aufhielt und die Verhandlungen zwischen seinem Bruder und dem dortigen Hofe führte, auf den Widerstand aufmerksam machte, welchen Oesterreich der Abtretung der Donaufürstenthümer an Rußland entgegensetzen werde, zeigte man sich in St. Petersburg sogar geneigt, diese Länder dem Hause Oesterreich zu Theil werden zu lassen, wenn es sich um solchen

Preis an Rußland anschließen würde. Dann könnten auch Oesterreichs gute Dienste zur Herbeiführung des Friedens mit der Pforte in Anspruch genommen werden[355]).

Sehr groß war der Aerger, in welchen König Friedrich durch diese Mittheilungen aus St. Petersburg versetzt wurde. Nicht nur seinem Bruder, sondern auch van Swieten gegenüber gab er dieser Stimmung ganz unverholenen Ausdruck. Dem Letzteren erklärte er, er könne ihm die von Rußland aufgestellten Friedensbedingungen unmöglich mittheilen, aber er müsse sie ihm jetzt schon als maßlos und ganz unerträglich bezeichnen; von Wien aus vermöchte man sie nur mit einer Kriegserklärung zu beantworten. Er wolle in Rußland energische Gegenvorstellungen machen; brächten sie keine Wirkung hervor, dann werde er sich von der Friedensvermittlung zurückziehen und an gar nichts mehr Theil nehmen[356]).

Es läßt sich nicht leugnen daß Friedrich in dem gleichen Sinne wie gegen van Swieten, auch gegen die Kaiserin von Rußland und den Prinzen Heinrich sich aussprach. Der Ersteren führte er mit eindringlichen Worten zu Gemüthe, daß sie durch ihre übertriebenen Begehren Oesterreich die Waffen in die Hand drücke. Seinem Bruder aber schrieb er, von nichts sei er weiter entfernt als von der Theilnahme an einem Kriege gegen Oesterreich, der nur zu dem Ende geführt würde, Rußland so weitgehende Erwerbungen zu verschaffen. Aber ein Satz findet sich in einem seiner Briefe an Heinrich, der wie mit einem elektrischen Schlage ein helles Licht wirft auf die eigentliche Ursache des Ingrimmes des Königs. Nachdem Friedrich nach Herzenslust die Russen und ihre ehrgeizigen Plane geschmäht, sagt er wörtlich: „Ich werde nicht sklavisch für ihre Vergrößerung arbeiten, ohne daß „irgend etwas zu meinen Gunsten stipulirt ist"[357]).

Hierin lag also, wie man sieht, nach des Königs eigenem Geständnisse die Ursache seiner Gereiztheit. Und daß er in der That auch einigen Anlaß zu einer solchen besaß, wird ein unparteiischer Beurtheiler in keiner Weise verkennen. Nicht sich allein dachte Rußland eine äußerst beträchtliche Machtvergrößerung zu; es zeigte sich geneigt, auch

Oesterreich, das ihm bisher kalt, ja fast feindselig gegenüber gestanden war, eine gewiß nicht unansehnliche Gebietserwerbung zu Theil werden zu lassen, wenn dadurch nur die Möglichkeit angebahnt würde, Oesterreich auf Rußlands Seite zu ziehen. Derjenige aber, der sich auf derselben bereits befand, der durch seine willfährige Haltung Rußlands despotisches Walten in Polen allein möglich gemacht hatte, der noch überdieß durch seine vertragsmäßige Subsidienzahlung Rußland die Kriegführung gegen die Pforte erleichterte, der hätte leer auszugehen, während den beiden Kaiserhöfen ein beträchtlicher Zuwachs an Macht zu Theil werden sollte. Es begreift sich daß ein solcher Gedanke dem Könige von Preußen unerträglich erschien. Statt aber zur Vereitlung seiner Verwirklichung gemeinschaftliche Sache mit Oesterreich zu machen und sich einer zu weitgehenden Beraubung der Pforte zu Gunsten Rußlands nachdrücklich zu widersetzen, verrieth der König durch seine eigenen Worte an seinen Bruder die Geneigtheit, sklavisch zu arbeiten für die Vergrößerung Rußlands, wenn nur irgend etwas zu seinen Gunsten stipulirt würde.

Auch in seinen ferneren Mittheilungen an den Prinzen Heinrich kam Friedrich auf diesen Gedanken zurück. Aber noch ehe die Briefe, in denen er seinen Unmuth kundgab über die von Rußland aufgestellten Friedensbedingungen, in St. Petersburg eingetroffen waren, hatte man dort den Fehler begriffen, der in der Unterlassung lag, auch für Preußen irgend eine Lockspeise aufzustellen. An die von Oesterreich vorgenommene Besetzung einiger polnischen, an Ungarn angrenzenden Starostien anknüpfend, wurde jetzt von russischer Seite Ermeland als derjenige polnische Gebietstheil bezeichnet, dessen Erwerbung man Preußen wohl gönnen würde. „Von dem Herzogthum Warmien Besitz „zu ergreifen", antwortete dagegen Friedrich, „habe ich mich enthalten, „weil das Spiel die Kerze nicht werth ist. Dieser Antheil ist so klein, „daß er nicht das Geschrei aufwöge, welches er wachrufen würde. „Aber Polnisch-Preußen würde die Mühe lohnen, selbst wenn Danzig „nicht inbegriffen wäre. Denn wir hätten die Weichsel und die „freie Verbindung mit dem Königreiche, was eine wichtige Sache „sein würde" [358]).

Wenn solche Gedanken und Plane das Gemüth des Königs beherrschten, so konnte er auch darüber keinen Augenblick einem Zweifel sich hingeben, daß dieselben nur im Einvernehmen mit Rußland und nur mit dem Beistande dieser Macht, niemals aber gegen dieselbe verwirklicht werden könnten. Friedrich war also nie weiter davon entfernt, sich mit Rußland ernstlich verfeinden zu wollen, als in dem Augenblicke, in welchem van Swieten in Gemäßheit der aus Wien empfangenen Befehle mit dem Vorschlage an ihn herantrat, sich entweder mit Oesterreich gegen Rußland zu verbünden, oder sich wenigstens für den Fall, daß Oesterreich zum Kriege gegen Rußland genöthigt wäre, zur Beobachtung strenger Neutralität zu verpflichten.

Gleichwie es schon in seiner früheren Besprechung mit dem Könige geschehen [359]), so nahm van Swieten auch jetzt wieder den Eindruck in sich auf, als ob Friedrich hauptsächlich darauf ausgehe, sich die obwaltenden Umstände zu Nutzen zu machen, um Vortheile für sich zu erlangen. Vielleicht sei er schon, meinte van Swieten, durch derartige Versprechungen von Rußland gewonnen. Und es könne gar leicht sein, daß er die Aufgabe auf sich genommen habe, Oesterreich auszuforschen, ob es nicht gleichfalls durch die Aussicht auf Gewinn bestimmt werden könnte, Rußlands Vergrößerungsplanen gegenüber sich gleichgültiger zu verhalten.

Wenn van Swieten sich einbildete, daß in solchen Gedanken der eigentliche Zielpunkt des Verfahrens des Königs von Preußen liege, so trat hievon freilich in Friedrichs Aeußerungen nicht das Geringste an den Tag. Die Worte van Swietens, daß je mehr die Macht Rußlands anwachse, auch das innige Einvernehmen zwischen Oesterreich und Preußen sich mehren und befestigen müßte, nahm Friedrich wie eine förmliche Einladung zu einer Allianz auf. Er erschöpfte sich in überschwenglichen Versicherungen der Freude, welche die freundschaftliche Gesinnung des Kaiserhofes ihm bereite, und des Wunsches, die ihn mit demselben verknüpfenden Bande immer fester geschlungen zu sehen. Aber er fügte doch auch die Bemerkung hinzu, daß er sein Bündniß mit Rußland nicht so urplötzlich abbrechen könne. Allerdings sei das letztere nicht für die Ewigkeit geschlossen, und die Zeiten, die Umstände

könnten sich ändern. Aufs tiefste empfinde er die Vortheile einer engen Verbindung mit Oesterreich. Die Aufrechthaltung des Friedens würde die erste Folge davon sein, und weder Oesterreich noch Preußen wären in Zukunft genöthigt, sich um der Streitigkeiten Anderer willen zu schlagen.

Ebenso unbestimmt lautete die Antwort des Königs auf das Begehren van Swietens, er möge sich für den Fall, daß Oesterreich genöthigt wäre, anderswo als in Polen Krieg gegen Rußland zu führen, zur Beobachtung strengster Neutralität förmlich verpflichten. Er gab zu, daß Oesterreich eine Ueberschreitung der Donau von Seite der Russen nicht ruhig mit ansehen könne. Er versicherte außerdem, daß ihm sein Allianzvertrag mit Rußland keine andere Verbindlichkeit auferlege, als den König von Polen, der auf Anregung Rußlands gewählt sei, auf seinem Throne zu erhalten und Rußland in jedem Kriege Hülfe zu leisten, der etwa geführt würde, um Stanislaus Poniatowski die polnische Krone wieder zu entreißen. Aber nun und nimmermehr sei er verpflichtet, Rußland seinen Beistand zu leihen, wenn es Eroberungen machen wolle über die Türken. Niemals würde er Anstand nehmen, dieß sowohl den Russen als auch dem Wiener Hofe zu erklären, wenn die Nothwendigkeit hiezu einmal eingetreten sein sollte. Aber den König dazu bringen zu können, daß er dieß jetzt schon in einem an den Kaiser zu richtenden Briefe thue, dazu erblickte van Swieten nicht die mindeste Aussicht [360]). Und es läßt sich in der That dem Könige von Preußen in keiner Weise verdenken, daß er eines Schrittes sich sorgfältig enthielt, der ihm, wenn er in Rußland bekannt geworden wäre, dort zu empfindlichem Nachtheil hätte gereichen müssen.

Wer noch überhaupt daran zu zweifeln vermochte, mußte durch den Bericht van Swietens über dessen letzte Unterredung mit Friedrich sich vollständig klar werden, daß derselbe in gar keiner Weise zu irgendwelchen bindenden Abmachungen mit Oesterreich gebracht werden könne. Mit um so größerer Spannung sah man nun in Wien den Mittheilungen Thuguts über das Ergebniß der Schritte bei der Pforte entgegen, mit denen er betraut worden war.

Es ist schon früher der rastlosen Thätigkeit, des ungewöhnlichen Scharfsinnes und der rühmenswerthen Gewandtheit Erwähnung

18*

geschehen, welche Thugut zu großer Zufriedenheit des Kaiserhofes in der schwierigen Lage entwickelte, in der er sich befand. Schon seine erste Antwort auf die Rescripte des Staatskanzlers kann als Beweis gelten, wie richtig er die Lage der Dinge in Constantinopel beurtheilte und mit welcher Bestimmtheit er dasjenige vorhersagte, was dort überhaupt erreicht werden könne und auf was man von vorneherein Verzicht leisten müsse. Die Erklärung des Kaiserhofes, daß er das osmanische Reich nicht zu Grunde richten lassen wolle, werde von der Pforte, schrieb Thugut an Kaunitz, nur mit lebhaftester Freude und größter Dankbarkeit aufgenommen werden. Schwierig sei es, schon jetzt das Ausmaß der Zugeständnisse zu bestimmen, zu denen sich die Pforte als Gegenleistung für Oesterreichs Beistand herbeilassen werde. Die Abtretung der Festungen Belgrad und Widdin würde jedoch ohne Zweifel auf ganz unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen. Denn nach den religiösen Satzungen der Türken stehe es gar nicht in der Gewalt des Großherrn, einen festen Platz, in dem sich auch nur eine einzige Moschee befinde, anders als im Falle unwiderstehlichen Zwanges einer fremden Macht zu überlassen. Da nun einerseits ohne Beiziehung der Ulemas nichts von Wichtigkeit festgestellt, die an und für sich schon überaus große Macht dieser Leute aber durch das allgemein herrschende Mißvergnügen und durch den Unmuth über die Unglücksfälle, von denen die Türkei betroffen worden, noch sehr gesteigert werde, so würden die maßgebenden Persönlichkeiten sich niemals unterfangen, einem solchen Begehren zu willfahren. Sie würden fürchten, nicht nur ihr eigenes Leben, sondern auch den Thron des Sultans zu gefährden [361]).

So geschah es denn auch in der That. In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar hatte Thugut, der sich verkleidet in die Behausung des Reis Efendi Ismail nach Constantinopel begab, mit ihm eine geheime Besprechung, der auch der frühere Reis Efendi Osman beiwohnte. Der Eindruck der Erklärung, welche Thugut an die türkischen Staatsmänner zu richten, und der Begehren, die er mit ihr in Verbindung zu bringen hatte, entsprach ganz seiner Vorhersagung. Daß Oesterreich die Pforte nicht zu Grunde gehen lassen wolle, wurde mit freudiger Dankbarkeit begrüßt. Die von österreichischer Seite verlangte

Vergütung der Auslagen erkannten die beiden Türken als berechtigt. Doch hütete Thugut sich wohl, ihnen schon jetzt die Summe zu nennen, die man von der Pforte in Anspruch zu nehmen gedachte. Daß den österreichischen Unterthanen in Handelssachen die Stellung der am meisten begünstigten Nation eingeräumt werde, begegnete keinem Widerstande von Seite der türkischen Staatsmänner. Wohl aber setzten sie einen solchen dem Begehren der Abtretung der kleinen Walachei entgegen; endlich versprachen sie jedoch, sich auch zu Gunsten dieses Verlangens dort zu verwenden, wo die Entscheidung darüber lag. Als aber Thugut von einer Abtretung Belgrads und Widdins zu reden begann, da ergriff ihn der Reis Efendi bei beiden Händen und beschwor ihn bei Allem, was er für heilig halte, einer solchen Forderung mit keinem Worte zu erwähnen. Unfehlbar müßte sie das Einverständniß, das man herbeizuführen suche, gänzlich vernichten. Niemals könnte der Sultan auf so etwas sich einlassen, ohne sich selbst in sicheres Verderben zu stürzen. Belgrad und Widdin halte man für die stärksten Festungen des osmanischen Reiches. Selbst wenn die Russen schon bis Adrianopel vorgedrungen wären, würde kein Minister des Großherrn es wagen, ihm den Rath zu ertheilen, den unverweilten Abschluß des Friedens durch die Abtretung jener beiden Festungen zu erkaufen.

Thugut war von Wien aus ermächtigt, im Falle als diese Forderung in Constantinopel auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen sollte, auf derselben nicht weiter zu beharren. Er unterließ es daher, um ihretwillen noch ferner in die türkischen Staatsmänner zu dringen. Die Verhandlungen mit ihnen wurden vielmehr auf dem Boden der übrigen Anträge und Begehren Oesterreichs fortgeführt[362]).

Inzwischen hatte man auch in Wien nicht länger gezögert, entschieden vorwärts zu schreiten auf dem einmal betretenen Pfade. Man weiß nicht ob von Joseph, ob von Kaunitz oder von Beiden dazu getrieben, erließ Maria Theresia am 5. Februar 1771 ein Handbillet an den Staatskanzler, in welchem sie ihm ankündigte, daß sie sich nach reiflicher Ueberlegung endlich fest entschlossen habe, die Fortschritte Rußlands nicht mehr mit der bisherigen Gleichgültigkeit zu betrachten. Sie wolle von nun an alle Mittel ergreifen, um ihnen

Einhalt zu thun, und sich zu diesem Ende selbst der ihr von Gott verliehenen Gewalt der Waffen bedienen, wenn Zeit und Umstände dieß nöthig und räthlich erscheinen lassen würden. Die politischen Kundgebungen Oesterreichs seien daher so einzurichten, daß sie Rußland zum Nachtheil, der Pforte aber zur Aufmunterung gereichen sollten, auszuharren in dem Widerstande gegen Rußland. Durch die Besorgnisse, welche die Zusammenziehung einer Armee von sechzigtausend Mann den Russen einflößen, und durch das Hemmniß, das ihren ferneren Unternehmungen hiedurch bereitet würde, erweise man der Pforte nicht nur einen sehr großen Dienst, sondern man mache ihr auch Luft, um ihre Streitkräfte zur Beunruhigung der russischen Armee in der Walachei und längs der Seeküste zum Schutze Oczakows und der Krim zu gebrauchen. Der Präsident des Hofkriegsrathes Feldmarschall Graf Lacy erhalte daher den Auftrag, seine Anstalten so zu treffen, daß im nächsten Sommer die zur Aufstellung einer solchen Armee erforderlichen Truppen, und zwar in einer Weise zusammengezogen würden, daß sie binnen vier bis sechs Wochen an der Donau und der türkischen Grenze marschbereit stehen könnten.

Ein gleiches Handschreiben erging auch an Lacy; in beiden waren die Maßregeln vorgezeichnet, welche zur Durchführung des gefaßten Beschlusses vom militärischen Standpunkte aus vorerst zu ergreifen waren. Eine Conferenz wurde eingesetzt, welche nur aus der Kaiserin und ihrem Sohne, aus Kaunitz, Lacy und Binder bestand. Sie hatte die Bestimmung, Alles zu erwägen und festzusetzen, was sich auf diese Fragen bezog. Die Ausführung ihrer Beschlüsse lag zunächst Lacy ob, und mit gewohntem Eifer unterzog er sich dieser Aufgabe. Sein Briefwechsel mit Maria Theresia zeigt, daß auch die Kaiserin sich hiebei nicht theilnamslos verhielt, wenn auch jederzeit wieder ihr Wunsch zum Ausdrucke gelangte, daß es zu offenen Feindseligkeiten nicht komme. „Ich sende Ihnen Pichler", schrieb sie am 24. Februar 1771 an Lacy, „um Ihnen meine Absichten zu erklären und die Ihrigen zu „erfahren. Sie dürfen darauf zählen, daß ich keine Verwirrung mehr „anrichten werde, indem ich mein Vertrauen in Sie setze und Alles „ausführen lassen will, was Sie für nothwendig halten. Ich fürchte

„nur die Krankheiten und den Mangel an Lebensmitteln für Menschen „und Pferde“ [363]).

Der vertrauliche Briefwechsel der Kaiserin mit Lacy beweist auch, daß der Feldmarschall sich manchmal an Maria Theresia wandte, wenn er durch Anordnungen Josephs in Verlegenheit gerieth. Denn sehr raschem Wechsel war der Sinn des Kaisers unterworfen, und häufig geschah es, daß er binnen kürzester Frist einander widersprechende Befehle erließ. So ordnete er die Einberufung sämmtlicher Brigadegenerale an, um sie während des Monates April mit dem neuen Exercierreglement bekannt zu machen und dadurch in den Stand zu setzen, dasselbe bei ihren Truppenkörpern einzuführen. In dem Augenblicke, in welchem die Generale schon auf dem Punkte standen, in Wien einzutreffen, widerrief Joseph wenigstens theilweise seinen Befehl. Jetzt sollte das neue Reglement den Generalen erst dann mitgetheilt werden, wenn es sich während des Feldlagers, das der Kaiser im Laufe des Sommers bei Laxenburg zu bilden gedachte, praktisch erprobt haben würde. Und als Lacy in Folge dessen die Berufung der Generale nach Wien überhaupt rückgängig machen wollte, gelang es ihm wieder nicht, die Zustimmung Josephs zu erwirken. Auf die Aeußerungen des Unmuthes und der Klage, in denen sich Lacy hierüber gegen die Kaiserin erging, antwortete Maria Theresia mit eigener Hand:

„Ich kenne den Unterschied dieser beiden Resolutionen, von „welchen ich keine gesehen habe. Ich fühle all das Unangenehme der„selben, und ohne daß ich sie sah, habe ich gegen die letztere Vor„stellungen erhoben. Ich bitte Sie um des Wohles des Staates und „um der Armee willen, die Dinge nicht in diesem entscheidenden „Augenblicke fallen zu lassen, sondern mündlich Ihre Gegenvorstellungen „zu machen gegen die Ankunft der Generale und der Offiziere. Viel„leicht gelingt es doch, wenn Sie dieselben nur mit den gegen mich „angeführten guten Gründen unterstützen, noch eine Abänderung herbei„zuführen; Niemand fühlt und bedauert lebhafter die Folgen von „alledem als ich. Sie dürfen auch darauf zählen, daß Niemand mehr „sich beeilen wird als ich, Ihnen die Erlaubniß zur Reise nach Spaa „zu ertheilen, um Ihre Gesundheit wiederherzustellen, die mir so sehr

„am Herzen liegt, und um Ihnen einige Erholung von Ihren allzu „gehäuften Geschäften zu gewähren. Auch würde ich dadurch den Krieg „wieder in die Ferne gerückt sehen. Aber in dem Zweifel, in welchem „wir uns befinden, begreifen Sie wohl, daß Ihre Person mehr Ein„druck gegen die Kriegführung hervorbringen wird als die Ankunft der „Truppen aus den Niederlanden und aus Italien. Daher kann solches „nicht so rasch geschehen als ich es wünschte"[364]).

In dieser Stimmung befand sich Maria Theresia, als von Seite der Kaiserin von Rußland ein Schritt geschah, in welchem man ein nicht zu mißdeutendes Kennzeichen des tiefen Eindruckes erblicken zu dürfen meinte, den sowohl die Vorstellungen des Königs von Preußen, als wahrscheinlicher Weise in noch viel höherem Maße die Kriegsrüstungen Oesterreichs in St. Petersburg hervorgebracht hatten. In einem Tone, welchen man auch in Wien als einen verbindlichen und für Oesterreich schmeichelhaften anerkennen mußte, wurde von dem russischen Gesandten Fürsten Galitzin dem Staatskanzler gegenüber die Friedensliebe der Kaiserin Katharina neuerdings betheuert. Gleichzeitig erörterte Galitzin die Ursache, weßhalb Katharina, da sie England nicht vor den Kopf stoßen dürfe, sich dem Wunsche der Pforte nicht fügen könne, die Vermittlung des Friedens in die Hände Oesterreichs und Preußens zu legen. Da es jedoch Rußland wahrhaft um die Sache zu thun sei, so wünsche es daß Oesterreich vorerst in Constantinopel die Freilassung Obrescows erwirke, und daß es dann zur Herbeiführung des Friedens seine guten Dienste gemeinschaftlich mit Preußen in Anwendung bringe.

Was die Bedingungen anging, unter denen der Friede zu Stande gebracht werden sollte, gab Galitzin auch jetzt wieder die Versicherung, daß die Kaiserin von Rußland an Eroberungen, an Gebietsvergrößerungen nicht im Entferntesten denke. Sie beabsichtige nichts als eine dem thatsächlichen Aufwande entsprechende Vergütung der Kriegskosten in Anspruch zu nehmen und die Grenzen ihres Reiches für die Zukunft sicherzustellen.

Wenn man diese Erklärungen Rußlands mit der Behauptung des Königs von Preußen verglich, die in St. Petersburg aufgestellten

Friedensbedingungen seien so hoch gespannt, daß er sie nach Wien gar nicht mitzutheilen wage, so wird man sich wohl nicht wundern, wenn sie von dem Kaiserhofe nur mit dem größten Mißtrauen aufgenommen wurden. Aber man beabsichtigte doch nicht, sich Rußland gegenüber schon von vorneherein abstoßend zu verhalten. Die Freilassung Obrescows hatte man immer gewünscht, und man zögerte daher auch jetzt nicht mit dem Versprechen, sich in diesem Sinne in Constantinopel neuerdings zu verwenden. Was aber die Friedensbedingungen anging, so erklärte man in freudigem Tone die Zustimmung Oesterreichs zu den von russischer Seite ausgesprochenen Grundsätzen, welche hiefür maßgebend sein sollten. Kaunitz schloß seine schriftliche Erwiederung mit der Versicherung, daß wenn Katharina in diesem Sinne vorgehen würde, Maria Theresia und Joseph keinen innigeren Wunsch hegen könnten als die wahre Freundschaft und das gute Einvernehmen mit der Kaiserin von Rußland für alle Zukunft aufrecht erhalten zu sehen[365].

Wie weit jedoch der Kaiserhof davon entfernt war, die Sprache der russischen Regierung für eine redliche und ernst gemeinte zu halten, geht aus des Staatskanzlers vertraulichen Rescripten an van Swieten unzweifelhaft hervor. Man sei überzeugt, so ließ sich Kaunitz vernehmen, daß Alles nur auf Verstellung und dahin abgesehen sei, den Wiener Hof einzuschläfern, dessen Hoffnung auf einen baldigen und für ihn unbedenklichen Frieden zu unterhalten und dadurch seine Gegenmaßregeln wenn nicht zu lähmen, so doch zu verzögern. Denn man lebe in St. Petersburg noch immer in der Erwartung, daß die Abneigung der Kaiserin Maria Theresia vor dem Kriege und ihr Mißtrauen gegen den König von Preußen, in Verbindung gebracht mit Rußlands schmeichlerischer Sprache die erwünschte Wirkung hervorbringen und sie bewegen könnten, es bei bloßen Worten oder höchstens bei unzulänglichen Demonstrationen bewenden zu lassen.

Man betrachte daher, fuhr Kaunitz fort, den Schritt des Fürsten Galitzin als einen ersten Versuch, Oesterreichs wahre Gesinnung zu erforschen und hienach die ferneren Schritte zu thun. Werde man nur erst in St. Petersburg den ernstlichen Entschluß des Wiener Hofes gewahr, sich einer Vergrößerung Rußlands allenfalls mit gewaffneter

Hand zu widersetzen, dann werde Rußland ohne Zweifel daran gehen, Oesterreich beträchtliche Vortheile in Aussicht zu stellen, die ihm bei der Vernichtung der osmanischen Macht zu Theil werden sollten. Schlüge jedoch auch dieser Versuch fehl, wie man wohl zu St. Petersburg schon im Voraus besorge, dann werde Rußland noch lebhafter beflissen sein als bisher, sich mit dem Könige von Preußen aufs engste zu verbünden, ihm ansehnliche Erwerbungen in Polen als Lockspeise vorzuspiegeln und zwischen ihm und dem Wiener Hofe Eifersucht, Mißtrauen und Feindseligkeit zu stiften, dadurch aber den Vorkehrungen des Letzteren in Ungarn ein gewaltiges Hemmniß zu bereiten. Erst wenn diese und andere politische Kunstgriffe wirkungslos blieben, werde Rußland mit Ernst auf Herbeiführung eines baldigen Friedens bedacht sein.

Es verstand sich wohl von selbst, daß Kaunitz hieraus Anlaß nahm, dem Berliner Hofe durch van Swieten neuerdings die Nothwendigkeit vorstellen zu lassen, daß Oesterreich und Preußen das beste und aufrichtigste Einvernehmen unterhalten, sich alle ihnen von Rußland zukommenden Anwürfe rückhaltslos mittheilen und jederzeit gemeinschaftlich zu Werke gehen sollten [366]). Aber nicht nur nach Berlin, auch nach Constantinopel gab der Staatskanzler Kunde von der russischen Erklärung. Thugut erhielt gleichzeitig den Auftrag, die Pforte nicht nur zur Freilassung Obrescows, sondern auch dahin zu bringen, daß sie auf dem Unterschiede zwischen einer Vermittlung des Friedens durch Oesterreich und Preußen und der Anwendung der guten Dienste dieser beiden Mächte nicht ferner bestehe und sich auch mit der letzteren begnüge.

An demselben Tage, an welchem Kaunitz in solchem Sinne an Thugut schrieb [367]), erstattete dieser seine vorläufige Meldung über die Aufnahme, welche seine ersten Eröffnungen über die Absichten Oesterreichs und über dessen Vorschläge zur Herbeiführung einer engeren Verbindung mit der Pforte bei ihr gefunden hatten. Fast drei Wochen brauchte damals eine solche Nachricht zur Zurücklegung des Weges von Constantinopel nach Wien. Am 24. März legte Kaunitz die Berichte Thuguts vom 4. der Kaiserin vor. Auch jetzt zollte er ihm

das Lob, daß er den ihm ertheilten ebenso wichtigen als schwierigen Auftrag in der besten und schicklichsten Weise vorgebracht habe, die nur immer gedacht werden könne. Doch müsse man, ehe man ihn mit ferneren Instructionen versehe, seinen Bericht abwarten über die definitiven Erklärungen der Pforte.

In Constantinopel wurden inzwischen die Verhandlungen mit Thugut mit einer Langsamkeit fortgesetzt, welche wohl den dortigen Gewohnheiten, nicht aber der außerordentlichen Wichtigkeit der Sache entsprach, die auf dem Spiele stand. Erst am 18. März übersandte Thugut eine Denkschrift der Pforte, in welcher sie die beiden von ihr zur Friedensvermittlung ausersehenen Mächte ersuchte, zu diesem Ende ihre Bemühungen noch weiter fortsetzen zu wollen. Wenn jedoch Rußland in seiner bisherigen ablehnenden Haltung verharre, sollten sie es durch energische Maßregeln und nöthigenfalls durch die Gewalt der Waffen zur Nachgiebigkeit zwingen.

Bedeutsamer war dasjenige, was Thugut drei Tage später über die Erklärungen zu berichten vermochte, mit welchen die Pforte die Anträge Oesterreichs einstweilen beantwortet hatte. Auch jetzt wieder war die Freude derselben über den Vorschlag eines Bündnisses zwischen beiden Staaten zum Ausdrucke gebracht worden. Um Oesterreich für dessen Beistand seine Erkenntlichkeit zu bezeigen, sei der Sultan zur etwaigen Abtretung des Landstriches zwischen der Donau und dem Altflusse bereit. Die Einrede, welche im Diwan hiegegen erhoben worden, habe man durch Anführung der Thatsache zu entkräften getrachtet, daß in jener Gegend sich weder Moscheen noch mahomedanische Einwohner befänden. Gleichwohl hätten die Gegner behauptet, in der ganzen Geschichte des osmanischen Reiches sei kein Beispiel einer solchen freiwilligen Abtretung zu finden. Endlich habe sie der Sultan persönlich durch den Einwurf zum Schweigen gebracht, daß sich auch niemals der Fall eines so großmüthigen nachbarlichen Wohlwollens ereignet habe, wie es jetzt der Kaiserhof gegen die Pforte an den Tag lege. Ein so außerordentliches Merkmal ungewöhnlicher Freundschaft rechtfertige hinlänglich eine bisher nicht gebräuchliche Willfährigkeit.

Ungleich schwieriger werde es sein, meinte Thugut, von der Pforte die Zahlung von Subsidien zu erlangen, welche der in Wien veranschlagten Summe von vier und dreißig Millionen Gulden auch nur einiger Maßen entsprächen. Schon bei der ersten Nennung dieses Betrages hätten die türkischen Staatsmänner sich äußerst bestürzt gezeigt und erklärt, niemals würde der Sultan sich mit einer so großen Ausgabe belasten können. Endlose Stunden hindurch dauerte die Unterredung, welche Thugut hinsichtlich dieses Punktes mit Ismail Beg und Osman Efendi pflog. Nachdem beide Theile kein Haarbreit abwichen von ihrem Standpunkte, blieb dieselbe vorerst erfolglos.

Ein paar Tage später kam man neuerdings auf diesen Gegenstand zurück. Dießmal war es Ismail Beg, welcher das Gespräch mit der Erklärung begann, seine Vorhersagung sei eingetroffen und die geforderte Summe bei weitem zu hoch befunden worden. Da jedoch der Großherr das Bündniß mit Oesterreich sehnsüchtig wünsche, habe er sich entschlossen, zur Zustandebringung desselben alle nur immer möglichen Opfer zu bringen. Er biete sich daher an, ein- für allemal eine Zahlung von achtzehntausend Beuteln oder 10,125.000 Gulden, einen Theil im Voraus, den Rest aber in angemessenen Terminen zu leisten. Oesterreich hätte sich dagegen zu verpflichten, der Pforte entweder durch Verhandlungen oder durch Drohungen, ja selbst mit Waffengewalt einen Frieden zu verschaffen, durch welchen ihr früheres Verhältniß zu Rußland wieder hergestellt und zugleich Polen von dem russischen Joche für alle Zukunft befreit würde [368]).

Gleichsam als ob die Pforte es darauf abgesehen hätte, mit ihren Erklärungen nicht auf einmal, sondern nur allmälig in Vorschein zu kommen, richtete sie nach Verlauf weniger Tage eine neuerliche Mittheilung an Thugut, derzufolge sie bereit war, ein ewiges und unumstößliches Bündniß mit Oesterreich zu errichten und diesem Staate auf sein Begehren jederzeit mit ihren Schätzen und mit dem Blute ihrer Unterthanen Beistand zu leisten. Seiner Willkür wolle sie es überlassen, nach Vertreibung der Russen aus Polen daselbst einen anderen König zu ernennen oder dieses Reich mit der Pforte zu theilen [369]).

Kaum weniger bemerkenswerth als dieses Anerbieten der Pforte, von welchem Kaunitz annehmen zu dürfen glaubte, daß sie ein solches wohl noch nie einem christlichen Staate gemacht habe, sind die Aeußerungen, in denen sich der Staatskanzler gegen die Kaiserin über die aus Constantinopel eingelangten Nachrichten erging. Schon in dem Augenblicke, in welchem man die Abtretung von Belgrad und Widdin sowie die Zahlung von vier und dreißig Millionen Gulden jährlich begehrt habe, hätte man gewußt, daß sich die Pforte hiezu niemals verstehen werde. Denn die Annahme der ersteren Bedingung würde ohne Zweifel dem Sultan den Kopf gekostet und das osmanische Reich gegen Oesterreich hin gerade so bloßgestellt haben, wie dieß jetzt Rußland gegenüber am Schwarzen Meere der Fall sei. Der ursprünglichen Berechnung der Kriegskosten aber habe die Annahme zur Grundlage gedient, daß man nicht nur gegen Rußland, sondern auch wider Preußen in den Kampf eintreten müsse, während doch in Bezug auf letzteres jetzt gar keine solche Wahrscheinlichkeit mehr obwalte. Gleichwohl sei es rathsam und nützlich gewesen, diese Bestimmungen Anfangs in Vorschlag zu bringen, weil hiedurch der Pforte die Größe des ihr zu leistenden Dienstes um so überzeugender dargethan und deren Eingehen auf billigere Bedingungen erleichtert worden sei.

Die Zugeständnisse der Pforte müßten daher, fuhr Kaunitz fort, um so annehmbarer erscheinen, als ja Oesterreichs eigene Wohlfahrt und die ihm obliegende Pflicht der Selbsterhaltung es genöthigt haben würden, ohne jeden Vortheil und sogar mit Aufwendung namhafter, ihm allein zur Last fallender Kosten sich der übermäßigen Vergrößerung des russischen Reiches zu widersetzen. Für jetzt sei die von der Türkei angebotene Geldsumme mehr als zureichend zur Bestreitung aller Ausgaben für die zu ergreifenden militärischen Maßregeln. Und da die siebenbürgische Walachei nebst den schon in Besitz genommenen moldauischen Grenzdistricten dem Werthe, der Größe und dem Erträgnisse nach etwa der Hälfte des Temeswarer Banates gleiche, so falle die Wichtigkeit dieser Erwerbung von selbst in die Augen.

Nicht viel geringer seien, meint Kaunitz ferner, die Begünstigungen im Handelswesen zu veranschlagen. Diese Vortheile für sich

zu erlangen, sei ein Hauptzweck der gegenwärtigen Kriegführung Rußlands. Da Oesterreich durch jene Zugeständnisse in die Lage käme, den Handel mit allen am Schwarzen Meere wohnenden Völkerschaften fast allein an sich zu ziehen, so werde hiedurch die Möglichkeit einer sehr starken Ausfuhr inländischer Waaren nach jenen Gegenden geboten. Unbestreitbar sei der große Gewinn, welchen die österreichischen Unterthanen hieraus würden schöpfen können. Denn nur von ihrem eigenen guten Willen und der Zweckmäßigkeit ihres Verfahrens werde es abhängen, den bisherigen ganz unbegreiflichen Uebelstand zu verbessern, daß der Handel Oesterreichs nach der Türkei sowohl in der Ein- als der Ausfuhr passiv, derjenige der Türkei aber activ gewesen sei, während doch Oesterreich gewisser Maßen vor den Thoren des Schwarzen Meeres und der Levante liege und fast alle anderen ungleich weiter entfernten Nationen Europa's ein für sie vortheilhaftes Handelsgeschäft mit der Türkei trieben.

Hiezu komme noch, vom allgemeinen politischen Standpunkte aus betrachtet, ein für Oesterreich sehr hoch anzuschlagender Gewinn. Denn auf lange Zeit hinaus werde es jeder Besorgniß vor einem Friedensbruche von Seite der Pforte enthoben. Auf deren Freundschaft und Geneigtheit bauend, werde man sich mit um so größerem Eifer darauf verlegen können, in Ungarn, in Siebenbürgen und im Banate den Wohlstand der Bevölkerung und die Entwicklung der dortigen Industrie ausgiebig zu fördern.

Es mag hier gleichzeitig Erwähnung finden, daß Kaunitz besonders betonte, Thugut habe nicht nur den Sinn der ihm ertheilten Befehle vollständig aufgefaßt, sondern sie mit einer Geschicklichkeit ausgeführt, durch welche die gehegten Erwartungen weit übertroffen und die Dinge auf den besten Weg gebracht worden seien. Er stellt den Antrag, daß ihn die Kaiserin als Belohnung hiefür aus eigenem Antriebe in den Ritterstand erhebe.

Wo so viel Ursache zu großer Zufriedenheit vorhanden war, da konnte es auch an verschiedenen Bedenken nicht fehlen. Eines derselben bestand darin, daß die Erwerbung der kleinen Walachei durch Oester-

reich den König von Preußen beunruhigen und vielleicht sogar irgend eine feindselige Bestrebung von seiner Seite hervorrufen könnte. Wünschenswerth wäre es, meinte Kaunitz, hiegegen rechtzeitig geeignete Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Die beste aus ihnen bestünde wohl darin, dem Könige insgeheim einige Millionen Gulden zu Theil werden zu lassen. Thugut hätte sich also zu bemühen, von der Pforte etwa drei bis vier und zwanzig tausend Beutel zu erlangen, wovon dem Könige von Preußen ein ansehnlicher Betrag zuzuwenden wäre [370]).

Noch weit größere Bedeutung maß Kaunitz, und gewiß mit Recht, dem Begehren der Pforte bei, daß die von derselben versprochenen Zugeständnisse erst dann in Kraft treten sollten, wenn ihr Oesterreich einen Frieden verschafft haben werde, durch welchen ihr Verhältniß zu Rußland auf den Zustand vor dem Kriege zurückgeführt und zugleich Polen des russischen Joches für alle Zukunft entledigt sei. So eifrig auch der Kaiserhof, schrieb jetzt Kaunitz an Thugut, darauf ausgehen werde, einen möglichst günstigen Frieden zu Stande zu bringen, so sei doch gar keine Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß Rußland bei den von ihm errungenen Erfolgen sich ohne jeden Gewinn zufrieden geben werde; ja es würde dieß nicht einmal der Billigkeit entsprechen. Wenn man es nur in der Hauptsache dahin zu bringen vermöge, daß Rußland weder im Archipel noch am Schwarzen Meere festen Fuß fasse, dann müsse die Pforte sich minder bedeutende Zugeständnisse ohne Zweifel gefallen lassen. Sie dürfe daher auch nicht auf der von ihr aufgestellten beschränkenden Bedingung bestehen, da deren vollständige Erfüllung von vorneherein unausführbar erscheine. Sie möge sich mit der Zusage Oesterreichs begnügen, ihr zu einem Frieden zu verhelfen, den sie selbst nach Beschaffenheit der Umstände für annehmbar halten und genehm heißen werde.

Was die Forderungen der Pforte angehe, die sich auf Polen bezögen, so sei Oesterreich noch mehr als die Türkei dabei betheiligt, daß Rußlands despotischer Herrschaft in jenem Lande ein- für allemal ein Ende gemacht werde. Aber nicht auf die Entthronung des gegenwärtigen Königs dürfe man ausgehen. Sie sei vielmehr als ganz unthunlich anzusehen, und man müsse rechtzeitig nach Mitteln suchen,

um seiner Zeit alle Polen wieder zu vereinigen und sie zur Anerkennung ihres Königs zu vermögen[371]).

Schließlich hob Kaunitz noch hervor, daß zwar Oesterreich sich für jetzt mit der von der Pforte in Aussicht gestellten Subsidienzahlung begnüge, daß wenn es jedoch wider besseres Vermuthen auch im künftigen Jahre noch zu einem Feldzuge kommen und Oesterreichs Theilnahme am Kriege unvermeidlich werden sollte, die Pforte sich zu einer neuen ungefähr gleichen Zahlung entschließen müsse. Doch wurde Thugut anheimgestellt, nach eigenem Ermessen entweder jetzt schon diese Zusage Seitens der Pforte zu erwirken oder es wenigstens dahin zu bringen, daß der Ausdruck „ein- für allemal" bei Seite gelassen werde. Denn Oesterreich könne sich die Befugniß, nach Zeit und Umständen einen größeren Geldbeitrag zu fordern, nicht ausdrücklich nehmen lassen. Es müsse sich vielmehr den Weg offen halten, hierüber zu einer neuen, der Billigkeit entsprechenden Verständigung zu gelangen. Und auf persönlichen Befehl der Kaiserin trug Kaunitz noch den Auftrag an Thugut nach, er möge sich zum Besten der christlichen Sklaven in der Türkei und insbesondere derjenigen, welche aus Oesterreich stammten, nachdrücklichst verwenden[372]).

Man begrüßte es in Wien als ein hochwillkommenes Ereigniß, als bald nach der Absendung dieser Verhaltungsbefehle an Thugut die Nachricht von ihm eintraf, es sei ihm endlich gelungen, die Pforte zur Freigebung Obrescows zu vermögen. Doch verlangte sie gleichzeitig, daß Obrescow nicht unmittelbar zur russischen Armee entlassen werde. Er möge sich nach Semlin und von da durch Oesterreich nach St. Petersburg begeben. Thugut ging um so leichter ein auf dieses Begehren, als in solcher Weise es für Jedermann erkennbar hervortrat, daß Obrescows Befreiung von Seite der Pforte nur aus Willfährigkeit für Oesterreich zugestanden wurde. Von Wien aber ergingen allsogleich die erforderlichen Befehle nach Semlin, daß Obrescow und seiner Begleitung dort ein zuvorkommender Empfang bereitet und alles Nöthige vorgekehrt werde für die Fortsetzung seiner Reise[373]).

Nicht ganz die gleiche Willfährigkeit zeigten die türkischen Staatsmänner, als es um definitive Feststellung der Bedingungen sich handelte, auf deren Grundlage die Vereinbarung zwischen Oesterreich und der Pforte wirklich zu Stande kommen sollte. Nicht so sehr hinsichtlich der Zugeständnisse, zu denen die Letztere sich zu verstehen hatte, war dieß der Fall, obgleich die Begehren, welche sich auf die Erhöhung der Subsidien und die etwaige Erneuerung ihrer Bezahlung bezogen, keineswegs widerspruchslos hingenommen wurden. Und schon gar nichts wollten sie von der Behauptung hören, es würde unmöglich sein, ja nicht einmal der Billigkeit entsprechen, Rußland zu zwingen, daß es sich zu einem Frieden herbeilasse, in welchem es gar keinen Gewinn oder Vortheil erhalte. Sie brachen eher die Besprechung mit Thugut ab, als daß sie sich hinsichtlich dieses Punktes nachgiebig erfinden lassen wollten [374]).

Auch bei einer zweiten Berathung, welche in der Nacht vom 28. auf den 29. Mai in der Behausung Osman Efendi's zu Constantinopel abgehalten wurde, vermochte Thugut den ihm vorgezeichneten Endzweck noch nicht vollständig zu erreichen. Allerdings wurde die Höhe der von der Pforte zu entrichtenden Subsidien auf zwanzigtausend Beutel oder 11,250.000 Gulden festgestellt und ausdrücklich hinzugefügt, daß wenn Oesterreich etwa drei- bis viertausend Beutel zur Bestreitung geheimer Ausgaben zu verwenden für gut finden würde, diese Summe von der Pforte gleichfalls vergütet werden sollte. Außerdem wurde die Bestimmung, welche in Wien so viel Widerspruch erregt hatte, daß diese Zahlung bloß ein- für allemal stattfinden werde, nun fallen gelassen. Aber den größten Stein des Anstoßes bildeten auch jetzt wieder die Zusagen, zu denen sich Oesterreich der Pforte gegenüber verpflichten sollte. Ganz unerschütterlich bestanden Ismail Beg und Osman Efendi auf dem Begehren wegen völliger Wiederherstellung des früheren Zustandes, wie er auch Rußland gegenüber durch den Belgrader Frieden herbeigeführt worden war. Um einen Ausweg zu finden, schlug Thugut die Aufstellung der Alternative vor, daß der künftige Friede entweder auf Grundlage der Bestimmungen des Belgrader Vertrages, oder auf andere den Umständen entsprechende

und der Pforte annehmbar erscheinende Bedingungen hin zu Stande zu bringen wäre. Aber die türkischen Unterhändler brachten auch diesem Auskunftsmittel keine großen Sympathien entgegen. So kam es, daß man noch immer zu keinem definitiven Ergebnisse zu gelangen vermochte[375].

Vier darauf folgende Nächte brachte Thugut in ebenso resultatlosem Wortstreite mit Ismail Beg und Osman Efendi zu; manchmal wurde die Ereiferung so heftig, daß Thugut der Augenblick gekommen zu sein schien, in welchem die ganze Angelegenheit sich völlig zerschlagen werde. Endlich fügten sich die türkischen Unterhändler, zu denen sich zuletzt auch noch der Kadileskier von Rumelien, Muhammed Emir Efendi gesellt hatte, dem Andringen Thuguts. Die von dem Letzteren vorgeschlagene Alternative wurde auch türkischer Seits acceptirt, und Thugut hoffte darauf, daß die Ausfertigung und Unterzeichnung der Convention binnen wenig Tagen vor sich gehen werde[376].

Aber so rasch schritten die Dinge in Constantinopel nun einmal nicht vorwärts. Neue und manchmal recht wunderliche Bedenken, so behauptet wenigstens Thugut, wurden von der Pforte erhoben, und er schrieb sie theils den Einstreuungen des englischen Botschafters Murray, theils den leichtfertigen Vertröstungen des preußischen Geschäftsträgers Zegelin zu, welcher der Pforte vorzuspiegeln sich bemühte, die Zustandebringung des Friedens mit Rußland in einer für sie nicht unvortheilhaften Weise werde kaum auf ernstliche Schwierigkeiten stoßen. Und einige wenngleich unbedeutende Erfolge, von ihren Truppen gegen die Russen errungen, dienten ebenfalls dazu, die Selbsttäuschung der türkischen Staatsmänner zu steigern und sie zu neuen Versuchen zu veranlassen, noch nachträglich Aenderungen an der bereits verabredeten Convention durchzusetzen. Als aber Thugut diesem Ansinnen energisch widersprach, ging Osman Efendi in seiner Leidenschaftlichkeit so weit, daß er seine Feder mit dem emphatischen Schwure zerbrach, er werde sich ihrer niemals mehr in Geschäften bedienen, an denen Thugut betheiligt sei[377].

Gleichwohl brachte Thugut es durch seinen Eifer, seine Festigkeit und seine Umsicht endlich dahin, daß in der Nacht vom 6. auf den

7. Juli 1771 in einem Landhause, welches der Gemalin des Kaimakams, einer Schwester des Großherrn gehörte, die beiderseitigen Instrumente der Convention zwischen ihm und den drei Bevollmächtigten der Pforte ausgewechselt wurden. Die Bestimmungen derselben entsprachen in allen Punkten den schon früher getroffenen Verabredungen. Außerdem wurde festgesetzt, daß viertausend Beutel, somit der fünfte Theil der zu entrichtenden Subsidien unverzüglich nach Semlin abgesendet, die übrigen sechzehntausend Beutel aber binnen acht Monaten gezahlt werden sollten[378]).

Kaunitz war hocherfreut über den Abschluß der Convention. Sie entspreche nicht nur dem Staatsinteresse Oesterreichs, so drückte er der Kaiserin gegenüber sich aus, sondern man erlange hiedurch ansehnliche Vortheile, ohne sich zu beschwerlichen Gegenleistungen verpflichtet zu haben[379]). Maria Theresia aber antwortete hierauf dem Staatskanzler mit eigener Hand die folgenden charakteristischen Worte:

„ich nehme nicht gerne geld von disen leüten; sonsten finde das „thugutt sich wohl aufgeführt nach seinen*) anleitungen. Gott gebe „nur dem friden disen winter; recomendire ihme dises vor allen."

Die Ansicht des Staatskanzlers, man habe der Pforte gegenüber keine beschwerlichen Leistungen übernommen, und die Sehnsucht der Kaiserin nach dem Frieden standen allerdings in einem ziemlich seltsamen Widerspruche mit den Verpflichtungen, die Oesterreich soeben eingegangen war. Denn ihr Kernpunkt lag doch darin, daß es der Türkei allenfalls mit Waffengewalt beistehe, um zu verhindern, daß ihr Rußland nicht etwa einen allzu nachtheiligen Frieden aufnöthigen könne. Nicht mit Unrecht drangen daher die Türken, insbesondere nachdem sie durch Abzahlung von viertausend Beuteln einen ersten Schritt zur Durchführung der Bestimmungen der neuen Convention gethan hatten, bei Thugut darauf, daß nun auch von österreichischer Seite ein Gleiches geschehe. Mit Ungestüm forderten sie militärische Demonstrationen gegen die Russen an der Donau. Kaunitz unterstützte ihr Begehren und bat die Kaiserin um die Ermächtigung, daß

*) Des Fürsten Kaunitz.

ein Armeecorps von fünfzehn- bis zwanzigtausend Mann aus Ungarn nach Siebenbürgen in Marsch gesetzt werde, um an der moldauischen Grenze Cantonirungen zu beziehen. Da sich der Kaiser gerade zur Armee nach Ungarn begeben wolle, werde ein solcher Vormarsch, meinte Kaunitz, den Russen große Besorgniß verursachen.

Wie sehr jedoch Maria Theresia zurückschrak vor Allem, was irgendwie dazu führen konnte, sie in Krieg zu verwickeln, trat auch jetzt wieder in ihrer Antwort an Kaunitz deutlich hervor. „wegen des „ersten punkt", schrieb sie dem Staatskanzler[380]), „kan es noch nicht „sein wegen deren ursachen, die dem fürsten bekant sind."

Glücklicher war Kaunitz mit einem anderen Vorschlage, den er gleichzeitig an die Kaiserin richtete. Zum Lohne für seine erfolgreichen Dienste wurde Thugut auf Antrag des Staatskanzlers zum österreichischen Internuntius in Constantinopel ernannt.

Elftes Capitel.

König Friedrichs Entwürfe gegen Polen.

Die Aeußerungen haben Erwähnung gefunden, aus denen sich mit voller Bestimmtheit entnehmen läßt, daß die Richtschnur, welche der König von Preußen zu jener Zeit in seinem politischen Verhalten befolgte, in dem Vorsatze bestand, sich als ein gefügiges Werkzeug erfinden zu lassen für die Vergrößerungsplane Rußlands, wenn nur bei Durchführung derselben auch ihm selbst ein ausgiebiger Gewinn zugeschanzt würde.

Es ist überdieß nachgewiesen worden, daß so sorgfältig auch der König sich hütete, gegen van Swieten irgend eine Andeutung über die Plane fallen zu lassen, mit denen er insgeheim sich trug, seine Gespräche mit dem österreichischen Gesandten doch auf den Letzteren jederzeit den Eindruck hervorbrachten, daß Friedrich auf nichts Anderes ausgehe als sich die obwaltenden Umstände zu Nutzen zu machen und möglichst große Vortheile für sich zu erlangen. Van Swieten meinte sogar, der König sei vielleicht schon von Rußland gewonnen und er trachte nur Oesterreich auszuforschen, ob und durch welche Zugeständnisse es ebenfalls vermocht werden könnte, sich den Vergrößerungsplanen Rußlands, wenn es dieselben auch niemals werde fördern wollen, doch nicht allzu hartnäckig zu widersetzen.

Wir wissen jetzt daß wenigstens in der Hauptsache van Swieten ganz richtig sah. Wenn auch in jenen Tagen die Vereinbarung Friedrichs mit der Kaiserin Katharina über die Gebietserwerbungen,

welche beiden Staaten, Rußland und Preußen auf Kosten Polens zu Theil werden sollten, noch keine vollendete Thatsache war, so arbeitete der König doch unablässig daran, eine solche so bald als nur immer möglich herbeizuführen.

Man kennt nicht den Inhalt der Gespräche, die Friedrich mit seinem aus St. Petersburg heimgekehrten Bruder über die Eindrücke und die Wahrnehmungen geführt haben muß, welche derselbe dort empfangen und gemacht hatte. Man wird wohl auch niemals darüber vollständig ins Klare kommen, indem Aufzeichnungen über jene Gespräche kaum vorhanden sein werden. Aber ein anderer Ausweg bietet sich dar, um dasjenige wenigstens zum Theile zu ergründen, was damals zwischen beiden Brüdern erörtert und festgestellt wurde. Und man wird wohl nicht irre gehen, wenn man dem Einflusse und vielleicht sogar der Mitwirkung des Prinzen Heinrich einen sehr großen Antheil beimißt an den Erklärungen und den Vorschlägen, mit denen jetzt der König von Preußen der Kaiserin von Rußland gegenüber plötzlich hervortrat.

Am 18. Februar 1771 war Prinz Heinrich bei seinem Bruder in Potsdam eingetroffen, und schon am folgenden Tage richtete der König insgeheim ein Schreiben an den Präsidenten der ostpreußischen Kammern, Johann Friedrich Domhardt, worin ihm unter Einschärfung der größten Verschwiegenheit der Befehl ertheilt wurde, zu berichten, wie hoch sich das Erträgniß von ganz Ermeland belaufe. Und binnen Kurzem wurde Domhardt beauftragt, auch die beiläufigen Einkünfte aus den Gebieten von Kurland und Marienburg sowie aus Pommerellen zu berechnen und dem Könige vorzulegen.

Ueber die Absicht, von welcher Friedrich bei dieser Anordnung ausging, wird durch die Befehle, die er schon am 20. Februar 1771 an seinen Gesandten in St. Petersburg, den Grafen Solms erließ, jeder noch etwa mögliche Zweifel vollständig behoben. In nichts Geringerem bestand sie als in der Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich, sich gegenseitig auf Kosten Polens zu vergrößern.

Um einen Vorwand, jetzt plötzlich mit einem solchen Antrage aufzutreten, war ein so erfinderischer Geist wie derjenige Friedrichs natürlich keinen Augenblick verlegen. Gerade derjenige Staat mußte ihm denselben liefern, der bisher den Grundsatz, eine Beraubung Polens müsse durchaus hintangehalten werden, am lautesten proclamirt hatte und bei jeder Gelegenheit am entschiedensten dafür eingetreten war.

Es läßt sich nicht bestreiten, daß mit diesem von österreichischer Seite allzeit in den Vordergrund gestellten Prinzipe sich die schon im Jahre 1769 geschehene Occupation der Zips nur schwer zusammenreimen ließ. Allerdings weiß man, daß zuerst König Stanislaus von Polen in eigener Person den Kaiserhof gebeten hatte, österreichische Truppen in die Zips einrücken zu lassen, um dem verderblichen Treiben der dort befindlichen polnischen Conföderirten Schranken zu ziehen. Aber es ist auch keinen Augenblick zu zweifeln, daß als man dieß that, man in Wien von dem Gedanken ausging, das neu besetzte Gebiet nicht so leicht wieder fahren zu lassen. Denn schon die geographische Lage der Zips, welche von ungarischem Gebiete fast ganz umschlossen war und durch den hohen Gebirgszug der Tatra von Polen so ziemlich abgeschnitten ist, ließ deren baldige Wiedervereinigung mit Ungarn ungemein wünschenswerth erscheinen. Auch hatten sich nicht nur die Vorfahren der Kaiserin Maria Theresia, sondern sogar sie selbst schon durch ungarische Landtagsartikel zur Wiedererwerbung der Zips verbindlich gemacht. Doch war schon damals nur von ihrer Einlösung die Rede gewesen, und daß auch jetzt ihre Vereinigung mit Ungarn nicht in widerrechtlicher Weise, etwa wie König Friedrich sich seiner Zeit Schlesiens bemächtigt hatte, sondern nur auf dem Wege friedlicher Verständigung mit Polen und unter Respectirung des polnischen Pfandrechtes geschehen sollte, wurde von Seite des Kaiserhofes zu oft wiederholten Malen betheuert.

Wenn man jedoch in Wien mit der Absicht der Wiedergewinnung der Zips für Ungarn sich trug, so lag wohl die Versuchung nahe, dieselbe in einer so großen Ausdehnung durchzuführen, als dieß überhaupt erreichbar erschien. Oberstlieutenant von Seeger, welcher mit

dem Geschäfte der Aussteckung des Grenzzuges zwischen der Zips und Polen betraut war, scheint der Erste gewesen zu sein, der die Behauptung aussprach, daß die Zips im Augenblicke ihrer vor vierthalb Jahrhunderten geschehenen Verpfändung an Polen ein viel beträchtlicheres Gebiet umfaßt habe als man später unter demjenigen der dreizehn Zipser Städte verstand. Auf ausdrücklichen Befehl der Kaiserin, den wohl Joseph veranlaßt haben mag, wurden überall Nachforschungen nach den Documenten gepflogen, welche dieß nachweisen sollten [381]. Nachdem man sich von der Richtigkeit jener Behauptung überzeugt zu haben glaubte, erhielt der Präsident des Hofkriegsrathes Graf Lacy den Befehl, die Aufsteckung der kaiserlichen Adler in der Weise vornehmen zu lassen, daß nun auch die südlichen Theile der bisherigen polnischen Starostien Sandec, Neumarkt und Czorsztyn innerhalb der neu gezogenen Grenzlinie fielen [382].

Hatte man sich von polnischer Seite die im Laufe des vergangenen Jahres geschehene Besetzung der dreizehn Zipser Städte durch österreichische Truppen willig gefallen lassen, ja sie in gewissem Sinne sogar selbst herbeigeführt, so war doch jetzt das Gleiche hinsichtlich der ferneren Vorrückung der kaiserlichen Grenzzeichen in nördlicher Richtung keineswegs der Fall. Auf Befehl des Königs Stanislaus führte der Großkanzler von Polen, Bischof Mlodzieiowski hierüber bei Kaunitz Beschwerde. Niemand könne, war in seinem Schreiben gesagt, größeres Vertrauen hegen zu der Uneigennützigkeit und der Billigkeit der Kaiserin, als der König von Polen. Seien es ja doch diese Eigenschaften, welche ihrer geheiligten Person die allgemeine Liebe und Verehrung zugewendet hätten. Er sei daher überzeugt, daß wenn auch von ungarischer Seite irgend welche Ansprüche oder Klagen gegen polnische Unterthanen erhoben worden wären, die Kaiserin die Schranken des Rechtes sowie der Rücksicht auf befreundete Nachbarn niemals unbeachtet lassen werde. Etwaige Streitigkeiten würden somit zwischen den zwei Regierungen in beiderseitigem Einverständnisse auszutragen sein. Es möge der Kaiserin gefallen, die baldige Zurückziehung der in den Starostien von Neumarkt und Czorsztyn sowie anderwärts aufgestellten Grenzzeichen anzubefehlen [383].

Indem Kaunitz seiner Gebieterin dieses Schreiben vorlegte, meinte er daß es weder mit den Gerechtsamen der Krone Ungarn noch mit dem Ansehen der Kaiserin vereinbar erschiene, dem darin gestellten Begehren zu willfahren. Es komme daher auf die Frage an, wie der Brief des polnischen Großkanzlers zu beantworten wäre, um einerseits Ungarns rechtmäßigen Ansprüchen nichts zu vergeben, andererseits aber auch kein allzu widriges Aufsehen zu erregen, sondern vielmehr dem Könige von Polen und der Republik jede billige Rücksicht zu erweisen. Die Vereinbarung dieser beiden sich scheinbar widersprechenden Zwecke wäre am besten zu erreichen, wenn dem polnischen Großkanzler geantwortet würde, schon zu Beginn des verflossenen Jahres habe man die wichtigen Ursachen überall kundgemacht, durch welche der Kaiserhof zur Aufsteckung der österreichischen Grenzzeichen bewogen worden sei. Gleichzeitig habe man die feierliche Versicherung gegeben, daß man keineswegs die Absicht hege, den Rechten des Königreiches Polen in irgend einer Weise Eintrag zu thun. Eben so wenig könnte jedoch auch der Kaiserin zugemuthet werden, entweder die unter den obwaltenden Verhältnissen so nothwendige nähere Bezeichnung des Grenzzuges zu unterlassen, oder durch weitere Zurückziehung der österreichischen Adler den berechtigten Ansprüchen Ungarns etwas zu vergeben. Schon von allem Anfange an sei die Vorschiebung der Grenze nur in Bezug auf jene Districte angeordnet worden, deren allmälige unbefugte Trennung von Ungarn und Siebenbürgen, somit deren bloß usurpirte Besitzergreifung durch Polen durch vorhandene Urkunden und andere rechtsbeständige Beweise dargethan werden könne. Gleichwohl sei die Kaiserin weit entfernt, sich in einer streitigen Grenzsache zwischen zwei unabhängigen Mächten zur einseitigen Richterin aufwerfen und den bloß in Anspruch genommenen Besitz dieser Districte schon jetzt in wirkliches Eigenthum umwandeln zu wollen. Da vielmehr ihre Absicht nur dahin gerichtet sei, fremden Rechten eben so wenig als den eigenen Eintrag zu thun, so sei sie von nun an bereit, zu gütlicher Beilegung dieser Grenzstreitigkeiten willfährig die Hand zu bieten und mitzuwirken, auf daß deren Begleichung in freundschaftlichem Einverständniß und zu beiderseitiger Zufriedenheit herbeigeführt werde [384].

Nachdem Maria Theresia diese Vorschläge des Staatskanzlers guthieß, wurde die ihnen entsprechende Beantwortung des Briefes des polnischen Großkanzlers ohne Zweifel vollzogen. Und wie gewissenhaft man festzuhalten dachte an dem darin aufgestellten Grundsatze, daß der in Anspruch genommene Besitz jener polnischen Districte noch keineswegs in ein wirkliches Eigenthum zu verwandeln, und daher den noch nicht völlig entschiedenen beiderseitigen Rechten nicht schon vorläufig Eintrag zu thun sei, geht aus dem übereinstimmenden Gutachten des Staatskanzlers und der ungarischen Hofkanzlei über die Besteuerung jener Districte deutlich hervor. Den Einwohnern derselben könne zwar, so wurde gesagt, ein freiwilliger Beitrag zu den erforderlichen Naturallieferungen zugemuthet, nicht aber eine bloß von Unterthanen zu entrichtende Steuer auferlegt werden. Denn man dürfe nie aus den Augen verlieren, daß die Grenzzeichen nicht, um sich einer Erwerbung zu versichern, sondern nur um einen Nachtheil abzuwenden, vorgerückt worden seien [385]. Durch die Wiederbesetzung dieser Districte habe man sich nicht auch das oberste Hoheitsrecht über dieselben beilegen wollen. Alle künftighin zu ergreifenden Maßregeln seien derart einzurichten, daß zwar das Recht des Kaiserhauses auf jene Districte unverletzt aufrecht erhalten, zugleich aber auch ein passender Ausweg zu einem angemessenen Rücktritt für den Fall offen gelassen werde, daß man bei einer zukünftigen gütlichen Auseinandersetzung finden sollte, man sei mit der Vorrückung der kaiserlichen Adler hie und da vielleicht weiter gegangen, als man berechtigt gewesen wäre [386].

Es hatte sich nicht allzu schwer vorhersehen lassen, daß weder der König von Polen noch sein Großkanzler sich zufrieden geben würden mit der dem Letzteren ertheilten Antwort. Am 25. October 1770 mußte Kaunitz eine neuerliche Beschwerdeschrift des Letzteren zur Kenntniß der Kaiserin bringen. Wir kennen ihren Inhalt nicht [387], aber das wissen wir, daß sechs Tage später Fürst Kaunitz in dieser Sache wieder an Maria Theresia schrieb. Er könne sich nach Allem, so sagte er ihr, was ihm von den verschiedensten Seiten über den Werth der erhobenen Ansprüche zukomme, zu seinem großen Bedauern des Eindruckes nicht erwehren, daß derjenige nur allzusehr Recht gehabt

habe, welcher das Geschehene einfach eine Eroberung nannte. Maria Theresia aber erwiederte hierauf nur die wenigen Worte: „Ich habe „eine sehr geringe Meinung von unseren Ansprüchen" [388]).

Wenn von drei verschiedenen Personen, welche gemeinschaftlich, wenn man so sagen darf, die Leitung der Staatsgeschäfte besorgen, zwei sich zu einer und derselben Meinung bekennen und gleichwohl das Entgegengesetzte geschieht, so darf man wohl annehmen, daß die dritte Person es ist, nach deren Sinn und Anschauung die Entscheidung getroffen wird. Es läßt sich daher mit ziemlicher Bestimmtheit behaupten, daß Joseph es war, welcher auf Vorschiebung der Reichsgrenzen gegen Polen hin drang, während Maria Theresia und Kaunitz in diese Maßregel, die ihnen nicht ausreichend berechtigt erschien, nur widerwillig sich fügten. Der Meinung des Kaisers mochte es daher auch entsprechen, ja vielleicht sogar von ihm angeregt worden sein, wenn der Verwalter der neu besetzten Gebietstheile, der Hofrath bei der ungarischen Hofkanzlei, Joseph Török von Szendrö, jetzt plötzlich den Titel eines „Administrators der wiedereinverleibten Provinz" annahm *).

Die so häufig ausgesprochene Behauptung, daß die Kaiserin von Rußland Anfangs Jänner 1771 die erste Nachricht von der österreichischer Seits geschehenen Besetzung einiger polnischer Starostien empfangen habe, kann wohl nur auf einem Irrthume beruhen. Wenigstens wird man es für sehr unwahrscheinlich ansehen müssen, daß eine solche Maßregel, die schon im Hochsommer vollzogen und gegen welche bereits im Monate August von polnischer Seite Einsprache erhoben worden war, in St. Petersburg erst nach mehr als fünf Monaten bekannt geworden sein sollte. Es war also entweder die Nachricht von dem verfänglichen Titel, welchen Török annahm, wodurch Katharina sich veranlaßt sah, den von österreichischer Seite geschehenen Schritt mit dem damals noch in St. Petersburg anwesenden Prinzen Heinrich von Preußen zu besprechen. Oder sie bediente sich, und das wird wohl als das Wahrscheinlichere gelten dürfen, der ganzen durch längere Zeit von ihr keiner Beachtung gewürdigten Sache

---

*) Administrator Provinciae reincorporatae.

bloß als eines Vorwandes, um die Lostrennung polnischer Gebietstheile, welche schon so lange Zeit hindurch je nach der Verschiedenheit des Standpunktes als eine gefürchtete oder gewünschte Maßregel die Gemüther in Spannung erhalten hatte, dem Wunsche des Königs von Preußen zufolge endlich in Fluß zu bringen.

Man weiß auf welch fruchtbaren Boden die hierauf gerichteten Andeutungen Katharina's bei dem Prinzen Heinrich fielen, und mit welch rascher Bereitwilligkeit König Friedrich sich beeilte, aus denselben Nutzen zu ziehen. Aber nicht allein Rußlands, sondern auch Oesterreichs Mitwirkung wollte er hiezu erlangen. Aus den halb verdeckten Andeutungen, welche Prinz Heinrich ihm machte, glaubte van Swieten schon in den letzten Tagen des Februar 1771 Anhaltspunkte zu der Vermuthung schöpfen zu sollen, Rußland und Preußen seien bereits einig über einen Theilungsvertrag, und sie würden sich eifrig bemühen, hiezu auch Oesterreichs Einwilligung zu erwirken [389]).

Auffallend ist es auch, daß Friedrich nicht früher als im März 1771 dem Wiener Hofe gegenüber der von demselben verfügten Besetzung der polnischen Grenzdistricte und des von dem Hofrathe von Török angenommenen Titels eines Administrators der wiedereinverleibten Provinz erwähnte. Als dieß jedoch geschah, wurde ein gewisser Widerspruch in dem Verhalten des Königs bemerkbar. Seinen Gesandten in Wien, den Freiherrn von Rhode beauftragte er, wenigstens gegen die letztere Maßregel Vorstellungen zu erheben [390]). Van Swieten gegenüber erklärte hingegen Finkenstein im Auftrage des Königs, Rußland habe, ohne jedoch hiebei Eifersucht oder Mißtrauen zu zeigen, ihm den Wunsch ausgesprochen, durch seine Vermittlung von Wien aus Aufklärung über die Absichten zu erhalten, welche Oesterreich bei dieser Maßregel verfolge. Er selbst, der König, könne nur rathen, daß Oesterreich seine etwaigen Rechte und Ansprüche auf jene Starostien zur Geltung bringe; von Seite der übrigen Nachbarmächte Polens würde ein Gleiches geschehen [391]).

Gleich nachdem er von dem ersten Auftrage des Königs von Preußen an Rhode, und noch ehe er Kenntniß erhalten hatte von dem

Gespräche Finkensteins mit van Swieten, war Kaunitz der Kaiserin gegenüber auf die Sache zurückgekommen. Mit gutem Vorbedacht habe er, so schrieb ihr der Staatskanzler, der Besetzung der polnischen Grenzdistricte jederzeit die Auslegung gegeben, daß Oesterreich sie keineswegs schon in sein wirkliches Eigenthum zu verwandeln, sondern sie nur bis zur Herbeiführung eines gütlichen Einverständnisses und bis zur Beilegung der Grenzstreitigkeiten mit Beschlag zu belegen und hiedurch die Rechte Polens in keiner Weise zu beeinträchtigen gedenke. Hiemit stimme jedoch die von dem Hofrathe von Török angenommene Titulatur in keiner Weise überein. Sie sei vielmehr geeignet, die Absichten der Kaiserin zu verdächtigen und bei den anderen Mächten Argwohn und Scheelsucht zu erregen. Maria Theresia möge daher Török befehlen, einen anderen und zwar einen Titel zu führen, welcher den Anschauungen entspreche, von denen sie bei der Occupation der polnischen Grenzbezirke ausgegangen sei [392].

Die Kaiserin genehmigte den Vorschlag des Staatskanzlers und Török wurde beauftragt, sich künftighin Administrator der Districte des Gebietes von Sandec, Neumarkt und Czorsztyn zu nennen, welche in den kaiserlich-königlichen Militärcordon einbezogen wurden [393]. Fast gleichzeitig wurde jedoch auch der Befehl an den Ersten Geheimen Hausarchivar, Hofrath Anton Theodor Taulow von Rosenthal, und an den Ersten Custos der Hofbibliothek, Franz Adam Kollar erneuert, die Ausarbeitungen zu vollenden, auf welche man dereinst die Rechtsansprüche Oesterreichs auf die Zips und die mit Beschlag belegten Grenzdistricte zu gründen gedachte [394].

Auch der Umstand, daß die anbefohlene Umänderung des durch Török angenommenen Titels sowohl in Rußland als in Preußen ganz spurlos vorüberging, wird als ein Beweis gelten können, wie wenig Gewicht man eigentlich der ganzen Sache daselbst beilegte, und wie man sich ihrer nur als Vorwand bediente, um hieran die Durchführung der eigenen Absichten zu knüpfen. Darum schienen auch dem Fürsten Kaunitz die Rathschläge, welche der König von Preußen durch Finkensteins und van Swietens Vermittlung dem Kaiserhofe ertheilen ließ, von der höchsten Bedeutung. Doch wurde dasjenige, was Friedrich

hiebei eigentlich im Sinne führte, von Kaunitz nicht schon im ersten Augenblicke durchschaut. Nach seiner Meinung bezweckte der König es dahin zu bringen, daß die wohlbegründeten Ansprüche des Hauses Oesterreich auf die Zips mit den ungleich weniger stichhältigen auf die polnischen Grenzdistricte vermengt und beide gleichzeitig zu nichte gemacht würden [395]).

Um diese Absicht zu durchkreuzen, müsse man, meinte Kaunitz weiter, an Mittel denken, die Zusammenwerfung jener Ansprüche zu vermeiden und die Einlösung der Zipser Städte in passender Weise vorzubereiten. Am meisten würde es sich empfehlen, sich zu Erreichung dieses Zweckes unmittelbar mit dem Könige von Polen zu verständigen.

Schon am 26. Jänner 1771 hatte Maria Theresia dem Letzteren den Wunsch zu erkennen gegeben, im Wege friedlicher Verabredung mit ihm die dreizehn Zipser Städte und deren Gebiet wieder mit Ungarn zu vereinigen [396]). Diese Erklärung sollte jetzt mit dem ausdrücklichen Zusatze erneuert werden, daß die Einlösung um so leichter werde stattfinden können, als der wirkliche Pfandschilling durch ganz untrügliche Beweise festgestellt worden sei. Um jedoch auch in dieser Beziehung sich dem Könige von Polen gegenüber freundschaftlich und rücksichtsvoll zu erzeigen, wäre man sehr gern bereit, sich mit ihm über die Art und Weise zu verständigen, in welcher jene Absicht am besten verwirklicht werden könnte. Man würde für diesen Fall kein Bedenken tragen, dem Bruder des Königs die bisher von der verpfändeten Starostie der Zips genossenen Einkünfte auf Lebensdauer zu belassen oder ihm hiefür eine entsprechende Entschädigung zuzuwenden [397]).

Nur auf die Zips, und nicht etwa, wie irrthümlich behauptet worden ist [398]), auch auf die übrigen von Oesterreich besetzten Starostien bezog sich daher, wie man sieht, die vorläufige Zusage, dem Fürsten Poniatowski die ihm bisher zu Theil gewordenen Einkünfte auch fernerhin zufließen zu lassen. Von den anderen Starostien war jetzt überhaupt gar nicht, sondern nur von der Zips, und auch hinsichtlich der letzteren nur von vertragsmäßiger Wiedereinlösung und durchaus

von keiner einseitigen oder gewaltsamen Erwerbungsart die Rede. Und nicht nur nach Außen hin, sondern auch im inneren und vertraulichen Verkehre zwischen der Kaiserin und Kaunitz wurde immer wieder die feste Absicht betont, Ansprüche auf polnische Gebietstheile, so wohlbegründet sie auch sein möchten, nie anders als in freundschaftlicher Weise und durch gütlichen Vergleich zur Geltung zu bringen [399]).

Wie unendlich weit verschieden hievon waren doch die Plane, mit denen der König von Preußen sich trug. Und er hielt auch mit seinen wirklichen Absichten keineswegs hinter dem Berge. Am 27. April 1771 berief er van Swieten zu sich, um ihm vorerst die Mittheilung zu machen, daß er gegründete Hoffnung habe auf den baldigen Abschluß eines leidlichen Friedens zwischen Rußland und der Türkei. Als hierauf das Gespräch auf die polnischen Angelegenheiten kam, sprach sich van Swieten im Sinne der inzwischen aus Wien empfangenen Weisungen aus. Deutlich erklärte er dem Könige, daß das Verhalten, welches Oesterreich hinsichtlich der Zips zu beobachten gedenke, durchaus nicht mit dem zu vermengen sei, welches auf die drei anderen einstweilen durch österreichische Truppen besetzten Starostien sich beziehe. Man wolle den sich darbietenden günstigen Anlaß nicht unbenützt vorübergehen, sondern die unzweifelhaften Ansprüche Ungarns auf die Zips im Wege der Wiedereinlösung zur Geltung gelangen lassen. Ganz anders verhalte es sich mit den polnischen Starostien; sie würden lediglich als streitiges Grenzgebiet betrachtet. Man wolle in Wien keineswegs Richter in eigener Angelegenheit sein und diese Districte willkürlich in österreichisches Eigenthum verwandeln; man sei vielmehr jederzeit bereit, die Sache in beiderseitigem freundschaftlichem Einverständnisse zu schlichten. Sobald der Friede zwischen Rußland und der Türkei wiederhergestellt, Polen beruhigt, diese Ruhe durch die drei Nachbarmächte gewährleistet und es den Höfen von Berlin und St. Petersburg gefällig sein würde, ihre Truppen aus Polen zurückzurufen, dann werde auch Oesterreich ein Gleiches thun und in den jetzt von ihm besetzten Starostien den früheren Zustand wieder herstellen [400]).

Man weiß wie weit die Aufzeichnungen König Friedrichs über seine eigenen Erlebnisse sich manchmal von der Wahrheit entfernen, und wie sie daher keineswegs als eine lautere Geschichtsquelle anzusehen sind. Aber auch in seinen gleichzeitigen Kundgebungen nahm es der König mit der Wahrheit durchaus nicht genau, und unbedenklich verdrehte er sie, wenn ihm dieß irgendwie paßte zu den Zwecken, die er gerade verfolgte. Recht deutlich zeigt sich dieß wieder in der Depesche, die er schon an dem Tage nach seiner Besprechung mit van Swieten an Solms ergehen ließ. Nicht darauf wollen wir Gewicht legen, daß er behauptete, van Swieten habe sich bei ihm anmelden lassen, während er doch selbst den österreichischen Gesandten zu sich berief. Aber er schreibt kein Wort von dem, was ihm van Swieten wirklich erklärte, sondern er behauptet, derselbe habe gesagt, die Zips gehöre seit alter Zeit zu Oesterreich und auch die anderen Starostien seien von Ungarn abgerissen worden. Oesterreich habe daher nur sein Eigenthum wieder an sich genommen; bei der Pacification Polens werde es seine Rechte und Ansprüche beweisen.

Die absichtliche Entstellung der Wahrheit, welche der König von Preußen sich auch jetzt wieder zu Schulden kommen ließ, geschah natürlich nur zu dem Zwecke, um aus falschen Prämissen ebensolche Folgerungen zu ziehen. Die Absicht Oesterreichs sei klar, schrieb Friedrich weiter an Solms; der Wiener Hof gebe das Beispiel; Rußland und Preußen seien dadurch ermächtigt, ebenso zu verfahren. Rußland möge mit Oesterreich die Bedingungen des Friedens mit der Pforte erörtern und sodann mit Preußen über die Erwerbungen übereinkommen, welche von beiden Seiten in Polen zu machen wären; der Wiener Hof werde sich ihrer Vollziehung nicht widersetzen können[401]).

Von seinen eigenen Erklärungen an van Swieten schrieb König Friedrich, wie es scheint, nach St. Petersburg kein Wort. Er ließ es daselbst nicht ahnen, wie sehr er sich bemüht hatte, Oesterreich anzutreiben zu entschiedenerem Vorgehen, und es dahin zu bringen, daß es nicht nur jeden Gedanken an eine dereinstige Zurückstellung der von seinen Truppen besetzten Gebietstheile fallen lasse, sondern daß es diese Besitzergreifung noch ungleich weiter ausdehne. „Lassen Sie doch

„nachsuchen in Ihren Archiven,“, hatte er zu van Swieten gesagt, „ob Sie nicht noch Ansprüche auf Mehreres finden als Sie jetzt „schon in Besitz genommen haben, etwa auf ein Palatinat das Ihnen „passend sein könnte. Glauben Sie mir, man muß die Gelegenheit „benützen; ich werde auch meinen Theil nehmen und Rußland „den seinigen.“

Klar liegt das listige Doppelspiel des Königs von Preußen vor Augen. Um seinen Hauptzweck erreichen und sich ansehnlicher polnischer Gebietstheile bemächtigen zu können, trachtete er Rußland und Oesterreich zu gleichem Verfahren zu veranlassen. Um hiefür den Hof von St. Petersburg zu gewinnen, stellte er die Behauptung auf, deren Unwahrheit ihm selbst am besten bekannt war, Oesterreich erkläre die von ihm besetzten polnischen Gebietstheile schon jetzt als sein Eigenthum, dessen es sich nie mehr entäußern werde; man möge daher einfach diesem Beispiele folgen. Daß Oesterreich die Zips nur durch Einlösung an sich bringen, daß es die übrigen Starostien nach der Pacifizirung Polens wieder zurückgeben wolle, davon ließ Friedrich kein Wort in Rußland verlauten, obwohl ihn der Wiener Hof ausdrücklich ermächtigt hatte, solches zu thun. Und den letzteren suchte er durch die Versicherung, daß in Rußland und in Preußen die Absicht schon feststehe, sich polnisches Gebiet zuzueignen, dahin zu bringen, daß er seinem bisherigen Standpunkte entsage, die bloß provisorische Besitzergreifung polnischen Gebietes in eine definitive verwandle und sie noch ungleich weiter ausdehne als dieß bisher geschehen war.

Die ermuthigenden Aeußerungen, welche seiner Zeit die Kaiserin Katharina gegen den Prinzen Heinrich von Preußen gethan, hätten wohl die Meinung erwecken sollen, Rußland werde unverzüglich und mit beiden Händen zugreifen zu den ihm von König Friedrich in Aussicht gestellten Gebietserwerbungen in Polen. Aber dem war doch nicht ganz so; Rußland wünschte offenbar seine Vergrößerung mehr nach der Türkei hin, und nur dem rastlosen Andrängen Friedrichs und seinen unablässigen Vorstellungen muß es zugeschrieben werden, daß man in St. Petersburg endlich einging auf seine Plane, und zur Ausführung derselben willfährig die Hand bot.

Wie sehr ihre rasche Verwirklichung Friedrich am Herzen lag, zeigte er van Swieten gegenüber durch das wiederholte Begehren nach einer baldigen Antwort des Kaiserhofes [402]). Man dachte auch in Wien keinen Augenblick daran, hinsichtlich derselben irgend eine Verzögerung eintreten zu lassen. Nur wenige Tage befand sich van Swietens Bericht über seine Besprechung mit dem Könige in den Händen des Staatskanzlers, als er schon der Kaiserin die Entwürfe zu den Weisungen vorlegte, welche seines Erachtens van Swieten ertheilt werden sollten. In der einen Depesche, von deren Inhalt erforderlichen Falles dem Könige oder dem Grafen Finkenstein Mittheilung gemacht werden konnte, war die frühere Erklärung wiederholt, daß Oesterreich entschlossen sei, seine Ansprüche auf die in Besitz genommenen polnischen Grenzdistricte nie anders als in freundschaftlicher Weise und im Wege eines gütlichen Vergleiches zur Geltung zu bringen. Mit diesem Vorsatze lasse sich der von dem Könige von Preußen gemachte Vorschlag nicht wohl vereinigen. Zudem fänden der Kaiser und die Kaiserin die obwaltenden politischen Verhältnisse schon in so hohem Grade verwirrt, daß es ihnen weder an der Zeit noch sonst überhaupt räthlich zu sein scheine, einen Plan zu verfolgen, der diese Verwirrung noch unendlich vermehren könnte. Schließlich halte man in Wien die Schwierigkeiten, sich über möglichst gleichmäßige Erwerbungen zu verständigen, für so außerordentlich groß und fast unüberwindlich, daß man aus diesen und noch anderen sich von selbst verstehenden Beweggründen nicht umhin könne, die Ausführung des mitgetheilten Planes eben so freimüthig als aufrichtig zu widerrathen. Um die Wahrhaftigkeit dieser Gesinnung überzeugend zu beweisen, seien der Kaiser und die Kaiserin erbötig, die Besitzverhältnisse der von ihren Truppen occupirten polnischen Grenzdistricte ganz auf den früheren Stand zurückzubringen und der Verwirklichung ihrer Rechte auf dieselben für den Fall zu entsagen, wenn die zwei übrigen Nachbarmächte sich zu gleichem Verfahren verpflichten würden.

Die zweifache Strömung, welche bei der Beurtheilung dieser wichtigen politischen Fragen am Kaiserhofe herrschte, machte sich jedoch auch jetzt wieder geltend. Während die soeben erwähnte, an Preußen

abzugebende Erklärung eine vollständige Zurückweisung der Zumuthungen des Königs in sich schloß, kam die zweite, sorgfältig geheim zu haltende Depesche in theilweise anderem Sinne auf den Gegenstand zurück. Nicht daß man sich etwa zu verstecktem Eingehen auf dasjenige bereit erklärt hätte, was man offen abzulehnen für gut fand. Aber van Swieten wurde doch aufgefordert, sich aufs Aeußerste, jedoch nie mit Außerachtlassung der erforderlichen Behutsamkeit zu bemühen, Friedrichs wahre Absicht zu erforschen und mit Verläßlichkeit sicherzustellen, ob sich Rußland wirklich schon einverstanden erklärt habe mit den Anträgen des Königs, oder ob diese Behauptung nicht vielmehr auf einer bloß allgemein hingeworfenen willfährigen Aeußerung Rußlands beruhe? Denn es sei kaum zu glauben, daß Rußland, wenn es ihm überhaupt Ernst wäre mit dieser Sache, sich nach der Aussage Friedrichs mit einem kleinen Stücke von Livland begnüge. Ebenso wichtig wäre es zu wissen, ob der König, wie er vorgebe, nur nach dem Besitze eines Theiles von Pommerellen und Polnisch-Preußen strebe, oder wie viel und was etwa von ihm noch in Aussicht genommen sei? Endlich wurde es van Swieten anheimgestellt, eine sich vielleicht darbietende Gelegenheit zu benützen und es gleichsam als seinen eigenen Gedanken fallen zu lassen, ob nicht überhaupt aus der ganzen Theilungsidee etwas Größeres hervorgehen und Oesterreich gegen verhältnißmäßige Erwerbungen Preußens in Polen einen Theil von Schlesien und Glatz wiedererlangen könnte? Doch müßte diese Anregung, wenn überhaupt, nur mit äußerster Vorsicht und in einer Art vorgebracht werden, daß bei dem Könige von Preußen ja nicht der alte Verdacht wieder wachgerufen würde, als wenn der Kaiserhof den Verlust Schlesiens noch immer nicht verschmerzen könnte und keine gute Gelegenheit verabsäumen wollte, sich dieses Landes auch mit Gewalt der Waffen wieder zu bemächtigen [403]).

Leicht könnte die Meinung entstehen, daß eigentlich nur in dieser zweiten Depesche die wahre Absicht des Wiener Hofes enthüllt, und daß die in der ersten Weisung an van Swieten enthaltene Erklärung nur zum Scheine und bloß in der Absicht vorgebracht worden sei, um den König von Preußen noch länger hinzuhalten und inzwischen

seine geheimen Absichten besser zu erforschen. Wie sehr man sich jedoch durch eine solche Annahme täuschen würde, wird durch einen gleichzeitigen Brief Josephs an den Großherzog von Toscana deutlich bewiesen. Nachdem er ihm von der letzten Unterredung des Königs von Preußen mit van Swieten Kenntniß gegeben, schreibt der Kaiser wörtlich seinem Bruder: „Ihre Majestät hat beschlossen, daß um Polen „intact zu erhalten, sie sogar für dießmal der Geltendmachung ihrer „Ansprüche auf die enclavirten Gebiete entsagen wolle, wenn die „Anderen ein Gleiches thun würden. Ich weiß nicht von welcher „Wirkung diese großmüthige Erklärung sein wird; im schlimmsten „Falle wird man dann sehen müssen, wie man noch am besten weg„kommen kann“ [404]).

Kaum hatte van Swieten die Depeschen des Fürsten Kaunitz erhalten, so beeilte er sich auch schon, die Erklärung, die ihm anbefohlen worden, an den Grafen Finkenstein zu richten. Wie er nach Wien meldet, war Finkenstein von dieser Mittheilung betroffen; seine Miene zeigte die eines Mannes, dem man ganz unerwartet einen Strich durch die Rechnung macht. Denn man scheine, fügte van Swieten hinzu, in Berlin mit voller Bestimmtheit erwartet zu haben, Oesterreich würde bereitwilligst eingehen auf den ihm vorgelegten Plan, und zu dessen Durchführung sehr gern die Hand bieten. Man habe geglaubt daß man in Wien nur der Gelegenheit harre, die schon in Besitz genommenen Districte mit guter Art behalten zu können.

Von der ferneren Unterredung van Swietens mit Finkenstein ist nur noch zu berichten, daß der letztere zugeben mußte, mit Rußland bestehe noch keine förmliche Verabredung, sondern es liege bloß eine ganz allgemein gehaltene willfährige Aeußerung des Hofes von St. Petersburg vor. Ebensowenig konnte Finkenstein bestreiten, der noch zu Polen gehörige Theil von Livland würde wohl eine allzu geringe Erwerbung für Rußland sein. Aber Finkenstein suchte den Freiherrn van Swieten mit der Versicherung zu ködern, man würde dann auch Oesterreich reichlicher als mit den von ihm schon besetzten Grenzdistricten bedenken [405]).

Hiebei hatte es denn, wenigstens insofern es die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preußen betraf, sein Bewenden. Van Swieten erhielt als Antwort auf seinen Bericht über die Unterredung mit Finkenstein den Befehl, sich in Bezug auf Alles, was das Theilungsproject angehe, lediglich passiv zu verhalten und etwaige Mittheilungen der preußischen Regierung nach Wien zu übersenden[406]). Friedrich aber arbeitete mit verdoppeltem Eifer an der Herbeiführung einer Verständigung mit Rußland. Wäre dieselbe nur einmal wirklich erreicht, mochte er denken, dann werde es schließlich auch gelingen, der Abneigung Oesterreichs Herr zu werden.

Aber auch mit Rußland schien Friedrich nicht so rasch ins Reine kommen zu sollen, als er geglaubt haben mochte. In St. Petersburg trachtete man vielmehr, während man mit ihm fortwährend unterhandelte, sich Oesterreich zu nähern. Auch in dieser Beziehung ist ein Brief Josephs an Leopold aus jener Zeit von nicht gewöhnlichem Interesse. „Endlich hat Panin", schreibt der Kaiser seinem Bruder, „mit Lobkowitz in sehr verbindlichen Ausdrücken gesprochen, ohne „übrigens die Friedensbedingungen zu bezeichnen. Er versicherte ihn „der uneigennützigen Grundsätze der Kaiserin und ihres Entschlusses, „sich unsere Freundschaft zu erhalten, selbst wenn sie ihr, ließ er „durchschimmern, diejenige des Königs von Preußen für den Fall auf„opfern müßte, daß sie mit ihr unvereinbar erschiene. Er ließ ihn „fühlen, daß sie mit dem Könige unzufrieden seien, indem sie sein „Verhalten zweideutig fänden und glaubten, er gehe darauf aus, sich „irgend eines Stückes von Polen zu bemächtigen, was ihnen keines„wegs angenehm wäre" [407]).

„So ist es nun enthüllt", fährt Joseph fort, „daß der König „von Preußen uns belog, als er uns seinen Vorschlag wegen der „Theilung Polens so darstellte, als ob er von St. Petersburg komme. „Der König war von unserer Antwort äußerst betroffen, denn er „hatte seinen Streich für unfehlbar gehalten. Da er sich jedoch ent„larvt sah, erwiederte er nichts Anderes als die Versicherung, daß er „nichts überstürzen werde."

Es versteht sich wohl von selbst, daß den Annäherungsversuchen Rußlands an Oesterreich keine andere Ursache zu Grunde lag als das Bestreben, den Wiener Hof dahin zu bringen, daß er der Pforte keine werkthätige Kriegshülfe leiste, sondern sie ihrem Schicksale überlasse, ja wohl gar die ihr abzunehmende Beute mit Rußland theile. Hierauf zielte denn vor Allem der Vorschlag ab, der von russischer Seite mehrmals, wenn auch nicht gerade offiziell wiederholt wurde, daß das Haus Oesterreich bei dem Friedensschlusse die Moldau und die Walachei erhalten solle. Nach den Einen wären diese Fürstenthümer dem Kaiserstaate als solchem einzuverleiben, nach den Anderen aber einem Erzherzoge oder dem Prinzen Albert von Sachsen-Teschen zu verleihen [408]).

In dem Entwurfe der Friedensbedingungen, welchen Panin am 30. Mai 1771 dem Fürsten Lobkowitz mittheilte, wurde übrigens diesem Gedanken nicht mehr Ausdruck gegeben. Allerdings war darin gesagt, daß die Donaufürstenthümer für die Zukunft nicht unter türkischer Oberherrlichkeit stehen sollten. Was dann mit ihnen zu geschehen habe und welchem Staate sie als Eigenthum zuzuweisen wären, darüber würden die betheiligten Mächte sich wohl unschwer verständigen. Und Panin fügte erläuternd hinzu, er hielte es für das Beste, die Moldau und die Walachei an Polen zu geben. Letzteres sollte darin eine Entschädigung finden für die Einbuße, die ihm durch die Abtrennung der von Oesterreich bereits besetzten und der von Preußen etwa noch in Anspruch zu nehmenden Districte verursacht werden würde.

Was die übrigen Friedensbedingungen anging, nahm Rußland nicht mehr die beiden Kabardeien, sondern nur noch Asow als ehemalige russische Besitzung für sich in Anspruch. Es verlangte die Freigebung und die künftige Unabhängigkeit der Tartaren am Dniester, dem Bug und dem Dnieper, sowie derjenigen, welche etwa im Laufe des Krieges das türkische Joch noch abschütteln würden. Den gegenseitigen Unterthanen, die vielleicht in die Kriegsereignisse verwickelt wurden, sei volle Amnestie, den christlichen Bewohnern der Türkei aber eine gerechtere Behandlung zu gewähren. Freiheit des commerziellen Verkehrs und der Schifffahrt zwischen Rußland und der Türkei wurde gefordert. Nicht

als Eroberung, sondern nur als Stapelplatz für seinen Handel sollte Rußland eine der Inseln des Archipels eingeräumt werden[409]).

Als der Bericht des Fürsten Lobkowitz und die demselben beigefügten Erklärungen der russischen Regierung an den Kaiserhof gelangten[410]), stand derselbe bekanntlich mitten in den Verhandlungen mit der Pforte über den Abschluß der Convention, die nach wenigen Wochen auch wirklich zu Stande kam. Die eigentliche Basis derselben bildete Oesterreichs Zusage, dahin zu wirken, daß der Friede mit Rußland entweder auf Grundlage der Bestimmungen des Belgrader Vertrages, oder doch wenigstens auf Bedingungen hin abgeschlossen werde, welche die Pforte als annehmbar betrachte. Unmöglich aber konnte dieß jemals von Forderungen gedacht werden, unter denen die Verzichtleistung auf die Oberherrlichkeit über die Tartaren und die Abtretung der Moldau und der Walachei in vorderster Reihe sich befanden. Darum brachten denn auch die Mittheilungen aus St. Petersburg in Wien einen höchst ungünstigen Eindruck hervor. In der Antwort, die man hierauf ertheilte, fand derselbe einen ganz unverholenen Ausdruck. Kaunitz ging hiebei auch jetzt wieder in seiner methodischen, und sagen wir es offen, pedantischen Weise zu Werke. Auf drei Fragen komme es, ließ er sich in seiner der russischen Regierung mitzutheilenden Denkschrift vernehmen, hauptsächlich an. Sei es wahrscheinlich, daß die Pforte die Hand bieten werde zu einem Frieden, dessen Bedingungen ihren Untergang zu einem unvermeidlichen machen oder ihn höchstens nur noch für kurze Zeit hinausschieben würden? Werde durch den vorgelegten Plan der Friedensschluß beschleunigt oder sei er vielmehr geeignet, denselben noch für Jahre zu verzögern? Sei ein solcher Friede verträglich mit der künftigen Ruhe und Sicherheit Oesterreichs?

Auf alle drei Fragen meinte Kaunitz eine verneinende Antwort ertheilen zu müssen. Denn durch die von Rußland aufgestellten Friedensbedingungen würde die Pforte all der Länder verlustig werden, die sie bisher am linken Ufer der Donau und an den Küsten des Schwarzen Meeres bis zu ihren asiatischen Provinzen besessen habe. Hiezu komme noch, daß die Freigebung der Tartaren nothwendiger Weise deren künftige Abhängigkeit von Rußland im Gefolge haben

müsse. Die Mündungen der Flüsse, auf denen nicht nur die Waaren, sondern auch die Erfordernisse für den Unterhalt eines Heeres und zur Schaffung einer ansehnlichen Seemacht nach dem Schwarzen Meere gebracht werden könnten, würden aus der Hand der Türkei in diejenige Rußlands übergehen, Constantinopel aber käme dadurch in die beständige Gefahr, ausgehungert oder erobert zu werden. Der große Zuwachs an Macht, welchen Rußland erhielte, würde das osmanische Reich in die traurige Lage versetzen, sei es früher oder später, aber doch mit ganz unvermeidlicher Gewißheit dem Verderben anheimzufallen. Darum widerstreite es der Wahrscheinlichkeit, daß die Pforte jemals vermocht werden könnte, in eine solche Bedingung zu willigen.

In nicht viel anderer Lage befinde sich hinsichtlich dieses Punktes auch das Haus Oesterreich. Die Unabhängigkeit der Tartaren sei ganz unvereinbar mit der Ruhe und Sicherheit seiner Länder, und ein Gleiches müsse auch von der beabsichtigten Loslösung der Donaufürstenthümer von der Türkei und ihrer Einverleibung in einen anderen Staat gesagt werden. In ihrem neuen Unabhängigkeitsverhältnisse würden die Tartaren wahrscheinlicher Weise ein Feind mehr für Ungarn werden, das bisher Niemand zu fürchten gehabt habe als die Türken. Künftighin würde es dagegen fortwährend auf seiner Hut sein müssen vor den Einfällen jener Barbaren. Verlockt durch die Beute, die in den reichen und fruchtbaren ungarischen Provinzen ihrer harre, würden sie um so eher Raubzüge dorthin unternehmen, als sie in Anbetracht der hiebei obwaltenden Hindernisse mit Recht auf die Unmöglichkeit zählen könnten, daß an ihnen Rache genommen werde.

Diese Gefahr würde noch beträchtlich gesteigert, wenn die Donaufürstenthümer von der Türkei abgetrennt und einem Staate einverleibt würden, der nur geringe Macht besäße. Dann würden sie nicht mehr wie bisher eine Vormauer bilden gegen die Einfälle tartarischer Horden. Kämen sie jedoch in die Hände eines ohnedieß schon mächtigen Fürsten, so würde dadurch das Gleichgewicht verrückt, welches die Ruhe Europa's im Allgemeinen und der benachbarten Staaten insbesondere dringend verlange.

Aus all diesen Gründen wurde das Begehren Rußlands, daß Oesterreich sich bemühe, den hier angeführten Friedensbedingungen bei der Pforte Eingang zu verschaffen, wenngleich in den schonendsten und verbindlichsten Ausdrücken, aber doch mit vollster Bestimmtheit von dem Kaiserhofe ablehnend beantwortet [411]). In den gleichzeitig an Lobkowitz abgehenden Depeschen erörterte Kaunitz noch ausführlicher den Umstand, wie wenig die Forderungen Rußlands der so oft wiederholten Erklärung der Kaiserin Katharina entsprächen, daß sie weder an Erwerbungen für sich noch an Bedingungen denke, welche mit dem Interesse Oesterreichs nicht übereinkämen. Zur Zustandebringung von Vereinbarungen, wie Rußland sie wolle, könnte Oesterreich nun und nimmermehr beitragen, ja es vermöchte hiebei nicht einmal ein gleichgültiger Zuschauer zu bleiben. Darum habe Lobkowitz, jeglichen Anscheines einer Drohung sich sorgfältig enthaltend und daher auch officielle Erklärungen über die Ursache der Rüstungen in Ungarn vermeidend, doch bei einer etwaigen Anfrage Panins, welche nicht in amtlicher Form vorgebracht würde, die wahren Beweggründe hiezu keineswegs zu verhehlen. Sie beständen darin, daß durch einen ferneren glücklichen Fortschritt der russischen Waffen das Gleichgewicht allzu sehr verändert und Oesterreich eine neue, ebenso augenscheinliche als große Gefahr bereitet würde, zu deren Abwehr es noch bei Zeiten das Aeußerste wagen müßte. Dieser Fall wäre als eingetreten zu betrachten, wenn Rußland die Donau überschreiten und seine Eroberungen bis gegen Constantinopel ausdehnen wollte. Dann könnte Oesterreich sich nicht mehr ruhig verhalten, sondern es wäre gegen seinen Willen gezwungen, Theil an dem Kriege zu nehmen, der unterliegenden Macht werkthätige Hülfe zu leisten und es in solcher Weise dahin zu bringen, daß der Friede unter billigen Bedingungen zu Stande käme [412]).

Nicht nur nach St. Petersburg, sondern auch nach Berlin sandte Kaunitz die Antwort Oesterreichs auf die Friedensvorschläge Rußlands; van Swieten sollte die Erklärung des Kaiserhofes dem Könige von Preußen oder dem Grafen Finkenstein mittheilen [413]).

Es ist begreiflich daß Friedrich, welchem van Swieten am 9. Juli 1771 die an Rußland gerichtete Erklärung des Wiener Hofes

vorlegte, mit derselben durchaus nicht zufrieden war; sie schien ja seine Entwürfe ziemlich unbarmherzig zu durchkreuzen. Dem österreichischen Gesandten gegenüber legte er seinen Mißmuth nicht undeutlich an den Tag. Er besänftigte sich etwas mehr, als ihm van Swieten die in deutscher Sprache abgefaßte Depesche an Lobkowitz mittheilte. Van Swieten las sie ihm vor, da Friedrich erklärte, er selbst könne das Deutsche nicht lesen; auch mußte ihm van Swieten einige Stellen zu besserem Verständniß ins Französische übersetzen. Der König ließ sich nun in eine ausführliche Erörterung der Forderungen Rußlands und der von österreichischer Seite dagegen erhobenen Einwendungen ein. Am wichtigsten war, was er über die Abtrennung der Moldau und der Walachei von der Türkei und deren künftige Bestimmung sagte. Er meinte daß es Rußland nur darum zu thun sei, die Donaufürstenthümer der Türkei zu entziehen. Gleichgültiger würde es für das sein, was in Zukunft mit ihnen geschehe. Er schlüge vor, sie Oesterreich zu geben, welches sie dann im Wege des Austausches gegen Belgrad der Pforte zurückstellen könnte [414].

Der Nothwendigkeit, auf diesen Vorschlag des Königs von Preußen eine unzweideutige Antwort zu ertheilen, konnte der Wiener Hof sich in keiner Weise entschlagen. „Kaunitz spielte den Tugendhaften", mit diesen höhnischen Worten glaubt, wie wir bedauernd hervorheben müssen, ein österreichischer Schriftsteller [415]) die Erwiederung des Staatskanzlers charakterisiren zu dürfen. Wir aber vermögen in der offenen und klaren Entgegnung des Fürsten Kaunitz nichts zu entdecken, was einen so hämischen Ausfall irgendwie verdient hätte. Um ein unparteiisches Urtheil hierüber möglich zu machen, wird wohl gestattet sein, die Depesche an van Swieten in ihren wichtigsten Stellen hier aufzunehmen.

„Ich habe mich nicht beeilt", schrieb ihm Kaunitz am 5. August 1771, „den Vorschlag des Königs, daß die Moldau und die Walachei unserem „Hofe von dem russischen übergeben werden sollten, um solche mit der „Pforte gegen Abtretung der Stadt Belgrad auszuwechseln, früher zu „beantworten. Denn bei der uns bekannten tiefen Einsicht des Königs „kann ich nicht wohl anders urtheilen, als daß dieser Vorschlag nicht

„ernst gemeint gewesen sei, sondern nur dahin abziele, unserer eigent„lichen Gesinnung näher auf den Grund zu sehen".

„Ich mag mich aber hierin irren oder nicht, so erfordert doch „jederzeit die Anständigkeit, dem Könige keine Antwort schuldig zu „bleiben, sondern ihm vielmehr für die Rücksicht auf die Convenienz „unseres Hofes allen Dank zu wissen. Daher auch Seiner Majestät „selbst, oder wenn sich hiezu keine Gelegenheit fände, dem Grafen „Finkenstein ganz freimüthig und nach aller Wahrheit im Namen „unseres Hofes zu eröffnen ist, daß der besagte Vorschlag dem von „Ihren Kaiserlichen und Königlichen Majestäten bereits unwiderruflich „gefaßten Staatssysteme schnurgerade zuwiderlaufen und zugleich die „schädlichsten Folgen für die Nachbarn Rußlands und das europäische „Gleichgewicht überhaupt hervorbringen würde, indem wir weder die „türkische Nachbarschaft mit einer anderen zu vertauschen, noch der „Pforte den mindesten berechtigten Anlaß zu dem Vorwurfe zu geben „gedenken, daß wir uns gegen sie undankbar erwiesen oder aus ihrer „Verlegenheit uns anständige Vortheile zu ziehen gesucht hätten. Denn „es käme auf Eines hinaus: entweder die türkischen Lande feindlich „anzufallen und Belgrad mit Gewalt der Waffen hinwegzunehmen, „oder diese Eroberung unter dem Scheine der Abtretung der Moldau „und der Walachei zu bewerkstelligen, indem leicht vorherzusehen ist, „daß die Pforte noch eher die Fürstenthümer als den Verlust ihrer „Grenzfestung an der Donau verschmerzen und dadurch das Innerste „ihres Reiches bloßgeben würde."

„Nicht mindere Rücksicht verdient die Betrachtung, daß wenn „sich unser Hof einmal zu Maßregeln gegen die Pforte vermögen „ließe, Rußland gewonnenes Spiel erhielte, seine furchtbaren Ver„größerungsabsichten ohne sonderliche Beschwerde glücklich auszuführen „und hiedurch eine solche Uebermacht zu erlangen, gegen welche die „Erwerbung der Moldau und der Walachei für ein bloßes Schein„werk, ja für nichts zu rechnen, sondern als ein wahrer Verlust und „als der erste Grundstein zur künftigen Unterwerfung anzusehen wäre."

War der Inhalt dieser Depesche darauf berechnet, dem Könige von Preußen oder dem Grafen Finkenstein mitgetheilt zu werden, so

fand selbstverständlich nicht auch das Gleiche hinsichtlich des vertraulichen Schreibens statt, welches Kaunitz an van Swieten ergehen ließ und in dem er ihm seine innersten Gedanken unverhüllt kundgab. Es besitzt daher auch zur Charakteristik derselben noch viel größeren Werth.

„Unter uns gesagt", so heißt es darin, „Ihr Schreiben vom „12. Juli hat mich einsehen gemacht, daß ich mich sehr stark in meiner „Einbildung betrogen, als ob ich im vorigen Jahre zu Neustadt dem „Könige den Grund unseres ganzen politischen Systems und unserer „schon damals gefaßten definitiven Entschließung so deutlich und auf„richtig eröffnet hätte, daß er hievon im Herzen vollkommen überzeugt „worden wäre. Allein er muß entweder meine freimüthige Sprache als „eine Verstellung angesehen oder geglaubt haben, daß wir Leute seien, „welche mit leichten Dingen von ihren systematischen Entschlüssen ab„zubringen sind. Denn sonst hätte er uns unmöglich den Vorschlag „wegen der Vertauschung der Moldau und Walachei machen, noch „über unsere letzte an Rußland gegebene Antwort mißvergnügt sein „können, indem dieselbe mit Allem, was ich dem Könige ein Jahr „vorher gesagt habe, vollkommen übereinstimmt. Vielmehr sollte er „uns dafür Dank wissen, daß wir uns allein gegen die Vergrößerung „Rußlands stemmen und die augenscheinliche Gefahr nicht nur von „uns, sondern wenigstens in gleichem Maße auch von dem Berliner „Hofe abzuwenden trachten."

„Wir verachten ebensowenig als der König die sich darbietende „Gelegenheit zu wesentlichen Vortheilen. Allein die Sicherheit und die „Selbsterhaltung waren und verbleiben der erste Gegenstand unserer „Politik, welchem wir alle übrigen Betrachtungen und noch so schein„baren Vortheile ohne mindesten Anstand aufopfern."

„In diesem Punkte ist unsere Anschauungsweise von jener des „Königs gänzlich verschieden, da er allem Anscheine nach seine meiste „Aufmerksamkeit, und zwar in erster Linie auf die Vortheile richtet, „wir aber überzeugt sind, daß dieß das rechte Mittel wäre, Vortheile „und Sicherheit zugleich zu verscherzen."

„Wir leben in einem kritischen Augenblicke, der nach menschlichem „Ansehen das künftige Schicksal nicht nur unseres, sondern auch des „Berliner Hofes entscheiden wird. Es wäre also unverantwortlich, „einen politischen Fehler zu begehen. Wir würden zwar sehr bedauern, „uns zur Theilnahme an den gegenwärtigen Unruhen endlich gezwungen „zu sehen. Aber nach einem mit kaltem Blute gemachten politischen „Calcül ist unser Entschluß unveränderlich, jetzt eher das Aeußerste zu „wagen, als unsere Sicherheit für immer zu gefährden. Wir müssen „also mit Gelassenheit erwarten, wozu sich Rußland und der König „von Preußen entschließen werden, um nach Zeit und Umständen auch „unsere ferneren Maßregeln ergreifen zu können."

Der Vollständigkeit wegen und auf die Gefahr hin, zu ermüden, muß hier noch eines letzten geheimen Schreibens des Staatskanzlers an van Swieten Erwähnung geschehen. Während die zwei früher angeführten Depeschen von Binder entworfen worden waren, dictirte Kaunitz seinen vertraulichen Brief an van Swieten seinem Secretär selbst in die Feder. „Es ist mir in diesem Momente wichtig", sagt er darin, „den König von der Idee zu heilen, daß wir uns vielleicht „noch durch die Lockspeise eines elenden augenblicklichen Vortheils ver„leiten lassen könnten, so wie er selbst es thut, das einzige und wahre „politische Interesse großer Staaten aus den Augen zu verlieren. Es „besteht darin, Alles zu opfern, ja selbst Alles aufs Spiel zu setzen, „um vor jeder anderen Rücksicht die Sicherheit und die Ruhe derer, „die nach uns kommen, sicher zu stellen. Es liegt mir gleichzeitig daran, „ihn in einer Art von Unruhe über die Möglichkeit einer Vereinbarung „mit der Pforte für den Fall zu erhalten, daß Rußland es wage, sich „auf Friedensbedingungen zu steifen, die wir nicht zulassen könnten"[416]).

Wenn wirklich eine der Absichten, die Kaunitz verfolgte, darin bestand, den König von Preußen in recht lebhafte Unruhe über Oesterreichs fernere Entschlüsse zu versetzen, so kann man wohl sagen, daß sie vollständig erreicht wurde. Seine Unterredung mit van Swieten, als ihm derselbe am 13. August 1771 die neuen Erklärungen des Kaiserhofes überbrachte, gibt hievon Zeugniß. Seinen eigenen Vorschlag nannte der König ein Auskunftsmittel, welches nach seiner Meinung

dazu dienen sollte, die Versöhnung herbeizuführen; werde es verworfen, so wolle er nach zwanzig anderen suchen, bis endlich eines derselben annehmbar erscheine. Da er die gegen seinen Antrag erhobenen Bedenken nicht zu entkräften vermochte, redete er sich auf sein Alter aus und die dadurch herbeigeführte Schwäche seines Kopfes; gegen Kaunitz sei er nur ein Novize in der Politik.

Auf die Friedensbedingungen übergehend, meinte der König, es gebe nur ein Mittel, um Rußland vielleicht doch noch zu bewegen, die Donaufürstenthümer den Türken zu lassen; es bestünde darin, daß es sich für dieses Opfer in Polen entschädigen könnte. Er klagte darüber, daß laut seiner neuesten Nachrichten aus Polen man in Lithauen eine Conföderation bilden wolle, um die Absetzung des Königs zu erzwingen. In Folge dessen würde er sich, erklärte Friedrich, in äußerster Verlegenheit befinden. Denn durch seine Verträge mit Rußland sei er verpflichtet, Stanislaus auf dem polnischen Throne zu erhalten[417]).

Die Beunruhigung, welche der König über das Verfahren Oesterreichs empfand, läßt sich auch aus seinen Briefen an den Prinzen Heinrich entnehmen[418]). Nach den Mittheilungen van Swietens zweifelte Friedrich kaum mehr an dem Vorsatze Oesterreichs, im Beginne des nächsten Jahres den Krieg an Rußland zu erklären. Seine Bemühungen, den Wiener Hof auf andere Gedanken zu bringen, schienen ihm wirkungslos geblieben zu sein. Er fürchtete neuerdings in den Krieg verwickelt zu werden und begann seine Vorbereitungen zu demselben zu treffen. Endlich mochte die Besorgniß, seine Vergrößerungsplane scheitern zu sehen, sein Gemüth am allerschwersten bedrücken.

Wenn schon der König von Preußen sich mißmuthig zeigte über die Mittheilungen Oesterreichs, so war dieß begreiflicher Weise in Rußland noch weit mehr der Fall. Als Lobkowitz dem Grafen Panin gegenüber die ersten Erklärungen abgab, äußerte derselbe sich höchlich verwundert, daß man in Wien den Friedensplan Rußlands als unannehmbar betrachte. Was die Unabhängigkeit der Tartaren betreffe, so werde man, meinte Panin, hievon umsoweniger abgehen können,

als inzwischen auch die Krim von den Russen erobert worden sei und die dort ansäßigen Tartaren den tiefsten Widerwillen hegten gegen ihre etwaige Rückkehr unter das türkische Joch. Und wenn Oesterreich gar so sehr davor zurückschrecke, die Donaufürstenthümer einer anderen Macht zu Theil werden zu lassen, so wäre es am besten, es nähme dieselben für sich [419]).

Empfindlicher noch als Panin zeigte sich die Kaiserin Katharina über Oesterreichs Antwort. Sie könne nicht begreifen, ließ sie sich vernehmen, weßhalb der Wiener Hof, wenn er schon die Vorschläge Rußlands verwerfe, nicht wenigstens seine eigenen Gedanken über einen annehmbaren Friedensplan in vertraulicher Weise mitgetheilt und dadurch den Weg gebahnt habe zu näherem Einverständnisse über diese wichtigen Fragen. Sie könne nicht anders als sich verletzt fühlen, daß ihr so freundschaftliches und zutrauensvolles Betragen gegen den Wiener Hof von demselben in einer Art erwiedert werde, welche trotz all der in seiner Denkschrift enthaltenen schmeichelhaften Ausdrücke doch deutlich zu erkennen gebe, wie wenig man in Oesterreich um die Freundschaft Rußlands sich kümmere [420]). Und Lobkowitz meinte in bestimmtester Weise versichern zu können, Katharina sei fest entschlossen, eher das Aeußerste zu wagen, als die Donaufürstenthümer der Pforte zurückzugeben. Man zweifle in St. Petersburg nicht an dem werkthätigen Beistande Preußens, wenn es wirklich zum Kriege kommen sollte zwischen Oesterreich und Rußland [421]).

Von der gereizten Stimmung, welche jetzt in St. Petersburg gegen Oesterreich herrschte, spiegelte sich freilich nicht viel in der Antwort ab, die nun Panin als Erwiederung auf die Erklärungen Oesterreichs dem Fürsten Lobkowitz übergab. Im Namen Katharina's war diese Denkschrift abgefaßt, ja es wurde am Eingange derselben gesagt, daß sie die eigensten Gedanken der Kaiserin über jene Angelegenheiten enthalte [422]). Und Lobkowitz glaubte sogar Ursache zu der Meinung zu besitzen, die Denkschrift sei von Katharina selbst ausgearbeitet worden [423]). Ihr Inhalt bestand in nicht viel Anderem als in einer Vertheidigung der schon früher von russischer Seite aufgestellten Friedensbedingungen, deren Mäßigung und bewunderungswürdige

Uneigennützigkeit die Denkschrift natürlich nicht warm genug anpreisen konnte. Sowohl hinsichtlich der für die Tartaren verlangten Unabhängigkeit als der Abtrennung der Donaufürstenthümer von der Türkei war dieß der Fall. Die Ersteren würden, behauptete Katharina, zwar nicht mehr unter der Botmäßigkeit der Pforte, aber auch durchaus nicht unter derjenigen Rußlands stehen. So wenig als durch diese Forderung könne durch die verlangte Freigebung der Moldau und der Walachei dem Interesse Oesterreichs irgendwie Eintrag geschehen. Wie könnte ein so mächtiger Staat in dem kleinen Fürsten, der künftighin dort regieren werde, einen zu beachtenden Feind sehen? Während im Gegentheile bei jedem Kriege zwischen Oesterreich und der Pforte die Fürstenthümer bisher der Letzteren hätten Beistand leisten müssen, würde wohl in Zukunft das Umgekehrte der Fall sein. Und auch gegen etwaige Streifzüge der Tartaren nach Ungarn würden die Fürstenthümer in dem geordneten Zustande, dem sie entgegen giengen, eine weit bessere Vormauer für Oesterreich sein als zuvor. Endlich müßte die aus der Durchführung der russischen Friedensbedingungen hervorgehende Schwächung der Türkei für Oesterreich nicht zum Schaden, sondern zu unberechenbarem Vortheile sein. Denn es würde gleich Rußland, das ja ebenfalls nichts weiter verlange, für die Zukunft sichergestellt werden gegen die Bedrohungen und die Angriffe des Erbfeindes aller christlichen Staaten.

Bestanden nun auch die neuerlichen Erklärungen der Kaiserin von Rußland eigentlich in nichts Anderem als in der unbeschränkten Aufrechthaltung der schon früher aufgestellten Friedensbedingungen, so wurden sie doch auch jetzt wieder am Wiener Hofe zum Gegenstande wiederholter und tief in die Sache eingehender Erwägungen zwischen Maria Theresia, ihrem Sohne Joseph und dem Fürsten Kaunitz gemacht.

Zwölftes Capitel.

Widerstreit der Meinungen in Wien.

Man wird wohl ohne die Befürchtung, parteiisch für Maria Theresia zu erscheinen, das Verdienst für sie in Anspruch nehmen dürfen, daß sie mit großer Consequenz festhielt an ihren Anschauungen über die wichtigen politischen Fragen, welche damals zur Entscheidung gelangen sollten. Die Aufrechthaltung des Friedens für Oesterreich, die standhafte Abweisung jeglichen Anlasses, durch welchen es zur Theilnahme am Kriege gezwungen werden konnte, galt ihr als der oberste Grundsatz, von dem man nie mehr und unter gar keinen Umständen, so verlockend oder drängend dieselben auch sein mochten, abgehen dürfe. Aber freilich schloß dieß andererseits nicht aus, daß nach Außen und insbesondere nach Richtungen hin, welche nicht zu den befreundeten zu rechnen waren, auch die Kaiserin sich manchmal das Ansehen gab, als ob sie zur Hintanhaltung einer ihr widerwärtigen Wendung der Dinge selbst zum Schwerte zu greifen entschlossen sei.

In dieser Beziehung ist der Bericht über ein Gespräch, welches Maria Theresia im Hochsommer des Jahres 1771 mit dem englischen Botschafter Lord Stormond pflog, von hohem Interesse [424]). Um es richtig zu beurtheilen, darf man nicht vergessen, in welch innigen Beziehungen England damals zu Rußland stand, und wie es daher den Bestrebungen Oesterreichs in Constantinopel fortwährend entgegenwirkte. Auch die Kaiserin war dessen eingedenk, und sie erwartete wohl, daß es in St. Petersburg wiedergesagt würde, wenn sie versicherte, sie

könne unmöglich die Vergrößerung Rußlands gleichgültig betrachten. Sie stehe zwar in diesem Augenblicke auf sehr gutem Fuße mit dem Könige von Preußen, und sie hege wegen des Geschehenen weder Zorn noch üblen Willen gegen ihn. Aber sie könne ihr Vertrauen zu seiner Freundschaft nicht bis zur Vernachlässigung der erforderlichen Vorsicht treiben, und sie dürfe der Möglichkeit nicht vergessen, daß er aufhören könnte, ihr Freund zu sein. Sie könne sich des Verdachtes nicht erwehren, daß Rußland den ehrgeizigen Plan verfolge, Polen zu theilen, und sie besorge Aehnliches auch von dem Könige von Preußen. „Sie „werden leicht einsehen", sagte Maria Theresia zu Stormond, „daß „wir dieß niemals zu dulden im Stande wären. Ich für meinen „Theil wünsche kein Dorf zu behalten, das mir nicht zukommt. Ich „will keine Eingriffe machen, und so weit ich es vermag, auch nicht „dulden, daß solche gemacht werden. Kein Theilungsplan, wie vortheil„haft er auch sein möge, wird mich auch nur einen Augenblick in „Versuchung führen; ich werde vielmehr alle Entwürfe solcher Art mit „Verachtung verwerfen. Ich mache mir hieraus kein Verdienst, denn „ich muß so handeln, sowohl aus Grundsätzen der Klugheit und der „Politik als aus Beweggründen der Billigkeit und des Rechtes."

Bei Beginn des Krieges, so schloß die Kaiserin ihr Gespräch mit Stormond, habe sie ihm gesagt, daß sie neutral bleiben werde. Jetzt müsse sie mit der gleichen Offenheit erklären, daß wenn der Krieg über den gegenwärtigen Feldzug hinaus noch fortgesetzt werden sollte, sie an demselben Theil nehmen müsse. „Ich weiß", sagte sie, „es ist ein „äußerst verderblicher, zerstörender Krieg; wir werden dem Hunger, „der Pest und jeglicher Plage ausgesetzt sein. Aber trotz alledem „fordert meine künftige Sicherheit und die Erhaltung meiner wesent„lichsten Interessen ihn so laut, daß mir keine Wahl bleibt und ich „gehorchen muß. Doch hoffe ich, die Dinge werden nicht zu diesem „Aeußersten kommen; ich spreche von dem Uebelsten, das sich er„eignen kann."

Wie man sieht, verstand es Maria Theresia trotz all ihrer tief eingewurzelten Friedensliebe doch recht gut, dort wo Kaunitz es wünschte und sie selbst es für angemessen hielt, auch einmal recht

vernehmlich mit dem Säbel zu rasseln. Sie erreichte auch dadurch ihren Zweck, indem Friedrich bekanntlich der Ueberzeugung sich hingab, Oesterreich werde die Vergrößerungsplane Rußlands nöthigen Falles mit den Waffen in der Hand zu hintertreiben sich bemühen. Aber die Kaiserin selbst war es, welche sich in einem unbewachten Augenblicke hinreißen ließ von der Lebhaftigkeit ihres Wesens, die günstige Wirkung ihrer früheren Erklärungen und derjenigen des Fürsten Kaunitz wieder zu zerstören.

Am 5. September 1771 hatte der preußische Gesandte von Rhode eine Audienz bei der Kaiserin. Erst wenige Tage zuvor, am 31. August war der Bericht aus St. Petersburg mit Katharina's neuerlicher Erklärung, derzufolge dieselbe auf ihren früheren Forderungen beharrte, in Wien eingetroffen. Sie könne die Vorschläge Rußlands, sagte nun Maria Theresia, wie wenigstens Rhode behauptete, in Constantinopel nicht vorlegen. Und selbst wenn sie es thun würde, so vermöchte der Sultan nicht auf sie einzugehen, denn er müßte darüber Thron und Leben verlieren. Nur mit Schmerz sehe sie, fuhr die Kaiserin fort, die Hoffnungen auf Wiederherstellung des Friedens gescheitert, und sehnlichst wünsche sie die Dinge in ein besseres Geleise gebracht, denn nur mit dem äußersten Widerwillen würde sie die Waffen ergreifen. Einen einzigen Ausweg sehe sie noch vor sich. Er bestünde darin, daß der König von Preußen es auf sich nehme, Rußland abzubringen von seinem Begehren wegen Abtretung der Moldau und der Walachei. Die Pforte möge er bewegen, daß sie auf Grundlage der übrigen Forderungen Rußlands sich in Friedensverhandlungen einlasse, denn es wäre ja ohnedieß unmöglich, die Russen aus der Krim zu vertreiben. Die Kaiserin schloß ihr Gespräch mit Rhode, indem sie ihn versicherte, daß sie von der aufrichtigen und freundschaftlichen Gesinnung des Königs von Preußen Alles hoffe und erwarte[425]).

Maria Theresia scheint dem Kaiser und Kaunitz zwar die Thatsache einer Unterredung mit Rhode, jedoch nicht den vollen Inhalt derselben mitgetheilt zu haben. König Friedrich aber war durch den Bericht seines Gesandten höchst erfreulich berührt, denn er sah, daß wenigstens die Kaiserin persönlich viel weiter von Kriegsgedanken

entfernt war, als man nach den letzten Erklärungen ihrer Regierung hätte annehmen können. Nachdem er die aus Wien empfangenen Nachrichten einer reiflichen Erwägung unterzogen, berief der König den Freiherrn van Swieten zu sich und theilte ihm in weitläufiger Unterredung seine Entschließungen mit. Er habe, so sagte er ihm, bereits nach Constantinopel im Sinne der Kaiserin geschrieben, denn er sträube sich nicht, der Pforte gegenüber das Gehässige eines solchen Schrittes auf sich zu nehmen. Was die Donaufürstenthümer angehe, so habe er lang schon in Rußland zu größerer Mäßigung gemahnt. Ihm müsse man es danken, daß Rußland jetzt schon so weit gebracht sei, die Moldau und die Walachei nicht für sich behalten, sondern sie irgend einem christlichen Fürsten, wer er auch sein möge, zuwenden zu wollen. Aber er werde noch weiter gehen und in Rußland darauf dringen, daß man die Forderung einer Abtretung jener Länder vollständig fallen lasse, denn er anerkenne die Berechtigung dessen, was von österreichischer Seite dagegen angeführt werde. Er verzweifle auch nicht an der Möglichkeit, dieß zu erreichen, aber angelegentlich müsse er rathen, man möge in Wien einen verbindlicheren Ton gegen Rußland anschlagen als bisher. Geschehe dieß wirklich, dann werde man sich endlich auch in St. Petersburg nicht länger der Erkenntniß verschließen, daß man dort kein großes Interesse besitze, die Türkei um die Fürstenthümer zu bringen, während für Oesterreich unleugbar ein solches vorhanden sei, daß sie dieselben behalte.

Mit besonderer Genugthuung erfülle ihn, versicherte der König, die Bemerkung der Kaiserin, daß in Bezug auf die Krim nichts mehr zu thun sei und man der Forderung Rußlands sich fügen müsse; hierauf zumeist sei seine Friedenshoffnung gegründet. Er bemühte sich van Swieten begreiflich zu machen, daß dieser Gewinn Rußlands kein sehr beträchtlicher sein werde. Es wolle ja nicht die Krim mit Rußland vereinigen, sondern nur die dortigen Tartaren unabhängig machen von der Pforte. Gleichwohl würden sie sich als Mahommedaner immer mehr zu der Letzteren als zu Rußland hingezogen fühlen. Es sei nicht zu erwarten, daß sie aufhören würden, Streifzüge nach dem Inneren von Rußland zu unternehmen. Wollte jedoch Rußland sie

dafür bestrafen, so würden sie sich neuerdings in die Arme der Türkei werfen und hiedurch vielleicht wieder einen Bruch zwischen beiden Mächten herbeiführen. Ja Friedrich meinte sogar, daß es den Tartaren um diese Unabhängigkeit, welche man ihnen in St. Petersburg aufnöthigen wolle, gar nicht zu thun sei [426]).

Der König drang in van Swieten, über ihre Unterredung so rasch als nur immer möglich nach Wien zu berichten, auf daß seine Meldung dort eher eintreffe, als man die Antwort auf Rußlands zweite Erklärung ertheilt habe. So geschah es auch wirklich; Kaunitz aber war wie vom Donner gerührt, als er aus van Swietens Depesche den Inhalt der Unterredung der Kaiserin mit Rhode erfuhr. Sein ganzes kunstvolles Gebäude sah er über den Haufen gestürzt, und der sonst so maßvolle, an strenge Selbstbeherrschung gewöhnte Staatsmann gab seinem Unmuthe gegen Maria Theresia in einem Schreiben Ausdruck, welches zu bezeichnend ist für ihn selbst, für die Stimmung, in der er sich damals befand, und für seine Stellung zur Kaiserin, als daß es nicht seinem ganzen Inhalte nach hier Aufnahme finden sollte.

„Die ergebenst beigeschlossene Depesche", schrieb Kaunitz am 23. September 1771 an Maria Theresia, „ist diese Nacht durch einen „Expressen angelangt, welcher auf ausdrückliches, durch Baron van „Swieten an das Postbureau zu Prag gerichtetes Begehren von dort „hieher abgesendet wurde. Eure Majestät werden daraus ersehen, daß „Ihnen Baron von Rhode ganz unglaubliche und allen von Ihnen „selbst aufgestellten und bisher befolgten Grundsätzen geradezu wider„sprechende Aeußerungen zuschreibt: Aeußerungen, welche der Sprache, „deren sich Ihre Minister in St. Petersburg, in Berlin und bei der „Pforte auf Ihren Befehl bisher bedienten, entschieden entgegengesetzt „sind, die Allem, was bisher gesagt, geschrieben und gethan wurde, „vollständig widersprechen, welche in einem Augenblicke das Werk von „drei Jahren vernichten, und endlich, sei es zu St. Petersburg, zu „Berlin oder zu Constantinopel höchst ärgerliche und dem Ruhme Eurer „Majestät wie dem wahren Interesse der Monarchie äußerst nach„theilige Wirkungen hervorbringen müssen. Sie sind, um es mit Einem „Worte zu sagen, ganz dazu angethan, alle noch so wohlbegründeten

„Hoffnungen zu zerstören, die man bisher so sorgsam gehegt, Eure „Majestät aus der Verlegenheit, in welche der zwischen Rußland und „der Pforte entbrannte Krieg Sie versetzt hat, nicht nur mit Wahrung „Ihres Ruhmes und Ihrer Sicherheit, sondern auch ohne irgend ein „Wagniß oder eine Gefahr mit einigen wirklichen Vortheilen für Ihren „Staat hervorgehen zu sehen. Eure Majestät werden daher sehr leicht „begreifen, wie groß in Folge dessen meine Bestürzung bei der Durch„lesung dieser Depesche gewesen sein muß. Ich kann Ihnen nicht „bergen, daß wenn ich nicht noch eine Hülfe in der Ueberzeugung er„blicken würde, der ich mich hingeben zu dürfen glaube, Rhode könne „unmöglich richtig gehört haben, ich zum ersten Male in meinem „Leben den Muth verlieren würde."

So wie dieser Brief des Staatskanzlers, so ist auch die Antwort, welche ihm hierauf die Kaiserin unverzüglich ertheilte, ungemein charakteristisch für Beide. „Gleichzeitig habe ich", schrieb Maria Theresia an Kaunitz, „dieses Intercept erhalten, welches ungefähr „ebenso lautet wie van Swietens Bericht. Ich war betroffen als ich „die Mittheilung über Ihre Entmuthigung las, und daß ich an ihr „Schuld tragen sollte. Sie werden sich an das erinnern, was ich „Ihnen gleich Anfangs über jenes Gespräch sagte, und Sie werden „das Intercept suchen, auf welches ich so viele Correcturen setzte; ich „erinnere mich ihrer nicht mehr. Aber Sie werden mir es mit dem, „welches ich hier beifüge, morgen um acht Uhr früh nach der Stadt „zurücksenden, um es mit dem Berichte, den ich behalte, dem Kaiser „zu zeigen. Niemals habe ich der Abtretung der Krim beigepflichtet; „er war es, der mir dieß öfter wiederholte und noch hinzufügte: Wer „wird sie Rußland wieder entreißen? Als ich diese Schwierigkeit zu„gab, bemerkte ich gleichzeitig, daß auch die anderen Bedingungen „solche seien, denen man sich keineswegs zu fügen vermöchte. Wir „könnten uns auf diese Weise zu nichts Anderem herbeilassen als einen „Congreß auf Grundlage des gegenwärtigen Besitzstandes vorzu„schlagen. Ich sagte noch daß ich besorgte, einen Krieg entbrennen „zu sehen, grausamer als alle die ich bisher zu erdulden gehabt habe, „daß es selbst dem Könige nicht willkommen sein könnte, Rußland so

„mächtig zu sehen, und daß er allein es zur Vernunft zu bringen „vermöchte. Da war es daß Rhode mir entgegnete, der König habe „Rücksicht auf Rußland zu nehmen, wir aber könnten nachdrücklicher „zu ihm reden. Ich antwortete jedoch, wir würden zu Allem recht „gern bereit sein, wenn auch nur der König zu der Pforte eindring„licher spräche, um die Dinge zu einem besseren Ende zu führen. „Mir scheint es als ob der König bisher noch keinen feststehenden „Entschluß gefaßt habe, und ich finde nicht so viel Arglist in seinen „Versicherungen wie van Swieten. Ich muß Ihnen nur noch be„merken, daß wir nicht im Stande sind den Krieg zu führen, ja „auch nur Demonstrationen vorzunehmen. Das Fehlschlagen der „Ernte, die Krankheiten, der Mangel an Geld, das sind wirkliche „Hindernisse, die man nicht in Abrede stellen und nicht beseitigen „kann. So müssen wir ernstlich daran denken, aus all dem so wenig „schlecht als nur immer möglich herauszukommen; die Türken und die „Convention mit ihnen verursachen mir größere Verlegenheit als „alles Andere. Nur in Sie setze ich mein ganzes Vertrauen, daß Sie „mich aus der Sache ziehen und diese Monarchie, die uns so viel „Sorgen und Mühen gekostet hat, vor dem gänzlichen Verfalle er„retten werden" [427]).

Wie dieß in Augenblicken, in denen sehr wichtige politische Fragen zur Entscheidung kommen sollten, mit stets sich erneuernder Regelmäßigkeit sich zutrug, erörterte Kaunitz dieselben auch jetzt in einer eigenen umfangreichen Denkschrift. Um sie leichter übersehbar zu machen, theilte er sie in zwei verschiedene Abschnitte; in dem einen verbreitete er sich über das, was bereits geschehen war und suchte es nach allen Seiten hin als das Richtige und Zweckmäßige darzustellen; nur die Besetzung der polnischen Grenzdistricte tadelte er und erklärte, diese Umwandlung der bloß zu Oesterreichs Sicherheit getroffenen Maßregel, einen Grenzcordon zu ziehen, in einen Vergrößerungsplan sei ganz gegen seinen Willen erfolgt. In dem zweiten Theile seiner Denkschrift aber besprach er das, was nun zu thun sei, und mit dieser Seite der Frage allein werden wir uns zu beschäftigen haben. Jedoch wollen wir hiebei nicht der Darstellung des Staatskanzlers, welche im Wesent-

lichen darauf hinauslief, daß man auf dem bisher eingeschlagenen Wege auch fortan verharren solle, sondern dem Gutachten folgen, welches Joseph über die in dreizehn verschiedene Punkte gekleideten Anträge des Fürsten Kaunitz zu Papier brachte.

Nach seiner Meinung gebe es, ließ der Kaiser sich vernehmen, überhaupt nur drei mögliche Fälle, wie diesem Kriege durch einen Friedensschluß ein Ende gemacht werden könne. Entweder beide streitende Theile schließen den Frieden, ohne daß einer von ihnen wesentliche Vortheile erlange. So wünschenswerth dieß auch wäre, so unwahrscheinlich, ja unmöglich sei es jedoch. Denn Rußland werde niemals allen von ihm schon errungenen und ihm nicht mehr zu entreißenden Gewinn freiwillig aufgeben und der Gefahr sich aussetzen, von der Pforte immer wieder von Neuem angegriffen zu werden.

Der zweite und natürlichste Fall bestünde darin, daß Rußland nur einige mäßige Vortheile, die Pforte aber, durch Oesterreich allein vom Untergange gerettet, einen leidlichen Frieden erhielte. Sie müßte ihre Convention mit dem Kaiserhofe erfüllen, in Polen aber bliebe Alles beim Alten. Rußland würde durch Oesterreichs Verzichtleistung auf die von ihm besetzten polnischen Grenzdistricte — mit Ausnahme der Zips und der gleichfalls zur Wiedereinlösung geeigneten Herrschaft Lublo — dazu vermocht, in Gemeinschaft mit Oesterreich jegliche Theilung Polens hintanzuhalten. Auf diesem Wege würde zwar Rußland einigen Zuwachs erlangen, die Pforte aber ganz in Oesterreichs Arme getrieben und für immer mit Preußen entzweit werden. Oesterreich sähe nicht nur sein politisches Ansehen vermehrt, sondern es käme auch in Besitz der kleinen Walachei und der übrigen in der Convention mit der Pforte ausbedungenen Vortheile. Die Einlösung der dreizehn Zipser Städte würde geschehen, Polen in seinen früheren Zustand zurückversetzt, der König von Preußen aber durch Rußland an jeglicher Gebietserwerbung gehindert und daher allein leer ausgehen müssen. Solches wäre vielleicht durch unmittelbare Verständigung mit Rußland und mit Umgehung Preußens zu erreichen.

Ein dritter Ausweg läge darin, daß der Gewinn, welcher bei Beendigung des Krieges der einen oder der andern Macht zufallen

sollte, so ziemlich gleich und auch den übrigen benachbarten Staaten zuzuwenden wäre. Erhielte somit Rußland ansehnlichen Zuwachs, so müßten auch Oesterreich und Preußen sich eines solchen erfreuen. Dann aber entstünde die Frage, ob es für Oesterreich vortheilhafter wäre, sich auf Kosten der Türkei oder auf diejenigen Polens zu vergrößern. Wolle man letzteres thun, dann gebe es kein anderes Mittel als mit Preußen und Rußland offen zu reden, sich mit ihnen über einen förmlichen Theilungstractat zu vereinbaren und ihn dann gemeinschaftlich den Polen und den Türken zur Zustimmung vorzulegen [428]).

Der von dem Kaiser empfohlene zweite Weg führte, wie man sich leicht überzeugt, zu nicht viel Anderem als zu dem auch von Kaunitz gewünschten Festhalten an dem bisher befolgten Verfahren. Die erst vor Kurzem ausgesprochene Behauptung, daß ein plötzlicher Systemwechsel in Wien jetzt mit einem Schlage die Situation völlig verändert habe [429]), ist daher ganz aus der Luft gegriffen. Denn auch Maria Theresia blieb nur bei ihren jederzeit gleichmäßig festgehaltenen Ansichten stehen, indem sie dem in den Hauptpunkten übereinstimmenden Gutachten ihres Sohnes und des Staatskanzlers ihre Genehmigung ertheilte.

„den in der beyliegenden meinung des Kaysers vorgeschlagenen „anderten ausweeg begnehmige vollkommen", so lauten ihre eigenhändig niedergeschriebenen Worte, „wornach also überall unsere sprache „und politische handlung zu richten sein wird. überhaubt wird auf des „Fürsten erprobten eyffer und geschicklichkeit das vollkommene vertrauen „gesetzt, das er allerseits diejenige mitteln einschlagen wird, die einen „uns angenehmen friden zwischen beeden Kriegsführenden theillen je „ehender je besser zu stand bringen könten, wie auch unsere ausgaben „sichergestelt wurden."

In welch hohem Maße Maria Theresia befriedigt war über die Uebereinstimmung der wechselseitigen Ansichten, und wie sie persönlich dachte über diese Fragen, geht vielleicht noch deutlicher aus einem kurzen Briefchen hervor, welches sie gleichzeitig an Kaunitz richtete. „Ich bin wahrhaft erfreut", schrieb sie ihm in jenen Tagen, daß auch

„Sie für Numero zwei sind, und ebenso freudig als ruhig sehe ich „Alles in Ihrer Hand; ich habe mich immer wohl dabei befunden. „Keinen Krieg, kein Abirren von unserem System, kein gänzliches „im Stiche lassen der Türken und kein Geld"[430]).

War der Zielpunkt, auf welchen Joseph und Kaunitz zusteuern wollten, so ziemlich der gleiche, so muß dagegen der Weg, den sie zu diesem Ende einzuschlagen gedachten, ein durchaus verschiedener genannt werden. Nach der Meinung des Staatskanzlers war vorerst eine Verständigung mit Preußen, nach derjenigen Josephs eine solche mit Rußland zu suchen. Aber mit letzterer meinte man sich in Wien, als ihr Maria Theresia den Vorzug gegeben hatte, keineswegs übereilen zu sollen. Offenbar wollte man abwarten, bis in Folge des Eintrittes der ungünstigen Jahreszeit der Feldzug beendigt sei, um dann dessen Ergebniß leichter übersehen zu können. Und es kam den Absichten des Kaiserhofes in gewissem Sinne zu Gute, daß man in Constantinopel, als dort die russischen Friedensvorschläge unmittelbar und ohne Dazwischenkunft eines dritten Staates bekannt wurden, sie mit Nachdruck zurückwies und erklärte, nun und nimmermehr auf dieselben eingehen zu wollen und zu können. Man hoffte daß diese energische Sprache in St. Petersburg und in Berlin einen tiefen Eindruck hervorbringen werde[431]).

Ganz unbenützt hatte jedoch Kaunitz die Zwischenzeit auch nicht verstreichen lassen. Mehr und mehr trachtete er sich dem russischen Gesandten Fürsten Galitzin zu nähern, um ihn allmälig vorzubereiten auf die wichtigen und mit äußerster Sorgfalt geheim zu haltenden Mittheilungen, die ihm zu machen sein würden. Am 24. October 1771 berief er ihn endlich zu einer vertraulichen Unterredung zu sich. Er las ihm zuerst die Antwort auf die letzte russische Erklärung vor; sie sollte am folgenden Tage dem Fürsten Lobkowitz zur Uebergabe an den Grafen Panin zugesendet werden. Der Form nach hielt sie sich ganz an die aus Rußland eingelangte Mittheilung; sie wurde daher gleichfalls als eine Darstellung der persönlichen Anschauungen des Kaisers und der Kaiserin bezeichnet[432]). Der Sache nach enthielt sie nicht viel Anderes als eine in die verbindlichsten Ausdrücke gekleidete

Wiederholung der Beweggründe, in deren Anbetracht es dem Kaiserhofe durchaus unthunlich erscheine, die Friedensvorschläge Rußlands in Constantinopel auch nur vorzulegen, geschweige sie zu unterstützen. Von Neuem wurde Katharina beschworen, ihre Begehren zu mäßigen und Bedingungen aufzustellen, bei denen die Möglichkeit der Annahme nicht schon von vorneherein mit solcher Bestimmtheit ausgeschlossen wäre als bei den bisherigen.

Unendlich viel wichtiger waren jedoch die Erläuterungen, mit denen Kaunitz die Vorlesung der österreichischen Antwort dem Fürsten Galitzin gegenüber begleitete. Für so außerordentlich bedeutsam sah man dieselben an, daß Kaunitz sich nicht nur deren strengste Geheimhaltung gegen Freund und gegen Feind aufs dringendste erbat, sondern daß er sogar erklärte, wenn der Hof von St. Petersburg dem nicht getreulich nachkommen wollte, werde von österreichischer Seite Alles in Abrede gestellt und als bloße Erdichtung bezeichnet werden.

Nachdem er sich in diesem Sinne geäußert, erneuerte Kaunitz die Versicherung, daß der Kaiserhof aufrichtig wünsche, den Frieden bald wiederhergestellt zu sehen und sich in dieser Beziehung der russischen Regierung gefällig zu bezeigen. Kein Neid, keine heimliche Abneigung oder Mißgunst über den glücklichen Fortgang der russischen Waffen fänden bei dem Kaiser und der Kaiserin Eingang. Bereitwillig würde vielmehr von ihnen erkannt, daß diese Erfolge es weder recht noch billig erscheinen ließen, Rußland in dem künftigen Frieden gar keine Vortheile zuzuwenden. Aber dieselben müßten von der Art sein, daß durch sie das gegenwärtig bestehende Gleichgewicht der Macht nicht allzu sehr erschüttert würde. Dann könnten sie auch von dem Wiener Hofe unterstützt und von der Pforte angenommen werden.

Als derlei annehmbare Friedensbedingungen bezeichnete Kaunitz die Ueberlassung der Stadt Asow mit ihrem Gebiete und der beiden Kabardeien an Rußland. Außerdem sollte dieser Staat das Recht der freien Schifffahrt und des Handels auf dem Schwarzen Meere, jedoch nur mit Kauffahrteischiffen, die Befugniß zur Anlegung von Grenzfestungen, und endlich eine angemessene Geldsumme erhalten.

Ausdrücklich müßte hiebei betont werden, daß in Polen so bald als nur immer möglich die Ruhe wiederhergestellt und dieses Reich bei seiner früheren Verfassung und in der Ausdehnung, die es vor dem Kriege besessen, ohne Lostrennung irgend welchen Gebietstheiles belassen, daß endlich der König auf seinem Throne geschützt werden solle. Sobald Rußland und Preußen in diesem Sinne das Entsprechende gethan, werde Oesterreich die von ihm besetzten polnischen Gebietstheile mit Ausnahme der Zipser Städte unverzüglich räumen.

Man gebe zu, ließ sich Kaunitz weiter vernehmen, daß auch noch ein zweiter Weg vorhanden sei, den Frieden herbeizuführen. Er bestünde darin, daß Rußland nicht nur sich und dem ihm verbündeten Preußen, sondern auch Oesterreich ungefähr gleichmäßige Vortheile zuwenden wollte, so daß hiedurch das Gleichgewicht nicht zerrüttet, sondern vielmehr aufrecht erhalten würde. Allerdings sei dieses Mittel, zur Pacification zu gelangen, nicht als unmöglich und auch nicht als unstatthaft anzusehen, weßhalb sich der Kaiserhof auch der Ausführung eines derartigen Theilungsvertrages nicht widersetzen würde. Aber man könne sich doch in Wien der Ueberzeugung nicht verschließen, daß dieses Mittel ein ungemein schwieriges, daß es wegen seiner Folgen sehr großen Hindernissen und Bedenken unterworfen und es daher sowohl dem russischen als auch dem österreichischen Staatsinteresse bei weitem am angemessensten sei, wenn der zuerst vorgeschlagene Weg gewählt würde [433]).

Man sieht wohl daß auch jetzt wieder die an Rußland gerichtete Erklärung nicht so sehr dem Standpunkte der Kaiserin selbst als den Anschauungen Josephs und denjenigen des Fürsten Kaunitz entsprach. Der lebhafte Wortstreit, in welchen der Letztere mit Galitzin über die Frage sich einließ, ob die Krim freizugeben oder neuerdings der Pforte unterzuordnen sei, beweiset dieß gleichfalls. Am unwiderleglichsten aber geschieht es durch den Umstand, daß jetzt von österreichischer Seite eine gewisse Bereitwilligkeit an den Tag gelegt wurde, nöthigen Falles sogar auf einen Theilungsvertrag einzugehen, während doch Maria Theresia eine solche Zumuthung bisher stets mit Entrüstung zurückgewiesen hatte.

Waren die mündlichen Bemerkungen des Staatskanzlers nur für Galitzin allein bestimmt, so wurde die schriftliche Antwort des Kaiserhofes an Rußland nicht nur in St. Petersburg, sondern auch dem Könige von Preußen mitgetheilt. Indem er van Swieten mit dem hiezu erforderlichen Auftrage versah, schrieb ihm Kaunitz, daß Rhode die Aeußerung der Kaiserin wegen der Freigebung der Krim ohne Zweifel mißverstanden und Maria Theresia sich beeilt habe, den preußischen Gesandten hierüber nachträglich aufzuklären. Er versicherte ihn, daß die Pforte in ihrer gegenwärtigen, wenngleich bedauerlichen Lage gewiß nicht dahin zu bringen sein würde, sich in den Verlust der Krim und in den der Donaufürstenthümer zu fügen. Um gleichwohl dem Kriege ein Ende zu machen, möge Rußland durch den König von Preußen zur Ermäßigung seiner Forderungen vermocht werden[434]).

Als Kaunitz in diesem Sinne an van Swieten schrieb, hatte er keine Ahnung davon, wie eifrig schon seit der Rückkunft des Prinzen Heinrich aus Rußland zwischen diesem Staate und Preußen über den von König Friedrich so lebhaft verfolgten Plan einer beiderseitigen Gebietserwerbung auf Kosten Polens verhandelt worden war. In dem Augenblicke, in welchem van Swieten Audienz bei dem Könige erhielt, stand der Letztere auf dem Punkte, seine Verabredungen mit Rußland eine bestimmte Form annehmen zu sehen. Da in Folge derselben Rußland gegründete Aussicht besaß auf beträchtliche Erwerbungen in Polen, ließ es sich hinsichtlich seiner Forderungen an die Türkei nachgiebiger erfinden. König Friedrich eröffnete dem Freiherrn van Swieten, daß Rußlands Begehren, die Pforte müsse auf die Donaufürstenthümer Verzicht leisten, schon so gut wie aufgegeben sei. Ja er ließ sogar die Möglichkeit durchschimmern, Aehnliches könnte auch in Bezug auf die Krim geschehen. Aber er deutete gleichzeitig an, daß Rußland sich für das, was es nach dieser Seite hin fahren lasse, auf Kosten Polens entschädigen werde[435]).

Ungleich weniger verhüllt war die Antwort, welche jetzt von russischer Seite dem Wiener Hofe ertheilt wurde. Beide von dem Letzteren angedeutete Wege zur Friedensstiftung wurden ausführlich erörtert. Vorerst bemühte man sich, die Vortheile, welche nach der

Auffassung Oesterreichs dem russischen Reiche bei dem Friedensschlusse zugewendet werden sollten, als solche hinzustellen, denen kaum irgendwelcher Werth beizulegen sei. Die Stadt Asow existire seit dem letzten Kriege nicht mehr, und ihr zu einer Wüste umgewandeltes Gebiet habe Rußland niemals verloren noch der Pforte überlassen, sondern nur auf dessen Benützung verzichtet. Was man unter den beiden Kabardeien zu verstehen habe, wisse man außer Rußland fast nirgends; nur in St. Petersburg vermöge man deren wahren Werth zu beurtheilen; er sei so gering, daß man ohne Selbstverleugnung das Eigenthumsrecht über sie der Pforte zusprechen lassen würde. Die Gewährung der Handelsfreiheit sei ebenfalls nicht als ein Zugeständniß von besonderer Wichtigkeit anzusehen; die Vortheile eines solchen Verkehrs würden ja auch den Türken zu Gute kommen. Eine Entschädigung für die Kriegskosten wäre gewiß willkommen, aber kein Staat würde das Blut von Tausenden seiner Unterthanen bloß gegen Geldsummen aufopfern. Rußland wenigstens werde sich nie zu einer solchen Anschauung bekennen.

Nachdem man von Seite Rußlands den Beweis geführt zu haben glaubte, daß die Vortheile, welche Oesterreich ihm zudachte, eigentlich als solche nicht gelten könnten, wandte sich Panin in seiner Depesche an Galitzin[436]) zu dem Begehren des Kaiserhofes, daß die Integrität Polens aufrecht erhalten werde. In demselben Augenblicke geschehe dieß, sagte Panin, in welchem Oesterreich seine eigenen Ansprüche auf die von ihm besetzten Districte zur Geltung bringen wolle. Auch Rußland und Preußen könnten auf polnische Gebiete Ansprüche erheben. Wenn Oesterreich mit beiden Mächten in Verhandlungen treten wolle zu gemeinschaftlicher Feststellung und Durchführung ihrer wechselseitigen Rechte, so sei man auch in St. Petersburg zu einem solchen Schritte bereit und werde sich bemühen, den König von Preußen hiezu gleichfalls zu bestimmen.

Während Panin in diesem Sinne an den Fürsten Galitzin schrieb, beschränkte sich die Mittheilung, welche Lobkowitz gemacht wurde, einzig und allein auf die Friedensbedingungen. Die Kaiserin Katharina erbot sich, die Donaufürstenthümer der Pforte gegen eine Kriegsentschädigung

zurückzustellen, jedoch müsse ihr Oczakow oder wenigstens Kinburn verbleiben, wogegen Bender ebenfalls zurückzugeben wäre. Die Forderung der Freigebung der Tartaren wurde erneuert und noch hinzugefügt, daß Rußland zum Abschlusse eines Waffenstillstandes bereit sei und sich Oesterreichs gute Dienste hiezu erbitte[437]).

Eine fast gleichlautende Mittheilung über diese Forderungen Rußlands machte auch der König von Preußen dem Freiherrn van Swieten. Er meinte daß die Pforte wohl schwerlich auf dieselben eingehen werde. Bald aber brachte er die Sprache auf die Entschädigungen, welche man Rußland auf Kosten des Königreiches Polen zugestehen könnte. Es handle sich, so behauptete er, bloß um einige wenig beträchtliche Landstriche in der Gegend von Smolensk. Er kam auf die Zips und die von Oesterreich besetzten polnischen Grenzdistricte zu sprechen, welche der Kaiserhof, wie Friedrich sagte, ruhig für sich behalten möge. Es schien nicht viel Eindruck auf den König hervorzubringen, als van Swieten sich neuerdings bemühte, ihm begreiflich zu machen, welch gewaltiger Unterschied zwischen einer einfachen Wegnahme und der von Oesterreich beabsichtigten Einlösung der Zips bestehe, während es auch seine Rechte auf die angrenzenden Starostien nur im Wege der Verhandlungen mit Polen zur Geltung zu bringen gedenke. Durch das ganze Gespräch wurde van Swieten in der Ueberzeugung bestärkt, daß Friedrich den Augenblick als geeignet betrachte, seine Absichten auf Polnisch-Preußen ohne Gefahr zu verwirklichen. Hierauf allein sei wohl sein Hauptaugenmerk gerichtet[438]).

Zwei bedeutungsvolle Umstände dürfen nicht außer Acht gelassen werden, wenn man sich die Lage recht deutlich vergegenwärtigen will, in welcher der Wiener Hof sich bei dem Empfange dieser Nachrichten aus Berlin und aus St. Petersburg befand. Noch im Spätherbste hatten die russischen Waffen glänzende Erfolge gegen die Osmanen errungen. An einem und demselben Tage, dem 20. October 1771 waren zwei türkische Armeecorps, das eine von General Miloradowitsch bei Matschin, das andere von General Weißmann bei Tultscha angegriffen und in die Flucht geschlagen worden. Eine Unternehmung des Seraskiers Muhsinsade auf das von den Russen besetzte Bukarest

mißglückte, und General Essen trieb ihn mit Verlust von mehreren tausend Mann nach Giurgewo zurück. Unerhört seien die Erfolge der Russen, schrieb Maria Theresia an Kaunitz, und sie fühle sich durch dieselben in die größte Aufregung versetzt [439]).

Noch viel wichtiger war es, daß man in Wien endlich Nachricht erhalten hatte über den Stand der Verhandlungen zwischen Preußen und Rußland wegen der von beiden Mächten beabsichtigten Theilung Polens. Und in der That waren Friedrich und Katharina schon auf dem Punkte, zu einer definitiven Vereinbarung zu gelangen. Mit alleiniger Ausnahme von Danzig hatte Rußland dem Könige von Preußen alle von demselben geforderten Zugeständnisse gemacht. Sie betrachte diese Angelegenheit schon als beendigt, schrieb ihm Katharina am 6. December 1771 [440]). Und da Friedrich in der That auf das Begehren wegen Danzig verzichtete, so schien kein Hinderniß mehr zu bestehen gegen den Abschluß des Theilungsvertrages zwischen den beiden verhandelnden Mächten.

Man weiß daß Kaunitz die politischen Denkschriften, durch welche er sich von der Kaiserin Verhaltungsbefehle erbat, fast ausnahmslos mit einer Rechtfertigung dessen begann, was von seiner Seite bisher geschehen war. Auch jetzt that er dieß und er erklärte sich genau an die Vorschrift gehalten zu haben, welche ihm Maria Theresia in den letzten Tagen des September ertheilt habe. Sie sei darauf berechnet gewesen, einen Frieden zwischen Rußland und der Pforte herbeizuführen, durch welche die Letztere nicht zu sehr geschwächt und Ersteres nicht übermäßig vergrößert würde. Außerdem wollte man die Integrität Polens aufrecht erhalten, die Absicht des Königs von Preußen, im Trüben zu fischen, so viel als nur immer möglich vereiteln und gleichzeitig dem Hause Oesterreich diejenigen Vortheile verschaffen, welche die Convention mit der Pforte ihm in Aussicht gestellt habe.

Es sei nicht zu zweifeln, daß ein solcher Ausgang des Krieges für Oesterreich der vortheilhafteste und sogar weit beträchtlicheren Gebietserwerbungen vorzuziehen gewesen wäre. Trotz aller hiegegen obwaltenden Hindernisse habe man auf ein derartiges Ergebniß mit

einiger Wahrscheinlichkeit hoffen dürfen. Durch das für Rußland so außerordentlich günstige Resultat des Feldzuges sei jedoch diese Erwartung zu nichte geworden. So sehr hätten sich die Verhältnisse der Pforte verschlimmert, daß es ihr künftighin unmöglich sein werde, den Krieg mit dem erforderlichen Nachdrucke fortzusetzen; ja selbst wenn sie sich hiezu entschlösse, wäre ihr das ernstlich zu widerrathen. Aber die Nothwendigkeit hiezu werde kaum eintreten, denn wenn die bisherige Hoffnung der Pforte, durch Oesterreichs eifrige Bemühungen in St. Petersburg zu einem leidlichen Frieden zu gelangen, nur einmal völlig gescheitert sein würde, dann werde ihr auch der Muth gänzlich entsinken und sie werde willig die Hand bieten zu dem von Rußland vorgeschlagenen Waffenstillstande und einem Friedenscongresse. Ja es sei wahrscheinlich, daß sie auch den von Rußland und Preußen ausgehenden Verdächtigungen Oesterreichs um so eher Gehör geben werde, als sie beabsichtigen könnte, sich in solcher Weise die Erfüllung ihrer Zusagen an Oesterreich, wenigstens insofern es um die Auszahlung der noch rückständigen Subsidien sich handle, zu ersparen.

Daß Oesterreich sich von Rußlands feindseliger Gesinnung nichts Gutes versprechen, und daß es auch auf den König von Preußen nicht zählen dürfe, dessen ganzes Thun und Trachten auf nichts Anderes gerichtet sei, als sich möglichst ausgiebige Gebietserwerbungen in Polen zu sichern, meinte Kaunitz mit Recht als bekannt voraussetzen zu können. Inzwischen hätten sich jedoch Rußland und Preußen über die von ihnen wegzunehmenden polnischen Landstriche sowie über das Versprechen, daß König Friedrich zur Durchführung dieses Planes nöthigen Falles mit gewaffneter Hand behülflich sein werde, bereits geeinigt. Wie sehr es ihnen Ernst damit sei, gehe aus Rußlands letzter Antwort und aus den Aeußerungen des Königs von Preußen hervor. Man könne sich nicht länger darüber täuschen, daß der von österreichischer Seite angedeutete und als besonders wünschenswerth bezeichnete Weg, demzufolge der Pforte ein billiger Friede zuzugestehen und Polen in seinem bisherigen Umfange zu belassen sei, keinen Beifall bei ihnen finde. Eine beiderseitige Vergrößerung hätten sie im Auge, welche auf Kosten Polens geschehen und bei der auch Oesterreich einen verhältnißmäßigen Antheil erhalten sollte.

Vier Sätze waren es, welche Kaunitz aus dem bisher Gesagten als unanfechtbare Folgerungen ableiten zu dürfen glaubte. Die längere Fortsetzung des Krieges müsse nicht nur der Türkei, sondern auch dem Gleichgewichte der übrigen Mächte unter einander zu augenscheinlichem Verderben gereichen, weßhalb noch vor Eröffnung des künftigen Feldzuges entweder der Friede Rußlands mit der Pforte oder ein geheimes Einverständniß und ein Theilungsvertrag zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland zu Stande zu bringen wäre. Die Herbeiführung eines Krieges mit beiden zuletztgenannten Mächten zugleich würde insbesondere bei der gänzlichen Entkräftung der Pforte die unglücklichste Begebenheit sein, welche dem Hause Oesterreich nur immer zu widerfahren vermöchte. Die Festsetzung Rußlands am Schwarzen Meere und die Erreichung der von ihm angestrebten Vortheile in Polen müsse man als nicht mehr zu verhindernde Eventualitäten betrachten. Ebensowenig werde man es abwenden können, den König von Preußen in den Besitz der ihm von Rußland zugedachten Erwerbungen gelangen zu sehen.

Es ergebe sich hieraus von selbst, fährt Kaunitz fort, daß sich unter so gänzlich veränderten Verhältnissen der im September vorgezeichnete Plan nicht mehr ausführen lasse, sondern daß ein neuer, den vorhandenen Thatsachen angepaßter an dessen Stelle gesetzt werden müsse. Wenn das Haus Oesterreich nicht dem widrigen Schicksale preisgegeben werden solle, daß nicht nur die Macht Rußlands und Preußens gleichmäßig und sehr beträchtlich vergrößert, sondern auch sein eigenes Ansehen und sein Einfluß empfindlich geschmälert werde, so bleibe nichts Anderes mehr übrig, als an einen Theilungsvertrag zu denken, bei welchem auch Oesterreich in angemessener Weise berücksichtigt und daher das Gleichgewicht zwischen den drei Mächten aufrecht erhalten würde. Fände dieser Gedanke den Beifall der Kaiserin, dann komme es vor allen Dingen auf die Entscheidung der zwei Hauptfragen an, worin die Theilung unter den drei Mächten eigentlich bestehen und in welcher Weise der zu diesem Ende festzustellende Plan vorzubereiten und durchzuführen wäre. In ersterer Beziehung müsse man sich vor Allem klar darüber werden, ob nur die Türkei, oder ob Polen allein, oder ob beide Staaten zugleich das Theilungsobject abgeben sollten.

Der Erörterung dieser Frage, in welche sich nun Kaunitz vertieft, legt er einen siebenfachen Vorschlag zu Grunde, der von dem russischen Contreadmiral Grafen Massin [441]) ohne Zweifel mit Vorwissen und Zustimmung seiner Regierung in Florenz mitgetheilt und von dort nach Wien gesendet worden war. Um sich ein richtiges Urtheil über die von Massin aufgestellten Alternativen und über das Gutachten zu bilden, welches Kaunitz ihrethalben abgab, wird es nöthig sein, sie der Reihe nach anzuführen und gleichzeitig der Bemerkungen Erwähnung zu thun, mit denen sie Kaunitz begleitete.

Dem ersten Vorschlage zufolge sollte die Vergrößerung Oesterreichs und Rußlands bloß auf Kosten der Türkei und zwar in der Weise erfolgen, daß Serbien, Bosnien, Türkisch-Dalmatien, Macedonien, Albanien und überhaupt alles türkische Land am adriatischen Meere bis nach Morea dem Hause Oesterreich, alle übrigen osmanischen Provinzen in Europa aber mit Einschluß Constantinopels und der Dardanellen dem russischen Reiche zu Theil werden sollten. Es war nicht gesagt, ob und in welcher Art man hiebei auch auf den König von Preußen Bedacht zu nehmen denke.

Durch diesen Vorschlag würde Rußland, bemerkte Kaunitz, eine so beträchtliche Vergrößerung und in Folge dessen eine so überwiegende Macht erhalten, daß es künftighin kaum durch die vereinigten Kräfte aller übrigen europäischen Staaten in Schranken gehalten werden könnte. Es würde noch überdieß die türkischen Provinzen in Asien umzingeln und sich daher dieselben im Laufe der Zeit gleichfalls zu unterwerfen im Stande sein. Die Oesterreich zugedachten Provinzen wären zwar ebenfalls beträchtlich. Wenn jedoch eine Theilung bewerkstelligt würde, durch welche Rußland mit seiner ganzen früheren und jetzt neu hinzukommenden Kraft der österreichischen Monarchie in den Rücken und die Flanke gelangen würde, dann wäre hiedurch ohne Zweifel weit mehr verloren als gewonnen. Denn eine kluge Regierung müsse in allen Fällen ihr Hauptaugenmerk auf die Selbsterhaltung richten. Und ein Staat sei nur insofern für reich und mächtig zu halten, als er nichts von seinen Nachbarn zu befürchten brauche. Da jedoch in dem gegebenen Falle gerade das Entgegengesetzte eintrete und Rußlands

Ueberlegenheit um so gefahrdrohender wäre, als man auf keine Unterstützung von anderen Mächten hoffen dürfte, wäre ein derartiger Theilungsplan gänzlich zu verwerfen.

So wie der erste, fußte auch der zweite Vorschlag auf dem Gedanken einer völligen Vertreibung der Türken aus Europa. Doch sollten ihre Besitzungen daselbst jetzt nicht mehr zwischen Oesterreich und Rußland allein getheilt, sondern ihrer Mehrzahl nach zur Errichtung eines unabhängigen Königreiches verwendet werden, dessen erstes Oberhaupt von der Kaiserin Katharina einzusetzen wäre. Die ausdrückliche Bedingung müsse aufgestellt werden, daß das neue Reich nie und in keiner Weise von Rußland abhängig sein und noch weniger mit diesem Staate vereinigt werden dürfe. Ganz Macedonien, Albanien, die übrigen Provinzen bis an die Landzunge von Morea, ganz Rumelien mit der Hauptstadt Constantinopel, die meisten Inseln des Archipels, endlich die gegenüber liegenden asiatischen Küsten und Provinzen würden das neue Königreich bilden. Oesterreich hätte das türkische Dalmatien, Bosnien, Serbien, die österreichische Walachei und Bulgarien, somit die Länder zwischen dem Adriatischen und dem Schwarzen Meere zu erhalten. Rußland bekäme Asow mit seinem Gebiete, die beiden Kabardeien, den Kuban, die tartarischen Länder mit Ausnahme der Krim, welche freizugeben wäre, endlich Oczakow und Kinburn nebst der freien Schifffahrt im Schwarzen Meere und im Archipel. Morea könnte entweder einem österreichischen Erzherzog, oder wenn vielleicht eine solche Verfügung für das Kaiserhaus allzu vortheilhaft erschiene, der Republik Venedig gegen die Verpflichtung zu Theil werden, ihre Land- und Seemacht zur Vertreibung der Türken mit anzuwenden und gleichzeitig die ihr gehörigen Provinzen Istrien und Friaul an Oesterreich abzutreten. Ob Candia und Cypern oder eine dieser beiden Inseln dem Großherzoge von Toscana, ob Rhodus den Maltesern zuzuwenden wäre, wurde noch als offene Frage betrachtet. Da jedoch der König von Preußen eine solche Vertheilung des ganzen türkischen Reiches unmöglich gelassen mit ansehen und noch weniger hülfreiche Hand dazu bieten würde, wenn er nicht gleichfalls eine angemessene Vergrößerung erhielte, so würden ihm Ermeland, Pommerellen und allenfalls auch

Polnisch-Preußen, jedoch mit Ausnahme der Stadt Danzig und ihres Gebietes sowie der Zölle auf der Weichsel zuzuweisen sein. Polen als der „unschuldige dritte Theil" erhielte hiefür die Moldau, die Walachei mit Ausnahme des an Oesterreich zurückfallenden Gebietes, endlich Bessarabien und die übrigen Landstriche bis an die russische Grenze.

Dieser zweite Vorschlag schien dem Staatskanzler weit beachtenswerther und annehmbarer als der erste zu sein. Denn der Zuwachs an Macht, welchen Rußland erhielte, wäre nur ein mäßiger zu nennen, während dagegen die Vergrößerung Oesterreichs eine noch beträchtlichere sein würde. Wenn Constantinopel und die griechischen Lande weder Oesterreich noch Rußland, sondern einem Dritten zufielen, so dürfte auch die Eifersucht Englands und Frankreichs wegen ihres Handels nach der Levante leicht zu beruhigen oder doch wenigstens so weit zu beschwichtigen sein, daß keine schwer zu besiegenden Hindernisse entstehen, sondern die Verabredungen zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen wohl in Erfüllung gehen könnten. Wenn man also, meinte Kaunitz, diesen Vorschlag reiflich erwäge, so scheine er für sämmtliche Betheiligte passend, dem Interesse des Hauses Oesterreich ganz besonders entsprechend und zugleich in der Ausführung leicht und sicher zu sein.

Wäre es allzu bedenklich, so lautete die dritte Proposition, auf die gänzliche Vertreibung der Türken aus Europa auszugehen, oder sollte in Folge unvorhergesehener Zufälle eine solche Absicht nicht zu erreichen sein, sondern Constantinopel im Besitze der Pforte verbleiben, dann könnte es bei den Vortheilen, welche Rußland bereits errungen, nicht schwer fallen, die Türken wenigstens von dem linken Ufer der Donau zu verdrängen und ihnen Dalmatien, Bosnien und Serbien abzunehmen. Die letzteren Provinzen würden Oesterreich zufallen, während Rußland die von ihm angestrebten Erwerbungen am Schwarzen Meere und Preußen die gewünschte Vergrößerung in Polen erhielte. Letzteres wäre hiefür durch die Moldau und die Walachei zu entschädigen.

Kaunitz deutet darauf hin, daß auch dieser dritte Vorschlag gleich den beiden früheren von der Voraussetzung ausgehe, Oesterreich werde im Vereine mit Rußland die Pforte bekriegen. Da er sich außerdem

nicht eingehender ausspricht über diesen Antrag, so wird man wohl annehmen dürfen, er habe das günstige Urtheil, das er über den zweiten Vorschlag gefällt, auch auf den dritten übertragen. Er wendet sich jedoch jetzt von den Projecten, denen der Gedanke zu Grunde lag, die beabsichtigte Vergrößerung nur auf Kosten der Pforte zu suchen, zu denjenigen, bei welchen auch Polen ins Mitleid gezogen wurde. Käme es hiezu, meinte Kaunitz, dann könne es bei den kleinen und wenig bedeutenden polnischen Landstrichen, die Oesterreich bisher in Besitz genommen habe, unmöglich verbleiben. Es müßte vielmehr zur unverbrüchlichen Regel gemacht werden, daß in dem ganz gleichen Maße, in welchem der König von Preußen eine Vermehrung an Land und Leuten in Polen erhielte, auch Oesterreich eine solche erlange. Außerdem wäre darauf anzutragen, daß Friedrich nicht nur den für ihn selbst, sondern auch den für Oesterreich auszuscheidenden polnischen Gebietstheil im Zusammenhange mit seinen übrigen Ländern erhielte, dagegen aber die Grafschaft Glatz und so viel von seinen schlesischen Besitzungen an Oesterreich abtrete, als der ihm für Rechnung Oesterreichs zufallende Antheil an polnischem Gebiete betrüge.

Indem er diesen Gedanken als den vierten Vorschlag bezeichnet, wendet sich Kaunitz zu dem nächsten, welcher darin bestand, daß wenn der König von Preußen nicht zu bestimmen sein sollte, die Grafschaft Glatz und einen verhältnißmäßigen Theil Schlesiens an Oesterreich gelangen zu lassen, er sich vielleicht dazu verstehen würde, dieß in Bezug auf die Markgrafthümer Anspach und Bayreuth, sei es ganz oder zu deren größerem Theile zu thun. Denn nach ihrer geographischen Lage würden sie in weit geringerem Grade für Preußen als für Oesterreich eine werthvolle Erwerbung sein; ja es seien Spuren vorhanden, daß Friedrich selbst schon vor längerer Zeit mit derlei Tauschideen sich beschäftigte. Ließe sich, wie wohl mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit anzunehmen sei, mit dem vierten und dem fünften Vorschlage bei Preußen nicht durchdringen, dann könnte der zu gewinnende Zuwachs für Oesterreich in der ganzen Walachei und dem am Schwarzen Meere liegenden Theile von Bessarabien bestehen. Der Rest dieser Provinz und die Moldau wären zu verwenden, um Polen für das-

jenige zu entschädigen, was es an Rußland und an Preußen abtreten solle.

Dieser sechste Vorschlag fand bei Kaunitz um so lebhafteren Anklang, als es ihm besonders erwünscht zu sein schien, daß hiebei die Pforte einen Theil der zur Vergrößerung der übrigen Mächte bestimmten Provinzen aufopfere, ohne daß um deßwillen Oesterreich gegen sie die Waffen ergreifen müsse. Ja das eigene Interesse der Türkei würde sie zwingen, zur Ausführung dieses Vorschlages sich bereit finden zu lassen. Denn es würde ihr in Gemäßheit desselben nicht mehr abgenommen, als was Rußland schon vor seinen letzten Erfolgen verlangt habe. Außerdem würde Oesterreich eine werthvolle Erwerbung und Polen eine angemessene Entschädigung für die ihm zugemutheten Abtretungen erhalten.

Wenn schließlich auch keine Aussicht auf Annahme und Verwirklichung dieses sechsten Vorschlages vorhanden sei, dann bliebe zuletzt nichts Anderes übrig, meinte Kaunitz, als daß die von Oesterreich erhobenen Ansprüche auf polnische Gebietstheile nach dem gleichen Maßstabe ausgedehnt würden, als dieß von Rußland und Preußen geschehe. Beide Mächte würden solches als billig betrachten und nach allem Anschein nicht erschweren. Es würde hiebei auf das ankommen, was Rußland und Preußen für sich verlangten, um hienach auch die von Oesterreich zu stellenden Begehren bemessen zu können.

Ganz deutlich erklärt Kaunitz diesen siebenten und letzten Plan bloß als einen Ausweg, der nur nach dem Fehlschlagen der übrigen betreten werden sollte [442]). Aus dieser Aeußerung sowie aus allem Uebrigen, was er über diese Theilungsvorschläge sagt, geht unzweideutig hervor, daß Kaunitz sich am liebsten für die Projecte entschieden hätte, durch welche nicht so sehr Polen als die Türkei zum Theilungsobjecte geworden wäre. Nicht nur die Vortheile schildert er der Kaiserin, welche es für Ungarn, Siebenbürgen und das Banat mit sich brächte, wenn sie für alle Zukunft von der gefährlichen Nachbarschaft dieses „barbarischen Erbfeindes" befreit würden, wodurch auch ihr innerer Werth beträchtlich zunähme. Die Grausamkeiten, welche die Türken ohne

Zweifel in Zukunft gegen die Christen ausüben würden, die sich in diesem Kriege auf Seite der Russen geschlagen hätten, seien des Mitleides und der Rücksicht der Kaiserin in hohem Grade werth. Ja es sei ihr jetzt die außergewöhnliche Gelegenheit geboten, sich ohne große Gefahr nicht nur selbst ansehnlichen Gewinn, sondern auch ein unendliches Verdienst um die ganze Christenheit zu erwerben. Allerdings habe die Pforte während der zwei langdauernden Kriege, welche Maria Theresia gegen Preußen zu führen gehabt, sich ruhig verhalten und die Gefahr Oesterreichs nicht zu Nutzen gemacht. Dieß sei jedoch nicht aus treuer Beobachtung der Friedensverträge, sondern hauptsächlich in der Besorgniß geschehen, gleichzeitig mit den Russen in Krieg zu gerathen. Solches werde durch den wichtigen Umstand bewiesen, daß sobald Zar Peter III. zur Regierung gelangt sei und der König von Preußen die Pforte versichert habe, daß Oesterreich nunmehr keinen Beistand von Rußland erwarten dürfe, das damalige türkische Ministerium sich allsogleich in Unterhandlungen eingelassen habe zur Zustandebringung eines Offensivbündnisses mit Preußen. Ja man sei damit fast bis zum Schlusse gelangt und habe schon wirklich ein Corps von fünfzehntausend Spahis aus Asien nach Belgrad gezogen und damit die von Truppen völlig entblößte Grenze Oesterreichs bedroht. Allzeit werde entweder die Pforte oder das „unschuldige Polen" die zur Befriedigung der drei Mächte erforderlichen Gebiete hergeben müssen; es wäre jedoch besser, wenn die Türkei als wenn Polen von diesem Schicksale heimgesucht würde.

Freilich werden auch die Gesichtspunkte, welche gegen eine Betheiligung Oesterreichs an den Vergrößerungsplanen überhaupt und gegen deren Verwirklichung auf Kosten der Pforte sprachen, von Kaunitz nicht ganz unerörtert gelassen. Aber indem er die Entscheidung über diese Fragen einzig und allein der Kaiserin anheimstellt, läßt er doch nicht undeutlich durchblicken, in welchem Sinne sie nach seiner Ansicht getroffen werden sollte. Er bespricht auch die Wege, die zur Verwirklichung des einmal gefaßten Entschlusses einzuschlagen wären. Der unmittelbaren Verständigung mit Preußen gibt er auch jetzt wieder den Vorzug vor derjenigen mit Rußland. Aber er verschweigt doch auch

nicht, daß wenn es vornehmlich um eine Vergrößerung Oesterreichs und Rußlands auf Kosten der Pforte sich handeln sollte, zuerst die Vereinbarung mit Rußland und dann erst diejenige mit Preußen gesucht werden müßte [443]).

Wie es seit Josephs Ernennung zum Mitregenten in Dingen von sehr großer Wichtigkeit immer geschah, theilte Maria Theresia auch jetzt wieder, bevor sie eine Entscheidung traf, die umfassende Arbeit des Staatskanzlers ihrem Sohne zur Begutachtung mit. Rasch kam der Kaiser dem Auftrage seiner Mutter nach; die Ansichten, die er ihr gegenüber entwickelte, waren jedoch von denen des Staatskanzlers völlig verschieden. Vorerst stellte er die Behauptung auf, daß vor der Hand für Oesterreich nichts vortheilhafter wäre als die Fortsetzung des Krieges zwischen Rußland und der Pforte. Einestheils sei es nicht wahrscheinlich, daß das Glück der Waffen den Türken sich zuwenden werde und daß sie das russische Heer aus den eroberten Gebieten wieder vertreiben könnten. Andererseits brauche man nicht zu besorgen, daß Rußland in einem künftigen Feldzuge seine Fortschritte noch weiter auszudehnen und dem osmanischen Reiche noch viel empfindlichere Nachtheile zuzufügen, ja dasselbe in seinen Grundfesten zu erschüttern vermöchte. Oesterreich aber habe bei der Fortführung dieses Krieges nichts zu verlieren, sondern im Gegentheile viel zu gewinnen. Man könnte nicht nur von allen Zufällen Nutzen ziehen, die sich etwa ereignen würden, sondern die gleichzeitige Schwächung beider streitenden Mächte werde für Oesterreich wohl den Anlaß darbieten zur Erlangung größerer Vortheile als bisher. Endlich müsse der König von Preußen die Subsidien an Rußland fortbezahlen. Außerdem werde er durch sein Schaukelsystem zwischen diesem Staate und Oesterreich wohl überall anstoßen, ja sich vielleicht mit Rußland, welches sich in der Erwartung ausgiebigen Beistandes von seiner Seite getäuscht sehen dürfte, entzweien und veranlaßt sein, sich in Oesterreichs Arme zu werfen, um mit dessen Hülfe seine Absichten leichter verwirklichen zu können.

Er sehe zwar ein, fährt Joseph fort, daß Oesterreich sich in Folge der Bedrängniß, welche durch Mißwachs und andere unglückliche

Zufälle über diesen Staat gekommen seien, in dem bevorstehenden Feldzuge nicht wohl an der Kriegführung betheiligen könne. Werde jedoch der Kampf zwischen Rußland und der Pforte noch fortgesetzt, dann werde man wohl im Jahre 1773 um so eher im Falle sein, handelnd einzugreifen und gegen den schwächeren und des Friedens bedürftigeren Staat mit Nachdruck aufzutreten. Denn in der Zwischenzeit werde die Pforte entweder die mit Oesterreich abgeschlossene Convention treulich erfüllen oder nicht. In dem ersteren Falle wäre man für die Kriegskosten reichlich bezahlt, in dem letzteren aber würde man vollständig freie Hand haben, gegen sie vorzugehen und ihr dasjenige Land abzunehmen, dessen Erwerbung für Oesterreich am erwünschtesten erschiene. Joseph räth daher zu rastloser Aneiferung der Pforte, die russischen Friedensbedingungen, ja sogar den angebotenen Waffenstillstand zu verwerfen. Man solle der Türkei nicht verhehlen, daß wenn Rußland und Preußen Mittel finden würden, sich so ansehnlich zu vergrößern, Oesterreich wohl in Verbindung mit ihnen treten, und wenn die Pforte der Convention entgegen handeln würde, sich veranlaßt sehen könnte, sie allsogleich mit Krieg zu überziehen und auf ihre Kosten eine verhältnißmäßige Gebietserwerbung zu erlangen. Dem Könige von Preußen wäre zu erklären, man sei von nun an fest entschlossen, Alles dasjenige, was er in Polen vornehmen werde, ebenfalls zu thun. Man möge jetzt schon Krakau, Sandomir und Lemberg, nach der anderen Seite hin aber Czenstochau besetzen. Gleichzeitig möge man öffentlich erklären, daß man den König von Polen auf dem Throne erhalten und alle von österreichischen Truppen besetzten Gebietstheile wieder verlassen wolle, wenn von Seite Rußlands und Preußens ein Gleiches geschähe. Hiedurch gewänne man für den übelsten Fall, und wenn die Pforte zur Fortsetzung des Krieges durchaus nicht zu bewegen sei, wenigstens so viel, daß man ein gutes Unterpfand besäße und sich nach Maßgabe des Antheils, welchen Rußland und Preußen sich von Polen zueignen würden, schon in dem Besitze eines nicht minder beträchtlichen Länderzuwachses befände und zu erhalten vermöchte. Allsogleich möge daher der Befehl zur Vorrückung in die jetzt neu zu besetzenden polnischen Gebiete an den Hofkriegsrath ergehen[144].

Man sieht wohl, wie wenig sich eigentlich der Kaiser an die Begutachtung der von Kaunitz erörterten einzelnen Punkte hielt, wie er dagegen mit neuen und sehr bedeutungsvollen Vorschlägen auftrat. Die Pforte mit allen nur immer ersinnlichen Mitteln zur Fortsetzung des Krieges zu treiben und gleichzeitig weit ausgedehnte Strecken polnischen Gebietes mit gewaffneter Hand zu besetzen, darin bestanden die beiden wichtigsten Punkte der Anträge Josephs. Nicht allzuschwer fiel es dem Staatskanzler, die Blöße derselben recht anschaulich zu machen. Er bewies, wie wenig begründet sowohl die Erwartung, bei einer Fortsetzung des Krieges könne Rußland keine großen Vortheile mehr erringen, als die Behauptung sei, Oesterreich könne nichts hiebei verlieren. Rußland, Preußen und die Pforte wünschten eifrig den Frieden; die bisherige Standhaftigkeit der letzteren wurzle einzig und allein in der Hoffnung, durch Oesterreichs Dazwischenkunft günstigere Bedingungen zu erlangen. Arbeite der Wiener Hof jetzt plötzlich dem Frieden entgegen, dann werde derselbe wahrscheinlich doch, aber mit gänzlicher Ausschließung Oesterreichs zu Stande kommen.

In wichtigen politischen Dingen komme es, fährt Kaunitz fort, hauptsächlich darauf an, den rechten Zeitpunkt zu treffen. Dieß sei auch in dem Augenblicke geschehen, in welchem man den Versuch machte, die Wirkung zu erproben, die man durch militärische Demonstrationen und eine entschiedene Sprache hervorbringen könne. Sie bestand in nichts Anderem, als daß Rußland und Preußen zu größerer Rücksicht auf Oesterreich bewogen und zur Verkündung der Geneigtheit veranlaßt wurden, es an den von ihnen zu erwerbenden Vortheilen gleichfalls theilnehmen zu lassen. Aber in der Hauptsache, den Friedensbedingungen, vermochte man eine Aenderung keineswegs zu erreichen. Um wie viel weniger dürfe man von solchen Demonstrationen jetzt etwas erwarten, wo die Pforte noch weit mehr in die Enge getrieben und auf sie gar nicht zu zählen, Rußland aber mit Preußen in Allem und Jedem einverstanden sei. Mache man jedoch Anstalten zum Kriege, welche den ernsten Entschluß zu demselben andeuten sollten, dann müsse man sich vor Allem ohne Zeitverlust zu einer neuen Ausgabe von einigen Millionen entschließen, ohne davon den geringsten Nutzen, wohl aber großen

Nachtheil vorherzusehen. Denn derlei Maßregeln würden zu nichts Anderem dienen, als den Türken und Preußen auf Oesterreichs Kosten ein besseres Spiel zu bereiten, Oesterreich aber leer ausgehen zu machen. Den Türken, weil die Russen sich willfähriger finden lassen würden, ihnen günstigere Friedensbedingungen zu gewähren, nur um die Absichten Oesterreichs zu durchkreuzen. Dem Könige von Preußen aber, weil dann Rußland auch wider seinen eigenen Willen gezwungen würde, sich immer mehr in dessen Arme zu werfen und ihm größere Vortheile zu bewilligen. Hierauf ziele sein ganzes wohlausgedachtes Verfahren, und man würde dem Könige gewiß große Freude bereiten, wenn man ohne vorhergegangenes Einverständniß mit dem einen oder dem anderen Theile die bisherigen Demonstrationen zur Unzeit fortsetzen wollte.

Gewiß sei die Schwächung der Gegner im Allgemeinen als ein politischer Vortheil zu betrachten; doch könne dieser Grundsatz auf den gegebenen Fall keine Anwendung finden. Denn was die Pforte angehe, so müsse man entweder an ihre gänzliche Niederwerfung oder an ihre Aufrechthaltung denken. In ersterer Beziehung sei sie schon ausreichend geschwächt; es wäre vielmehr keine Zeit zu verlieren, zu der erforderlichen Vereinbarung zu gelangen. In dem letzteren Falle aber hätte man Ursache zu wünschen, daß sie weniger entkräftet wäre und daher beitrüge, das Gleichgewicht gegen Rußland aufrecht zu erhalten. Bei diesem Staate werde ein Feldzug mehr oder weniger keine wesentliche Veränderung hervorbringen, sondern höchstens den Anlaß gewähren, daß nach der etwaigen Eroberung von Oczakow der Bogen noch straffer gespannt werde. Endlich würde, seitdem der König von Preußen seinen Entschluß gefaßt und ein Armeecorps nach Polen gesendet habe, auch ihm die Verzögerung des Friedens nicht zum Schaden, sondern nur zum Vortheil gereichen, während Niemand die Russen an ferneren Fortschritten hindern und der Pforte wieder aufhelfen könnte.

Die von dem Kaiser aufgeworfene Frage, ob Oesterreich bei der Fortsetzung des Krieges etwas gewinnen könne, sei daher weit eher mit Nein als mit Ja zu beantworten. Denn nicht der Kaiserhof

allein habe seine Kräfte geschont, um erforderlichen Falles den Ausschlag geben zu können. Der König von Preußen befinde sich in völliger Bereitschaft, seine ganze Macht derjenigen Oesterreichs entgegenzustellen. Wahr sei es daß er nach allen Anzeichen einen Krieg mit Oesterreich vermeiden und in anderer Weise seine Absicht erreichen wolle. Aber man könnte sich sehr irren, wenn man auf diese Voraussetzung hin allzuviel wagen und auch dann darauf bauen würde, wenn man gegen Rußland mit gewaffneter Hand auftreten oder ohne vorhergegangene Verabredung mit einem Armeecorps in Polen einrücken wollte. In beiden Fällen würde der König wohl kein Bedenken tragen, die Waffen gegen Oesterreich zu ergreifen. Er habe Rußland zu sehr weitgehenden Zugeständnissen an ihn gebracht und werde sich daher wohl hüten, es mit diesem Staate zu verderben und sich die Gelegenheit zur Erlangung jener Vortheile wieder entgehen zu lassen. Die Subsidienzahlung an Rußland aber werde ihn um so weniger beirren, als er weit mehr an Geld und Geldeswerth aus Polen erpressen könne.

Schon jetzt sei die Gelegenheit vorhanden, auf die eine oder die andere Art zu wesentlichen Vortheilen zu gelangen. Warum solle man diesen günstigen Anlaß verscherzen und einen neuen erwarten, während man doch mit voller Bestimmtheit annehmen dürfe, daß der Krieg keine Wendung nehmen werde, durch welche Preußen und Rußland von angemessenen Vortheilen ausgeschlossen würden? Unter allen sieben Theilungsvorschlägen befinde sich keiner, bei welchem nicht Oesterreichs Interesse mit demjenigen Rußlands und Preußens in ein gewisses Verhältniß gebracht worden wäre. Dieses gegenseitige Interesse scheine aber einen ausreichenden Beweggrund zu einem billigen Theilungsvertrage zu liefern.

Auf Grundlage dieser und noch weiter ausgesponnener Erörterungen gelangt endlich Kaunitz zu dem Schlusse, daß nach seiner Meinung die von dem Kaiser gewünschte Absendung eines Couriers an Thugut mit dem gemessenen Auftrage, die Pforte zur Fortsetzung des Krieges zu bewegen und ihr den Waffenstillstand und Friedenscongreß zu widerrathen, der nachtheiligste Weg wäre, der nur immer

eingeschlagen werden könnte. Denn die einseitige Verhandlung zwischen den fremden Mächten würde hiedurch gefördert und Oesterreich hievon ausgeschlossen. Es würde sich den Haß der übrigen Staaten zuziehen und sich selbst zum bloßen Zuschauer machen, wenn Rußland und Preußen aus ihrem Einverständnisse allen nur immer möglichen Vortheil ziehen und den verabredeten Gewinn auch wirklich einheimsen würden. Erschwere man hingegen den Abschluß des Waffenstillstandes nicht, dann könne man noch immer hoffen, daß man die Hand im Friedensgeschäfte behalten und bei einem Congresse vielleicht noch am ehesten Mittel finden werde, den Unterhandlungen eine den Absichten Oesterreichs günstige Wendung zu geben.

Jederzeit habe er sein sorgfältigstes und fast einziges Augenmerk dahin gerichtet, daß sowohl ein Krieg mit dem Könige von Preußen als ein Frieden vermieden werde, welcher nur zu Rußlands und zu Preußens Vergrößerung gereichen würde. Sobald man jedoch den ernstlichen Entschluß fasse, es auf beides ankommen zu lassen, dann könnte es freilich von großer und sehr ersprießlicher Wirkung sein, nicht nur die von dem Kaiser vorgeschlagenen Erklärungen an Rußland und Preußen zu richten, sondern auch zur Verwirklichung ihres Inhaltes bald darauf ein Armeecorps in Polen einrücken und Krakau, Sandomir, Lemberg und Czenstochau in Besitz nehmen zu lassen. Als treuer Diener könne er jedoch zu einem so gewagten Schritte ohne vorhergegangenes Einverständniß mit Rußland und Preußen nimmermehr, und zwar um so weniger rathen, als ihn der König von Preußen, wie bereits erwähnt, in Folge seiner gegen Rußland eingegangenen Verpflichtungen nicht gleichgültig mit ansehen, sondern den Entschluß fassen würde, ihn mit Gewalt der Waffen zu hintertreiben. Ein solcher Krieg aber wäre insbesondere unter den gegenwärtigen mißlichen Umständen das größte Uebel, welches dem Erzhause Oesterreich zustoßen könnte. Allem was nur immer hiezu Veranlassung zu geben vermöchte, wäre mit äußerster Sorgfalt aus dem Wege zu gehen [445].

Gewiß war es kein gering anzuschlagendes Resultat, daß Joseph sich durch die Auseinandersetzungen des Staatskanzlers vollständig

besiegt erklärte. „So erwünschlich als meines Erachtens auch wäre", schrieb der Kaiser am folgenden Tage, dem 21. Jänner 1772 an seine Mutter, „den Krieg länger fortdauern zu machen, so über„zeugend, mus ich doch frey gestehen, sind die Ursachen, so in jetzigen „Umständen es misrathen und welche Fürst von Kaunitz mathematisch „beweiset. Es bleibet also nur die Frage, welcher von denen mehreren „Vorschlägen auszuwählen ist. Militariter, politice und camera„liter kann nichts uns mehrer conveniren als das Glatzische und „Neissische, Bareuth und Anspach aber keineswegs. Solte dieses nicht „vor möglich erachtet werden, wie ich es leider ohne Zweifel vorsehe, „so wäre Belgrad mit dem Theil von Bosnien bis an den Golfo „della Drina das allernutzbahreste; entfernet von Feinden, deckete „dieses das gantze Karlstädtische und also Inneröstterreich vor allem „jemahls möglichen türkischen Einfall. Dieses ist meine wenige meinung; „da aber Fürst Kaunitz seine nicht an den Tag gibt, nämlich welchem „er von denen sieben Vorschlägen den Vorzug gebe, so erachtete vor „allem selben darüber zu befragen" [446]).

Indem sie auch jetzt wieder dem Wunsche des Kaisers folgte und dessen Brief dem Staatskanzler zuwies, zögerte Maria Theresia nicht länger, gleichzeitig ihre eigene Anschauung kundzuthun. Keiner von allen sieben Vorschlägen erhielt ihre Zustimmung. Die beiden ersten fielen nach ihrer Meinung von selbst hinweg. Von dem dritten sagte sie, er sei nach der Convention mit den Türken unmöglich geworden. Der vierte wäre noch der erwünschteste und nach ihm der fünfte, allein auf beide sei nicht zu hoffen. Den sechsten müsse sie als nutzlos, den siebenten als unbillig betrachten. „Alles lieget daran", fuhr Maria Theresia wörtlich fort, „daß man mit Billigkeit aus „dieser so verwickleten Sache herauskomme. Es wäre schon ein großer „Nutzen, auch ohne reelle Vortheile das Ende hievon zu machen".

„Jeder Tag ist important, sonsten wird Alles zu unserem „Schaden und Schande geschlossen werden, und die drei Mächte Ruß„land, Preußen und die Pforte noch zu unserem Nachtheil mit ein„ander sich gegen uns verbinden, welches unsere Vorrückung in Pohlen „unfehlbar nach sich ziehen wurde und wir auf eine gar nicht honorable

„Art herausgejaget werden dörften, wenn wir nicht eher wenigstens „mit Preussen verstanden wären. Gott bewahre uns den Krieg länger „zu trainiren und die Türcken hierzu zu animiren, so nicht geheim „bleiben könnte und uns anheischig machen müßte, ihnen nach der „unglücklichen Geldabnahme die Hilfe zu leisten. Wo bliebe sonsten „Treue und Glauben, woran doch Alles lieget?"

„Der gröste Fehler aber ist, daß nach meinem Begriff die Sache „in einem ganz falschen Supposito angesehen werde, nämlich als ob „von uns Krieg oder Frieden zu machen abhänge."

„Ich schickte sogleich einen Courier nach Constantinopel, um den „Türcken das Armistice und sogar den Frieden anzurathen; ich sehete „mit dem Zegelin wieder aufrichtig zu Werke zu gehen, und in dem „nämlichen Augenblick schickte einen andern Courier durch Berlin nach „Petersburg und redete in beiden Orten klar, daß den Frieden wünsche „und Alles hiezu anwenden werde. Wann aber Rußland oder Preußen „einige Vortheile in Pohlen behaupten wollten, könnte ich es gleich„gültig nicht ansehen, worüber eine klare Sprache verlangte, dann in „diesem Fall könnte nicht allein leer ausgehen, sondern convenirte mir „nichts auf Unkosten von Pohlen oder der Pforte. Der König von „Preußen müßte uns also entschädigen, oder mit dem Glatzischen oder „mit jenen fränkischen oder auch clevischen Ländern, dann den Türcken „gedächte nicht etwas zu entnehmen. Ich machte auch gar kein Ge„heimniß von unserer mit der Pforte eingegangenen Verbindlichkeit. „Durch diese klare und aufrichtige Aufführung glaube und finde ich „allein, daß wir noch mit Ehren und vielleicht noch mit einigem „Nutzen oder doch geringerem Nachtheil für das Gleichgewicht aus „der Sache kommen könnten. Den Türcken riethe ich in Ansehung „ihrer so großen Schwäche den Frieden vorzüglich, wollte sie auch von „Bezahlung der stipulirten Millionen loslassen, wann ihnen hiefür die „Abtretung von Belgrad proponirt werden könnte. In den gegen„wärtigen Umständen ist nicht die Frage von mehr oder weniger „haben, wohl aber wie man mit geringstem Schaden aus der Sache „kommen könne. Dieß aber muß ohne Zeitverlust geschehen" [447].

Gleichzeitig mit dieser Darstellung ihrer Ansichten brachte Maria Theresia auch noch ein zweites, in französischer Sprache abgefaßtes und wahrscheinlicher Weise an Kaunitz gerichtetes Schreiben zu Papier, in welchem sie ihren Anschauungen wo möglich noch unzweideutigeren Ausdruck verleiht. „Ich bin", so lauten die Worte der Kaiserin, „zu sehr darnieder gedrückt von unserer kritischen Lage, um sie nicht „noch einmal klar zu beleuchten und nach einem wenn auch nicht „guten, so doch dem mindest schlechten Heilmittel zu suchen. Vor „Allem muß uns daran liegen, beiden streitenden Theilen so rasch als „nur immer möglich den Frieden zu verschaffen; mit der Hinaus„schiebung desselben würde unsere Lage immer schlimmer. Jetzt, nach „den falschen Schritten, die wir gethan und die ich immer als solche „betrachtete, seit dem November 1770, wo der Marsch der Truppen „aus den Niederlanden und aus Italien beschlossen wurde, und seit „der unglücklichen Convention mit den Türken ist es nicht mehr „möglich, zurückzukehren auf unseren früheren Weg. Der allzu drohende „Ton gegen die Russen, unser geheimnißvolles Betragen sowohl gegen „unsere Verbündeten als unsere Gegner, Alles dieß ging aus dem von „uns aufgestellten Grundsatze hervor, man wolle aus dem Kriege „zwischen der Pforte und Rußland Gewinn zu ziehen suchen, um „unsere Grenzen auszudehnen und Vortheile zu erlangen, an welche „wir vor dem Kriege noch gar nicht gedacht hatten. Man wollte auf „preußische Manier handeln und gleichzeitig den Anschein der Ehrlich„keit retten. Von diesem Gesichtspunkte aus täuschte man sich über „die Mittel, wie man dieß auch jetzt noch über den äußeren Anschein „und über die Ereignisse thut. Es kann sein daß ich mich irre und „daß diese Ereignisse günstiger seien als ich sie zu betrachten vermag. „Aber sollten sie uns auch den uns in dem ersten Theilungsplane „zugesprochenen Antheil, woran ich nach dem gestrigen Briefe von „Lobkowitz mehr als jemals zweifle[418]), sollten sie uns auch den „District der Walachei, ja selbst Belgrad verschaffen, so würde ich sie „noch immer als zu theuer erkauft finden, denn es geschähe auf Kosten „unserer Ehre, des Ruhmes der Monarchie, unseres guten Glaubens „und unserer Religiosität. Seit dem Beginn meiner unglücksvollen „Regierung haben wir wenigstens darnach getrachtet, in Allem eine

„wahre und gerechte Haltung, Worthalten, Mäßigung und treue Er„füllung unserer Verpflichtungen zu zeigen. Das gewann uns das „Vertrauen, ja ich wage es zu sagen, die Bewunderung von ganz „Europa, die Ehrfurcht und die Verehrung selbst unserer Feinde. „Seit einem Jahre ist dieß Alles verloren gegangen. Ich bekenne „daß ich es kaum zu ertragen vermag und daß nichts auf der Welt „mich mehr geschmerzt hat als der Verlust unseres guten Rufes. „Unglücklicher Weise muß ich Ihnen gestehen daß wir es verdienen. „Hier ist es wo ich wünsche daß man das Heilmittel anwende, indem „man den Grundsatz, aus diesen Wirren Vortheil zu ziehen, als schlecht „und verderblich verwirft und darüber nachdenkt, auf welche Weise „man am schnellsten und am wenigsten übel aus dieser unglücklichen „Lage herauskommen kann, ohne an Erwerbungen für uns zu denken, „wohl aber indem wir unseren guten Ruf, indem wir Treue und „Glauben, und insoweit es sein kann, das politische Gleichgewicht „wiederherstellen."

So bereitwillig auch Kaunitz sich gewöhnlich erfinden ließ, wenn es galt dem deutlich ausgesprochenen Willen der Kaiserin gemäß zu handeln, so wenig konnte er doch jetzt sich entschließen, ihrem Sinne zu folgen. Wie Maria Theresia selbst nicht nur zugestand, sondern klagend hervorhob, war länger als seit Jahresfrist nicht mehr ihre Meinung, sondern diejenige Josephs die Richtschnur für die äußere Politik Oesterreichs gewesen. Nur Joseph hatte die Besetzung der polnischen Grenzdistricte, die Ansammlung von Streitkräften in Ungarn, die Convention mit der Pforte veranlaßt. Alle diese Schritte wurden von Maria Theresia eifrig bekämpft und lebhaft mißbilligt, von Joseph aber gleichwohl durchgesetzt. Nachdem dieß einmal geschehen war, erschien es schwer, wenn nicht unmöglich, jetzt gerade im entgegengesetzten Sinne zu verfahren. Kaunitz war froh, daß Joseph wenigstens insofern nachgegeben hatte, als er von dem Begehren, man solle die Pforte zur Fortsetzung des Krieges treiben, abließ und dem Vorschlage beistimmte, Thugut möge sich in Constantinopel für Annahme des Waffenstillstandes und für Zustimmung zur Berufung eines Friedenscongresses verwenden. Da auch Maria Theresia dem beipflichtete, indem sie nach

wie vor nichts sehnlicher wünschte als den baldigen Abschluß des Friedens, beeilte sich Kaunitz, den entsprechenden Auftrag an Thugut zu erlassen.

Anders verhielt es sich mit den Instructionen, die nun an van Swieten nach Berlin gesendet werden sollten, während die Verhandlungen mit dem Hofe von St. Petersburg nicht durch Lobkowitz, sondern durch Galitzin fortgesetzt wurden. Gewiß war es unpraktisch gedacht, wenn Maria Theresia einerseits in standhaftem Beharren bei ihrer Auffassung eine Vergrößerung Oesterreichs auf Kosten Polens oder der Pforte zurückweisen, wenn sie jedoch andererseits gleichzeitig von dem Könige von Preußen eine Entschädigung in Anspruch nehmen wollte. Hatte sie ja doch selbst die Meinung geäußert, auf Verwirklichung eines solchen Begehrens sei durchaus keine Hoffnung vorhanden. Wenn nun König Friedrich entschieden sich weigerte, preußisches Gebiet an Oesterreich abzutreten, gab es da noch eine andere Alternative, als sich entweder in die Vergrößerung der mächtigen Nachbarn willig zu fügen und allein dabei leer auszugehen, dadurch aber das bisherige Gleichgewicht zu Ungunsten Oesterreichs abgeändert zu sehen, oder sich schließlich doch noch zur Annahme einer anderen Erwerbung bereit finden zu lassen? Kaunitz suchte die widerstreitenden Ansichten auf den Vorschlag zu vereinigen, daß man, dem Willen der Kaiserin folgend, zunächst Glatz und einen angemessenen Theil Schlesiens, würde dieß aber verweigert, Anspach und Bayreuth von Preußen verlange. Dringe man damit nicht durch, so möge nach dem Wunsche des Kaisers Belgrad und ein Theil Bosniens bis zum Golfo della Drina begehrt werden und in letzter Linie der Walachei Erwähnung geschehen.

Sogar dem Staatskanzler fiel es nicht leicht, die Kaiserin zur Gutheißung seiner Vorschläge zu bestimmen. In langdauernder mündlicher Unterredung suchte er sie, nachdem die schriftliche Vorstellung sich unzulänglich erwies, hiezu zu bewegen. Als Ergebniß dieser Erörterung ist der Beschluß anzusehen, zuerst Glatz und einen Theil Schlesiens, dann aber Belgrad sammt einem Stücke von Serbien und Bosnien, und erst in dritter Linie Anspach und Bayreuth zu begehren. Würde all dieß scheitern, dann müsse man sich endlich entschließen, die

ausgleichende Vergrößerung in Polen und nicht in der Walachei zu suchen, von welch letzterer gar keine Erwähnung zu machen wäre [449]).

In diesem Sinne erging denn nun unverzüglich die Weisung an van Swieten, während Kaunitz ein paar Tage später mit Galitzin persönlich die erforderlichen Verhandlungen pflog [450]). Dem Letzteren gegenüber beobachtete er noch einige Vorsicht, während van Swieten die wahren Absichten des Kaiserhofes zu vertraulicher Mittheilung an den König von Preußen rückhaltslos bekannt gegeben wurden.

Am 4. Februar 1772 fand zu Potsdam die Audienz statt, in welcher van Swieten sich dem Könige von Preußen gegenüber seiner Aufträge entledigte. Leicht verstand sich Friedrich zur Anerkennung des Grundsatzes, daß Oesterreich eine gleichmäßige Gebietserwerbung wie Preußen und Rußland zu Theil werden müsse. Aber er stutzte, als van Swieten bemerkte, diese Gleichheit habe sich nicht allein auf den Umfang und den inneren Werth der mit den drei Staaten neu zu vereinigenden Landstriche, sondern auch auf ihre politische Wichtigkeit zu erstrecken. Für Oesterreich werde sich in Polen kaum etwas finden lassen, was für dasselbe die gleiche Bedeutung wie Polnisch-Preußen für Friedrich besäße. Und als van Swieten endlich Farbe bekannte und mit dem Vorschlage herausrückte, der König solle den für Oesterreich zu bestimmenden polnischen Gebietstheil an sich nehmen und das Kaiserhaus dafür durch Glatz und Theile von Schlesien entschädigen, da wies Friedrich einen solchen Gedanken mit Lebhaftigkeit zurück.

So unzweideutig und so entschieden lautete die Erklärung des Königs, daß van Swieten sich bald überzeugte, es sei nicht die geringste Aussicht vorhanden, ihn hinsichtlich dieses Punktes auf andere Gedanken zu bringen. Er trat daher jetzt mit dem zweiten Antrage hervor, der sich auf die Erlangung Belgrads und eines Theiles von Serbien und Bosnien durch Oesterreich bezog. Der Meinung des Staatskanzlers zufolge sollte die Pforte hiezu vermocht werden, indem Rußland, nun seiner Erwerbungen in Polen versichert, der Türkei gegenüber auf seine ersten Friedensbedingungen zurückkehren und die Pforte durch Wiedereinräumung der Moldau, der Walachei und Bessarabiens zu den von

österreichischer Seite gewünschten Abtretungen bringen könnte. Ungemein günstig war die Aufnahme, welche dieser Vorschlag bei Friedrich fand. Er erklärte sich bereit, denselben bei dem russischen Hofe aufs wärmste zu unterstützen. Es war natürlich, daß van Swieten es nun unterließ, auch noch der übrigen Anträge Erwähnung zu thun [451]).

Die Briefe des Königs von Preußen an seinen Bruder liefern den Beweis, wie unaufrichtig er auch jetzt wieder gegen Oesterreich verfuhr. Während er van Swieten die eifrigste Verwendung zu Gunsten des von dem Kaiserhofe gestellten Begehrens in St. Petersburg versprach, schrieb er dem Prinzen Heinrich in dem entgegengesetzten Sinne. Eine Treulosigkeit nannte er es, daß Oesterreich nun der Pforte, die sich ihm anvertraut und es zu ihrem Vermittler gemacht habe, ein Gebiet wegnehmen wolle, dessen Abtretung sie an der Grenze Ungarns gerade so schwächen würde, als dieß von russischer Seite in der Krim geschehe. Er sei jetzt überzeugt, daß Oesterreich den Krieg fürchte, und um ihn zu vermeiden, Alles annehmen werde, was man ihm darbiete [452]).

So verwerflich dieses Verfahren des Königs von Preußen vom Standpunkte politischer Ehrenhaftigkeit auch sein mochte, so wenig läßt sich doch leugnen, daß den Betrachtungen, in denen er sich erging, und den Anschuldigungen, die er gegen Oesterreich erhob, nicht alle und jede Berechtigung abzusprechen war. Auch in Wien kam die Ansicht, zu welcher Maria Theresia sich jederzeit bekannt hatte, daß man der Pforte gegenüber nicht in der Weise, wie Joseph und Kaunitz es wünschten, vorgehen dürfe, ohne sich eines Treubruches schuldig zu machen, zu immer größerer Geltung. Das hauptsächlichste Verdienst hievon darf man ohne Zweifel der Kaiserin zuschreiben. In kräftigen Worten verwarf sie noch einmal den Vorschlag, daß Oesterreich sich auf Kosten der Pforte bereichere, die ihm vertraue und mit der es soeben eine vertragsmäßige Verabredung zu Stande gebracht habe. Ja Maria Theresia ging noch weiter; sie bestritt die Richtigkeit des aufgestellten Grundsatzes, daß wenn zwei Staaten in unrechtmäßiger Weise sich zu bereichern im Begriff wären, der dritte Staat dieß aus wichtigen politischen Gründen nothgedrungen ebenfalls thun müsse.

Darum wolle sie, erklärte sie neuerdings, auch nichts von Polen sich aneignen. Würde solches jedoch ganz unvermeidlich erscheinen, dann könnte sie sich nur unter der Bedingung hiezu herbeilassen, daß Polen für die ihm zugefügte Einbuße durch die Moldau und die Walachei Entschädigung erhielte.

Die Worte, welche Maria Theresia über diese Fragen in dem Augenblicke zu Papier brachte, als sie van Swietens letzten Bericht gelesen hatte, sind allzu bezeichnend für sie selbst und ihre Anschauungen sowie für die trostlose Stimmung, in der sie sich befand, als daß sie hier nicht vollständig Aufnahme finden sollten.

„Ich bekenne", so lauten sie, „daß es mich ein Opfer kostet, mich „über eine Sache zu entscheiden, von deren Gerechtigkeit ich keineswegs „versichert bin, selbst wenn sie nutzbringend wäre. Aber ich finde „sogar in allen drei Fällen, aus denen eine Auswahl getroffen werden „soll, das Nützliche nicht heraus."

„Am leichtesten wäre es wohl, einzugehen auf die uns angebotene „Theilung Polens. Aber mit welchem Rechte kann man einen Un„schuldigen berauben, den vertheidigen und unterstützen zu wollen wir „uns immer gerühmt haben? Warum alle diese großen und kost„spieligen Vorbereitungen, warum so viele lärmende Drohungen, im „Norden Europa's das Gleichgewicht aufrecht erhalten zu wollen? „Der einzige Beweggrund der Convenienz, nicht allein zu bleiben „zwischen den zwei anderen Mächten, ohne irgend welchen Vortheil zu „ziehen, scheint mir nicht zu genügen, ja nicht einmal ein ehrenhafter „Vorwand zu sein, um sich zwei ungerechten Usurpatoren in der Ab„sicht zuzugesellen, ohne irgend einen Rechtsanspruch einen Dritten „noch mehr zu verderben."

„Ich begreife nicht die Politik, welche erlaubt, daß wenn zwei „sich ihrer Ueberlegenheit bedienen, um einen Unschuldigen zu unter„drücken, der Dritte auf Grund der Convenienz für die Gegenwart „und bloßer Vorsicht für die Zukunft die gleiche Ungerechtigkeit nach„ahmen und begehen kann und soll; mir scheint dieß vielmehr unhaltbar „zu sein. Ein Fürst besitzt keine andere Berechtigung als jeder Privat-

„mann; die Größe und die Stärke eines Staates wird nicht in Rech-„nung kommen, wenn wir Alle erscheinen müssen, um ihn zurückzu-„geben. Man beweise mir doch das Gegentheil; ich bin bereit mich „zu unterwerfen. Sehnsüchtig wünsche ich mich zu täuschen. Seit „langer Zeit und sehr wohl kenne ich, und oft habe ich darüber ge-„seufzt, den kritischen Zustand, in dem wir uns befinden, aber man „muß sich aufzuopfern wissen, und der Augenblick hiezu ist jetzt da. „Alles was uns zufallen könnte, wird an Größe und an Zweckmäßig-„keit niemals auch nur die Hälfte des Antheils der Anderen erreichen; „man muß sich also nicht mehr dabei aufhalten und sich nicht ködern „lassen durch eine ungleiche Theilung. Unser ganzes Ziel muß in „dem Bestreben bestehen, diesen Krieg so rasch als nur immer möglich, „in anständiger Weise und in einer Art zu beendigen, daß Freunde „wie Feinde uns Dank dafür wissen und wir durch unsere Ehren-„haftigkeit und Großmuth ihre Hochachtung gewinnen. Ich wage mich „noch weiter vor, indem ich sage, es ist nicht eine Handlung der Groß-„muth, sondern nur eine Wirkung echter Grundsätze, Niemand Unrecht „zu thun. Wir haben uns mit der Pforte verbunden, ja wir haben „sogar Geld von ihr empfangen: die Vorwände, welche man auffinden „könnte oder wollte, um die Türken zuerst Unrecht begehen zu machen „und sich nachher auf ihre Kosten zu bereichern, stimmen mit der „makellosesten Redlichkeit und jenen echten Grundsätzen keineswegs „überein. Niemals würde ich mich hiezu entschließen; es kann daher „von Serbien und Bosnien, den einzigen Provinzen, welche passend „für uns wären, durchaus nicht die Rede sein. Es bleibt uns nichts „als die Walachei und die Moldau, ungesunde, verwüstete Länder, „welche den Türken, den Tartaren, den Russen ohne irgend einen „Vertheidigungsplatz offen stehen, Länder endlich, in denen man viele „Millionen und viele Menschen aufwenden müßte, um sich daselbst zu „behaupten. Unsere Monarchie kann verzichten auf eine Vergrößerung „dieser Art, welche zu ihrem völligen Ruin ausschlagen würde. Man „müßte daher wieder auf Polen zurückkehren und ihm als Entschä-„digung die Moldau und die Walachei zuweisen; das wäre noch das „einzige und das mindest schlechte Mittel, zu dem ich mich allenfalls „herbeilassen könnte; alle übrigen würden entweder zu einem Kriege

„mit den Türken, welcher ungerecht wäre, oder dazu führen, einem „Dritten das Seinige zu nehmen, ohne ihn dafür zu entschädigen. „Was wird Frankreich, was wird Spanien, was England dazu sagen, „wenn wir uns jetzt plötzlich so eng mit denjenigen verbünden würden, „welche wir so sehr in Schranken erhalten wollten und deren Ver„fahren wir für ungerecht erklärten. Ich bekenne, dieß wäre eine „förmliche Ableugnung alles dessen, was seit dreißig Jahren meiner „Regierung geschehen ist. Trachten wir doch lieber darnach, die Be„gehren der Anderen zu vermindern, statt daran zu denken, mit ihnen „auf so ungleiche Bedingungen hin zu theilen. Suchen wir eher für „schwach als für unredlich zu gelten" [453]).

In diesen Worten der Kaiserin liegt wohl ein deutlicher Beweis, daß sie von einer unrechtmäßigen Bereicherung ihres Hauses und ihres Staates auf Kosten eines Dritten auch jetzt noch nichts hören wollte. Wenn sie hiebei wiederholt auf die Ungleichheit der Bedingungen zurückkam, unter denen dieß geschehen sollte, so that sie es offenbar nur in der Absicht, Joseph und Kaunitz leichter zu ihrer eigenen Meinung zu bekehren. Aber sie war nicht glücklich mit dieser Bemühung, und sie selbst erzählt, daß sie ihre Denkschrift dem Kaiser vorgelesen, daß dieselbe jedoch kaum irgend welchen Eindruck auf ihn hervorgebracht habe. An Kaunitz sandte sie eine Copie ihrer Schrift mit folgenden eigenhändig niedergeschriebenen Worten:

„Ich wollte Ihnen diese Jeremiade ersparen. Ich las sie dem „Kaiser vor, der zwar nicht mit ihr einverstanden zu sein schien, aber „sie auch nicht mehr bekämpfen wollte. Ich erwarte von Ihnen die „Antworten, welche van Swieten zu geben sein werden, und ich stelle „es Ihnen anheim, mir dasjenige zu rathen, was Sie für das Red„lichste, das Passendste und Ihren Grundsätzen Entsprechendste ansehen, „bei denen ich mich jederzeit gut befand. Es handelt sich nicht mehr „darum, eine Wahl treffen zu können, sondern man muß sich aufzu„opfern wissen und nicht um eines winzigen Gewinnes willen seinen „Ruf und seine Redlichkeit vor Gott und den Menschen verlieren" [454]).

Dreizehntes Capitel.

Der Theilungsvertrag.

Man muß zugeben daß die Lage, in welche Kaunitz durch das letzte Schreiben der Kaiserin versetzt wurde, nicht beneidenswerth erschien. Da er gleich Maria Theresia und Joseph schon im Voraus überzeugt war, der König von Preußen werde niemals auf einen Antrag eingehen, der die Zurückstellung der Grafschaft Glatz und einzelner Theile von Schlesien oder die Ueberlassung der Markgrafthümer Anspach und Bayreuth an Oesterreich bezwecke, so konnte nur die Erwerbung Belgrads und eines Theiles von Serbien und Bosnien als eine ernstliche Forderung des Kaiserhofes angesehen werden. In Berlin war sie vorgebracht und von dem Könige von Preußen mit lebhaftem Beifalle aufgenommen, ja des Versprechens seiner nachdrücklichen Unterstützung theilhaft geworden. Jetzt weiß man freilich, daß diese Versicherung nach Friedrichs Gewohnheit nur eine heuchlerische und es ihm nichts weniger als Ernst war mit deren Erfüllung; damals aber konnte man noch immer an ihre Wahrhaftigkeit glauben. In dem Augenblicke aber, in welchem man in Wien mit Fug und Recht annehmen durfte, der König von Preußen werde sich zu Gunsten des österreichischen Begehrens angelegentlich verwenden, wurde dasselbe von der Kaiserin selbst, freilich aus den ehrenwerthesten Beweggründen, wieder über den Haufen geworfen. Und auch was die letzte, durch van Swieten noch nicht zur Sprache gebrachte Alternative anging, erklärte jetzt Maria Theresia, auf eine Zuweisung polnischen Gebietes an Oesterreich nur dann eingehen

zu können, wenn Polen hiefür durch Erwerbung der Moldau und der Walachei eine angemessene Entschädigung empfienge.

So wie Maria Theresia, so hielt jedoch auch Kaunitz so lang und so hartnäckig als nur immer möglich an seinen Anschauungen fest. Darum entsprach auch der Antrag, den er nun der Kaiserin zur Genehmigung vorlegte, wenn er gleich ihrer Meinung sich näherte, doch noch keineswegs in allen Punkten der Richtschnur, welcher sie folgen zu wollen erklärt hatte. Von der Erwerbung Belgrads, von Bosnien und Serbien war freilich jetzt nicht mehr die Rede. Aber Kaunitz trug darauf an, daß die ganze Walachei und die südliche Hälfte der Moldau und Bessarabiens am linken Ufer der Donau bis zu den Mündungen dieses Stromes für Oesterreich begehrt würden. Die andere Hälfte dieser beiden Provinzen sollte an Polen fallen, um es für die an Rußland und an Preußen zu machenden Abtretungen schadlos zu halten.

Es scheine ihm, schrieb Kaunitz der Kaiserin am 13. Februar 1772, daß durch den Plan, welchen er vorschlage, der strengsten Gewissenhaftigkeit Genüge geschehe, indem Polen eine Entschädigung verschafft würde, ohne daß Maria Theresia irgend Etwas von diesem Lande für sich selbst begehre. Gleichzeitig erfülle die Kaiserin ihre geheiligten Pflichten als Oberhaupt des Staates, denen zufolge es ihr keineswegs erlaubt wäre, Millionen ihrer eigenen Unterthanen allen Schrecknissen der Kriege preiszugeben, welche der Umsturz des nothwendigen Gleichgewichtes der Macht zwischen den verschiedenen Staaten mit der Zeit ohne Zweifel herbeiführen müßte. Außerdem würde den Türken durch Verwirklichung dieses Planes nichts Anderes entzogen, als was sie ohnedieß schon eingebüßt hätten und Oesterreich ihnen höchstens durch active Theilnahme am Kriege, welche die Kaiserin jedoch von sich abweisen wolle und müsse, wieder zu verschaffen vermöchte [155].

Die Betrachtungen des Staatskanzlers fanden in der That bei der Kaiserin einigen Eingang. Sie finde dieses Project, so schrieb sie ihm, weniger ungerecht und das einzige, welches ihr überhaupt annehmbar erscheine. Doch wies sie neuerdings den darin gebrauchten

Ausdruck einer Theilung Polens zurück, weil sie auf eine solche anständiger Weise weder direct noch indirect eingehen könne, während die mit der Pforte abgeschlossene Convention sie hindere, sich türkischer Länder zu bemächtigen. Unter den letzteren schien sie die Donaufürstenthümer und Bessarabien jetzt nicht mehr zu verstehen, weil dieselben durch den Krieg in den Besitz Rußlands übergegangen waren. Und um der Pforte so wenig Nachtheil zuzufügen als nur immer möglich, verlangte die Kaiserin, daß die Zurückstellung der Krim an die Türkei ausbedungen werde. Auch jetzt wieder legte sie den Nachdruck auf Vermeidung eines Krieges mit der Pforte. Denn derselbe wäre ungerecht und mit Oesterreichs Worttreue ganz unvereinbar. Auch könnte er für die Zukunft in weit höherem Maße schaden als jetzt Nutzen herbeiführen, indem er dereinst die drei Mächte Preußen, Rußland und die Pforte wider Oesterreich zu vereinigen vermöchte[456]).

Hatte Maria Theresia schließlich, wenn auch nicht gerade bereitwillig, dem Projecte des Fürsten Kaunitz ihre Genehmigung ertheilt, so wurde dasselbe jetzt um so entschiedener von Joseph verurtheilt und in den schärfsten Ausdrücken verworfen. Dieser Plan könne, so ließ sich der Kaiser vernehmen, nicht als nützlich für den Staat, ja er müsse sogar als schädlich für ihn angesehen werden. Er sei deßhalb ungerecht und ganz unausführbar; wer solches gleichwohl unternähme, würde schwere Verantwortung auf sich laden. Was wäre das für ein Besitzthum für Oesterreich, welches sich die Donau entlang bis zu ihren Mündungen hinstrecken würde? In welcher Weise vermöchte man Grenzen zu vertheidigen, die von dem Schwarzen bis zum Adriatischen Meere sich ausdehnten? Was habe denn Polen von Oesterreich zu begehren, wenn Letzteres ihm nichts nehme? Sei es wirklich eine Forderung des Gewissens, Polen für die Ungerechtigkeit, wenn man sie so nennen dürfe, zu entschädigen, die es von Rußland und Preußen erfahre? Die ganze Moldau und Walachei müßten für Oesterreich begehrt, von Bessarabien aber dürfe gar nicht gesprochen werden. Vom Pruth bis zur Donau solle die künftige Grenze Oesterreichs sich ziehen; wenn man Bessarabien und den Rest der Moldau und der Walachei jenseits des Pruth den Türken zurückgebe, könne man

vielleicht die Abtretung von Orsowa und Belgrad von ihnen erlangen. Um Bender, Oczakow, Kilija, Chotim wieder zu erhalten, könnte die Pforte die zwei Donaufestungen wohl an Oesterreich abtreten. Wäre dieß nicht zu erreichen, dann müßte man jene Landstriche dazu verwenden, im Wege des Austausches mit Polen Gebietstheile dieses letzteren Staates zu erlangen, welche für Oesterreich am passendsten wären [457]).

So wenig sie auch an und für sich dem Gedankengange ihres Sohnes zustimmen mochte, so trug doch seine abweichende Meinung und die Schärfe des Ausdruckes, mit der er sie kundgab, viel dazu bei, die ohnedieß schon vorhandene Beängstigung der Kaiserin noch zu steigern. Von der Unruhe, welche sie damals peinigte, geben einzelne kleine Billets, die sie an Kaunitz richtete, einen klaren Beweis. „Retten Sie mich und den Staat", schrieb sie ihm einmal, „sagen „Sie mir Ihre Absicht; ich werde sie unterstützen, denn ich sehe die „Dinge in einem ganz anderen Lichte als mein Sohn." „Es muß „ein Ende gemacht werden unserer schrecklichen Lage", sagte sie ein zweites Mal; „wenn Sie nicht gegenwärtig sind, kann ich mich zu „nichts Entscheidendem entschließen" [458]). So weit wurde sie durch diese Bedrängniß ihres Herzens getrieben, daß sie jetzt auch den früher von ihr schon genehmigten Vorschlag widerrief und überhaupt den Gedanken verwarf, sich an einer Vergrößerung Oesterreichs auf Kosten benachbarter Staaten zu betheiligen. In so drastischer Weise gab sie ihre Abneigung kund, daß die von ihr herrührende neuerliche Aufzeichnung wohl gleichfalls ihrem ganzen Umfange nach hier Aufnahme finden darf.

„Aller Partage", so lautet dieselbe, „ist unbillig in seinem Grund, „und für uns schädlich. Ich kann diesen Antrag nicht genug bedauern „und muß bekennen, daß mich sehen zu lassen schäme."

„Es ist nicht ohne, daß die Idee von Moldau, Wallachey und „Bessarabien wenigeres Aufsehen mache und weniger unbillig scheine, „weilen die Russen andurch ihre Conquêtes uns überlassen. Allein „warumen? Um so größere Vortheile in Pohlen zu erlangen. Hieran

„sind wir indirecte Ursach. Beede Puissances, Rusland und Preussen „werden damit sich prahlen und vorwenden, daß um uns ein so „grosses Stück Landes zuzuschanzen, sie auch stärker auf Pohlen „greiffen müsten. Ohnedeme eignet uns der König von Preussen seine „Vergrößerungsideen schon zu, mithin werden wir anjezo und in der „Folge allein die grosse Blame von diesem Plan, und leyder nicht „ohne Grund tragen müssen."

„Man erwäge unseren dermaligen Betrag gegen die Türcken. „Wir entreissen ihnen obgedachte Provinzien als Vermittlere und gegen „die Verbindlichkeit, welche wir mit ihnen eingegangen, ihnen den „Belgrader Frieden zu verschaffen. Rusland und Preussen können „nicht unbillig bei der Pforten hievon Misbrauch machen und be„haubten, daß sothaner Vorschlag von uns herkomme. Beede Puis„sances könnten wohl solchen gar verwerffen, wo sodann das Gehässige „dieser Sache ganz auf uns liegen bliebe."

„Ich bekenne daß Zeit meines Lebens nicht so beängstiget mich „gefunden. Als alle meine Länder angesprochen wurden, steiffete ich „mich auf mein gutes Recht und den Beistand Gottes. Allein in „gegenwärtigen Fall, wo nicht allein das Recht auf meiner Seiten „nicht vorhanden, sondern Verbindlichkeiten, Recht und Billigkeit wider „mich streitten, bleibet mir keine Ruhe, vielmehr Unruhe und Vor„würffe eines Herzens übrig, so niemahlens Jemanden oder sich selb„sten zu betäuben oder Duplicität für Aufrichtigkeit gelten zu machen „gewohnet ware. Trau und Glauben ist für allezeit verlohren, so „doch das gröste Kleinod und die wahre Stärcke eines Monarchen „gegen die anderen ist. Was werden alle Puissances von uns ge„dencken und urtheillen, daß wir unsere Reputation um einen so „elenden Vortheil, als die Wallachey und Moldau ist, in die Schanz „schlagen? Zwey Provinzien, welche en ligne d'interêt der Monarchie „sogar schädlich, en ligne de politique aber vielleicht nebst dem „Verlust des Credits noch zu unserem Untergang gereichen werden. „Die drey Puissances Rusland, Preussen und die Pforten werden „sammt Pohlen wider uns sich alliiren; der ganzen übrigen Welt „werden wir zum Hohn und zum Spott dienen und man wird uns

„unserem Schicksal überlassen, denn wer wird nach einem solchen Be„trag mit uns sich alliiren wollen? Ich kan mich nicht entbrechen, „es nochmahlens zu wiederhollen. Ich bin nicht starck genug, allein „die affaires zu führen, mithin lasse, jedoch nicht ohne meinen grösten „Gram, selbe ihren Weeg gehen" [459]).

Bei dem lebhaften und mittheilenden Wesen der Kaiserin läßt sich nicht bezweifeln, daß sie auch nicht karg gewesen sein werde mit mündlichen Aeußerungen, welche ihrer schriftlichen Kundgebung entsprachen. Durch sie, durch die seinem Antrage entgegengesetzte Meinung des Kaisers und durch neuerliche Nachrichten, welche ihm über die fortgesetzten Umtriebe des Königs von Preußen und über die Verdächtigungen zukamen, die er gegen Oesterreich auszusprengen suchte, wurde wohl Kaunitz veranlaßt, der Kaiserin veränderte Entwürfe der an van Swieten zu richtenden Depeschen zur Genehmigung vorzulegen. Maria Theresia empfing dieselben in dem Augenblicke, in welchem sie dem Staatskanzler ihren Aufsatz zu übersenden im Begriffe stand. Sie that dieß jetzt nachträglich mit folgenden eigenhändig niedergeschriebenen Worten:

„ich habe das, ehe als die Expedition bekomen, heut morgens in „meiner unruhe geschriben. ich vertraue es nur mein freund, nicht „mein ministre. es hat auch dis niemand anderer als der treue „Pichler copirt und gesehen. seith das die veränderte Expedition ge„sehen, bin umb vill getröster; nur nichts mehr auff die tyrcken vor „jetzt. wir können gar weislich, wie es in der Expedition gesetzt wird, „erwarten, was Russland vor begern haben wird; wir gewünen Zeit. „Der Kayser hat es mir erst disen augenblick zuruckgeschickt, ohne was „dabey zu errinern, welches das Zeichen ist, das er es aprobirt. ich „eylle umb es zuruckzuschicken und zu expedirn."

Trotz dieser anscheinenden Zustimmung konnte sich jedoch Maria Theresia neuer Beunruhigung, neuer Bekümmerniß nicht erwehren; bedenkliche Nachrichten aus Berlin steigerten dieselben noch mehr. „seind die Expeditionen schonn abgegangen?" schrieb sie fragend an Kaunitz, „der König kan nicht revenirn von unserer noirceur; mir

„verdienen es, das ist das unglücklichste; ich habe wenig ruhige „augenblick.“

Neuerdings nahm jetzt Kaunitz eine Umarbeitung der Weisungen an van Swieten vor. Er beschränkte sich darauf, ihm eine von dem Kaiser und der Kaiserin unterschriebene Erklärung zu übersenden, welche gegen eine gleichlautende Declaration des Königs von Preußen auszutauschen wäre; ihr zufolge sollten die für die betheiligten Staaten in Aussicht genommenen Gebietserwerbungen nach dem Grundsatze der Gleichheit bemessen werden. Ueber dasjenige, was man für Oesterreich in Anspruch nehme, könne man noch nicht in dem gegenwärtigen Augenblicke, sondern erst dann näher sich aussprechen, wenn man über die Forderungen Rußlands im Klaren sein würde. Genau so wie nach Berlin, wurde auch nach St. Petersburg geschrieben, van Swieten aber gleichzeitig beauftragt, den Courier dorthin nur dann abgehen zu lassen, wenn der König von Preußen sich nicht weigern sollte, auf die Ausstellung und den Austausch der beantragten Erklärungen einzugehen. Und endlich erhielt van Swieten noch den Befehl, dem Könige zu eröffnen, bei der Abneigung, die er gegen den beantragten Eintausch von Glatz und einzelner Theile Schlesiens gezeigt, werde man von Wien aus nie mehr auf diesen Vorschlag zurückkommen [460]).

Maria Theresia war mit Allem zufrieden, was ihrer Anschauung näher kam, wenn auch dasjenige, was sie eigentlich wünschte, dadurch noch bei weitem nicht erreicht wurde. „bin verstanden“, schrieb sie auf des Staatskanzlers Bericht, „das man sich nichts weiters her„auslasse und erwarte was die Russen sagen werden, sonsten sehr „besorge das beede auff uns alles weltzen werden; man sihet es schonn „aus disen briffen von Berlin. Viel weniger übel finde, wan sie „einen überschnellten Friden macheten, als wan sie uns kunten vor„werffen, das wir sie angeleitet zu solchen partage.

Maria Theresia.“

Es konnte dem Staatskanzler nicht unwillkommen sein, aus Berlin die Nachricht zu erhalten, König Friedrich habe nicht den

geringsten Anstand genommen, die von dem Kaiserhofe in Vorschlag gebrachte Erklärung zu unterzeichnen. Demzufolge war denn auch der österreichische Courier, welcher den gleichen Antrag nach St. Petersburg zu überbringen hatte, dorthin weitergesendet worden. Aber er konnte noch nicht in der russischen Hauptstadt angekommen sein, als bei dem Fürsten Galitzin ein Eilbote eintraf, welcher ihm den am 19. Februar zwischen Preußen und Rußland unterzeichneten Theilungstractat zur Mittheilung an den Wiener Hof überbrachte. Mündlich erklärte Galitzin dem Staatskanzler, daß jeder Versuch, Rußland von der Ausführung dieser Verabredungen abzubringen, vergeblich sein würde. Und in dem fünften Artikel war die Bestimmung enthalten, daß man Oesterreich einladen werde zur Betheiligung an dem Vertrage und zu gleichem Verfahren. Sollte es dessen wider Vermuthen sich weigern, so werde darum die getroffene Uebereinkunft doch nicht weniger durchgeführt werden.

Dem Befehle zufolge, den ihm Graf Panin ertheilt hatte [461]), richtete nun Galitzin an Kaunitz die förmliche Aufforderung, Oesterreich möge den Antheil an polnischem Gebiete, den es für sich in Anspruch nehme, so rasch und so genau als nur immer möglich bezeichnen; Rußland sei bereit, seinem Begehren die willfährigste Aufnahme zu Theil werden zu lassen. Kaunitz aber erklärte der Kaiserin rund heraus, bei dieser Lage der Dinge bleibe nichts anderes übrig als diejenigen Districte zu bestimmen, welche nach einem gleichen Ausmaße mit dem preußischen und dem russischen Antheil an Oesterreich fallen sollten. Wolle man solches nicht thun, dann müsse man sich entweder der Verwirklichung des schon abgeschlossenen Theilungsvertrages mit gewaffneter Hand widersetzen oder unthätig zusehen, wie durch die unverhältnißmäßige Vergrößerung Preußens und Rußlands das Haus Oesterreich in die äußerste Gefahr gebracht würde. Beides sei aufs entschiedenste zu widerrathen; man müsse sich daher zu gleichmäßiger Geltendmachung der eigenen Ansprüche nothgedrungen entschließen [462]).

Den wenigen und schlichten Worten, mit denen Maria Theresia dem Antrage des Staatskanzlers ihre Zustimmung gab, sieht man die Seelenkämpfe nicht an, unter denen dieß geschah. „ich finde“, so

lauten sie, „daß vor jetzo nichts anders mehr zu thun, kan aber mich „noch nicht beruhigen über die vergrössung diser beeden puissancen „und noch weniger, daß wir auch mit selben theillen sollen".

Nachdem sich endlich Maria Theresia in solcher Weise herbeigelassen hatte, der Theilnahme Oesterreichs an den von Rußland und Preußen schon verabredeten Gebietserwerbungen in Polen wenigstens dem Grundsatze nach ihre Zustimmung zu geben, handelte es sich vorerst um die Bezeichnung der von dem Kaiserhofe in Anspruch zu nehmenden polnischen Districte. Gewiß war dieß keine leichte Aufgabe zu nennen und es mag daher eher ein Vorwand als der wirkliche Beweggrund seines Zögerns gewesen sein, wenn Kaunitz behauptete, man könne die verlangte Aeußerung über Oesterreichs Begehren nicht früher abgeben, als bis auch die Erklärung der Kaiserin von Rußland wegen Anerkennung des Prinzipes, daß die Betheilung der drei Mächte eine gleichmäßige sein solle, in Wien eingetroffen sein würde. Recht übel vermerkte König Friedrich diese Hinausschiebung der Entscheidung, denn sein gieriger Sinn konnte den Augenblick kaum mehr erwarten, in welchem er sich der von ihm schon seit so langer Zeit ins Auge gefaßten Beute endlich definitiv zu bemächtigen vermochte. In so beißenden Bemerkungen erging er sich über Kaunitz, daß dessen bekanntlich sehr starkes Selbstgefühl hiedurch aufs äußerste verletzt wurde. Kaunitz verlieh daher auch seiner Erbitterung in einer vertraulichen Depesche an van Swieten recht ungeschminkten Ausdruck. „Der arg„wöhnische und mißtrauische Charakter des Königs von Preußen", schrieb er ihm am 11. April 1772, „hat ihn vermocht, in meinem „Betragen Arglist und Schlauheit zu erblicken. Er hält mich für „doppelzüngig und falsch, und ich bekenne Ihnen, daß ich über allen „Begriff darüber aufgebracht bin, daß gerade er, er es wagt, mir „eine so gehässige Eigenschaft beizulegen, von der die ganze Welt weiß, „daß sie meiner Denkungsart so entgegengesetzt ist. Wenn er einsehen „könnte, bis zu welchem Grade er mich durch sein Mißtrauen und „durch solche Vorgänge gegen sich aufzubringen sich aussetzt, so würde „er, meine ich, sein Verfahren ändern, oder er sollte dieß wenigstens „thun. Ich schmeichle mir jedoch keineswegs mit dieser Hoffnung,

„denn Niemand wird von der Richtung seines Geistes geheilt, und in „dem Falle des Königs beurtheilt man meistens die Anderen „nach sich“ [463]).

Unendlich viel aufmerksamer und verbindlicher als der König von Preußen war man in Rußland gegen den Wiener Hof. Panin begleitete die Einhändigung der von der Kaiserin Katharina unterzeichneten Erklärung an Lobkowitz nicht nur mit Ausdrücken lebhafter Verehrung für Kaunitz, sondern er fügte auch noch die Andeutung hinzu, es wäre nicht unmöglich, Oesterreich außer dem ihm zuzusprechenden polnischen Gebiete noch Belgrad sammt den ihm erwünschtesten Theilen von Serbien und Bosnien zuzuwenden. Allerdings würde Oesterreichs Antheil an den neuen Erwerbungen hiedurch ungleich größer werden als diejenigen, welche Rußland und Preußen für sich begehrten. Aber man würde in St. Petersburg mit Freude hiezu beitragen, um hiedurch den Grund zu legen zu näherer Verbindung zwischen Oesterreich und Rußland, ja vielleicht sogar zum Abschlusse einer Tripelallianz, welcher sodann auch Preußen beizuziehen wäre [464]).

Die Ankunft der von der Kaiserin von Rußland ausgestellten Erklärung beraubte den Wiener Hof der Möglichkeit, sich der näheren Bezeichnung der von ihm in Anspruch zu nehmenden polnischen Gebietstheile noch länger zu entschlagen. Indem er nun endlich hieran ging, sprach Kaunitz im Namen des Kaisers und der Kaiserin deren Dank für die Willfährigkeit Rußlands, dem Hause Oesterreich Belgrad und Theile von Serbien und Bosnien zu verschaffen, jedoch zugleich auch ihren festen Entschluß aus, auf dieses Anerbieten keineswegs einzugehen. Eine doppelte Ursache halte hievon zurück. Wahrscheinlicher Weise würde durch ein solches Begehren die Zustandebringung des so lebhaft ersehnten Friedens neuerdings verzögert. Und außerdem sei man gewillt, der Pforte, so lang sie nicht selbst hiezu ausreichende Veranlassung gebe, nichts Nachtheiliges zuzufügen.

Die Aufzählung der für Oesterreich zu begehrenden polnischen Districte wurde von Kaunitz in die Form eines mit Rußland und

Preußen zu vereinbarenden Vertragsartikels gebracht, welcher folgender Maßen lautete:

„Nachdem Seine Majestät der Kaiser und Ihre Majestät die Kaiserin, Königin von Ungarn und Böhmen ꝛc. einwilligten, nicht alle ihre Ansprüche zur Geltung zu bringen, die sie auf Polen erheben könnten, werden Ihre kaiserlichen und königlichen Majestäten sich darauf beschränken, zurückzufordern und in Besitz zu nehmen: den Theil des Palatinates von Krakau am rechten Ufer der Weichsel, von Biala angefangen längs dieses Flusses bis gegenüber von Sandomir. Von hier bis gegenüber von Swolena am Flusse Wieprz, dann bis Parkow in dem Winkel, wo die Grenzen der Palatinate Lublin, Rothreussen und Brzesz zusammenstoßen, und wo in den genannten Fluß der Arm eines anderen sich ergießt, der an der Grenze des Palatinates von Brzesz entspringt, bis zu diesem letzteren Palatinate und Großlithauen. Von hier längs der Grenze des Palatinates von Brzesz oder Großlithauens und zwischen dem Palatinate von Belz und Wolhynien, so daß das Palatinat von Belz in seinem ganzen Umfange in die neue Grenze eingeschlossen sein wird. Hierauf die Grenze Wolhyniens entlang bis Podolien und sodann längs der Grenze dieses Palatinates bis zum Dniester und von hier diesen Fluß hinab bis zur Moldau. Endlich die Grenze der Moldau entlang bis nach Siebenbürgen, beziehungsweise Ungarn, oder bis zu den Districten von Marmaros und Radna, so daß die Gesammtheit dieser Enclave mit ihrem linken Flügel an Schlesien und mit ihrem rechten an die Grenze Siebenbürgens stoßen wird.“

So wie in St. Petersburg, so ließ Oesterreich auch in Berlin seine Forderungen mittheilen. In die Zeit, während deren man der Antwort Rußlands und Preußens entgegensah, fällt eine neue Kundgebung der Kaiserin, in der sie sich sowohl über die ganze Angelegenheit als über die Art und Weise ausspricht, in welcher den verbündeten Regierungen, hauptsächlich aber dem Hofe von Versailles von den dereinstigen Abmachungen Kenntniß zu geben wäre. Man sieht daraus, daß ihre Bedenken gegen das Verfahren, zu dem sie sich hatte bereden lassen, noch durchaus nicht beschwichtigt, und daß sie jetzt durch

die Besorgniß über die Aufnahme, welche ihre eigenen Schritte und diejenigen Rußlands und Preußens bei den bourbonischen Höfen finden würden, sogar noch vermehrt waren.

Jedermann weiß daß in den letzten Tagen des Jahres 1770 die Herzoge von Choiseul und Praslin den unablässig bohrenden Intriguen ihrer Gegner, der Anhänger der nichtswürdigen Dubarry zum Opfer gefallen, ihrer Aemter entkleidet und aus Paris verbannt worden waren. Eine Creatur der Dubarry, der Herzog von Aiguillon, in gar keiner Weise seinem Vorgänger Choiseul vergleichbar, übernahm an Stelle desselben das Portefeuille der äußeren Geschäfte.

Mit sehr gemischten Gefühlen vernahm Maria Theresia die Nachricht von dem Sturze Choiseuls. Sein hochfahrendes, herrisches und ungestümes Wesen hatte sie selbst und Kaunitz oft peinlich verletzt, und manchmal bedurfte es der unglaublichsten Geduld, um das gute Einvernehmen mit ihm noch länger aufrecht zu erhalten. Aber andererseits banden nicht nur gemeinschaftliche politische Anschauungen, vor Allem aber der Widerwille gegen den König von Preußen die Kaiserin an Choiseul. Das in Maria Theresia jederzeit so lebhafte Gefühl der Dankbarkeit für erwiesene Dienste trug ebenfalls nicht wenig dazu bei, sie an Choiseul zu ketten. Außerdem waren es Besorgnisse vor der Zukunft, und zwar nicht so sehr politischer als persönlicher Natur, um derentwillen die Kaiserin sich beängstigt fühlte durch die Entlassung Choiseuls. Sie meinte daß wenn auch vielleicht sein Nachfolger sich zu anderen Ansichten über die Allianz zwischen Oesterreich und Frankreich bekennen könnte, als Choiseul sie gehegt, doch die Nothwendigkeit, an ihr festzuhalten, auch in Frankreich kaum ernstlich verkannt werden könnte. Aber sie erblickte in Choiseul den Stifter des Ehebündnisses zwischen ihrer Tochter Marie Antoinette und dem Dauphin, die festeste Stütze und den verläßlichsten Leiter der fast noch in den Kindesjahren stehenden Prinzessin auf dem schlüpfrigen und gefahrdrohenden Boden des Hofes von Versailles. Für die letztere gab sie sich daher den ärgsten Befürchtungen hin.

„Ich bekenne", schrieb Maria Theresia gleich nach Empfang der Nachricht von seiner Entlassung eigenhändig an Mercy, „der Verlust „Choiseuls ist mir äußerst empfindlich, und ich fürchte daß wir darunter „nur allzusehr werden zu leiden haben. Ich betrachte diesen Schlag „als entscheidend für meine Tochter, aber nicht für die Allianz, deren „Frankreich eben so sehr bedarf als wir. Wenn Sie von Zeit zu „Zeit etwas über die Choiseuls und die Ursache ihrer Ungnade er„fahren, so bitte ich Sie mir es zu melden, denn ihre Inconsequenzen „und Impertinenzen, die man so lange Jahre hindurch ertrug, können „doch nicht die Veranlassung sein zu ihrem Falle. Ich verhehle es „nicht, daß ich sie bedauere, und wenn ich ihnen einmal von Nutzen „sein kann, so werde ich mir ein Vergnügen daraus machen; sie können „auf mich zählen. Unsere Stellung wird noch heiklicher; es ist ein „Glück für uns, Sie dort zu besitzen. Rechnen Sie auf mein ganzes „Vertrauen und auf meine Dankbarkeit" [465]).

In ähnlichem Sinne schrieb Maria Theresia auch an ihre Tochter. „Ich gestehe", sagte sie ihr, indem sie von dem Sturze der Choiseuls sprach, „daß ich davon aufs tiefste berührt bin. Ich konnte „in ihrem Verfahren nur Redlichkeit, Menschlichkeit und große An„hänglichkeit an die Allianz entdecken, aber ich mische mich nicht in „die Beweggründe, welche der König gehabt hat, und Du wirst dieß „noch weniger thun. Vergiß jedoch niemals, daß Deine gegenwärtige „Stellung das Werk der Choiseuls ist und daß Du ihnen daher „Dankbarkeit schuldest" [466]).

Kaum minder beachtenswerth sind die Aeußerungen, mit denen Kaunitz die Mittheilungen Mercy's über die Ursachen und den Hergang der jüngsten Ereignisse in Frankreich beantwortete. „Was Eure „Excellenz", so schrieb er ihm, „von den näheren Umständen der Ent„fernung des Herrn Duc de Choiseul einberichtet haben, stellt ein sehr „trauriges Gemälde eines durch die schändlichsten Intriguen verwirrten „Hofes dar. Gleich nachdem die Exilirung des ernannten Herrn Duc „hier allgemein bekanntgeworden ist, haben die meisten auswärtigen „Minister allhier ihre besondere Aufmerksamkeit dahin gerichtet, was „diese Nachricht bei unserem Hof für einen Eindruck veranlassen und

„ob sie mich insbesondere nicht etwa in Verlegenheit und Beisorge „setzen dürfte. Ich habe aber bei jedem schicklichen Anlasse freimüthig „erklärt, daß ich zwar durch die Entfernung des Herrn Duc de „Choiseul den Verlust eines Freundes und alten Bekannten zu be„dauern hätte, mir aber nimmermehr vorstellen könnte, daß dieser „Umstand auf unser dermaliges System nur den geringsten Einfluß „haben würde, weil ich solches für so fest gegründet und dem beider„seitigen Interesse angemessen betrachte, daß die Uebertragung des „Ministerii von einer Person auf eine andere als ein bloß gleich„gültiges Ereigniß anzusehen sei. Wie ich denn nicht bergen könnte, „daß wenn unser gegenwärtiges System auf ein so schwaches und „seichtes Fundament als die persönliche Denkungsart eines Ministers „ist, gebaut wäre, ich mich verpflichtet halten müßte und würde, Ihren „Majestäten ohne Zeitverlust ein anderes vorzulegen."

„In der Hauptsache bin ich auch desfalls vollkommen ruhig, „indem nicht allein dem französischen Hofe wo nicht mehr, so doch „wenigstens eben so viel als uns selbst an der Aufrechthaltung unserer „Allianz gelegen sein muß, sondern auch demselben dermalen die Wege „ziemlich verlegt sind, ein anderes System zu ergreifen, da der König „in Preußen mit Rußland auf das engste alliirt ist und gewiß nicht „so leicht zu bewegen sein dürfte, von ersterem Hofe abzuspringen und „die französische Allianz zu wählen" [467]).

Ob wirklich, wie Maria Theresia und Kaunitz aus voller Ueberzeugung erklärten, das gleichmäßige Interesse Oesterreichs und Frankreichs die Aufrechthaltung ihrer Allianz so gebieterisch forderte, und ob nicht die hauptsächlichste Bürgschaft für dieselbe und ihre festeste Stütze in der persönlichen Gesinnung der Kaiserin und des Königs von Frankreich lag, ist nicht leicht zu entscheiden. Gewiß ist nur, daß der thatsächliche Erfolg den Anschauungen, zu denen die Kaiserin und ihr Staatskanzler sich bekannten, wenigstens insofern entsprach, als an dem Bündnisse zwischen beiden Mächten auch nach dem Sturze Choiseuls nicht gerüttelt wurde. So übelwollend für Oesterreich der Herzog von Aiguillon und seine Anhänger auch sein mochten, so gern sie vielleicht den ohne Zweifel obwaltenden, jedoch von Kaunitz wohl

überschätzten Bedenken zum Trotze sich dem Könige von Preußen genähert und mit ihm und der Kaiserin von Rußland bessere Beziehungen angeknüpft hätten, so wagten sie es doch nicht, offen und ungescheut die gerade entgegengesetzte Bahn von derjenigen einzuschlagen, auf welcher vor ihnen Choiseul einhergeschritten war. Von dem früheren vertraulichen Einvernehmen der beiderseitigen Leiter der auswärtigen Politik war allerdings nicht mehr die Rede, und es sind Briefe von Kaunitz vorhanden, in denen er sich geradezu verächtlich über den Herzog von Aiguillon ausspricht [468]). Natürlicher Weise trat auch Mercy zu dem Letzteren niemals in eine Stellung, wie er sie Choiseul gegenüber eingenommen hatte. Aber diese Erkaltung der Beziehungen zwischen den beiderseitigen Staatsmännern erstreckte sich einerseits nicht auf Maria Theresia und Ludwig XV., und andererseits begann man in Wien dem Wechsel der Personen, welcher in Frankreich eingetreten war, allmälig auch eine andere Seite abzugewinnen. Je tiefere Wurzeln nach und nach der Gedanke, an den Gebietserwerbungen auf Kosten Polens ebenfalls Antheil zu nehmen, in dem Gemüthe des Kaisers und des Fürsten Kaunitz schlug, um so lebhafter wurde auch die Ueberzeugung, daß man bei der Durchführung desselben an dem schwachen und kleinlichen Herzoge von Aiguillon einen ungleich weniger gefährlichen Gegner zu bestehen haben werde, als Choiseul, unerschrocken und entschlossen, ja waghalsig und fast abenteuerlustig wie er nun einmal war, ohne Zweifel gewesen wäre. Sogar Maria Theresia selbst gab schon damals und noch lange Zeit nachher dieser Vermuthung zu wiederholten Malen offenen Ausdruck [469]).

Jedoch nicht von dieser letzteren Kundgebung der Kaiserin, sondern von derjenigen soll hier die Rede sein, durch welche sie während der Zeit des Harrens auf die Antworten aus Berlin und St. Petersburg ihrem schwer bedrängten Herzen noch einmal Luft machte. „Seit „dem Beginne der Wirren in Polen", so läßt sich Maria Theresia vernehmen, „habe ich die Absicht des Königs von Preußen, sich eines „Theiles dieses Königreiches zu bemächtigen, als die von uns am „meisten zu fürchtende Sache betrachtet. Diese Gefahr ist mir immer „viel größer als diejenige erschienen, welche aus den von Rußland

„über die Pforte zu erringenden Erfolgen für uns hervorgehen konnte. „Denn es ist unbestreitbar, daß so groß auch die Macht Rußlands „sein mag, wir von seiner Seite niemals so viel zu fürchten haben „werden als von dem Könige von Preußen, der seit dreißig und mehr „Jahren immer unser gefährlicher Feind war und es jederzeit sein „wird, dessen fernere Vergrößerung daher das handgreiflichste Uebel ist, „welches uns zugefügt werden kann, der wir also um jeden Preis „hätten zuvorkommen oder sie verhindern sollen. Dieß war das „System, durch welches es uns mehrere Jahre hindurch gelang, den „König von Preußen in Schranken zu erhalten, so zwar daß er eben „so wenig wagte, Truppen in Polen einrücken zu lassen, als Rußland „eine andere als eine Geldhülfe zu gewähren. Hätte man sich an „diesen Grundsatz gehalten, und statt selbst im Trüben zu fischen, um „einige elende polnische Districte zu erlangen, statt diese unglückliche „Convention mit der Pforte abzuschließen und nutzloser Weise mit „großen Kosten eine beträchtliche Armee in Ungarn zu versammeln, „sich damit begnügt, für den Fall, als der König von Preußen eine „Unternehmung gegen Polen ins Werk setzen wollte, eine Armee zum „Einmarsche in Schlesien bereit zu halten, hätte man sich auf die ein- „fache Rolle eines unparteiischen Friedensvermittlers zwischen Rußland „und der Pforte beschränkt, ohne zuerst in einem drohenden Tone zu „Rußland zu sprechen; hätte man ihm vielmehr Aussicht auf die „Möglichkeit eröffnet, durch den Frieden zu irgend welchem Vortheile „zu gelangen, dann ist wohl nicht zu zweifeln, daß man durch ein so „einfaches, festes und redliches Verfahren es erreicht hätte, den Krieg „schon im verflossenen Jahre zu endigen, die Zerstücklung Polens zu „verhindern, den Dank beider betheiligten Mächte zu verdienen und „unser Ansehen in Europa zu mehren, ohne daß es nothwendig ge- „wesen wäre, auch nur den zehnten Theil der Kosten aufzuwenden, „welche unsere Vorbereitungen zum Kriege uns verursachten.“

„Man ist jedoch abgegangen von diesem System; alle unsere „Besorgnisse richteten sich auf die Gefahr, von der wir uns einbil- „deten, daß wir sie in der Vergrößerung Rußlands erblicken müßten; „ja man verblendete sich so weit, daß man sogar glaubte, durch jene

„prunkhafte Zusammenkunft in Neustadt eine Uebereinstimmung und „ein gegenseitiges Vertrauen zwischen uns und dem Könige von „Preußen herbeigeführt zu haben. Die Hoffnung, hiedurch Rußland zu „imponiren, von der Pforte Geld und andere Vortheile zu erlangen, „die von uns besetzten polnischen Districte zu behalten, Alles dieß ver„leitete uns zu falschen, übelberechneten, inconsequenten und gefährlichen „Schritten, die jener Geradheit und Redlichkeit nur wenig entsprechen, „welche während meiner ganzen Regierungszeit immer die einzigen „Grundlagen meines Verfahrens gebildet hatten."

„Das Resultat all dieser Schritte war gegen uns. Unsere Unter„nehmungen gegen polnisches Gebiet gewährten dem Könige von Preußen „einen Vorwand, einen Theil dieses Königreiches zu besetzen. Unsere Con„vention mit der Pforte gab Anlaß zu der, welche der König von Preußen „mit Rußland abschloß. Unsere kriegerischen Kundgebungen und der „drohende Ton, dessen wir uns gegen diese letztere Macht bedienten, „vermochten sie dazu, ihre Anstrengungen zu verdoppeln und sich mehr „und mehr des Königs von Preußen zu versichern, indem sie ihm „einen Antheil an der Zerstücklung Polens zugestand. Wir haben uns „bei der Pforte discreditirt, indem wir Verpflichtungen gegen sie ein„gingen, welche wir nicht zu erfüllen im Stande sind. Wir haben „Frankreich gegenüber eine Zurückhaltung beobachtet, für die es uns „nur sehr wenig dankbar sein kann. Wir haben uns in die Lage ge„bracht, sogar von dem Könige von Preußen mit Recht der Falschheit „und Doppelzüngigkeit beschuldigt zu werden. Ohne Ursache und ohne „Nutzen haben wir unsere Finanzen und unseren Credit erschöpft, und „wir finden uns in die peinliche Nothwendigkeit versetzt, selbst zur „Vergrößerung von zwei Mächten, unseren Nebenbuhlern und Feinden „beitragen zu müssen und dafür, so zu sagen als Geschenk, von ihnen „dasjenige zu erhalten, worauf sie ebensowenig ein Recht der Ver„fügung als wir eines der Erwerbung besitzen."

„Dieß ist unsere Lage; sie ist gewiß peinlich, und das um so „mehr, als es kein Mittel gibt, sie zu ändern. Am wichtigsten für „uns ist es, daß der Friede baldigst abgeschlossen werde; die Fortsetzung „des Krieges kann unsere Gefahren und die Vortheile Rußlands und

„des Königs von Preußen nur vermehren. Es kann daher für uns „nichts Dringenderes geben, als um welchen Preis es auch sein „möge, den Frieden zu Stande zu bringen."

„Was Polen angeht, so werden wir den König von Preußen „nicht mehr verhindern, einen Theil davon an sich zu reißen. Ruß„land wird den seinigen nehmen und uns bietet man einen gleichen „an. Unter Privatleuten würde ein solches Anerbieten eine Beschimpfung „und seine Annahme eine Ungerechtigkeit sein. Sollen die Gesetze des „natürlichen Rechtes nicht gleichmäßig in Kraft sein für die Handlungen „der Herrscher?"

„Die Entwicklung der Scene wird gewiß nicht den Beifall un„serer Verbündeten finden. Wenn sich der Herzog von Choiseul noch „in seiner früheren Stellung befände, so würde er ohne Zweifel von „der Gelegenheit Vortheil ziehen und uns ein Stück der Niederlande „wegnehmen wollen, wo wir nicht den geringsten Widerstand zu leisten „vermöchten. Da wir übrigens bisher so große Zurückhaltung gegen „Frankreich beobachtet haben, so wird man bis zum Abschlusse des „Friedens und bis zur Durchführung unserer Vereinbarungen mit „Rußland und mit Preußen zuwarten, dann aber wenigstens scheinbare „Gründe zu unserer Rechtfertigung anführen müssen" [470]).

In ausführlicher Weise verbreitet sich nun Maria Theresia über die Eröffnung, die zu dem von ihr bezeichneten Zeitpunkte an Frankreich zu richten und durch welche das Verfahren zu rechtfertigen wäre, das Oesterreich in den polnischen Angelegenheiten und in Bezug auf den Krieg zwischen Rußland und der Pforte beobachtet hatte. Einen nicht geringen Theil des Verschuldens, daß die Dinge keine andere und ihr erwünschtere Wendung genommen hatten, glaubte die Kaiserin dem Hofe von Versailles zuschreiben zu dürfen, und sie meinte, man solle sich nicht scheuen, ihm dieß recht deutlich und rückhaltslos darzuthun. Auf diesen Theil der Ausführungen der Kaiserin wollen wir hier jedoch nicht eingehen [471]), sondern der Aufnahme uns zuwenden, welche die von Kaunitz endlich vollzogene nähere Bezeichnung der für Oesterreich in Anspruch genommenen polnischen Gebietstheile in Berlin und in St. Petersburg fand.

Es lag wohl in der Natur der Sache, daß so lang es für Preußen und für Rußland darum sich handelte, Oesterreich zu gleichmäßiger Betheiligung an ihrem eigenen Verfahren gegen Polen zu bewegen, sie den Umfang und die Wichtigkeit der Gebietserwerbungen, welche Oesterreich bei diesem Anlasse zu verwirklichen vermöchte, mit den glänzendsten und verlockendsten Farben zu schildern sich bemühten. Sobald aber der Wiener Hof nur einmal für die Sache gewonnen war, sobald er den Entschluß, auf den man in Berlin und in St. Petersburg so großes Gewicht legte, auch wirklich faßte und den ersten Schritt zu dessen Ausführung durch Mittheilung seiner Forderungen that, da fand man dieselben plötzlich zu hoch und behauptete, sie giengen weit über dasjenige hinaus, was Preußen und Rußland für sich selbst ausbedungen hätten. Schon zwischen Friedrich und van Swieten fand hierüber eine lebhafte Erörterung statt. Der Letztere gab zu, daß der für Oesterreich in Anspruch genommene Theil umfangreicher und fruchtbarer sei als derjenige, der an Preußen fallen sollte. Aber er behauptete dagegen, daß Polnisch-Preußen für den König eine weit größere politische Wichtigkeit besäße, und daß, um die einmal verabredete Gleichheit zu erzielen, beide Vortheile gegen einander abgewogen werden müßten. Friedrich widersprach zuletzt nicht mehr: er erklärte sogar, daß es auf etwas mehr oder weniger nicht ankomme, und daß er Oesterreich keine Hindernisse in den Weg legen werde. „Aber erlauben Sie mir Ihnen zu sagen“, setzte er lächelnd hinzu, „Sie haben einen guten Appetit“ [172]).

Anderer Art waren die Einwendungen, welche Rußland durch den Mund des Grafen Panin gegen das österreichische Theilungsproject erhob. Im Allgemeinen erklärte er sich nicht gegen die von dem Wiener Hofe gemachten Ansprüche, aber in zwei Punkten meinte er sie als unannehmbar bezeichnen zu sollen. Die Stadt Lemberg könne den Polen nicht leicht genommen werden, denn sie sei für sie ungefähr dasselbe, was Moskau für die Russen. Seit unvordenklicher Zeit sei Lemberg der Verwahrungsort der Urkunden, welche auf die bevorzugte Stellung und die Besitzthümer des polnischen Adels sich bezögen; dort würden alle Vereinbarungen und Contracte über die Gutsübertragungen

von einem Besitzer auf den anderen zu Stande gebracht. Hieraus möge man ermessen, wie sehr die Beibehaltung einer solchen Stadt den Polen am Herzen liegen müsse. Die Lostrennung derselben würde eine arge Verwirrung in den Privatverhältnissen der betreffenden Familien und ihrer Angehörigen herbeiführen. In einer Republik, deren ganze Kraft, ja deren Existenz nur auf derjenigen der einzelnen Bürger des Staates beruhe, wäre ein solcher Schritt entscheidend für die Auflösung derselben.

Außerdem befänden sich die ertragreichsten Salinen Polens in dem Landstriche, den Oesterreich für sich begehre. Die Einkünfte hievon ließen sich auf 120.000 Dukaten jährlich veranschlagen, und sie fielen dem Könige persönlich zu. Bei einer solchen Einbuße würde es demselben kaum möglich sein, sich in seiner Würde zu behaupten, in der man ihn ja doch zu erhalten gedenke [473]).

Aus späteren Gesprächen mit Panin konnte Lobkowitz entnehmen, daß man nicht allein Lemberg, sondern auch einen sehr beträchtlichen Theil der Woiwodschaft Rothrußland nicht an Oesterreich gelangen lassen wolle. Außerdem wurde es klar, daß der Widerwille gegen die Ueberlassung der Salzwerke nicht so sehr von dem Hofe von St. Petersburg als von dem Könige von Preußen herrühre. Mit der Zusage, die er an van Swieten gegeben, Oesterreich keine Hindernisse in den Weg legen zu wollen, war es ihm wie gewöhnlich nicht Ernst, und vor Allem wollte er dem Hause Oesterreich die reichen Einkünfte aus den polnischen Salinen nicht gönnen [474]).

Inzwischen hatten auch in Wien über die von Oesterreich bereits gestellten und etwa noch zu stellenden Forderungen sich Meinungsverschiedenheiten erhoben, welche von Seite der maßgebenden Personen und insbesondere des Kaisers nicht ohne eine gewisse Gereiztheit erörtert wurden. In der Besorgniß, daß sowohl Rußland als Preußen die Begehren Oesterreichs nicht in ihrer Gänze zugestehen würden, hatte Kaunitz schon am 28. April 1772 der Kaiserin eine vierfache Abstufung vorgelegt, nach deren Reihenfolge man in St. Petersburg eine Ermäßigung dieser Forderungen eintreten lassen könnte. Wie gewöhnlich

theilte Maria Theresia den Antrag des Staatskanzlers ihrem Sohne zur Begutachtung mit. Die Antwort des Kaisers ist noch mehr als wegen der Sache, um die es sich handelte, aus dem Grunde merkwürdig, weil sie ein Zeugniß abgibt von der rücksichtslosen Schärfe, mit welcher Joseph seine abweichende Meinung auch in den Fällen auszusprechen liebte, in denen er sich den treuesten und erprobtesten Staatsdienern gegenüber befand.

„Ich könnte ohnmöglich", schrieb der Kaiser am 29. April, „mich mit dem verfaßten Aufsatz vom Fürsten von Kaunitz einverstanden „erklären, weder in der Sache noch in der Form. Nicht in ersterer, „weil mir die Vorschläge, besonders die zwei letzten, gänzlich unzuläßig „scheinen; nicht mit der zweiten, weil nichts als kindische Furcht, Un„wissenheit, Zweifel und Schwäche in selber Nachgiebigkeit hervorleuchten „und das Vertrauen ohnmöglich gegen beede diese unsere so kurz erst „ausgesöhnte Freunde so weit gehen kann, daß wir von ihnen und „ihren Rathschlüssen unsere wahre Convenienz zu verhoffen haben."

An diese für Kaunitz nichts weniger als schmeichelhafte Verwerfung der Vorschläge desselben knüpfte Joseph den Antrag, man möge auf den gestellten Forderungen wenigstens in ihren wichtigsten Punkten unerschütterlich beharren. In Berlin und in St. Petersburg solle man ankündigen, daß man entschlossen sei, die österreichischen Truppen in Polen einrücken, jedoch nur diejenigen Districte definitiv in Besitz nehmen zu lassen, deren Vereinigung mit Oesterreich im Wege der Verabredung mit den beiden übrigen Mächten festgestellt werden würde. Des Anspruches auf die Salzwerke solle man sich in keinem Falle begeben, da sie wohl die einzigen „soliden" Einkünfte des neu zu erwerbenden Landes bilden dürften. Die Entscheidung aller Einzelnheiten möge man auf den Zeitpunkt versparen, in welchem man an Ort und Stelle die thatsächlichen Verhältnisse zu prüfen und zu beurtheilen im Stande wäre. Denn die Landkarten, die man besitze, seien so schlecht, daß sich aus ihnen gar nichts auch nur mit der geringsten Verläßlichkeit abnehmen lasse. „Diese Sprache schiene mir", so endigt Joseph seine Denkschrift, „viel angemessener als die nach„giebige Schwäche, welche dieser Aufsatz enthält. Wir brauchen keinen

„Rath von Preußen noch Russen, um unsere Convenienz zu wissen „und um selbe in das Werk zu stellen. Dadurch werden wir, glaube „ich, mehr gewinnen und ausrichten als durch das beständige Hin= „und Herschreiben“ [475]).

Unablässig drängte Joseph zu entschlossenem und energischem Auftreten, vor Allem zu baldigstem Einmarsche österreichischer Truppen in Polen. Binnen wenig Tagen brachte er seine widerstrebende Mutter so weit, daß sie ein von ihm aufgesetztes Handbillet an Lacy unterzeichnete, durch welches die erforderlichen Bewegungen der Truppen angeordnet wurden. Der Kaiser verständigte auch Kaunitz von dieser Maßregel, jedoch erst nachdem das Handbillet an Lacy bereits erlassen war. Neuerdings entwickelte er dem Staatskanzler gegenüber die Ansichten, von denen er ausging. Sich allzu rasch nachgiebig zu zeigen in Bezug auf die erhobenen Ansprüche, würde ihm als ein Kennzeichen von Schwäche oder Ungewißheit erscheinen. Oesterreich habe sich weder von der Kaiserin von Rußland noch von dem Könige von Preußen guter und ehrlich gemeinter Rathschläge zu versehen; daher möge es auch keinen großen Werth auf sie legen. Eine Erklärung, daß Oesterreich nicht mehr behalten wolle als was dem Antheile der Uebrigen gleichkomme und worüber man sich mit ihnen verständigt haben werde, scheine für den Augenblick genügend zu sein. Die bloße Besitzergreifung allein würde noch keine Entscheidung in Bezug auf die dereinstige wirkliche Einverleibung mit sich führen. Auch Rußland und Preußen hielten jetzt polnische Gebietstheile besetzt, welche sie keineswegs für sich zu behalten gedächten. Man möge nichts Anderes thun als ihr Beispiel nachahmen, in Polen vortheilhafte Stellungen einnehmen und dann erst eine Vereinbarung über den neuen Grenzzug herbeiführen. Das Gehässige der Theilung, die ja in der That durch die Gegner herbeigeführt worden sei, möge auch in den Augen der Welt, und zwar durch eine Erklärung auf sie gewälzt werden, die man an den König von Polen und an die Republik gelangen lassen sollte. Darin wäre zu sagen, daß man zu Allem und sogar zur Zurückziehung der Truppen bereit wäre, wenn von Seite Rußlands und Preußens ein Gleiches geschähe. Im Falle des Gegentheils aber verlange die Nothwendigkeit und die Sorge

für die eigene Sicherheit, daß man nach ihnen sich richte. „Das sind", mit diesen Worten schloß Joseph einlenkend sein Schreiben an Kaunitz, „tausend unreife Träume, welche Sie, mein Fürst, einem jungen Kopfe „nachsehen werden, der sich für das Gute erhitzt. Sie werden keinen „anderen Gebrauch davon machen als den, welchen Ihre Erfahrung „und Ihre Einsicht, die Sie uns täglich beweisen, Ihnen eingeben" [476]).

War Kaunitz wirklich einverstanden mit den militärischen Maßregeln des Kaisers oder meinte er an denselben nachträglich nichts ändern zu können, gewiß ist nur, daß er ihnen seine Zustimmung ertheilte. Aber angelegentlich widerrieth er den Vorschlag Josephs, durch eine Art öffentlicher Erklärung das Gehässige der Theilungsmaßregeln auf die beiden anderen Mächte zu schieben. Erst dann werde es an der Zeit sein, in mündliche Erläuterungen hierüber sich einzulassen, wenn einmal alle drei Staaten sich über die Theilung geeinigt und ihre Verabredung in Form einer Convention festgestellt haben würden [477]).

So geschah es denn auch in der That. Ohne irgendwelche besondere Kundgebung rückten die österreichischen Truppen in nördlicher Richtung in Polen vor. Der General der Cavallerie Graf Andreas von Hadik war mit dem Oberbefehl betraut; Feldmarschallieutenant Graf Esterhazy und Generalmajor d'Alton führten die einzelnen Corps. Strenge Mannszucht sollten sie beobachten, die Bevölkerung rücksichtsvoll und schonend behandeln, gegen preußische und russische Offiziere und Soldaten aber in zuvorkommender Weise verfahren [478]). Der Staatsminister Graf Pergen wurde abgesandt, um als bevollmächtigter Commissär und Statthalter die Regierung der neu zu besetzenden Landstriche zu übernehmen.

Während nun in solcher Weise auch Oesterreich nicht länger ein ruhiger Zuschauer blieb, sondern handelnd eingriff in den Gang der Ereignisse, schien man noch immer nicht zu einer definitiven Vereinbarung mit Rußland und Preußen über die von den drei Mächten auf Kosten Polens zu machenden Erwerbungen gelangen zu können. Erst am 28. Mai 1772 sah sich Lobkowitz im Stande, die in Wien schon seit

so langer Zeit erwarteten schriftlichen Erklärungen der russischen Regierung dorthin zu übersenden. Allerdings waren dieselben sowohl ihrem Umfange als ihrem Inhalte nach in hohem Maße belangreich. In nicht weniger als sechs Denkschriften waren die Mittheilungen gekleidet, welche jetzt von russischer Seite an Oesterreich ergingen. Der Inhalt der einen, derzufolge Lemberg und die Salzwerke nicht an Oesterreich gelangen sollten, war schon seit mehreren Wochen in Wien bekannt; jetzt wurde er noch durch „Betrachtungen" [479]) ergänzt, durch welche Panin eine noch viel weiter gehende Schmälerung des von Oesterreich in Anspruch genommenen Gebietes zu begründen sich bemühte. Die dritte Denkschrift enthielt eine ungefähre Berechnung der drei Antheile nach ihrem Flächenraume, ihrer Bevölkerungszahl und dem Einkommen, das man aus ihnen zu ziehen vermöchte. Entwürfe für die abzuschließende Convention und für ein zu erlassendes Manifest bildeten die vierte und die fünfte Denkschrift, während die sechste die Gedanken des Grafen Panin über den Einmarsch der österreichischen Truppen in Polen enthielt. Aus den mündlichen Erklärungen, mit denen Panin diese Mittheilungen begleitete, war deutlich zu entnehmen, daß nicht so sehr Rußland als der König von Preußen auf ansehnliche Verminderung des österreichischen Antheiles drang. Ja Panin behauptete sogar, man werde sich von russischer Seite in dasjenige fügen, worüber sich Oesterreich mit dem Könige unmittelbar zu verständigen vermöchte [480]).

Am 13. Juni 1772 gelangte der Bericht des Fürsten Lobkowitz vom 28. Mai in die Hände des Staatskanzlers. Ungesäumt machte er sich nun an die schwierige Aufgabe, ein Project zu entwerfen, von dem man einerseits hoffen durfte, Rußland und Preußen würden sich zu dessen Annahme entschließen, und durch welches doch auch andererseits eine zu weitgehende Schmälerung der Ansprüche Oesterreichs und eine Zurücksetzung dieses Staates gegen die beiden anderen Mächte ausgeschlossen erschiene. Nicht allzu rasch kam Kaunitz mit seiner Arbeit zu Stande; erst am 26. Juni konnte er sie dem Kaiser zur Genehmigung vorlegen.

Daß er nicht Maria Theresia, sondern Joseph um die Entscheidung anging, darin liegt wohl der deutlichste Beweis, wie die

Erstere auch jetzt noch mit dieser Sache so wenig als nur immer möglich zu thun haben wollte. Joseph war es denn auch, der von ihr den Auftrag erhielt, die Resolution zu entwerfen, durch welche der maßgebende Ausspruch über die Anträge des Staatskanzlers gefällt werden sollte. Maria Theresia beschränkte sich darauf, dasjenige zu unterzeichnen, was Joseph in ihrem Namen zu Papier brachte[481]). Da aber hiedurch noch einige Modificationen an dem Projecte des Staatskanzlers angeordnet wurden, bedurfte es einer Umarbeitung desselben. Und dießmal genehmigte die Kaiserin die neuerdings an sie gelangten Entwürfe der nach Berlin und nach St. Petersburg abzusendenden Depeschen mit den eigenhändig niedergeschriebenen Worten: „will es aprobirn wie all übriges, was sehr wohl verfast ist in einer sache, „die so verwickelt und nicht nach unserer sonstigen denckensarth ist" [482]).

Jedoch auch jetzt hatte es bei den schon genehmigten Entwürfen noch immer nicht sein Bewenden. In der ihm eigenthümlichen Unruhe nahm Joseph fortwährend neue Aenderungen an denselben vor. Und im letzten Augenblicke noch, wenn man so sagen darf, stieg selbst in dem Staatskanzler eine Besorgniß auf, welche ihn bewog, nun auch seinerseits auf wiederholte Modification der Depeschen nach Berlin und St. Petersburg anzutragen. Gleich Maria Theresia und Joseph hegte auch Kaunitz nur eine geringe Meinung von der diplomatischen Geschicklichkeit des Fürsten von Lobkowitz. Da in den Rescripten, welche an ihn abgehen sollten, äußerst belangreiche Abstufungen in den Begehren Oesterreichs enthalten waren, befürchtete Kaunitz, es werde dem Grafen Panin nicht schwer fallen, dem Fürsten Lobkowitz recht bald den letzten Grad der Zugeständnisse zu entlocken, zu denen sich Oesterreich nur im äußersten Falle herbeilassen wollte. Der Möglichkeit, sich selbst hiedurch günstigere Bedingungen zu verscherzen, müsse man jedoch, meinte Kaunitz, sorgfältig ausweichen. Er trug somit darauf an, daß vorerst nur die Depeschen, in denen von den höher gespannten Forderungen Oesterreichs die Rede war, wirklich nach Berlin und St. Petersburg abgehen sollten. Erst binnen etwa acht Tagen möge man andere nachsenden, in denen man sich nöthigen Falles zu weiteren Zugeständnissen herbeiließe[483]).

Obwohl Joseph die Besorgnisse des Staatskanzlers nicht theilte [184]), so setzte es doch der Letztere durch, daß nach seinem Sinne verfahren wurde. Am Spätabende des 5. Juli 1772 erfolgte von Wien aus die Absendung der neuen Verhaltungsbefehle an van Swieten und Lobkowitz. Man hatte sie, die aus Rußland eingelangten Mittheilungen nachahmend, der Hauptsache nach in die Form von Antworten auf dieselben gekleidet. „Freundschaftliche Betrachtungen", so war die Denkschrift betitelt, welche die Bemerkungen des Kaiserhofes über die von Oesterreich aufgestellten Forderungen und über Panins Einwendungen dagegen enthielt. In gleicher Weise wurde auch die Antwort auf Panins Aeußerungen über den Einmarsch der österreichischen Truppen in Polen ertheilt [185]), und endlich ein Gegenproject für die zwischen den drei Mächten abzuschließende Vereinbarung vorgelegt.

Wie König Friedrich und in weit höherem Maße noch Panin sich bemüht hatten, den von Seite des Wiener Hofes in Anspruch genommenen Antheil an Polen als einen viel zu reichlich bemessenen hinzustellen, so trachtete natürlicher Weise jetzt Kaunitz das Gegentheil darzuthun. Er bestritt die Wahrheit der Behauptung, daß der erstere größer, fruchtbarer, besser bevölkert und daher auch ertragreicher als die beiden übrigen sei. Er gab zu bedenken, wie weit sich der Gebirgszug der Karpathen, unwirthlich und unbebaut wie er war und großentheils auch noch heut zu Tage ist, hinein erstrecke in das an Oesterreich zu überweisende Land, wie letzteres überdieß als hauptsächlicher Schauplatz der Unruhen noch viel verwüsteter sei, als die an Preußen und an Rußland fallenden Gebiete. Aber selbst angenommen, wenngleich keineswegs zugegeben, daß in dieser Beziehung der österreichische Antheil den Vorzug vor den beiden anderen verdiene, so stehe er doch an politischer Wichtigkeit unzweifelhaft weit hinter ihnen zurück. Vollends sei dasjenige, was Rußland an Oesterreich gelangen lassen wolle, nichts als eine unförmliche Landzunge, die nach allen Seiten hin dem Angriffe bloßstünde und daher, durch die Karpathen von den übrigen österreichischen Provinzen getrennt, kaum zu vertheidigen wäre. Eine größere Verletzung des allseitig gebilligten Grundsatzes der möglichsten Gleichheit könnte in der That nicht gedacht werden. So sehr gern man sich

also auch nachgiebig erfinden lassen würde, und mit so großer Bereitwilligkeit man dieß dadurch thue, daß man auf die früher begehrten Palatinate Chelm und Lublin verzichte, so wenig sei man jedoch im Stande, von den drei Punkten abzuweichen, auf welche man ganz besonderen Werth legen müsse. Sie bestünden darin, daß eine Verbindung durch Oberschlesien mit den deutschösterreichischen Provinzen hergestellt werde und der österreichische Antheil sowohl die Salzwerke bei Krakau als die Stadt Lemberg mit ihrem Gebiete in sich begreife. Sollte das erstere Begehren verweigert werden, so würde das neue Besitzthum für Oesterreich wie ein Haus ohne Thüre erscheinen. Die Salinen gewährten das einzige nennenswerthe Einkommen, welches Oesterreich aus den neuen Erwerbungen zu ziehen vermöchte. Leicht könnte der König von Polen für diesen Entgang durch Starostien oder in anderer Weise Entschädigung erhalten. Lemberg wäre die einzige beträchtliche Stadt in dem österreichischen Antheile, und was etwa die dortigen Archive beträfe, so könnten sie leicht nach Lublin oder anderswohin gebracht werden.

Ein sehr wichtiger Punkt, der wahrscheinlich auf persönlichen Antrieb der Kaiserin in das zu Wien ausgearbeitete Vertragsproject aufgenommen worden war, bestand endlich darin, daß Rußland sich anheischig machen sollte, in den Friedensverhandlungen mit der Pforte auf der Loslösung der Donaufürstenthümer von der Türkei nicht mehr zu bestehen. Man wollte hiedurch wenigstens theilweise den Verpflichtungen gerecht werden, die man in der Convention vom 7. Juli des verflossenen Jahres eingegangen war.

Die kluge Voraussicht des Staatskanzlers, den österreichischen Gesandten in Berlin und St. Petersburg einstweilen gar keine Mittheilung von den ferneren Zugeständnissen zu machen, zu denen sich Oesterreich im Falle der Noth vielleicht noch herbeilassen könnte, wurde durch den Erfolg aufs glänzendste gerechtfertigt. Am 12. Juli ertheilte der König von Preußen dem Freiherrn van Swieten die erbetene Audienz. Hinsichtlich der von österreichischer Seite betonten Nothwendigkeit einer Verbindung zwischen Oberschlesien und dem an Oesterreich fallenden polnischen Gebiete gab Friedrich allsogleich nach, denn

es ließ sich in der That keine gegründete Einwendung gegen diese Forderung erheben. Um so lebhafter widersprach er dem Begehren, daß auch die Salzwerke bei Krakau an Oesterreich gelangen sollten. Aber freilich behauptete er fortwährend, nicht von seiner Seite, wohl aber von Rußland aus würde hierauf wohl niemals eingegangen werden. Van Swieten blieb jedoch standhaft; da ihm keine Position offen gelassen war, auf welche er sich hätte zurückziehen können, vertheidigte er um so tapferer diejenige, die er einnahm. Zuletzt brachte er den König dahin, daß er seine Einwendungen fallen ließ und sogar versprach, sich zu Gunsten dieser Forderung Oesterreichs in St. Petersburg zu verwenden. Und was schließlich die Zuweisung Lembergs an Oesterreich betraf, so erklärte sich Friedrich rückhaltslos damit zufrieden.

„Aus dem Vorhergehenden sollte man also mit Recht schließen", berichtete van Swieten am 14. Juli an Kaunitz, „daß der König „unseren neuen Theilungsplan vollkommen genehmige und mithin „selben zu St. Petersburg bestens unterstützen werde. Allein die Er„fahrung hat gelehrt, daß man seinen Worten allein nicht trauen „kann, und man muß erst die Wirkung abwarten, um von seiner Ge„denkensart ein sicheres Urtheil zu fällen. Indessen sollte ich dieses „Mal fast glauben, daß er aufrichtig zu Werke gehen werde, zu welcher „Meinung mich besonders die bei ihm hervorleuchtende Begierde, zum „Besitze seines Antheils zu gelangen, veranlaßt."

Und so war es denn auch in der That. Nicht umsonst frug der König, ob denn Lobkowitz auch bevollmächtigt sei, auf Grundlage der jetzt bekanntgegebenen Forderungen Oesterreichs zum Abschlusse zu schreiten? Es bedurfte wohl kaum mehr der Hinweisung van Swietens auf das sonderbare Verhältniß, demzufolge Oesterreich sich nicht die leiseste Einsprache gegen die Größe und den Werth der Antheile erlaubt habe, welche Rußland und Preußen sich selbst zueignen wollten, während es das, was ihm zukommen solle, von den beiden anderen Mächten fast wie eine Vergünstigung erbitten müsse, um den König von Preußen zu dem Entschlusse zu bringen, die Forderungen Oesterreichs in St. Petersburg eifrig zu unterstützen. Noch an dem Tage der Audienz sandte van Swieten den Courier dorthin ab[486]). In Wien aber

brachte sein Bericht über die Unterredung mit dem Könige die Wirkung hervor, daß man die bereits ausgearbeiteten Depeschen, kraft deren man erforderlichen Falles sich zu weiteren Zugeständnissen herbeilassen wollte, gar nicht mehr nach Berlin und St. Petersburg abgehen ließ [487]). Die Nachrichten aus dieser letzteren Stadt wollte man abwarten, ehe man einen ferneren Schritt that. Und sie waren günstiger, als man dieß in Wien zu hoffen gewagt hatte.

Am 24. Juli traf der österreichische Courier aus Berlin in St. Petersburg ein. Wenige Tage zuvor hatte man daselbst die Nachricht erhalten, daß der kaiserliche General d'Alton die Salzwerke bei Krakau besetzt, Graf Esterhazy aber seine Truppen bis auf Kanonenschußweite von Lemberg vorgeführt und in dieser Stadt sein Quartier genommen habe [488]). Lobkowitz war äußerst besorgt wegen des Eindruckes, welchen diese Meldungen am Hofe von St. Petersburg hervorbringen würden, und auch nach Empfang der Depeschen aus Wien war er der Meinung, es würde ungemein schwer fallen, auf Grundlage ihres Inhaltes eine Vereinbarung zu Stande zu bringen [489]). Um so freudiger mußte wohl seine Ueberraschung sein, als Panin gegen die von Wien aus gestellten Begehren, wenigstens insofern sie sich auf die für Oesterreich in Anspruch zu nehmenden polnischen Gebietstheile bezogen, fast gar keine Anstände mehr erhob [490]). Alle seine Einwendungen richteten sich gegen den von Wien aus in Vorschlag gebrachten Artikel, demzufolge Rußland schon jetzt die Zusage abgeben sollte, in dem künftigen Frieden mit der Pforte ihr die Donaufürstenthümer zu belassen. Aber endlich gab er auch hierin nach, und nachdem Katharina gleichfalls diesem Begehren willfahrt und den sonstigen Forderungen Oesterreichs beigestimmt hatte, erfolgte schon am 2. August 1772 in St. Petersburg die Unterzeichnung des Theilungsvertrages zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen.

Dem Wortlaute dieses Tractates zufolge hatte Oesterreich in den Besitz alles polnischen Landes zu treten, welches innerhalb der neu zu ziehenden Grenzlinie fiel. Dieselbe sollte von Schlesien aus das rechte Ufer der Weichsel entlang bis Sandomir und zu dem Einflusse des San gehen. Von da wäre eine directe Linie über Franepol

bis Zamosc, und weiter über Rubieszow bis zum Bug, dann längs dieses Flusses und der Grenze von Rothrußland bis zur Umgegend von Sbarasz, von hier aber bis zum Dniester zu ziehen. Schließlich habe Pokutien bis zur moldauischen Grenze an Oesterreich zu fallen.

Der fünfte Artikel bestimmte, daß alle drei Mächte im engsten Einverständniß vorgehen sollten, um über die ihnen zufallenden Gebietserwerbungen eine definitive Vereinbarung mit dem Königreiche Polen herbeizuführen und im Innern dieses Landes die Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Um dieß zu erreichen, schien es nöthig, sich sowohl über den Zeitpunkt der Besitzergreifung als über die Form zu einigen, in welcher dieselbe stattzufinden hätte.

Die Frage der Erlassung eines Manifestes stand hiebei in vorderster Reihe. Den Entwurf eines solchen hatte Panin schon mit seinem ersten Projecte eines Theilungsvertrages nach Wien gesendet; dort war er jedoch, insbesondere bei der Kaiserin selbst, auf starken Widerwillen gestoßen. Obwohl Kaunitz ihr rieth, sich hinwegzusetzen über diese doch immerhin nur untergeordneten Bedenken, konnte sie sich hiezu keineswegs entschließen. Kaunitz sah sich hiedurch genöthigt, ein Gegenproject zu entwerfen, welchem Maria Theresia endlich mit einigen Abänderungen zustimmte [491]). Ja schließlich wurde es sogar von ihr selbst als wohlgelungen bezeichnet [492]). Rußland und Preußen stimmten ihm gleichfalls bei.

Es läßt sich wohl mit Bestimmtheit annehmen, daß der große politische Erfolg, welchen Kaunitz dadurch errang, daß seine Ausarbeitungen in Berlin und in St. Petersburg einfach angenommen wurden, dem Staatskanzler zu höchster Genugthuung gereichte. Aber in den kurzen Berichten, mit denen er am 21. August 1772 dem Kaiser und der Kaiserin die Meldung von dem Abschlusse des Theilungstractates vorlegte, ist kein Wort über den Eindruck enthalten, den sie auf ihn selbst hervorgebracht hatte. Und während Joseph mit den Worten dafür dankte: „vor diese vergnügliche nachricht bin ich verbunden“, enthielt sich die sonst so mittheilende Kaiserin jeglicher

Kundgebung. Auf den Bericht[493]) aber, mit welchem Kaunitz ihr die Ratificationsurkunden zur Unterzeichnung vorlegte, setzte sie nur die lakonischen Worte: „habe unterschriben."

Aber man würde doch fehlgreifen, wenn man der Meinung sich hingeben wollte, Maria Theresia habe in dem Schmerze über das Unrecht, das sie in der Theilung Polens erblickte, gar kein Auge gehabt für den Vortheil, welcher ihrem Staate hiedurch erwuchs. Ein kurzes, jedoch merkwürdiges Billet der Kaiserin an Lacy gibt Zeugniß von dieser Doppelstimmung, wenn man so sagen darf, die sie beherrschte. Und ihre Worte sind auch darum von hohem Interesse, weil sie beweisen, daß eigentlich Lacy derjenige war, durch welchen Joseph zu so hochgespannten Begehren vermocht wurde. „Der Courier aus St. Peters„burg", schrieb Maria Theresia eigenhändig dem Feldmarschall, „hat „die unglückliche Theilung unterzeichnet überbracht. Ihnen danke ich „wieder diesen großen Vortheil, wenn er wirklich ein solcher ist. Das „aber ist gewiß, daß Sie den Plan dazu entworfen, daß Sie so viel „zu verlangen gewagt und dadurch dem Staate diesen Nutzen ver„schafft haben, ohne einzugehen in die Frage, ob es auch gerecht sei „oder nicht"[494]).

In solcher Weise wurde der Vertrag über die Theilung Polens zu einer vollendeten Thatsache. Die Frage, wer eigentlich als ihr Urheber anzusehen sei, hat, nachdem man lange Zeit hindurch einig gewesen über die Antwort, die hierauf zu geben wäre, in neuester Zeit die Gemüther wieder lebhaft beschäftigt. Nachdem fast ein Jahrhundert hindurch trotz der gegentheiligen Versicherung des Königs von Preußen kaum irgend Jemand gezweifelt, er selbst habe die Theilung Polens in jenen Tagen zuerst in Anregung und dann zum Vollzuge gebracht, ist jetzt die Parole ausgegeben worden, man müsse den König reinwaschen von dieser Beschuldigung und die früher wider ihn erhobene Anklage nun gegen Oesterreich schleudern. Friedrich habe, so wird behauptet, an eine Bereicherung auf Kosten Polens gar nicht mehr gedacht und das von ihm selbst im Jahre 1769 vorgebrachte Project wieder vollständig fallen gelassen. Oesterreich sei es gewesen, welches durch die

Besetzung der Zips den ersten Anstoß zur Wegnahme polnischen Gebietes gegeben. Dadurch erst sei der gleiche Gedanke in Katharina II. erweckt worden; sie habe ihn durch Vermittlung des Prinzen Heinrich von Preußen dem Könige mitgetheilt. Auch jetzt noch sei Friedrich dem Plane abgeneigt gewesen und erst nothgedrungen, um die Türkei vor allzu beträchtlicher Einbuße zu schützen, allmälig eingegangen auf denselben. Von Begier nach fremdem Besitze, von Sucht nach Vergrößerung auf Kosten eines benachbarten Staates sei keine Spur bei ihm vorhanden gewesen. Wenn das Verschulden an der Theilung Polens in ein bestimmtes Ausmaß gebracht werden könnte, so müßte es vor Allem Oesterreich, in zweiter Linie Rußland und zuletzt erst Preußen zur Last gelegt werden.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Zuversicht, mit welcher diese Behauptungen als unanfechtbare hingestellt werden, zum mindesten ebenso groß ist als das Talent, mit dem man sie vertheidigt. Es mag daher als ein Wagniß erscheinen, es mit Freimuth auszusprechen, daß sie vor gewissenhafter historischer Forschung durchaus nicht bestehen können. Zu keinem anderen Ergebnisse kann und wird sie jemals führen, als daß Friedrich es war, welcher den Gedanken, höchst ansehnliche Gebietstheile von Polen loszulösen und sie als gute Beute an sich zu bringen, im Jahre 1769 zuerst wieder aufnahm. Weder in Rußland, das lieber nach Süden hin Eroberungen gemacht hätte, noch in Oesterreich, wo man von der Beraubung des Nachbars überhaupt nichts hören wollte, fanden seine Ideen willfährige Aufnahme. Wenn man sich jedoch das Ansehen gibt, zu glauben, daß er sie um deßwillen vollständig fallen ließ, so heißt dieß die große politische Begabung Friedrichs weit unterschätzen. Er handelte vielmehr gerade so, wie es von einem Manne von seiner Bedeutung erwartet werden mußte. Er schwieg einstweilen still und harrte scheinbar unthätig des geeigneten Zeitpunktes, in welchem er neuerdings und mit besserem Erfolge auf seine Projecte zurückkommen konnte.

Ja man wird wohl noch einen Schritt weitergehen und behaupten dürfen, daß die Besetzung der Zips und der angrenzenden

polnischen Districte nicht einmal den Anlaß zur Wiederaufnahme jenes Planes dargeboten haben kann. Gewiß war diese Maßregel, gegen den Willen der Kaiserin und des Fürsten Kaunitz durch Josephs ungestümes Andrängen herbeigeführt, ein schwerer politischer Fehler, der sich später vielfach gerächt hat. Er war eben eine der unheilvollen Wirkungen jenes Schwankens, in welches in der damaligen Zeit durch den Gegensatz der Meinungen zwischen Maria Theresia, Joseph und Kaunitz die Politik Oesterreichs nicht selten gerieth. Je nachdem die eine oder die andere dieser maßgebenden Persönlichkeiten den Sieg davon trug, wurde der Staat selbst in die eine oder die andere Bahn gedrängt. Aber die schon im Hochsommer 1769 geschehene Besetzung der Zips, die kaum ein Jahr später erfolgte Occupation einiger polnischer Grenzdistricte, welche Ereignisse in St. Petersburg und in Berlin längst bekannt geworden waren, konnten doch unmöglich nach Ablauf vieler Monate im Jänner 1771 plötzlich einen so tiefen Eindruck in Rußland hervorbringen, daß man nun zu dem früher zurückgewiesenen Plane bekehrt worden sei und beschlossen habe, dem Beispiele Oesterreichs zu folgen und polnisches Gebiet sich ebenfalls anzueignen. Welche Art der Nachahmung Oesterreichs wäre das gewesen, die aus dessen Absicht, einen Flächenraum von wenig mehr als zwanzig Quadratmeilen, ganz von ungarischem Gebiete umschlossen, diesseits der trennenden Gebirgskette gelegen, im Wege friedlicher Vereinbarung und entgeltlicher Einlösung wieder zu erlangen, den Anlaß geschöpft hätte, Polen um Länder in einer Ausdehnung von fast viertausend Quadratmeilen ohne jegliche Ersatzleistung zu bringen? Nicht also zum Anlasse, sondern zu einem spät ergriffenen Vorwande hat die von österreichischer Seite geschehene Besetzung der Zips und einiger unbedeutender Grenzdistricte dem Könige von Preußen gedient, seinen lang schon gehegten und niemals fallen gelassenen Plan zur Theilung Polens neuerdings aufzunehmen und zur Verwirklichung zu führen.

Man sieht wohl, vor einer vorurtheilsfreien Erwägung der geschichtlichen Thatsachen fällt das ganze gekünstelte Gebäude jener Beweisführung, durch welche die bisher auf Friedrich lastende An-

klage, der Urheber der Theilung Polens zu sein, auf Oesterreich überwälzt werden sollte, in Trümmer. Gewiß wird man versuchen, es neuerdings aufzurichten mit eben so kundiger als geschäftiger Hand. Ob es gleichwohl gelingen wird, der Wahrheit schließlich zum Siege zu verhelfen, wer weiß es? In dem Bewußtsein, hiezu nach Kräften beigetragen zu haben in ehrlicher Ueberzeugung, liegt jedoch dasjenige erfüllter Pflicht.

Vierzehntes Capitel.

Die Zustimmung Polens.

Die Vereinbarung zwischen den drei Mächten, welche jetzt gemeinschaftlich den Plan verfolgten, sich auf Polens Kosten zu vergrößern, und die bewaffnete Occupation der Gebietstheile, die sie sich gegenseitig zuerkannt hatten, bildeten die beiden ersten und wohl auch die wichtigsten Schritte zur Verwirklichung ihrer Absicht. Nachdem sie geschehen waren, handelte es sich wieder um zweierlei Dinge: vor Allem darum, in irgend einer Weise die Zustimmung Polens, des Königs wie der Republik, zu den schon in der Ausführung begriffenen Maßregeln zu erlangen, dann aber auch die übrigen Mächte, welche wider dieselben etwa Einsprache erheben könnten, so gut als nur immer möglich zu beschwichtigen.

Es ist bereits des Manifestes Erwähnung geschehen, welches in Rußland entworfen, hierauf aber von Kaunitz vollständig umgearbeitet und in dieser neuen Form von den zwei anderen Mächten angenommen worden war. Zuerst wurde es von den Vertretern Preußens und Rußlands, und dann auch von demjenigen Oesterreichs in Warschau übergeben, denn auch Letzteres hatte, nachdem es längere Zeit hindurch keinen Repräsentanten am Hoflager des Königs von Polen besessen, erst vor Kurzem den Freiherrn von Reviczky als solchen daselbst beglaubigt.

Eine zweite Veröffentlichung bestand in einer Proclamation der Kaiserin, vom 11. September 1772 datirt, durch welche alle Einwohner

des Landes, das nach der neuen Vereinbarung künftighin zu Oesterreich gehören sollte, aufgefordert wurden, den Grafen Pergen als bevollmächtigten Commissär und Landesgubernator anzuerkennen. Sie hätten seinen Befehlen zu gehorchen und sich überhaupt so zu benehmen, als ob sie der Kaiserin den Eid der Treue und der Unterwürfigkeit bereits abgelegt hätten.

Auf Antrag des Staatskanzlers wurden beide Kundgebungen der Kaiserin, das Manifest und das Patent auch durch das offizielle Organ der österreichischen Regierung, das „Wienerische Diarium" kundgemacht. Bezeichnend für Maria Theresia und ihre Auffassung der ganzen Angelegenheit ist es, daß als ihr Kaunitz eine kurze Einleitung, welche gleichfalls in die Zeitung aufgenommen werden sollte, zur Genehmigung vorlegte, sie in dem Satze, der von dem Beschlusse der Mächte handelte, ihre rechtmäßigen Ansprüche auf verschiedene polnische Provinzen geltend zu machen, das Wort „rechtmäßig" unterstrich und am Rande eigenhändig hinzufügte „auszulassen"[195]. Gleichwohl scheint sie, und zwar zunächst durch Joseph, zur Zurücknahme dieser Anordnung veranlaßt worden zu sein, denn es ist nicht wahrscheinlich, daß dieselbe einfach nicht befolgt wurde. In dem Extrablatte zu dem Wienerischen Diarium vom 26. September 1772 ist das Wort „rechtmäßig" neuerdings enthalten.

Wurde man in Polen erst durch diese Kundgebungen des Wiener Hofes und durch diejenigen Rußlands und Preußens von den einzelnen Punkten der Abmachungen zwischen den drei Staaten genauer unterrichtet, so besaß man doch schon lang vor ihrem Erscheinen eine Vorahnung dessen, was im Schilde geführt wurde. Selbst die, welche zuerst noch der Hoffnung und dann wenigstens dem Zweifel sich hingaben, waren durch das allseitige Vorrücken der fremdländischen Truppen eines Anderen belehrt worden. Anfangs setzten die Conföderirten den immer weiter vordringenden russischen Heeresabtheilungen hartnäckigen Widerstand entgegen. Derselbe erlahmte jedoch, als Czenstochau und Tyniec gefallen waren und Pulawski, der Führer der Conföderirten, Polen verlassen hatte. Gegen Oesterreich und

Preußen wurde in den Gegenden, in denen ihre Truppen erschienen, eine Widersetzlichkeit gar nicht versucht.

Was ferner den König von Polen und die Republik betraf, so war sich Jedermann klar, daß sie, wenn auch vielleicht den Willen, doch gewiß nicht die Macht besaßen, dem Zusammenwirken der drei benachbarten Staaten mit gewaffneter Hand zu begegnen. Von einem solchen Widerstande bis zur Ertheilung ihrer Zustimmung zur Zerstücklung ihres Vaterlandes war jedoch noch ein sehr weiter Weg. Die Erlangung dieser Einwilligung Polens bildete jetzt den bedeutsamsten Zielpunkt der gemeinsamen Bestrebungen der drei hiebei zunächst betheiligten Mächte. Rußland war es, welches in dieser Beziehung die Führung übernahm. Der von Panin entworfene Plan wurde allseitig gebilligt und zur Richtschnur der ferneren Schritte gemacht, welche gemeinsam geschehen sollten, um die Einberufung eines polnischen Reichstages zu Wege zu bringen und es durchzusetzen, daß er die Abtrennung äußerst beträchtlicher polnischer Gebietstheile von dem Stammlande, durch welche dasselbe um mehr als den vierten Theil seiner bisherigen Ausdehnung verkürzt werden sollte, auch seinerseits documentarisch vollziehe.

Außerdem sollten nach der Ansicht des Staatskanzlers noch verschiedene andere Punkte ins Auge gefaßt werden. Als die wichtigsten bezeichnete er die Ausmittlung einer Entschädigung des Königs von Polen und der Republik für die ihnen entgehenden Einkünfte und Krongefälle, die Wiederherstellung der inneren Ruhe in Polen und die Umgestaltung der dortigen Verfassung, um den Ausbruch neuer Gährungen und die fernere Miteinflechtung der drei Höfe in dieselben zu verhüten.

Was zunächst die Entschädigung des Königs betraf, so rieth Kaunitz dazu, ihm die Palatinate Lublin und Chelm zu überlassen, welche Oesterreich zuerst für sich selbst in Anspruch genommen, auf die es jedoch später verzichtet hatte. Außer einigen anderen Vorschlägen zur Erreichung des gleichen Zweckes deutete er noch auf den Antrag hin, der bereits gestellt worden war, mehrere Bisthümer zu

säcularisiren und verschiedene geistliche Pfründen einzuziehen, um deren Einkünfte gleichfalls dem Könige zuzuwenden. Auf ausdrücklichen Befehl der Kaiserin mußte jedoch dieser Vorschlag wenigstens von österreichischer Seite wieder fallen gelassen werden. Der Schmälerung der Einkünfte der Republik wünschte Kaunitz durch Wiederherstellung einiger der vielen, nach und nach außer Gewohnheit gekommenen Gefälle oder durch Einführung neuer Abgaben abgeholfen zu sehen. So meinte er beispielsweise, daß die sonst mit Einwilligung des heiligen Stuhles von der polnischen Geistlichkeit entrichteten außerordentlichen Subsidien leicht zu gewöhnlichen Abgaben gemacht oder die den Juden auferlegten Kopfsteuern erhöht werden könnten.

Das Hauptmittel zur Wiederherstellung der inneren Ruhe in Polen glaubte Kaunitz in der Erlassung einer vollständigen Amnestie für alles Geschehene erblicken zu sollen. Für schwieriger hielt er die zeitgemäße Umgestaltung der Verfassung, wobei er vor Allem eine theilweise Abschaffung des liberum veto als unerläßlich bezeichnete. Nur bei Kriegserklärungen und bei dem Abschlusse neuer Allianzen wäre es beizuhalten, bei Königswahlen aber und in anderen Reichsangelegenheiten durch die Mehrheit der Stimmen zu ersetzen.

Da Panin erklärte, hinsichtlich dieses Punktes die Anschauung des Staatskanzlers zu theilen, so hoffte Kaunitz mit derselben auch leichter durchdringen zu können. Weniger zuversichtlich war er in dem, was sich auf die Prärogative, welche den Dissidenten zugestanden worden waren, und auf die von Rußland übernommene Garantie der Verfassung bezog. Gerade diese beiden Punkte waren es jedoch, welche die meiste Gährung in Polen herbeigeführt hatten, und Jedermann mußte zugeben, daß insbesondere der letztere mit der Selbstständigkeit eines unabhängigen Staates ganz unvereinbar erschien. Aber andererseits durfte man auch kaum darauf hoffen, daß Rußland sowohl in Bezug auf die Stellung der Dissidenten als seine Gewährleistung der polnischen Verfassung so leicht zur Nachgiebigkeit zu vermögen sein werde. Denn in beiden Beziehungen handelte es sich vornehmlich um die Behauptung seines eigenen, mit so schweren Opfern errungenen Einflusses in Polen. Es blieb daher nach der Ansicht des Staats-

kanzlers nichts übrig, als in Bezug auf die Stellung der Dissidenten wenigstens auf die allmälige Beseitigung derjenigen Einrichtungen hinzuwirken, welche die meiste Aufregung in Polen hervorgebracht hatten. Und was die Gewährleistung der Verfassung betraf, so sah er kein anderes Mittel, als daß sie außer von Rußland auch noch von Oesterreich und von Preußen übernommen werde, um hiedurch dem übermächtigen Einflusse Rußlands in Polen ein Gegengewicht zu bilden.

Hierin bestanden so ziemlich die hauptsächlichsten Zielpunkte, auf deren Erreichung die Thätigkeit des Wiener Hofes in Polen sich richtete. Der wichtigste derselben, die Erlangung der Zustimmung des Königs und der Republik zu den geschehenen Abtrennungen schien freilich noch mit sehr großen Schwierigkeiten verbunden zu sein. Auf das Manifest der drei Mächte erließ Stanislaus eine Gegenerklärung, in der er die Wegnahme polnischer Provinzen als ein Unrecht bezeichnete, sich jedoch auch zugleich so tief erniedrigte, daß er „die uneigennützigen Bestrebungen" der Kaiserin Katharina, Polen den Frieden wiederzugeben, lobpreisend in den Himmel erhob.

Würdevoller als seine Entgegnung war diejenige der Republik. Die Ansprüche Oesterreichs und Preußens werden darin unbegründet genannt. In den früheren Verträgen mit fremden Mächten sei die Rechtmäßigkeit des polnischen Besitzstandes niemals in Zweifel gezogen worden. Unanfechtbar sei das Recht, auf welchem derselbe beruhe; es müsse daher gegen jede Verletzung desselben Verwahrung eingelegt werden.

Auch bei diesem Anlasse bewies Kaunitz von neuem, in welch hohem Grade er die wahrhaft staatsmännische Eigenschaft besaß, sich im Geiste in die Lage Anderer zu versetzen und ihren etwaigen Widerstand nicht nur begreiflich, sondern sogar gerechtfertigt zu finden, wenn ihre Pflicht oder ihr Interesse sie zu solchem bewogen. Es sei leicht vorherzusehen gewesen, ließ er jetzt sich vernehmen, daß Polen keinen anderen Weg einschlagen konnte als den einer ablehnenden Gegenerklärung und einer Protestation. Dieß sei auch in ziemlich gemäßigten Ausdrücken geschehen, denn bei den einmal obwaltenden Umständen

könnten sie nicht anders als bescheiden genannt werden. Gleichwohl meine er, daß man sich nicht länger mit einem vergeblichen Schriftenwechsel befassen, sondern zu ernsten Maßregeln schreiten solle, durch welche der König und die Republik zu willfährigen Entschlüssen vermocht werden könnten. Wohl sei nicht in Abrede zu stellen, daß bisher alle Mächte, welche in Polen ihre Absichten zur Geltung zu bringen suchten, große Summen aufgewendet hätten, um sich Stimmen zu erkaufen und eine überwiegende Partei zu erwerben. Erwäge man jedoch die jetzigen ganz außergewöhnlichen Verhältnisse, so werde man leicht die Ueberzeugung gewinnen, daß die Erkaufung polnischer Stimmen zu gar keinem Nutzen, sondern nur zu beträchtlichem Nachtheil gereichen würde. Denn nimmermehr sei es von dem polnischen Adel zu erwarten, daß er seinen eigenen großen Vorrechten und Vortheilen freiwillig entsagen und sich mit dem Vorwurfe beladen werde, an seinem Vaterlande zum Verräther geworden zu sein. Und sollten sich auch Einige durch Geld gewinnen lassen, so würden deren doch niemals viele und hervorragende Personen sein. Nicht auf den kleinen und armen, sondern auf den großen und reichen Adel komme es jetzt an. Den letzteren zu gewinnen, würde man Summen bedürfen, welche außer allem Verhältnisse stünden zu dem Resultate, das hiedurch erzielt werden könnte. Denn nicht um bloße Parteifragen, sondern um den Verlust eines ansehnlichen Theiles des Königreiches, somit um den eigenen Vortheil und die Wohlfahrt Aller handle es sich jetzt für sie. Je eifriger aber die drei Mächte bemüht wären, sich auf dem künftigen Reichstage durch Geldverschwendung Stimmen zu erwerben, um so mehr würde den gewohnten Cabalen und Intriguen der Polen schädliche Nahrung verschafft und das Vorurtheil verstärkt werden, daß die Mächte ihrer Sache nicht gewiß wären und leicht durch leere Versprechungen hingehalten werden könnten.

Indem sich jedoch Kaunitz, hierin ganz dem Sinne der Kaiserin folgend, mit sehr großer Lebhaftigkeit gegen die Anwendung von Bestechungsmitteln aussprach, fühlte er doch gleichzeitig die Nothwendigkeit, einen anderen Weg anzudeuten, auf welchem der beabsichtigte Zweck mit größerer Sicherheit und in passenderer Weise

erreicht werden könnte. Der Staatskanzler gerieth auch hierüber nicht in Verlegenheit, sondern er hielt das ihm zweckdienlich erscheinende Mittel schon in Bereitschaft. Er schlug vor, man möge gemeinschaftlich erklären lassen, daß man sich aus bloßer Rücksicht auf Polen bisher darauf beschränkt habe, bei weitem nicht all die Rechtsansprüche zur Geltung zu bringen, die man auf polnische Länder zu erheben vermöge. Da man jedoch aus den Antworten des Königs und der Republik mit Leidwesen ersehen müsse, daß diese Mäßigung keineswegs richtig gewürdigt und daß sie daher gegenstandslos geworden sei, habe man sich unwiderruflich entschlossen, auch an die Geltendmachung der bisher noch unerwähnt gebliebenen Ansprüche zu schreiten, wenn binnen einer festzusetzenden Frist nicht die Zustimmung des Königs und der Republik zu dem bisher Geschehenen urkundlich festgestellt sein werde.

Forscht man nach der Ursache, weßhalb Kaunitz sich von dem Mittel, auf welches er hinwies, eine so zwingende Wirkung versprach, so lag sie auch jetzt wieder in dem Gedanken, nicht von dem kleinen, mit verhältnißmäßig geringen Opfern zu erkaufenden Adel, sondern von den Großen des Reiches hänge die Entscheidung ab. Nur Wenige werde es unter ihnen geben, die nicht in den Provinzen, auf welche die drei Mächte nunmehr ihre Ansprüche ausdehnen würden, Güter oder Würden besäßen. In Anbetracht der mannigfachen Gelegenheit, so mancher Vortheile theilhaft zu werden, welche eine ungeregelte Regierung darbiete, würde Jeder aus ihnen es vorziehen, ein Pole zu bleiben, statt der Unterthan einer der drei Mächte zu werden. Es sei daher wahrscheinlich, daß vielleicht kein Einziger seinen eigenen Vortheil seiner Vaterlandsliebe hintansetzen, und daß sich Jeder auf dem Reichstage eifrigst bemühen werde, die Erwirkung der von den drei Mächten verlangten Abtretungen und Zugeständnisse herbeizuführen, um nicht durch eine noch weiter gehende Ausdehnung der Theilung Polens unter die Botmäßigkeit einer fremden Macht zu gelangen [496]).

Es mag wohl dahingestellt bleiben, ob sich Kaunitz in diesen Voraussetzungen und den aus ihnen gezogenen Schlußfolgerungen nicht täuschte. Darüber scheint jedoch kaum ein Zweifel obwalten zu können, daß es ihm nicht so sehr um die Ausführung des von ihm selbst

gemachten Vorschlages als um die Drohung zu thun war, durch welche nach seiner Meinung König Stanislaus und die Republik zur Willfährigkeit gebracht werden sollten. Daß er nicht etwa diesen Anlaß benützen wollte zu noch weitergehender Abtrennung polnischen Gebietes von dem Stammlande, mochte dieselbe auch Oesterreich zu Gute kommen, wird durch einen ferneren Antrag des Staatskanzlers deutlich bewiesen. Durch eine geheime Uebereinkunft sollten die drei Mächte sich gegenseitig feierlich verpflichten, die in dem schon abgeschlossenen Vertrage festgesetzte Begrenzung ihrer neuen Gebietserwerbung gewissenhaft zu beobachten und daher jeder dieselbe überschreitenden Occupation polnischen Gebietes in dem Augenblicke ein Ende zu machen, in welchem die Zustimmung Polens zu den bereits getroffenen Verabredungen ertheilt werden würde[497]). Die Behauptung des Königs von Preußen, Kaunitz strebe nach einer Vergrößerung des österreichischen Antheils[498]), zeigt sich daher als eine grundlose Verdächtigung, welche wohl nur zu dem Ende vorgebracht war, um des Königs eigenes Bestreben, sich der ihm in dem Vertrage vorenthaltenen Stadt Danzig zu bemächtigen, in milderem Lichte erscheinen zu lassen. Für eine noch heut zu Tage geschehende Wiederholung jener Anklage[499]) wird jedoch ein Entschuldigungsgrund nicht leicht mehr gefunden werden können[500]).

Eher als Oesterreich waren es jedoch Rußland und weit mehr noch Preußen, welche sich wenigstens die Möglichkeit offen halten wollten, noch beträchtlichere Gebietstheile von Polen abzureißen und sich zuzueignen, als sie auf Grundlage des abgeschlossenen Theilungsvertrages bereits in Besitz genommen hatten. König Friedrich bewies dieß durch sein Verfahren gegen die Städte Danzig und Thorn; sein Gesandter in St. Petersburg aber, Graf Solms erklärte offen, es müsse so weit kommen, daß die drei Mächte das ganze noch übrige Polen bis auf einen geringen Rest unter sich theilten[501]). Panin hingegen erhob wider den Vorschlag des Fürsten Kaunitz, insoweit er sich auf den Abschluß der geheimen Convention bezog, gleich Anfangs das Bedenken, daß es keineswegs räthlich erscheine, sich selbst voreilig die Hände zu binden[502]). Aber schließlich stimmte er doch auch dem Antrage des Wiener Hofes bei, daß in Warschau eine gleichlautende

Erklärung der drei Mächte wegen etwaiger Geltendmachung ihrer bisher noch nicht zur Sprache gebrachten Rechte auf fernere Gebietstheile Polens abgegeben werden solle. Nur meinte Panin, diese Erklärung könnte, ohne ihr den Polen gegenüber etwas von ihrer Kraft zu benehmen, doch immerhin in einer Weise abgefaßt werden, in der sie den fremden Mächten geringeren Anlaß zur Beunruhigung gewähre als das von Kaunitz entworfene Project. Indem er das letztere in diesem Sinne veränderte, that Panin ein Gleiches hinsichtlich der von österreichischer Seite vorgeschlagenen geheimen Uebereinkunft. Rußland sei hiezu, so behauptete er, durch den Umstand gezwungen, daß sein Krieg gegen die Pforte noch fortdauere und es für seine Truppen keinen anderen Weg gebe, an den Feind zu gelangen, als über polnisches Gebiet. Es wäre daher gegen alle Vernunft, den Bewegungen derselben irgend ein Hemmniß zu bereiten [503]). Und um den Wiener Hof desto leichter zur Nachgiebigkeit zu bewegen, sandte Panin das von der Kaiserin Katharina bereits unterzeichnete Exemplar der abgeänderten Uebereinkunft zur Auswechslung dorthin.

Da auch in letzterem die Versicherung enthalten war, man werde die neuen Gebietserwerbungen in Polen nicht über die Bestimmungen des Theilungsvertrages ausdehnen, da ferner die in Warschau abzugebende Erklärung auch nach Panins Project noch drohend genug klang, so zögerte man in Wien keinen Augenblick mit der Zustimmung zu beiden Documenten. Allsogleich wurde das österreichische Exemplar der geheimen Uebereinkunft ausgefertigt und, mit der Unterschrift des Kaisers und der Kaiserin versehen, dem Fürsten Galitzin überreicht [504]). Reviczky aber erhielt den Auftrag, sich mit dem Gesandten Rußlands und Preußens über die in Warschau gleichzeitig abzugebende Erklärung näher zu verständigen [505]).

In Rußland war man durch das willfährige Entgegenkommen des Wiener Hofes äußerst befriedigt. Man mochte darin wohl eine gewisse Bürgschaft erblicken, daß der umfassende Plan, welchen Panin ausgearbeitet hatte, um als Richtschnur für das gleichmäßige Verhalten der Gesandten der drei Mächte in Warschau zu dienen, nun gleichfalls die Zustimmung Oesterreichs finden werde.

Auf die Einzelnheiten dieser weitläufigen Ausarbeitung kann hier unmöglich näher eingegangen werden. Es genüge hervorzuheben, daß man in einer eigenthümlichen Verbindung militärischer Maßregeln mit Bestechungsversuchen das geeignetste Mittel erblickte, um die Zustimmung Polens zu den thatsächlich schon durchgeführten Gebietsabtrennungen zu erlangen. In ersterer Beziehung sollte die allgemeine Vorrückung der fremden Truppen in das Innere von Polen vorgenommen, in letzterer aber eine gemeinschaftliche Casse gebildet werden, um aus ihr die nothwendig werdenden Auslagen zu bestreiten. Jede der drei Mächte sollte sich an ihrer Gründung mit etwa hundertfünfzig- bis zweimalhunderttausend Thalern betheiligen.

Vielleicht noch bemerkenswerther war, was von russischer Seite in Bezug auf die zukünftigen inneren Einrichtungen Polens vorgeschlagen wurde. Um die Umwandlung dieses Landes in ein Erbreich zu verhindern, sollten nicht nur die grundgesetzlichen Bestimmungen, kraft deren die Krone nur durch Wahl erlangt werden konnte, bestätigt, sondern außerdem auch noch neue Festsetzungen eingeführt werden, denen zufolge künftighin nur ein in Polen ansäßiges und begütertes Mitglied des dortigen Adels zum Könige gewählt werden und niemals der Sohn oder Enkel des letzten Königs ihm unmittelbar auf dem Throne nachfolgen durfte. Die Regierungsform in Polen sollte für alle Zukunft die republikanische sein, das liberum veto aber als unveränderliches Grundgesetz aufrecht erhalten bleiben [506]).

Die Anführung dieser Punkte wird genügen, um die Ueberzeugung zu erwecken, daß man in Wien mit den Ansichten und Vorschlägen der russischen Regierung unmöglich ganz einverstanden sein konnte. Was zunächst die in Polen anzuwendenden Mittel betraf, um die Einwilligung der Republik zu den Verabredungen der drei Mächte zu erlangen, so hatte man sich mit viel zu großer Entschiedenheit gegen die Bestechung erklärt, als daß man sich jetzt plötzlich zu einer anderen Meinung zu bekehren vermochte. Aber man wollte es doch auch sorgfältig vermeiden, sich in einem Augenblicke, in welchem die bisherigen Verhältnisse in Polen in vollständiger Umformung begriffen waren, um geringfügiger Fragen willen von Rußland zu trennen.

Es wurde daher beschlossen, einen Betrag von hundertfünfzigtausend Thalern zu dem von Panin angegebenen Zwecke zu widmen.

Unendlich viel schwerer fiel es dem Kaiserhofe, auch in die Punkte zu willigen, welche auf die künftige Gestaltung der staatlichen Einrichtungen in Polen sich bezogen. Denn es wird leicht sein, den Beweis zu erbringen, daß man in Wien ungleich wohlwollendere Gesinnungen für dieses Nachbarland hegte, als solches in Berlin und in St. Petersburg der Fall war. Allerdings war nach langem Widerstreben endlich auch in Oesterreich die Meinung zur Geltung gelangt, es gehe nicht an, sich allein als uneigennütziger Zuschauer zu geberden, während sich Rußland und Preußen auf Kosten Polens ansehnlich vergrößerten. Aber im Gegensatze zu jenen zwei Mächten wünschte man Polen, welches trotz der soeben geschehenen beträchtlichen Schmälerung seines Umfanges doch noch immer ein weitausgedehnter Staat blieb, dem es keineswegs an den nöthigen Hülfsquellen zu einer gewissen Machtentfaltung gebrach, auch zu einem mehr in sich gefestigten und dadurch einer glücklicheren Zukunft entgegengehenden Ganzen werden zu sehen.

Nicht allein die edelmüthige Gesinnung der Kaiserin, welche fremdem Elende auch dort abgeholfen wissen wollte, wo es ihr und ihrem Reiche vielleicht zum Vortheil sein konnte, sondern auch jener egoistische Standpunkt, dem in politischen Dingen jederzeit eine sehr große Berechtigung zuerkannt werden muß, trat in dieser Anschauung des Wiener Hofes zu Tage. Kaunitz wenigstens wünschte auch aus dem Grunde eine Consolidirung der Zustände in Polen, weil seiner Ansicht nach dieser Staat dazu dienen sollte, künftighin die Stellung einer Zwischenmacht, wie er sich auszudrücken liebte, einzunehmen zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen [507]).

Um jedoch zu diesen Zielen zu gelangen, hielt man jetzt in Wien in theilweisem Widerspruche mit früheren Anschauungen die Stärkung der polnischen Königsmacht, und wenn nicht die völlige Abschaffung, so doch die ausgiebige Beschränkung des liberum veto für ganz unerläßlich [508]). Man verkannte nicht daß das ausgiebigste Mittel, die Macht der Könige von Polen dauernd zu kräftigen, in der Um-

wandlung dieses Staates in ein Erbreich lag. Und wenn man auch nicht daran denken konnte, dieß in offenem Gegensatze gegen Rußland und Preußen anstreben zu können, so hätte man es doch sehr gern gesehen, wenn es dem Könige von Polen gelungen wäre, seine hierauf gerichteten Wünsche mit Zustimmung der Höfe von Berlin und St. Petersburg zur Wahrheit zu machen [509]).

Was endlich das liberum veto betraf, so bezeichnete Kaunitz dasselbe auch jetzt wieder als eine politische Monstrosität und als die Hauptquelle der Unruhen in Polen. Auch jetzt hätte er weit lieber die Hände geboten, das liberum veto zu beseitigen, als es für die Zukunft aufrecht zu erhalten [510]). Aber auch jetzt wieder überwog die Rücksicht, daß der gegenwärtige Augenblick durchaus ungeeignet dazu sei, Rußland entgegen zu treten und in einer so wichtigen Frage einen dessen Ansichten geradezu widersprechenden Standpunkt einzunehmen. Kaunitz hielt es daher für zweckmäßig, der russischen Regierung gegenüber jede eingehendere Erklärung über die einzelnen Punkte des von ihr vorgeschlagenen Pacificationsplanes zu vermeiden und sich auf eine in ganz allgemeinen Ausdrücken gehaltene Zustimmung zu beschränken. Dem Freiherrn von Reviczky aber wurden genau die Unterschiede bezeichnet, welche zwischen den Anschauungen der österreichischen und der russischen Regierung bestanden [511]).

Wenige Wochen nach dem Eintreffen dieses Rescriptes in Warschau, am 19. April 1773 wurde dort nach längerer Zögerung endlich der Reichstag eröffnet. Die Schilderung der Vorgänge auf demselben ist schon zu oft wiederholt worden, als daß sie hier neuerdings unternommen zu werden brauchte. Dem schon früher erwähnten, in Rußland entworfenen Programme zufolge wurden von Seite der Vertreter der drei Theilungsmächte Maßregeln der Gewalt mit Bestechungsmitteln vereinigt, um die Mitglieder des Reichstages gefügig zu stimmen. In solcher Weise setzten die Gesandten die Wahl einer Delegation durch, welche die nähere Vereinbarung mit ihnen zu Stande bringen sollte. Ja der Reichstag ertheilte ihr sogar eine so weitgehende Vollmacht, daß sie der Verpflichtung enthoben wurde, das Resultat ihrer Abmachungen noch einmal vor ihn zu bringen.

Eigenthümlich war es, daß in dem Augenblicke, in welchem die Delegation niedergesetzt wurde, die fremden Gesandten in Warschau noch immer nicht mit den Instructionen versehen waren, deren sie zur Unterhandlung mit ihr nothwendig bedurften. Was man im Allgemeinen wollte, war allerdings schon in dem Theilungsvertrage und in dem von russischer Seite ausgearbeiteten Pacificationsplane enthalten. In ersterer Beziehung war es insbesondere die Feststellung der zukünftigen Grenze, über welche äußerst langwierige Verhandlungen stattfanden und man geraume Zeit nicht zu definitiven Beschlüssen zu gelangen vermochte. Auf Grund höchst mangelhafter Landkarten waren die ersten Forderungen aufgestellt worden; nachträglich überzeugte man sich, daß dieselben in manchen Punkten ganz unausführbar erschienen. Die Versuchung lag nahe, überall dort, wo irgend ein Bedenken sich darstellte, hinauszugreifen über den Rahmen, den man sich früher selbst gezogen hatte, während man es dagegen mit ängstlicher Sorgfalt vermied, zur Ausgleichung für die Mehrforderungen hie und da auch etwas nachzulassen von dem früheren Begehren.

Es kann durchaus nicht gesagt werden, daß Oesterreich bei dieser Aufstellung neuer, auf die Grenzlinie bezüglicher Begehren mit besonderer Mäßigung vorgegangen wäre. Auch in dieser Beziehung konnte man sich täglich überzeugen, daß Maria Theresia, ja daß sogar Kaunitz so ziemlich in den Hintergrund gedrängt waren, während Joseph und sein militärischer Rathgeber Lacy das Terrain vollständig beherrschten. War ja doch der Letztere von der Kaiserin selbst, dieser leidenschaftlichen Gegnerin der Theilung Polens, dafür belobt worden, daß er so hartnäckig darauf gedrungen habe, man möge auch von österreichischer Seite nur ja recht viel verlangen. Da war es kein Wunder, wenn auch jetzt wieder ein Gleiches geschah. So weit ging man darin, daß sich endlich Kaunitz wieder ermannte und die Forderungen, mit denen Joseph hinsichtlich des festzustellenden Grenzzuges auftrat [512]), als einen neuen Vergrößerungsplan bezeichnete, auf welchen einzugehen weder thunlich noch räthlich erschiene [513]). Man möge es, rieth er der Kaiserin, doch ja bei den Begehren bewenden lassen, in deren Sinne er soeben die letzten Instructionen an Reviczky abgesendet

habe. Sei ja doch darin den Polen nicht weniger als die einfache Anerkennung des Grenzzuges zugemuthet worden, wie er von dem österreichischen Obersten Seeger an Ort und Stelle durch eigens hiezu angebrachte Zeichen ausgesteckt wurde. Man dürfe nicht aus den Augen verlieren, daß schon bei dieser Manipulation die ganze Grenze zwischen der Weichsel und dem Bug um eine, ja hie und da sogar bis zu zwei Meilen über die früher bestimmte gerade Linie hinausgerückt worden sei, und daß die in Podolien in Anspruch genommene Erweiterung des neu zu erwerbenden Gebietes ungefähr fünfzehn Wegmeilen umfasse.

Hiebei blieb es denn auch, und man beschränkte sich Anfangs den Polen gegenüber auf die schon früher gestellte Forderung der Gutheißung des Grenzzuges nach der von österreichischer Seite vorgenommenen Bezeichnung. Dem Freiherrn von Reviczky wurde der Entwurf des zu diesem Ende mit Polen abzuschließenden Vertrages übersendet. Aber gar bald sah man ein, daß man mit einem so allgemein gefaßten Begehren nicht durchdringen werde, und an Stelle desselben wurde jetzt wieder die Aufzählung und Abgrenzung der an Oesterreich abzutretenden Landstriche gesetzt, wie sie in dem Theilungstractate enthalten war. Gleichzeitig richtete Kaunitz die vertrauliche Mittheilung an Reviczky, die baldige Zustandebringung dieser Vereinbarung wäre auch aus einem anderen Grunde sehr erwünscht. Denn nach Abschluß derselben und wenn inzwischen in der neu erworbenen Provinz, welcher jetzt amtlich der Name Galizien beigelegt wurde, die Huldigung geschehen wäre, gedenke der Kaiser sich persönlich dorthin zu begeben. Er beabsichtige die Reise, die er in jenen Tagen nach dem Temeswarer Banat und nach Siebenbürgen unternahm, schließlich auch auf Galizien auszudehnen [514]).

Schon seit längerer Zeit hatte sich Joseph mit dem Gedanken beschäftigt, sobald als nur immer möglich das neu erworbene Land persönlich in Augenschein zu nehmen. Maria Theresia hingegen, den häufigen Reisen ihres Sohnes ohnedieß abhold, war diesem Projecte mit so großer Lebhaftigkeit entgegengetreten, daß es schien, als ob er demselben völlig entsagt hätte. Aber Kaunitz wußte wohl, daß Joseph den einmal gefaßten Vorsatz nicht leicht werde fallen lassen, und es

zeigte sich gar bald, wie richtig er auch dießmal wieder den Kaiser beurtheilte. Denn nachdem Joseph, welcher am 6. Mai Wien verlassen hatte, etwa einen Monat hindurch auf Reisen sich befand, begehrte er zu schmerzlichster Ueberraschung seiner Mutter ihre Einwilligung, sich von Siebenbürgen aus nach Galizien begeben zu dürfen.

Nur höchst ungern willfahrte Maria Theresia dem Wunsche ihres Sohnes, aber sie gewann es doch über sich, dieß zu thun. In einer für sie wahrhaft charakteristischen Weise kündigte sie ihm diesen Entschluß an. „Meine Ruhe, meine gute Laune", schrieb sie ihm am 20. Juni 1773 von Schönbrunn, „haben nicht lange Zeit gedauert. „An demselben Abende, an welchem ich Dir scherzend schrieb, erhielt „ich den Courier, der mich in die tiefsten Träumereien versenkt hat. „Denn ich kann weder diese schreckliche Reise noch irgend eine andere, „die Du mit so vieler Beschwerde unternimmst, durch welche Du „Deine schönsten Lebenstage abnützest und mir nicht nur die wenigen „Augenblicke raubst, die mir noch übrig bleiben, sondern sie auch mit „Kummer erfüllst, aus dem gleichen Gesichtspunkte betrachten wie Du. „Hilf mir lieber den Provinzen, die Du schon durchreist hast und „welche unter unseren Augen sich befinden, bessere Einrichtungen zu „geben. Wenn dieß bei ihnen in dauerhafter Weise geschehen sein „wird, dann sollen Siebenbürgen und Polen an die Reihe kommen; „wenn man sich aber vorerst mit diesen Letzteren beschäftigt, erreicht „man keinen so wichtigen Zweck als es bei jenen der Fall wäre. „Verzeih mir, aber ich bin es, die Dir die Wahrheit sagen muß. Es „ist trotz Deines Scharfsinnes und Deines unermüdlichen Fleißes „unmöglich, daß Du auf diesen Reisen von zwei oder drei Monaten „Alles zu sehen und daraus die nothwendigen Folgerungen zu ziehen „vermagst, insbesondere in Polen, wo Niemand, die Eingebornen noch „weniger als die Anderen, Dir die erforderlichen Aufschlüsse geben „kann. Und in welcher Krise verfügst Du Dich dahin? Weder die „Zarin noch der König von Preußen waren bis jetzt dort. Du hast „diesen Winter gesehen, daß er selbst eine solche Reise nicht als passend „betrachtete, und doch bist Du so grausam, von mir das Jawort zu „verlangen! Du rechnest immer auf meine Zärtlichkeit, welche es

„jederzeit mit Dir hält wider mein eigenes Herz. Da ich gegen „meine Ueberzeugung keinen Beschluß fassen konnte, zog ich Kaunitz „zu Rathe. Hier ist seine Note; in Gemäßheit derselben habe ich „alle Schreiben versendet. Ich hoffe daß dadurch Dein Wille erfüllt „wird, und Gott möge das Opfer annehmen, das ich ihm darbringe, „nicht Dir, sondern ihm allein, auf daß er Deine Absichten und „Unternehmungen segne. Du wirst wie gewöhnlich weder Klagen noch „Murren von mir hören; Alles dieß bleibt einzig und allein für mein „eigenes Herz. Urtheile über den Zustand der Kränkung, in welchem „es jetzt sich befindet, nach der Tröstung, welche Du ihm während „des vergangenen Winters durch den Vorschlag bereitetest, nicht mehr „an diese Reise zu denken, wodurch ich zu dem guten Glauben verlockt „wurde, es werde von ihr nimmer die Rede sein. Trotz der dumpfen „Gerüchte, welche sich vor zwei Wochen hier verbreiteten, sie werde „gleichwohl stattfinden, war ich die Einzige ruhig; jetzt ist sie zuge„standen und ich rede nichts mehr davon, aber meine Qual wird nicht „enden. Ich muß nur noch hinzufügen, daß wenn Du durchaus noch „in diesem Jahre die Reise unternehmen willst, solches jetzt nicht „passender ist als im September. Denn der Eid der Treue, der noch „nicht geleistet werden konnte, ist nichts als eine Ceremonie, da „er immer nur erzwungen und diesen armen Leuten abgenöthigt „sein wird."

„Hier sende ich unsere politischen Angelegenheiten. Es war in „der kurzen Zeit nicht mehr möglich, die erforderlichen Aufklärungen „für die neue Convention nach dem Banat abzuschicken; man mußte sie „allsogleich expediren, denn Reviczky war ohnehin genöthigt, die Conferenz „um acht Tage zu verschieben, weil er die neuen Instructionen ab„warten mußte. Würdest Du hier bei mir gewesen sein, dann wäre „Alles besser; hier ist Dein Platz und nicht in den carpathischen Ge„birgen. Verzeih mir! Du meinst, ich nehme allzu sehr Rücksicht „auf das Gerede der Leute. In den ersten zwanzig Jahren meiner „Regierung habe ich das Gegentheil gezeigt. Aber Du, Du legst „allzu wenig Werth darauf; Du folgst nur Deinen Eingebungen und „Deinem Willen. Und da dem letzteren nicht widersprochen wird,

„da Du die Gabe des Wortes und der Feder besitzest und sie durch „unerschöpfliche Sophismen und Spöttereien unterstützest, so setzest Du „ihn auch in den meisten Fällen durch. Hiedurch angeregt, meinst „Du, daß alle Anderen Unrecht haben oder keine Aufmerksamkeit ver„dienen. Verzeih mir diese Herzensergießung; ich bin keineswegs er„zürnt, aber ich bin traurig und glaube Dich wenigstens für die Zu„kunft warnen zu sollen" [515]).

Josephs Abwesenheit von Wien und die Unmöglichkeit, sich in den weit entlegenen Gegenden, die er durchstreifte, mit ihm in rasche Verbindung zu setzen, machten es nothwendig, von nun an die Befehle an Reviczky ohne vorläufige Einholung der Zustimmung des Kaisers zu erlassen. Aber um sich keiner allzu großen Verantwortung auszusetzen, trachtete doch Kaunitz so viel als nur immer möglich im Sinne Josephs zu handeln. Von diesem Bestreben war er ohne Zweifel geleitet, als er Reviczky neuerdings einschärfte, Oesterreich werde zwar die schon in seinem Manifeste aufgestellten Forderungen nicht steigern; wenn jedoch Preußen auf Erlangung neuer Vortheile bestehen sollte, so müßte Aehnliches auch für Oesterreich begehrt und dadurch die Gleichheit der den zwei Höfen zuzuwendenden Erwerbungen aufrecht erhalten werden [516]).

An diesem Grundsatze hielt Kaunitz fortan unerschütterlich fest. Mit großer Befriedigung nahm er die Erklärung Rußlands entgegen, daß es für sich selbst in keiner Weise über die ursprünglich gestellten Forderungen hinausgehen wolle. Aber er fügte auch jetzt wieder hinzu, daß dieß nicht genüge und von Seite Preußens ein Gleiches zu beobachten sei. Im Falle des Gegentheils müßte auch Oesterreich seine Forderungen erhöhen [517]).

Es mag dahingestellt bleiben, in wie weit diese Festigkeit des Wiener Hofes dazu beitrug, zuletzt auch den König von Preußen zu der Erklärung zu veranlassen, er werde sich ebenfalls an die Bestimmungen des Theilungsvertrages binden; die nähere Festsetzung des Grenzzuges sei jedoch an Ort und Stelle mit den polnischen Commissären zu vereinbaren [518]). Diese letztere Clausel war ganz dazu

geeignet, das Gute wieder zu nichte zu machen, das durch die erstere Erklärung erreicht schien. Denn mit Recht besorgte man in Wien, daß hiedurch der Keim zu einer endlosen Reihe der gehässigsten Streitigkeiten gelegt werden würde. Kaunitz wünschte daher, es möchten all diese Differenzen entweder schon in der Convention, welche über die Gebietsabtretungen abgeschlossen werden sollte, oder noch vor Zustandebringung derselben durch gegenseitige Commissäre behoben werden [519]).

Auf den letzteren Vorschlag des Staatskanzlers konnte schon aus dem Grunde nicht eingegangen werden, weil hiedurch der Abschluß der Convention ins Unendliche verzögert worden wäre. Die gleiche Ursache mag es gewesen sein, weßhalb nicht auch schon in dem Tractate die vollständige Beseitigung aller Grenzdifferenzen erfolgte. Es blieb somit nichts übrig als sich dem Begehren des Königs von Preußen anzubequemen und die genauere Feststellung des Grenzzuges den zu diesem Zwecke zu berufenden Commissären vorzubehalten. Selbstverständlich sollte dieß nicht bloß Preußen, sondern auch Oesterreich gegenüber der Fall sein. Da hiemit das letzte Hinderniß aus dem Wege geräumt schien, wurden am 21. August 1773 diese Vereinbarungen von Reviczky einerseits und von dem Bischofe von Cujavien, Anton Ostrowski als Präsidenten der Delegation, dann von den Confoderationsmarschällen Radziwill und Poninski andererseits, jedoch nur mit dem ausdrücklichen Beisatze unterzeichnet, daß sie erst dann als eigentlicher Vertrag in Kraft treten sollten, wenn sie auch von den Delegirten und Commissären gleichzeitig mit den Verträgen der beiden anderen Mächte unterschrieben sein würden [520]).

Reviczky beeilte sich, von diesem Ergebnisse seiner Bemühungen nicht nur Maria Theresia und Kaunitz, sondern auch den Kaiser, und zwar Letzteren persönlich in Kenntniß zu setzen, denn Joseph hatte schon seit mehreren Wochen den Boden Galiziens betreten. Reviczky eilte nun zu dem Kaiser nach Zamosc, wo sich derselbe gerade befand. Es war von um so größerem Werthe für Reviczky, daß Joseph seine Haltung belobte [521]), als er früher nicht immer der Zufriedenheit des Kaisers sich hatte rühmen dürfen [522]). Und gleichzeitig wurden Reviczky's

zahlreiche Anfragen über eine Reihe von Einzelnheiten, hinsichtlich deren es ihm noch an näherer Instruction gebrach, von dem Kaiser in erschöpfender Weise beantwortet.

Es versteht sich von selbst, daß man in Wien, wo man nur eine höchst unvollkommene Kenntniß des neu erworbenen Landes besaß, es vermied, an den Aufträgen, welche der Kaiser an Ort und Stelle dem Freiherrn von Reviczky ertheilte, auch nur das Geringste zu ändern. In den letzten Tagen des Juli hatte Joseph von Kaschau her, und zwar am 27. die Grenze Galiziens überschritten. Drei Tage später war er in Lemberg eingetroffen, hatte sich in bescheidener Weise im Hause des Apothekers einquartirt und war dort bis zum 5. August geblieben. Am folgenden Tage trat er durch das neu erworbene Land eine Rundreise an, welche Anfangs auf die Dauer von sechs Wochen berechnet war, denn Joseph wollte bis zum 15. September nach Lemberg zurückkehren und dort viel längere Zeit als das erste Mal verweilen [523]). Wie im Voraus bestimmt worden, kam der Kaiser am 17. August nach Brody, am 24. nach Zamosc, am 3. September nach Krakau und am 6. nach Wieliczka. Mit einem Eifer, einer Unermüdlichkeit ohne Gleichen trachtete er die inneren Zustände des Landes zu erforschen, sich mit den Bedürfnissen desselben vertraut zu machen. Gleich nach seiner Ankunft in Lemberg schrieb er seiner Mutter, er sehe voraus, daß die Arbeit, die seiner harre, unermeßlich sein werde. Neben großer Verwirrung in allen öffentlichen Angelegenheiten herrsche dort ein Parteigeist, der wahrhaft erschreckend genannt werden müsse. „Das Land scheint von gutem Willen erfüllt", sagt Joseph wörtlich; „der Bauer ist ein Unglücklicher, der nichts als das „Aeußere eines Menschen und das physische Leben besitzt. Der kleine „Adelige ist gleichfalls arm, aber er hofft viel von der Gerechtigkeit, „die man ihm gegen die Großen gewähren wird, welche ihn unter„drückten. Die Großen sind allerdings unzufrieden, aber sie machen „doch jetzt gute Miene" [524]).

Wir besitzen zwar leider den Briefwechsel nicht mehr, welcher zu jener Zeit zwischen Maria Theresia und Joseph unabläßig gepflogen wurde. Aber man wird doch mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen

dürfen, daß die Ungeduld der Kaiserin, ihren Sohn endlich wiederzusehen, denselben bestimmte, seiner langdauernden Reise früher ein Ende zu machen, als er es beabsichtigt hatte. Statt nach Lemberg wandte sich daher Joseph von Wieliczka nach Bielitz. Am 10. September übernachtete er in Austerlitz bei dem Fürsten Kaunitz, welcher zu seiner Erholung einige Zeit daselbst zubrachte, und am Morgen des 13. kam der Kaiser wieder nach Wien[525]).

Die umfangreichen Ergebnisse der wahrhaft bewunderungswürdigen Thätigkeit, welche Joseph während seiner Reise nach Galizien entwickelte, müssen von zwei ganz verschiedenen Gesichtspunkten ins Auge gefaßt werden. Auf die inneren Einrichtungen des Landes und auf dessen Abgrenzung nach Außen hin bezogen sie sich. In ersterer Hinsicht handelte es sich vornehmlich um die Behörden, in deren Hände die Verwaltung Galiziens zu legen war, und zwar ebensosehr um diejenigen, welche an Ort und Stelle fungiren sollten, als um die oberste Administrationsstelle in Wien.

Es sind ganz untrügliche Kennzeichen vorhanden, daß es nicht nur dem Wunsche der Kaiserin, sondern auch des Fürsten Kaunitz entsprochen hätte, wenn die Leitung der galizischen Angelegenheiten der Staatskanzlei anvertraut worden wäre. Das Oberhaupt derselben, Fürst Kaunitz war ja noch immer die erste Vertrauensperson der Kaiserin, und zu oft wiederholten Malen erklärte sie ihm, daß sie Alles, was in seinen Händen sich befand, als wohlgeborgen betrachte. Außerdem war zu bedenken, daß so lang die Frage der Abtretung Galiziens und der Feststellung der Grenzen dieses Landes noch nicht ganz in Ordnung gebracht war, die galizischen Angelegenheiten nicht bloß solche der inneren Verwaltung, sondern auch der Beziehungen nach Außen hin waren. Maria Theresia erklärte daher dem Staatskanzler, daß sie ihn für wenigstens zwei Jahre mit der Führung der Geschäfte betraue, welche sich auf Galizien bezogen.

Wie so oft schon, so war jedoch auch jetzt wieder der Kaiser einer ganz anderen Meinung als seine Mutter. Und gewiß hatte er Recht, wenn er sich im Allgemeinen zu der Ansicht bekannte, daß die

Centralbehörde für die Besorgung der auswärtigen Angelegenheiten nicht die richtige Stelle sei, von der aus die innere Verwaltung großer Provinzen geleitet werden solle. Es mag ihm schon ein Dorn im Auge gewesen sein, daß dieß in Bezug auf die Lombardie und die Niederlande der Fall war, deren Verwaltungsbehörden bekanntlich unter der Staatskanzlei in Wien und somit unter dem Fürsten Kaunitz standen. Hiezu kam noch, daß Letzterer mit zunehmendem Alter immer bequemer und schwerfälliger wurde, so daß, wenn nicht ganz besonders wichtige Dinge zu rascher Entscheidung drängten, auf dieselbe oft sehr lange Zeit hindurch gewartet werden mußte. Um Galizien so bald als nur immer möglich zu besseren und geordneteren Zuständen zu verhelfen, war jedoch die Entwicklung unermüdlichster Thätigkeit ein unerläßliches Erforderniß. Aus all diesen Gründen scheint sich der Kaiser gegen die Uebertragung der Leitung der galizischen Angelegenheiten an die Staatskanzlei ausgesprochen zu haben. Alles was Maria Theresia von ihm zu erreichen vermochte, bestand darin, daß er sich darein fügte, solches einstweilen nur provisorisch und bis zur Durchführung definitiver Einrichtungen geschehen zu lassen.

Nicht mit Kaunitz persönlich, sondern mit seinem Vertrauensmanne Binder verhandelte Maria Theresia über diese Dinge. Binder war der Meinung, daß nachdem die Kaiserin dem Fürsten Kaunitz die Leitung der galizischen Angelegenheiten bereits übertragen habe, man jedoch deutlich erkenne, daß Joseph dieß nicht für zweckmäßig ansehe, nichts anderes übrig bleibe als den Fürsten zu veranlassen, unter dem Vorwande der Ueberhäufung mit sonstigen Amtsgeschäften sich diesen neuen Auftrag zu verbitten. Höchstens könnte er denselben bloß für wenige Monate übernehmen, und auch dann müßte solches schon jetzt nach allen Seiten hin kundgemacht werden. Binder erbat sich die Erlaubniß der Kaiserin, dem in Austerlitz verweilenden Staatskanzler die Aeußerung Josephs in Abschrift zusenden zu dürfen[526]).

„wan der Fürst zu ende seines sejour wäre", so lautete die Antwort der Kaiserin, „hätte kein bedenkhen ihme die abschrifft zu „erlauben zu schicken. ich förchte wir verderben ihme disen angenehmen „sejour. erlaube ihme was er will zu thun und wie er ihme am

„besten kennet, zu comunicirn was und wan er will. meine kleine „hoffnung hat nicht lang gedauert; es ist zeit das wir zusam „einpacken."

Wir kennen nicht die Mittheilung, welche Binder in Folge dieser Zeilen der Kaiserin an den Fürsten Kaunitz ergehen ließ, wohl aber besitzen wir die Antwort desselben. „Sie wissen, mein Freund", schrieb ihm Kaunitz, „daß ich in hundert Gelegenheiten immer meinen „Grundsatz bethätigte, ein guter Bürger müsse darnach trachten, so „viel und so lang er es vermöge, dem Staate und seinem Oberhaupte, „oft sogar gegen dessen Willen gut zu dienen. Aus diesem Grunde, „und weil es immerhin möglich wäre, daß es doch nicht so übel ge„meint sein dürfte, so wollen wir noch abwarten, mein Freund, wenn „Sie es für gut finden. Ich werde immer bereit sein, meinen Ent„schluß zu fassen, wenn man es mir gar zu bunt machen sollte" [527]).

Aus dem Vorhergehenden ersieht man, daß Kaunitz die Sache nicht ganz so ernst aufnahm als es von Seite Binders geschehen war. Schien doch der Letztere nicht übel Lust zu haben, aus ihr einen Anlaß zu schöpfen für des Staatskanzlers und für seinen eigenen Rücktritt. Kaunitz hingegen hütete sich auch jetzt wieder vor jedem übereilten Entschlusse. Er ließ fast einen Monat vorübergehen, dann richtete er die Anfrage an die Kaiserin, ob sie ihm ihrer ursprünglichen Absicht nach die oberste Leitung der galizischen Angelegenheiten auf zwei Jahre und zwar in der Art übertrage, daß keine andere Behörde sich in dieselbe irgendwie mengen dürfe. Sollte sie dieß nicht wollen, so möge sie ihn allsogleich und vollständig dieser Geschäfte entheben [528]).

Es ist ohne Zweifel der Einwirkung Josephs zuzuschreiben, daß Maria Theresia das Anerbieten des Fürsten Kaunitz nur in bedingtem Maße annahm; ja man wird sogar Josephs Schreibweise in den Worten der Kaiserin wieder erkennen. „Dieser neue Last", so antwortete sie dem Staatskanzler, „den sich der Fürst zum besten meines „dienstes von neuem aufbürden will, nebst allen anderen wichtigen „departemens, so ich ihm ohnedis anvertrauet habe, nehme alß einen „in allen Gelegenheiten mir stets erprobten Diensteifer in Gnaden

„auf. Meine Willensmeynung aber in Ansehung dieses neu reac-„quirirten Großfürstenthum von Gallitzien und Lodomirien ist, daß „insolang alß nicht die umstände dessen reincorporirung mit dem „Königreich Hungern gestatten, selbes so wie daß Großfürstenthum „Siebenbürgen durch einen eigenen Cantzler samt einer mässigen „Cantzley allhier, und in dem Land durch einen Gubernator regieret „werde. Zum Cantzler gedenke nach wenigen Monaten den Grafen „Pergen zu ernennen, zum Gubernator aber den Grafen Hadik, der „zugleich das Generalcommando beybehielte. unterdessen aber erwarte, „daß der Fürst diese wenige Zeit noch das nöthige an Pergen zu er-„lassen und auch nachhero noch ihme durch einsichtsvolle räthe alß „oberdirector beyzustehen fortfahren wird."

Diese Kundgebung der Kaiserin ist auch darum merkwürdig, weil sich aus ihr die Absicht entnehmen läßt, in späterer Zeit ganz Galizien mit Ungarn zu vereinigen. Man kam jedoch bald wieder ab von diesem Gedanken. Nur die Zips und die Herrschaft Lublo wurden als zu Ungarn gehörig betrachtet, diesem Königreiche einverleibt und der Verwaltung der ungarischen Behörden übergeben.

Der Anordnung der Kaiserin sich in gewohnter Bereitwilligkeit fügend, fuhr denn auch Kaunitz fort, einstweilen die Correspondenz mit dem Grafen Pergen über die Einrichtungen, welche in Galizien getroffen werden mußten, zu führen, dessen Vorschläge der Kaiserin vorzulegen, ihr seine eigene Meinung über dieselben zu sagen und die getroffene Entscheidung zu deren Vollziehung wieder an Pergen gelangen zu lassen. Letzterer wurde binnen Kurzem zum galizischen Hofkanzler ernannt, doch erhielt er den Auftrag, noch so lang in dem Lande zu bleiben, als seine Gegenwart daselbst nöthig erscheinen werde. Er befand sich noch daselbst, als Joseph persönlich in Galizien erschien, um sich von den dortigen Zuständen durch eigene Wahrnehmung zu unterrichten.

Es kann nicht gesagt werden, daß die letzteren dem Kaiser zu irgend welcher Genugthuung gereicht hätten. Aber es wäre doch ungerecht, das Verschulden hievon dem Grafen Pergen allein zur Last

legen zu wollen. Denn in grauenerregendem Zustande hatte er die Verwaltung des Landes übernommen, und derselbe ließ sich mit den durchaus unzulänglichen Hülfsmitteln, die zu Gebote standen, unmöglich so rasch als es wünschenswerth sein mochte, in einen geordneten umwandeln. Joseph aber, mit aller Kraft seiner Seele das Gute wünschend und es durchzuführen bemüht, besaß auch all die Ungeduld thatendurstiger Menschen, und nur zu leicht war er bereit, Saumseligkeit und Mangel an Eifer und Pflichtgefühl dort zu erblicken, wo die Vollziehung seiner Anordnungen, die Verwirklichung seiner Absichten bisher durch andere Hindernisse vereitelt worden war.

Schon in dem Augenblicke, in welchem er Lemberg verließ, um seine Rundreise durch Galizien anzutreten, richtete der Kaiser eine Denkschrift an seine Mutter, in der er neben anderen höchst beachtenswerthen Aeußerungen auch sein Urtheil über den Mann abgab, der sich damals an der Spitze der Verwaltung des Landes befand. „Man „wirft dem Grafen Pergen hier vor", schreibt Joseph über ihn, „daß „er nicht arbeitsam genug seye, und wahr ist, daß nichts schier bis „dato geschehen ist. Aber er entschuldigt sich, daß er so lang keine „Gehülfen und keine Leute gehabt, und daß er auf viele anverlangte „Befehle nec in re nec in tempore Weisungen bekommen habe. „Er ist, daß ich es aufrichtig sage, nicht an eine materialische Ord„nung in Geschäften gewohnt und will sich an selbe nicht binden. „Er ist ein wenig idealisch, wie denn schon hausgroße Tabellen hier „sind, die wie er und Alle gestehen, falsch sind und falsch sein müssen; „doch mahlet man selbe. Er will Alles allein machen und nimmt „viel an, aber zum Schluß kommt es nicht. Ich weiß nicht ob sein „Genie und Talenten so groß seynd daß man selben auch die sonst „gebräuchliche Ordnung, Sicherheit und Genauigkeit in denen Geschäften „aufopfern könne."

Da Joseph der Meinung ist, Pergen werde sich nur schwer in seine etwaige Entfernung von seinem Posten finden, so trägt er auch nicht geradezu darauf an, daß sie verfügt werde. Sollte dieß gleichwohl geschehen, so ist Joseph keineswegs dafür, daß Hadik zu seinem Nachfolger ernannt werde. Derselbe besäße wohl „alle Geschicklichkeit

„und Redlichkeit zum Civilgouvernement. Er ist auch", fährt Joseph fort, „allerseits hochgeschätzt, allein zu Unternehmung und Zustande„bringung eines solchen neuen Werkes ist er schon etwas zu alt, lang„sam und noch mit einigen hungarischen préjugés, die hier die aller„schädlichsten, da sich das ganze Land darnach parifiziren wollte, in „etwas eingenommen." Auch die häuslichen Verhältnisse Hadiks schildert Joseph als der Art, daß sie der Uebertragung des Gouvernements an ihn nicht günstig erschienen. „Es muß ein Mann allhier seyn, „der Kenntniß von unseren Einrichtungen hat, der bey guten Jahren, „desinteressirt, redlich, genau in Haltung der Subalternen und „activ ist."

Je höher der Kaiser die Anforderungen spannt, die er an den Statthalter Galiziens stellen zu müssen glaubt, desto begieriger wird man zu erfahren, ob er wirklich Jemand zu nennen weiß, der diese Eigenschaften besitzt. Und in der That ist Joseph im Stande, seiner Mutter einen solchen namhaft zu machen. „Hieher kenne ich keinen „Menschen", so schreibt er ihr, „als einen Einzigen Eurer Majestät „vorzuschlagen, der ohne Ausnahme alle Känntnissen und Talenten „hätte, die hier unentbehrlich sind, sowohl von Dicasterialverfassung, „von ständischer Verfassung, vom Camerali, vom Creditweesen, vom „Justitzweesen, von Publicis et Politicis, der den Zusammenhang „aller unserer Länder kennt, die Arbeitsamkeit, die Redlichkeit, das „Alter, die Sprachen, die Unerschrockenheit, kurz Alles hätte, was nur „zu wünschen wäre. Dieser ist der Vicecammerpräsident Graf Wrbna."

Wichtiger noch sind die Aeußerungen des Kaisers über verschiedene Einrichtungen und Maßregeln, die er in Bezug auf Galizien durchgeführt zu sehen wünscht. Eine Art ständischer Verfassung, wie sie in Böhmen, Mähren und den eigentlich österreichischen Provinzen bestand, hielt er für zweckmäßig. „Nur muß ich erinnern", fügt er hinzu, „daß hier kein Ritterstand und kein separirter geistlicher „Stand vorhanden ist, oder besser zu sagen, lauter Ritterstand ist, „da keine Grafen und Fürsten, oder sehr wenige sind, die auch nichts „besonderes haben."

Großes Gewicht legte Joseph auf den Umstand, daß eine beträchtliche Anzahl von Kaufleuten und Handwerkern, und zwar gerade die geschicktesten und besten aus ihnen, welche in Folge der Bedrückungen des Königs von Preußen ihre bisherigen Wohnsitze in Preußisch-Polen, in und um Danzig, Elbing und Thorn zu verlassen gedachten, zur Ansiedlung in Galizien sich meldeten. Aber freilich gehörte die Mehrzahl aus ihnen dem protestantischen Glaubensbekenntnisse an, und darum befürchtete der Kaiser, Maria Theresia werde sich zu ihrer Zulassung nicht entschließen. „Könnte man denenselben nicht", so läßt sich jetzt Joseph vernehmen, „in Privathäusern ein Oratorium zu „Ausübung ihres Gottesdienstes eingestehen? Sollte denn dieses so „gottbeleidigend seyn? Die in allen Ländern zerstreute und hier nur „gar zu häuffige Juden haben so viel Synagogen als sie nur immer „wollen. Diese sind ja nicht einmal Christen; der Himmel ist ihnen „ja völlig versperret; sie thun ja die grösten Lästerungen gegen die „heiligste göttliche Person herausstossen. Warum diese Leute toleriren, „die dem Land noch darzu schädlich sind, die nichts arbeiten, vom „Betrug leben, und warum nicht, wie in Hungarn und Schlesien, „einigen Protestanten privative den Gottesdienst nur toleriren, welche „die besten und arbeitsamsten Unterthanen sind, die fabriquen, Wissen„schaften, Geld, Handel und Manufacturen hier einführeten und mit „sich bringeten, und dieses wahrlich das einzige Mittel ist und der „nicht mehr kommende Zeitpunkt, an welchem dieses Land empor„gebracht werden könnte."

In hohem Grade beachtenswerth sind auch die Worte des Kaisers, durch die er seine Mutter von der dringenden Nothwendigkeit zu überzeugen sich bemüht, die Verhältnisse der Geistlichkeit in Galizien gesetzlich zu regeln. Jetzt wäre der geeignete Moment hiezu da; gehe er unbenützt vorüber, dann werde es immer schwerer werden, diese unerläßliche Aufgabe zu erfüllen. „Geschieht es", sagt Joseph wörtlich, „so kann in allen Theilen die Nation mehr aufgeklärt und sicherer „zu besseren Christen und Unterthanen gebildet werden. Geschieht es „nicht, so werden beide diese Ziele verfehlt seyn und alle innerlichen „Einrichtungen nur Flickwerk ausmachen. Ohne die Geistlichkeit ist

„bei dem Volk nichts auszurichten; ohne daß sie in die Ordnung ge„bracht wird, ist sie mehr schädlich als nützlich. In keine Ordnung „ist sie nicht zu bringen, wenn nicht eine wahre und stufenweise Auf„sicht über selbe ist. Diese wird nie zu erhalten seyn, so lang als „Bischöfe und Ordensgeistliche für ihre Landwirthschaften sorgen „müssen, so lang als sie so reichlich versehen sein werden, daß sie nur „auf ein üppiges Leben sich werden verlegen können, so lang als den „Bettelmönchen durch Erhaltung der Dummheit beim Volk die Aus„saugung desselben zu ihrer Selbsterhaltung unentbehrlich sein wird; „so lang so große Bisthümer existiren, die nicht zu übersehen sind, „oder fremde Bischöfe, welche auswärts wohnen und nicht unsere „Unterthanen sind, in hiesigen Landen Diöcesen haben; so lang end„lich jeder Unterthan, der den geistlichen Rock anzieht, von dem Staate „nichts mehr zu befürchten und auch nicht viel mehr zu hoffen hat, „und er durch Intriguen und Ränke, ja durch dem Staate nachtheilige „Handlungen bei einem in Rom residirenden despotischen Oberen, der „nicht sein natürlicher Landesfürst ist, sein Glück machen kann, wäh„rend dem hier treulich fortdienenden geistlichen Seelsorger vielleicht „nichts als Bedrückung bevorstünde“ [529]).

Auf die übrigen Andeutungen Josephs, welcher insbesondere die Lage der bäuerlichen Bevölkerung Galiziens und die Nothwendigkeit ihrer Verbesserung der höchsten Beachtung würdigte, kann hier wenigstens vor der Hand nicht näher eingegangen werden. Es versteht sich von selbst, daß alle diese Punkte nach der Rückkehr des Kaisers aus Galizien der reiflichsten Berathung unterzogen wurden. Ehe man hierüber zu feststehenden Entschlüssen gelangte, kam man jedoch wieder auf die Auswahl der Männer zurück, denen für die Zukunft die Besorgung der galizischen Angelegenheiten anvertraut werden sollte. Im November 1773 wurde dem Fürsten Kaunitz neuerdings der Wunsch nahe gelegt, er möge auf die oberste Leitung derselben verzichten. Dem äußeren Anscheine nach ging der Staatskanzler freudig auf diesen Gedanken ein, und schriftlich bat er die Kaiserin, aller auf die inneren Angelegenheiten Galiziens bezüglichen Geschäfte ohne längere Säumniß und für alle Zukunft enthoben zu werden.

„uns ist nur gahr zu bekannt“, schrieb Maria Theresia eigenhändig auf des Staatskanzlers Bericht, „die überhaüffte arbeiten, die „das Staattsdepartement über sich hat. aus dieser ursach gehen wir „in das verlangen des Fürsten ein, ihme und sein departement davon „zu entledigen, und zwar von nun an, weillen wir ehestens wem „darzu benenen werden. weillen aber diser nicht gleich an der hand „ist, so erwarten wir uns beede nach so villen proben des Fürsten „eyffrigsten benehmen, das er nur dise wenige zeit noch die lauffende „und pressanteste correspondenz besorge, ohne von ihme weiters grössere „ausarbeitungen oder systeme zu verlangen, doch alzeit uns erwarten, „das er mit seinen rath in dem wie in all andern uns niemahls ent„stehen werde.

Maria Theresia.“

Daß dieser Schritt des Fürsten Kaunitz, so bereitwillig er ihn auch anscheinend that, ihn doch ein sehr großes Opfer gekostet, wird aus den Worten, welche die Kaiserin gleichzeitig an Binder schrieb, und wohl auch aus der Thatsache klar, daß er beharrlich sich weigerte, irgend Jemand zu bezeichnen, in dessen Hände die Leitung der galizischen Geschäfte nun gelegt werden sollte. Er zolle zwar, berichtete Binder der Kaiserin, der Wahl des Grafen Wrbna seinen Beifall; er sei jedoch nicht zu vermögen, ihn oder Pergen als Chef der neu zu errichtenden galizischen Centralbehörde in Vorschlag zu bringen. Das Herz thue ihr weh, antwortete hierauf Maria Theresia, und außerdem fügte sie noch die Worte an Binder hinzu: „Kaunitz wie in „allen hat auch in disen besser gedacht alſ wir, recht nach seiner ehr„lichen gedenckungsarth nicht so voller gebrechne subjecta vor„schlagen wollen“ [530]).

Man sieht daß Maria Theresia eine minder günstige Meinung von dem Grafen Wrbna hegte als der Kaiser. Gleichwohl wurde derselbe im Jänner 1774 zum galizischen Hofkanzler ernannt. Die neu errichtete Hofkanzlei für Galizien bestand aus sechs Hofräthen und zahlreichen anderen Beamten. Pergen wurde zurückberufen und Hadik trat an dessen Stelle.

Noch in demselben Monate verließ Pergen seinen bisherigen Posten. Es verdient nicht mit Stillschweigen übergangen zu werden, daß die Angehörigen des neu erworbenen Landes, über das er bisher die Verwaltung geführt hatte, vor seiner Abreise zusammentraten und ihm als Zeichen ihrer Dankbarkeit ein Geschenk von sechstausend Goldstücken darbrachten. In Wien war man durch dieses Ereigniß hauptsächlich aus dem Grunde angenehm überrascht, weil man es als ein Symptom ansah, daß in Galizien trotz der von diesem Lande erduldeten Drangsale und Verwüstungen noch große Reichthümer vorhanden sein müßten. Maria Theresia aber wollte in ihrer Freigebigkeit hinter ihren neuen Unterthanen nicht zurückbleiben. Auch sie machte dem Grafen Pergen nach seinem Eintreffen in Wien ein Geschenk von sechstausend Dukaten. So kam es, bemerkt ein gleichzeitiger Berichterstatter, daß ein Mann, der den in ihn gesetzten Erwartungen nicht entsprach, dafür die ganz außergewöhnliche Belohnung von fünfzigtausend Gulden erhielt [531].

Es ist früher gesagt worden, daß Joseph während seines Aufenthaltes in Galizien nicht nur der Erforschung der inneren Zustände des Landes und den hinsichtlich derselben zu treffenden Einrichtungen, sondern daß er auch der Feststellung des Grenzzuges seine gespannteste Aufmerksamkeit zuwandte. Ja die letztere nahm ihn für den Augenblick wohl noch in höherem Maße in Anspruch, weil es um rasche Entschlüsse sich handelte, indem diese Sache in Warschau noch immer nicht zu definitiver Begleichung gelangt war. Nachdem er während der ersten drei Wochen seiner Bereisung Galiziens den größeren Theil seiner Zeit der persönlichen Besichtigung der Grenzdistricte gewidmet hatte, brachte der Kaiser seine Wahrnehmungen hierüber während seines kurzen Aufenthaltes in Zamosc zu Papier. Die Einzelnheiten dieser Aufzeichnungen können hier wohl nicht näher in Betracht gezogen werden; nur das sei anzuführen erlaubt, daß Joseph den äußersten Werth darauf legte, jenen Landstrich zwischen dem Sereth und dem Sbrucz, der bisher schon zu vielen Verhandlungen Anlaß geboten hatte, definitiv für Oesterreich zu erlangen.

Man kennt zur Genüge den Streitpunkt, um den die ganze Sache sich drehte. Auf den höchst mangelhaften Landkarten, welche der in dem Theilungstractate aufgestellten Grenzlinie zu Grunde lagen, war ein Flüßchen verzeichnet, welches sich vom Norden her in den Dniester ergießt; es war dort Podhorze genannt und wurde als künftige Landesgrenze Galiziens gegen Podolien acceptirt. Plötzlich tauchte die Behauptung auf, es gebe dort gar kein Flüßchen dieses Namens; es müsse entweder der Sereth oder der noch weiter vorwärts gelegene Sbrucz gemeint sein. Anfangs gab man sich in Wien mit dem Sereth zufrieden, weil derselbe wirklich in der Nähe von Zbaracz vorüberfließt, das damals als einer der am weitesten vorgeschobenen Grenzorte des neuen österreichischen Gebietes galt. Bald aber veränderte man diese Meinung und wünschte daß nicht der Sereth, sondern der Sbrucz als identisch mit dem Podhorze angenommen werde. Nicht so sehr die Ausdehnung als die Fruchtbarkeit des hiedurch für Oesterreich noch zu gewinnenden Gebietes gab hiebei den Ausschlag. Joseph behauptete sogar, nachdem er daselbst gewesen, es sei nicht nur der schönste und fruchtbarste Theil von ganz Galizien, sondern es verdiene in dieser Beziehung vor den meisten Gegenden der österreichischen Monarchie den Vorzug. Unvergleichlich sei die Güte des Bodens, der Reichthum und die Beschaffenheit des Viehstandes, die Anzahl der Dörfer, der Fleiß der Bewohner. Außerdem bilde der Sbrucz eine ganz ausgezeichnete Grenze, die sich leicht vertheidigen lasse [532]).

Nicht nur in Polen, sondern weit mehr noch in Rußland, dem man sich von Wien aus sichtlich zu nähern begann, wollte man von österreichischer Seite es durchsetzen, daß der Sbrucz als Grenzlinie anerkannt werde. Darum behauptete man jetzt, es handle sich hiebei nicht um eine Ausdehnung des an Oesterreich zu überweisenden Gebietes, sondern nur um die Auslegung der schon seit langer Zeit gestellten und bereits zugestandenen Begehren. Daß man immer nur den Sbrucz und nicht etwa den Sereth als Grenzfluß angenommen und unter der Bezeichnung Podhorze verstanden habe, werde durch den Umstand, daß man gleich Anfangs an seinem Ufer die neuen

Grenzzeichen habe ausstecken lassen, ganz unwiderleglich bewiesen. Dieß sei sogar noch vor Erlassung des Manifestes des Wiener Hofes geschehen; so lang man also in jener Gegend, und zwar zwischen Zbaracz und dem Dniester nicht das Vorhandensein eines wirklich den Namen Podhorze führenden Flüßchens nachweisen könne, müsse daran festgehalten werden, daß hierunter der Sbrucz zu verstehen sei [533]).

Was zunächst Polen betraf, so wurde die von dem Wiener Hofe angeregte Unterscheidung zwischen Sereth und Sbrucz dort gar nicht mehr zum Gegenstande besonderer Vereinbarungen gemacht. Nachdem am 21. August 1773, wie bereits früher gesagt worden, die Convention, durch welche die Republik ihre Zustimmung zu den an Oesterreich geschehenen Abtretungen gab, vorläufig von dem Präsidenten der Delegation und von den beiden Conföderationsmarschällen unterzeichnet worden war, handelte es sich eigentlich nur mehr darum, für dieselbe auch die Unterschrift aller übrigen Mitglieder der Delegation zu erlangen. Es kann nicht behauptet werden, daß Reviczky hiebei irgend welche Schwierigkeiten zu überwinden gehabt hätte. Binnen sehr kurzer Frist kam der definitive Vertrag zwischen Oesterreich und Polen zu Stande.

Von den an Oesterreich geschehenden Abtretungen war in dem Tractate so ziemlich in gleicher Weise wie in dem Manifeste des Kaiserhofes die Rede. Auch jetzt wurde gesagt, daß der Grenzzug aus der Gegend von Zbaracz in gerader Linie auf den Dniester, und zwar das Flüßchen entlang gehen solle, welches den Namen Podhorze führe.

Von den übrigen Bestimmungen des Theilungsvertrages sei nur noch erwähnt, daß sowie Polen auf das nun seinerseits förmlich abgetretene Land, auch Oesterreich auf alle Rechte verzichtete, welche ihm etwa noch auf polnische Gebietstheile zustehen könnten. Die Dissidenten, die jetzt zu Unterthanen des Hauses Oesterreich wurden, erhielten die Zusage, künftighin in all ihren bisherigen Rechten, auch insofern sie sich auf die Ausübung ihrer Religion bezogen, ruhig belassen zu werden. Zur Aufrechthaltung des inneren Friedens in Polen sollten die verfassungsmäßigen Einrichtungen, welche der gegenwärtig

in Warschau versammelte Reichstag dem Königreiche zu geben im Begriffe stehe, auch von Oesterreich garantirt werden. Die zu diesem Ende zu Stande zu bringende abgesonderte Acte werde einen Theil des vorliegenden Vertrages bilden und die gleiche Kraft besitzen als wenn sie in denselben eingeschaltet wäre. Solches werde auch hinsichtlich der gegenseitigen Handelsbeziehungen und insbesondere des Salzes geschehen. Würden sich künftighin Streitigkeiten über den Grenzzug erheben, dessen genauere Feststellung durch beiderseits zu ernennende Commissäre unverzüglich in Angriff genommen werden solle, so werde man sich bemühen, dieselben in friedlicher Weise und unter Vermittlung der beiden anderen Theilungsmächte zu begleichen.

Der Tag, an welchem die letzten Unterschriften der Mitglieder der Delegation, von denen kein Einziges sich ausschloß, unter diesen Vertrag gesetzt wurden, der 18. September 1773 muß somit als derjenige betrachtet werden, von welchem angefangen die Theilung Polens, insofern sie Oesterreich betraf, als eine vollendete Thatsache anzusehen ist. Aber freilich waren hiedurch noch bei weitem nicht alle Streitpunkte geschlichtet, welche sich entweder auf die Grenzlinie, insbesondere auf diejenige gegen Podolien hin, oder auf andere Fragen bezogen.

Fünfzehntes Capitel.

Der Friede von Kainardsche.

Es ist an einer früheren Stelle gesagt worden, daß es außer der Erlangung der Einwilligung Polens in die ihm zugemutheten Abtretungen für die drei Theilungsmächte darum sich handelte, die übrigen Staaten, welche gegen diese Vorgänge etwa Einsprache erheben könnten, so gut als möglich zu beschwichtigen. Für Oesterreich stand hiebei Frankreich ohne Zweifel in vorderster Reihe.

Wie sehr Maria Theresia in jenen Tagen, in denen sie keinen anderen Ausweg mehr vor sich sah, als sich gleichfalls an den Projecten Preußens und Rußlands zu betheiligen, durch die Sorge gequält wurde, wie ein solches Verfahren dereinst Frankreich gegenüber zu rechtfertigen sei, wurde ebenfalls schon erwähnt. Selbstverständlich konnte und durfte man nicht daran denken, von den Abmachungen, so lang sie erst im Werke und noch nicht zu vollendeter Thatsache geworden waren, voreilige Mittheilung an die französische Regierung gelangen zu lassen. Aber Mercy wurde doch auch schon damals durch Kaunitz von dem Stande der Dinge unterrichtet und beauftragt, die Gemüther in Frankreich einstweilen und allmälig auf dasjenige vorzubereiten, was dort nicht mehr lang verborgen bleiben konnte [534]. Binnen Kurzem sah sich jedoch Kaunitz selbst in die Lage versetzt, diese Aufgabe zu erfüllen. Denn schon in der Hälfte des Monates April 1772 ging ihn der neue Botschafter Frankreichs in Wien, Prinz Ludwig Rohan in vertraulicher Weise um Aufklärung an, ob wirklich zwischen

Rußland und Preußen ein Theilungsvertrag geschlossen worden sei und welche Stellung Oesterreich in dieser Beziehung einzunehmen gedenke?

In ausführlicher Weise setzte Kaunitz dem französischen Botschafter alles dasjenige auseinander, was von Seite des Wiener Hofes durch eine Reihe von Jahren geschehen war, um Rußland und Preußen abzuhalten von einer Bereicherung auf Kosten des Nachbarstaates Polen. Von den übrigen Mächten, insbesondere von England und Frankreich im Stiche gelassen, habe jedoch Oesterreich nicht länger Widerstand leisten können, sondern den Dingen ihren Lauf lassen müssen. Ueber den Stand, in welchem sich dieselben gegenwärtig befänden, vermöge er übrigens noch keine nähere Mittheilung zu machen, da er sich in dieser Hinsicht die Hände gebunden habe. Und indem Kaunitz von seiner Unterredung mit Rohan den Grafen Mercy verständigt, gibt er ihm neuerdings den Wunsch kund, er möge die Franzosen durch geschickt angebrachte Ausstreuungen auf das bevorstehende Ereigniß aufmerksam machen. Auf den im Jahre 1412 zwischen Ungarn und Polen abgeschlossenen Vertrag sei hinzuweisen, denn durch ihn würden die Ansprüche des Hauses Oesterreich auf Rothrußland und ganz Podolien ausreichend dargethan [535]).

Fast um dieselbe Zeit berichtete Mercy, daß die inneren Zustände Frankreichs der Ausführung großer Projecte von Seite anderer Mächte günstiger seien als je. Durch die sich hartnäckig und erbittert bekämpfenden Parteien am Hofe von Versailles, durch die Intriguen derselben werde die öffentliche Aufmerksamkeit fast ausschließlich in Anspruch genommen. Und am allerwenigsten sei der Herzog von Aiguillon der Mann, von dem man sich ernster Gegenmaßregeln versehen dürfe. Er behandelt „die Geschäfte", sagt Mercy von ihm, „ohne „Nachdruck, ohne Kraft und ohne Umsicht; seine Denkungsweise veranlaßt ihn, sich der kleinen Mittel der Falschheit zu bedienen. Aber „diese Methode wird niemals Furcht einflößen können, und sie verlangt nichts als ein klein wenig Wachsamkeit und Beobachtung" [536]).

Solches war denn auch wirklich der Fall. Als Mercy die ihm von Kaunitz vorgeschriebenen Andeutungen dem französischen Minister

vortrug, legte derselbe große Empfindlichkeit an den Tag. In ziemlich bitteren Vorwürfen erging er sich über die vermeintliche Inconsequenz des Wiener Hofes, der Anfangs und durch so lange Zeit die Nothwendigkeit, jede Schmälerung des polnischen Gebietes hintanzuhalten, im Munde geführt habe und nun im Begriffe stehe, sich selbst hieran zu betheiligen [537]). Aber hiebei blieb es auch, und mit Recht erwiederte Kaunitz, man möge nur mit Gelassenheit abwarten, bis dieser Unmuth wieder verraucht sei. Ohnehin seien es ja nur „vanae sine viribus irae“ [538]).

So demüthigend es auch für Frankreich sein mochte, daß ein Staatsmann wie Kaunitz keinen anderen Maßstab für dessen damaligen Einfluß auf die wichtigsten europäischen Angelegenheiten besaß, so hat doch der Verlauf der Ereignisse die Richtigkeit der Anschauungen des Staatskanzlers bewiesen. Allerdings machte der Herzog von Aiguillon noch einen schwachen Versuch, England zu einem gemeinsamen Proteste gegen die Theilung Polens zu vermögen [539]), und man muß anerkennen, daß er von seinem Standpunkte aus kaum ein Mehreres thun konnte. Hätte er sich weiter vorwärts gewagt, so würde er wohl an dem Könige von Frankreich ein unbesiegbares Hinderniß gefunden haben. Denn Ludwig XV. hielt, wie wenigstens Mercy versichert, unerschütterlich fest an seiner früheren Gesinnung der persönlichen Verehrung für Maria Theresia und an seiner Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und dem Nutzen des Bündnisses zwischen Oesterreich und Frankreich. Wollte der Herzog von Aiguillon es unternehmen, meinte Mercy weiter, den König in dieser Beziehung auf andere Gedanken zu bringen, so würde er auf nichts hinarbeiten als auf seinen eigenen Sturz. Der König zweifle keinen Augenblick daran, daß Maria Theresia nur nothgedrungen die Hand geboten habe zu den Vereinbarungen mit Rußland und mit Preußen. Das Einzige, woraus er irgendwelche Beunruhigung zu schöpfen vermöchte, wäre der Gedanke, daß die Freundschaft der Kaiserin für ihn vielleicht im Erkalten begriffen sei. Das wirksamste Mittel, dieser Besorgniß zu begegnen, bestünde darin, daß Maria Theresia dem Könige durch ein Schreiben von ihrer Hand einen erneuerten Beweis ihres Vertrauens gebe oder wenigstens Mercy beauftrage, sich ihm gegenüber in diesem Sinne zu erklären [540]).

„Ich glaube wohl", antwortete die Kaiserin hierauf dem Grafen Mercy, „daß der Entschluß, den wir hinsichtlich Polens gefaßt haben, „in Frankreich Aufsehen erregt haben wird. So überzeugt ich auch von „den Gesinnungen des Königs sein mag, so könnte ich mich doch nicht „entschließen, ihm hierüber zu schreiben. Ich lasse Ihnen jedoch völlige „Freiheit, ihm von mir zu sagen, was Ihnen passend erscheint" [541]).

So wenig als von französischer, war auch von englischer Seite irgend ein ernstlicher Widerstand gegen die Theilung Polens zu erwarten. Der Earl of Rochford, damals Leiter der auswärtigen Geschäfte in England, nennt sie in einer amtlichen Kundgebung aus jener Zeit ein eben so außerordentliches als unerwartetes Ereigniß. Aber er fügt doch auch allsogleich hinzu, daß obwohl es geeignet sei, Befürchtungen für die europäischen Handelsverhältnisse zu erregen, so würde ihm doch weder von England noch von einer anderen der handeltreibenden Nationen eine so große Bedeutung beigemessen, daß sie direct gegen dasselbe aufzutreten gedächten [542]). Freilich zeigten englische Staatsmänner, unter ihnen der Botschafter Lord Stormond in Wien sich ungemein unzufrieden mit dem gegen Polen beobachteten Verfahren, und Maria Theresia, die es ja selbst noch immer lebhaft mißbilligte, empfand es recht bitter, daß ein Mann, dem sie seiner Intelligenz und seines Charakters wegen große Hochachtung zollte [543]), seinen Unmuth über die Ereignisse in Polen und über Oesterreichs Betheiligung an denselben in keiner Weise verhehlte [544]). Auch unter den übrigen Repräsentanten der fremden Staaten am Kaiserhofe zeigte sich eine ähnliche Stimmung. Aber wenn sie auch vielleicht dazu beitrug, hie und da zu einem scharfen Ausdrucke, zu einer unangenehmen Erörterung einen gewiß nicht willkommenen Anlaß zu geben, so wurde doch hiedurch an dem Gange der Ereignisse selbst nicht das Mindeste geändert.

Wo von den Vertretern der europäischen Mächte in Wien die Rede ist, mag es gestattet sein, hier wenigstens im Vorbeigehen auf den Mann zurückzukommen, der zu jener Zeit daselbst das größte, in den Augen der Kaiserin freilich ein ihr ungemein peinliches Aufsehen erregte. Es war dieß der Botschafter Frankreichs, Prinz Ludwig Rohan.

Er gehörte bekanntlich dem geistlichen Stande an, war Coadjutor seines Oheims, des Bischofs von Straßburg, und stand in dem Augenblicke, in welchem er als Botschafter Frankreichs nach Wien kam, im achtunddreißigsten Jahre seines Lebens.

Es liegt in der Natur der Sache, daß civilisirte Staaten insbesondere dann, wenn sie in freundschaftlichen Verhältnissen zu einander stehen, zu ihren gegenseitigen Repräsentanten Männer erwählen, von denen sie mit einiger Bestimmtheit annehmen dürfen, daß sie dort, wo man sie hinsendet, auch willkommene Persönlichkeiten seien. Es mußte daher der Kaiserin fast wie ein Zeichen der Mißachtung erscheinen, als sie erfuhr, daß man in Frankreich beschlossen habe, einen Mann bei ihr zu beglaubigen, von dem man im Voraus wußte, daß er ihr nur höchst unwillkommen sein konnte. Ein sittenloser Priester war ja das Verhaßteste für die Kaiserin, das sie sich nur immer zu denken vermochte. Und als solcher war Rohan schon vor seiner Ankunft nicht nur in Frankreich, sondern man darf sagen, in ganz Europa bekannt. „Ich habe Ursache unzufrieden zu sein", schrieb Maria Theresia an Mercy, als sie die erste Nachricht von der neuen Bestimmung Rohans erhielt, „daß Frankreich ein so schlechtes Subject „wie den Coadjutor von Straßburg für die hiesige Botschaft gewählt „hat. Ich würde ihn vielleicht abgelehnt haben, wenn ich nicht hievon „durch die Rücksicht auf die Unannehmlichkeiten abgehalten worden „wäre, die meiner Tochter hiedurch verursacht werden könnten. Sie „werden jedoch nicht versäumen, es an dem französischen Hofe durchblicken zu lassen, wie wohl man daran thun würde, diesem Botschafter „ein vernünftiges, seinem Stande und seinem Posten angemessenes „Betragen zu empfehlen und ihn darauf aufmerksam zu machen, daß „ich nicht geneigt wäre, nachsichtig für die Verirrungen und Scandale „zu sein, die er sich etwa zu Schulden kommen ließe. Ich gestehe „Ihnen", fügte die Kaiserin noch eigenhändig hinzu, „ich fürchte unsere „hiesigen Frauen" [545]).

Am 19. Jänner 1772 hatte Rohan seine Antrittsaudienz bei der Kaiserin. Eine Aeußerung, welche sie während derselben that, ist zu charakteristisch für sie selbst, als daß sie hier mit Stillschweigen

übergangen werden könnte. Um ihre Worte richtig zu würdigen, muß man sich den Umstand ins Gedächtniß zurückrufen, daß Rohan seine Erhebung jener Partei verdankte, welche den Sturz Choiseuls herbeigeführt hatte. Als er nun die Kaiserin bat, ihn mit Güte und Nachsicht zu behandeln, entgegnete sie ihm, alle seine Vorgänger seien zufrieden gewesen mit ihrem Aufenthalte in Wien. Indem sie Choiseul erwähnte, fügte sie hinzu, daß sie seiner niemals vergessen werde[546]).

Binnen kürzester Frist trat es zu Tage, wie begründet die Besorgnisse der Kaiserin gewesen waren. Schon nach wenig Wochen nennt sie in etwas drastischer Ausdrucksweise den Prinzen Rohan ein dickes Buch, mit schlechten Redensarten gefüllt, welche seinem geistlichen Stande und seiner politischen Stellung nur wenig entsprächen, die er jedoch überall mit größter Unklugheit vorbringe. Ohne Kenntniß der Geschäfte, ohne ausreichende Begabung, besitze er um so mehr Leichtsinn, Selbstüberhebung und Unzuverlässigkeit. Man könne daher weder seinen Erklärungen noch seinen Berichten irgendwie trauen. Sein zahlreiches Gefolge endlich bestehe aus Menschen ohne Verdienst und ohne Sitten[547]).

Die Klagen über Rohan bilden von nun an ein stehendes Capitel in den Briefen der Kaiserin an Mercy, und fast am meisten schmerzte es sie, daß Joseph und Kaunitz an dem zwar leichtfertigen, aber lebenslustigen, witzigen und unterhaltenden Franzosen Gefallen zu finden schienen. „Der Prinz Rohan", schreibt Maria Theresia dem Grafen Mercy am 18. März 1772[548]), „mißfällt mir mehr und „mehr. Er ist ein sehr schlechtes Subject, ohne Talente, ohne Klug„heit, ohne Sitten, und in wahrhaft unwürdiger Weise bekleidet er „den Charakter eines Ministers und eines Priesters. Der Kaiser liebt „es wirklich, sich mit ihm zu unterhalten, aber nur um ihn Albern„heiten, Geschwätz und Späße sagen zu machen. Kaunitz scheint gleich„falls mit ihm zufrieden zu sein, weil er ihm nicht unbequem ist und „ihm jede Art von Unterwürfigkeit zeigt. Ich will wenigstens in dem „gegenwärtigen Augenblicke nicht seine Abberufung begehren, aber „ich wiederhole Ihnen, daß ich ihn sehr gern recht bald von hier ab„segeln sehen würde."

Der in naher Zukunft zu erwartende Tod des Bischofs von Straßburg erweckte in der Kaiserin die Hoffnung, daß ihr sehnlicher Wunsch, Rohan bald wieder los zu werden, rasch in Erfüllung gehen werde [549]). Aber sie täuschte sich, Monate verflossen und von seiner Rückkehr nach Frankreich verlautete kein Wort. Unbekümmert und ungehindert fuhr er fort, der allmälig etwas grämlicher werdenden Kaiserin Anlaß zu unablässigen Klagen zu geben. Nicht nur für ihn selbst, sondern auch für den damaligen Zustand der vornehmen Gesellschaft in Wien ist es bezeichnend, wenn Maria Theresia schreibt: „Rohan ist immer der Gleiche, aber fast alle unsere Frauen, die jungen „und die alten, die schönen und die häßlichen sind darum nicht „weniger bezaubert von diesem nichtswürdigen Original voll Aus„schweifungen und Unbesonnenheiten. Er scheint sich hier sehr zu ge„fallen, denn er versichert, auch nach dem Tode seines Onkels hier „bleiben zu wollen. Gott wolle es fügen, daß dieß niemals geschehe" [550]).

Hatte Maria Theresia sich Anfangs aus Rücksicht auf ihre Tochter, die Dauphine enthalten, die Abberufung Rohans förmlich zu begehren, so that sie doch endlich diesen Schritt, denn seine Anwesenheit in Wien, wo er sich noch überdieß in eine schmutzige Schmuggelgeschichte verwickelte, wurde ihr von Tag zu Tag unerträglicher. Hiezu gesellte sich nun auch die immer zunehmende Frechheit seines Gefolges, denn das Sprichwort: „Wie der Herr, so der Diener", bewährte sich auch hier. „Man darf", schrieb Maria Theresia am 1. Juli 1773 an Mercy, „auf eine Veränderung in dem Benehmen „des Prinzen Rohan durchaus nicht mehr zählen. Er ist ein unver„besserlicher Mensch, und seine Diener, sehr schlechte Subjecte, gleichen „vollständig ihrem garstigen Herrn; sie verderben mein Volk gerade so „wie ihr Herr den Adel. Ihre Unverschämtheit überschreitet die letzte „Grenze und empört meine Unterthanen, welche schon in die alte Ge„reiztheit gegen die französische Nation verfallen und am Ende leicht „zu Gewaltthaten schreiten könnten. Als er bei einem Feuerwerk im „Prater mit sehr großer Schnelligkeit durch das dort versammelte „Volk fuhr, griff es nach Steinen und bewarf damit sein Gefolge; „nur mit Aufgebot aller Kräfte konnte man es zurückhalten" [551]).

Es ist ein neues Kennzeichen des übermächtigen Einflusses, welchen damals die Mitglieder der vornehmsten französischen Adelsfamilien ausübten, daß selbst die dringendsten Beschwerden der Kaiserin die Zurückberufung Rohans nicht herbeizuführen vermochten. Ganz ungescheut sprach er es aus, er werde von seinen Verwandten, dem Marschall Soubise, der Gräfin Marsan und ihrem Anhange gehalten. Man möge in Wien machen was man wolle, man werde sich seiner nicht entledigen können [552]).

Aber bald zeigte es sich doch, daß Rohan sich in dieser Voraussetzung getäuscht und den Bogen allzu straff gespannt habe. Voll Freude berichtete Mercy im Jänner 1774, daß endlich auch Soubise die Nothwendigkeit der Rückkehr Rohans begreife und um seine Abrufung bitte [553]). Obwohl sich die Richtigkeit dieser Meldung später nicht völlig bestätigte, so gewann doch der Gedanke, Rohan nicht länger in Wien zu lassen, allmälig auch am Hofe von Versailles immer mehr Boden. Aber ausgeführt wurde er doch nicht früher, als bis Ludwig XV. starb und sein Enkel den Thron Frankreichs bestieg.

Bis zum letzten Augenblicke hielt Maria Theresia ihre Behauptung aufrecht, daß Joseph und Kaunitz dem Prinzen Rohan günstig gesinnt seien; der Erstere, weil er ihn belustige, der Letztere aber, weil er sich in Wien keinen bequemeren und unschädlicheren Vertreter Frankreichs zu wünschen vermöge. Und wirklich geschah es, daß nach dem Tode Ludwigs XV. der Staatskanzler die Kaiserin um die Ermächtigung bat, nach Frankreich schreiben zu dürfen, man wünsche Rohan auf seinem bisherigen Posten verbleiben zu sehen [554]). Aber Maria Theresia ließ sich hiezu keineswegs bereit finden; Anfangs suchte sie Ausflüchte, und sie mochten Kaunitz von dem Widerwillen überzeugen, den sie gegen die Gewährung seiner Bitte empfand. Er stand ab von derselben und am 30. Juni 1774 konnte endlich Maria Theresia dem Grafen Mercy über Rohan schreiben: „Gott sei Dank, er nimmt „heute Abschied, ich hoffe für immer" [555]). Aber nicht im Zorne entließ ihn Maria Theresia, und es ist gewiß charakteristisch für sie, daß sie Mercy beauftragte, er möge sich bei dem jungen Könige verwenden, auf daß Rohan irgendwelche Gnadenbezeigung zu Theil werde [556]).

Wenn hier etwas länger bei der Person des Prinzen Rohan verweilt wurde, so geschah es nicht bloß deßhalb, weil seine Entfernung von Wien in jener Zeit einen Gegenstand der wahren Bekümmerniß für Maria Theresia darbot, welcher sie unabläſſig und sogar nach der Abreise Rohans noch in peinlichster Weise beschäftigte [557]). Man gewinnt hiedurch auch einen Einblick in die Erbärmlichkeit der Werkzeuge, deren sich die damalige französische Regierung bediente. Selbst in unglaublichem Grade schwach und verderbt, war dieß auch bei den Personen der Fall, die sie, es mochte um die inneren oder die äußeren Geschäfte sich handeln, zur Besorgung derselben verwendete. Es verstand sich da gewisser Maßen von selbst, daß sie nach beiden Richtungen hin nichts auszurichten vermochte, und daß in dem gleichen Maße, in welchem die inneren Zustände dieses Reiches sich verschlimmerten, auch sein Ansehen nach Außen hin immer tiefer und tiefer sank und seine Stimme, wenn es sich endlich einmal dazu ermannte, dieselbe zu erheben, fast ungehört verhallte.

Vor Allem war dieß in der bedeutsamsten Frage, welche damals Europa beherrschte, der Theilung Polens der Fall. Aber auch in jener anderen Angelegenheit, die mit ihr im innigsten Zusammenhange stand, der Kriegführung zwischen Rußland und der Türkei und ihrer allseitig gewünschten Beendigung durch einen baldigen Frieden mußte man so ziemlich das Gleiche gewahr werden.

Was zunächst Maria Theresia betraf, so weiß man daß sie seit langer Zeit kaum irgend etwas eifriger wünschte, als nicht nur Oesterreich jenem Kriege fern bleiben, sondern denselben überhaupt so rasch als nur immer möglich beendigt zu sehen. „Ich seufze nur nach dem „Frieden“, hatte sie schon im September 1770 an Mercy geschrieben [558]). „Trachten Sie darnach, daß man bei Ihnen ebenso denke. Die guten „Muselmanen sind das Opfer der Aufstachlungen der Herren Fran„zosen; die Pest, die Hungersnoth, Alles ist im Anzuge, und Niemand „wird sich dabei übler befinden als wir.“

Von der gleichen Gesinnung blieb Maria Theresia auch fortan beseelt. Man kennt ihre Mißbilligung der Politik, welche damals von

Wien aus gegen die Türkei beobachtet wurde. Mit Bitterkeit tadelte sie die Ansammlung von Truppen im südlichen Ungarn und die mit der Pforte abgeschlossene Convention. Ihrem hohen und edlen Sinne erschien es demüthigend, sich von der Türkei im Voraus für Dienste bezahlen zu lassen, die man ihr wahrscheinlich niemals zu leisten im Stande und vielleicht auch gar nicht Willens sein werde. Und mit wahrer Entrüstung erfüllte sie der Gedanke, der ihrem Sohne nicht fern lag, man solle irgend einen Anlaß zum Streite mit der Türkei suchen und hiedurch die Gelegenheit herbeiführen, sich auf Kosten eines Staates zu vergrößern, mit welchem man eben erst einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen hatte.

So wie im gewöhnlichen Leben, so war der Kaiserin auch in der Politik jede Doppelzüngigkeit aufs Aeußerste verhaßt. Darum widerstrebte sie auch Allem mit ganz besonderer Hartnäckigkeit, was ihr wie eine Falschheit gegen die Pforte, wie ein Treubruch an ihr vorkam. Joseph hingegen und Kaunitz waren von ganz anderen Anschauungen geleitet. Von unverkennbarem Einflusse auf sie war auch in diesen Dingen das Beispiel des Königs von Preußen. Keinen Augenblick konnten sie im Zweifel darüber sein, daß es, vom Standpunkte politischer Moralität aus betrachtet, eine verwerflichere Handlungsweise nicht gebe als diejenige gewesen, durch welche Friedrich sich Schlesiens bemächtigt hatte. Und doch datirte von dem Zeitpunkte dieses Treubruches und dieser Gewaltthat auch die Erhebung Preußens zu einem europäischen Großstaate. Lag da nicht die Versuchung nahe, eine ähnliche Bahn zu betreten, wie sie König Friedrich mit so vielem Erfolge vor mehr als drei Decennien eingeschlagen hatte? Und konnte man im Vergleiche mit seinem damaligen Verfahren nicht noch die Entschuldigung für sich anführen, daß während er auf nichts Anderes ausging als auf großen, wenngleich gänzlich unberechtigten Gewinn, Oesterreich doch eigentlich nichts suchte als endlich zu irgendwelcher Schadloshaltung für dasjenige zu gelangen, was es dereinst an ihn verlor?

Man wird weder gegen den einen noch den anderen Theil ungerecht erscheinen, wenn man die Anschauung der Kaiserin als die

subjectiv edlere, diejenige Josephs und des Fürsten Kaunitz als die objectiv vortheilhaftere für den Staat bezeichnet. Daß jedoch dieser Zwiespalt der Meinungen gerade so wie in Bezug auf das Verfahren gegen Polen, so auch hinsichtlich dessen gegen die Pforte vorhanden war, gab der Politik Oesterreichs nach beiden Richtungen hin etwas Unsicheres, Schwankendes, das ihr in keiner Weise zum Nutzen gereichte.

Freilich behaupteten zu jener Zeit, wenn die Ansichten der Kaiserin nicht im Einklange waren mit denjenigen ihres Sohnes und des Staatskanzlers, schließlich doch zumeist die letzteren das Feld. Bei der polnischen Theilung war dieß der Fall, und auch in Bezug auf die Haltung Oesterreichs gegen die Pforte muß so ziemlich das Gleiche gesagt werden. Es wurde bereits erwähnt, daß nach Abschluß der Convention vom 6. Juli 1771 von türkischer Seite wirklich der Anfang mit den darin festgesetzten Zahlungen gemacht wurde. Schon am 28. Juli wurde der erste Transport von zweiundfünfzig Geldkisten, in denen zwei Millionen enthalten waren, von Constantinopel nach Belgrad abgesendet, um in Semlin dem österreichischen Grenzcommandanten übergeben zu werden [559]). Und es lag gewiß nur im Rechte der türkischen Staatsmänner, wenn sie nun auch bei dem Kaiserhofe darauf drangen, es möge der neuen Uebereinkunft die zu ihrer vertragsmäßigen Geltung erforderliche Ratification nicht vorenthalten werden [560]).

Thugut war der Meinung, daß wenn gegen die Ausfertigung einer förmlichen, von der Kaiserin selbst zu unterzeichnenden Ratification in Wien irgendwelche Bedenken obwalten sollten, auch die einfache Beantwortung des Schreibens des Kaimakams durch den Staatskanzler genüge. Die Absicht Oesterreichs wäre ihm kundzugeben, auch seinerseits die Bestimmungen der Convention gewissenhaft zu erfüllen.

Es kann nicht gesagt werden, daß man in Wien gleich von vorneherein beabsichtigt habe, die mit der Pforte abgeschlossene Convention nicht förmlich zu ratificiren. Man neigte vielmehr zu dem entgegengesetzten Entschlusse, doch meinte man, Thugut sollte von dem Ratificationsinstrumente nur dann wirklichen Gebrauch machen, wenn

man von türkischer Seite hierauf bestehe oder andere Umstände dieß räthlich erscheinen ließen [561]). Allmälig kam man jedoch von diesem Gedanken wieder ab. Thuguts Andeutungen folgend, begnügte sich Kaunitz, ein Schreiben an den Kaimakam zu richten, in welchem er im Namen der Kaiserin die feierliche Versicherung gab, daß sie den Bestimmungen der Convention und insbesondere des fünften Artikels derselben, welcher sich auf die Zustandebringung eines für die Pforte annehmbaren Friedens bezog, treulich nachkommen werde [562]).

Hiemit gab man sich denn auch, wie Thugut vorhergesagt, von türkischer Seite zufrieden. Die Verhandlungen, welche fortan in Constantinopel unabläßig gepflogen wurden, drehten sich von nun an fast nur mehr um den einzigen Angelpunkt, die Mittel und Wege zu finden, zu einem wo möglich nicht allzu ungünstigen Frieden mit Rußland zu gelangen.

Die Behauptung, die Convention der Pforte mit Oesterreich habe jede Entschließung der türkischen Minister gelähmt [563]), wird wohl leicht als eine grundlose erkannt werden. Ohne diese Uebereinkunft irgendwie in Schutz nehmen zu wollen, kann man doch getrost von ihr sagen, daß sie der Türkei zwar die Unterstützung Oesterreichs zur Erlangung eines erträglichen Friedens versprach, daß sie jedoch die freie Bewegung derselben durchaus nicht hemmte. Und mag man auch bereitwillig zugeben, daß die Pforte von Oesterreichs Beistand mehr erwarten zu dürfen glaubte, als Letzteres zu leisten gedachte, so läßt sich doch keineswegs verkennen, daß es im wohlverstandenen Interesse der Türkei lag, bei den Friedensverhandlungen dem übermüthigen Sieger nicht allein gegenüber zu stehen, sondern an Oesterreich und vielleicht auch an Preußen vermittelnde Mächte zu besitzen, durch deren Dazwischenkunft allzu schroffe Gegensätze gemildert, allzu grelle Widersprüche ausgeglichen werden konnten. Wenn also Kaunitz mit seinen Bemühungen fortfuhr, Oesterreich nicht ausschließen zu lassen von den zu erwartenden Friedensverhandlungen, so erfüllte er einerseits nur seine Pflicht gegen den eigenen Staat. Aber er that doch auch andererseits nichts, was der Pforte irgendwie zum Schaden gereicht hätte. Und es versteht sich wohl von selbst, daß es nicht zum Nachtheil der

Türkei war, sondern ihr nur nützlich sein konnte, wenn Kaunitz ihr den angelegentlichen Rath gab, den Winter hindurch die Kriegsrüstungen nicht zu vernachlässigen, sondern sie nachdrücklich fortzusetzen. Denn nur wenn man in Rußland die Pforte nicht nur zur Fortführung des Krieges entschlossen, sondern sie hiezu auch gerüstet sah, durfte man von türkischer Seite auf die Zugestehung annehmbarer Friedensbedingungen hoffen.

Allerdings gingen auch jetzt wieder, wie es fast immer und überall der Fall war, die Bestrebungen Oesterreichs und Preußens nicht in Eintracht neben einander her, sondern wirkten sich entgegen. Thöricht wäre es zu glauben, daß dem Könige von Preußen die baldige Zustandebringung des Friedens zwischen Rußland und der Pforte noch erwünschter gewesen wäre als der Kaiserin Maria Theresia. Aber ihm lag dagegen nicht viel an der Höhe der Einbuße, welche der Pforte hiebei auferlegt würde. Er verweigerte daher seine Mitwirkung nicht, sie in eine Lage zu bringen, in der sie bei den Friedensverhandlungen Rußland allein gegenüberstünde und ihm, wie man vorherzusehen glaubte, schon von vorneherein auf Gnade und Ungnade preisgegeben wäre.

Dieser Gegensatz der Zielpunkte Oesterreichs und Preußens trat natürlich am lebhaftesten in dem Augenblicke hervor, in welchem Rußland seine Bereitwilligkeit ankündigte, Friedensverhandlungen mit der Pforte, und zwar mit Ausschluß jedes Vermittlers zu eröffnen; Ismail wurde als Congreßort in Vorschlag gebracht. Die Pforte aber erwiederte auf diesen Antrag, sie sei zur Versöhnung mit Rußland geneigt; sie habe jedoch zu diesem Ende schon die Vermittlung Oesterreichs und Preußens in Anspruch genommen. Ohne Vorwissen dieser beiden Mächte und ohne Einverständniß mit ihnen könne sie auf nichts Weiteres eingehen[564]).

So eifrig Thugut sich bemühte, die türkischen Staatsmänner zu standhaftem Beharren auf diesem Entschlusse zu ermuthigen, so rastlos arbeitete Zegelin dahin, sie auf andere Gedanken zu bringen und sie zu bewegen, sich dem Begehren Rußlands zu fügen.

Nichts ist weniger richtig als die Behauptung, der Einfluß Thuguts in Constantinopel sei zu jener Zeit ein übermächtiger gewesen. Die Pfortenminister zeigten ihm vielmehr ganz deutlich die Besorgniß, welche sie hegten, Oesterreich führe bei seinen Ermahnungen zu unerschrockenem Auftreten gegen Rußland eigentlich die Absicht im Schilde, den Krieg zu verlängern, um beide streitende Theile immer mehr geschwächt, sich selbst aber dann im Stande zu sehen, ihnen nach eigener Willkür Gesetze zu dictiren. Darum blieben auch die Vorstellungen Thuguts, man möge keine geheimen Zusammenkünfte mit Zegelin pflegen, vollkommen fruchtlos. Er mußte sich den Pfortenministern gegenüber auf Ertheilung des Rathes beschränken, sie sollten Zegelin erklären, man sei zur Fortführung des Krieges entschlossen, wenn Rußland sich nicht zu billigeren Friedensbedingungen bequeme. Und außerdem würden alle Intriguen, welche darauf abzielten, das befriedigende Einvernehmen zwischen der Türkei und Oesterreich zu stören, jederzeit wirkungslos bleiben [565]).

Hierin lag wahrhaftig nicht das Geringste, was mit dem wahren Interesse der Pforte in irgendwelchem Widerspruche stand. Darum gingen auch ihre Minister leicht auf Thuguts Rathschläge ein. Ihrer Versicherung nach führten sie Zegelin eindringlich zu Gemüth, wie sehr sich seine jetzige Sprache von den Worten unterscheide, deren er im verflossenen Jahre sich bediente. Wie oft habe er damals feierlich betheuert, Preußen werde bei den dereinstigen Friedensverhandlungen Hand in Hand mit Oesterreich der Pforte zur Seite und Rußland gegenüber stehen? Damals, und zwar zu einer Zeit, in welcher Rußland noch bei weitem nicht so unerträgliche Forderungen aufgestellt habe wie jetzt, sei er selbst der Erste gewesen, welcher die Pforte am eifrigsten davor warnte, in einseitige Verhandlungen mit Rußland sich einzulassen. Woher komme es, daß sein König jetzt eine ganz andere Haltung einnehme als dieß früher geschehen sei?

Es lag nur in der Natur der Sache, daß Zegelin hierauf keine befriedigende Antwort zu ertheilen vermochte. Denn den maßgebenden Grund, welcher den König von Preußen zu seiner Handlungsweise bewog, kannte Zegelin wohl selbst nicht; er lag eben in nichts Anderem

als in seinen Abmachungen mit Rußland wegen der polnischen Theilung. Um Rußland in dieser Beziehung willfährig zu stimmen und zu erhalten, machte er sich ihm in anderen Richtungen und insbesondere der Pforte gegenüber dienstbar.

Diejenigen Gründe, durch welche Preußen bestimmt wurde, seine Theilungsprojecte in Constantinopel mit keinem Worte zu erwähnen, schienen Oesterreich zu dem entgegengesetzten Verfahren veranlassen zu sollen. Thugut theilte daher, und zwar im November 1771 den Pfortenministern so ziemlich alles Dasjenige mit, was er selbst über die hierauf bezüglichen Verhandlungen und Verabredungen zwischen Rußland und Preußen wußte. Er nahm auch die Erklärung derselben entgegen, daß die Pforte in eine Theilung Polens niemals willigen werde. Aber er verschwieg doch dem Fürsten Kaunitz seine Besorgniß nicht, wenn etwa Rußland der Pforte als Preis für ihre Zustimmung zur Theilung Polens einen annehmbaren Frieden anbieten würde, könnten all diese Versprechungen leicht in Vergessenheit gerathen[566]).

Daß es Oesterreich in der ersten Zeit, welche dem Abschlusse der Convention mit der Türkei folgte, um die Erfüllung der durch dieselbe übernommenen Verpflichtungen wirklich zu thun war, hat es durch seine eifrigen Bestrebungen, Rußland zur Ermäßigung der von ihm aufgestellten Friedensbedingungen zu bewegen, ausreichend bewiesen. Aber die für die Pforte so ungünstigen Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze und die immer festere Formen annehmenden Abmachungen in Bezug auf Polen veränderten die Lage der Dinge zum Nachtheile für die Türkei. Die ersteren ließen die Fortsetzung der Kriegführung von Tag zu Tag hoffnungsloser erscheinen. Die letzteren aber brachten die Wirkung hervor, daß nach und nach auch Oesterreich eine ganz andere Haltung aufgedrängt wurde. Je mehr Boden in Wien der Gedanke gewann, sich in gütlichem Einvernehmen mit Rußland und Preußen an den von diesen Mächten beabsichtigten Erwerbungen fremden Gebietes gleichfalls zu betheiligen, desto mehr mußte Oesterreich auf die Seite dieser Mächte gezogen und dadurch in eine veränderte Stellung zu der Türkei gebracht werden.

Das erste Anzeichen der in der Politik Oesterreichs gegen die Türkei eintretenden Schwenkung lag wohl in dem Auftrage, welchen Kaunitz in der zweiten Hälfte des Monats Jänner 1772 dem Internuntius Thugut ertheilte, der Pforte den vorläufigen Abschluß eines Waffenstillstandes und die Berufung eines Friedenscongresses annehmbar zu machen. Er sollte ihr ganz offen erklären, ihre eigene schlechte Kriegführung sei der hauptsächlichste Nöthigungsgrund hiezu. Außerdem wisse man jetzt mit Bestimmtheit, daß der König von Preußen sich in St. Petersburg verpflichtet habe, Oesterreich mit Krieg zu überziehen, wenn es gegen Rußland die Waffen ergreife. In Böhmen herrsche Hungersnoth, in den übrigen österreichischen Erbländern wenigstens Mangel an Getreide, so daß mehrere Millionen Gulden zu dessen Ankauf verwendet werden müßten. Endlich habe die Pforte die festgesetzten Zahlungstermine nicht eingehalten, so daß der Kaiserhof sich schon in wirklicher Verlegenheit befinde. Da nun Rußland und Preußen darauf bedacht seien, ihre Waffen gemeinschaftlich gegen Oesterreich zu kehren, so würde es mit den gewöhnlichsten Regeln der Klugheit sich nicht vereinigen lassen, wenn man die frühere drohende Sprache auch jetzt noch fortführen und dadurch zum Ausbruche des Krieges mit jenen Mächten vielleicht den ersten Anlaß geben wollte.

Indem er zum Abschlusse des Waffenstillstandes und zur Berufung eines Friedenscongresses rieth, hegte Kaunitz jedoch natürlicher Weise noch fortwährend den Wunsch, daß Oesterreich von den zu eröffnenden Verhandlungen nicht ausgeschlossen werde. Er ließ der Pforte die Versicherung erneuern, man werde bei denselben ihren Vertretern hülfreich zur Seite stehen [567]).

Noch ehe dieses Rescript des Fürsten Kaunitz bei Thugut eintraf, hatten ihm die Pfortenminister eröffnet, daß in der bedrängten Lage, in welcher die Türkei sich befinde, auch ihnen der baldigste Abschluß eines Waffenstillstandes nur äußerst willkommen sein könnte [568]). Ja sie willigten hierauf auch in Thuguts Begehren, demzufolge die vorläufige Verabredung hiezu nicht direct mit den Russen, sondern durch die Vermittlung Thuguts und Zegelins bei dem Befehlshaber der russischen Armee, dem Marschall Rumanzow herbeigeführt werde. Da

jedoch Zegelin diesem Antrage mit Heftigkeit widersprach und neuerdings darauf drang, daß Rußlands Verlangen nach unmittelbarer Verhandlung mit der Pforte willfahrt werde, meinte Thugut die Wahrnehmung zu machen, daß dieß auch den innerlichen Wünschen der türkischen Staatsmänner besser entspreche [569]). Und es zeigte sich binnen Kurzem, daß dem wirklich so war. Durch einen Courier des preußischen Gesandten in St. Petersburg, Grafen Solms kam an Zegelin die Nachricht, daß die Kaiserin von Rußland den Letzteren bevollmächtige, der Pforte zu erklären, das frühere Begehren Rußlands um Abtrennung der Moldau und der Walachei von der Türkei sei fallen gelassen worden, wogegen sie auf der Freigebung der Tartaren auch noch fortan bestehen müsse. Unverzüglich möge der Waffenstillstand zu Stande gebracht und dann so bald als nur immer möglich der Friedenscongreß eröffnet werden. Graf Gregor Orlow sei zum ersten, Obrescow aber zum zweiten Bevollmächtigten Rußlands ernannt und Ismail zum Congreßort bestimmt worden.

Indem er diese Mittheilung an die Pforte gelangen ließ, gab ihr Zegelin nicht undeutlich zu verstehen, daß wenn sie nur rasch auf die Begehren Rußlands wegen des Waffenstillstandes und des Friedenscongresses eingienge, hinsichtlich des Punktes, der sich auf die Freigebung der Tartaren bezog, wohl noch Rath geschafft werden könnte. Die Betheiligung Oesterreichs an jenen Verhandlungen werde jedoch der Pforte jederzeit nur zu äußerstem Nachtheil und nie zu irgendwelchem Nutzen gereichen. Denn Rußlands Erbitterung gegen den Wiener Hof lasse vorhersehen, daß es sich gegen dessen Anträge gewiß nur ablehnend und zurückweisend verhalten werde. Von einer Einmengung Oesterreichs sei also zum mindesten nichts als eine Verzögerung und Erschwerung des Friedenswerkes zu erwarten. Und Zegelins Bemühungen wurden noch außerdem durch den englischen Botschafter in Constantinopel, Herrn Murray nachdrücklich unterstützt [570]).

Allerdings konnte Thugut, indem er diese Meldung erstattete, gleichzeitig anzeigen, daß die Pforte auch jetzt noch an ihrem früheren Gedanken festhalte, sich nicht unmittelbar, sondern nur durch ihn und Zegelin mit Rumanzow in Verbindung zu setzen. Aber bald berichtete

er nach Wien, daß dem Großwesir der Befehl und die Vollmacht zugesendet worden seien, den Waffenstillstand durch unmittelbare Correspondenz mit Rumanzow zu Stande zu bringen. Auch an dem baldigen Zusammentreten russischer und türkischer Commissäre sei nicht zu zweifeln. Er gehe auf nichts anderes mehr aus, als Oesterreich die ihm gebührende Theilnahme an dem Friedensgeschäfte zu sichern [571]).

Während jedoch die Verhandlungen zur Herbeiführung eines Waffenstillstandes zwischen Rußland und der Türkei sich in schläfrigster Weise noch Monate lang hinzogen, arbeiteten die drei Mächte mit ungleich größerem Eifer an ihren Verabredungen über die polnische Theilung. Nachdem man in Wien den Beschluß gefaßt hatte, in dieser Beziehung gemeinsame Sache mit Preußen und Rußland zu machen, erschien es geradezu unmöglich, ihnen wie bisher in den türkischen Angelegenheiten entgegen zu wirken.

Keine ganz leichte Aufgabe war es für Kaunitz, den richtigen Weg zu finden, um die Pforte, ohne sie aufs Aeußerste zu verletzen, von der Veränderung in der bisherigen Haltung des Kaiserhofes zu unterrichten und ihr die Beweggründe hiezu in nicht allzu ungünstigem Lichte erscheinen zu machen. In der ersten Hälfte des April 1772 ließ sich die Nothwendigkeit, der Pforte die erforderlichen Aufklärungen zu geben, nicht länger umgehen. Auch jetzt begann Kaunitz seine Auseinandersetzungen mit einer ziemlich weit ausholenden Rechtfertigung seines bisherigen Verfahrens. Oesterreich habe in seiner Convention mit der Pforte keine andere Verpflichtung als die Alternative auf sich genommen, ihr entweder auf dem Wege der Verhandlungen oder durch gewaffneten Beistand zu einem anständigen Frieden zu verhelfen. Fast im Uebermaße habe man sich bemüht, diese Zusagen treulich zu erfüllen. Mit sehr beträchtlichen Kosten seien Truppen aus den Niederlanden und aus Italien herbeigezogen, verschiedene Regimenter auf Kriegsfuß gesetzt, Pferde und Geschütz angeschafft und viele andere Kriegsanstalten vorgekehrt worden; außerdem habe man gegen Preußen und Rußland eine entschlossene, ja eine drohende Sprache geführt und hiedurch erreicht, daß Rußland sich auf den Ausbruch eines Krieges mit Oesterreich ernstlich gefaßt machte. Endlich sei Rußland durch diese

Maßregeln Oesterreichs so weit gebracht worden, daß es von der beabsichtigten Losreißung der Donaufürstenthümer von der Türkei abstand und zu einem Waffenstillstande die Hand bot. Unmöglich hätte man die Dinge noch mehr auf die Spitze treiben können; ja es sei sehr an der Zeit gewesen, gelindere Saiten aufzuziehen, wenn man nicht das Haus Oesterreich der höchsten Gefahr preisgeben wollte.

Nichts habe man verabsäumt, um dem Könige von Preußen begreiflich zu machen, wie sehr das übermäßige Anwachsen Rußlands auch ihn bedrohe. Wäre es möglich gewesen, ihn zur Rolle eines ruhigen Zuschauers zu bewegen, so würde Oesterreich kein Bedenken getragen haben, gegen Rußland allein sogar zu den Waffen zu greifen, um der Pforte einen billigen Frieden zu verschaffen. Aber niemals habe man in Wien daran denken können, sich um der Türkei willen nicht nur in einen Krieg mit Rußland, sondern auch in einen solchen mit Preußen zu stürzen und sowohl die augenscheinliche Gefahr dieses Wagnisses zu bestehen, als auch dessen übergroße Kosten zu tragen. Denn die Pforte habe nicht einmal die in der Convention festgesetzten Zahlungen geleistet, und noch viel weniger die durch einen Krieg verursachten außerordentlichen Ausgaben von sechsunddreißig Millionen Gulden jährlich zu übernehmen und zu vergüten sich anheischig machen wollen. Außerdem würden die schlechte Haltung des türkischen Heeres, der ungünstige Schluß des letzten Feldzuges, der in Oesterreich herrschende Mangel an Getreide den Kaiserhof vor Gott und der Welt berechtigen, sogar von einem wirklichen Hülfsversprechen, umsomehr also von einer nur alternativ eingerichteten Zusage wieder zurücktreten. Denn eine Kriegserklärung Oesterreichs gegen Rußland würde unter den gegebenen Verhältnissen selbst der Pforte nicht zum Vortheil oder zur Erleichterung gereichen, sondern nur ihre eigene Gefahr noch vergrößern.

Sobald nun von österreichischer Seite an keinen Krieg zu denken und Alles erschöpft war, was im Wege der Verhandlung nur immer geschehen konnte, sei nichts Anderes übrig geblieben, als eine gelindere Sprache zu führen und die Aufmerksamkeit Rußlands und Preußens anderswohin zu lenken. Man habe nie ein Geheimniß daraus gemacht, daß man immer darauf ausging, die Vergrößerung der Nachbarmächte

zu hintertreiben und hiedurch der Gefahr zu begegnen, welche daraus für Oesterreich entstehen könnte. Noch heute würde man mit sehr großer Freude auf alle Vortheile in Polen oder anderwärts verzichten, wenn ein Gleiches von den zwei anderen Mächten erwartet werden könnte. Man habe dieß auch in Warschau und in St. Petersburg ganz offen erklärt, von dem russischen Hofe jedoch die unwillkommene Antwort empfangen, daß an dessen Abmachungen mit Preußen nichts mehr geändert werden könne. Da sich hieraus unzweifelhaft ergab, daß beide Mächte entschlossen seien, ihre Vergrößerungsabsichten in Polen auch ohne die Theilnahme Oesterreichs ins Werk zu setzen, so wäre es nicht nur für das politische Gleichgewicht zwischen den einzelnen Staaten, sondern sogar für die Pforte sehr nachtheilig gewesen, wenn Oesterreich noch länger gezögert hätte, auf die Absichten Rußlands und Preußens in Bezug auf Polen auch seinerseits einzugehen und seine alten Rechtsansprüche ebenfalls geltend zu machen.

Was sich in der Convention mit der Türkei auf Polen beziehe, könne auf die gegenwärtigen Umstände umsoweniger Anwendung finden, als sie ja keineswegs bezwecken, den Ansprüchen Oesterreichs auf polnische Districte Eintrag zu thun. Außerdem würde die Pforte selbst nicht ihre Rechnung dabei finden, und endlich habe sie durch Nichteinhaltung der Zahlungstermine zuerst der Convention zuwidergehandelt.

Nach ziemlich weit ausgesponnenen Betrachtungen über die Handlungsweise und die Zielpunkte der bei diesen Angelegenheiten zunächst betheiligten Mächte kommt endlich Kaunitz dazu, Thugut die Grundsätze anzudeuten, nach denen er seine Erklärungen und sein Benehmen gegen die Pforte einzurichten habe. Vor Allem müsse man, ließ der Staatskanzler sich vernehmen, auf die Aufrechthaltung des politischen Gleichgewichtes, die Sicherheit des Hauses Oesterreich und die Wiederherstellung der allgemeinen Ruhe sein Augenmerk richten. Jeder noch so blendende Vortheil, welcher diesen Grundsätzen widerspräche, müßte somit als eine wahre Verkürzung des österreichischen Staatsinteresses angesehen werden. Da ein Krieg mit Rußland und mit Preußen das bei weitem nachtheiligste für Oesterreich wäre, so bleibe kein anderer Weg als der einer klug und vorsichtig geführten Verhandlung übrig,

um der Pforte zu einem annehmbaren Frieden zu verhelfen. Jedoch stelle es sich sowohl für Oesterreich als für die Türkei als höchst wünschenswerth dar, auch in Zukunft im besten Einvernehmen mit einander zu leben und sich gegenseitig vollstes Vertrauen zu zeigen. Würde sich dagegen die Pforte zu Schritten verleiten lassen, aus denen sich von ihrer Seite Abneigung gegen Oesterreich und Undank für dessen bisherige und gewiß aufrichtig gemeinte Verwendung erkennen ließe, dann würden Recht, Billigkeit und die Pflicht der Selbsterhaltung den Kaiserhof nöthigen, die günstige Gelegenheit zur Demüthigung eines so gefährlichen Nachbars nicht unbenützt vorübergehen zu lassen.

Thugut wurde schließlich beauftragt, der Pforte gegenüber eine offene und freimüthige Sprache zu führen und vor Allem vollständige Klarheit darüber zu erlangen, was man sich von ihr mit einiger Sicherheit zu versprechen vermöge. Er solle daher den türkischen Staatsmännern durchaus nicht verhehlen, daß die Türkei nicht auf Oesterreichs gewaffneten Beistand, sondern nur auf dessen aufrichtige Unterstützung im Wege der Verhandlungen zählen dürfe. Von den Verabredungen, die man mit Rußland und Preußen in Bezug auf die Gebietserwerbungen in Polen getroffen habe, sei der Pforte Kenntniß zu geben und ihr klar zu machen, daß Oesterreich diesen Entschluß, ohne sich selbst und auch ihr großen Nachtheil zuzufügen, nicht habe vermeiden können. Da man sich von Preußen mit voller Bestimmtheit und von Frankreich mit sehr großer Wahrscheinlichkeit darauf gefaßt zu machen habe, daß sie bei der Pforte alles Mögliche anwenden würden, um sie gegen Oesterreich argwöhnisch zu machen und aufzureizen, so müsse dem so viel als nur immer möglich vorgebeugt werden. Zu diesem Ende habe man sich wiederholt der beiden ganz unwiderleglichen Betrachtungen zu bedienen: Wenn Oesterreich nicht aufrichtig gegen die Pforte zu Werke gienge und die übernommenen Verpflichtungen nicht zu erfüllen gedächte, dann würde es seine Waffen schon längst mit denen Rußlands vereinigt haben. Auch hätten die Höfe von Berlin und St. Petersburg dann gewiß keine so große Unzufriedenheit mit der bisherigen Haltung Oesterreichs gezeigt, wie es doch thatsächlich geschehen sei.

Um die türkischen Minister schon jetzt darauf vorzubereiten, daß sie während der Dauer des Congresses an die Vermittlung Thuguts nicht allzu große Anforderungen stellen und sich durch deren etwaige Ablehnung nicht zu Vorwürfen verleiten lassen sollten, wäre ihnen im Voraus zu erklären, daß Thugut unter den jetzt so veränderten Umständen keine andere als eine gemäßigte Sprache gegen die russischen Bevollmächtigten zu führen vermöge. Außerdem hätten die „guten Dienste", welche Oesterreich angeboten, die Voraussetzung völliger Unparteilichkeit zur Grundlage. Aber gleichwohl habe er die Versicherung beizufügen, daß er zwar den äußeren Schein einer Parteinahme sorgfältig vermeiden, jedoch in der Wirklichkeit alles Mögliche anwenden werde, die Pforte zu begünstigen und ihr zu den besten Friedensbedingungen zu verhelfen.

Was aber vor Allem eine deutliche Sprache und zuverlässige Erklärung fordere, sei die an die Pforte zu richtende Frage, ob und wie weit sie sich noch zur Erfüllung der mit ihr bestehenden Convention verpflichtet erkenne. Hierüber in Ungewißheit zu bleiben, wäre das Nachtheiligste für Oesterreich, indem die Pforte nur den Augenblick abzuwarten brauchte, in welchem sie sich Rußland gegenüber aus aller Verlegenheit gezogen haben würde, um sodann unter dem Vorwande, Oesterreich habe die Bedingungen der Convention nicht erfüllt, ihre eigenen Zusagen für ungültig zu erklären. Thugut habe ihr daher zu eröffnen, daß wenn sie es wünsche, der Wiener Hof bereit sei, die Convention gänzlich aufzuheben und ihr die hierüber ausgestellten Urkunden zurückzugeben. Ja er würde sogar die bisher empfangenen Summen zurückzahlen, wenn sie nicht durch die Ausgaben für die im Interesse der Pforte gemachten Rüstungen weit überstiegen würden [572]).

Er sehe ein, fügte Kaunitz in einem späteren Rescripte hinzu, daß es eine sehr schwere und unangenehme Sache sei, nicht nur plötzlich die Sprache und das bisher beobachtete System zu ändern, sondern noch überdieß mit hoffärtigen, falschen und Oesterreich abgeneigten Ministern gleich den türkischen, und schließlich auch noch mit dem preußischen Gesandten zu thun zu haben. Man hege aber zu Thuguts Einsicht und kluger Standhaftigkeit das vollste Vertrauen, daß er sich

durch die Größe der Schwierigkeiten nicht einschüchtern lassen, sondern sowohl dem türkischen Ministerium als Zegelin gehörig zu begegnen wissen werde [573]).

In der Nacht vom 8. auf den 9. Mai [574]) 1772 fand Thuguts geheime Zusammenkunft mit den Pfortenministern statt. Es war natürlich, daß seine Mittheilungen den Männern nicht willkommen sein konnten, welche seit geraumer Zeit sich gewöhnt hatten, die Sicherheit ihres Lebens mit dem Ausgange der Convention in einen gewissen Zusammenhang zu bringen. Aber gar so niederschmetternd, wie dieß wohl behauptet worden ist [575]), scheint der Eindruck der Erklärungen Thuguts auf die Pfortenminister denn doch nicht gewesen zu sein. Es zeigte sich vielmehr, daß sie an denselben, insofern sie auf die polnische Theilung sich bezogen, durchaus kein sehr hochgespanntes Interesse nahmen. Man durfte erwarten, daß sie den hierauf bezüglichen Abmachungen keinen sonderlichen Widerstand entgegensetzen würden, wenn nur Hoffnung vorhanden wäre, dem Kriege mit Rußland ohne allzu demüthigende und verderbliche Friedensbedingungen ein Ende zu machen [576]).

Die Pfortenminister beschlossen ihre erste Unterredung mit Thugut, indem sie ihm versprachen, ihm die definitive Antwort ihrer Regierung auf seine Eröffnungen schleunigst bekanntgeben zu wollen. Aber trotz der Bemühungen Thuguts, diese Mittheilungen bald zu erhalten, ließen dieselben doch noch recht lang auf sich warten. Erst nachdem fast ein Monat seit jener Besprechung verflossen war, wurde er für die Nacht vom 6. auf den 7. Juni zu einer neuerlichen Zusammentretung mit den Pfortenministern entboten. In derselben erklärten sie, der Sultan habe mit um so schmerzlicherer Betrübniß ihren Bericht über die Eröffnungen Thuguts entgegengenommen, als Oesterreichs Beistand bisher die Grundlage all seiner Hoffnungen gewesen sei. Dennoch komme es ihm nicht in den Sinn, dem Kaiserhofe Unmögliches zumuthen oder ihm bei Beurtheilung seiner eigenen Verhältnisse vorgreifen zu wollen. Da nun die letzteren es dem Wiener Hofe unthunlich erscheinen ließen, die Waffen gegen Rußland zu ergreifen oder ernstere Mittel als bisher anzuwenden, so ziehe der

Sultan es vor, freiwillig auf alle Vortheile zu verzichten, die für ihn aus der Convention hervorgehen könnten. Von der Güte des Kaisers und der Kaiserin erwarte er jedoch, daß wenn sie auch die Bestimmungen der geheimen Convention nicht mit Gewalt durchzusetzen vermöchten, sie gleichwohl bemüht sein würden, die Erreichung derselben Zwecke im Wege gütlicher Verhandlung mit Rußland zu fördern. Wenn durch die Mitwirkung Oesterreichs bei dem Congresse ein Friede erreicht würde, durch welchen sowohl die Donaufürstenthümer als die Tartaren unter die Botmäßigkeit der Pforte zurückkehrten und auch sonst noch dem fünften Artikel der geheimen Convention ein Genüge geschähe, so würde der Sultan auch deren übrigen Inhalt für sich noch als rechtsverbindlich ansehen und ihre Bedingungen gewissenhaft erfüllen. Wäre jedoch Rußland zu einem solchen Frieden nicht zu bewegen, dann wäre auch die Frage der Gültigkeit der Convention von selbst, und zwar negativ entschieden. Sie wäre dann als vollständig aufgehoben, und zwar so anzusehen, als ob sie niemals existirt hätte. Jedoch auch in diesem Falle würde der Sultan die bereits bezahlten drei Millionen Piaster keineswegs zurückfordern, sondern sie als eine Beisteuer zu den zu seinen eigenen Gunsten gemachten Ausgaben dem Kaiserhofe bereitwillig belassen. Uebrigens könne das, was hinsichtlich der Convention vorgefallen sei, keinem der zwei Betheiligten zu irgendwelchem Vorwurfe gereichen. Aufrichtig wünsche daher der Sultan, auch fernerhin mit dem Kaiserhofe in bestem Einvernehmen zu stehen. Dankbar erkenne er dasjenige, was derselbe bisher für ihn gethan habe; die etwaige Unmöglichkeit, in dieser Richtung noch weiter zu gehen, würde er der unwiderstehlichen Fügung der Vorsehung zuschreiben.

Nachdem im Laufe der Welt, setzte der Reis Efendi hinzu, oft die unerwartetsten Ereignisse einträten, so wolle der Sultan noch erklärt haben, daß wenn Oesterreich etwa doch noch mit Rußland, und vielleicht sogar auch noch mit Preußen in Krieg geriethe, es jederzeit an ihm einen treuen Bundesgenossen finden solle. Er würde nicht nur die auf Grundlage der Convention noch rückständigen sieben Millionen Piaster allsogleich bezahlen, sondern nach Maßgabe seiner

eigenen Kräfte durch Entrichtung fernerer Geldsummen Oesterreich beistehen [577]).

In Wien war man ebensowohl mit der Art und Weise, in welcher Thugut den ihm ertheilten Auftrag vollzogen hatte, als mit den Erklärungen der Pforte ungemein zufrieden. „Ganz vernünftig, „freundschaftlich, anständig, wohl überdacht", werden die letzteren von dem Fürsten Kaunitz genannt. Und er versäumt nicht hinzuzufügen, Oesterreich werde zu Gunsten der Türkei gewiß Alles dasjenige thun, was ihm durch das auf beiden Seiten geschehene Anerbieten seiner guten Dienste nur immer gestattet sei. Er hoffe somit, Thugut werde es durch seine Anwesenheit bei den Friedensverhandlungen dahin bringen, daß man sich von keiner Seite gegen Oesterreich beschweren und das ihm Zugesagte wieder in Frage stellen könnte [578]).

Kaunitz sandte dieses Rescript nicht nach Constantinopel, sondern durch Vermittlung des Statthalters in Siebenbürgen, Grafen Auersperg nach Fokschan, wohin sich Thugut, nachdem endlich der Waffenstillstand zwischen Rußland und der Pforte zu Stande gekommen war, zur Theilnahme an den Friedensverhandlungen begeben hatte. Aber er mußte dort vor Allem die Erklärung der Bevollmächtigten Rußlands entgegennehmen, sie könnten weder ihn noch den preußischen Gesandten Zegelin zu den Verhandlungen zulassen. Nur Vertreter von Mächten, deren Friedensvermittlung von den kriegführenden Staaten angenommen wurde, könnten solches für sich begehren. Die bloße Zusicherung guter Dienste, wie sie von Oesterreich und Preußen angeboten worden, verleihe hierauf noch durchaus keinen Anspruch.

Es wurde irriger Weise behauptet, Thugut sei im Bewußtsein seines Rechtes von dieser unverhofften Erklärung sehr unangenehm berührt worden [579]). Unverhofft war sie ihm allerdings, aber er sagt ganz deutlich, daß ihm bei der inzwischen eingetretenen Veränderung der Sachlage dieser Vorfall von keiner Erheblichkeit zu sein scheine. Er habe sich daher auch sorgfältig gehütet, ein allzu großes Verlangen zu zeigen, sich gegen den Willen Rußlands in die Conferenz einzudrängen [580]).

Auch jetzt stimmte Kaunitz den Anschauungen Thuguts vollständig bei und zollte seiner Haltung das wärmste Lob. Es wäre wohl wünschenswerth gewesen, antwortete ihm der Staatskanzler, daß die russischen Friedensbotschafter seinen freundschaftlichen Vorstellungen Folge gegeben und ihn und Zegelin zu den Verhandlungen zugelassen hätten. Aber bei näherer Erwägung aller Umstände bleibe kein Zweifel übrig, daß Oesterreich und Preußen zu einer solchen Forderung kein Recht hätten. Und außerdem sei es Rußland nicht im mindesten zu verargen, daß es bei seiner von allem Anfange an gleichmäßig geführten Sprache unerschütterlich beharre und fortan erkläre, ohne Wortbruch gegen England könne es keiner anderen Friedensvermittlung Raum geben. Zwischen einer solchen und guten Diensten wäre ja gar kein wesentlicher Unterschied mehr wahrnehmbar gewesen, wenn Thugut und Zegelin wirklich die Befugniß zugestanden worden wäre, Theil an den Conferenzen zu nehmen [581]).

Der entscheidende Beweggrund, weßhalb man von Wien aus jeden Anlaß zu irgend einem Conflicte mit Rußland aus dem Wege geräumt wissen wollte, lag übrigens darin, daß soeben der Vertrag zwischen den drei Mächten über die polnische Theilung zum Abschlusse gebracht worden war. Den Verpflichtungen gegen die Pforte hatte man nachzukommen geglaubt, indem man die Zusage Rußlands erwirkte, bei den Friedensverhandlungen auf der Loslösung der Donaufürstenthümer von der Türkei nicht mehr zu bestehen. Andererseits waren jedoch, wie Kaunitz jetzt an Thugut schrieb, für Oesterreich höchst wichtige Motive vorhanden, sich Rußland so geneigt und willfährig zu zeigen, als dieß mit den Rücksichten, die man der Pforte schuldete, nur immer vereinbar erschien. Die neue Gebietserwerbung war ungemein beträchtlich, der früheren Verlegenheit aber, entweder in einen verderblichen Krieg zu gerathen oder der ansehnlichen Vergrößerung der Nachbarmächte unthätig zuzusehen, in vortheilhaftester Weise gesteuert. Rußland habe sich, fuhr Kaunitz fort, auf das anständigste gegen Oesterreich benommen. Den Frieden, nach welchem es sich sehne, könne man weder dem österreichischen Staatsinteresse direct zuwiderlaufend, noch nach Maßgabe der von Rußland gemachten

Eroberungen unbillig, noch endlich für die Pforte allzu beschwerlich nennen. Denn sie könne nicht hoffen, nicht nur allen ferneren Verlust abzuwenden, sondern auch die eingebüßten Länder wieder zu erobern, in denen die Russen einen Vertheidigungskrieg leicht noch viele Jahre hindurch fortzuführen vermöchten.

Bei längerer Fortdauer des Krieges könnten sich übrigens Zufälle ereignen, welche Oesterreich zwar kaum in denselben verflechten, aber es doch in Verlegenheit bringen würden. Insbesondere würde letzteres der Fall sein, wenn die Türkei entweder noch länger in der Gefahr eines völligen Unterganges bliebe oder durch die Noth sich gezwungen sähe, sich zu ermannen und ihre Kriegsverfassung zu verbessern, wodurch sie all ihren Nachbarn gefahrdrohend werden könnte. Daher seien für Oesterreich nach wie vor die triftigsten Ursachen zu eifriger Förderung des Friedens vorhanden [582]).

In denselben Tagen, in denen Kaunitz diese Aufträge an Thugut erließ, und somit lang bevor sie in dessen Hände gelangten, war der Friedenscongreß zu Fokschan unverrichteter Dinge wieder aufgelöst worden. Die Forderung der Russen, welche sich auf die Freigebung der Tartaren bezog, hatte hiezu den Anlaß geboten. Rußland wollte von derselben nicht abstehen, die Türkei sie nicht zugeben; man schien also beiderseits die Entscheidung noch einmal den Waffen anheimstellen zu wollen.

Trotz des Widerstreites, der zwischen ihren gegenseitigen Begehren obwaltete, waren doch beide Regierungen nicht damit zufrieden, daß man es zu Fokschan gleich auf das Aeußerste ankommen ließ und die Friedensverhandlungen abbrach. Insbesondere war es Rußland, welches das Verfahren seines ersten Botschafters Gregor Orlow mißbilligte. Es bot nicht nur die Hand zur Verlängerung des Waffenstillstandes, sondern es ließ gleichzeitig dem Großwesir mittheilen, daß es die Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen wünsche; ja es richtete sogar an Oesterreich das angelegentliche Begehren, in diesem Sinne zu Constantinopel thätig zu sein. Allsogleich erhielt Thugut den hiezu erforderlichen Befehl [583]), und selbst Panin schrieb es dessen

Bemühungen zu, wenn sich die Pforte hiezu schon binnen kürzester Frist bereitfinden ließ [584]). Am 20. November wurden die Verhandlungen zu Bukarest wieder eröffnet.

Dem Wiener Hofe war es ganz recht, daß jetzt weder Rußland noch die Pforte sich neuerdings um die Anwendung seiner guten Dienste bewarben. Denn bei seiner bedenklichen Stellung zwischen den zwei Mächten, von denen jede ein gewisses Anrecht auf seine Unterstützung zu besitzen vermeinte, lag die Gefahr ganz außerordentlich nahe, daß man sich mit der einen oder der anderen, ja vielleicht sogar mit beiden verfeinde [585]). Und darum zog man es auch vor, Thugut nicht wieder am Congreßorte, sondern ihn fortan in Constantinopel, wohin er von Fokschan zurückgekehrt war, verweilen zu lassen.

Wie Thugut berichtete, lag die Ursache, weßhalb die Pfortenminister die guten Dienste Oesterreichs nicht mehr verlangten, zunächst in dem Umstande, daß sie es in diesem Falle unmöglich hätten vermeiden können, sich mit dem gleichen Begehren auch an den preußischen Gesandten zu wenden. Zegelins auffallende Parteilichkeit für Rußland und seine Gehässigkeit gegen die Pforte ließen es jedoch der letzteren in hohem Grade wünschenswerth erscheinen, ihn fern zu halten von den noch zu pflegenden Verhandlungen [586]). Und wirklich war es Zegelin, der noch vor Wiedereröffnung derselben die abgeänderten Forderungen Rußlands in Constantinopel vorbrachte und mit Ungestüm auf deren Annahme drang [587]).

Sie bestanden zunächst darin, daß Rußland allerdings das Oberhoheitsrecht der Pforte über die Krim nicht mehr vollständig zu beseitigen begehrte. Es erklärte auch Bender den Türken zurückgeben zu wollen, aber es wünschte hingegen die beiden Festungen Kertsch und Jenikale in der Krim zu behalten.

Obgleich der Sultan diese Forderungen allsogleich und in kategorischer Weise zurückwies, so bildeten sie doch, von Rußland aufrecht erhalten, fortan den Zankapfel bei den Friedensverhandlungen. Denn ebenso unbeugsam waren die Türken in der Ablehnung als die Russen in der Erneuerung ihrer Begehren. Die letzteren nahmen, um endlich

zu einem Abschlusse zu gelangen, die guten Dienste Oesterreichs nochmals in Anspruch. Kaunitz war allsogleich bereit, ihrem Verlangen zu willfahren. Er legte den Entwurf der Rescripte, welche zu diesem Ende an Thugut ergehen sollten, der Kaiserin zur Genehmigung vor. Und Maria Theresia billigte deren Inhalt, nicht ohne auch jetzt wieder den Staatskanzler in den schmeichelhaftesten Ausdrücken ihres stets sich gleichbleibenden Vertrauens zu versichern [588]).

Bemerkenswerth ist es, daß diese Befehle an Thugut abgesendet wurden, ohne daß Joseph zuvor von ihnen Kenntniß erlangt hatte. Wahrscheinlich geschah dieß, weil sowohl Maria Theresia als Kaunitz wußten, wie wenig der Kaiser ihre Ansicht theilte, derzufolge die baldige Zustandebringung des Friedens zwischen Rußland und Preußen auch im österreichischen Interesse gelegen sei. Aber anders verhielt es sich mit einem Gedanken, welchen Kaunitz gleichzeitig in Anregung brachte und hinsichtlich dessen weder er selbst noch die Kaiserin es jemals auf sich genommen hätten, ohne Vorwissen und ohne frühere Zustimmung Josephs auf fernere Schritte sich einzulassen.

Obgleich die im Jahre 1771 mit der Türkei abgeschlossene Convention durch die seither veränderten Umstände hinfällig geworden war, so hatte doch Kaunitz den Endzweck, den er durch dieselbe vornehmlich erreichen wollte, die friedliche Erwerbung der kleinen Walachei keineswegs aus den Augen verloren. Er schlug nun vor, der Pforte eine sehr beträchtliche Geldsumme, die sich im äußersten Falle auf fünf bis sechs Millionen Gulden belaufen könnte, zu dem Ende anzubieten, daß sie sich durch dieselbe billigere Friedensbedingungen bei Rußland erkaufen sollte; sie hätte dagegen die kleine Walachei an Oesterreich abzutreten.

Es wird nirgends mit voller Bestimmtheit ersichtlich, wie Maria Theresia persönlich über diesen Vorschlag dachte; von der Anschauung Josephs aber sind wir durch seine eigenhändigen Aufzeichnungen unterrichtet. „Ich habe soeben", antwortete er seiner Mutter, „das Papier, „das Sie mir zu übersenden geruhten, mit Aufmerksamkeit gelesen; „meine Einbildungskraft bietet mir Vieles dar, was darüber zu sagen

„wäre. Traurig ist es, daß man erst im letzten Augenblicke daran „denkt, in welchem die Sachen schon vorbereitet sein sollten. Vor „Allem müßte man von dem Finanzdepartement wissen, welche Un- „gelegenheit eine Anleihe von sechs Millionen verursachen würde, „ebenso für den Credit als für die dreimalhunderttausend Gulden, „welche die Interessen sammt dem Amortisationsfonde jährlich erfor- „dern würden; ob man sie aus dieser neuen Provinz ziehen könne, und „wie hoch ihr politischer und militärischer Werth zu veranschlagen sei. „Bruckenthal ist der einzige Mann, welcher hierüber einige Auf- „klärungen zu geben vermöchte. Ich werde noch darüber nachdenken „und morgen die Ehre haben, Eurer Majestät meine Meinung vor- „zulegen" [589]).

Wir wissen nicht, weßhalb Maria Theresia nicht Kaunitz, sondern Binder von dieser vorläufigen Aeußerung ihres Sohnes unterrichtete. Mit Eifer trat der Letztere gegen die Anklagen auf, welche in dem Schreiben des Kaisers ziemlich offen angedeutet waren. Allerdings verdiene die Sache, schrieb Binder an die Kaiserin, reifliche Erwägung, aber man habe lang schon an diese Erwerbung gedacht und ja auch dereinst die Pforte zu dem hierauf bezüglichen Versprechen gebracht. Die Bemühung der Russen, Oesterreich neuerdings in das Friedensgeschäft zu verflechten, habe man benützen zu sollen gemeint, mit jenem Vorschlage in den Vordergrund zu treten. Es früher zu thun, wäre aus verschiedenen, höchst wichtigen Gründen ganz unausführbar, ja gefährlich gewesen. Eine genaue Schätzung des zu erwerbenden Landes könne weder Bruckenthal noch ein Anderer vornehmen. So viel scheine jedoch keinem Zweifel unterworfen zu sein, daß sechs Millionen auf eine solche Vergrößerung gar wohl angewendet wären. Könne Thugut mit weniger auslangen, so wäre das nur um so besser [590]).

Entweder wurde Joseph von dieser Aeußerung Binders nicht in Kenntniß gesetzt, oder er nahm doch keine Rücksicht darauf, als er seinem Versprechen gemäß binnen kürzester Frist der Kaiserin das Resultat seiner reiflicheren Erwägung über den Antrag des Staatskanzlers vorlegte. Im Allgemeinen lautete sein Gutachten ungünstig

für die Sache. In finanzieller, militärischer, commerzieller und politischer Beziehung hielt er die Vortheile, welche aus dieser neuen Erwerbung für Oesterreich hervorgehen könnten, für viel zu gering, um ihretwegen dem Staatsschatze das sehr große Opfer von sechs Millionen oder einer jährlichen Zinsenzahlung von dreimalhunderttausend Gulden aufzuerlegen. Aber gleichzeitig fügte er doch hinzu, er würde seinen Bedenken entsagen, wenn irgend ein vertrauenswürdiger Gewährsmann verbürgen könnte, daß die Provinz, um die es sich handle, eine nützliche Vergrößerung ausmachen und deren Ertrag die für ihre Erwerbung zu bringenden Opfer weit überwiegen würde [591]).

Kaunitz war durch diese Aeußerung Josephs noch in keiner Weise entmuthigt. Es wäre von vielem Interesse, die Betrachtungen zu kennen, durch die er in mündlicher Erörterung den Kaiser bewog, seine Zustimmung zu geben, daß die Weisung an Thugut, welche dem Vorschlage des Staatskanzlers entsprach, nach Constantinopel abgehen dürfe. Wir wissen nur daß er ihn hiezu wirklich bestimmte [592]).

Am 10. März 1773 erhielt Thugut die Befehle des Kaiserhofes. Er bewährte sich neuerdings als ein nicht gewöhnlicher Mensch, indem er die von den Vertretern bei auswärtigen Mächten so oft vernachlässigte Pflicht sich vor Augen hielt, nicht das nach Hause zu berichten, was dort das Willkommenste war, sondern das was am meisten der Wahrheit entsprach. So schrieb er jetzt nach Wien, daß er die ihm ertheilten Aufträge bei dem besten Willen kaum zu erfüllen im Stande sein werde. Denn das ganze Friedensgeschäft habe sowohl durch das russische Ultimatum als durch den Umstand, daß Rußland einer Entschädigungsforderung in Geld entsagen zu wollen scheine, eine ganz veränderte Gestalt angenommen [593]).

Das Ultimatum, dessen Thugut zunächst erwähnte, bestand darin, daß Rußland außer den beiden Festungen Kertsch und Jenikale auch die ganze östliche Ecke der Krim als ein zu diesen beiden Plätzen gehöriges Gebiet für sich verlangte. Außerdem forderte es das Recht der unbeschränkten Beschiffung aller osmanischen Meere mit Kriegsschiffen sowohl als mit Kauffahrern. Endlich gestand es zwar die

Zurückstellung der Donaufürstenthümer, jedoch nur unter Bedingungen zu, über welche es einer vorläufigen Aufklärung auswich [594]).

So sehr auch die meisten türkischen Staatsmänner die baldigste Zustandebringung des Friedens wünschten, so wenig konnten sie sich doch zur Annahme des russischen Ultimatums entschließen. Die auf die Krim bezüglichen Begehren verriethen nur zu deutlich das Bestreben, sich dieses Landes mit der Zeit vollständig zu bemächtigen. Das Recht, alle türkischen Meere frei zu beschiffen, konnte leicht dazu mißbraucht werden, die christlichen Unterthanen der Pforte allmälig zur Empörung und zur Abschüttlung der türkischen Herrschaft zu treiben. Und von den bisher unbekannt gebliebenen Bedingungen, an welche man russischer Seits die Zurückstellung der Donaufürstenthümer knüpfen wollte, besorgte man, daß sie darauf hinauslaufen würden, für deren Einwohner eine Stellung in Anspruch zu nehmen, welche einer gänzlichen Unabhängigkeit von der Pforte so ziemlich gleichkäme. Trotz der persönlichen Neigung des Sultans zum Frieden beschlossen die Pfortenminister einmüthig, den Krieg bis aufs Aeußerste fortzuführen, wenn Rußland auf seinem ganz unannehmbaren Ultimatum beharre [595]).

Unter solchen Umständen handelte Thugut gewiß richtig, wenn er von den ihm ertheilten Aufträgen wegen Erwirkung der Abtretung der kleinen Walachei gar keinen Gebrauch machte. Er beschränkte sich darauf, dem Reis Efendi Ismail Beg gegenüber im Allgemeinen zum Frieden und zur Darbringung sogar beträchtlicher Opfer zu rathen, um zu demselben zu gelangen. Aber er schmeichelte sich keineswegs mit der Hoffnung, hiemit auch wirklich durchdringen zu können. Der Sultan, der Reis Efendi und die Mehrzahl der Minister waren zwar zu einem Frieden um jeden Preis geneigt, aber die so mächtige und einflußreiche Schaar der Ulemas erklärte sich mit Entschiedenheit dagegen. Unerschrocken sagten sie es dem Sultan ins Gesicht, unter den gegebenen Verhältnissen verpflichte das Gesetz jeden Mahomedaner, eher mit den Waffen in der Hand für die Erhaltung des türkischen Reiches zu sterben, als sich den von Rußland vorgeschriebenen Bedingungen zu unterwerfen. Sie wüßten wohl daß der geheime Schatz des

Großherrn reichlich genug mit Geld und Geldeswerth versehen sei, um noch Jahre hindurch den Krieg fortsetzen zu können. Sollte aber auch dieser Schatz endlich erschöpft sein, so wollten sie nicht nur ihr eigenes Vermögen, sondern auch ihr Leben hinopfern für das Heil des türkischen Reiches und die Aufrechthaltung des osmanischen Namens. Und als der Großherr einige Einwendungen zu machen versuchte, da schollen ihm so bittere und so drohende Worte entgegen, daß er im Ingrimm den Rosenkranz zerriß, den er in seinen Händen hielt, und sich voll Schrecken eilfertig entfernte [596]).

Statt durch diese Stimmung in Constantinopel zu irgendwelcher Nachgiebigkeit bewogen zu werden, hielt man von russischer Seite nur noch hartnäckiger fest an den einmal aufgestellten Begehren. Ja sie wurden durch Obrescow, der nun im Namen seines Hofes zu Bukarest die Verhandlungen führte, in so beleidigender Form wiederholt, daß dem türkischen Bevollmächtigten zuletzt nichts Anderes als die Abreise übrig blieb [597]). So scheiterten auch jetzt wieder die Verhandlungen, und so unwillkommen dieß auch dem Fürsten Kaunitz war, so offen erklärte er doch, daß die Pforte die Friedensbedingungen Rußlands unmöglich hätte annehmen können [598]). Auf beiden Seiten griff man neuerdings zu den Waffen.

Die Ereignisse des Feldzuges des Jahres 1773 können nach keiner Richtung hin entscheidende genannt werden. Die russische Armee war nur gering an Zahl und in recht verwahrlostem Zustande, während ihre Gegner seit Beginn des Krieges so Manches für die Verbesserung ihrer Streitkräfte gethan hatten, was nun endlich Früchte zu tragen begann. Gleichwohl eröffnete General Weißmann die Feindseligkeiten damit, daß er den Türken eine empfindliche Schlappe beibrachte. Hiedurch zu ferneren Unternehmungen ermuthigt, befahl die Kaiserin Katharina, jetzt der neutralen Haltung Oesterreichs gewiß, dem Feldmarschall Rumanzow die Donau zu überschreiten. Nur ungern gehorchte der russische Heerführer, und seine widerwillige Stimmung erklärt sich um so leichter, als die Türken soeben bei Rustschuk nicht unbedeutende Vortheile errungen hatten. Rumanzows Anschlag auf Silistria scheiterte und die Russen sahen sich nun zum Rückzuge über die Donau

gezwungen; General Weißmann ließ hiebei sein Leben in den Händen der Türken. Allerdings erkämpfte Suworow am 14. September einen glänzenden Erfolg; aber mehr als wettgemacht wurde derselbe, indem die Russen von ihren Unternehmungen gegen Schumla und Varna, sowie von einem zweiten Angriffe auf Silistria unverrichteter Dinge ablassen mußten.

Es begreift sich leicht, daß auch während der Dauer dieser Kriegführung die Versuche, ihr durch einen Friedensschluß ein baldiges Ende zu bereiten, niemals ganz ins Stocken geriethen. Aber mit besonderem Eifer wurden sie doch auch weder von der einen noch von der anderen Seite fortgesetzt. Beide streitende Mächte, Rußland und die Türkei warteten die Ergebnisse des Feldzuges ab, um je nach dem Ausgange desselben die früheren Forderungen und Zugeständnisse entweder noch zu erhöhen oder sie zu ermäßigen. Als er jedoch die günstigen Resultate durchaus nicht lieferte, die man sich in St. Petersburg versprochen hatte, kam man endlich von dort aus neuerdings an den österreichischen Hof. In den letzten Tagen des October 1773 gab Panin dem Fürsten Lobkowitz den dringenden Wunsch zu erkennen, sich mit Oesterreich über die Mittel einzuverstehen, den Frieden mit der Pforte zu erzwingen. Man würde dem Wiener Hofe, fügte Panin als Lockspeise hinzu, keinen der Vortheile mißgönnen, welche das gute Einvernehmen und das Zusammenwirken mit Rußland für ihn selbst im Gefolge haben dürften [599]).

Gewiß nicht absichtslos führte Panin diese Sprache, und wirklich war in Wien ein neuer Gedanke an eine Vergrößerung aufgetaucht, die man gern auf Kosten der Türkei ins Werk gesetzt hätte. Es ist das Widerstreben des Kaisers gegen die von Kaunitz empfohlene Erwerbung der kleinen Walachei und der Umstand erwähnt worden, daß Joseph schließlich durch den Staatskanzler zur Nachgiebigkeit bewogen wurde. Aber von seiner Auffassung der Sache wich der Kaiser darum doch keineswegs ab, und die Wahrnehmungen, die er im Frühsommer des Jahres 1773 auf seiner Reise nach dem Banate und nach Siebenbürgen machte, bestätigten ihn in derselben. „Nachdem ich“, schrieb er zu jener Zeit an seine Mutter, „den Rothenthurmpaß genau in Augenschein

„genommen, kann ich Eurer Majestät nicht bergen, daß je mehr ich „dieses Land sehe, ich desto mehr mich überzeuge, wie die Erwerbung „der sogenannten kleinen Walachei dem Staate mehr zur Last sein als ihm „Vortheile verschaffen würde. Der Altfluß ist, wenn man nicht sehr große „Summen dafür ausgeben will, für keine Art von Schifffahrt zu ver„wenden, und selbst wenn dem nicht so wäre, was sollte man denn „auf ihm verschiffen? Ich erlaube mir Eure Majestät zu bitten, dieß „dem Fürsten Kaunitz zu sagen, und ich wage es auf mich zu nehmen, „die Erwerbung dieses Landes Eurer Majestät zu widerrathen. Hin„gegen würde das linke Donauufer bei Orsowa, welches das kleine „Nest Altorsowa in sich begreift, uns durchaus nothwendig sein, „und zwar bis zu der Mühle, die wir schon besitzen und welche „Woditz heißt" [600]).

Wie der Kaiser gewünscht, sandte Maria Theresia sein Billet allsogleich an Kaunitz, und es geschah wohl in beiderseitigem Einvernehmen, daß unverzüglich der Auftrag an Thugut erging, sich bei der Pforte jedes Schrittes zu enthalten, welcher darauf abzielen würde, sie zu dem früher in Anregung gebrachten Verkaufe der kleinen Walachei an Oesterreich zu bringen. Dagegen möge er den Vorschlag des Kaisers wegen Erwerbung von Altorsowa in Erwägung ziehen und je eher desto besser seine Meinung über die Art und Weise kundgeben, in welcher dieser Plan am füglichsten ins Werk zu setzen sei [601]).

Es ist soeben der rühmenswerthen Eigenschaft Thuguts Erwähnung geschehen, seiner Regierung auch dann nur die Wahrheit zu sagen, wenn er annehmen mußte, daß sie keineswegs ihren Wünschen entsprach. Auch jetzt wieder wich Thugut von dieser grundsätzlichen Richtschnur seines Verfahrens nicht ab. Er schilderte die sehr großen Schwierigkeiten, mit denen es verbunden sein würde, die Pforte zu freiwilliger Abtretung von Altorsowa zu bewegen. An und für sich wäre dieser Ort allerdings von keiner großen Bedeutung für sie. Aber man dürfe nicht außer Acht lassen, daß es von Türken bewohnt und mit Moscheen versehen, daß somit seine Abtretung schon aus confessionellen Gründen für Mahomedaner kaum zu rechtfertigen sei. Außerdem wolle der Sultan von derlei Gebietsentäußerungen nichts

hören, ja er opfere diesem Grundsatze sogar seine hauptsächliche Leidenschaft auf, die Liebe zum Gelde.

Erscheine es somit nicht leicht denkbar, daß man die Pforte zu freiwilliger Abtretung von Altorsowa zu bringen vermöchte, so müsse man erwägen, ob man sie hiezu vielleicht in ihrer gegenwärtigen Verlegenheit und bei der Rücksicht, die sie zu nehmen habe, Oesterreich nicht etwa aus seiner bisherigen Neutralität heraustreten zu sehen, zu zwingen im Stande wäre. Auch aus diesem Gesichtspunkte widerräth jedoch Thugut jeden hierauf etwa abzielenden Schritt. Denn gar leicht könnte man durch einen solchen die Gefahr heraufbeschwören, daß die Pforte in die Arme Rußlands sich werfe, diesem Staate unermeßliche Vortheile zugestehe, Oesterreich aber leer ausgehen lasse. Und wenn man etwa die Abtretung aus der Ursache fordern wollte, sich durch sie für die Beobachtung der Neutralität bezahlen zu lassen, so räume man hiedurch der Pforte das Recht ein, ein Gleiches bei einem dereinstigen Kriege zu thun, in welchen Oesterreich verwickelt sein würde.

Man sieht wohl wie ungünstig Thugut das von dem Kaiser ersonnene Project beurtheilte. Wäre es von anderer Seite ausgegangen, so würde er wohl dringend zu seiner Verwerfung gerathen haben. Die Rücksicht auf dessen Urheber machte es jedoch zur Pflicht, einen anderen Weg auszuforschen, auf welchem jenes Ziel vielleicht doch noch erreicht werden konnte. Als solchen glaubte Thugut den Vorschlag andeuten zu sollen, welcher der Pforte zu machen wäre, das bisherige etwas schwankende politische Verhältniß zu ihr durch den Abschluß eines ewigen Friedens sicherzustellen. Bei diesem Anlasse könnte vielleicht auch die Abtretung Altorsowa's durchgesetzt werden. Denn die Pforte, durch das freiwillige Anerbieten eines ewigen Friedens über die Absichten Oesterreichs beruhigt, würde sich dann wohl leichter zu einem solchen Zugeständnisse herbeilassen. Aber jedenfalls müßte man den mahomedanischen Einwohnern Altorsowa's ihr unbewegliches Besitzthum gegen baare Bezahlung ablösen, die Moscheen abtragen lassen und die nöthigen Geldsummen spenden, um sie anderwärts wieder aufbauen zu können. Und endlich müßte der Pforte irgend ein österreichischer Gebietstheil, und wäre es auch nur eine unbewohnte

Insel in der Donau abgetreten werden, auf daß sie auf dieselbe wie auf eine Gegenleistung hinweisen könne[602]).

Die Reihe, Bedenklichkeiten zu erheben, war nun an dem Staatskanzler. Der Vorschlag Thuguts stimme allerdings, entgegnete er demselben, mit dem österreichischen Staatsinteresse überein. Dem letzteren würde es jedoch widerstreiten, und es könnte leicht Anlaß zu nachtheiligen Vorwürfen bieten, wenn Oesterreich während des Krieges und in einem Augenblicke, in welchem es mit Rußland und Preußen in enger Verbindung wegen der polnischen Angelegenheiten stehe, mit der Pforte einen neuen Friedensvertrag schlösse.

Könnte jedoch mit der türkischen Regierung bloß ein vorläufiges Einverständniß herbeigeführt, die förmliche Unterzeichnung der zu treffenden Verabredungen aber bis nach Abschluß des Friedens zwischen Rußland und der Pforte verschoben werden, dann würden die jetzt vorhandenen Bedenken wohl hinwegfallen. Thugut möge diesen Plan in nähere Erwägung ziehen und das Nöthige zu seiner Ausführung vorbereiten. Es werde jedoch gewünscht, daß dann die neue Gebietserwerbung nicht nur Altorsowa, sondern auch einen Bruchtheil der Moldau, und zwar denjenigen in sich fasse, der zwischen Siebenbürgen und Pokutien liege und zur Herstellung einer bequemen und directen Verbindung zwischen diesen beiden nunmehr österreichischen Ländern von sehr großem Nutzen sein würde[603]).

Auch jetzt wieder war es kein Anderer als Kaiser Joseph gewesen, welcher während seiner siebenbürgischen Reise zuerst auf den Gedanken verfallen war, man möge sich bemühen, jenen moldauischen Landstrich für Oesterreich zu erwerben, von welchem er behauptete, daß derselbe schon damals dort im Volksmunde der deutsche Kreis hieß. Sowohl in politischer als militärischer Beziehung würde er der kleinen Walachei vorzuziehen sein[604]).

Schon als ihm von Seite des Staatskanzlers die erste Andeutung von diesem neuen Projecte des Kaisers zugekommen war, hatte Thugut rückhaltslos erklärt, daß ihm nur wenige, und wenn der Landstrich, der ins Auge gefaßt werde, von irgendwelcher Erheblichkeit sei,

gar keine Hoffnung vorhanden zu sein scheine, bei der Pforte dessen Abtretung durchzusetzen [605]). Er beharrte auf dieser Versicherung, als man von Wien aus neuerdings auf die Sache zurückkam. Nochmals erklärte er, man möge nur ja dem Gedanken entsagen, von der Pforte irgend ein Zugeständniß, welches die Grenzen einer gewöhnlichen nachbarlichen Willfährigkeit überschritte, auf gütlichem Wege erreichen zu können. Man möge daher diese Angelegenheit wenigstens so lang noch ruhen lassen, als nicht etwa die Zukunft eine Gelegenheit darböte, dasjenige zu erreichen, was jetzt unmöglich durchzusetzen sei [606]).

Es scheint daß sogar Joseph das Gewicht der Auseinandersetzungen Thuguts anerkennen mußte; wenigstens war vor der Hand von den Projecten des Kaisers zu einer Gebietserwerbung nach der Türkei hin nicht mehr die Rede. Mehr und mehr concentrirte sich die Aufmerksamkeit des Wiener Hofes auf dasjenige, was mit der Frage der Wiederherstellung des Friedens zwischen Rußland und der Pforte zusammenhing. Denn der Feldzug ging zu Ende, und in dem Maße, in welchem allmälig das Geräusch der Waffen verstummte, machten sich neuerdings die Bestrebungen geltend, den langdauernden und verheerenden Krieg zu definitivem Abschlusse zu bringen.

In den ersten Tagen des Dezember 1773 erhielt Kaunitz die vertrauliche Mittheilung aus Rußland, daß man dort Schritte gethan, der Pforte durch Vermittlung des preußischen Gesandten Zegelin neue und gemäßigtere Friedensbedingungen vorschlagen zu lassen. Man wolle Kertsch und Jenikale den Tartaren zurückgeben und die russischen Truppen ganz aus der Krim ziehen, welche künftighin einzig und allein unter der Herrschaft des Tartarchans belassen werden solle. Dagegen hätte auch die Pforte sich nicht mehr in die Regierung der Krim zu mischen und weder dort noch auf der Insel Taman oder auf dem der Krim gegenüber liegenden Ufer Truppen und Besatzungen zu halten oder Festungen anzulegen. Rußland nehme nur für seine Kauffahrer, nicht aber auch für seine Kriegsschiffe das Recht des freien Einlaufens in die türkischen Seehäfen in Anspruch. Es bedinge sich Kinburn als Stapelplatz für seinen Handel und als Schutzort gegen die Tartaren, wogegen die Pforte Oczakow zu dem gleichen Zwecke

behielte. Alle anderen Eroberungen wolle Rußland an die Türkei zurückgeben.

Nachdem König Friedrich sich bereit erklärt habe, der Pforte die Annahme dieser Friedensbedingungen angelegentlichst empfehlen zu lassen, müsse der Wiener Hof, meinte Kaunitz, es sich reiflichst überlegen, wie er sich hiebei verhalten solle. Leicht könnte man, und zwar um so eher nach beiden Seiten hin allen Boden verlieren, als Rußland von Oesterreich verlange, es möge gegen die Pforte eine drohende Sprache führen, und sich dagegen anbiete, es nicht nur geschehen zu lassen, sondern sogar behülflich zu sein, daß Oesterreich ein ihm wohlgelegener Landstrich in der Moldau zu Theil werde.

Allerdings komme es dem Kaiser und der Kaiserin nicht in den Sinn, zu Feindseligkeiten gegen die Pforte zu schreiten. Aber sie hätten doch noch einige sehr wichtige Angelegenheiten bei Polen durchzusetzen, und bedürften hiezu der Unterstützung der russischen Regierung. Außerdem wäre es auch aus anderen Rücksichten wünschenswerth, einer allzu engen Vereinigung Rußlands mit Preußen vorzubeugen. Es wurde daher nach St. Petersburg geantwortet, daß man sich zwar nicht zu wirklichen Feindseligkeiten gegen die Türkei entschließen, jedoch Thugut beauftragen werde, der Pforte eindringlich zu Gemüth zu führen, Oesterreich könnte die längere Fortsetzung des Krieges nicht gleichgültig mit ansehen. Es erwarte daß die Türkei nicht Friedensbedingungen zurückweise, durch welche weder ihre religiösen Anschauungen verletzt würden, noch ihre zukünftige Sicherheit gefährdet erscheine, während sie nach Maßgabe der bisherigen Resultate der Kriegführung billig genannt werden müßten.

Als Kaunitz den österreichischen Internuntius von dieser nach Rußland abgegangenen Erklärung unterrichtete, trug er ihm auf, bei der Pforte einstweilen vorzuarbeiten, daß sie nicht in Erstaunen gerathe, wenn sie Thugut künftighin in äußerem Einverständniß mit Zegelin den russischen Friedensbedingungen das Wort reden sehe. Sie möge sich dadurch nur ja nicht allzusehr einschüchtern lassen. Insbesondere werde Rußland ohne Zweifel früher oder später mit Geldforderungen

an die Pforte herantreten. Sie möge Zegelin nur von vorneherein mit Entschiedenheit erklären, daß sie nun und nimmermehr auf solche eingehen werde [607]).

Kaunitz war der Meinung, der für Rußland ungleich weniger günstige Ausgang des Feldzuges, als es in den früheren Jahren der Fall gewesen war, hauptsächlich aber die Verlegenheiten, welche verschiedene Ereignisse im Innern des Reiches der Kaiserin Katharina bereiteten, würden den Hof von St. Petersburg wohl zu größerer Nachgiebigkeit zwingen. Insbesondere war es der Aufstand Pugatscheffs, der sich fälschlich für Peter III. ausgab und großen Anhang unter den donischen Kosaken fand, wodurch Katharina in ernste Besorgniß versetzt wurde.

Aber der Verlauf der Ereignisse rechtfertigte die Voraussetzungen des Staatskanzlers nicht. Als seine letzten Aufträge an Thugut nach Constantinopel gelangten, war man dort durch die Erkrankung des Sultans Mustapha und die Erwartung seines baldigen Todes in hohem Grade beunruhigt. Niemand ahnte, wessen man sich von seinem Nachfolger zu versehen habe, der nach türkischem Brauche dreiundvierzig Jahre hindurch in engem Gewahrsam gehalten worden war und weder seine etwaigen Geistesgaben zu entwickeln vermocht hatte, noch irgendwelche Kenntniß von den inneren wie den äußeren Angelegenheiten des Staates besaß. Die Pfortenminister wollten daher die Erwiederung, auf welche Zegelin drang, nicht gern auf sich nehmen. Doch gaben sie, da sie selbst dem Frieden geneigt waren, eine vorläufige Erklärung ab, welche wenigstens im Allgemeinen den russischen Vorschlägen nicht gerade ungünstig war. Als aber am 24. Jänner 1774 Sultan Mustapha starb, war es fast die erste Regierungshandlung des neuen Großherrn Abdul-Hamid, daß er die Propositionen Rußlands als solche bezeichnete, auf welche man gar keine Antwort ertheilen könne. Die eifrigste Fortsetzung der Kriegsrüstungen sei dasjenige, was vor Allem geschehen müsse [608]).

Freilich zeigte es sich gar bald, daß der neue Sultan ein blöder, nur seinen Vergnügungen sich hingebender Mann war, der die Führung

der Geschäfte fast ausschließlich dem Großwesir, dem Reis Efendi und anderen Würdenträgern überließ. Aber auch sie waren schwache, energielose Leute, welche vor der Gefahr zurückschraken, ihrer inneren Neigung zu folgen und auf Grundlage der letzten Vorschläge Rußlands den Frieden zu schließen. So geschah während der Wintermonate gar nichts Entscheidendes, im April 1774 aber griff man von beiden Seiten neuerdings zu den Waffen. Diejenigen Rußlands behaupteten dießmal unbestritten und in glänzendster Weise die Oberhand. Sein Heer ging wieder über die Donau; überall wurden die türkischen Truppen geschlagen, und bald sah sich der Großwesir Muhsinsade so in die Enge getrieben, daß er jetzt selbst um Waffenstillstand bat. Aber nun wollte Rumanzow nichts mehr davon hören. Er verlangte daß der definitive Friede auf Grundlage der jetzt von Rußland vorgeschriebenen, ungleich härteren Bedingungen unverzüglich zu Stande gebracht werde. Widerstandslos fügte sich die Pforte und am 16. Juli 1774 unterzeichneten ihre Bevollmächtigten zu Kainardsche den Frieden. Die Freigebung der Tartaren, die Abtretung von Kertsch, Jenikale, Kinburn und Asow, der großen und der kleinen Kabardei, die freie Schifffahrt für die türkischen Kauffahrer auf dem schwarzen und dem ägäischen Meere, endlich die Bezahlung von vier Millionen Rubel bildeten die wichtigsten Bedingungen desselben.

Wie sehr sich in Wien die Anschauungen allmälig geändert hatten, ist wohl am besten aus der Gleichgültigkeit ersichtlich, mit der man es aufnahm, daß die Türken in ihrem Kleinmuth sich gleich im ersten Anlaufe Alles hatten abdringen lassen, was früher von ihnen so weit von der Hand gewiesen worden war. Auch daß sie sich um Oesterreich gar nicht mehr gekümmert und ihm nicht die geringste Möglichkeit geboten, an den Verhandlungen Antheil zu nehmen, hatte man in Wien nur wenig mehr beachtet; ja solches schien in gewissem Maße gar nicht unwillkommen zu sein. Denn wie sich einerseits die ohnedieß nicht hochgespannte Meinung, die man von der Widerstandsfähigkeit der Türken gehegt, noch weiter herabstimmte, so fühlte man sich andererseits noch mehr als bisher der letzten Rücksicht enthoben, die man früher der Pforte schuldig zu sein glaubte. Am bezeichnendsten

sind diese Anschauungen in einer Aeußerung wiedergegeben, welche Kaunitz in jenen Tagen gegen den Vertreter Englands am Wiener Hofe fallen ließ. „Die Türken haben", so sagte er ihm, „theils durch „ihre schwache und thörichte Kriegführung, theils durch ihren Mangel „an Vertrauen zu einigen Mächten, welche gleich Oesterreich geneigt „waren, sie aus ihren Verlegenheiten zu reißen, reichlich das Schicksal „verdient das sie trifft. Warum verlangten sie nicht die Vermittlung „Oesterreichs, Englands und Hollands? Jede dieser Mächte hätte ihnen „zu besseren Bedingungen verholfen und wir wären Alle zufrieden gewesen. „Aber dieß Volk ist zum Untergange bestimmt, und ein kleines aber „gutes Heer dürfte die Türken zu jeder Zeit aus Europa hinaus„treiben"[609].

Sechzehntes Capitel.

Die Erwerbung der Bukowina.

Der Mißmuth gegen die Pforte und die Geringschätzung ihrer Kraft führten wie von selbst dazu, daß man in Wien sich noch viel eifriger als bisher die Verwirklichung der Absichten angelegen sein ließ, welche auf eine Gebietserwerbung auf Kosten der Türkei gerichtet waren. Von Joseph ausgedacht, wurden diese Plane auch von ihm am eifrigsten verfolgt. Zwei verschiedene Objecte faßte der Kaiser hiebei fortan ins Auge, höchst ungleich an Ausdehnung, an Werth und Bedeutung: Altorsowa mit seinem kleinen Gebiete auf der einen, den an Siebenbürgen und Pokutien grenzenden Theil der Moldau auf der anderen Seite.

Es gewährt ohne Zweifel einen betrübenden Anblick, Oesterreich auch jetzt wieder, wie es schon in den polnischen Angelegenheiten geschehen war, Bahnen einschlagen zu sehen, welche mit denen des Königs von Preußen wenigstens einige Aehnlichkeit besaßen. Allerdings kann gegen das Verfahren, das nun von Wien aus beobachtet wurde, bei weitem nicht jenes verdammende Urtheil ausgesprochen werden, das über die gewaltsame Wegnahme Schlesiens durch König Friedrich von jedem redlich Denkenden gefällt werden muß. Der Unterschied zwischen dem, was Friedrich damals gethan, und dem, was Oesterreich jetzt thun wollte, bestand eben darin, daß er gewaffnet einbrach in ein ihm nicht gehörendes Land, daß er den rechtmäßigen Besitzer gewaltthätig aus demselben vertrieb und ihn schließlich durch kriegerische

Ueberwältigung zwang, wider Willen auf sein bisheriges Eigenthum zu verzichten. In Oesterreich hingegen dachte man keinen Augenblick ernstlich daran, die Waffen gegen die Pforte zu kehren. Im Wege friedlicher Verhandlung wünschte man dieselbe zu bewegen, auf einige Landstriche zu Gunsten Oesterreichs zu verzichten, welche für sie selbst nur von geringer Bedeutung, für Oesterreich aber von sehr großem Werthe zu sein schienen.

Wenn hierin der gewaltige Unterschied zwischen dem früheren Verfahren des Königs von Preußen und demjenigen bestand, welches jetzt Oesterreich zu befolgen sich anschickte, so liegt hingegen die Aehnlichkeit darin, daß sie beide sich das Ansehen zu geben suchten, Rechte auf ein fremdes Land zu besitzen, während sie doch selbst aufs tiefste überzeugt waren, daß ihnen solche in keiner Weise zukamen. So wie seiner Zeit König Friedrich, so wußte jetzt Kaunitz genau, welch geringes Gewicht die von ihm vorgebrachte Behauptung besaß, durch die Erwerbung Pokutiens sei man auch in den Besitz der Rechte dieses Landes auf den benachbarten Theil der Moldau gelangt. Worin diese Rechte jedoch eigentlich bestanden und worauf sie sich gründeten, darüber blieb er freilich die Auskunft schuldig.

Etwas größere Beachtung mochte dasjenige verdienen, was der Staatskanzler zur Unterstützung des Anspruches auf Altorsowa anzuführen vermochte. Er deutete darauf hin, daß dieser Ort nach dem Wortlaute des Belgrader Friedens eigentlich zu Oesterreich gehöre. Die Pforte habe die Bedrängniß, in welcher Maria Theresia sich im Jahre 1741 befand, dazu benützt, um ihr bei der Grenzregulirung den Besitz von Altorsowa abzudrängen. Sie möge sich nun nicht darüber wundern, wenn Oesterreich in einem Augenblicke, in welchem die Verhältnisse nicht mehr ihm selbst, sondern der Pforte nachtheilig seien, jetzt wieder in den Besitz eines Gebietstheiles zu gelangen sich bemühe, den es seiner Zeit in der gleichen Lage verlor.

Noch ein drittes Argument wußte Kaunitz zu Gunsten der von ihm aufgestellten Begehren ins Treffen zu führen. Es bestand darin, die Pforte habe in der geheimen Convention vom Jahre 1771

Oesterreich die Abtretung der kleinen Walachei versprochen. Man verzichte auf die Erfüllung dieser Zusage und erbitte sich als Gegenleistung Altorsowa und den moldauischen Landstrich zwischen Siebenbürgen und Pokutien.

Die Erwiederung, welche hierauf ertheilt werden mußte, ließ sich sehr leicht vorhersagen. Die Convention vom Jahre 1771 war niemals zur Ausführung gekommen, ja erst vor Kurzem förmlich aufgehoben worden. Weder der eine noch der andere Theil hatte die in derselben übernommenen Verpflichtungen erfüllt. Wenn Oesterreich nicht im Stande gewesen war, der Pforte einen leidlichen Frieden mit Rußland zu verschaffen, so konnte es auch keinen Anspruch erheben auf den Preis, den es für diese Leistung sich ausbedungen hatte.

Schließlich wies Kaunitz darauf hin, daß Oesterreich schon vor längerer Zeit, als es die Aussteckung der kaiserlichen Adler nicht nur gegen Polen, sondern auch gegen die Moldau und die Walachei hin vornahm, die Einbeziehung nicht unbeträchtlicher Landstriche veranlaßt habe, welche früher zu Siebenbürgen gehörten und diesem Lande entweder durch Gewalt oder durch List entzogen worden waren. Man habe beabsichtigt, die Rechte Siebenbürgens auf diese Gebietstheile zur Geltung zu bringen. Man sei jedoch bereit hievon abzustehen, wenn hiegegen die Zustimmung der Pforte zur Abtretung des jetzt von österreichischer Seite in Anspruch genommenen Landstriches zwischen Siebenbürgen und Pokutien erfolge. Die letztere könne daher als ein für beide Theile passender Austausch dargestellt und in solcher Weise den widerstrebenden Gemüthern in der Türkei annehmbarer gemacht werden. Da man übrigens dort weit leichter zur Anerkennung einer vollendeten Thatsache als zu eigenem, freiem Entschlusse einer Abtretung zu bewegen sein werde, so beabsichtige man so bald als möglich durch Aufstellung der kaiserlichen Adler in den thatsächlichen Besitz des moldauischen Grenzdistrictes zu treten. Doch müsse man vermeiden, aus diesem Anlasse in Streit mit den Russen zu gerathen, deren Truppen damals, im Jänner 1774, jene Gegenden innehatten.

Auf ein doppeltes Ziel waren, wie man sieht, die Bestrebungen des Wiener Hofes von allem Anfange an gerichtet. Vorerst wollte er in den Besitz des in Anspruch genommenen Landes sich setzen und dann die Zustimmung der Türkei zu der vollendeten Thatsache erwirken. Um leichter zu der letzteren zu gelangen, wurde Thugut ermächtigt, den Pfortenministern ein angemessenes Geschenk in Aussicht zu stellen [610]).

Es war nicht schwer vorherzusehen, daß so lang der Krieg zwischen den Russen und den Türken noch dauerte, es mit großen Schwierigkeiten verbunden sein würde, die Einwilligung der Ersteren zur Vorrückung österreichischer Truppen in die Moldau zu erlangen. Da man jeglichen Conflict mit den Russen sorgfältig vermeiden wollte, trat man ihnen gegenüber auch nur mit äußerster Behutsamkeit auf und legte noch in keiner Weise die Absicht eines Einmarsches in die Moldau an den Tag. Ebenso wenig vermochte Thugut bei der heillosen Verwirrung, welche insbesondere seit der Thronbesteigung des Sultans Abdul-Hamid und dem Rücktritte des Reis Efendi Ismail Beg in Constantinopel und vor Allem in der Leitung der auswärtigen Geschäfte herrschte, irgend eine Verhandlung anzubahnen, durch welche die Absichten des Kaiserhofes auf neue Gebietserwerbungen ihrer Verwirklichung hätten näher gerückt werden können. Als aber der Friede zu Kainardsche wirklich geschlossen war, da meinte man in Wien, der geeignete Augenblick sei gekommen, an die Ausführung des Planes zu schreiten, durch welchen man in den Besitz des moldauischen Districtes zwischen Siebenbürgen und Pokutien zu gelangen sich schmeichelte. Am 6. September 1774 schrieb Kaunitz an Thugut, daß sich bereits einige kleinere österreichische Truppenabtheilungen in jenem Districte befänden. Sobald die Russen unter Rumanzow sich aus demselben vollständig zurückzögen, werde man ihn als einen Bestandtheil Pokutiens durch Aussteckung der kaiserlichen Adler wirklich in Besitz nehmen. Und zwei Wochen später wurde Thugut verständigt, daß man bereits die nöthigen Schritte gethan habe, um die erforderliche Verabredung mit Rumanzow zu erzielen. Die russische Regierung lasse man hiebei ganz aus dem Spiele, um nicht etwa einen neuen Streit zwischen ihr

und der Türkei heraufzubeschwören. Thugut möge zu erforschen bemüht sein, ob die Pforte dieser Angelegenheit sehr große Wichtigkeit beimesse und man sich daher auf lebhaften Widerspruch von ihrer Seite gefaßt machen müsse, oder ob sie einsehe, daß der Gegenstand, um den es sich handle, von geringerem Werthe für sie sei als die davon abhängende Freundschaft Oesterreichs[611]).

Sowie es Bildnisse gibt, bei deren Beschauung dem Betrachtenden gleichsam unwillkürlich die Ueberzeugung von ihrer Aehnlichkeit sich aufdrängt, auch wenn er die dargestellte Person niemals gesehen, so fühlt man bei der Durchlesung der Berichte Thuguts augenblicklich heraus, in welch hohem Grade sie der Wahrheit entsprachen. Ganz unmöglich wäre es, antwortete er dem Staatskanzler, die Pforte durch Darlegung älterer Rechte und Ansprüche auf türkische Gebietstheile von der Gültigkeit derselben zu überzeugen. Niemals würde man im Stande sein, sie zum Verständnisse einer solchen Auseinandersetzung zu bringen, und man würde nur ihre Erbitterung und Gehässigkeit wachrufen. Dem Gedanken, sie zu freiwilliger und förmlicher Abtretung des moldauischen Grenzdistrictes zu bewegen, möge man nur gleich von vorneherein entsagen; in jedem derartigen Begehren würde sie nichts als ein Kennzeichen der Unentschlossenheit und Schwäche erblicken. Ebenso wenig sei ihr der Vorschlag eines Austausches der schon seit längerer Zeit durch österreichische Truppen besetzten Theile der Walachei gegen den moldauischen Grenzdistrict zu machen. Man würde nur die Frage der Zurückstellung der ersteren selbst in Anregung bringen, ohne dadurch die Abtretung des letzteren zu erlangen. Man möge daher nach beiden Richtungen hin die beabsichtigten Occupationen auf eigene Faust durchführen und aufrecht erhalten. Statt sich der Pforte gegenüber in eine für sie ganz unverständliche Erörterung älterer Rechtsansprüche einzulassen, solle man sich auf die kurze Erklärung beschränken, man erkenne aus gültigen Beweggründen den in Besitz genommenen moldauischen District als einen rechtmäßigen Bestandtheil der an Oesterreich gefallenen polnischen Länder. Man werde daher das mit österreichischen Grenzzeichen versehene Gebiet als solches betrachten und jede Verletzung desselben nachdrücklich hintan-

weisen. Diese letztere Drohung aber müsse eintretenden Falles mit unerbittlichem Ernste durchgeführt werden. Dann würde die Pforte sich allmälig mit der Ueberzeugung durchdringen, Oesterreich lasse sich aus dem einmal in Besitz genommenen Gebiete nicht mehr vertreiben. Und sei nur die Sache einmal veraltet, dann werde es wohl Jedermann bei derselben bewenden lassen [612]).

In Wien war man vollkommen durchdrungen von der Richtigkeit der Anschauungen Thuguts. Das Verfahren, welches man wegen Occupirung der Bukowina, wie man den in Besitz zu nehmenden moldauischen Grenzdistrict jetzt zum ersten Male nannte, beobachten wollte, wurde ganz seinen Andeutungen angepaßt. Der commandirende General in Galizien, Feldzeugmeister Freiherr von Elrichshausen erhielt den Befehl, die Bukowina mit einer größeren Anzahl österreichischer Truppen besetzt zu halten und sie gegen jeglichen Eingriff von Seite der Moldauer oder der Türken sicher zu stellen. Mit dem Feldmarschall Rumanzow wurden nach dessen Ankunft in Jassy die erforderlichen Verabredungen getroffen, auf daß die Aussteckung der österreichischen Grenzzeichen ohne irgendwelche Beeinträchtigung von seiner Seite erfolgen könne. Seine Willfährigkeit wurde durch das Geschenk einer kostbaren Dose, mit dem Bildnisse des Kaisers geschmückt, und einer Summe von sechstausend Dukaten belohnt [613]). Den russischen Hof aber wolle man, schrieb Kaunitz an Thugut, bei gutem Willen erhalten, auf daß derselbe ein passiver Zuschauer bleibe und es Oesterreich anheimstelle, sich mit der Pforte auf was immer für eine Art zu vergleichen. Sei dieser Zweck nur einmal erreicht, so lasse sich zwar auch dann noch kaum auf ein gütliches Einvernehmen mit der Pforte hoffen und es werde nothwendig sein, eine ernste und standhafte Sprache gegen sie zu führen. Aber wenn sich nur einmal Oesterreich in dem gesicherten Besitze der Bukowina befinde, dann werde es wohl noch Mittel geben, die Sache so lang hinauszuziehen, bis sie verjährt sei. Thugut möge daher, wenn es nöthig sein sollte, ganz deutlich erklären, Oesterreich werde sich im äußersten Falle auch durch die Gewalt der Waffen im Besitze der Bukowina erhalten. Es sei jedoch geneigt, sich über eine allgemeine Berich-

tigung der beiderseitigen Grenzen mit der Pforte gütlich einzuverstehen [614]).

Sowohl Kaunitz als Thugut waren wohl mit Recht der Ansicht, die Haltung der Pforte in dieser Angelegenheit werde nicht so sehr durch ihre eigenen Anschauungen, denn zu solchen werde sie bei der tiefen Apathie, ja man möchte fast sagen, bei der hinbrütenden Gedankenlosigkeit, in die sie verfallen war, kaum gelangen, als durch die Einwirkungen bestimmt werden, welche von Außen her auf sie versucht wurden. Zunächst mußte man solche natürlicher Weise aus dem Lande selbst, aus der Moldau erwarten. Darum war es Thugut durchaus nicht erwünscht gewesen, als unmittelbar nach dem Friedensschlusse von Kainardsche Rußland und Preußen darauf drangen, daß der Rußland vollständig ergebene Gregor Ghika zum Hospodar der Moldau ernannt werde. Rußland besaß damals selbstverständlich noch keinen diplomatischen Vertreter in Constantinopel, aber der preußische Gesandte Zegelin handelte ganz im Sinne eines solchen. Er drang in Thugut, sich gemeinschaftlich mit ihm und in nachdrücklichster Weise bei der Pforte zu verwenden, daß Ghika die Würde, welche Rußland ihm zudachte, wirklich erhalte. Thugut aber erinnerte sich, daß Ghika schon in seiner früheren Stellung als Pfortendolmetsch wohl für Rußland und Preußen große Hingebung gezeigt, sich jedoch gegen Oesterreich jederzeit feindselig benommen habe. Auch während der Jahre vor dem Ausbruche des Krieges, in denen Ghika die Verwaltung der Walachei geführt hatte, war das Gleiche geschehen. Thugut blieb daher gegen Zegelins Begehren einstweilen zurückhaltend, und er bat gleichzeitig in Wien um eine Richtschnur für sein ferneres Verfahren [615]).

Kaunitz verkannte zwar durchaus nicht den Werth der Betrachtungen, welche nach der Meinung Thuguts die Ernennung Ghika's zum Hospodar der Moldau für Oesterreich nicht gerade wünschenswerth machten. Aber er zweifelte doch nicht, daß es Rußland gelingen werde, die Erfüllung seines Begehrens bei der Pforte zu erreichen. Ihm schien es daher das Klügste, daß Oesterreich sich demselben in keiner Weise widersetze. Thugut erhielt den Auftrag, der Ernennung Ghika's zum Hospodar der Moldau nicht entgegen zu wirken, ja sie sogar

öffentlich und mit Nachdruck bei der Pforte zu unterstützen. Gleichzeitig möge er jedoch den Angehörigen Ghika's deutlich zu verstehen geben, daß von Seite des Kaiserhofes dieser Entschluß nur in der zuversichtlichen Erwartung gefaßt wurde, der neue Hospodar werde Oesterreich künftighin aufrichtig und daher weit mehr ergeben sein, als es früher der Fall gewesen sei [616].

Thugut erfüllte zwar pünktlich die Befehle des Staatskanzlers, aber er verhehlte ihm doch auch gleichzeitig nicht, daß er nur sehr geringe Hoffnung hege, Ghika werde sich den Absichten des Kaiserhofes willfährig erweisen. Zu tief sei die Abneigung gegen Oesterreich eingewurzelt in seinem Innern, als daß man sich von diesem „bösen Manne" jemals einer aufrichtigen Gesinnung versehen dürfe. Und außerdem möge man nicht darauf vergessen, daß ihm die nicht unbeträchtliche Schmälerung eines Landes, das er künftighin als sein Eigenthum ansehen werde, schon an und für sich nicht willkommen sein könne.

Der einzige Umstand, aus welchem sich irgendwelcher Vortheil ziehen lassen könnte, lag nach Thuguts Ansicht darin, daß Ghika's Schwiegervater Jakobaki Riso so viele Ergebenheit für den Kaiserhof besaß, als, wie Thugut sich ausdrückte, bei einem Griechen nur immer möglich erschien. Derselbe bekleidete aber die Stelle eines moldauischen Agenten in Constantinopel und daher gingen alle Geschäfte des Hospodars bei der Pforte durch seine Hand. Beide Umstände zusammengenommen, die amtliche Stellung Jakobaki Riso's und sein nahes Verwandtschaftsverhältniß zu Ghika ließen darauf hoffen, daß durch ihn noch am ehesten irgend etwas erreicht werden könnte [617].

An Jakobaki Riso wandte sich daher auch Thugut zuerst, um durch ihn und mit seiner Hülfe dessen Schwiegersohn Ghika für den Wiener Hof zu gewinnen. Den hohen Werth stellte er ihm vor, den es für Ghika haben müsse, wenn ihm ein Anlaß sich darböte, sich ein ganz besonderes Verdienst um Oesterreich zu erwerben. Geschehe dieß wirklich, dann würde die bekannte Großmuth des Kaisers und der Kaiserin sowohl dem Fürsten Ghika als ihm selbst, Jakobaki

Riso, ohne Zweifel entsprechende Merkmale ihrer Huld zu Theil werden lassen.

Jakobaki Riso erklärte sich bereit, den Absichten Thuguts willfährig zu sein, und er meinte, auch sein Schwiegersohn werde sich bemühen, sich der Zufriedenheit und des Schutzes des Kaiserhofes würdig zu machen. Aber freilich fügte er auch hinzu, er schmeichle sich mit der Hoffnung, daß die Landstriche, um die es sich handle, von keiner sehr großen Bedeutung seien. Denn im entgegengesetzten Falle würden sowohl ihm als dem Fürsten Ghika die Hände gebunden sein und ihr guter Wille lahmgelegt werden [618]).

Thugut war der Ansicht, daß die Zusage Jakobaki Riso's ehrlich gemeint und er wirklich in dem versprochenen Sinne sowohl bei Ghika als bei der Pforte zu wirken bestrebt sei. Während man jedoch noch des Ergebnisses seiner Bemühungen harrte, meinte Kaunitz in Erfahrung gebracht zu haben, daß Rußland und Preußen es sich angelegen sein ließen, das Benehmen des Kaiserhofes der Pforte im gehässigsten Lichte zu schildern und sie aufzustacheln, mit Oesterreich zu brechen und dessen Truppen nöthigenfalls mit Gewalt aus der Bukowina wieder zu vertreiben. Kaunitz war scharfblickend und kaltblütig genug, um es zu begreifen, daß das Entstehen eines Streites zwischen Oesterreich und der Pforte dem Hofe von St. Petersburg willkommen sein müsse. Denn durch einen solchen wurde ja die Aufmerksamkeit der Türkei von Rußland abgelenkt und dieselbe mehr und mehr der Möglichkeit beraubt, sich der Erfüllung des mit Rußland abgeschlossenen Friedens wenigstens theilweise zu entziehen und die Milderung einiger allzu drückender Bedingungen zu erwirken. Das Verfahren des Königs von Preußen aber werde, meinte Kaunitz, durch dessen Unzufriedenheit mit dem Wiener Hofe und durch seine Eifersucht gegen Oesterreich veranlaßt. Denn seit dem Abschlusse des Vertrages mit Polen habe Friedrich fortwährend nach fernerer Ausdehnung seines dortigen Besitzstandes gestrebt und an Oesterreich das Begehren gestellt, man möge sich denselben gegenseitig gewährleisten und die Einwilligung Polens hiezu nöthigenfalls erzwingen. Oesterreich hingegen sei taub geblieben für solche Zumuthungen. Einerseits habe es die durch den Vertrag

mit Polen erworbenen Rechte standhaft vertheidigt, andererseits aber auch an der Bestimmung dieses Vertrages festgehalten, derzufolge die Grenzen durch Commissäre zu berichtigen, und wenn sich hiebei Streitigkeiten ergeben sollten, die letzteren durch Vermittlung der beiden anderen Mächte zu schlichten seien. Demzufolge habe die Zusammentretung der österreichischen und der preußischen mit den polnischen Commissären stattgefunden und die Verhandlung zwischen ihnen begonnen. Da sich jedoch der König von Preußen von ihr nicht so viele Vortheile versprechen könne, als er durch Anwendung von Gewaltmaßregeln und eine hierüber mit Oesterreich zu errichtende Vereinbarung hoffen könne, so ergebe sich die Ursache seiner Unzufriedenheit mit dem Wiener Hofe von selbst. Seine Eifersucht sei übrigens dadurch nicht wenig vermehrt worden, daß Oesterreich die Bukowina wirklich besetzt und durch diesen Schritt eine ihm vortheilhafte Abrundung erlangt habe, ohne zuvor eine Verständigung mit Preußen zu suchen und ihm zur Einmischung Gelegenheit zu geben.

Weder Kaunitz noch Thugut ließen durch diese feindselige Haltung Rußlands und Preußens sich einschüchtern. In St. Petersburg werde man es sich, meinte der Erstere, genug sein lassen an der aus dieser Streitsache zwischen Oesterreich und der Pforte hervorgehenden Verstimmung. In solchem Falle werde jedoch auch Friedrich sich hüten, sich zu ernstlicheren Schritten zu entschließen[619]). Und Thugut war der Ansicht, so lang nur Rußland und Preußen keine offene Einmengung in die Streitfrage gestattet werde, dürften ihre geheimen Einstreuungen kaum fürchterlich erscheinen. Ein anderes Ansehen würde hingegen die Sache gewinnen, wenn beide Mächte der Pforte ihren gewaffneten Beistand anbieten sollten. Allerdings würde sie sich wohl auch dann nicht zu Thätlichkeiten gegen Oesterreich hinreißen lassen. Aber ihr Widerstand gegen dessen Begehren könnte hiedurch wohl zu einem unbeugsamen gemacht werden.

Indem Thugut in diesem Sinne an Kaunitz schrieb, konnte er sich einer gewissen Befremdung nicht erwehren, daß von Seite Ghika's noch immer keine Antwort eintraf auf den ihm durch Jakobaki Riso gemachten Antrag. Thugut vermuthete, daß Ghika „in seiner blinden

Ergebenheit für Rußland" die ihm zugekommenen Eröffnungen dem Feldmarschall Rumanzow mitgetheilt und ihn über seine zukünftige Haltung zu Rathe gezogen habe. Der Sinn der Vorschriftsmaßregeln, die ihm derselbe ertheilen werde, lasse sich jedoch schon aus Rußlands jetzigem Verfahren zur Genüge beurtheilen[620]).

Nach der Meinung der österreichischen Staatsmänner lag daher, wie man sieht, dasjenige, was man in dieser Angelegenheit noch zu erwarten hatte, nicht zum mindesten, sondern zum meisten in den Händen der russischen Regierung. Sie willfährig für die Begehren Oesterreichs zu stimmen, darauf war denn nun vor Allem das Bestreben des Wiener Hofes gerichtet. Er benützte eine in freundschaftlichem Tone gehaltene Anfrage Panins an Lobkowitz über Zweck und Bedeutung des Einmarsches der österreichischen Truppen in die Moldau, um sich hierüber gegen die russische Regierung näher zu erklären. Bekanntlich befinde sich, so wurde nun gesagt, das österreichische Kaiserhaus schon seit Jahrhunderten in verschiedenen Grenzstreitigkeiten mit der Pforte. Die vielfachen Kriege und andere Ereignisse hätten bisher deren Begleichung verhindert. Zu oft wiederholten Malen und in recht nachdrücklicher Weise, aber jederzeit fruchtlos habe man bei der Pforte die Einsetzung einer förmlichen Grenzcommission betrieben. Inzwischen sei insbesondere von moldauischer und walachischer Seite kein Bedenken getragen worden, hauptsächlich von Siebenbürgen immer mehr Gebiet loszulösen und dadurch die Streitpunkte zu vermehren.

Nach Ausbruch des jetzt glücklich geendigten Krieges habe sich Oesterreich in der unumgänglichen Nothwendigkeit befunden, zur Abhaltung der Pest sowohl als räuberischer Einfälle der türkischen Truppen einen Grenzcordon zu ziehen und denselben durch Ausstecknng kaiserlicher Adler kennbar zu machen. Um jedoch nicht freiwillig auf unzweifelhafte Rechte zu verzichten, mußte man den Grenzcordon so weit ausdehnen, daß die theils offenkundig von Seite der Pforte usurpirten, theils streitigen Districte innerhalb desselben fielen. Die gleiche Bewandtniß habe es jedoch auch mit dem sogenannten Bukowiner Districte, hinsichtlich dessen man mit klarlautenden Documenten und anderen Beweisen darzuthun vermöge, daß er zu Pokutien gehöre

und nach und nach durch die Türken in widerrechtlicher Weise von diesem Lande abgezogen worden sei.

In der Hauptsache gehe die Absicht Oesterreichs dahin, sich mit der Pforte über all diese Grenzstreitigkeiten gütlich zu verständigen und zu diesem Ende die Einsetzung einer von beiden Seiten zu beschickenden Grenzcommission zu erwirken. Wäre eine solche nur einmal im Gange, so würden sich sehr leicht Mittel finden, um durch wechselseitige Nachgiebigkeit oder durch den Austausch streitiger Gebiete Alles zur Zufriedenheit beider Theile ins Reine zu bringen. Da jedoch eine langjährige Erfahrung den Kaiserhof zu seinem größten Schaden belehrt habe, wie schwer, ja fast unmöglich es sei, die Zustimmung der Pforte zur Einsetzung einer Grenzcommission und zur Herbeiführung eines gütlichen Einverständnisses zu erlangen, wenn man sich ihr gegenüber nicht früher den Besitz entweder von ihr usurpirter oder doch streitiger Landstriche gesichert, so habe man dieß vorläufig thun müssen. Von der erleuchteten Einsicht, der erprobten Freundschaft und der bekannten Billigkeit der Gesinnung der Kaiserin von Rußland und ihres Ministeriums glaube man wohl erwarten zu dürfen, daß dieser Vorgang im Hinblick auf die ihm zu Grunde liegende Absicht ihren Beifall erhalte, und daß er gleichzeitig als ein solcher erkannt werde, den man nothwendiger Weise habe beobachten müssen [621]).

Gewiß war es für den Wiener Hof erfreulich, daß seine Erklärung in St. Petersburg wenigstens im Allgemeinen eine wohlwollende Aufnahme fand. Gleich nachdem er sie entgegengenommen, erwiederte Panin, man gönne in Rußland dem österreichischen Kaiserstaate die wichtigsten Erfolge von Herzen, ja man sei auf alle Weise bereit, ihm solche zu verschaffen. Man werde sich daher aufrichtig freuen, wenn die Verhandlung mit der Pforte für Oesterreich die erwünschten Vortheile herbeiführe. Aber Panin fügte doch gleichzeitig hinzu, daß wenn auch der Grenzstreit zwischen Oesterreich und der Pforte eine Sache sei, in welcher Niemand eine Einmengung zustehe, es mit dem Anspruche des Kaiserhauses auf die Bukowina eine ganz

andere Bewandtniß habe. In Rußland würde man sich zwar eben so wenig gegen die Verwirklichung desselben stemmen, als man dieß gegen die Vorrückung der österreichischen Grenze bis an den Sbrucz gethan habe. Leicht sei jedoch vorherzusehen, daß der König von Preußen, nachdem der Kaiserhof selbst die Bukowina als einen Bestandtheil des früher polnischen und jetzt österreichisch gewordenen Landes Pokutien bezeichne, hieraus Anlaß nehmen werde, diesen Vorgang für eine Verletzung der verabredeten Gleichheit der wechselseitigen Gebietserwerbungen zu erklären und in Folge dessen seinen eigenen Antheil neuerdings beträchtlich zu vergrößern[622]).

In dem gleichen Sinne, in welchem man von Wien aus nach St. Petersburg geschrieben, wurde die fernere Instruction abgefaßt, die man Thugut ertheilte. Auch jetzt wieder stellte Kaunitz an die Spitze seiner Ausführungen den Grundsatz, man dürfe sich der Pforte gegenüber nicht weich finden lassen, sondern müsse sich standhaft erweisen. Man solle ihr durchaus nicht verhehlen, Oesterreich sei unerschütterlich entschlossen, den Besitz der früher zu Siebenbürgen und zu Pokutien gehörigen Gebietstheile, welche dereinst von den Walachen und den Moldauern usurpirt, jetzt aber von österreichischer Seite zurückgenommen wurden, so lang zu behaupten, bis man hierüber zu einer freundschaftlichen Vereinbarung mit der Pforte gelange. Oesterreich sei zu einer solchen in hohem Grade geneigt. Wenn die Pforte einen gleich guten Willen besäße, so wäre man bereit, die Abtretung des zu Pokutien gehörigen Landstriches durch Nachgiebigkeit in Bezug auf die von Siebenbürgen abgerissenen Gebietstheile zu erkaufen. Man würde daher alles für Oesterreich in Besitz genommene walachische Land von dem Piritsker Passe angefangen an die Pforte zurückstellen. Wäre dieß nicht zu erlangen, dann würde man als äußerstes Zugeständniß und somit als Ultimatum sich dazu herbeilassen, alles neu occupirte Gebiet von dem Borgoer Passe in Siebenbürgen angefangen der Türkei wieder einzuräumen. Hieran festzuhalten, wäre jedoch schon aus der Ursache ganz unerläßlich, weil sich im Falle des Gegentheils eine Art Landzunge, unter türkischer Botmäßigkeit stehend, zwischen Siebenbürgen und Galizien einschieben und

die durchaus nothwendige Verbindung zwischen diesen zwei Ländern aufheben würde.

Auf Grund dieser Vorschläge möge Thugut der Pforte ferner erklären, Oesterreichs Absicht sei vornehmlich darauf gerichtet, alle Streitfragen vollständig zu schlichten, welche aus früheren Ansprüchen und Forderungen etwa hervorgehen könnten. Es sei ihm darum zu thun, schon von vorneherein Alles zu beseitigen, was das freundschaftliche Verhältniß zwischen den zwei benachbarten Staaten jemals zu trüben vermöchte. Darum sei der Kaiserhof der Ansicht, man möge sich zuerst über die Vorfrage einigen, was von Seite der Pforte an Oesterreich überlassen und was ihr zurückgestellt werden solle. Habe man diese Richtschnur für das beiderseitige Verfahren einmal gewonnen, dann möge eine Commission zur Regulirung der Grenze zusammentreten. Ihr fiele die Aufgabe zu, die einzelnen Punkte auf Grundlage der zwischen den beiden Staaten bereits getroffenen Vereinbarung ins Reine zu bringen.

Um die Pforte auf die Ideen und Begehren des Wiener Hofes leichter eingehen zu machen, möge ihr Thugut den Werth des jetzt von Oesterreich in der Walachei occupirten und an sie zurückzustellenden Gebietes recht anschaulich schildern. Dasselbe besitze nicht nur eine ziemlich große Ausdehnung, sondern auch sonstige Vorzüge. Es könne daher immerhin als ein angemessenes Aequivalent für die Bukowina angesehen werden. Und da endlich sehr viel auf die Art und Weise ankomme, in welcher der Hospodar Ghika der Pforte über den an Oesterreich abzutretenden moldauischen District Bericht erstatten werde, so sei nichts zu verabsäumen, wodurch er für Oesterreich gewonnen werden könnte. Man sei bereit, ihm entweder eine beträchtliche Geldsumme auf einmal oder eine Jahrespension zu Theil werden zu lassen [623]).

Viel eher als ein Versuch gemacht werden konnte, zu ergründen, ob durch Mittel solcher Art bei Ghika irgend etwas zu erreichen sei, hatte derselbe, wie Thugut schon im Voraus befürchtet, eine Stellung eingenommen, die zu den Absichten Oesterreichs sich in entschiedenem

Gegensatze befand. Es lag ja in der Natur der Sache, daß der Hospodar der Moldau jeder ansehnlichen Schmälerung des eigenen Gebietes mit Nachdruck widerstrebte. Daß Ghika dieß that, kann ihm weder, wie es von Seite Thuguts geschah, zum Vorwurfe gemacht werden, noch verleiht es ihm Anspruch auf besondere Lobpreisung; es lag eben in seinem eigenen Interesse und in dem seines Landes. Daß er, um auch die Pforte anzuspornen zum Widerstande gegen die Verwirklichung der Absichten Oesterreichs, den Werth und die Bedeutung der Bukowina vielleicht noch übertrieb, ist ebenfalls begreiflich. Auch die Richtigkeit seiner Behauptung, das Verfahren des Wiener Hofes stimme mit dessen oft wiederholten Versicherungen freundschaftlicher Gesinnung gegen die Pforte durchaus nicht überein, kann in keiner Weise bestritten werden. Und wenn er schließlich die Drohung aussprach, die Moldauer würden, wenn ihr rechtmäßiger Oberherr, der Sultan, sie gegen den Uebergriff Oesterreichs nicht schütze, zu einem fremden Staate ihre Zuflucht nehmen müssen, so that Ghika dabei nicht viel Anderes als daß er gleichfalls von den Mitteln Gebrauch machte, von denen er meinte, daß sie noch am ehesten einen entscheidenden Eindruck auf die Pforte hervorbringen könnten.

Es zeigte sich jedoch bald, daß Ghika mit dieser letzteren Drohung einen argen Mißgriff begangen hatte. Unter dem fremden Staate, von dem er der Pforte gegenüber sprach, konnte er unmöglich einen anderen als Rußland verstehen. In der Türkei war jedoch die Erbitterung gegen die Macht, vor der man sich soeben tief hatte beugen müssen in den Staub, noch so groß, daß man in Ghika's Drohung, sich an Rußland anzuschließen, einen Verrath sah, den man ihm so leicht nicht verzieh. Wenn den Berichten zu trauen ist, welche der Hospodar der Walachei, Fürst Alexander Ypsilanti an Thugut erstattete, so waren die Pfortenminister über die Drohung Ghika's so aufgebracht, daß sie hierüber die Sache, um die es sich handelte, den Verlust der Bukowina fast ganz aus den Augen verloren. Daher lautete auch die Antwort der Pforte auf die Erklärungen, die ihr im Namen des Kaiserhofes gemacht wurden, nicht geradezu ablehnend. Und Thugut fügte seinem Berichte den erneuerten Rath hinzu, man

möge sich nur ja nicht irre machen lassen in der vollständigen Festsetzung in der Bukowina. Ja es sei sogar nicht räthlich, die Erwerbung derselben durch Zurückstellung der in der Walachei occupirten Districte zu erkaufen. Denn die Pforte habe auf die letzteren bisher so wenig Werth gelegt, daß sie derselben ihm gegenüber noch niemals Erwähnung that [624]).

Mußte man nach diesem Berichte Thuguts auf den entschlossensten Widerstand Ghika's gegen die Abtrennung der Bukowina von der Moldau gefaßt sein, so deuteten doch schon die nächsten Meldungen des österreichischen Internuntius darauf hin, daß es Ghika eigentlich darum zu thun war, auf beiden Achseln zu tragen und es nach keiner Seite hin zu verderben. Noch in der ersten Hälfte des Jänner 1775 erschien Jakobaki Riso bei Thugut, um sich im Namen Ghika's in vertrauliches Einvernehmen mit ihm zu setzen. Unmöglich könne der Hospodar es umgehen, erklärte jetzt der moldauische Agent, die an ihn gelangenden Berichte der Bojaren, welche wohl auch auf anderen Wegen der Pforte zukommen könnten, der letzteren vorzulegen. Er habe jedoch seinen Schwiegervater beauftragt, Thugut noch früher Alles insgeheim mitzutheilen, um ihn in den Stand zu setzen, die etwa erforderlichen vorläufigen Maßregeln zu treffen. Zur Erhärtung dieser Versicherung las Jakobaki Riso dem Internuntius ein Schreiben Ghika's vor, in welchem er ihn bat, sich vor Allem der aufrichtigen Gesinnung Thuguts und seines Vertrauens zu versichern. Die Betheuerung war darin enthalten, Ghika werde in der auf die Bukowina bezüglichen Angelegenheit dem Kaiserhofe gegenüber Proben ablegen von seiner Ergebenheit. Seine Stellung nöthige ihn zwar, dem äußeren Scheine nach gegen die Occupation der Bukowina Vorstellungen und Beschwerden an die Pforte gelangen zu lassen. Man möge sich jedoch weder an sein eigenes Geschrei, noch an die Klagen der moldauischen Bojaren kehren, welche den Verlust ihrer in der Bukowina gelegenen Güter besorgten, sondern nur mit Standhaftigkeit auf der Durchsetzung der Forderungen des Wiener Hofes beharren. Jakobaki Riso und Thugut hätten insgeheim und gemeinschaftlich dahin zu wirken, daß Ghika zum bevollmächtigten Commissär der Pforte bei der Grenz-

regulirung ernannt werde. Gelange er auf solche Weise in den Besitz der Mittel, seinen guten Willen dem Kaiserhause werkthätig zu beweisen, dann werde dasselbe auch alle Ursache haben, mit seinem Betragen vollkommen zufrieden zu sein. Seine etwaige Belohnung für diese Dienste stelle er einzig und allein der Großmuth Ihrer kaiserlichen Majestäten anheim. Eines der erwünschtesten Merkmale ihrer Gnade würde darin bestanden haben, wenn aus Anlaß dieser Grenzregulirung die Festung Chotim geschleift und ihr Gebiet der Moldau zurückgegeben würde. Es betrage nicht einmal den fünften Theil des von den österreichischen Truppen besetzten Districtes. Die Zurückstellung desselben an die Moldau würde jedoch aus anderen Ursachen eine willkommene Entschädigung abgeben und hiedurch auch der Widerspruch der Moldauer gegen die Abtretung der Bukowina wohl beschwichtigt werden. Der Pforte aber müsse man Ernst zeigen und sie schließlich zwingen, zur Verwirklichung eines solchen Begehrens die Hände zu bieten. Und ein Schreiben Ghika's an Thugut, das Jakobaki Riso ihm einhändigte, war zwar in sehr vorsichtigen Ausdrücken, aber doch in einer Weise abgefaßt, welche sichtlich das Bestreben verrieth, den Kaiserhof und dessen Repräsentanten seiner ergebenen Gesinnung zu versichern [625]).

So zufriedenstellend diese Erklärungen Ghika's auch an und für sich lauten mochten, so glaubte doch Thugut ihnen keineswegs unbedingt trauen zu dürfen. Allerdings sei es durchaus nicht unmöglich, schrieb er an Kaunitz, daß Ypsilanti bei der gegenseitigen Gehässigkeit der Griechen seinen Bericht über die Bestrebungen Ghika's bei der Pforte hie und da übertrieben habe. Aber man kenne die Unverläßlichkeit und die Doppelzüngigkeit der Griechen und insbesondere Ghika's nur allzuwohl, um auf ihn irgendwie bauen zu können. Er habe sich daher begnügt, sich gegen Jakobaki Riso in unverfänglichen Aeußerungen zu ergehen und glaube dieß auch fortan thun zu sollen, bis der fernere Verlauf der Dinge dieselben in klareres Licht gesetzt haben werde [626]).

Inzwischen hatte endlich, durch die Beschwerden der moldauischen Bojaren und des Hospodars aufgestachelt, auch die Pforte durch den

Reis Efendi die geschehene Occupation der Bukowina gegen Thugut neuerdings zur Sprache gebracht. Eifrigst bemühte sich Thugut, Oesterreichs Verfahren in einem möglichst günstigen Lichte erscheinen zu lassen und die Berechtigung seiner Ansprüche auf die Bukowina einleuchtend darzuthun. Er erreichte wenigstens so viel, daß der Reis Efendi und der Pfortendolmetsch Constantin Morusi, welch letzterem Thugut für etwaige Dienste eine angemessene Belohnung versprach, sich anheischig machten, die Entschlüsse des Großherrn und der Pfortenminister über die Forderungen Oesterreichs einzuholen, welche Thugut in einer eigenen Denkschrift noch näher begründete und erläuterte. Gleichzeitig konnte Thugut berichten, sogar Ghika habe der Pforte den vermittelnden Vorschlag gemacht, zwar nicht den ganzen von österreichischer Seite geforderten District, aber doch so viel moldauisches Land an das Kaiserhaus abzutreten, daß hiedurch die von dem letzteren so dringend gewünschte directe Verbindung zwischen Siebenbürgen und Galizien sichergestellt werde [627]).

Thugut war dieser letztere Vorschlag durchaus nicht willkommen. Denn er befürchtete wohl nicht mit Unrecht, die Pforte werde denselben begierig ergreifen, um sich noch weitergehenden Verlusten zu entziehen, Oesterreich aber müsse sich schließlich mit einer viel geringeren Erwerbung begnügen, als es ins Auge gefaßt habe. Mit Spannung verfolgte Thugut die Berathungen, welche im Schooße des Diwans über diese Angelegenheit stattfanden. Er meldete nach Wien, daß der Mufti, wie es von seiner Stellung und seinem Charakter nicht anders zu erwarten war, eifrig gegen jede Gebietsabtretung sei [628]), daß jedoch auch die entgegengesetzte Anschauung ihre Vertreter besitze. Und in den ersten Tagen des März 1775 konnte Thugut berichten, er habe von der Pforte einstweilen eine vorläufige Antwort erhalten, derzufolge sie bereit und des Willens sei, so viel es ihre Umstände erlaubten und mit Billigkeit verlangt werden könne, ihre Achtung für den Kaiser und die Kaiserin durch nachbarliche Willfährigkeit für deren Wünsche zu erproben [629]).

Von vielfachem Interesse ist die Darstellung der Verhandlungen, welche jetzt zwischen dem Reis Efendi und Thugut über die Begehren

Oesterreichs gepflogen wurden. Anfangs wollte man von türkischer Seite eine Gesandtschaft nach Wien senden. Um die Zurückziehung der österreichischen Truppen aus der Bukowina sollte sie bitten und es dahin bringen, daß man von der beabsichtigten Gebietserwerbung entweder vollständig abstehe oder sie wenigstens auf das allergeringste Maß reducire. Als aber Thugut hiegegen ernstliche Einsprache erhob, ließ man in Constantinopel diesen Gedanken wieder fallen. Die Pforte erbot sich zur Berufung einer Commission, welche die Regulirung der Grenzlinie durchführen sollte, und sie gab sogar die vorläufige Anerkennung des Grundsatzes kund, Oesterreich solle so viel moldauisches Land erhalten, als es zur Herstellung einer angemessenen Verbindung bedürfe. Anfangs wollte man diese Linie nach dem Vorschlage Ghika's von Siebenbürgen nach Pokutien ziehen. Dann aber ließ man sich bereit finden, sie nach dem an Oesterreich gefallenen Theile Podoliens zu leiten[630]).

So groß auch der hiedurch schon errungene Erfolg war, so begnügte sich doch Thugut noch keineswegs mit demselben. Er drang vielmehr auf eine nähere Verabredung, durch welche die von der Pforte zu bewilligende Abtretung schon im Voraus auf einer Grundlage geregelt werden sollte, die den Absichten Oesterreichs möglichst entsprach. Denn nur in solcher Weise könnte man, behauptete Thugut, den Streitigkeiten vorbeugen, welche im Falle des Gegentheils zwischen den beiderseitigen Commissären unfehlbar entstehen müßten. Auch hiezu ließ sich die Pforte zuletzt herbei, und nach einer Besprechung, welche fast die ganze Nacht vom 2. auf den 3. April 1775 währte, konnte Thugut nach Wien berichten, daß die Abtretung des Landes von der Grenze Siebenbürgens bis an den District von Chotim schon so ziemlich zugestanden sei. Dieses letztere Gebiet so wie dasjenige von Alt-Orsowa sei jedoch in keiner Weise zu erlangen[631]).

In Wien hatte man bekanntlich jederzeit den größten Werth darauf gelegt, die Angelegenheit wegen Erwerbung der Bukowina in gütlichem Einvernehmen mit der Pforte zu schlichten. Ein Beweis hiefür wird wohl in dem Auftrage gefunden werden, welchen jetzt der Kaiser an den commandirenden General in Galizien erließ. Er

erhielt den Befehl, ein Gutachten zu erstatten, wie viel von dem neu occupirten Districte wieder an die Türkei zurückgegeben werden könne, ohne die Grenzlinie bloßzustellen und die Verbindung zwischen Galizien und Siebenbürgen zu gefährden. Aber es wurde natürlich auf dieses Gutachten nicht gewartet, um die Sache zur Entscheidung zu bringen. Nicht so sehr des Hauptpunktes, als verschiedener Nebendinge wegen, hinsichtlich deren die Pforte in Aufstellung ungereimter Forderungen sich ganz unerschöpflich erwies, vor Allem aber durch die gehässigen Einstreuungen des preußischen Gesandten Zegelin trat allerdings noch manche Verzögerung ein[632]). Thuguts Scharfsinn und Gewandtheit wurden jedoch schließlich all dieser Hindernisse Herr, und am 7. Mai 1775 kam die Convention zum Abschlusse, durch welche die Bukowina endlich definitiv an Oesterreich gelangte. Die Pforte verstand sich zur Abtretung des ganzen Gebietes, das zwischen den Grenzen Siebenbürgens, Ungarns, Pokutiens und dem Dniester lag. Die neue Grenzlinie sollte von Siebenbürgen bis zu dem Districte von Chotim gezogen und durch beiderseits abzusendende Commissäre geregelt werden. Um Streitigkeiten zwischen ihnen zu verhindern, wurden die Grenzorte schon vorläufig bestimmt. Suczawa fiel an Oesterreich, während Chotim den Türken verblieb. Die von österreichischer Seite gegen die Walachei hin gezogene Grenzlinie wurde anerkannt, dagegen jeder Anspruch auf Alt-Orsowa fallen gelassen.

In Wien besaß man Ursache genug, mit diesem Ergebnisse in hohem Grade zufrieden zu sein. Allsogleich meldete Kaunitz dasselbe sowohl der Kaiserin als ihrem Sohne. Maria Theresia, sonst so bereit zu Kundgebungen ihrer Anerkennung für Kaunitz, schwieg dieß Mal still, und wir dürfen darin wohl einen neuen Beweis dafür erblicken, daß sie das Verfahren, welches in Bezug auf die Bukowina beobachtet wurde, durchaus nicht billigte. Während sie in Allem, was die äußeren wie die inneren Geschäfte ihres Reiches betraf, nichts weniger als zurückhaltend war mit Darlegung ihrer Meinung, findet sich in ihrer Correspondenz mit ihrem Sohne und mit Kaunitz kein einziges Wort über eine Angelegenheit, welche doch so ziemlich die wichtigste genannt werden muß, mit der man sich damals in Oesterreich

beschäftigte. Aber eine flüchtig hingeworfene Aeußerung der Kaiserin an Mercy wirft ein deutliches Streiflicht auf die Stellung, welche die maßgebenden Personen in Wien in Bezug auf die Erwerbung der Bukowina einnahmen. „Noch gestern", schrieb schon am 4. Februar 1775 Maria Theresia an Mercy, „hatte ich ein Gespräch mit Kaunitz; „er scheint sehr eingenommen gegen Breteuil, und nimmt sich vor, „ihm gegenüber zurückhaltend zu sein, insbesondere dann, wenn er die „moldauischen Angelegenheiten zur Sprache brächte, in denen wir voll„ständig im Unrecht sind. Kaunitz vertheidigt darin nicht seine eigene „Sache, sondern als treuer Minister diejenige seines Herrn. Ich ge„stehe, ich weiß nicht wie wir uns noch hieraus ziehen werden, schwer„lich ehrenvoll, und das schmerzt mich ganz unaussprechlich" [633]).

Aus diesem und aus einem früheren Ausspruche der Kaiserin, durch welchen sie das Verfahren gegen die Moldau als ein solches bezeichnet, das ihrer Denkungsweise gerade entgegengesetzt sei [634]), wird man über ihre eigene Ansicht vollkommen aufgeklärt. Auch daß nicht Kaunitz, sondern Joseph derjenige war, welcher diesen Gedanken zuerst gefaßt hatte und auf dessen Geheiß an seiner Verwirklichung rastlos gearbeitet wurde, stellt sich wohl als ganz unzweifelhaft dar. Dieser gewiß ausreichend begründeten Behauptung entsprechen auch die eigenhändig niedergeschriebenen Worte des Kaisers, mit denen er die Meldung des Staatskanzlers über den Abschluß der Convention mit der Pforte beantwortete. „Nebst Remittirung dieser wahrhaft ver„gnüglichen Nachrichten", so lauten sie, „so des Fürsten ohnermüdeten „Eifer und so klar als vorsichtig gegebenen Weisungen allein zu ver„danken sind, so versichere ich Sie zugleich von meiner wahren Hoch„schätzung und freundschaftlichen Dankbarkeit" [635]).

So wie es vor vier Jahren beim Abschlusse der Convention mit der Pforte der Fall gewesen, so wurde auch jetzt wieder des Mannes gedacht, der bei der Erreichung des neuen und weit belangreicheren Erfolges, der Erwerbung der Bukowina sich als ein so nützliches Werkzeug der Politik Oesterreichs erwiesen hatte. Bei der bedeutungsvollen Rolle, welche Thugut später in Europa spielte, ist es wohl von besonderem Interesse, das Urtheil zu vernehmen, das ein Mann von

dem Scharfblicke und der Erfahrung des Fürsten Kaunitz in jenen früheren Tagen über ihn fällte. So sehr er seiner hervorragenden Begabung Gerechtigkeit widerfahren ließ, so meinte doch Kaunitz, man werde sich von Thugut nur dann ersprießliche Dienste versprechen dürfen, wenn man ihn richtig zu leiten verstehe. „Denn mit sehr „großen Eigenschaften verbindet er", sagt Kaunitz wörtlich, „überaus „große Fehler des Temperamentes, welche bei den Menschen, wenn „sie nicht mit Geschicklichkeit gelenkt werden, oft in sehr gefährliche „Fehler des Charakters ausarten." Er hoffe übrigens, fügte Kaunitz hinzu, daß es ihm gelingen werde, Thugut dem Wunsche des Kaisers zufolge noch länger in Constantinopel verweilen zu machen, wenn nur auch Maria Theresia dieß billigen und überhaupt seine hierauf abzielenden Vorschläge mit jenem Vertrauen genehmigen wolle, mit welchem sie ihn bisher beehrte. Er werde bestrebt sein, dasselbe durch die ehrfurchtsvolle und unerschütterliche Anhänglichkeit zu verdienen, die er ihr für sein ganzes Leben geweiht habe [636]).

„Ich verlasse mich ganz auf das", antwortete die Kaiserin, „was „Sie für Thugut zweckmäßig finden werden. Wahrhaften Antheil „nehme ich an Ihrer Befriedigung, und Sie lassen meinen Gefühlen „für Sie, welche nur mit meinem Leben erlöschen werden, volle Ge„rechtigkeit widerfahren. Meine ganze Erkenntlichkeit schulde ich Ihnen, „und ebenso meine Freundschaft und Hochachtung" [637]).

Wie sehr auch Thuguts Gesundheit durch den langen Aufenthalt in Constantinopel und die aufreibende Dienstleistung daselbst angegriffen war, so ließ er sich doch bereit finden, dem ihm ausgesprochenen Wunsche des Kaisers Folge zu leisten und noch ferner auszuharren auf dem Posten eines Internuntius; nur erbat er sich für den nächsten Frühling einen vorübergehenden Urlaub. Kaunitz benützte diese Meldung an die Kaiserin, um sie zu bitten, sie möge Thugut als Belohnung seiner ausgezeichneten Verdienste das Commandeurkreuz des St. Stephansordens verleihen [638]). Es ist charakteristisch für Maria Theresia und für ihre Beurtheilung der Geschäfte, in denen Thugut gebraucht worden, daß sie der Meinung war, auch das Ritterkreuz dieses Ordens sei eine ausreichende Belohnung für ihn. Das letztere

verlieh sie ihm wirklich; Kaunitz richtete jedoch eine eindringliche Gegenvorstellung an sie. Er bat sie, „diesen mehr auf Ehre als auf „Eigennutz zurückſehenden Mann nicht schlechter als die Freiherren „van Swieten und Reviczky zu tractiren" [639]), denen er dem Range nach gleichstehe.

„finde es stark", antwortete Maria Theresia hierauf, „gleich „comandeur. nachdeme der Kayser darzu inclinirt, werde es gehen „lassen. wegen seiner hieherkunft ist es erlaubt."

Es wird wohl nicht ganz mit Stillschweigen übergangen werden dürfen, daß Thugut zu dem erreichten Erfolge sogar von dem Manne beglückwünscht wurde, welchem die Abtrennung der Bukowina von der Moldau der Natur der Sache nach am meisten verhaßt war. Kein Geringerer als der Hospodar Ghika sprach in einem Schreiben aus Jassy von seiner Freude, daß die Vereinbarung Oesterreichs mit der Pforte zu Stande gekommen, und von dem Eifer, mit welchem er seiner Behauptung nach es sich habe angelegen sein lassen, diese Abmachungen zu fördern. Deutlich gab er zu verstehen, daß er nicht nur für sein Land, sondern auch für sich selbst von der Großmuth des Kaisers und der Kaiserin eine Schadloshaltung erwarte [640]). Mit Recht hob Thugut bei diesem Anlasse wieder die „treulose Zweideutigkeit" Ghika's hervor [641]). Und so wenig derselbe für seine rastlosen Bemühungen, die Loslösung der Bukowina von der Moldau zu verhindern, vernünftiger Weise Tadel verdient, so sehr muß doch die Falschheit und Doppelzüngigkeit seiner Sprache sowie sein Bestreben, von einem Ereignisse, welches unter allen Umständen ein für die Moldau unglückliches war, wenigstens für sich noch Gewinn zu erhaschen, auch heut zu Tage noch mit Ekel erfüllen.

Siebzehntes Capitel.

Die Grenzausgleichung.

Mit demselben Berichte, mit welchem Kaunitz dem Kaiser die Anzeige erstattete von dem Abschlusse der Convention wegen Abtretung der Bukowina, legte er ihm auch neue Nachrichten aus Warschau über die Fortschritte der Verhandlungen vor, die über die endgültige Feststellung der galizischen Landesgrenze noch immer gepflogen wurden.

Man weiß daß mit dem Vertrage vom 18. September 1773, durch welchen Polen seine Zustimmung zu der Lostrennung der von Oesterreich begehrten Gebiete ertheilt hatte, diese Angelegenheit noch durchaus nicht beendigt war. Um die eigentliche Feststellung des Grenzzuges handelte es sich noch, und manche streitige Frage sollte hiebei zur Austragung gelangen. Die wichtigste derselben bestand bekanntlich in der von Oesterreich verlangten Vorschiebung der Grenze bis an den Sbrucz, während man in Polen den Sereth als Grenzfluß angenommen wissen wollte. Diese letztere Auffassung wurde von der russischen Regierung mit Nachdruck unterstützt.

Es läßt sich in keiner Weise bezweifeln, daß Maria Theresia und Kaunitz geneigt gewesen wären, sich hinsichtlich dieser Streitfrage gegen Rußland und Polen nachgiebig zu zeigen. Aber bei dem Widerspruche, der von Josephs Seite zu gewärtigen war, ging der Staatskanzler gar nicht so weit, der Kaiserin positiv zur Nachgiebigkeit zu rathen. Er legte ihr eine Darstellung der Sachlage vor, in der sowohl die Gründe, welche für das Beharren auf den einmal gestellten

Forderungen, als diejenigen vorgeführt und gegen einander abgewogen wurden, die für das Fallenlassen derselben sprachen. Aus der besonderen Betonung der letzteren und ihrer sorgfältigeren Auseinandersetzung ist wohl mit ziemlicher Bestimmtheit zu entnehmen, wohin eigentlich die Sympathien des Staatskanzlers sich neigten. Aber die Entscheidung stellte er einzig und allein dem Ermessen der Kaiserin anheim[642]).

Maria Theresia war jedoch gleichfalls sehr weit davon entfernt, in einer so wichtigen Sache nur auf eigene Verantwortung hin vorgehen zu wollen. Sie theilte vielmehr den Bericht des Staatskanzlers ihrem Sohne mit und verlangte dessen Gutachten zu hören. Dasselbe fiel, wie leicht vorherzusehen gewesen, dahin aus, daß man das für Oesterreich in Anspruch genommene und bereits von dessen Truppen besetzte Stück Pokutiens um keinen Preis wieder fahren lassen dürfe. Und nicht nur im Tone der größten Entschiedenheit vertrat Joseph diese Ansicht, sondern er bediente sich hiezu auch einiger Ausdrücke, welche für einen Mann wie Kaunitz nicht anders als höchst verletzend sein konnten. Jede Nachgiebigkeit müßte er, erklärte der Kaiser, als eine Feigheit betrachten, welche ihm, insofern dadurch der Verlust einer für die Monarchie im Allgemeinen und für Galizien insbesondere unersetzlichen Provinz herbeigeführt würde, geradezu unverantwortlich erschiene[643]).

So wenig verhüllt diese Vorwürfe Josephs auch waren, so nahm Kaunitz dieselben doch stillschweigend hin, und in der Sache, um die es sich handelte, wurde der Wille des Kaisers befolgt. Wie tief sich jedoch Kaunitz durch das Verfahren desselben verletzt fühlte, zeigte er dadurch, daß er an die Vorlage der Aktenstücke, deren Ausfertigung nothwendig geworden war, ein Entlassungsgesuch knüpfte. Er fühle allzu deutlich, schrieb er am 7. Dezember 1773 der Kaiserin, den zunehmenden Verfall seiner Gesundheit, als daß er im Stande wäre, die Pflichten seines Amtes noch ferner mit der hiezu erforderlichen Thätigkeit zu erfüllen. Er bat die Kaiserin, ihm einen Nachfolger zu geben, ihm selbst aber nach dreiunddreißigjähriger Dienstleistung den Rücktritt zu gestatten[644]).

Das Begehren des Staatskanzlers rief eine doppelte Kundgebung der Kaiserin hervor. Die eine war eine vertrauliche und einzig und allein für Kaunitz bestimmt, die andere muß eine amtliche genannt werden, welche mit Vorwissen Josephs erfolgte. „Ihr Billet", schrieb Maria Theresia auf einem abgesonderten Blatte an Kaunitz, „hat „mich weder erstaunt noch überrascht, wohl aber sehr empfindlich ge„schmerzt. Ich erwartete es schon seit einiger Zeit in Anbetracht meiner „eigenen Lage. Ich kann und will nicht auf dasjenige eingehen, was „Sie wünschen, und muß es daher ignoriren. Aber ich erwarte von „Ihrer Anhänglichkeit und sogar Freundschaft, daß Sie mich in meiner „grausamen Lage nicht im Stiche lassen. Sehen wir doch zu, ob es „nicht noch Mittel gibt, nach dreiunddreißig Jahren mühseliger und „treuer Dienste, die wir zusammen dem Staate geleistet, denselben zu „retten. Gibt es keine solchen Mittel, dann ziehen wir uns gemein„schaftlich zurück, aber nicht in anderer Weise, und zählen Sie auf „meine Freundschaft, meine Hochachtung und meine Dankbarkeit, wie „ich auf Ihre Anhänglichkeit zähle.

Maria Theresia" [645]).

Gleichzeitig mit diesem Billete der Kaiserin erhielt Kaunitz seinen Bericht zurück, auf welchen Maria Theresia eigenhändig die Worte geschrieben hatte:

„Ich habe die Genugthuung, Sie zu versichern, daß der Kaiser „so denkt wie ich, und daß Ihre Erhaltung uns ebenso am Herzen „liegt als das Vertrauen, das wir in Ihre Rathschläge setzen" [646]).

Aber nicht nur Maria Theresia bewies bei dieser Gelegenheit dem Fürsten Kaunitz neuerdings ihr unverändertes Wohlwollen in jener herzgewinnenden Weise, welche ihr eigen war. Auch Joseph schien zu fühlen, daß er sich zu weit hatte hinreißen lassen, und er schrieb jetzt gleichfalls an Kaunitz in Ausdrücken, die wohl geeignet waren, denselben zu versöhnen. „Ich bitte Sie", so lauten die Worte des Kaisers, „die Hochachtung und das Vertrauen, deren ich Sie hiemit „versichere, für wahr und aufrichtig zu halten. Ihre unerschöpfliche „Quelle liegt in dem Charakter und in dem Geiste, die ich Sie seit

„meiner Geburt in so nützlicher Weise zum Wohle der Monarchie „und einer Mutter anwenden sah, welchen beiden allein all meine „Wünsche geweiht sind“ [647]).

Der persönliche Conflict zwischen dem Kaiser und Kaunitz schien hiemit vollends geschlichtet. Dem Willen und den Anschauungen des Ersteren entsprach die Antwort, welche hinsichtlich des Anspruches auf die Grenzlinie am Sbrucz der russischen Regierung ertheilt wurde. Die Verbindlichkeit des Tones, in welchem sie abgefaßt war, nahm ihm nichts von seiner Bestimmtheit. Gleichwohl kann nicht gesagt werden, daß sie am Hofe von St. Petersburg irgendwelchen Eindruck hervorgebracht hätte. Die Haupteinwendung desselben gründete sich fortwährend auf die Besorgniß, daß wenn Oesterreich seine Begehren noch über die Zugeständnisse ausdehne, die ihm bereits zu Theil geworden seien, man den König von Preußen nicht zwingen könne, von seinen über die abgeschlossene Convention weit hinausgehenden Forderungen abzustehen. Wenn nicht für Oesterreich, so wären sie doch für Rußland in hohem Grade bedenklich. Ja es müßte, um sich von dem Grundsatze der Gleichheit nicht zu entfernen, vielleicht ein ganz neuer Theilungsplan ausgearbeitet werden. Panin fügte gleichsam als seinen eigenen Gedanken hinzu, es wäre wohl das Beste, wenn Oesterreich und Preußen sich vorerst einigen und dann erst die Zustimmung Rußlands einholen wollten [648]).

Auf diesen letzteren Gedanken war man in Wien schon lang vor der aus St. Petersburg kommenden Anregung hiezu verfallen. Van Swieten, welcher die vier letzten Monate des Jahres 1773 in Oesterreich zubrachte, hatte vor seiner Rückkehr nach Berlin neue Instructionen erhalten. Einen wichtigen Punkt derselben bildete das Begehren Oesterreichs wegen der Anerkennung des Sbrucz als seiner Grenzlinie gegen Podolien, und der Auftrag an van Swieten, hiezu die Einwilligung des Königs von Preußen zu erwirken [649]).

Der entscheidende Beweggrund zu diesem Schritte lag ohne Zweifel in der Betrachtung, daß Friedrich, dem es zu jener Zeit um nichts so sehr als um eine ganz ansehnliche Erweiterung seiner eigenen

Gebietserwerbung zu thun war, ein Mittel zur Sicherstellung derselben in der Zustimmung zu den in der gleichen Absicht geschehenden Schritten des Wiener Hofes erblicken werde. So war es denn auch in der That, ja der Erfolg übertraf noch bei weitem die gehegte Erwartung. Als van Swieten dem Könige die ersten Mittheilungen machte, nahm Friedrich die Miene an, als ob es für Oesterreich nur um einen Zuwachs von wenigen Meilen sich handle. Er nannte die Hindernisse, welche von russischer und polnischer Seite gegen die Verwirklichung der Absichten Oesterreichs erhoben wurden, „bloße Chicanen", und er blieb auch dabei, als van Swieten ihm über die ganze Bedeutung des von österreichischer Seite gestellten Begehrens die der Wahrheit entsprechenden Aufklärungen ertheilte. Er zweifle nicht daran, sagte der König, Oesterreich werde die entstandenen Schwierigkeiten schließlich zu beseitigen vermögen. Er selbst wenigstens betheilige sich keineswegs an ihnen, und er sei nicht im mindesten eifersüchtig auf den Antheil, welchen Oesterreich erhalte. Aber freilich fügte er gleichzeitig hinzu, daß man auch ihm Anstände errege, während er doch nichts Anderes verlange, als was ihm bereits in der abgeschlossenen Convention zugestanden worden sei. Van Swieten hielt es, um sich sein eigenes Spiel nicht zu verderben, für klug, sich stillschweigend zu verhalten zu einer Behauptung, welche mit der Wahrheit in so entschiedenem Widerspruche sich befand[650]). Und wirklich rieth Friedrich der russischen Regierung, der Festsetzung Oesterreichs am Sbrucz keine Hindernisse mehr zu bereiten. Aber freilich that er dieß nur, um aus dem Vorgange Oesterreichs die Rechtfertigung seines eigenen Verfahrens ableiten zu können[651]).

In Wien war man keinen Augenblick im Zweifel über die Beweggründe, durch welche der König zu seinem für Oesterreich anscheinend so willfährigen Benehmen bestimmt wurde. Man wußte daher auch, daß ein nachhaltiger Beistand desselben nur durch eine angemessene Gegenleistung erkauft werden könnte. Selbstverständlich hatte sie darin zu bestehen, daß auch seine Absicht auf beträchtliche Ausdehnung des von ihm neu gewonnenen polnischen Gebietes von Seite des Kaiserhofes mächtig gefördert werde. Hiezu erklärte man sich denn auch in

Wien bereit. Van Swieten erhielt den Auftrag, den Versuch zu machen, eine förmliche Verabredung mit dem Könige von Preußen zu Stande zu bringen. Ihr zufolge hätten beide Staaten vorerst mit einander festzustellen, worin denn ihre nun zur Geltung zu bringenden Ansprüche eigentlich bestünden. Wäre dieß geschehen, dann sollten sie dieselben zunächst bei Rußland und dann erst bei Polen gemeinschaftlich durchsetzen [652].

Wichtiger noch als diese Depesche, von deren Inhalt van Swieten im Nothfalle dem Könige von Preußen Mittheilung machen konnte, war eine geheime Nachschrift zu derselben [653]. Darin wurde gesagt, daß zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes keine Vorsicht vernachlässigt und daher auch die Darbringung eines Opfers nicht vermieden werden dürfe. Es stelle sich als zweckmäßig heraus, das Begehren der Ausdehnung der galizischen Grenze bis an den Sbrucz nicht als ein neues Zugeständniß erscheinen zu lassen, das man von Polen verlange. Man wolle vielmehr dem ganzen Geschäfte den Anstrich einer Grenzregulirung geben, und sei daher bereit, für den Landstrich am Sbrucz der Republik Polen verschiedene bereits abgetretene Districte, insbesondere solche zurückzustellen, welche man zur Sicherung der Grenze nicht nothwendig brauche. Vor Allem wolle man dieß mit dem beträchtlichen Landstriche thun, der jenseits des Bug liege und ganz unstreitig zu dem österreichischen Antheile gehöre; er werde ein vortreffliches Tauschobject abgeben. Aber freilich könne solches nur in dem Falle geschehen, wenn auch der König von Preußen sich herbeilasse, ein Gleiches zu thun und die von ihm ins Auge gefaßten neuen Gebietserwerbungen durch Zurückstellung schon in Besitz genommener Districte zu erkaufen.

Wer sich der Habgier erinnert, welche Friedrich bei jeder Gelegenheit, und insbesondere in den auf die polnische Theilung bezüglichen Geschäften an den Tag legte, den wird es mit nicht geringer Verwunderung erfüllen, daß man in Wien wirklich von der Annahme ausgehen konnte, er werde sich zu irgendwelchen Zugeständnissen herbeilassen, um durch dieselben leichter zu den von ihm begehrten neuen Erwerbungen zu gelangen. Ein tieferes Eindringen in den Charakter

des Königs, welchen man doch am Kaiserhofe ziemlich genau zu kennen in der Lage sich befand, hätte von vorneherein jede derartige Erwartung als illusorisch erscheinen lassen sollen. Wie sehr man sich mit derselben getäuscht, wurde schon aus van Swietens nächstem Berichte vollständig klar. Gern wollte der König gemeinsame Sache mit Oesterreich machen zur Durchsetzung der beiderseitigen Ansprüche, aber von einer Ermäßigung derselben und schon gar von einer Zurückstellung schon in Besitz genommener Landstriche wollte er nichts hören. „Wir „müssen Alles behalten, was wir jetzt besitzen", antwortete er van Swieten, „unser Recht darauf ist gut und wir müssen es behaupten." Das Begehren Oesterreichs wegen Vorrückung seiner Grenze bis an den Sbrucz billigte er dessen ganzem Umfange nach. Und immer wieder kam er darauf zurück, daß wenn nur Oesterreich und Preußen in dieser Sache zusammenhielten, auch von russischer Seite kein nachhaltiger Widerstand zu besorgen sein werde. Stimme jedoch der Hof von St. Petersburg zu, dann bleibe auch Polen nichts übrig als sich zu fügen [654].

Die Versicherung van Swietens, der Entschluß des Königs von Preußen sei unwiderruflich gefaßt und durch nichts zu erschüttern, stieß in Wien noch auf einige Zweifel. Wie Maria Theresia hierüber dachte, ist aus keiner Aufzeichnung ersichtlich. Joseph war der Meinung, man könne der Anschauung des Königs von Preußen sich anschließen und müsse sich dann gleichfalls jeder Zurückstellung polnischen Gebietes enthalten. Kaunitz hingegen vertrat die Ansicht, man müsse noch fortwährend darauf hinarbeiten, den König zu bestimmen, es bei dem Begehren bewenden zu lassen, das Land längs der Netze bis an den Goploer See zu erlangen, im Uebrigen aber sich auf das linke Ufer der Weichsel zu beschränken. Geschehe dieß nicht und beharre der König darauf, Alles zu erreichen was er begehre, dann werde Oesterreich, erklärte Kaunitz dem Kaiser, bei der auch von seiner Seite verlangten Vergrößerung weit mehr verlieren als gewinnen. Da Friedrich es zur Herbeiführung eines Verständnisses mit Oesterreich für wünschenswerth erklärt hatte, sich gegenseitig die Grenzkarte mitzutheilen, war Joseph im Begriffe, dem Obersten Seeger den Auftrag zu deren Verfertigung und

Uebersendung zu geben. Kaunitz bat nun um zwei solcher Karten, von denen die eine den gegenwärtigen Besitzstand, die andere aber denselben mit Hinweglassung der Landstriche darstellen sollte, die man an Polen zurückgeben könnte, um auch den König von Preußen zu dem gleichen Verfahren zu bringen[655]).

Es läßt sich nicht behaupten, daß der Auftrag, welcher nun an den Obersten Seeger erging[656]), dem Wunsche des Kaisers vollständig entsprochen hätte. Man kann hieraus entnehmen, wie ungern sich auch Joseph mit dem Gedanken befreundete, irgend etwas zurückzugeben, was schon einmal in Besitz genommen worden war. Ihm handelte es sich vor Allem darum, möglichst große und werthvolle Erwerbungen für Oesterreich zu machen. Ob hiedurch auch gleiche für Preußen herbeigeführt wurden, kam bei ihm erst in zweiter Linie in Betracht, während in entschiedenem Gegensatze hiezu Kaunitz in jeder ansehnlichen Vergrößerung Preußens eine so große Gefahr für Oesterreich erblickte, daß sie sogar mit Hintansetzung eines schon gewonnenen Vortheils verhindert werden sollte.

Durch die neuesten Nachrichten aus Polen wurde Kaunitz in dieser Ueberzeugung nur noch bestärkt. Sie bewiesen die Unersättlichkeit Friedrichs und seine Begierde, die Plünderung Polens von seiner Seite bis aufs Aeußerste zu treiben. Nach den Berichten, welche Reviczky im März und im April 1774 erstattete, hatte der König soeben einen Landstrich mit zweihundert Dörfern in Cujavien mit seinen Truppen besetzt. Man schätzte, obwohl weit übertrieben, die Ausdehnung des Gebietes, dessen er sich plötzlich bemächtigte, auf dreihundert Quadratmeilen[657]). In Polen gerieth Alles in die heftigste Aufregung; der preußische Gesandte Benoit wurde von dem Fürsten Anton Sulkowski, dessen Güter zum Theile in den von Friedrich weggenommenen Landstrichen lagen, öffentlich beschimpft[658]). Bei Oesterreich und bei Rußland führte man gegen das Verfahren Friedrichs Beschwerde und erklärte, gegen den mit Preußen abgeschlossenen Tractat protestiren zu wollen.

Diese Nachrichten aus Warschau verhalfen in Wien der Anschauung zum Siege, welche einer Betheiligung Oesterreichs an dem

von dem Könige von Preußen beobachteten Verfahren lebhaft widerstrebte. Man erfüllte zwar dessen Wunsch und theilte ihm die von dem Obersten Seeger vorgelegte Grenzkarte mit. Aber man vertheidigte neuerdings die Behauptung, daß die auf österreichischer Seite ausgesprochenen Begehren der mit Polen abgeschlossenen Theilungsconvention in keiner Weise widersprächen. Niemals habe man beabsichtigt, dieser Uebereinkunft geradezu entgegen zu handeln, und man werde sich so lang als nur immer möglich enthalten, zur Durchsetzung der erhobenen Ansprüche sich der Gewalt zu bedienen. Denn man wolle es vermeiden, um eines verhältnißmäßig geringfügigen Vortheils willen die Gehässigkeit der Polen sich zuzuziehen und neuerdings ihren Widerspruch hervorzurufen gegen die schon vollzogene Erwerbung Galiziens. Man werde daher nach wie vor sich bemühen, mit Polen im gütlichen Wege sich zu vergleichen [659]).

Als Kaunitz die Entwürfe dieser Depeschen, durch deren Inhalt Oesterreich sich lossagte von dem gemeinschaftlichen Verfahren mit dem Könige von Preußen, der Kaiserin zur Genehmigung vorlegte, da schrieb sie voll Freude auf des Staatskanzlers begleitenden Bericht: [660]) „placet; Gott lob". Denn es war leicht vorherzusehen und geschah auch wirklich, daß Friedrich sich durch den Widerspruch des Kaiserhofes nicht im Entferntesten irre machen ließ, die Bahn noch fortan zu verfolgen, die er in den polnischen Angelegenheiten eingeschlagen hatte. Nach wie vor vertheidigte er den Satz, man möge sich um die Polen und ihr Geschrei nicht im Mindesten kümmern. Nach nichts Anderem solle man trachten als nach Herbeiführung einer Verständigung zwischen Rußland, Oesterreich und Preußen. Sei dieselbe nur einmal erreicht, dann werde man Polen gegenüber dasjenige, worüber die drei Mächte sich vereinbart hätten, mit Leichtigkeit durchführen können [661]).

In demselben Maße, in welchem man in Wien sich von dem früher beabsichtigten Zusammengehen mit Preußen wieder zurückzog, steigerte man die Bemühung, zu einer Verständigung mit Polen und mit Rußland zu gelangen. Wirklich war die Erbitterung gegen den König von Preußen, welche in Warschau alle Gemüther beherrschte, so hoch gestiegen, daß man dagegen das Verfahren Oesterreichs ziemlich

milde beurtheilte und sich gegen die Behauptung, seine Forderungen seien thatsächlich in der Theilungsconvention begründet, immer weniger ablehnend verhielt. Aber bis zu wirklicher Zustimmung zu dem, was man von österreichischer Seite verlangte, war doch noch ein sehr weiter Weg. Die Verhandlungen rückten um so weniger vom Flecke, als auch Rußland noch immer auf seinem früheren Standpunkte beharrte. Der König von Polen hatte den Grafen Branicki nach St. Petersburg gesendet, um die Verwendung der Kaiserin von Rußland bei Oesterreich und bei Preußen in Anspruch zu nehmen. Hiedurch wurde Katharina zu eigenen Schreiben an Maria Theresia, an Joseph und an Friedrich veranlaßt. Dringend legte sie ihnen Allen ans Herz, auf die Forderungen an Polen zu verzichten, welche über die Theilungsconvention noch hinausgingen[662]).

Während der König von Preußen mit seiner Antwort rasch bei der Hand war und seiner Gewohnheit nach Alles auf Oesterreich schob, dessen Vorgang er einfach zur Richtschnur seines eigenen Verfahrens gemacht habe, bildeten in Wien die nach St. Petersburg zu erlassenden Antworten den Gegenstand langdauernder Erwägung. Schon in den letzten Tagen des Juni legte Kaunitz der Kaiserin den Entwurf ihrer Antwort vor, und mit nur geringer Veränderung wurde er genehmigt. Aber unendlich viel schwerer als seine Mutter war Joseph zu einem Entschlusse zu bringen. Allen Anzeichen nach war er aufs Aeußerste verstimmt[663]) über das so nachdrücklich betonte Begehren der Kaiserin von Rußland, daß Oesterreich Verzicht leisten solle auf die gerade von Joseph so dringend gewünschte Grenzlinie des Sbrucz. Andererseits scheint jedoch der Kaiser sich schon damals mit dem Gedanken einer größeren Annäherung an Rußland und mit dem Plane getragen zu haben, diesen Staat allmälig loszulösen von seinem engen Bündnisse mit Preußen und eine Allianz zwischen Oesterreich und Rußland an dessen Stelle zu setzen. Darum war, als Joseph sich endlich entschloß[664]), den von ihm selbst verfaßten Entwurf seines Schreibens an Katharina dem Fürsten Kaunitz zu senden, der Letztere fast betreten ob der überschwenglichen Versicherungen der Bewunderung und der Verehrung, welche derselbe enthielt. Insbesondere schien es ihm weit hinausgeschossen

über das Ziel, wenn Joseph der Kaiserin Katharina betheuerte, bei oft sich wiederholenden Anlässen betrachte er sie als sein Beispiel und Muster [665]). Von dem Streitpunkte aber, um den es sich handelte und der eigentlich nur ihm selbst seinen Ursprung verdankte, sagte Joseph kein Wort. Er verwies die Kaiserin von Rußland auf das, was ihr Maria Theresia hierüber zuschreiben würde.

So ungern auch Kaunitz in die Erörterung irgend einer Meinungsverschiedenheit mit Joseph sich einließ, so wenig ging er doch dieser Pflicht aus dem Wege, wenn deren Erfüllung ihm unerläßlich erschien. Er wies den Kaiser ziemlich deutlich darauf hin, daß es passend gewesen wäre, wenn er das in dem Briefe seiner Mutter aufrecht erhaltene Begehren nach der Grenzlinie des Sbrucz auch seinerseits bei der Kaiserin von Rußland unterstützt hätte. Außerdem erscheine neben dem huldigenden Tone, den er ihr gegenüber anschlage, Maria Theresia's Schreiben nicht nur weit weniger verbindlich, sondern sogar hart und trocken, ja verletzend, so daß es unmöglich beibehalten werden könne. Kaunitz legte daher auch der Kaiserin einen ganz neuen Entwurf ihrer Antwort vor. Nachdem derselbe, sowie das Schreiben Josephs mehrfach verändert worden, gingen sie endlich, und zwar fast drei Wochen später als Friedrichs Brief nach St. Petersburg ab. Die Antwort Josephs behielt so ziemlich den Charakter bei, den ihr der Kaiser gleich ursprünglich gegeben [666]). Von der Sache, um die es sich handelte, war auch jetzt wieder mit keinem Worte darin die Rede; um so umständlicher ging jedoch Maria Theresia auf dieselbe ein. So freundschaftlich die Aeußerungen auch klangen, in denen ihr Brief abgefaßt war, so standhaft lauteten doch die darin enthaltenen Erklärungen. Neuerdings wurde die Behauptung aufgestellt, daß der in der Theilungsconvention angeführte Grenzfluß Podhorze in der Wirklichkeit gar nicht existire. Man habe keinen anderen zu finden vermocht als den Sbrucz, auf welchen diejenigen Umstände passen würden, die man in dem Vertrage dem Podhorze beigelegt habe. Man sei daher genöthigt gewesen, längs des Sbrucz die Grenzlinie zu ziehen. Länger als ein Jahr habe Niemand dagegen eine Einwendung erhoben, und der Kaiser habe sich selbst an Ort und Stelle von der Nothwendigkeit

überzeugt, so zu handeln, wenn man nicht den Grundsatz der Gleichheit der verschiedenen Antheile wieder umstoßen wolle. In der Convention sei übrigens festgesetzt, daß die definitive Grenzregulirung durch abzusendende Commissäre vorgenommen werden solle. Dieselben seien im Begriffe, sich an Ort und Stelle zu begeben, und man dürfe wohl erwarten, daß ihre Arbeiten zu einem für beide Staaten befriedigenden Ergebnisse führen würden. Wäre dieß wider Vermuthen nicht der Fall, dann bleibe noch die gleichfalls in den Verträgen verabredete gegenseitige Vermittlung der drei Mächte übrig, auf welche man ohne Noth nicht verzichten dürfe [667]).

Während der Zeit, welche zwischen der Ankunft der Briefe der Kaiserin von Rußland an Maria Theresia und an Joseph, und zwischen deren Beantwortung verflossen war, hatte sich der König von Preußen dem Wiener Hofe wieder genähert. Nichts schien er in höherem Maße zu fürchten, als in eine isolirte Stellung zu gerathen; neuerdings versicherte er daher van Swieten seiner Absicht, Hand in Hand mit Oesterreich zu gehen. Ja er ließ sogar hie und da eine Andeutung fallen, als ob er sich auch zu irgendwelcher Nachgiebigkeit, zur Zurückstellung des einen oder des anderen von ihm schon in Besitz genommenen Gebietes zu entschließen vermöchte. Freilich war der Kunstgriff, dessen Friedrich sich hiebei bediente, nicht schwer zu durchschauen. Nicht umsonst hatte er erst vor Kurzem sich neuer, ziemlich ausgedehnter Landstriche in Polen bemächtigt. Nicht so sehr, um auch diese noch für sich zu behalten, war solches geschehen, sondern in der Absicht, sich durch deren Zurückstellung an Polen das Ansehen zu geben, als ob er seine Begehren ermäßige und man daher auch das Gleiche von Oesterreich fordern könne [668]).

Wie dem aber auch sein mochte, auch in Wien war man nicht unempfindlich gegen die Vortheile, welche das Zusammenwirken mit dem Könige von Preußen doch immerhin mit sich brachte. Und selbst wenn auf die Aufrichtigkeit eines solchen nicht gerade zu bauen war, so mußte man es doch sorgfältig vermeiden, seinen Annäherungsversuchen gegenüber sich ablehnend zu verhalten. Der Courier, welcher

die Antworten des Kaisers und der Kaiserin nach St. Petersburg überbringen sollte, erhielt daher den Befehl, den Weg über Berlin einzuschlagen. Van Swieten wurde beauftragt, die Erklärungen, die man nach Rußland gelangen ließ, dem Könige mitzutheilen. Sie wurden von Friedrich in allen Punkten gebilligt [669]).

Noch ehe diese Schreiben von Wien nach St. Petersburg abgegangen waren, hatte der dortige preußische Gesandte Graf Solms dem Fürsten Lobkowitz die zuversichtliche Erwartung zu erkennen gegeben, man werde in Rußland den Wünschen Oesterreichs und Preußens sich fügen und es diesen Mächten anheimstellen, sich wegen der von ihnen begehrten Vergrößerung in Polen mit der Republik unmittelbar zu verständigen. Geschehe dieß wirklich, meinte Panin, und erhalte nicht nur Oesterreich, sondern auch Preußen, was es verlange, dann werde Letzterem fast viermal so viel als Oesterreich zufallen [670]). Und wirklich täuschte Solms sich in seiner Vermuthung nicht. Die entscheidendste der Ursachen, weßhalb man nach dem Eintreffen des Schreibens der Kaiserin und des Kaisers in St. Petersburg abließ von dem bisherigen Widerspruche gegen die Ausdehnung der Grenzlinien Oesterreichs und Preußens, mag wohl darin gelegen gewesen sein, daß man gleichzeitig die Nachricht empfing von dem Abschlusse des Friedens mit der Türkei. Die Zugeständnisse, zu denen die Pforte sich schließlich herbeigelassen, und die Vortheile, welche Rußland durch den Frieden erhielt, übertrafen so weit die Hoffnungen, die man in Rußland gehegt [671]), daß man sich jetzt leichter bestimmt fand, auch Oesterreich und Preußen ein Mehreres zu gönnen als bisher. Die dringenden Vorstellungen Friedrichs, man möge in St. Petersburg ablassen von dem bisherigen Widerstande gegen die Befriedigung der Ansprüche Oesterreichs und Preußens, blieben gleichfalls nicht länger ohne Wirkung. Schon nach wenigen Tagen versicherte Panin den Fürsten von Lobkowitz, Rußland wolle der Ausdehnung der österreichischen Grenze bis an den Sbrucz nicht das geringste Hinderniß mehr in den Weg legen. Sein Gesandter in Warschau, Freiherr von Stackelberg, werde demnächst angewiesen werden, dahin zu wirken, daß Polen sich mit Oesterreich und Preußen gütlich vergleiche [672]). Der

Krongroßfeldherr Branicki aber kehrte unverrichteter Dinge nach seiner Heimat zurück.

Nach dieser Erklärung von Seite Rußlands wurden die Verhandlungen über die Abgrenzung der polnischen Erwerbungen Oesterreichs und Preußens wenigstens vor der Hand hauptsächlich zwischen diesen beiden Staaten und Polen geführt. König Friedrich, der in jenen Tagen sich das Ansehen gab, die freundschaftlichsten Gesinnungen für Joseph zu hegen[673]), und der in Folge dessen auch van Swieten mit Aufmerksamkeiten überhäufte[674]), drang neuerdings darauf, daß Oesterreich und Preußen Hand in Hand gehen sollten in Polen. Er wiederholte die Versicherung, die Begehren Oesterreichs dort nachdrücklich unterstützen zu wollen, aber er verlangte, daß auch der Wiener Hof ihm gegenüber das gleiche Verfahren beobachte. Er drang auf eine förmliche Erklärung, daß Oesterreich die Ansprüche Preußens als solche erkenne, welche dem Theilungsvertrage gemäß seien, und daß es sie demnach zu fördern bereit sei[675]).

Wer sich der Meinung des Fürsten Kaunitz erinnert, derzufolge die vollständige Verwirklichung der Begehren des Königs von Preußen eine so große Gefahr für Oesterreich in sich schloß, daß um diesen Preis sogar die sonst so sehr erwünschte Grenzausdehnung bis an den Sbrucz viel zu theuer erkauft wäre, der wird sich nicht wundern, wenn man in Wien jetzt Anstand nahm, die von Friedrich verlangte Erklärung zu geben. Aber man bedurfte doch andererseits auch des Zusammenwirkens mit ihm; man mußte daher gar sehr auf der Hut sein und die Antwort, die man zu ertheilen hatte, sorgfältig erwägen. Solches geschah denn auch wirklich und man muß zugeben, daß die von Wien aus geschehende Erwiederung dem hohen Rufe des Fürsten Kaunitz, der sie an die Hand gab, durchaus entsprach.

Man besitze den Polen gegenüber kein Recht, so wurde dem Könige von Preußen entgegnet, ihnen dasjenige durch eine Erklärung als Vorschrift aufzuerlegen, was man nicht anders als durch freundschaftliche Verhandlung von ihnen erlangen solle. Außerdem habe Rußland nur einer derartigen Verhandlung, nicht aber einem Acte der

Eigenmächtigkeit beigestimmt, wie er in dem Vorschlage Preußens ohne Zweifel gelegen wäre. Endlich entspreche es keineswegs dem Interesse der Höfe von Wien und Berlin, zur Abgabe einer solchen Erklärung zu schreiten. Denn gewaltsame Mittel solle man jederzeit erst dann in Anwendung bringen, wenn man mit anderen durchaus nicht mehr auslangen könne. Nachdem die drei Theilungsmächte bisher gemeinsam gehandelt, schiene es für Oesterreich und für Preußen durchaus nicht zweckmäßig, eine Erklärung zu erlassen, der sich Rußland nicht anschlösse. Und wenngleich nicht wahrscheinlich, so wäre es doch auch nicht unmöglich, die Einwilligung der polnischen Delegation in die Begehren der zwei Mächte zu erlangen. Erst wenn alle Schritte, welche zur Erreichung dieses Resultates zu geschehen hätten, fruchtlos geblieben, wäre der Augenblick gekommen, in welchem die beantragte Erklärung räthlich erschiene. Dann aber müßte sie nicht allein von Oesterreich und Preußen, sondern auch von Rußland abgegeben werden, indem das gemeinsame Interesse der drei Theilungsmächte von ihnen verlange, Hand in Hand zu gehen in Allem, was sich auf ihre Angelegenheiten in Polen beziehe.

Jedoch nicht bloß auf die Ablehnung des von preußischer Seite gestellten Antrages beschränkte man sich in Wien; man blieb auch den Vorschlag über dasjenige nicht schuldig, was nun zu geschehen habe. Man rieth zur Fortsetzung der bisherigen Verhandlungen in Warschau und zur Ertheilung des Auftrages an die dortigen Gesandten Oesterreichs und Preußens, sich gegenseitig zu unterstützen, ohne jedoch gemeinschaftliche Schritte zu thun. Und erst wenn Polen durchaus nicht zur Willfährigkeit vermocht werden könnte, sollten beide Staaten an Rußland sich wenden, um in Gemäßheit der Tractate entweder seine Vermittlung oder sein gemeinschaftliches Einschreiten zur Erreichung des beabsichtigten Zweckes in Anspruch zu nehmen [676]).

Kaunitz erlebte die Genugthuung, seine Anträge von dem Könige von Preußen ihrem ganzen Inhalte nach angenommen zu sehen. Er habe niemals beabsichtigt, sagte jetzt Friedrich zu van Swieten, daß Oesterreich und Preußen in Warschau eine gemeinschaftliche Erklärung abgeben sollten. Um nichts Anderes sei es ihm zu thun gewesen, als

ein freundschaftliches Einverständniß zwischen den zwei Mächten über ihre Forderungen an Polen herbeizuführen. Dieser Zweck sei erreicht und er schließe sich Allem an, was man fortan in Wien zur Durchsetzung der beiderseitigen Ansprüche thun wolle [677]).

Es läßt sich nicht leugnen, daß Friedrich die ihm durch Kaunitz beigebrachte Schlappe geschickt zu bemänteln und sich anscheinend ruhig in dasjenige zu finden verstand, was er nicht zu ändern vermochte. In Wien aber war man aufs höchste zufrieden, daß es gelungen war, die von dem Könige von Preußen so lebhaft bevorwortete Identität der beiderseitigen Forderungen, wenn man so sagen darf, durchweg abzulehnen. Denn es war unschwer vorherzusehen, daß Oesterreichs Begehren, was man auch gegen sie einwenden konnte, einem weit weniger nachhaltigen Widerstande in Warschau begegnen würden als die noch viel unbilligeren Forderungen des Königs von Preußen. Daher verfolgte Kaunitz auch jetzt noch das Ziel, die Annahme der ersteren und die Beschränkung der letzteren in Warschau zu erwirken. Da man aber, führte er der Kaiserin gegenüber aus, mit Polen durchaus nur im gütlichen Wege zu einer Vereinbarung gelangen wolle und schon der Begriff eines Vergleiches eine beiderseitige Nachgiebigkeit voraussetze, so müsse auch Oesterreich sich mit diesem Gedanken mehr als bisher befreunden. Um die Grenzlinie des Sbrucz zu erreichen, möge man auf anderen Punkten sich den Polen willfährig erweisen. Dadurch nöthige man wohl auch den König von Preußen, ein Gleiches zu thun. Worin jedoch diese Willfährigkeit bestehen sollte, darüber wagte Kaunitz keine nähere Andeutung zu geben und er meinte, man solle allerdings nicht zuerst mit Zugeständnissen hervortreten, sondern es Polen anheimstellen, annehmbare Vergleichsvorschläge zu machen [678]).

Die Ursache dieser Zurückhaltung des Staatskanzlers lag ohne Zweifel in dem Widerspruche gegen jede Nachgiebigkeit, dessen er sich von Seite des Kaisers versah. Derselbe ließ in der That nicht lang auf sich warten. „Eure Majestät begehren", schrieb Joseph am 2. October 1774 aus Holitsch an seine Mutter, „meine Meinung „über die polnischen Grenzlinien zu hören; ich beeile mich, Ihnen die„selbe so gut als nur immer möglich zu eröffnen. Das Gebiet des

„Sbrucz, das von Dubienko und endlich Casimir sind die wichtigsten „Stützpunkte ganz Galiziens und diejenigen, welche von den Polen „am meisten bekämpft werden. Von unserer Seite hinsichtlich einiger „Parzellen längs des Bug oder gegen den Zusammenfluß des San hin „nachzugeben, heißt der Republik einige Fetzen darbieten, die sie nicht „verlangt, um diejenigen zu behalten, die sie zurückhaben will, und „darin liegt eine Schwächung unseres Rechtes. Der Theil Podoliens „bis zum Sbrucz ist uns durchaus nothwendig, um uns hinsichtlich des „Getreides von unseren Nachbarn unabhängig und um die Hauptstadt „und das Centrum unseres Königreiches leben zu machen. Dubienko „ist nothwendig für den Getreidetransport auf dem Bug, und um „aus der Ausfuhr und der Einfuhr der Naturproducte und der Waaren „die Vortheile zu gewinnen, welche der vorzüglichste Stapelplatz am „Bug, wenn man so sagen darf, gewährt. Casimir ist ebenso nöthig „wegen des Handels, der dort emporblühen kann, als hinsichtlich des „Ueberganges, den es über die Weichsel eröffnet, endlich wegen der „Möglichkeit, uns im Augenblicke von Unruhen jederzeit der Stadt „Krakau zu bemächtigen, und wegen der vortheilhaften Lage, in welche „uns für den Fall eines Krieges mit dem Könige von Preußen der „Besitz der Weichsel und gesicherter Magazine in Krakau versetzt. Wir „würden dann im Rücken Schlesiens auftreten und dadurch den Kriegs„schauplatz aus Böhmen nach Schlesien und Polen versetzen können" [679]).

Einige Tage später vertrat Joseph die gleichen Anschauungen in einer weitläufigeren Denkschrift. Sie gipfelte in dem Antrage, Reviczky möge beauftragt werden, fest darauf zu beharren, daß die Grenzlinie genau so belassen werde, wie sie ausgesteckt worden; von dem Könige von Preußen sei ja doch nie eine verhältnißmäßige Rückgabe zu erwarten. Beabsichtige man sich gleichwohl großmüthig zu zeigen, so könnte die Kaiserin öffentlich erklären: sie wolle entweder Galizien besitzen, so wie es jetzt abgegrenzt sei, oder das ganze Land ungesäumt an Polen in dem Falle zurückstellen, als ein Gleiches auch von Seite Rußlands und Preußens geschehe. Und am Schlusse seiner Denkschrift wiederholt Joseph diesen Vorschlag mit den Worten: „Ich werde also meine „Meinung nie ändern, darauf fest zu beharren, Alles so wie es liegt,

„beyzubehalten, oder um die Anderen in ihr Unrecht ganz zu setzen, „das Ganze zurückzugeben ihnen öffentlich freymüthigst anzutragen" [680]).

Man würde wohl ebensowenig gegen die Wahrheit verstoßen als dem Kaiser irgendwie Unrecht thun, wenn man die Behauptung aufstellen wollte, es sei ihm durchaus nicht Ernst gewesen mit dem letzteren Zusatze. Recht gut mußte er wissen, daß die Bedingung, an welche er die Verzichtleistung auf die ganze galizische Erwerbung knüpfen zu wollen erklärte, jetzt unmöglich mehr in Erfüllung gehen könne. Darum wurde denn auch auf diese Bemerkung gar keine Rücksicht genommen, als man sich anschickte, die erforderlichen Aufträge an Reviczky zu erlassen. In dem Augenblicke, in welchem man im Begriffe stand, dieß zu thun, erhielt man die Meldung von ihm, daß die polnische Delegation an ihn und an den preußischen Gesandten Benoit das Begehren gerichtet habe, die Feststellung des neuen Grenzzuges möge nicht in Warschau, sondern an Ort und Stelle durch die gegenseitigen Commissäre geschehen [681]).

In Wien war man diesem Verlangen von vorneherein durchaus nicht günstig gesinnt. In früherer Zeit hatte man sich freilich selbst in solchem Sinne geäußert. Aber jetzt hielt man dafür, daß es nur in der Absicht vorgebracht werde, Zeit zu gewinnen und die Entscheidung in die Länge zu ziehen. Unmöglich könne, meinte Kaunitz, die Absendung der Grenzcommissäre an Ort und Stelle von irgendwelcher Wirkung sein, so lang man nicht die Haupthindernisse in Warschau zu beheben im Stande gewesen sei. Denn die Commissäre vermöchten nur Zweifel, welche durch den Augenschein geschlichtet werden könnten, niemals aber eine Meinungsverschiedenheit zu beseitigen, die in der Beurtheilung der in Betracht kommenden Rechtsfragen liege.

Demungeachtet war Kaunitz der Ansicht, daß man den Polen die Erfüllung ihres Begehrens nicht weigern solle. Das Interesse Oesterreichs fordere, in den vertragsmäßigen und legalen Besitz Galiziens zu gelangen, nicht aber für alle Zukunft bloß thatsächlich und in unrechtmäßiger Weise dieses Land zu behalten, welches dann von Seite der Republik fortwährend zurückverlangt und unter hiefür

günstigen Verhältnissen auch zurückgewonnen werden könnte. Zur Erreichung des ersteren und allein anzustrebenden Zieles gebe es jedoch nur zwei Wege: entweder den gütlichen Vergleich mit Polen oder die Vermittlung der beiden übrigen Mächte. Nachdem von Seite des Kaisers die Entscheidung gefällt worden sei, daß die Grenzlinie aufrecht erhalten werden müsse und nichts an Polen zurückgegeben werden dürfe, falle die Möglichkeit, zu einem gütlichen Vergleiche mit Polen zu gelangen, von selbst hinweg. Es bleibe daher nur mehr der Weg der Vermittlung der beiden anderen Staaten übrig. Eine solche könne jedoch dem Theilungsvertrage zufolge nicht früher angerufen werden, als bis die gegenseitigen Commissäre nicht vermocht hätten, sich über die Festsetzung der Grenzlinie zu einigen. Wolle man daher den legalen Weg nicht verlassen, so müsse die Zusammentretung der Commissäre früher als die Anrufung der Vermittlung geschehen [682]).

Reviczky erhielt daher den Auftrag, den Mitgliedern der polnischen Delegation die Nutzlosigkeit und das Zeitraubende der von ihnen verlangten Maßregel neuerdings vorzustellen. Sollten sie gleichwohl auf ihrem Begehren beharren, so habe er ihnen zu erklären, Oesterreich werde sich demselben, jedoch nur unter der ausdrücklichen Bedingung nicht länger widersetzen, daß durch diese Verzögerung der Hauptsache in gar keiner Weise präjudizirt und der gegenwärtige Reichstag vor vollständiger Feststellung der Grenzlinie nicht aufgelöst werde [683]).

Die Vorhersagungen des Fürsten Kaunitz gingen von Punkt zu Punkt in Erfüllung. Die Commission zur Feststellung des Grenzzuges, zu welcher Oesterreich den Generalmajor Grafen Richecourt und den Obersten Freiherrn von Seeger abgeordnet hatte, trat zwar zusammen, aber es zeigte sich bald, daß ihre Verhandlungen ohne Resultat bleiben würden. Das ganze Verfahren der polnischen Commissäre, unter denen Fürst Jablonowski den ersten Rang einnahm, mußte den Verdacht erwecken, es sei ihnen mehr um die Unterbrechung ihres Geschäftes als um dessen Förderung zu thun. Schon bei der gegenseitigen Vorweisung der Vollmachten wurde dieß sichtbar. Die der polnischen Commissäre waren in einer Weise abgefaßt, daß man sich auf österreichischer Seite veranlaßt fühlte, auf deren Aenderung anzutragen. Die polni-

schen Commissäre benützten dieses Begehren als Vorwand, um den Verhandlungsort wieder zu verlassen. Allerdings wurde ihr Verfahren von Seite des Großkanzlers von Polen mit der Versicherung entschuldigt, die Commissäre hätten sich nicht nach Krakau begeben, um die Verhandlungen abzubrechen, sondern nur um ihre abgeänderten Vollmachten dort zu erwarten [684]). Aber wenn auch nach der Ankunft derselben die Verhandlungen neuerdings begannen, so machten sie doch auch jetzt wieder durchaus keine Fortschritte. Ein Gleiches war auch bei den analogen Verhandlungen Polens mit Rußland und mit Preußen der Fall. Um trotz dieses passiven Widerstandes der Polen ans Ziel zu gelangen, schlug der preußische Gesandte in Warschau vor, die drei Theilungsmächte sollten sich die von ihnen selbst vorgelegten Grenzkarten gegenseitig garantiren und sich um die Protestationen der Polen nicht mehr kümmern.

Der russische Gesandte Freiherr von Stackelberg schien ziemlich geneigt, diesem Antrage seines preußischen Collegen sich auch seinerseits anzuschließen. Aber mit Recht wies Reviczky darauf hin, daß ein solcher Vorgang jeder Loyalität vollständig entbehre [685]). Auch Kaunitz theilte die Meinung Reviczky's, und da nun seine erste Voraussetzung, die Undurchführbarkeit der Grenzregulirung durch die beiderseitigen Commissäre eingetreten war, so wollte er, seinem Plane getreu, den zweiten in dem Theilungsvertrage vorgesehenen Schritt thun und die Vermittlung der zwei anderen Mächte anrufen.

Ganz anderer Ansicht als Kaunitz war, wie man aus Friedrichs eigenen Erklärungen und denjenigen seines Gesandten in Warschau wußte, der König von Preußen. Man mußte daher vor Allem in Wien den Versuch wagen, ihn zu der Anschauung des Kaiserhofes zu bekehren. Um dieß wo möglich zu erreichen, richtete Kaunitz am 9. Jänner 1775 eine umständliche Depesche an van Swieten [686]). In derselben wurde vorerst das Verfahren des Königs von Preußen einer scharfen Kritik unterzogen und sein fortwährendes Mißtrauen gegen Oesterreich als ganz unbegründet bezeichnet. Sein Vorschlag aber befinde sich, erklärte Kaunitz, in offenem Gegensatze zu dem Theilungsvertrage. Er rette nicht einmal den äußeren Schein eines den tractatmäßigen Verpflichtungen

und der Billigkeit entsprechenden Vorganges. Für alle Zukunft würde hiedurch der Vorwurf wachgerufen werden, die drei Mächte hätten selbst zuerst dem Theilungsvertrage entgegengehandelt und dadurch dessen Verbindlichkeit auch für Polen entkräftet.

Der Antrag Oesterreichs hingegen bestehe in nichts Anderem als in der Ausführung der Bestimmungen des Tractates. Ausdrücklich sei darin vorgeschrieben, daß etwaige Grenzdifferenzen durch die Vermittlung der zwei anderen Höfe zur Entscheidung gebracht werden sollen. Hiedurch hätten die drei Theilungsmächte das Heft in den Händen, derlei Streitigkeiten nach ihrem eigenen Gutdünken zu behandeln, sich wechselseitig zu begünstigen und die Republik Polen zur Erfüllung des Schiedsspruches durch nachdrückliche Vorstellungen und Mittel zu vermögen, ohne daß sie mit Grund über unbefugte Gewaltthaten oder vertragswidrige Maßregeln Beschwerde zu erheben vermöchte. Da diese wohlausgedachte Bestimmung den drei Staaten offenbar zum Vortheile gereiche und das legale Mittel darbiete, sich zu nützen und Recht zu verschaffen, so würde man die Regeln der politischen Klugheit gar sehr außer Acht lassen, wenn man selbst dieses Mittel beseitigen und einen anderen minder passenden Weg einschlagen wollte.

Kaunitz blieb daher unerschütterlich bei seinem Vorschlage. Van Swieten wurde beauftragt, die Vermittlung des Königs von Preußen zur Begleichung der Grenzstreitigkeiten zwischen Oesterreich und Polen in förmlicher und feierlicher Weise in Anspruch zu nehmen. Er sollte hinzufügen, daß man ihm den gleichen Dienst auch von Seite Oesterreichs anbiete und seine Ansprüche nicht minder begünstigen werde, als man es von ihm sich erwarte. In demselben Sinne werde man sich auch an die Kaiserin von Rußland wenden, und man zweifle nicht, daß sie zu dieser in dem Tractate begründeten Vermittlung sich gern bereit finden lassen werde.

In dem Augenblicke, in welchem diese Depesche nach Berlin abgehen sollte, überbrachte der preußische Gesandte Freiherr von Riedesel dem Fürsten Kaunitz eine neue Erklärung des Königs. Ohne Zweifel sei, so ließ sich derselbe jetzt vernehmen, die Vermittlung der übrigen

Theilungsmächte der geeignetste Weg, um zu dem erwünschten Ziele zu gelangen. Zuverlässig wisse er jedoch, daß Rußland diese Vermittlung nicht übernehme. Nach seiner Ansicht könne man nichts Anderes thun, als durch die beiderseitigen Gesandten in Warschau die entschiedene Erklärung abgeben, Oesterreich und Preußen seien fest entschlossen, die von ihnen bereits gezogene Grenzlinie aufrecht zu erhalten. Man erwarte daher, die Republik werde nicht länger säumen, die Hand zu bieten zur Durchführung einer Angelegenheit, an deren baldiger Beendigung ihr selbst am meisten gelegen sein müsse. Gleichzeitig möge man trachten, die einflußreichsten Magnaten mit Geld zu gewinnen. Da auch Rußland es nicht verabsäumen werde, die Mitglieder der polnischen Delegation zur Einwilligung in die Forderungen Oesterreichs und Preußens zu ermahnen, so werde man in solcher Weise das gewünschte Ziel wohl erreichen.

Jedoch auch durch diese neuerlichen Vorstellungen des Königs von Preußen ließ man in Wien sich nicht irre machen, die Bahn zu verfolgen, die man als die einzig richtige ansah. Wenigstens so lang wolle man, wurde ihm erwiedert, kein illegales Mittel ergreifen, als das vorhandene legale nicht wirklich ergriffen wurde und fehlschlug [687]).

War Oesterreich der abweichenden Meinung des Königs von Preußen gegenüber auf seiner früheren Anschauung beharrt, so that Friedrich nun in nicht geringerem Maße das Gleiche. Er erneuerte die bestimmte Versicherung, Rußland werde sich zur Uebernahme der Vermittlung nicht herbeilassen. Als Beweggrund hiefür gab er an, Rußland werde behaupten, die beiden Mächte hätten ihre Ansprüche noch weiter ausgedehnt als die Theilungsconvention gehe; über dieselbe hinaus sei es jedoch zur Vermittlung nicht berufen.

Es wurde van Swieten nicht schwer, dem Könige zu beweisen, daß ja gerade der Fall, in welchem der eine oder der andere Theil sich nicht streng an die Abmachungen des Theilungsvertrages halte, derjenige sei, in dem die Vermittlung am ehesten, ja vielleicht einzig und allein Platz zu greifen habe. Aber der König wollte sich eben nicht überzeugen, und es war leicht zu erkennen, daß er der Vermittlung

hauptsächlich aus dem Grunde so sehr widerstrebte, weil er durch sie nicht mit gleicher Bestimmtheit zur Erfüllung seiner Wünsche zu gelangen hoffen durfte als durch einfache Behauptung des von ihm occupirten polnischen Gebietes [688]). Daher konnte man auch keinem Zweifel sich hingeben, er werde seinen mächtigen Einfluß in St. Petersburg anwenden, Rußland abzuhalten von der Gewährung seiner Vermittlung.

Von österreichischer Seite wurde in keiner Weise bestritten, daß der König richtig geurtheilt haben und das an Rußland zu stellende Begehren um dessen Vermittlung leicht abschlägig beantwortet werden könne. Aber Kaunitz war darum nicht weniger der Ansicht, daß es an den Hof von St. Petersburg gerichtet werden müsse. So wie man, schrieb er der Kaiserin, dem Verlangen der Polen wegen Absendung der Grenzcommissäre, obwohl man einen solchen Schritt im voraus für nutzlos habe ansehen müssen, willfahrt habe, weil es den Bestimmungen der Theilungsconvention entsprach, ebenso sei man verpflichtet, ihnen zufolge auch die Vermittlung Rußlands und Preußens zu verlangen. Erst wenn dieß geschehen wäre und die beiden Mächte sich einer im Tractate begründeten Verpflichtung entschlügen, trete der Fall ein, in welchem man sich damit begnügen müsse, das in Anspruch genommene Gebiet auch ohne Zustimmung der Polen zu behaupten. Ein solcher Besitz werde jedoch immer nur ein zweifelhafter und daher auch ein unsicherer sein [689]).

Wie in Allem, antwortete Maria Theresia dem Staatskanzler, stimme sie auch jetzt wieder seiner Anschauung vollständig bei [690]). Das förmliche Begehren um die vertragsmäßige Vermittlung zur Geltendmachung der Ansprüche Oesterreichs an Polen, welche sich auf die Feststellung der Grenzlinie bezogen, wurde nunmehr an Rußland und an Preußen gerichtet. Kaunitz hatte sich nicht über die Wahrscheinlichkeit getäuscht, daß es erfolglos bleiben werde [691]). Als der von ihm vorhergesehene Fall wirklich eingetreten war, blieb ihm nichts übrig als sich dem von dem Könige von Preußen eingenommenen Standpunkte auch seinerseits zu nähern und die in Besitz genommenen polnischen Gebietstheile einstweilen factisch zu behaupten. Aber man entsagte darum doch

der Absicht nicht, auf dem Wege der Unterhandlungen zu einem gütlichen Abkommen mit Polen zu gelangen und dessen förmliche Anerkennung der von Oesterreich geforderten Grenzlinie zu erwirken. Denn nur in der Zustimmung Polens erblickte man nach wie vor die dauernde Sicherstellung des neuen Besitzes.

Aus diesem Grunde war es auch dem Wiener Hofe ungemein erwünscht, daß nach langdauernder und fruchtloser Verhandlung zwischen den Grenzcommissären endlich von polnischer Seite ein Schritt geschah, der wenigstens einige Hoffnung erweckte auf Herbeiführung eines friedlichen Vergleiches. Im Juli 1775 war die Feststellung der Grenzlinie zwischen Rußland und Polen erfolgt. Einige der vornehmsten Mitglieder des permanenten Rathes, welcher nach Auflösung des Reichstages wenigstens theilweise mit den Befugnissen der früheren Delegation ausgerüstet worden war, sprachen jetzt gegen Reviczky den dringenden Wunsch aus, über die hauptsächlichsten Punkte, hinsichtlich deren noch ein Zwiespalt zwischen Oesterreich und Polen vorhanden war, wenigstens vorläufig zu einer Art friedlichen Vergleiches zu gelangen. Dann könnte sich, so ließ man von polnischer Seite nicht undeutlich durchblicken, die Republik, durch die gemeinsame Vermittlung Oesterreichs und Rußlands unterstützt, weit leichter den so sehr überspannten Forderungen Preußens widersetzen [692]).

Dieser Vorschlag entsprach den Ansichten und Bestrebungen des Fürsten Kaunitz am meisten. Zur Grenzlinie des Sbrucz zu gelangen und gleichzeitig allzuweit gehende Uebergriffe Preußens zu vereiteln, darin war dasjenige gelegen, was ihm jederzeit das Erwünschteste schien. Darum wurde jetzt den Polen geantwortet, es komme auf nichts Anderes an, als daß sie in billigem und versöhnlichem Geiste auf Auskunftsmittel bedacht wären. Sie sollten dieselben dem Kaiserhofe vorschlagen, auf daß er zu beurtheilen vermöge, ob man auf sie mit Aufrechthaltung der wichtigsten Punkte der österreichischen Begehren eingehen könne [693]).

Auch der russische Gesandte Stackelberg, von Joseph II. soeben in den Reichsgrafenstand erhoben, legte den dringenden Wunsch an den Tag, den Zwiespalt zwischen Oesterreich und Polen geschlichtet zu sehen,

um hiedurch am ehesten zu einer Eindämmung der überströmenden Begehrlichkeit Preußens zu gelangen. Die Polen aber vermieden es, über Vergleichsvorschläge zuerst zur Sprache zu kommen, denn sie waren ja, wie Reviczky sich ausdrückte, wie Handelsleute zu thun pflegen, fortwährend bestrebt, ihren eigentlichen Marktpreis nicht zu früh zu verrathen [694]). In Wien hätte man sich, wenn man nur die Sache an und für sich in Betracht zog, leichter hiezu entschlossen. Aber man mißtraute der Schweigsamkeit der Polen und zweifelte nicht, jede auch noch so vertrauliche Aeußerung würde alsbald dem Könige von Preußen bekannt werden. Man erneuerte daher das Begehren, die Vergleichsvorschläge sollten zuerst von polnischer Seite gemacht werden [695]).

Wie man sieht, warf man von der einen wie von der anderen Seite sich abwechselnd den Ball zu, ohne hiedurch die Sache auch nur im Mindesten zu fördern. Reviczky meinte, unter solchen Umständen bleibe nichts übrig, als ihn selbst insgeheim mit genauen Instructionen über die wahren Absichten des Kaiserhofes und über die Zugeständnisse zu versehen, zu denen man sich Polen gegenüber im äußersten Falle herbeilassen wolle [696]). Ehe man jedoch in Wien hierüber zu einem Entschlusse gelangt war, ging aus Warschau die Nachricht ein, der dortige preußische Gesandte habe die förmliche Erklärung abgegeben, sein König werde den an Polen gerichteten, über die Theilungsconvention noch hinausgehenden Ansprüchen entsagen, wenn von Seite Oesterreichs ein Gleiches geschehe.

Es verstand sich von selbst, daß man auf polnischer Seite jetzt mit Ungestüm in Reviczky drang, sich in analogem Sinne zu äußern. Aber der Letztere konnte kaum etwas Anderes entgegnen, als daß Oesterreich sich ja ohnehin innerhalb der Schranken des Vertrages gehalten habe [697]). Wer die Identität des Podhorze mit dem Sbrucz anerkannte, der vermochte auch gegen die Richtigkeit jener Behauptung keine gegründete Einwendung zu erheben. Aber Reviczky benützte doch diesen Anlaß, um in Wien neuerdings auf Ertheilung bestimmt lautender Instructionen zu dringen, und auch Kaunitz war der Meinung, eine entscheidende Antwort lasse sich nicht länger verschieben. Es galt ihm

als ausgemacht, daß die Erklärung des Königs von Preußen nicht ehrlich gemeint, sondern nichts sei als ein Kunstgriff, um die von ihm gemachten Ueberschreitungen der Theilungsconvention aufrecht zu erhalten und doch die Gehässigkeit eines solchen Verfahrens auf Oesterreich zu wälzen. Denn Niemand sei mehr darüber im Klaren als Friedrich, daß Oesterreich insbesondere nach der Erwerbung der Bukowina auf die Grenzlinie des Sbrucz unmöglich verzichten könne.

Um diese Absichten des Königs von Preußen zu durchkreuzen, gebe es, meinte Kaunitz auch jetzt wieder, kein geeigneteres Mittel als die Herbeiführung eines Vergleiches mit Polen. Zur Erreichung eines solchen möge man nunmehr von österreichischer Seite mit einem Projecte hervortreten. Man solle die Forderung der Grenzlinie des Sbrucz aufrecht erhalten, in minder wichtigen Punkten sich aber nachgiebig zeigen [698]).

Wie man weiß, hatte Maria Theresia schon lang darauf verzichtet, in den ihr so lästigen Fragen, welche auf die ihr verhaßte Theilung Polens sich bezogen, eine selbstständige Entscheidung zu fällen. In keinen anderen Händen lag dieselbe als in denen des Kaisers, und man muß zugeben, daß Joseph sich jetzt nachgiebiger finden ließ, als er es früher gewesen. Nicht unbeträchtlich waren die Zugeständnisse, welche nach den von ihm niedergeschriebenen Andeutungen stufenweise gemacht werden durften, um zu einer friedlichen Vereinbarung mit Polen zu gelangen [699]). Die wichtigsten derselben bestanden darin, daß im äußersten Falle das Oberhoheitsrecht über die Weichsel den Polen belassen und die Krakauer Vorstadt Casimir ihnen zurückgegeben werden könnte. Und Maria Theresia genehmigte die Anträge ihres Sohnes auch dort, wo sie sich von denen des Fürsten Kaunitz etwas unterschieden [700]). Reviczky aber erhielt endlich die von ihm so sehnlich gewünschten Instructionen, und der Oberst Freiherr von Seeger wurde beauftragt, sich nach Warschau zu begeben und mit seiner genauen Kenntniß des Grenzzuges dem kaiserlichen Gesandten bei den jetzt wahrscheinlich wieder beginnenden Verhandlungen hülfreich zur Seite zu stehen [701]).

Es kann nicht gesagt werden, daß man sich in Polen gegen die Anknüpfung derselben ablehnend verhalten hätte; man erklärte im Gegentheil, sie mit wahrer Freude zu begrüßen. Aber freilich hielt es darum doch keineswegs leicht, zu der von beiden Seiten gewünschten Vereinbarung auch wirklich zu gelangen. Die Behauptung, daß zur Zeit des Ablaufes des Jahres 1775 hiezu keine Aussicht vorhanden war [702]), ist zwar durchaus nicht als eine thatsächlich begründete zu betrachten. Denn man wußte damals schon mit ziemlicher Bestimmtheit vorher, daß die Polen hinsichtlich des Hauptpunktes, der Grenzlinie des Sbrucz nachgeben würden. Aber mit Ungestüm verlangten die Polen noch weitergehende Zugeständnisse, um dieselben wirklich als ein Aequivalent für die Abtretung des Districtes zwischen dem Sereth und dem Sbrucz betrachten zu können [703]).

Der Vorgang, der im Verlaufe dieser Darstellung so oft geschildert worden, trug sich auch jetzt wieder zu. Kaunitz wünschte nichts sehnlicher und er hielt nichts für ersprießlicher, als die Streitfragen hinsichtlich Polens endlich zur Ausgleichung zu bringen. Maria Theresia stimmte dem bei, aber sie nahm es nicht auf sich, aus eigener Machtvollkommenheit den entscheidenden Ausspruch zu fällen. Auch jetzt wieder theilte sie Reviczky's Berichte und die Vorschläge, welche Kaunitz daran knüpfte, dem Kaiser mit, welcher hierüber sein Gutachten abgeben sollte.

Eine zweifache Anfrage war von Reviczky gestellt worden. Er verlangte zu wissen, ob er für den Fall, daß die Polen das Gebiet bis an den Sbrucz nur gegen die Zusage abtreten wollten, Oesterreich verzichte auf jede Grenzerweiterung von der Weichsel bis an den Bug, sich hierauf einlassen dürfe. Und außerdem wollte er Aufklärung erhalten, ob er zur Durchsetzung der Forderungen Oesterreichs irgend eine beträchtlichere Geldsumme, und in welchem Betrage er sie anwenden könne?

Kaunitz war der Meinung, daß man nach beiden Richtungen hin die Anfragen Reviczkys bejahend beantworten solle. Er hielt den von polnischer Seite in Anspruch genommenen Landstrich für nicht

wichtig genug, um seinetwegen die Beendigung der ganzen polnischen Grenzsache noch länger zu verzögern. Dieselbe wäre auch um eine Geldsumme von zwölf- bis fünfzehntausend Dukaten nicht zu theuer erkauft [704]).

Gerade entgegengesetzt war jedoch die Anschauung des Kaisers über diese zwei Punkte. In gar keinem Falle und niemals könnte er, ließ Joseph sich vernehmen, zur Gewährung eines solchen Begehrens rathen und ihm zustimmen. Er sei bereit, auf der Landkarte nachzuweisen, um welch ausgedehntes Gebiet es sich dabei handle. Außerdem würden alle Vortheile der Festung Zamosc und die Möglichkeit eingebüßt werden, die Landesgrenze ausreichend zu schützen. Während sie jetzt durch Flüsse, Moräste und Waldungen gedeckt sei, würde sie dann vollkommen frei und schutzlos preisgegeben sein. Er könne nicht verhehlen, fügte der Kaiser hinzu, daß seines Erachtens in der ganzen Sache schon viel zu viel gethan worden sei. Wenn es auf ihn ankäme, so würde er auf einen ganz anderen Gedanken verfallen. Er würde erklären, der österreichische Antheil an den polnischen Gebietserwerbungen entspreche durchaus dem hierüber abgeschlossenen Vertrage. Man sei nicht gesinnt, denselben stückweise wieder verringern zu lassen, wodurch der größte Theil seines inneren Werthes verloren gienge. Oeffentlich möge man es kundgeben, schlug Joseph auch jetzt wieder vor, die Kaiserin wolle ihre ganze Gebietserwerbung an Polen zurückstellen, wenn von Seite der zwei anderen Theilungsmächte ein Gleiches geschehe. Durch eine solche Erklärung würde man das größte Aufsehen erregen und es vermeiden, die neugewonnene Grenzlinie allmälig wieder zu schwächen, ohne den eingebildeten Gewinn zu erlangen, auch den Antheil des Königs von Preußen gleichmäßig zu verringern. Einer ferneren Aufwendung von Geldmitteln werde man dann ebensowenig als der Ertheilung neuer Instructionen an Reviczky bedürfen [705]).

Es läßt sich wohl annehmen, daß Kaunitz sich durch diese schroffe Zurückweisung seiner Rathschläge empfindlich verletzt fühlen mochte, aber er gab sich darum noch nicht für vollständig besiegt. Freilich verzichtete er darauf, den Kaiser zur Gewährung eines Zugeständnisses bewegen zu wollen, das derselbe von vorneherein als ein

viel zu weitgehendes ansah. Aber er kehrte seinen Widerspruch gegen Josephs erneuerten Antrag, daß man sich zur Zurückstellung der ganzen polnischen Erwerbung bereit erklären solle, wenn auch Rußland und Preußen dieß thun würden. Allerdings werde eine solche Erklärung, bemerkte jetzt Kaunitz ironisch, überall sehr großes Aufsehen, gewiß aber auch die Vermuthung erregen, sie sei nur in der Voraussetzung vorgebracht, die beiden anderen Mächte würden nicht nachfolgen auf dieser Bahn. Solches noch überdieß ohne vorhergehende Verständigung derselben zu thun, müßte Beide aufs ärgste beleidigen. Außerdem würde man Gefahr laufen, daß Rußland, das sich ja ohnehin nur durch seine eigenthümliche Lage während des Krieges gegen die Pforte von dem Könige von Preußen gleichsam habe zwingen lassen, auf dessen Theilungsproject einzugehen, der österreichischen Erklärung sich auch seinerseits anschließe. Dadurch würde es jedoch seinen Hauptzweck erreichen, der niemals in der Aneignung einiger polnischer Provinzen, sondern nur darin bestanden habe, seinen früheren Einfluß in Polen mit keiner anderen Macht theilen zu müssen und dort allein dictatorisch zu herrschen. Man möge es also bei den bisher an Reviczky ergangenen Instructionen bewenden lassen. Sollte es nicht gelingen, auf Grundlage derselben und mit Vermeidung noch weiterer Zugeständnisse einen Vergleich mit Polen zu Stande zu bringen, dann möge man im Namen der Kaiserin erklären, sie wolle Alles, was von der Republik als eine vertragswidrige Ausdehnung der Grenzlinie angesehen werde, unter der Bedingung an Polen zurückstellen, daß diesem Staate auch von Seite des Königs von Preußen hinsichtlich der Reclamationen und Beschwerden wider ihn die vollste Befriedigung zu Theil werde [706]).

In einem zweiten Berichte von dem gleichen Tage führte Kaunitz in sichtlicher Aufregung der Kaiserin eindringlich zu Gemüthe, daß man die erst vor so kurzer Zeit dem Freiherrn von Reviczky ertheilten Instructionen unmöglich schon jetzt widerrufen könne. Er machte darauf aufmerksam, daß man mit Zustimmung des Kaisers den Grafen Stackelberg in das Geheimniß eingeweiht habe. Im äußersten Falle könnte man, meinte Kaunitz, es dem Gutachten des Letzteren anheimstellen, welche von den beiden Erklärungen

Reviczky nach dem Scheitern seiner Verhandlungen mit Polen abzugeben habe [707]).

„Der Kaysser aprobirt", antwortete eigenhändig Maria Theresia, „das nicht von nun an die vor wenig tagen gemachten vorschläge „revocirt werden, das auch revitzgi in Vertrauen dise leztere decla-„ration confidirn könne, nicht aber selbe der auswahl des stackelberg „überlasse; in fall das nicht mit erstereren proposicionen die sach „kan geendigt werden, er alsogleich mit der hier beyschliessenden vor „sich gehen solle und eher abbreche als weiter continuire." Und auf einem abgesonderten, somit für Kaunitz allein bestimmten Blatte fügte die Kaiserin noch in französischer Sprache hinzu: „Ich kann Ihnen „nicht sagen, was es mich kostete, nur die Genehmigung Ihrer kleinen „Note zu erlangen; ich mußte dieselbe mehrmals ändern. Sie sehen, „daß das Wesen der Note gebilligt wurde; nur daß Stackelberg die „Wahl freigestellt werden solle, vermochte ich nicht zu erreichen. Ich „gestehe Ihnen, ich kann nicht mehr" [708]).

In dem Augenblicke, in welchem die Sache in diesem Stadium der Berathung sich befand, trafen neue Depeschen Reviczky's aus Warschau in Wien ein. Kaunitz war der Meinung, daß durch deren Inhalt keine Aenderung an dem bisherigen Stande der Dinge hervorgebracht werde. Joseph aber sah sich zu dem Antrage veranlaßt, man möge den Polen jetzt schon die Zurückstellung der Krakauer Vorstadt Casimir anbieten und hiedurch den Abschluß erzwingen; erreiche man auch damit nicht das gewünschte Ergebniß, dann möge man die Verhandlungen abbrechen [709]).

„Folge", antwortete die Kaiserin ihrem Sohne, „Deiner ersten „Regung und trachte daß man so wie Du es hier vorschlägst, zu „Ende komme; dann werde ich weit ruhiger sein" [710]).

Kaunitz erhielt nun den Auftrag, eine Depesche an Reviczky zu entwerfen, welche dem Antrage des Kaisers in jeder Beziehung entsprach. Indem er sich anschickte, dieß zu thun, meinte jedoch Kaunitz aus einer näheren Prüfung der Berichte Reviczky's entnehmen zu sollen, daß derselbe in seinen Zugeständnissen an die Polen bereits weiter

gegangen sei, als man im ersten Augenblicke geglaubt hatte. Kaunitz machte die Kaiserin hierauf aufmerksam, und er erhielt nun von ihr folgende charakteristische Antwort:[711])

„ich finde nöthig, fürsten zu melden, das wenn auch in staatts „sachen eine resolution gebe, welche er weder nuzlich dem staatt noch „consequent deren staattsumbständen und Verhandlungen findet, er „nach seiner treüe und einsicht alzeit dargegen mir eine weitere Vor„stellung machen solle; dis erwarte von ihm und befehle es.

Maria Theresia."

Obgleich die Kaiserin durch die vorstehenden Worte dem Staatskanzler einen neuen Beweis ihres unbeschränkten Vertrauens gab, blieb es doch dabei, daß die Instruction für Reviczky nicht nach dem Gutachten des Fürsten Kaunitz, sondern genau nach demjenigen Josephs abgefaßt wurde[712]). Reviczky erhielt den Befehl, über dasjenige, was er den Polen bereits zugestanden, sich nur noch auf die Zurückstellung der Krakauer Vorstadt Casimir einzulassen. Eine unzweideutige Antwort habe er zu fordern, ob man auf polnischer Seite dieses Ultimatum annehme oder nicht. Im letzteren Falle sei nicht nur die ganze bisherige Verhandlung zu beenden, sondern noch überdieß förmlich als abgebrochen zu bezeichnen. Hieran habe Reviczky die fernere Erklärung zu knüpfen, daß der von österreichischer Seite in Besitz genommene Gebietstheil dem Tractate entspreche und dessen Festsetzungen nach keiner Richtung hin überschreite. Unmöglich könnte man es sich daher gefallen lassen, denselben wieder stückweise und in einer Art, durch welche er den größten Theil seines inneren Werthes verlöre, schwächen zu lassen. Der Kaiser und die Kaiserin nähmen jedoch keinen Anstand, es öffentlich zu erklären, daß sie der Republik das Ganze zurückstellen wollten, wenn die zwei anderen Mächte zu einem gleichen Vorgange sich entschlössen[713]).

Ein deutliches, leider nicht erfreuliches Bild des Widerstreites der Meinungen, der damals am Kaiserhofe herrschte, und des Schwankens, in welches hiedurch die österreichische Politik gerieth, gewährt der Umstand, daß schon am folgenden Tage der Auftrag an

Reviczky neuerdings abgeändert wurde. Nicht mehr zu einer öffentlichen Erklärung über die etwaige Zurückstellung der ganzen polnischen Erwerbung, sondern nur mehr zu der vertraulichen Mittheilung an Stackelberg wurde er ermächtigt, daß der Kaiser und die Kaiserin der Grenzstreitigkeiten mit Polen müde geworden seien. Sie könnten nicht zugeben, daß die von österreichischer Seite gezogene Grenzlinie der Theilungsconvention widerspreche und daher an wichtigen Punkten eingeengt werde. Weit lieber wollten sie Alles, was sie an polnischem Gebiete erworben, der Republik wieder zurückstellen, wenn von Seite Rußlands und Preußens ein Gleiches geschähe [714]).

Kaum war auch diese Depesche nach Warschau abgegangen, als ein neuer Bericht Reviczky's von dort eintraf. Die Nachricht war darin enthalten, daß in Wolhynien und Podolien bedenkliche Bewegungen ans Licht träten, welche die Besorgniß erweckten, der ganze polnische Adel könnte die Waffen ergreifen. Dringend wünsche Stackelberg, das österreichische Generalcommando in Galizien möge für den Fall eines wirklichen Aufstandes schon im voraus beauftragt werden, Truppen in Polen einrücken zu lassen. Kaunitz rieth der Kaiserin, diesem Begehren Folge zu leisten [715]), Maria Theresia aber antwortete hierauf:

„placet, wan die russen in ihren possessionen von partage „tractat beunruhigt wurden. wan aber in jenen orthen, wo sie nur „überwintern und (die) der republic eygen sind, scheinte mir nicht „bilig: dis aber ist nur meine particular meinung.“

Kaunitz ließ es jedoch bei dieser Entscheidung der Kaiserin keineswegs bewenden. Er stellte ihr vor, der ganze Zweck der beabsichtigten Maßregel bestehe ja nur darin, die Ruhe in Polen aufrecht zu erhalten. Hieran sei Oesterreich nicht weniger als Rußland betheiligt; es sollte daher auch gleichmäßig die nöthigen Mittel zur Hintanhaltung des Uebels in Anwendung bringen. Dem Könige von Polen und der Republik werde hiedurch eher eine Wohlthat erwiesen als ein Unrecht angethan [716]).

Maria Theresia ließ sich durch diese Erörterungen des Fürsten Kaunitz bewegen, seinem ursprünglichen Antrage ihre Zustimmung zu ertheilen. Aber es kam gar nicht zur Ausführung der in Vorschlag gebrachten Vorrückung der Truppen; der befürchtete Aufstand unterblieb, und die Nachrichten aus Warschau drehten sich fast um nichts mehr als um die einzelnen Phasen der Verhandlung wegen Anerkennung der von Oesterreich geforderten Grenzlinie durch die Polen. Schon am 10. Januar 1776 hatte Reviczky die Anzeige erstatten können, es sei ihm gelungen, vorerst eine mündliche Verabredung zur Ausgleichung des Grenzstreites zu Stande zu bringen, welche den Rahmen der ihm ursprünglich ertheilten Instruction in keiner Weise überschreite. Allerdings ging sie über dasjenige hinaus, was Joseph, seine eigenen Zugeständnisse verringernd, den Polen zuletzt hatte einräumen wollen. Aber mit Recht hatte Reviczky annehmen dürfen, man werde den ihm gegebenen Spielraum eher erweitern als verengern. Die Zweifel, welche die letzten Aufträge aus Wien in ihm erweckten, vergällten seine Freude über die Einigung, welche er endlich erzielt hatte. Aus der Antwort des Kaiserhofes konnte er jedoch die willkommene Mittheilung ersehen, daß auch dort die Nachricht von dem Abschlusse des Grenzstreites mit größter Befriedigung aufgenommen wurde. Als Kaunitz am 18. Jänner 1776 der Kaiserin die Meldung erstattete von der Ankunft des Couriers aus Warschau und von dem Inhalte der Berichte Reviczky's, da berief ihn Maria Theresia zu sich; um ein Uhr nach Mittag, die gewöhnliche Besuchsstunde des Kaisers, möge er kommen, das große Werk zu vollenden. „Von Ihnen allein erwarte ich", fügte Maria Theresia hinzu, „den Abschluß einer Sache, die uns so „sehr am Herzen liegt" [717]). Und drei Tage später schrieb sie neuerdings an Kaunitz: „Gott seye gedankt wegen denen pohlnischen ende; „ich habe ville obligation seines unermüdeten eyffer und beständigen „auffsicht" [718]).

Kein Mißton trübte die Freude der Kaiserin über die Beilegung des langdauernden Streites. Denn Kaunitz theilte sie aufrichtig, und auch von Seite des Kaisers liegt wenigstens aus jenem Stadium der Verhandlung keine Aeußerung der Unzufriedenheit vor. Schon am

20. Jänner verließ der Eilbote Wien, welcher Reviczky die Ermächtigung zur Unterzeichnung der Convention überbrachte. Am 9. Februar 1776 fand dieselbe statt, und als Kaunitz der Kaiserin am 17. Februar die Nachricht hievon mittheilte, schrieb sie auf dessen Bericht: „mit Freuden habe dises ende gesehen; revitzgi verdient „eine gnad."

Wir finden nicht, daß dieser letzteren Andeutung der Kaiserin irgend welche Folge gegeben worden wäre, und wir werden kaum fehlgehen mit der Vermuthung, daß kein Anderer als der Kaiser dieß hintertrieb. Seine dereinstige Unzufriedenheit mit Reviczky mag wohl im Laufe der Zeit einer günstigeren Stimmung für ihn gewichen sein. Aber er mochte doch meinen, daß mit der Verleihung des Commandeurkreuzes des Stephansordens, welche Reviczky erst vor sehr kurzer Zeit zu Theil geworden war, schon genug für ihn geschehen sei. Und sehr unangenehm fand sich Joseph berührt, als Reviczky, nachdem er die Vereinbarung mit Polen ins Reine gebracht, sich noch zu einigen Zugeständnissen hatte bereden lassen, in denen der Kaiser eine ungerechtfertigte Benachtheiligung Oesterreichs erblickte.

Um die theilweise Zurückstellung der Einkünfte, die man aus den Landstrichen bezogen hatte, welche nun wieder an Polen gelangten, um das Eigenthumsrecht auf mehrere Inseln in der Weichsel und um Vergebung einzelner, an Oesterreich gefallener Starostien handelte es sich. Der Unterschied zwischen der Meinung des Kaisers und derjenigen seiner Mutter trat auch jetzt wieder ziemlich schroff zu Tage. Während Ersterer sich gegen jede fernere Nachgiebigkeit gegen Polen mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit verwahrte, sandte Letztere seine Aufzeichnung [719]) dem Staatskanzler mit den Worten: „mit denen pohlen „mus mit gutter arth geendigt werden. kan revitzgi mit der note, „ohne selbe von Kayser zu benenen, auskomen, so würde es mir „besonders vergnüglich sein, wo nicht, sich an dem Vortrag zu halten „und keine weitere anfrage mehr hieher machen."

Unter dem „Vortrage" verstand Maria Theresia den Bericht, den ihr Kaunitz über diese Sache erstattet, und in welchem er ihr den

vermittelnden Rath ertheilt hatte, nach dem Antrage Reviczky's die Zurückstellung der schon bezogenen Einkünfte vom Beginne des Jahres 1776 an zuzugestehen. In diesem Sinne wurde denn auch an Reviczky geschrieben; als er aber demgemäß handelte, erregte dieß Verfahren den höchsten Unmuth des Kaisers. Offenbar wußte Joseph damals noch nichts von dem Spielraum, welcher Reviczky gegönnt worden, und er meinte, daß er auch jetzt wieder beauftragt worden sei, die von dem Kaiser ausgesprochene Ansicht als Richtschnur seines Verfahrens zu betrachten. Als er aber bei der von Joseph mißbilligten, von der Kaiserin jedoch wenigstens zugelassenen Nachgiebigkeit blieb, da äußerte der Kaiser in heftigen Worten seinen Tadel, und er bezeichnete Reviczky's Verfahren als eine wirkliche Ueberschreitung der ihm ertheilten Instruction [720]). Man möge doch wenigstens, fügte er hinzu, wenn man schon hinsichtlich des zu beobachtenden Grundsatzes nachgeben wolle, den Tag der Auswechslung der Ratificationen als denjenigen bestimmen, von welchem angefangen die Einkünfte aus den zurückzustellenden Gebietstheilen in die polnischen Cassen zu fließen hätten. Maria Theresia befahl jedoch neuerdings, die Ansicht des Kaisers möge zwar Reviczky mitgetheilt, aber die Sache, um die es sich handelte, hiedurch weder vereitelt, noch auch nur in die Länge gezogen werden [721]).

Vielleicht war es mehr diese allzu geringe Beachtung seiner Meinung, als die an und für sich doch nur wenig bedeutende Sache, um die es sich handelte, weßhalb Joseph in dem Augenblicke, in welchem er erfuhr, daß Reviczky mit den Polen auf Grundlage seines ersten Antrages abgeschlossen hatte, große Erbitterung an den Tag legte. „Ich sende Ihnen", schrieb er seiner Mutter, „diese Depesche „zurück, nach welcher den Polen gegenüber nichts mehr zu sagen bleibt. „Nur von Ihnen wird es abhängen, Reviczky zu wissen zu machen, „ob Sie es billigen oder mißbilligen, daß er in dem hauptsächlichsten „Punkte seiner letzten Instruction die ihm vorgeschriebene Richtschnur „überschritt" [722]).

Kaunitz konnte sich das Verfahren des Kaisers nur durch die Vermuthung erklären, derselbe habe keine vollständige Kenntniß von

den an Reviczky ergangenen Befehlen. Maria Theresia aber antwortete: „Alles hat der Kayser gesehen; es wird hart halten, es resolvirn zu „machen, indem pads a pads alles chicanirt wird" [723]). Als jedoch Kaunitz, Reviczky's sich annehmend, die Kaiserin bat, dessen Benehmen zu billigen und den von ihm zu Stande gebrachten Abmachungen mit Polen ihre Zustimmung zu ertheilen, da schrieb Maria Theresia auf des Staatskanzlers Bericht:

„Nach all disen vorgestellten ist die sache khlar; die expedition „ergehen zu lassen."

Man sieht wohl, mit einem Mißton zwischen Mutter und Sohn hatte die Verhandlung wegen der Betheiligung Oesterreichs an der von dem Könige von Preußen ersonnenen und betriebenen, von Rußland wenigstens zugegebenen Theilung Polens begonnen, mit einem Mißtone endete sie. Aber nur kurze Zeit, nachdem letzteres geschehen war, traf aus Warschau eine Nachricht ein, welche Maria Theresia und Joseph ganz gleichmäßig beurtheilten. Sie ist auch darum bemerkenswerth, weil aus ihr die damalige Stimmung in Polen und die Hinneigung einer zahlreichen und mächtigen Partei zu Oesterreich deutlich hervorgeht. Um nichts Geringeres handelte es sich als um die Entthronung des Königs Stanislaus Poniatowski. Wie Reviczky berichtete, waren sogar der Oheim des Königs, Fürst August Czartoryski, und dessen Schwiegersohn, der Krongroßmarschall Fürst Lubomirski in diesem Sinne thätig. Sie und ihr Anhang wollten den Erzherzog Maximilian auf den Thron Polens erheben [724]).

Einstimmig waren Maria Theresia, Joseph und Kaunitz in der Ueberzeugung, jeder ähnliche Gedanke müsse gleich von vorneherein mit vollster Bestimmtheit verworfen werden. Reviczky erhielt den gemessenen Befehl, die Polen in unzweideutigster Weise darüber aufzuklären, daß sich das Kaiserhaus niemals und unter gar keiner Bedingung auf derlei Hirngespinnste einlassen werde [725]).

Nur wenige Monate nach der Erzielung einer Einigung mit Polen über die Feststellung der Grenzlinie geschah ein Gleiches auch der Pforte gegenüber hinsichtlich der Bukowina. Denn auch hier war

man bei der geringen Kenntniß, die man von dem neu erworbenen Lande besaß, über die einzelnen Punkte, welche hiebei in Betracht kamen, noch keineswegs im Reinen. Aber der wesentliche Unterschied zwischen dieser Grenzregulirung und derjenigen, über welche gleichzeitig mit Polen verhandelt wurde, bestand darin, daß man in Bezug auf die Bukowina keine Vergrößerung des von der Pforte bereits abgetretenen Gebietes, sondern nur eine gesicherte und nach jeder Richtung hin zweckentsprechende Grenzlinie zu erlangen bemüht war. Von vorneherein ging man auf nichts Anderes aus, als Alles in freundschaftlicher Weise mit der Pforte zu schlichten. Hierauf war auch die Zusammensetzung der Commission berechnet, welche von österreichischer Seite mit diesem Geschäfte betraut wurde. Ein hochgestellter General, der Feldmarschall-Lieutenant Freiherr von Barco befand sich an der Spitze derselben. Unter ihm standen der Oberstwachtmeister Mieg, der mit den Localverhältnissen noch am vertrautesten war, und der ausgezeichnete Orientalist Bernhard Jenisch, der türkischen Sprache vollkommen mächtig und außerdem wohlbekannt mit der Art und Weise, in der man Verhandlungen mit den Türken zu führen hatte [726]). Beide würden jedoch, schrieb Kaunitz an die Kaiserin, und insbesondere Jenisch, der von einer „modesten Gemüthsart" sei und es niemals wagen werde, auf die Leitung des Geschäftes ohne besondere Ermächtigung irgendwelchen Einfluß zu nehmen, bei dem besten Willen und der größten Befähigung vollkommen nutzlos sein, wenn nicht Barco den gemessenen Auftrag erhielte, sie nicht als „bloße mechanische Subalterne" zu betrachten. Er müsse ihnen vielmehr unbeschränktes Vertrauen zeigen, überall ihren Rath einholen und sie hauptsächlich bei dem türkischen Commissär Tahir Aga in Ansehen und Achtung erhalten [727]).

Um die Mitte des September 1775 begannen die beiderseitigen Grenzcommissäre ihre Verhandlung. Es versteht sich wohl ziemlich von selbst, daß es auch bei ihr ohne Zank und ohne Zwiespalt nicht abging. Allerdings war es wenigstens Anfangs nicht so sehr Tahir Aga, als der gleichfalls an der Verhandlung theilnehmende Ghika, welcher gegen die Forderungen des österreichischen Commissärs nicht selten heftige

Einsprache erhob. Denn er vertrat ja, wie bereits betont worden, nur sein eigenes Interesse und das seines Landes, indem er die Schmälerung desselben, da er sie nicht ganz zu verhindern vermochte, in so engen Grenzen zu halten sich bemühte, als dieß nur irgendwie möglich erschien. Aber freilich that er dieß auch jetzt nicht in ehrlicher, offener Weise, sondern er suchte sich vor Thugut das Ansehen zu geben, als ob er eine Sache, die er insgeheim in jeder nur immer denkbaren Art zu hemmen und zu hintertreiben sich bestrebte, eigentlich aufs eifrigste förderte [728]).

In Wien blieb man dem gleich Anfangs gehegten Vorsatze, die Dinge nicht auf die Spitze zu treiben und sich jedenfalls mit der Pforte gütlich zu verständigen, unerschütterlich treu. Sogar Joseph stimmte dieser Absicht bei, und so gern er wenigstens einen Theil des Chotimer Districtes für Oesterreich erworben hätte, so war er doch einverstanden, daß man bei der energischen Weigerung der Pforte schließlich „in den sauren Apfel beißen" und hierauf Verzicht leisten müsse [729]). Aber sehr hohen Werth legte der Kaiser auf die Ausdehnung der Grenzlinie bis Rohatin am Dniester, das freilich auch schon zum Chotimer Districte gehörte, weil er dieß zur Sicherstellung Pokutiens für dringend nothwendig hielt. Um die Pforte hinsichtlich dieses Begehrens zur Willfährigkeit zu vermögen, war es jedoch, wie Thugut behauptete, ganz unerläßlich, daß ihr von Seite des Pascha's von Chotim, Muhamed, und des Grenzcommissärs Tahir Aga ein Bericht erstattet werde, welcher dieses Zugeständniß als unbedenklich erkläre. Durch Vorstellungen und Versprechungen aller Art bemühte sich Barco, die beiden Türken dahin zu bringen, einen solchen Bericht nach Constantinopel zu senden. Zu ihrer Ehre muß jedoch gesagt werden, daß sie unerschütterlich blieben. Man entschloß sich daher in Wien, auf dieser Forderung nicht weiter zu beharren.

Das Gleiche fand auch hinsichtlich eines anderen Streitpunktes statt, der sich auf eine Enclave zwischen dem Sereth und der Suczawa bezog. Auch hierin war die Pforte zu keiner Nachgiebigkeit zu vermögen und man zog es vor, dieselbe eher von österreichischer Seite eintreten, als vielleicht an einem weniger bedeutenden Punkte die ganze Ausgleichung scheitern zu lassen [730]).

Gerade bei Menschen von geringer Einsicht und Bildung führt jedoch Nachgiebigkeit nur selten zum Ziele. Diese so oft schon beobachtete Erscheinung trat jetzt auch an den Türken zu Tage. Statt die Willfährigkeit des Kaiserhofes in gleicher Weise zu erwiedern und hiedurch möglichst bald zum Abschlusse dieser Angelegenheit zu gelangen, erregten sie fortwährend Anstände und Verzögerungen der verschiedensten Art. Unermüdlich war Thugut in Beseitigung derselben, und als zuletzt auch Ghika, wenigstens nach seinen Briefen an seinen Schwiegervater Jakobaki Riso, den früheren Widerstand aufgab und die Beendigung der Verhandlung bei der Pforte befürwortete [731]), kam die Convention am 12. Mai 1776 wirklich zu Stande.

Hocherfreut war Maria Theresia über die Schlichtung dieser Streitsache. „Ich mache Ihnen", schrieb sie schon nach Empfang der ersten Anzeige, daß die Sache dem Abschlusse nahe sei, an Kaunitz, „ich mache Ihnen meinen Glückwunsch wegen der Angelegenheiten der „Bukowina. Alles was Sie thun, ist gut, aber es kostet nicht wenige „Sorgen. Ich bin äußerst zufrieden" [732]). Und an Mercy schrieb die Kaiserin, als binnen Kurzem auch die Grenzdemarcation glücklich durchgeführt worden war, am 16. Juli 1776: „Der Fürst, unser Fürst „Kaunitz ist wieder vollkommen hergestellt und genießt die Befriedigung, die Grenzangelegenheit mit den Türken glorreich zu Ende gebracht „zu haben" [733]).

Es war kein kurz bemessener Zeitraum, während dessen die Erwerbung Galiziens und später der Bukowina den Kernpunkt bildete, um welchen fast die ganze auswärtige Politik Oesterreichs sich drehte. Man kann daher sagen, daß die Schilderung der Art und Weise, in welcher die Aneignung polnischen und türkischen Gebietes geschah, so ziemlich diejenige der damaligen Haltung des Kaiserhofes nach Außen hin in sich begreift. Dieselbe unparteiisch und wahrheitsgetreu zur Darstellung zu bringen und insbesondere die Rolle recht anschaulich zu machen, welche Maria Theresia, Joseph und Kaunitz in diesen Angelegenheiten spielten, war das Ziel, nach dem hier eifrig und gewissenhaft gestrebt wurde. Man wird sich wohl schmeicheln dürfen, daß kein wichtigerer Punkt ohne die erforderliche Aufhellung blieb. Die so oft und recht leicht-

fertig gegen die Kaiserin erhobene Beschuldigung, daß ihre Thaten in keiner Weise übereinstimmten mit ihren Worten, wird wohl für die Zukunft hinwegfallen und nie mehr mit irgendwelchem Anschein von Berechtigung wiederholt werden können. Denn wir wissen jetzt mit vollster Bestimmtheit, daß Maria Theresia die Betheiligung Oesterreichs an der willkürlichen Besitznahme polnischen und türkischen Gebietes jederzeit lebhaft mißbilligte und niemals durch eine ihrer eigenen Handlungen hiemit in irgendwelchen Widerspruch trat. Auch nachdem sie ganz wider ihren Willen, hauptsächlich durch Josephs Bestürmung dazu gebracht worden war, diese Betheiligung Oesterreichs wenigstens geschehen zu lassen, blieb sie ihrer ursprünglichen Anschauung immer getreu. In keinem einzigen Falle ging von ihr die Anregung aus zu irgend einer Forderung, die von Oesterreich gestellt wurde. Jederzeit wäre sie mit Freude bereit gewesen, die ganze Sache ungeschehen zu machen, wenn sich nur auch Preußen und Rußland hiezu hätten herbeilassen wollen. Und immer empfand Maria Theresia ein echt weibliches Mitleid mit dem traurigen Schicksale der Polen, welche sie nie anders als die „Unglücklichen" nannte [734]).

Wir können natürlich keine Bürgschaft dafür übernehmen, daß die hämischen und spöttischen Bemerkungen, welche hie und da über die Haltung der Kaiserin während der Theilung Polens ausgesprochen wurden, nicht auch in Zukunft noch wiederholt werden. Aber wir glauben uns der Ueberzeugung hingeben zu dürfen, daß ein ernster und vorurtheilsloser Beurtheiler über deren Grundlosigkeit nicht mehr im Zweifel wird sein können. Keinen Augenblick wird er sich verhehlen, daß jene edle, durch und durch ehrenhafte, jene redliche Gesinnung, welche im Gegensatze zu Friedrich dem Zweiten den Grundzug des ganzen Wesens der Kaiserin bildete, auch während der Theilung Polens sich keinen Augenblick verleugnete. Alles was zur Durchsetzung dieses Zweckes von Seite der drei Mächte, Oesterreich mit eingeschlossen, geschah, wurde von ihr rückhaltslos verdammt. Und selbst die beträchtlichen Vortheile, welche wenigstens nach der Anschauung Josephs hieraus für Oesterreich erwartet werden mußten, haben auf die Meinung der Kaiserin keinen ändernden Einfluß geübt.

Kann dem persönlichen Standpunkte, welchen Maria Theresia in dieser Angelegenheit einnahm, nur die vollste Bewunderung gezollt, und darf mit Bestimmtheit gesagt werden, daß in dieser Beziehung auch nicht der geringste Makel an ihr haftet, so folgt jedoch hieraus noch keine Verurtheilung der entgegengesetzten Ansicht, deren eifrigster Vertreter ohne Zweifel der Kaiser war, und welche in Folge dessen auch zur Richtschnur wurde für das thatsächliche Verfahren des Wiener Hofes. Was man auch, und gewiß mit Recht, vom Standpunkte der politischen Moral, wenn man sich so ausdrücken darf, gegen die Theilung Polens einwenden kann, so war doch von dem Augenblicke an, in welchem Preußen und Rußland kategorisch erklärten, sie würden dieselbe auch vornehmen, wenn Oesterreich sich von ihr fernhielte, Letzteres für den Kaiserhof fast unmöglich geworden. Für die Erhaltung der Integrität Polens sich in einen Krieg gegen die zwei nordischen Mächte zu stürzen, daran durfte man in Wien keinen Augenblick denken. Wenn aber Rußland, wenn insbesondere Preußen sich so ansehnlich vergrößerten und dadurch ihre Hülfsquellen, ihre Kriegsmacht beträchtlich vermehrten, dann konnte Oesterreich, ohnehin von beiden Staaten in der letzten Zeit gar sehr überflügelt, unmöglich ein ruhiger Zuschauer bleiben und sich enthalten, auch seinerseits nach einer ähnlichen Vergrößerung, nach einer ähnlichen Machtvermehrung zu streben.

Daß durch die Erwerbung Galiziens die Macht Oesterreichs wirklich vermehrt wurde, wird vernünftiger Weise von keiner Seite bestritten werden. Darum scheint uns auch die Ansicht, die Erwerbung polnischen Gebietes sei für Preußen eine Nothwendigkeit, für Oesterreich aber ein Fehler gewesen[735], einer Widerlegung nicht werth. Wäre Polen in seiner Integrität bis auf unsere Zeiten aufrecht erhalten worden, dann würden hieraus ohne Zweifel wichtige politische Vortheile für Oesterreich hervorgehen. Wäre es jedoch allmälig stückweise an Preußen und an Rußland gefallen und Oesterreich allein leer ausgegangen, dann hätte dieser letztere Staat hiedurch einen unermeßlichen Nachtheil erlitten.

Was man übrigens auch, und nicht mit Unrecht gegen die Art der Erwerbung Galiziens und der Bukowina durch Oesterreich

einwenden mag, darüber kann wohl Niemand im Zweifel sein, daß dieses Ereigniß beiden neu gewonnenen Ländern zum Heile gereichte. So sehr auch ihr Zustand noch heut zu Tage vielfacher Verbesserung bedürftig sein mag, vergleicht man ihn mit der früheren polnischen und türkischen Mißwirthschaft, so wird er sich gewiß als ein verhältnißmäßig vorgeschrittener darstellen. Wo er dieß in geringerem Maße ist als es wünschenswerth wäre, wird das Verschulden in weit höherem Grade der Einwohnerschaft selbst und den noch aus früherer Zeit überkommenen, tief eingewurzelten Mißbräuchen, als der österreichischen Regierung zur Last fallen. Die letztere begann vielmehr schon unter Maria Theresia und Joseph mit sorgsamer Hand an der Herbeiführung besserer Zustände in beiden bisher so verwahrlosten Ländern zu arbeiten. Gleichzeitig mit den Reformen der inneren Verwaltung in den übrigen Provinzen des Kaiserstaates geschah dieß. Die Darstellung dieser Reformen wird, insoweit sie in den Rahmen der Regierungszeit der Kaiserin Maria Theresia gehören, unsere nächste Aufgabe sein.

Anmerkungen.

¹) Laut des Wiener Diariums vom 23. October 1765 war derselbe nach seiner Ankunft in Wien am 20. October 1765 von Maria Theresia zur Audienz zugelassen worden.

²) Renier. 4. Jänner 1766. „Sono due mesi all' incirca, che capitò qui „in Vienna un Principe della Germania, maturo di anni, di molta esperienza „nelle cose generali politiche, e grande conoscitore particolarmente di quelle „dell' Imperio, in cui possiede riguardevoli Stati. Molte volte entro a questo „spazio di tempo di sua dimora, fù egli a visitarmi in mia casa, e contrasse „meco molta amicizia. Un giorno fra gli altri che eravamo noi soli, mi fece „la seguente communicazione . . . Signor Ambasciatore, io ho molta con„siderazione e stima grande per lei; mi fido della onestà del suo carattere „conosciuto, perciò sono disposto a significargli non solo le cose che mi sono „note, ma ancora quello che penso sulle medesime. Lei sappia che io sono „attaccato agli interessi di casa d' Austria, e sono sinceramente cattolico di „religione . . . Quanto più prudentemente le cose dell' Impero maneggiavansi „sotto Carlo VI! La Imperatrice moglie dello stesso, benchè avesse abjurata „la Religione Protestante, tuttavia patrocinava quei Luterani, che capitavano „in Vienna, e ciò generava una benevolenza verso di casa d' Austria di tutti „quei Principi, dei quali quei Luterani erano sudditi. Ora si cambiarono „affatto le massime di questo governo. Basta che l' Imperatrice presente sappia „che uno sia Protestante, per tenerselo affatto lontano, e perchè non sia am„messo a nessun officio."

³) Denkschrift des Fürsten Kaunitz vom 14. Nov. 1764 mit der Aufschrift: „Kurtze pflichtmäßige Betrachtungen über die Frage, von was für einem „Nutzen die gegenwärtige Einverständnuß zwischen dem durchlauchtigsten Ertz- und „dem Bourbonischen Hauß seye? und ob die Vermählung des Römischen Königs

„Maj. mit einer Portugesischen Prinzessin hierinnen eine Abänderung veranlassen dörfte?"

4) So am 10. Jänner 1765, an welchem Tage Kaunitz an Choiseul die folgenden Worte schrieb: „M. le Comte Du Chatelet qui ne doit point avoir laissé „ignorer à Votre Excellence que je suis constamment tel que j'ai toujours été, „son admirateur et son vrai serviteur, très-indépendamment de la politique, „m'a fait le plaisir de m'apprendre que vous me continuez aussi de votre „côté, Monsieur le Duc, les sentiments dont Vous m'avez honoré ci-devant. „La lettre qu'il m'a remise de votre part, me le confirme, et j'en suis aussi „flatté que très-charmé. Je vous en remercie donc de tout mon coeur, et je „puis en conscience vous assurer que je mérite par mes sentiments pour vous, „et mon invariable façon de penser sur nos affaires tout ce dont vous avez „la bonté de m'assurer. J'ai toujours compté sur vous, Monsieur le Duc, „persuadé qu'un grand homme comme vous ne sauroit varier dans ses principes, mais je n'en ai pas moins vu avec beaucoup de plaisir l'assurance „que vous m'en donnez, parce que la répetition d'un sentiment qui nous est „cher, est fait pour être toujours nouveau et toujours également agréable. „Conservez-nous votre amitié, je vous en prie, et soyez assuré que nous y „répondrons toujours avec la plus grande exactitude. . . ."

5) Instruction für Mercy. 26. Juni 1766.

6) Kaunitz an Choiseul. Austerlitz, 8. Juli 1766. „Je me rappelle avec „beaucoup de satisfaction, Monsieur le Duc, que ma franchise dans la „façon de traiter les affaires, non seulement ne vous a jamais déplu, mais que „vous avez meme bien voulu y applaudir, et je me livre moyennant cela avec „d'autant plus de confiance au plaisir de suivre mon goût et ma méthode „dans l'occurrence qui m'oblige à vous adresser une lettre confidentielle. Elle „est, comme vous verrez, très-grave par son objet. Il s'agit d'éclaircir un fait „très-important, pour la verification duquel cependant je ne veux prendre „aucun autre parti que celui de m'adresser à vous directement. Vous me „direz s'il est vrai ou faux, et je m'en rapporterai à ce que vous m'en aurez „dit. Voici de quoi il s'agit. On prétend que le ministère du Roi est d'avis „que lorsque tôt ou tard le Roi de Prusse actuellement régnant viendra à „manquer, il sera de l'intérêt de la France de ne pas persister dans son système d'alliance avec la maison d'Autriche. Que dès à présent pour alors „le conseil du Roi regarde la question au moins comme problématique. Et „enfin, qu'en conséquence de ce raisonnement M. le Duc de Praslin doit avoir „trouvé bon de se prévaloir du séjour qu'a fait en France M. le prince héréditaire de Brunswic, et doit lui avoir tenu des propos préparatoires et analogues à cette idée. Après cet exposé vous comprendrez, Monsieur le Duc, „que je dois désirer votre réponse avec une importance proportionnée à son

„objet. Je ne puis vous découvrir le canal par lequel cet avis m'est parvenu, parce que on a exigé de moi le secret et que je l'ai promis. Mais je „puis avoir l'honneur de vous dire qu'il est tel que je n'ai pas pu me permettre de n'en faire aucun cas. Je me flatte que la franchise de mon procédé pourra me valoir la continuation de l'estime dont vous avez bien voulu „m'honorer jusqu'ici“ . . .

⁷) Choiseul an Kaunitz. 18. Juli 1766. „Quant à moi, je ne l'ai vu que „deux fois . . . nous n'avons jamais été seuls . . . il est parti d'ici persuadé „que je ne pouvois pas le souffrir. Je le savois quand je l'ai vu la dernière „fois et ne me suis pas mis en peine de le dissuader.“

⁸) „. . . j'ai mis du nombre celle de la mort du Roi de Prusse ainsi „que celle de l'aversion prétendue dans toute l'Europe de l'Empereur régnant „contre la France, de même que les suites que pourroient avoir dans telles „ou telles positions les ménagements marqués de la Cour de Vienne pour „l'Angleterre et pour la Russie“ . . .

⁹) „. . . cette Princesse qui à la honte du siècle après les forfaits les „plus inouis gouverne tranquillement, et j'ose dire insolemment un Empire. „Soit par ses alliances, soit par son personnel elle est notre ennemie jurée. „L'éloignement des Etats est le seul motif qui empêche que l'inimitié réciproque ne fasse une sensation éclatante. Cependant nous n'ignorons pas les „complaisances de l'Impératrice Reine pour celle de Russie. Sans doute que „vous croyez qu'il vous est utile de vous conduire ainsi, et nous ne vous „desaprouvons pas. Je ne vous dis pas que M. de Lobkowitz se conduit indécemment pour des alliés avec le Ministre du Roi à Pétersbourg; il fait „les affaires dont il est chargé, et il pense avec raison que toute liaison avec „le représentant de France y seroit nuisible“ . . .

¹⁰) „. . . notre traité n'est pas sur sa vie; quiconque attaqueroit l'une „des deux puissances, deviendroit l'ennemi de l'autre; voilà en quoi consiste „notre traité. Il n'y auroit à délibérer qu'une perfidie et une sottise; je ne „délibère jamais sur la première, et le moins que je peux sur la seconde.“

¹¹) Kaunitz an Choiseul. 1. Aug. 1766. „Pour ce qui est de la prétendue aversion de l'Empereur contre la France, je sais fort bien que l'on „a fait tout son possible pour accréditer cette chimère, mais il me semble „que plus les efforts et l'affectation à répandre cette idée ont été marqués, „plus ils ont démasqué leurs auteurs, et moins ils ont mérité d'attention.“

¹²) „. . . Quant à l'Impératrice de Russie enfin, j'ai tout lieu de croire „qu'elle nous hait à peu près autant que vous, et je n'ignore pas que nous „devons ce doux sentiment à ce que depuis son avénement nous n'avons pas „fait un seul pas pour nous rapprocher d'elle. Il me semble donc que bien

„loin que l'on puisse nous reprocher des complaisances pour la Cour de „Pétersbourg, elle est en droit de nous trouver assez malhonnêtes. Vous trou- „verez, je crois, la conduite du prince de Lobkowitz vis-à-vis du ministre du „Roi à Pétersbourg dans le cas de nos prétendues complaisances, lorsque „vous saurez, comme je vous en assure, que jusques au jour d'aujourd'hui il „n'a jamais été chargé d'aucune sorte d'affaires politiques. Ses instructions le „bornent à être simple spectateur, et vous comprenez moyennant cela, que s'il „ne dit rien au ministre du Roi, c'est uniquement parce qu'il n'a rien à „lui dire."

[13]) „peu naturelle."

[14]) Durch einen Engländer Namens Gordon, welcher während seines Aufenthaltes in Brüssel viel in dem Hause des dortigen bevollmächtigten Ministers Grafen Cobenzl verkehrt hatte. Cobenzl an Kaunitz. Brüssel, 31. März 1763.

[15]) Kaunitz an Cobenzl. 19. April 1763.

[16]) Eigenhändiger Zusatz zu einem Schreiben der Kaiserin Maria Theresia an Seilern vom 22. April 1761.

„eine prob meines Vertrauens zu ihme und seiner geschicklichkeit ist die „wahl seiner person zu dem künfftigen congress, wo das heyl des staatts und „ruhe europa daran ligt."

„seiner frau compliment von mir."

Im Besitze des Grafen Seilern.

[17]) Starhemberg an Maria Theresia. Paris, 24. April 1766. „Quant au „C. de Seilern, je le crois à tous égards très-propre à la charge de Président „du Conseil aulique. Il est parfaitement honnête homme, appliqué, fort au fait „des loix en général et de la pratique du tribunal en particulier, d'une bonne „judiciaire, plein de probité et ayant beaucoup plus la tournure d'esprit qu'il „faut dans cette place, que celle qui est exigée dans la partie des affaires „étrangères. Ses défauts mêmes qui peuvent faire quelque impression dans la „personne d'un ambassadeur, ne paroitront tout au plus que comme des tâches „très-légères dans la place dont il s'agit. En un mot je crois qu'à tous égards „ce choix seroit certainement on ne peut pas plus convenable. La seule ob- „jection qu'on pourroit faire, seroit qu'il n'est pas d'une bien grande naissance, „mais outre que ce point n'est pas absolument nécessaire pour la place de „Président, la charge dont son père et son grand-père ont été revêtus, celle „qu'il occupe lui-même actuellement, et les alliances qu'ils ont contractées, „le mettent à ce qu'il me semble dans le cas de pouvoir aller presque de „pair avec beaucoup d'autres issus de familles plus anciennes, mais moins „illustrées que la sienne, et qui n'ont pas autant d'avantages et de mérites „personnels que lui."

[18]) Instruction für Seilern. 3. Sept. 1763.

[19]) Seilern an Kaunitz. London, 27. Dec. 1763.

[20]) Voriger Bericht.

[21]) Kaunitz an Seilern. 17. Jänner 1764.

[22]) Seilerns Bericht vom 3. Jänner 1764.

[23]) Kaunitz an Seilern. 4. Febr. 1764. „Dieser Minister scheinet darinnen „einen irrigen Schluß zu ziehen, wann er glaubet, daß zu änderung Unseres Sy- „stematis die völlige Überwerffung mit Preußen schon genug seye. . . ."

[24]) Seilern. 9. März 1764.

[25]) Denkschrift vom 14. Nov. 1764. „. . . Hiermit hat man bereits so „vieles auszuwürcken das Glück gehabt, daß Engelland die Thorheit seines vor- „hinigen Betrags und dagegen den guten Grund des diesseitigen anerkennet, mit „Preussen keine nähere Verbindung eingehet, gegen den hiesigen Hof eine an- „ständigere Sprache als zur Zeit der vorhinigen Allianz führet und nicht un- „deutlich zu erkennen gibt, daß auf Verbesserung des begangenen Versehens für- „gedacht werde."

[26]) Seilern. 8. Febr. 1765.

[27]) Kaunitz an Seilern. 16. Dec. 1764. „Indessen ist es eine der glück- „lichsten Staatsbegebenheiten, daß der König in Preussen sich dem König in „Engeland und seinem dermaligen Ministerio so sehr in das Auge gestellet und sich „dessen völlige Abneigung zugezogen hat."

[28]) Kaunitz an Seilern. 6. Aug. 1765.

[29]) Seilern. 12. Nov. 1765.

[30]) Seilern. 26. Juli 1765.

[31]) Kaunitz an Mercy. 25. April 1763.

[32]) Kaunitz an Mercy in St. Petersburg. 28. März 1763. „Ew. Exc. „habe hiemit annoch zu erinneren, daß der König in Preussen sich währenden frie- „denshandlungen und nach deren Schluß auf eine sehr anständige Art gegen un- „seren Hof benommen und insbesondere für unsere Allergnädigste Frau alle Hoch- „achtung bezeiget habe. Es dörffte also nicht ohnmöglich seyn, auch künfftighin ein „gutes Vernehmen mit ihm zu unterhalten und nach Beschaffenheit der Umständen „weiters zu erstrecken."

Und am 25. April 1763 schreibt Kaunitz an Mercy: „Wie wir dann dem „König nach der Billigkeit das Zeügniß geben müssen, daß er sich sowohl wäh- „renden Friedenshandlungen als seitdeme auf eine anständige Arth gegen unseren „Hof benommen habe."

[33]) Instruction der Kaiserin für den Freiherrn von Ried. 29. Juli 1763. „Welcher Endzweck nicht leichter noch besser erreichet werden kann als wenn Er

„in allen Handlungen den graden Weeg einzuschlagen und natürlich, zugleich aber „mit aller Vorsicht zu Werke zu gehen beflissen ist. Wie dann nicht ver„absaumet werden dörfte, ihm allerley Fallstricke zu legen, Unsere erhaltene Auf„träge und seine eigene Gesinnung durch die dritte und vierte Hand zu erforschen „und aus den stuckweis geschehenen Äüsserungen die weitere Folgen zu ziehen."

[34]) Eine Abschrift der Skizze dieses angeblichen Tractates liegt bei der Instruction für Ried.

[35]) Kaunitz an Mercy. 24. April 1763.

[36]) Interessante Details hierüber finden sich in dem Buche: Charles de Saxe, duc de Courlande, sa vie, sa correspondance . . . par Boleslas Lopaciński. Paris, 1870.

[37]) Kaunitz an Mercy. 24. April 1763.

[38]) „Um so viel weniger würden Wir Uns jemahlen vermögen lassen, in „die Russisch Kayserliche und Königlich Preußische Absichten einzugehen und ihnen „werckthätigen Vorschub zu geben, wenn solche in der That so beschaffen wären, „wie vor dermahlen mit vieler Wahrscheinlichkeit zu vermuthen stehet."

[39]) Kaunitz an Starhemberg in Paris. 5. Juli 1763.

[40]) Voriges Rescript.

[41]) Starhembergs Bericht vom 22. Juli 1763.

[42]) Kaunitz an Starhemberg. 6. Aug. 1763. „Da das Carpadische Gebürg „die natürliche Gränzscheidung zwischen Uns und Polen abgiebet und alle neüe „Acquisitionen jenseits dieses Gebürges von keiner Beträchtlichkeit und Dauer „anzusehen wären."

[43]) Kaunitz an Starhemberg, an Mercy und an Ried. 10. Oct. 1763.

[44]) „ut maneat Respublica et Rex in Republica, ac ut nos simus Amici „Regi et Reipublicae". Instruction für den zum kaiserlichen Residenten in Warschau ernannten Freiherrn Gottfried van Swieten. 17. Oct. 1763.

[45]) „. . . que tout candidat, soit l'Electeur de Saxe, soit tel autre „que les Polonois jugeroient à propos d'élire, lui seroit agréable, dez que „l'Election se fairoit d'une manière conforme aux lois fondamentales de la „République."

[46]) Der venetianische Botschafter Erizzo schreibt von ihr am 12. Nov. 1763: „Quell' Elettrice, Principessa ambiziosa e di uno spirito superiore, è il prin„cipale istrumento d' ogni maneggio. Ella con le sue lettere e con emissarij „in Polonia s' adopera vivamente per riconfermare ed accrescere il suo par„tito, e nello stesso tempo per mezzo de' suoi Ministri dimanda soccorsi alle „principali Corti d' Europa, strettamente congiunte per parentella colla

„Sassonia. La Polonia, debole e divisa da interne fazioni, pare che aspetti di „ricevere un Rè dalla Russia e dalla Prussia, potenze sue vicine di sommo „riguardo“.

⁴⁷) Marie Antonie an Maria Theresia. Ganz eigenhändig. Ohne Datum (etwa August 1763). „. . . qu'on nous en cède aussi un morceau, qu'on le „rende héréditaire et qu'on y attache le titre de Roy.“ . . .

⁴⁸) Eigenhändige Briefe der Kurfürstin von Sachsen an Maria Theresia vom 5. und 7. Oct. 1763. Der zweite wurde veröffentlicht von Beer: Erste Theilung Polens. II, 324.

⁴⁹) Derselbe ist nicht vorhanden. Die Wolfskehl war ein Kammerfräulein der Kurfürstin.

⁵⁰) „. . . nous (ne) nous preterions jamais à un tel arrangement.“

⁵¹) Schon in dem bereits erwähnten Briefe der Kurfürstin an die Kaiserin vom Sommer 1763 kommt die Stelle vor: „il est très-sûr qu'il y a un traité „de partage entre la Russie et la Prusse, et que non seulement l'Angleterre „ne s'y opposera pas, mais qu'on se flatte même d'y faire consentir V. M.“

⁵²) Marie Antonie an Maria Theresia. Dresden, 17. Oct. 1763. „. . . notre „idée n'a jamais été d'entrer dans aucun accord à ce sujet, mais je l'ais simple- „ment écrit à V. M. dans l'intention que, si ce malheureux partage existoit „et que V. M. ne jugeat pas à propos de si oposer, elle fît au moin la pro- „position de nous en procurer une part en propre et non pas come un Roi „elus: ce n'etoit par consequence aucunement notre idée d'agir, mais simple- „ment de nous recomender à ses bones graces en cas, ce dont je doutois „toujours, qu'Elle voulu consentir Elle-meme au demembrement de ce Rojaume „que j'ay toujours cru ne pouvoir etre que très-dangereu pour touttes les „puissances de l'Europe.“

⁵³) Kaunitz an Starhemberg. 24. Oct. 1763.

⁵⁴) Instruction für van Swieten. „Wie Wir bereits erwehnet haben, so „wünschten Wir vorzüglich, daß der Churfürst von Sachßen auf den Pohlnischen „Thron gelangen möchte. Deme aber ohngeachtet hat Freiherr van Swieten diesem „Hof nicht allzu vieles Vertrauen zu bezeigen, sondern gegen ihn mit so grösserer „Vorsicht zu werck zu gehen, je mehr zu besorgen seyn will, daß seine Gesinnung „wegen der Russischen und Preußischen Vergrößerungsabsichten nicht allerdings „mit der Unserigen übereinstimmen, und er kein sonderliches Bedenken tragen dörffte, „Uns in die Pohlnische Angelegenheiten tiefer zu verwickelen, als mit Unserem „dienst und absichten übereinkommet.“

⁵⁵) Marie Antonie an Maria Theresia. Dresden, 5. Oct. 1763. „j'ay écrite „moy au dernier pour le somer (sommer) de la parole qu'il m'a doné . . .“

[56]) Duncker. Die Besitzergreifung von Westpreußen. Zeitschr. f. Preußische Geschichte. IX. 491.

[57]) Katharina an Maria Theresia. St. Petersburg, 6. Oct. 1763 (a. St.) Abgedr. bei Beer. Documente. S. 79.

[58]) Maria Theresia an Katharina. 9. Nov. 1763. Beer. Docum. S. 80.

[59]) Kaunitz an Starhemberg. 24. Dec. 1763.

[60]) Die Kurfürstin Marie Antonie an Maria Theresia. Ganz eigenhändig. Dresden, 19. November 1763. „Votre Majesté ne pourroit-Elle pas faire la „même chose? point du tout pour entrer en pologne ou pour comencer une „guere, mais simplement pour encourager nos amis qui, se vojant apuyes, ne „craindront plus personne. enfin j'ose assurer V. M. qu'en suivant le plan „qu'Elle s'est fait de laisser la liberté du choix au polonois, se bornant „simplement à nous aider de ses bons offices jointes à ceux des cours alies, „continuant de déclarer fermément qu'Elle désire vivement que nous sojons „Roy, je me crois sure de la courone."

[61]) Voriger Brief. „depuis qu'on dit que c'est a poniatowski qu'elle „destine la courone, je suis convaincue qu'aucun polonois ne se pretera de „bon grès au choix."

[62]) Poniatowski's Mutter war eine geborne Czartoryska.

[63]) Marie Antonie an Maria Theresia. Dresden, 16. Jänner 1764. „les „polonois se laisseront plustost hacher en pièce que de recevoir les loix de „la Russie."

[64]) Kaunitz an Mercy's Nachfolger in St. Petersburg, den Fürsten Lobkowitz. Wien, 17. Jänner 1764. „In der That ware das Chur Sächsische „Verlangen etwas indiscret, und Wir hatten um so mehr Ursach Uns in keine „Entscheidung der vorgelegten drey Fragen einzulassen, da man andurch allezeit „einen der Chur Sächsischen Prinzen beleidiget, auch demjenigen, welchem Wir die „Pohlnische Thron Folge abgesprochen, in gewißer Maaß ein Recht gegeben hätten, „Unseren Hof wegen anderwärtiger Entschädigung beständig anzugehen und Uns „sowohl alle Gehässigkeit als die weitere Last zuzuschieben."

[65]) Kaunitz an Mercy. 28. Februar 1764.

[66]) Kaunitz an Starhemberg. 15. Febr. 1764.

[67]) Marie Antonie an Maria Theresia. Undatirter Brief. „. . . la plus „grande partie des polonois sont pour luy et vienent d'envoyer un officier „pour le prier de se metre sur les rang. . . ."

[68]) Voriger Brief. „. . . je suis très-mortifiez de la voir dans l'opinion „qu'il n'y a plus rien à faire pour les vues de l'administrateur mon beau-„frère sur la courone de pologne."

[69]) Marie Antonie an Maria Theresia. Dresden, 5. März 1764. „. . . mon „frère Xavier est extrêmement accablé de se voir forcé de renoncer a une „courone que l'attachement de la plus grande part de la pologne luy fesoit „esperer, il est cependant resolu de suivre les conseils de V. M.; il rend „justice à sa bone volonté et ne luy en sera pas moins attaché, j'ose l'en „assurer, mais ce pauvre prince me fait pitié et les réflexions qu'il fait, sont „les plus triste. . . .“

[70]) Beer. Die erste Theilung Polens. I. 90.

[71]) Instruction für Mercy. 17. Jänner 1764.

[72]) Beer. I. 87.

[73]) An Starhemberg. 24. Dec. 1763.

[74]) Starhembergs Berichte vom 24. und 26. Febr. 1763.

[75]) Rescripte an Mercy. 7. und 9. März 1764.

[76]) Mercy. Warschau, 24. März 1764.

[77]) Mercy. 10. März 1764.

[78]) Beilage zu Mercy's Bericht vom 17. April 1764.

[79]) Kaiser Franz und die Kaiserin Maria Theresia, der damalige Römische König Joseph, Graf Ulfeldt, die Fürsten Colloredo, Khevenhüller und Kaunitz wohnten ihr bei.

[80]) „vor dermahlen.“

[81]) „remède qui, vu l'état de nos affaires, seroit encore pire que le mal.“

[82]) Bericht des Staatskanzlers an die Kaiserin vom 28. April 1764.

[83]) Chiffrirte Depesche an Rieb. 28. April 1764.

[84]) Rieb. Berlin, 8. Mai 1764. „Si je voyois que quelque Puissance „dans ces affaires de Pologne avoit des vues d'agrandissement, tout bon „Prussien que je suis, je vous conseillerois le premier de vous y opposer. „Mais jusqu'ici je ne vois pas ce qui devroit nous allarmer l'un ou l'autre, „puisqu'il nous peut être indifférent que ce soit Pierre ou Paul que les „Polonois éliront, pourvu que les choses se passent tranquillement.“

[85]) Voriger Bericht.

[86]) Chiffrirte Depesche an Mercy vom 16. Mai 1764.

[87]) Rieb an Kaunitz. Berlin, 25. Mai 1764.

„Le Roi m'ayant vu le 21, lorsque nous étions, moi et tous les autres „ministres étrangers, aux manœuvres qu'il fit faire à ses troupes, me fit signe „de l'approcher, et après m'avoir parlé assez longtems d'une façon très-gra- „cieuse sur toutes sortes de choses indifférentes, nous nous éloignâmes

„insensiblement de la suite, et faisant écarter par un de ses aides de camp „la populace, il me dit: Vous avez parlé dernièrement à M. de Finckenstein „touchant les affaires de Pologne. Voulez-vous que je vous dise là-dessus „franchement ce que je pense? Laissez faire la Russie un Roi de Pologne „comme elle vous a laissé faire un Roi des Romains, et vous pouvez compter „que nous resterons tranquils.“

„Je lui répondis que la première fois que j'avois eu l'honneur de me „mettre aux pieds de S. M., je lui avois protesté, qu'élevé depuis mon enfance „dans le militaire, j'ignorois les fonctions du nouveau métier auquel je me „voyois destiné. Mais connaissant les vues de ma Souveraine, qui ne tendoient „qu'à consolider l'amitié rétablie entre les deux Cours, je me flattois qu'en „substituant la droiture et la sincérité à la politique, je mériterois l'approbation „et de S. M. le Roi et de l'Impératrice; que depuis j'avois toujours agi en „conséquence de ce principe, et qu'avec cette même franchise je priois S. M. „de vouloir bien considérer qu'il n'y avoit aucune comparaison à faire entre „l'élection du Roi des Romains et entre celle du Roi de Pologne. Avant que „de mettre, dis-je, l'élection du Roi des Romains en question, on l'avoit con„certée avec V. M.; Elle l'avoit promise par le traité de paix; ainsi elle ne „doit, ce me semble, être considérée en quelque façon que comme une suite „de ce traité, et comme un accomplissement de la parole qu'on s'étoit donnée „à Hubertsbourg. Outre cela V. M. Elle-même m'a fait l'honneur de me dire, „lorsqu'il en étoit question, qu'il n'y avoit pas d'autre candidat qui pût y „aspirer que l'Archiduc d'alors, de sorte qu'il me paroît que ce reproche de „la part de la Russie regarde autant V. M. que S. M. l'Impératrice.

„En Pologne les choses me paroissent différentes, en ce que d'abord „après la mort de feu le Roi j'eus ordre d'expliquer clairement les vues de „ma Cour, qui ne tendoient qu'à la conservation de la liberté et de la con„stitution de ce Royaume. V. M. me fit assurer par son ministère que les „siennes étoient les mêmes. On l'a même déclaré de part et d'autre publique„ment, en s'engageant envers la République de s'opposer à toute autre puis„sance qui voudroit attenter à ses libertés. Or mettez-vous en la place de „S. M. l'Impératrice, Sire, et daignez considérer qu'il y a des troupes étran„gères dans le pais, qu'une partie de la nation, déclarant leur entrée et leur „séjour dans le Royaume comme attentoires à ses libertés, réclame l'accom„plissement des promesses qu'on a faites par les déclarations qui ont été „publiées, que feriez-vous, Sire, à sa place?

„Le Roi répliqua: Mais pourquoi voulez-vous que cette élection soit „plus libre que les trois précédentes? Ce qui se passe à cette heure en Po„logne, nous l'avons vu à tous les interrègnes; vous-même avez fait la même „chose conjointement avec la Russie à la dernière élection. Croyez-moi,

„l'Impératrice pourroit se contenter d'avoir fait un Roi des Romains; elle ne „peut pas faire tous les Rois.

„Moi je répondis: Si nous voulions nous régler sur les élections précé„dentes, Sire, il me paroit qu'il faudroit, en prêchant la liberté et en publiant „nos sentimens pacifiques dans nos manifestes, commencer par mettre nos „armées en campagne; du moins c'est ce qui s'est pratiqué à la dernière élec„tion. Mais c'est pour l'éviter que j'ai ordre de m'adresser à V. M. Elle-même „m'a fait l'honneur de me dire à Charlottenbourg que, si nous avions parlé „avant la dernière guerre, Elle nous auroit donné des sûretés, et que nous „eussions pu l'éviter. V. M. ne pourra sûrement pas cette fois-ci, si contre „toute attente ces affaires dussent troubler le repos public, nous faire ce re„proche une seconde fois. S. M. l'Impératrice a fait tout ce qui a dépendu „d'Elle pour prévenir toutes sortes de suites fâcheuses; Elle s'est principale„ment adressée à V. M., et j'ai encore ordre aujourd'hui de déclarer de sa „part, qu'Elle ira au-devant de tout ce qu'il plaira à V. M. de proposer pour „le maintien du repos public, pourvu que les propositions ne soient pas „directement contre Ses intérêts, et qu'Elle puisse les accepter sans manquer „à la parole qu'Elle a donnée. Bien éloignée de vouloir faire un Roi de „Pologne, l'Impératrice ne prétend gêner en façon quelconque le choix du „Roi, que les Polonois jugeront à propos de se donner, mais en échange Elle „ne peut pas souffrir non plus que quelqu'un l'entreprenne, et c'est pour éviter „les suites inévitables qui en résulteroient, si Elle se mêloit directement dans „les affaires de Pologne, qu'Elle souhaiteroit de convenir amiablement avec „V. M. sur les mesures à prendre.

„Le Roi: Je ne puis pas me mêler dans les affaires de Pologne directe„ment. La Russie en est trop jalouse, et tout ce qu'elle a fait jusqu'ici, n'est „que pour empêcher que d'autres puissances ne s'en mêlent. Le plus sage et „le seul conseil que je puisse vous donner, c'est de les laisser faire, et croyez„moi, l'Impératrice et M. de Kaunitz sont trop sages pour s'exposer à une „nouvelle guerre.

„Moi: Je ne sçai pas sur quoi la jalousie de la Russie peut être fondée. „Il me paroit que V. M. et l'Impératrice sont autant autorisés à se mêler „des affaires de ce Royaume qu'Elle. Je ne sçai pas non plus s'il est de „l'intérêt de ma Souveraine de conserver la paix en laissant opprimer la Po„logne, ou de s'y opposer. Mais pour donner une preuve convaincante à V. M. „que je n'y entens pas finesse, veut-Elle bien me permettre que je lui com„munique les ordres que j'ai reçus à ce sujet? Je les ai sur moi, et Elle „pourra peut-être mieux juger de leur contenu que de ce que je dis de „bouche? Pas ici, dit le Roi. Mais permettez-vous, Sire, répondis-je, que je „les donne à M. Finckenstein? Je serois beaucoup plus tranquil, si Elle les

„a lus Elle-même, car dans une affaire aussi épineuse que celle-ci je crains „de dire trop ou trop peu.

„Le Roi en riant: Elle n'est pas si épineuse que vous croyez; je vous „le répète. L'Impératrice et M. de Kaunitz sont trop sages pour s'exposer à „une guerre; d'ailleurs quelle raison vous y engage? La Russie n'use d'aucune „violence, puisqu'elle n'agit que de concert et sur la réquisition de la plus „grande partie du Royaume, pendant que le grand-général avec quelques „têtes chaudes et une cinquantaine de nonces ne crient contre l'infraction de „la liberté que parce que vous les payez pour crier. Ne les encouragez pas, „ne leur donnez plus d'argent, et vous les verrez bientôt réunis avec le bon „parti. Ici la conversation s'échauffa et je crois de mon devoir d'omettre quel-„ques expressions peu honorables pour le grand-général, dont le Roi s'est „servi en parlant de son parti. Tant y a que je lui ai répondu que je n'étois „point chargé d'entreprendre la justification de ce que les Polonois faisoient „entre eux; que j'ignorois de même si ma Cour payoit le grand-général et „son parti pour crier, que ma commission tendoit purement à convenir avec S. M. „des moyens qu'il seroit convenable d'employer pour la conservation de la „liberté polonoise, de la constitution du Royaume et du repos public; que „pour la raison même que le parti opposé à celui du grand-général étoit le „plus fort, il me paroissoit que la Cour de Russie risqueroit d'autant moins „de laisser l'élection parfaitement libre.

„Si par exemple, dis-je, les Cours de Vienne, V. M., la Russie et la „France convenoient de déclarer aux deux partis publics actuellement en „Pologne, qu'elles veuillent que l'élection d'un Roi soit libre, que l'Impéra-„trice de Russie fasse retirer ses troupes de la Pologne, mais qu'en revange „on exige que les différents partis dans la République renvoyent aussi les „leurs, que la nation prenne vis-à-vis des quatre Cours l'engagement solemnel „de procéder à l'élection par les voyes légales et pacifiques, et de se réunir „en cas de scission pour le candidat au thrône, auquel une élection libre se „trouvera avoir donné la pluralité des voix, les assurant qu'en ce cas on re-„connoitra le Roi qu'ils se seront choisi, mais en cas aussi que quelqu'un „s'avisa de contrevenir aux engagemens qu'on auroit pris, on étoit résolu „d'employer la force contre les perturbateurs quelconques du repos de la patrie.

„Le Roi: M. de Ried, M. de Ried, c'est à moi que vous faites de pa-„reilles propositions, pendant que vous savez que j'ai des engagemens avec la „Russie! Vous voulez que j'agisse contre elle, en lui proposant de retirer ses „troupes! Je suis sûre que votre Cour est allarmée de ce traité, que l'on „croit déjà à Vienne que nous avons fait le partage de la Pologne. Mais „vous verrez le contraire.

„Moi: Je ne sçai pas, Sire, ce que ma Cour pense sur le traité que „vous avez fait avec la Russie, mais je sçai qu'on s'y attendoit. Daignez

„m'écouter, Sire, encore un moment! Laissons la Russie! V. M. m'a donné „tant d'assurances réitérées de ses sentimens pacifiques, que je dois croire „qu'Elle désire aussi sincèrement la paix que l'Impératrice. Elle m'a fait „déclarer par Ses ministres qu'Elle ne feroit pas marcher des troupes en Po- „logne, si nous n'y faisions pas marcher les nôtres. Il me paroit qu'il n'en „faudroit pas davantage pour tranquilliser ma Cour. La Russie même et les „Polonois y trouveroient également leur avantage, la première parce qu'elle „auroit plus de liberté d'agir, et les autres, parce qu'ils auroient deux armées „de moins à craindre, qui ne feroient que ravager leur patrie.

„Le Roi: Vous pouvez compter que, si vous laissez faire les Russes, „je ne m'en mêlerai pas non plus. Vous voyez bien que je ne fais aucune „disposition pour une marche des troupes, et il n'en est pas question.

„Moi: Permettez-vous, Sire, que l'Impératrice rende cela public, et „qu'Elle fonde là-dessus la réponse qu'Elle fera aux Polonois qui ont réclamé „sa protection, pour leur faire sentir qu'en leur envoyant des troupes, Elle „leur feroit plus de mal que de bien?

„Le Roi: Comment rendre public? Est-ce qu'on déclare publiquement „une explication amiable comme celle-ci? Je vois bien que vous voulez tenir „un coin dans les affaires de Pologne, et que vous n'en voulez pas courir „les risques. Je ne puis pas déclarer cela. J'ai même des engagemens, (ici „je ne sçai pas bien si le Roi a dit: on exige, ou j'ai promis) de faire „des démonstrations sur les frontières. Ce seroit me brouiller avec la Russie „dans un tems où je viens à peine de signer un traité d'alliance.

„Ici le Roi se tut, resta encore un peu, tira ensuite le chapeau et s'en „alla sans me dire un mot de plus.

„Comme j'ai eu l'honneur de parler fort longtems au Roi, et qu'il s'est „un couple de fois échauffé, je ne puis pas répondre d'avoir rendu exactement „tout notre entretien mot par mot, mais je réponds de la substance, et si „l'intérêt de S. M. l'Impératrice l'exige, vous pouvez, Monseigneur, faire im- „primer ma relation. Je réponds de n'y avoir rien mis de trop, mais qu'en „revange j'ai omis des expressions qui ne font rien à l'essentiel des affaires. . . .“

[88]) Duncker. Die Besitzergreifung von Westpreußen. S. 492.

[89]) Instruction für den Fürsten Lobkowitz. 3. Nov. 1763. „Insbesondere „aber wird er Fürst vorzüglich vermeiden, sich in die domestica des Rußischen „Reichs einzumischen, noch weniger aber an einigen Empörungen und Comploten „gegen die Rußische Kayserin den mindesten Antheil zu nehmen. Wir tragen an „dergleichen politischen Kunstgriffen einen Christlichen Abscheü, und wenn man auch „solche nur nach den Staats-Regeln beurtheilet, so ist es eine große Frage, ob „Wir und die gemeinsame Sache durch die Abänderung der gegenwärtigen Re- „gierung nicht ehender verliehren alß gewinnen würden. Dann der Rußische Thron

„könnte nach Abgang der jezigen Kayserinn nur ihrem Sohn, dem jungen Groß„fürsten, oder aber dem in verhaft sizenden Ivan zu Theil werden. In dem ersteren „Fall wäre ohnedem bei der schwachen Regierung einer Vormundschaft keine Ab„änder- oder Verbesserung des dermaligen Rußischen Staats-Systematis anzu„hoffen. Und da der so übel gesinnte Graf Panin als Obersthofmeister des Groß„fürsten den meisten Einfluß in die Geschäfte gewinnen dörfte, so stünde nicht zu „zweifelen, daß er den König in Preussen und die Czartorißkysche famille, wo „nicht mehr, doch eben so sehr alß von der jezigen Kayserinn geschiehet, begünstigen „würde, und von den übrigen Regierungs-Gliedern dörften Wir uns eben so wenig „etwas gedeyliches zu versprechen haben."

„Was auch den Jungen Ivan anbelanget, so sind die Nachrichten von seinen „Leibs- und Gemüths-Eigenschaften so unterschieden, daß von solchen schon der„mahlen kein gesichertes Urtheil gefället werden kann. Und ob Wir zwar uns seine „Freündschaft und Zuneigung wegen der nahen Anverwandtschaft zu versprechen „haben solten, so ist dagegen in Erwägung zu ziehen, daß der Ivan von einem „Braunschweigischen Prinzen entsprossen, und daß dieses Haus so vielfältig durch „Schwagerschaften und engeste Einverständniß mit dem König in Preussen ver„bunden seye. Wenn also der Ivan dem Anrathen seines Hauses Gehör gebete, „so stünde nicht zu zweiflen, daß er dem ernannten König gänzlich und noch „mehreres alß die Kayserin ergeben seyn würde. Wir bemerken aber diese Be„trachtungen nur zu dem Ende, um dem Fürsten desto überzeugender zu erkennen „zu geben, wie sehr Unsere Absicht davon entfernet seye, in geheime Bearbeitungen „gegen die jezige Regentin des Rußischen Reichs einzugehen und Uns oder auch „die Unsrige hierinnen verwickelen zu lassen."

[90]) Kaunitz an Mercy. 16. Mai. In Ziffern. „Bey solchen umständen und „da die hiesige Finanzen durch den lezten Krieg so sehr erschöpfet seynd, ist nicht „einmahl darauf zu gedencken, daß unser Hof sich zu Geldabgaben einverstehen „sollte." . . . Und am 31. Mai schrieb Kaunitz an Mercy . . . „füge annoch „hinzu, daß unser Hof sich zu gar keiner Geldabgabe verstehen will . . ."

[91]) Ried. 25. Mai 1764.

[92]) Chiffrirte Depesche an Mercy vom 16. Mai.

[93]) Mercy. 26. Mai 1764.

[94]) Auf dessen Referat vom 6. Juni 1764.

[95]) Stanislaus Poniatowski war damals Stolnik, d. h. Truchseß, und er wird daher in den diplomatischen Berichten jener Zeit gewöhnlich nur der Stolnik genannt.

[96]) Kaunitz an Mercy. Chiffredepesche vom 31. Mai 1764. „Solte es aber „zum Vergleich kommen, so ist vor Allem darauf zu sehen, daß die dissentienten „oder Griechen und Protestanten keine größere Freyheit erwürben, noch das

„liberum veto abgestellet würde. Durch diese beyde Mittel könnten die Russen „und Preußen vor beständig in Pohlen die Oberhand gewinnen und der König „in Pohlen zu einer sehr formidablen Macht gelangen, welches mit Unserem „Staats-Interesse auf keine weiß zu vereinbahren und von der allerschädlichsten „Folge wäre."

⁹⁷) Chiffrirte Depesche an Mercy. 1. Juni 1764.

⁹⁸) Depesche an Mercy. 6. Juni 1764.

⁹⁹) Beer. 170.

¹⁰⁰) Vom 3. Juni 1764.

¹⁰¹) Mercy. 3. Juni 1764. „. . . solle ich mein . . . Dafürhalten dahin „vortragen, daß nämlich . . . der beste Ausweg in dem bestehen dörfte, wenn Herr „Marquis de Paulmy und ich Allerhöchsten Orten begwaltiget werden, nochmals „und zwar auf eine decisive Art den Vorschlag wegen Entfernung aller Trouppen „bey der Czartoriskyschen familie mit hinzugefügter Erklärung anzubringen, daß „unsere Höfe von diesem Begehren absolute nicht abzustehen gedächten, auch im „Fall einer ferneren Weigerung ihren Bothschaftern allschon die vorläufige Befehle „ertheilet hätten, sich unverzüglich von hier wegzubegeben. . . ."

¹⁰²) Kaunitz an Mercy. 7. Juni 1764. „Die Abfertigung des gegen„wärtigen Couriers hätte zwar schon gestern Abend erfolgen sollen, weilen aber „die schriftliche Allerhöchste Begnehmigung abzuwarten ware, so kann solches erst „heut Abends erfolgen. Bevor aber das Paquet geschloßen worden, ist der Courier „Caironi mit Eurer Excellenz Depeche vom 3ten dieses hier eingetroffen, bey „deren flüchtigen Durchlesung so vieles wahrzunehmen gewesen, daß der Allerhöchste „Auftrag und dero Anrathen in dem weesentlichen mit einander übereinstimmen. „Jedoch bin ich des Dafürhaltens, daß die völlige Zuruckziehung der Russischen „Trouppen aus Pohlen nimmermehr zu erhalten, und dahero auch nicht hierauf „als auf einer conditione sine qua non zu bestehen seye, wenn nur im übrigen „billige und anständige Bedingnüsse, besonders aber die amnestie der Wohlgesinnten „erwürket werden könnten."

¹⁰³) Rescript an Mercy. 9. Juni 1764.

¹⁰⁴) Berichte Mercy's vom 6., 8. und 9. Juni 1764.

¹⁰⁵) Kaunitz an Mercy. 17. Juni 1764. „Gleichwohl erfordert dieser außer„ordentliche Zufall keine neue Anweisungen."

¹⁰⁶) Mercy. Warschau, 14., 20., 23. Juni 1764.

¹⁰⁷) Mercy. 29. Juni.

¹⁰⁸) An Mercy. 7. Juli.

¹⁰⁹) Referat vom 12. Juli 1764.

[110]) Mercy. 11. Juli.

[111]) Erizzo schrieb über Stanislaus Poniatowski am 15. Sept. 1764: „Tutti quelli che conoscono il nuovo Rè, lo descrivono di una figura avvan-„taggiosa, di molta finezza di spirito, ornato d'eloquenza, con un animo intra-„prendente, capace di rifformare gl' abusi introdotti in quella Republica. Adom-„bra solo queste sue doti qualche elatezza che gli viene supposta quando „egli era privato coi suoi eguali, diffetto che potrebbe più manifestarsi collo „splendore della sua dignità, e che sembra più osservabile nel grado della „di lui famiglia, la quale non essendo delle principali della Polonia, mai „sarebbe pervenuta a si eminente grado per li voti della patria senza la „protezzione della Imperatrice delle Russie. . . .“

[112]) Kaunitz an Starhemberg. 5. Juni 1764. „. . . daß sich gar keine „Hofnung mehr zu machen seye, die Erhebung des Grafen Poniatowsky auf den „Pohlnischen Thron zu verhinderen, und dem Russischen Hof in seinem dießfälligen „Vorhaben auch nur die geringste Beschwerlichkeit in den Weeg legen zu können, „dahero auch besser seyn dörfte, sich in dieses Geschäft nicht tieffer als bereits „geschehen ist, einzulassen, den wohlgesinnten Theil der Pohlnischen Nation ver-„geblich in ihr Unglück zu stürzen und anbey noch namhafte Geldsummen ohne „den geringsten Anschein einer davon zu gewartenden ersprießlichen Würckung „zu verwenden.“

[113]) Kaunitz an Maria Theresia. 14. Sept. 1764.

[114]) Eigenhändige Antwort der Kaiserin auf den vorigen Bericht des Staatskanzlers: „je vous r'envois cette note par l'homme de poniatofzgi qui „n'at pas osée paroitre ici sans permition; je le lui ais accordée dautant plutot „que, voyant par cette note que vous le croyez deja ici, je lui parlerois en „conformitée. mais il y a une circonstance qui m'embarasse: c'est qu'il at une „petite lettre du rois qui veut me rendre, dois-je l'accepter ou refuser? comme „c'est une lettre particulière, j'ai crut pouvoir le faire, mais je n'en ferois „rien avant de savoir ce que vous en pensez. c'est la raison pourquoi je vous „ecris par cette voie; vous me repondrois au plutot“.

[115]) Starhemberg. 11. Juli 1764.

[116]) Kaunitz an Maria Theresia. 17. Sept. 1764. „Le Comte de Dietrich-„stein m'a remis le billet dont V. M. a daigné le charger pour moi, et j'y „ai vu avec beaucoup de satisfaction qu'il a plu à V. M. d'approuver ce que „j'avois eu l'honneur de Lui mander au sujet de la démarche que devoit „faire vis-à-vis d'Elle le Général Poniatowski. Je suis étonné que M. son „frère ait pu penser que V. M., dans les termes où en sont les choses relative-„ment à lui, recevroit une lettre de sa part, et qu'il ait osé essayer de la „faire recevoir. La réponse de V. M. lui fera sentir qu'il a eu tort de s'en

„flatter, et comme V. M. lui a donné cette petite leçon sans que néantmoins „il puisse en être blessé, j'espère qu'il ne pourra en résulter que du bien."

[117]) Aufsatz von Binders Hand. September 1764.

[118]) An Starhemberg. 2. Oct. 1764.

[119]) Kaunitz an Starhemberg. 3. Oct. 1764. „Welches aber dazu sehr „dienlich seyn dörfte, daß der neue König nebst der Nation um so überzeugender „einsehe, was Er von der Preußischen Freundschaft und Einverständniß zu ge„warten habe."

[120]) Kaunitz an Starhemberg. 22. Oct. 1764.

[121]) Voriges Rescript.

[122]) Penkler. 8. Oct. 1764.

[123]) Kaunitz an Starhemberg. 23. Oct. 1764. Herr Beer legt darauf Gewicht (I. 177), daß Kaunitz in seiner späteren Depesche an Starhemberg vom 30. October dem Benehmen des französischen Botschafters Vergennes Lobsprüche spendete. Er übersieht hiebei, daß diese letztere Depesche durch einen Courier des französischen Geschäftsträgers Gerard nach Paris abging und darauf berechnet war, von der französischen Regierung geöffnet und gelesen zu werden. Ja Kaunitz zählte darauf, daß Vergennes von diesem Lobe auf dem Umwege über Paris Kenntniß erhalte, und auch Penkler wurde beauftragt (am 6. Nov.), Vergennes zu bedeuten, daß man von Wien aus „seinen sehr einsehenden und vernünftigen Betrag mit „großen Lobsprüchen erhoben hätte." Man trachtete ihn hiedurch „bey guter Ge„sinnung zu erhalten und seiner Eigenlieb zu schmeichlen." Penkler möge ihm zu Gemüth führen, „daß unser Hof in Ansehung der Pforten mit aller Vorsicht zu „werck zu gehen habe und sich nicht so weit als Frankreich bloßgeben könne. . . ."

[124]) Beer. I. 127.

[125]) Kaunitz an Starhemberg. 14. Nov. 1764.

[126]) Vom 16. Nov. 1764.

[127]) Chiffrirte Depesche an Penkler vom 16. Nov. 1764. „Euer Wohl„gebohren habe die allerhöchste Willens Meinung dahin zu erleuteren, daß wenn „dieselbe eine schriftliche Antwort auf des **Reis Effendi** anfrage nicht vermeiden „könnten, Ihro Mayestäten wünschten, daß anstatt der in meinem Schreiben ge„brauchten Wort: fest entschloßen ein gelinderes, nemlichen: gemeinet oder „intentioniret gesezet, auch meine folgende Worte: noch ohne seine mit„einstimmung den Grafen Poniatowsky für einen erwählten „Pohlnischen König anzuerkennen, ausgelassen würden."

„Sodann gehet der allerhöchste Wunsch und Verlangen vorzüglich dahin, daß „mit der Pforten ein baldiges Einverständnis wegen anerkennung des neuen Königs

„in Pohlen befördert und zu Stand gebracht, wodurch aber aller weitlauftigkeit „und Beysorg auf einmahl abgeholfen würde. . . .“

„Euer Wohlgeb. wollen sich Beydes zur richtschnur dienen lassen.“

[128]) An Penkler. 20. Nov. 1764.

[129]) Gleichfalls vom 20. Nov. 1764.

[130]) „Pourquoi faut-il qu'Elle mette Elle-même obstacle à l'extrême „inclination qui me porte vers Elle? En politique comme dans la vie civile, „il est naturel de rechercher de preference des liaisons intimes avec des per- „sonnes dont la bonne foi, la droiture et la douceur fait le caractère.“ Beilage zu dem Referate vom 1. Dec. 1764.

[131]) Penkler. 17. Nov.

[132]) Kaunitz an Penkler. 21. Dec. 1764.

[133]) Starhembergs Bericht vom 7. Nov. 1764.

[134]) Voriger Bericht.

[135]) Kaunitz an Starhemberg. 10. Jänner 1765.

[136]) Aufsatz über die polnischen Angelegenheiten, von Binder entworfen. Anfangs Febr. 1765.

[137]) Kaunitz an Starhemberg. 8. Febr. 1765.

[138]) Die hierauf bezügliche Correspondenz liegt bei der Depesche nach Paris vom 30. April 1765.

[139]) Renier. 19. Oct. 1765. „La Polonia per varie prestanze fatte al „morto Rè suo, che era Signore della Sassonia, diveniva essa creditrice di „sette millioni di fiorini, i quali dovevano essere sodisfatti dal successore „della Sassonia medesima, e vice versa l' Elettor di Sassonia pretendeva un „credito dalla Polonia di fiorini trecento mille. Il timore che ebbe la Corte „di Vienna, che il Rè di Polonia presente facesse una cessione di questo „credito a quello di Prussia, cosa che poteva ben succedere per le connezioni „recenti accadute fra quelle due Corti, tal timore operò in guisa che qui si „agevolò il riconoscimento. A questo si aggiunse che la Francia attaccata „per relazione strettissima di parentela all' Elettor di Sassonia, temendo il „danno che ne potrebbe derivare a quello Stato, pur troppo afflitto dalla „passata guerra per la sodisfazione di questa grandiosa summa di sette millioni, „facilitò ancor ella e si accomodò a riconoscere il Rè eletto dalla Polonia „medesima. Il modo dunque di convenire fù questo, che si calcolassero estinti „tutti li debiti che li crediti dell' uno e dell' altro dei due Stati, quantunque „vi sia una grandissima disuguaglianza di summa fra l'una e l'altra, cioè „della Sassonia e della Polonia.“

[140]) Rescript an Starhemberg vom 3. Juli 1765.

141) Die Instruction für Krufft ist vom 19. Juli 1765 datirt. Ihr liegt diejenige für Gerard bei.

142) Kaunitz an Starhemberg. 14. Jänner 1766.

143) Rescript an Colloredo. 9. Jänner 1766.

144) Kaunitz an Starhemberg. 7. Nov. 1765.

145) Alle diese Vorgänge sind ausführlich dargestellt in der Instruction für den Freiherrn von Revicky vom Jahre 1772.

146) Ried. Berlin, 28. und 30. April 1764.

147) 2058 Preußen bei 47 Regimentern. Ried, 10. Mai 1764.

148) Referat vom 16. Mai 1764.

149) Ried. 28. Juli 1764.

150) Referat vom 17. August 1764.

151) Referat vom 6. Nov. 1764.

152) Gemeinschaftlicher Bericht der Generale Ried und Nugent. Berlin, 26. Dec. 1764.

153) An Ried. 7. Jänner 1765.

154) Instruction für Nugent vom 13. Sept. 1764.

155) An Nugent. 7. Jänner 1765.

156) Nur einmal, und zwar am 21. Mai 1766 bei einer Revue der Truppen that er derselben gegen Nugent neuerdings Erwähnung. Auf dessen ablehnende Bemerkung ließ er sie jedoch gleich wieder fallen. Nugent, 31. Mai 1766.

157) Nugent an Kaunitz. Berlin, 1. April 1765. „Quant à ma personne, „j'ai tout lieu de me louer tant de l'accueil dont le Roi m'honore, que de la „distinction que ses ministres me marquent en toute occasion. Ces derniers „ne me parlent jamais d'affaires et s'obstinent à ne pas répondre sur les „différents mémoires que V. A. m'a ordonné de leurs remettre. Je réglerai „ma conduite sur la leur jusqu'à ce que je reçois de nouvelles ordres de V. A.; „ne jugeant pas convenable pour la dignité de la Souveraine de faire trop „le pliant vis-à-vis d'eux. Cependant lorsque dans la conversation il se pré-„sente quelque occasion, je ne manque pas de faire entrevoir que, quoique „l'on ne souhaite de la part de notre cour ni rupture ni guerre, que toutes „fois on se trouve dans un état à ne craindre ni l'une ni l'autre."

158) Vom 13. April 1765.

159) Nugent. 1. Juni 1765.

160) Nugent. 25. Juni und 2. Nov. 1765.

[161]) Nugent an Kaunitz. Berlin, 18. Jänner 1766. Chiffrirt. „... Seit „einiger Zeit bezeigt sich der König gegen mich ganz ausnehmend gnädig. An allen „Courtägen spricht derselbe mit mir eine merckliche Zeit von gleichgültigen Dingen. „... Ich habe den Weeg gefunden, mich mit einem gewißen, dem der König „vieles vertrauet und der täglich die Abendstunden bey ihm zubringet, in eine „vertrauliche bekanntschaft zu sezen. Derselbe hat mir eröfnet, daß der König öfters „den eifer, welchen des Kaysers Mayestät bezeigen, Dero Landesverfassung genau „einzusehen, das Finanzweesen durch abtilgung der Staatsschulden und Vermin„derung aller überflüßigen ausgaben zu verbeßeren, dan das militare durch kluge „Einrichtung auf einen vollkommenen Fuß und dadurch noch in größeres Ansehen „zu bringen, ganz über alle maßen erhebe; mit dem Beyfügen, es seye der König, „nachdem er den ganzen Zusammenhang dieser Sache und dem weisen Benehmen „dieses Monarchen, so zu sagen stufenweise nachgedacht habe, schon zu wiederholten „malen in folgende worte ausgebrochen: Celui-ci commence bien; Dieu scait „jusqu'où il ira. Wan ich nun diese mir hinterbrachte des Königs Aeußerungen „mit dessen angeführten betrag gegen mich vereinbare, so kan ich nichts anderes „schließen als daß solches nur von der großen Meinung herrühre, welche der König „von den bewunderungswürdigen Maaßregeln zu schöpfen veranlaßet wird, die „Se. kais. May. in allen Sachen jederzeit ergreiffen."

[162]) Nugent an Kaunitz. Berlin, 8. Febr. 1756. In Ziffern. „Kaum er„blickte mich Hord bey Hof, so suchte er mich auf die Seite zu bringen. Er ver„weilte sodan nicht mich kräftigst zu versicheren, des Königs Majestät wünschten „nichts so sehnlicher alß mit dem Hauß Oesterreich die engste Verbindnis einzu„gehen, die hauptsächlich die Vermehrung des Glanzes beeder höchster Häuser und „den Ruhestand von Europa zum endzweck hätte."

[163]) Kaunitz an Nugent. Chiffrirt. 8. März 1766.

[164]) Das Rescript des Staatskanzlers an Nugent vom 22. April 1766 wurde veröffentlicht von Beer im 47. Bande des Archivs für Oesterr. Geschichte. 471—478.

[165]) Nugent. 6. Mai 1766. „La maison d'Autriche a beaucoup perdu „en lui."

[166]) Nugent. 6. Mai 1766. Chiffre.

„Als ich von der Reise Sr. Kais. Maj. nach Böhmen und Sachsen mit „dem König sprache, so war weder aus deßen Miene noch Worten das geringste „abzunehmen, woraus man schließen solte, daß ihm solche einigermaßen verdächtig „vorkomme. Er sagte nur: „cette curiosité est tout à fait digne d'un „Monarque tel que lui, und in betref des F. M. grafen Lasci äußerte Er sich „mit folgendem Ausdruck: „Il est actif et je crois que l'Empereur ne se repen„tira jamais de son choix".

[167]) Nugent. 31. Mai 1766.

[168]) Nugents chiffrirter Bericht vom 9. Juni 1766.

[169]) Maria Theresia's letzte Regierungsjahre. Band I. Cap. 9.

[170]) „ . . . voila les ordres de rode. que dois-je faire? dois-je en ecrire „à mon fils ou non? je serois bien fachée si cette entrevue se fait et si les „choses lui reussissent ainsi selon ces desirs contraires aux miennes. on en „faira plus souvent l'experience et moy j'aurois tout les jours plus de degoûts. „ne soyez pas étonnée que je ne vous ais presque rien répondue sur la lec- „ture de l'expedition à l'Empereur. je ne peux m'accoutumer à cette idee; „elle me blesse et ne m'est supportable que dans la perspective de ma dé- „cadence et gout de retraite, par une delicatesse d'amitié de vous mettre à „même d'exécuter sur le champ ce qu'il vous conviendra alors, si je n'existe „plus, et pour par là sauver encore l'être d'un amis que j'estimerois jusqu'au „dernier moment de ma vie, et un bon serviteur comme binder à qui je dois „toute ma reconoissance. c'est dans ce point de vue seule que cette idée „m'est suportable. . . .“

[171]) Der auf die projectirte Zusammenkunft bezügliche Theil der Antwort des Staatskanzlers an Maria Theresia wurde veröffentlicht von Beer im 47. Bande des Archivs für österr. Gesch. S. 433.

[172]) Instruction für Mercy vom 26. Juni 1766.

[173]) Kaunitz an Maria Theresia. 17. Juni 1766. Arch. für Oesterr. Gesch. XLVII. 434.

[174]) Nugent an Kaunitz. 17. Juni 1766.

[175]) Referat des Staatskanzlers vom 23. Juni 1766. XLVII. 435.

[176]) Maria Theresia an die Gräfin Enzenberg. Ganz eigenhändig.

ce 19 juin (1766).

„ . . . il se doit faire des entrevues a dresde et a torgau dont je ne „suis pas d'accord et qui me déplaisent fort.“

[177]) Nugent an Lacy. Berlin, 9. Juni 1766. „Dans la suite d'un discours „que j'ai eu hier avec le Comte de Finckenstein, ce Ministre m'a fait com- „prendre combien le Roi souhaitoit de pouvoir faire une connoissance person- „nelle avec S. M. Impériale. Il ajouta que Torgau étoit si près, en cas que „le Roi sçut le tems que S. M. l'Empereur s'y trouveroit, qu'il pourroit bien „y faire un tour. Comme je ne sçais pas si une entrevue pareille seroit „agréable à notre auguste maître, ma réponse étoit que j'ignorois entièrement „le journal du voyage de S. M. Impériale, mais que j'étois assuré qu'une „pareille surprise ne sauroit etre que bien agréable à mon maître. Je supplie „donc V. E. de vouloir bien me marquer les intentions de notre auguste

„Souverain sur cet article, afin que je puisse détourner cette idée du Roi, „si on le trouve nécessaire, sans que cela puisse faire une mauvaise impres- „sion sur lui, ou bien en l'instruisant du tems que l'Empereur se trouvera à „Torgau, Lui faire entrevoir la satisfaction qu'on aura d'une telle visite. „J'écris plus amplement au Prince de Kaunitz sur cette matière, mais comme „ma lettre doit aller à Vienne, et qu'il m'importe de savoir aussitôt que pos- „sible la volonté du maître, je prens la liberté de m'adresser à V. E. D'ail- „leurs comme je présume, Monseigneur, que vous n'avés pas le chifre avec „vous, je vous fais parvenir celle-ci par une voye assurée. V. E. peut me „répondre par la poste, et si Elle me marque dans sa lettre, l'Empereur sera „le . . . de Juin à Torgau, alors je comprendrai que la visite du Roi, s'il „la fait, sera agréable, mais en cas que dans la lettre il n'est pas fait men- „tion de cet article, alors je concluerai qu'on ne s'en soucie point. J'envoye „celle-ci par une occasion assurée au Commandant de Prague pour vous la „faire tenir aussitôt que possible. . . ."

178) An Mercy. 26. Juni. „Sollte nun die Entrevue, wie zu vermuthen „stehet, stattgefunden haben. . . ."

179) Nugent an Kaunitz. Carlsbad, 30. Juni 1766. „je n'avais pas be- „soin de luy dire qu'il avait afaire à un Prince sans foi, sans loi, qui a „etouffé en luy-meme tous les sentiments de l'humanité; que faire des pro- „messes les plus sacrées pour les rompre ensuite, lorque cela convenoit a son „interet, ne luy coutoit rien, que tout moyen luy etoit egal, pourvu qu'il par- „vient à son but. Sa Majesté connoissoit déjà tout cela et il m'a paru qu'Elle „connoit le Roy tout aussi bien que je pourrois le connoitre. . . ."

180) Bericht des Hauptmanns Joseph Weber, welcher während Nugents Abwesenheit von Berlin die Geschäfte der dortigen österr. Gesandtschaft besorgte, an Binder vom 1. Juli 1766.

181) Joseph an Maria Theresia. Reichenberg, 30. Juni 1766. Ihr Brief- wechsel. I. 180.

182) Maria Theresia an die Gräfin Enzenberg. Ganz eigenhändig.

ce 11 juillet (1766).

„l'Emp. va retourner en 8 jours de sa tourné; tout le monde est con- „tent de lui. l'entrevue que lui et le roy ont souhaité reciproquement, ne s'est „pas faite, puisque la providence n'en at pas voulue, et ces princes depouillez „d'ailleurs de tout ceremoniel et etiquete, se sont piquez dans le moment „que l'entrevue se devoit faire, qui parlera ou invitera l'autre, et ainsi tout „sont partis de leur gite et ont manqué ce qu'ils ont souhaité beaucoup. „combien des speculations politiques ne se fairont pas la-dessus, et ce que „je vous mande, et la seule vrais raison qui frappe. le proverbe se verifie „bien: l'homme propose, Dieu dispose."

[183]) Joseph an Maria Theresia. 5. und 8. Juli 1766. I. 182. 184.

[184]) Joseph an Maria Theresia. Troppau, 10. Juli 1766. I. 186—188.

[185]) I. S. 181.

[186]) I. S. 185.

[187]) I. S. 187.

[188]) Friedrich an Solms. 6. Aug. 1766. Forschungen zur Deutschen Geschichte. IX. 187.

[189]) 25. Sept. 1766. Forschungen. IX. 187.

[190]) „Il est vrai que nous avons eu quelquefois de grands démêlés „ensemble, mais ils n'ont jamais diminué en rien l'estime personnelle que j'ai „pour une si grande Princesse dont tout le monde doit admirer les vertus.“ Nugent, 28. Juli 1767.

[191]) Voriger Bericht.

[192]) Nugent. 27. und 31. Oct. 1766.

[193]) Nugent an Kaunitz. 14. Juni 1766.

[194]) Nugent. 20. Juni 1766.

[195]) Fürst Poniatowski an Canal. 7. Nov. 1766. „on est prêt heureuse-„ment à soutenir la loi de l'année 1764, quoiqu'il en puisse arriver, et on „est de même résolu à ne point consentir à tout ce que la Russie exige pour „les dissidans. . . . Il nous paroit d'entrevoir que le ministre de Russie est „fort étonné de notre fermeté à laquelle il ne s'étoit point attendu. Il ne se „seroit probablement point avancé si loin, s'il ne s'etoit flatté qu'à l'approche „de Troupes Russes nous ferions absolument tout ce qu'il voudroit. Nous „faisons tout ce qui dépend de nous dans l'espérance que les véritables amis „et voisins de la Pologne ne nous abandonneront point et ne souffriront pas „que nous soyons subjugués.“

[196]) Der Vortrag des Fürsten Kaunitz und die Depeschen an Mercy sind vom 19. Nov. 1766 datirt.

[197]) An Mercy. 9. und 31. März 1767.

[198]) Raumer, Beiträge. II. 83.

[199]) Renier. 31. Jänner 1767.

[200]) Weisung an Solms vom 12. Febr. 1767. Bei Duncker. S. 501.

[201]) Lobkowitz. Moskau, 1. April 1767.

[202]) Raumer. Beiträge. II. 108. 109.

[203]) Kaunitz an Mercy. 15. Oct. 1767.

[204]) Raumer. Beiträge. II. 208.

[205]) Mercy. 10. Nov. 1767.

[206]) Considérations sur l'état présent des affaires en Pologne. Le 4 Janvier 1768. Veröffentlicht von Beer. Erste Theilung Polens. Documente. 1—5.

[207]) Hauptmann Weber an Kaunitz. 23. Aug. 1768. „Schon öfters hat „Er kläglichst und wehemüthigst sich vernehmen laßen: Et quae praeparavi, „cujus erunt?"

[208]) Referat vom 27. März 1768.

[209]) Referat des Staatskanzlers vom 4. April und Rescript an Mercy vom 7. April 1768.

[210]) Referat vom 26. Mai 1768.

[211]) Referat vom 8. Juni 1768.

[212]) Kaunitz an Mercy. 8. Aug. 1768.

[213]) Referat vom 22. Aug. 1768.

[214]) Kaunitz an Mercy. In Ziffern. 24. Aug. 1768.

[215]) Bericht des Grafen Wurmbrand vom 15. Aug. 1768.

[216]) Referat des Staatskanzlers vom 28. Aug. 1768. Rescript an den Internuntius Brognard vom 6. Sept.

[217]) Dieses Schreiben ist gleich dem in deutscher Sprache abgefaßten Referate an den Kaiser vom 28. Aug. 1768 datirt. Es wurde von Beer im 47. Bande des Archivs für Oesterr. Gesch., S. 441—446 veröffentlicht.

[218]) Das Schreiben des Staatskanzlers an die Kaiserin vom 31. Aug. 1768 und ein Brief desselben an den Kaiser von dem gleichen Tage, welche beiden Schriftstücke Herr Beer unbeachtet ließ, hätten ihm die von ihm vermißten Andeutungen über das Schicksal dieses Planes vollauf gewährt (vgl. seine Abhandlung S. 400). Der Bericht an die Kaiserin lautet:

„Voici ce que j'ai cru pouvoir mander à S. M. l'Empereur, en consé„quence des ordres de V. M., sans que cela puisse, ainsi que mes deux lettres „précédentes, avoir le malheur de Lui paroitre une Instruction. Tout cela me „confirme de plus en plus dans la persuasion où j'ai toujours été, que je ne „suis pas fait pour servir un autre Maître que V. M."

An Joseph schrieb Kaunitz an dem gleichen Tage:

„S. M. l'Impératrice qui a daigné me communiquer ce qu'Elle pense „sur ce que V. M. Lui a mandé par le courrier Kleiner, m'ordonne d'avoir „l'honneur de porter à Sa connoissance: qu'en me chargeant de faire parvenir à „V. M. tout ce que contiennent les lettres dont le dit courrier étoit porteur,

„aucune des raisons que Lui expose V. M. contre l'idée de l'entrevue, ne Lui „avoit échappée, mais que désirable en général, elle lui avoit paru même „pressante dans la supposition de la guerre réellement déclarée par la Porte. „Que dans cette supposition il auroit pu valoir la peine de passer par-dessus „de bien des considérations subalternes en faveur d'un objet aussi eminemment majeur que l'auroit été celui de se mettre non seulement à l'abri du „danger d'y être entrainé, mais même dans le cas d'établir une sorte de „liaison et de confiance irréprochable entre la Maison d'Autriche et le Roi „de Prusse. Mais que, comme d'après les deux lettres très-humblement ci-„jointes, non seulement la prétendue Déclaration de guerre ne s'est point „vérifiée, mais qu'il semble même que la prétendue négociation de la Haye „n'est point fondée, les raisons qui auroient pu authoriser que l'on cherchat à „se procurer une entrevue, supposé toutefois qu'elle ait pu avoir lieu sans se „compromettre, n'existant plus, au moins dans le moment présent, Elle pense „qu'il est plus convenable d'en abandonner totalement l'idée, et de la ren-„voyer à des tems et des circonstances plus favorables. C'est ce dont S. M. „l'Impératrice m'ordonne d'avoir l'honneur d'informer V. M. J'espère qu'Elle „voudra bien avoir la bonté d'être persuadée qu'ainsi que ce que contient „cette lettre, sans un ordre exprès de S. M. je n'aurois jamais pris la liberté „de soumettre au bon plaisir de V. M. tout ce que contiennent mes deux „précédentes. S. M. l'Impératrice a bien voulu m'accorder la permission „d'aller passer quelques semaines à ma terre d'Austerlitz; je me flatte que „V. M. voudra bien y donner aussi Son agrément".

219) Einige geheime Anmerckungen für den Kays. Kön. bevollmächtigten Ministre an dem Berliner Hof, Herrn Generalen von Nugent. Wien, den 14. Octobris 1768.

220) Veröffentlicht von Beer. Erste Theilung Polens. Documente. S. 262—272.

221) Veröffentlicht von Beer a. a. O. S. 272 unter der irrigen Aufschrift: Note an S. M. l'Empereur 1768.

222) Die Resolution der Kaiserin wurde veröffentlicht von Beer a. a. O. S. 275.

223) Beer. I. 297.

224) Veröffentlicht von Beer. Documente. S. 275.

225) Einige geheime Anmerckungen für . . . Nugent. 14. Oct. 1768.

226) 7. Nov. 1768.

227) Nugent. Berlin, 19. Nov. 1768.

228) Nicht aber, wie Beer meint (Archiv. XLVII. 404), ihren damals noch minderjährigen Sohn, den Kurfürsten.

229) Nugent an Kaunitz. Berlin, 26. Nov. 1768. In Ziffern.

„Nachdem bei der lezthinigen Audienz die erstern Complimenten vorüber „waren, ließe sich der König mit mir über die gegenwärtige bedenkliche lage der „Sachen in Unterredung ein, und da ich ihm hierauf in den wechselweisen Ant„worten die gesinnungen beeder Kayserl. Majestäten laut Innhalts von Lit. A et B „des ersten Artickels der geheimen anmerkungen anständigst eröfnete, so erklärte „sich der König: Es sey Ihm sehr vergnüglich, daß über einen so wichtigen „gegenstand, als die beibehaltung der allgemeinen Ruhe in Deutschland wäre, „beede Kaiserl. Majestäten mit Ihm so gleichförmig dächten. Er wolle (sagte er „ferner) mir das freymüthige geständnis machen, daß seine Tracktaten mit Ruß„land Ihn blos zu gewißen subsidien verbindeten, die gar nicht beträchtlich „wären. Man könne sich also seinethalben in Polen herum balgen, so lange man „wolle, er werde sich gewißlich in diese händel nicht einmischen, nur einen einzigen „Fall ausgenommen, den Er nicht gleichgültig würde ansehen können, wenn man „etwa die absezung des Königs in Polen vornehmen wolte, welcher Umstand der„mals sich weder vorsehen noch vermuthen laße. Ich antwortete hierauf, daß „nachdem gröften Theils der Ruhestand von Europa und hauptsächlich von Deutsch„land von dem guten Vernehmen der beeden hohen Häußern von Oesterreich „und Brandenburg abhänge, und Se. Königl. Preuß. Majestät eben so friedliebende „gesinnungen äußerten, da solche beede Kaiserl. Majestäten ganz zuverläßig hegeten, „so würde es also zu fernerer Erhaltung sothanen Ruhestandes vornehmlich darauf „ankommen, daß höchst besagte 2 häußer noch weitershin in gutem Einverständnis „verbleiben und in Anbetracht der daraus den beederseitigen Staaten so sichtbar „zufließenden wahren Wohlfahrt alles alte mißtrauen, welches vieleicht einige Höfe „nur aus Eigennuzigen Absichten immerhin zu nähren sich etwa bestreben, gänzlich „abgelegt und vertilget werden mögte.

„Se. Königl. Majestät, die hier wieder das Wort nahmen, bestättigten nicht „nur die von mir angeführten gründe, sondern sie fügten noch hinzu: Wir sind „Deutsche; was liegt uns daran, ob in dem Canada und andern Americanischen „Insulen die Engeländer und Franzosen sich zusammen herum schlagen? ob der „Paoli den leztern wegen Corsica die hände voll zu schaffen gebe? ob die Rußen „und die Türken sich einander in die haare fallen? so lange wir zwey, das Hauß „Oesterreich und Ich uns wohl einverstehen, hat Deutschland von Kriegs-Unruhen „wenig zu befahren. Die Kaißerinn Königinn und Ich haben lange Zeit verderbliche „und kostspielige Kriege wider einander geführet, und was haben wir endlich davon? „Eben darum (erwiederte ich) thätte ich meines orts gar nicht zweifeln, mein „allerhöchster Hof würde sich ganz geneigt finden lassen, zu allem deme, was ein „so algemeines als die Erhaltung des Ruhestandes von Deutschland betrefen „mögte, das mögliche beizutragen. Weilen nun hierauf der König von selbsten „erwehnte, Nous ne pourrions rien faire de plus sensé que de convenir sur „une Neutralité pour l'Allemagne; so antwortete ich, daß ich mit Seiner gnädigsten

„bewilligung diese seine gesinnung meinem allerhöchsten hof unverlängt anzeigen, „und von demselben nähere Verhaltungs-Befehle mir hierüber erbitten würde. „In der weitern folge fügte sofort alles hinzu was der 11. Articel in sich begreiffet. „Wie ich mit dem Vorschlag eines zwischen beeden Souverainen einzuleitenden „unmittelbaren Brief-Wechßels erschiene, machte mir der König sogleich den Ein„wurf: Je ne puis pourtant pas écrire le premier. Ich erwiederte ihm: es hätte „sich leider schon öfters zugetragen, daß die wichtigste und heilsamste Vorhaben „wegen Ceremoniel-Sachen nicht hätten zu stand gebracht, und zu ihrer wahren „Reife gelangen können. Nachdem der König dieße meine Vorstellung einige Zeit „überdacht hatte, verfiele Er auf den gedanken, daß man zu Einleitung des be„zielten Brief-Wechßels eine dritte person ausfindig machen müße, und nach einer „nochmaligen Überlegung schlug er die Khurfürstinn von Sachßen Vor.

„Als ich Ihm hierauf ferner vorstellete, daß obwohlen eine solche Cor„respondenz meiner geringen Einsicht nach gar nicht bedenklich, und blos als ein „beweis von beederseitiger wahrer freundschaft anzusehen seye, so erfordere nichts„desto weniger ein dergleichen Vorgang das gröste geheimnis, damit eine so un„schuldige Sache, wie diese, bei den beederseitigen Allijrten nicht etwa Eifersucht „oder wohl gar Mistrauen erwecken möge. Ich hätte ganz recht, antwortete der „König, und zwar um so mehr, qu'il y avoit quelque chose entre l'Electrice „de Saxe et l'Imperatrice de Russie. In was aber das quelque chose bestehen „solle? darüber hat sich der König verschloßen gehalten. Ich machte hierauf dem „König den anderweiten Vorschlag, daß nemlich Se. Majestät im nächst künftigen „Sommer über etwelche Regimenter an der Schleßischen gränze gegen Böhmen „die Musterung halten, und so auch zu gleicher Zeit des Kayßers Majestät ein „kleines Lager in Böhmen gegen Schleßien anordnen, folglich die beeden Monarchen „unter dem Vorwande, die Trupe manœuvriren zu sehen, sich ganz bequem be„sprechen, und wenn sie etwa unter sich was ausmachen und beschließen wolten, „einer dem andern das Königl. wort als die sicherste gewehrleistung verpfänden „könnte. Vous avez bien raison, versezte der König; Nous nous donnerons foi „de Chevalier, comme Francois Premier à Charles Quint, ce qui sera plus „sûr que tous les Traités.

„Informez en votre Cour, et me faites sçavoir l'Endroit et le tems, qu'on „jugeroit à propos pour cela. Nach sothaner Erklärung hat er die Rede über „die ersprießliche folgen, welche von dergleichen vertrauten Entrevues für beeder„seitige Staaten erwachßen, sehr vernünftig eingeleitet, und dabei insbesonders „angemerket, daß bei einem stattfindenden solchen Einverständnis keine Vergrößerung „abseiten Frankreichs, und auch nicht von anderwärts (welches leztere er nur „lächelnd vorbrachte) zu besorgen stünde. Ich konnte wohl abnehmen, daß das „Wort anderwärts auf Rußland gemeinet war. Ich sagte daher: de cet autre „part votre Majesté est un peu plus exposée que Nous. Es sey wahr, er„wiederte der König. Die herren Rußen mögen sich immer an den Küsten des

„schwarzen Meeres, und in den gegenden, wo ihre bekannten Wüsten sind, nach „ihrem wohlgefallen erweitern, aber auf der Europæischen seite . . . Hier sezte er „die Sprache nicht weiter fort, sondern leitete solche auf des Kayßers Majestät, „um dessen allerhöchste Person und gemüths-art er sich ganz genau erkundigte. „Dießer Anwurf gabe mir den schicklichen Anlaß, mich in gemäßheit des 5. Ar- „tickels zu äußern, und die Schlus-stelle deßelben ganz ungezwungen fallen zu „laßen. Ich konnte auch aus der nachsinnigen Mine des Königs deutlich absehen, „daß dieße abbildung tiefe Eindrücke hinterlaßen habe. Bei dem darauf erfolgten „abschiede haben Se. Königl. Majestät mir wohl eingebunden, von dießer in absicht „habenden Revue meinen allerhöchsten hof bald möglichst zu verständigen, und „die Entschließung deßelben darüber einzuholen, damit Er König seine Anstalten „darnach in Zeiten ankehren könne. Bei solcher der Sache beschaffenheit erbitte „mir Euer fürstl. gnaden gnädige Weißung, ob noch künftighin auf den im- „mediaten brief-Wechsel, oder blos auf die Entrevue, oder auf beedes zugleich „anzutragen sey?

„Meines gehorsamsten Darfürhaltens wäre die füglichste Zeit gedachter „Entrevue in dem anfang des September Monaths, weilen in demselben der „König ohnehin alle jahre nach Schleßien sich zu begeben pflegen, mithin dieser „Schritt bei andern Mächten wenig aufsehen verursachen dörfte. Um keines bei „den hießigen Ministern zu erwecken, bin ich mit fleiße noch den nemlichen Tag „der Audienz 15ten dieß von Potsdam nach Berlin zurückgekehret.

„Berlin den 26. November 1768."

230) Nugent an Kaunitz. 19. Nov. „Am 16. dieses ließ mich Graf von „Finckenstein zu sich ruffen und überreichte mir eine Büchse mit Baume de la „Mecke, die seine Königliche Mayestät, so wie sie solche von dem Sultan zum „Present erhalten, mir zugedacht hätten, weil Höchstdieselbe dafür halteten, das „wenn ich etwa noch nicht vollkommen zu meinen vorigen kräfften gekommen „wäre, durch den Gebrauch dieses Balsams am geschwindesten darzu gelangen „wurde. ich verdanckte, so gut ich nur konte, die gnädigste sorgfalt seiner Königlichen „Mayestät, und nahm dieses kostbare geschenck mit tiefester Dankmuthe an".

231) Kaunitz an Nugent. 28. Dec. 1768. In Ziffern.

232) „den Ministre Petit-Maître."

233) Chiffrirter Bericht Nugents an Kaunitz. Berlin, 14. Jänner 1769.

234) Abgedr. bei Beer. Erste Theilung Polens. II. 327.

235) Entwurf einer französischen Depesche an Nugent. Undatirt. Beilage des Vortrages des Staatskanzlers an die Kaiserin vom 26. Jänner 1768.

236) Auf das Referat des Staatskanzlers vom 26. Jänner 1768, mit welchem er ihr den zweiten Entwurf des Rescriptes an Nugent zur Genehmigung vorlegte, schrieb die Kaiserin eigenhändig:

„placet; glaubte nur dise worte noch beyzusetzen: es wäre dan das der „König selbe noch heuer selbsten verlangte in das werck zu setzen. Der Kayser ist „damit verstanden."

[237]) Rescript an Nugent. 28. Jänner 1769. In Ziffern.

[238]) Nugent. Berlin, 11. Febr. 1769. In Ziffern.

[239]) Nugents Bericht vom 18. Febr. 1769. „L'offre gracieuse que Sa „Majesté Impériale a faite au Roi, n'a jamais fait hésiter Sa Majesté à la „recevoir avec reconnoissance, et Elle sera charmée de faire la connoissance „personnelle de Sa Majesté Impériale, et de contribuer de sa part tout ce „qui dependra d'Elle pour effacer à jamais toutes les traces des anciennes „inimitiés qui ont régné entre les deux Maisons."

[240]) Rescript an Nugent. 4. März 1769.

[241]) An Brognard. 6. und 20. Dec. 1768.

[242]) An Brognard. 6. Dec. 1768.

[243]) Referat des Staatskanzlers vom 9. und Depesche an Seilern in London vom 11. Jänner 1769.

[244]) An Brognard. 21. Febr. 1769.

[245]) Kaunitz an Brognard. 20. Jänner 1769.

[246]) Brognard. Pera bei Constantinopel. 17. Febr. 1769.

[247]) Kaunitz an Brognard. 7. Febr. An Lobkowitz. 11. Febr. 1769.

[248]) Referat vom 2. Febr. 1769.

[249]) Voriges Referat.

[250]) Note des Staatskanzlers an den Präsidenten des Hofkriegsrathes Grafen Lacy vom 13. April, und übrige Beilagen des Referates vom 26. April 1769.

[251]) Copie du papier le quel à titre d'insinuation verbale a été confié au Chancelier de Cour et d'Etat Prince de Kaunitz-Rittberg par le Prince de Galizzin, Ministre Plénipotentiaire de Russie à la Cour de Vienne le 11 May 1769.

[252]) Réponse verbale du Prince de Kaunitz Rittberg au Prince de Galizzin, à Vienne le 14 May 1769, sur le papier qui lui a été confié par ce Ministre à titre d'insinuation verbale le 11 du courant.

[253]) Kaunitz an die Kaiserin. 15. Mai 1769. „Le Prince de Galizzin a „trouvé la réponse que V. M. m'a ordonné de lui donner, pleine de dignité et „sans replique".

[254]) Eigenhändige Bemerkung der Kaiserin auf den Vortrag des Staatskanzlers vom 13. Mai 1769. „placet. je le trouve très-bien et le Roy de „prusse ne trouvera point d'embarras. vous m'enverrois une copie de „la reponse."

[255]) Joseph an Maria Theresia. Como, 21. Juni 1769. Ihr Briefwechsel. I. 298.

[256]) Diese Instruction, welche den Titel führt: Matières que vraisemblablement le Roi de Prusse pourra mettre sur le tapis à l'occasion du prochain séjour de l'Empereur à Neisse, befindet sich in mehreren Exemplaren im Staatsarchive. Einem derselben fügte der Kaiser in eigenhändigen Randglossen den Bericht über den Verlauf seiner Gespräche mit dem Könige von Preußen bei. Diese Aufzeichnungen wurden veröffentlicht von Beer im 47. Bande des Archivs für österr. Geschichte. S. 446—464.

[257]) Nicht am 24. gegen Mitternacht, wie Beer S. 407 irrthümlich angibt.

[258]) Die Details über Josephs Zusammenkunft mit Friedrich in Neisse sind den beiden Berichten, welche der Kaiser am 29. August und am 25. September 1769 seiner Mutter erstattete, dann dem ausführlichen Journal entnommen, das er ihr einschickte. Diese drei Schriftstücke sind abgedruckt in dem Briefwechsel der Kaiserin mit ihrem Sohne, I. 300—315. Das Resultat der politischen Verhandlungen Josephs mit Friedrich findet man in den Randglossen des Kaisers zu der ihm von Kaunitz ertheilten Instruction. Archiv für Oesterr. Geschichte. Band 47. Seite 446—464.

[259]) Memoiren des Prinzen Albert von Sachsen. Albertina.

„Arrivés à Neisse, nous y fumes reçus par le roi avec toutes les dé„monstrations de joie, d'affection et de cordialité possible."

„Il avoit près de lui le Prince Henri son frère, le Général Tauenzien, „homme âgé et matériel à l'extérieur, qui s'étoit rendu recommandable par „la défense de Breslau de l'année 1760, et qui après la guerre avoit été fait „commandant général de ses troupes en Silésie; le général Seydlitz qui, „fameux par la manœuvre qu'il fit avec la cavalerie prussienne à Rossbach, „avoit décidé par celle-là tout le sort de cette battaille, et qui, regardé „comme le meilleur officier de cavalerie existant à cette époque, commandoit „celle de ce camp, et nombre d'autres généraux et officiers; et il s'y trouvoit „aussi M. de Schlaberndorf, Ministre dirigeant les affaires civiles et financières „dans cette province."

„Après que le Roi se fut entretenu assés longtems en particulier avec „l'Empereur, on se mit à table, à laquelle il n'y eut outre le prince Henry „et les généraux de la suite de l'Empereur, que les généraux Tauenzien „et Seydlitz."

„Le dîner fut très-long. Le Roi qui y parla tout seul et qui joignoit „à une manière de s'énoncer parfaite, un son de voix très-agréable dans la „conversation, y déploya toute son érudition en différentes branches de con- „noissances, et surtout en manière de tactique, dans la discussion de laquelle „il remonta jusqu'au tems des Hébreux et des Philistins."

„Tous les autres, le Prince Henry non excepté, observoient pendant ce „tems un silence respectueux, et je m'aperçus bientôt que cela devoit être „une chose reçue en cette cour-là par les réponses abrégées et par mono- „syllabes que le général Seydlitz, qui étoit assis d'un côté près de moi, don- „noit à demi-voix aux questions que je lui faisois."

„Si au reste le dîner fut plus militaire qu'exquis, nous y mangeames „en revanche d'excellents fruits que le Roi faisoit cultiver soigneusement et „copieusement dans ses jardins, et nous y bûmes de très-bon vin."

„Après le repas le Roi s'entretint quelque tems avec nos Généraux et „surtout avec le Maréchal Lacy, et il témoigna un grand plaisir d'avoir pu „faire en cette occasion la connoissance du Général Althan, puisqu'il avoit „appris que celui-là avoit été jadis aide-de camp général du Maréchal Traun, „et que ce Maréchal avoit été, disoit-il, le Maître qui à ses dépens lui avoit „appris l'art de la guerre."

„J'observois en attendant qu'il ne distinguoit pas autant le Maréchal „Loudon, que j'aurois cru qu'il devoit le faire d'un homme qui lui avoit „donné tant de besogne dans la dernière guerre".

„Vers le soir le Roi nous mena à un assés mauvais théatre de l'en- „droit, où se donna un mauvais Opéra bouffon italien, dans le quel je fus „étonné de voir rire ce Souverain de bien bon cœur des plattes bouffonneries „de ses acteurs."

„On passa de là au souper où il parla encore tout seul et qui dura „aussi comme le diner trois heures d'horloge, pendant lesquelles quelques-uns „de nos généraux ne manquèrent pas de s'endormir fort à loisir."

„Ces diners et soupers se répéterent ensuite avec la même longueur „pendant tout le tems de notre séjour à Neisse."

[260]) Man weiß, daß bei Browne gerade das Gegentheil der Fall war und eine derartige Beschuldigung eher auf Karl von Lothringen als auf Browne paßt.

[261]) Jugement du F. M. Comte de Lacy sur les Trouppes Prussiennes du campement de Neisse du mois d'Août 1769. Veröffentl. von Beer im 47. Bande des Archivs für österr. Geschichte. S. 466. Prinz Albert bestätigt in seinen Memoiren, in denen er sich über die Manöver bei Neisse ausführlich verbreitet, so ziemlich das Urtheil Lacy's. Er selbst sagt: „Je crois toutefois „pouvoir avancer, sans crainte de blesser la vérité, qu'ils s'y sont commis

„plus de fautes qu'on ne devoit s'attendre d'une troupe aussi rompue, et „d'officiers aussi intelligents que l'on suppose être ceux des Prussiens. Ces „fautes existoient aussi bien dans les dispositions que dans l'espèce des „mouvemens et dans la façon de les exécuter. . . . Malgré tout cela il faut „avouer que l'activité des officiers suppléa beaucoup à tous ces défauts. On „les voyait non seulement occupés sans cesse à remédier aussitôt aux moindres „desordres, mais l'espèce des combats exigeant des dispositions et de la „résolution de la part d'un grand nombre d'individus, on voyoit par le peu „d'embarras qu'ils témoignèrent, et par la façon dont plusieurs s'y prirent, „qu'ils étoient Maîtres de leur Troupe et accoutumés à exécuter des „manœuvres qui, surtout en tems de guerre, demandent des officiers qui „sachent se retrouver dans les différentes occasions qui pourroient se présenter."

Einen zweiten, in noch günstigerem Sinne abgefaßten Bericht über die preußischen Truppen und die abgehaltenen Manöver besitzen wir von dem General Grafen d'Ayasasa. Er ist auch wegen der darin enthaltenen Bemerkungen über den König, den Prinzen von Preußen und den Prinzen Heinrich beachtenswerth und lautet:

„Très-humbles réflexions sur ce que je crois avoir remarqué à Neis.

„1^mo^ S. M. le roy de Prusse parois cassé et plus vieux qu'il n'est. Ce „prince, outre les belles et heureuses actions qui l'ont mis au rang des grands „hommes, fait encore entrevoire qu'il est infiniment orné de litterature et „d'eruditions. quand à sa façon de penser, je ne crois pas quil y en aye beau„coup qui la devine, et quoiquil a souvent soin de lui donner les couleures „les plus avantageuses, le passé non obstant me ferois casi augurer de l'avenire. „plusieures personnes au reste m'ont assuré que le roy estoit souvent d'une „humeure insuportable. ce qui est sure, cest quil est extraordinairement craint „de tous ceux qui sont audesous de lui; les soldats cependent, surtout les „nationaux, en sont toujour enthousiasmés, car il a soin d'eux et les soulage „quand il le peut.

„2^do^ le prince hereditaire de prusse est grand, bien fait, mesme assé „beau de phisionomie; on m'a dit qu'il avoit du discernement. quoiquil en „soit, je suis porté à croire quil ne sera tout au plus que de la seconde classe.

„3^io^ le prince henri est plus petit que le roy; son regard est, si je l'ose „dire, sinistre, et quoiquil se soit establis une reputations par ses qualitées „militaires, je le crois non obstant, malgré sa feinte probité, makiaveliste du „premier ordre. il est, à ce quil parois, fort attaché au prince royale.

„4° quand à la trouppe, je comance par avouer que je fut tres satisfait „de voire la promptitude avec laquelle les ordres sont portés et exécutés. „Pour ce qui regarde linfantrie, quoiquelle ne se soit pas encore tout-à-fait „remise de la dernière guerre, cependent elle m'a paru belle, assé bien „adjustée, non genée dans tout ce quelle fait, en un mot casi lancienne in„fantrie prussiene qui depuis cinquantes années travaille sur les mesmes

„principes, sans le moindre changement, ce qui fait que les subordonnés sont „fort iniciés dans leur mestier, et quoique cette trouppe ne nous a rien pro- „duit dont lexecutions aye été difficile, elle paroisoit cependent très capable „de quelque chose de plus.

„5° La cavalerie au reste est assé belle en homes et en chevaux, cest „a dire ce qui a paru, car les escadrons n'estoient que de 72, a quoi je dois „adjouter que le regiment de Seidlitz lemporte infiniment sur les autres en „ce qui regarde le travail interne, je veut dire lattitude des hommes a cheval, „l'equitation et particulierement le bridage; cependent loin de ce que des „hommes en apparance aussi bien dressés devoient faire esperer de leure „manœuvre. j'ose avancer que dans le dit cas je ne vit point d'ensemble, „quelquefois mesme du desordre, joint à une grande criaillerie. je ne vit non „plus aucune de ces attaques à deux mille pas dont il est tant parlé; au „reste tout le monde galoppe forçant et ruinant les chevaux a un point qu'on „dirois que personne ne vise ni à la conservations ni a lespargne: deux ar- „ticles qui, quoiqu'un peu oposés à la céleritée des mouvements que l'on „exige, devroient non obstant avoire lieu autant que faire se peut.

„4° je diray enfin que les dix escadrons d'housar qui se firent voire, „n'estoient pas beaux ni bien montés. j'y remarquaye mesme des desfauts dans „le bridage et dans l'equitations. il est vraye quils sont fort instruits dans ce „qui regarde les marches, les escarmouche et les raliements; malgré cela j'en „connois dautres qui ne manquerons certainement pas de prouver quils vail- „lent beaucoup mieux.

„5° les trois differentes manœuvres que le roy fit executer, ont été, à „ce quil m'a paru, des choses simples qui furent représentées assé fautivement; „il se peut qu'en cachant son jeu, on l'a voulu ainsi. ce quil y a de certains, „cest que je naye rien vu du miraculeux auquel je me suis attendu.

D'ayasasa m/p."

²⁶²) Joseph an Maria Theresia. 29. Aug. 1769. Ihr Briefwechsel. I. 300.

²⁶³) Prinz Albert schreibt über ihn: „j'eus l'occasion bien avantageuse „de me trouver principalement en compagnie de son frère Henri, et de me „convaincre par moi-même de la justesse des éloges que l'on m'avoit toujours „faites des talens et connoissances de ce Prince, qui, s'il n'avoit pas dans sa „façon de s'énoncer cette aménité qui caractérisoit particulièrement le Roi, „mettoit en revanche dans sa conversation réfléchie et parfois un peu trop „appésantie et lente, plus de précision que l'autre, et savoit aussi la rendre „piquante par des traits de causticité qu'il y mettoit dans l'occasion."

²⁶⁴) I. 307.

²⁶⁵) „La dernière manœuvre terminée, nous nous separâmes sur le ter- „rain d'exercice de nos hôtes prévenants, non sans bien des embrassades et

„des assurances d'amitié réitérées, ni sans penser chacun en son particulier „que ces démonstrations n'empêcheroient pas qu'un jour ou l'autre et peut-être „dans un terme pas trop éloigné, nous pourrions nous prendre derechef mu-„tuellement par le collet, et c'est avec ces réflexions que nous enfilâmes de „notre côté le chemin de Neiss à Glatz, où nous arrivâmes après-midi et „d'où, nous mettant, l'Empereur et moi, à cheval, nous poursuivimes notre „route jusqu'à Nachod en Bohème, où nous ne parvinmes cependant fort „fatigués qu'assés avant dans la nuit. (On m'avoit donné en cette occasion „pour monture un gros cheval de voiturier avec une selle y analogue, munie „d'un porte-étrier en fer, ce qui ne contribua pas peu à la fatigue de cette „course en partie nocturne de douze lieues de chemin.)"

266) Die wichtigste Stelle aus diesem Briefe des Staatskanzlers an die Kaiserin veröffentlichte Beer in seiner Abhandlung S. 418. Doch erhält der dort fehlerhaft abgedruckte und dadurch unverständliche letzte Satz erst dann einen Sinn, wenn man die Worte „que vous pourrez" in „qu'on pourra" umändert.

267) Très-humbles observations sur les pièces ci-jointes. Beilage zu des Staatskanzlers Bericht vom 8. Sept. 1769. Veröffentlicht von Beer. Archiv. XLVII. S. 467—471.

268) Friedrich an Finkenstein. 2. Sept. 1769. Veröffentlicht von Duncker. Archiv für Preuß. Gesch. IX. 524. 525.

269) Legationssecretär Weber an Kaunitz. Berlin, 12. Sept. 1769. In Ziffern. „Ich bin zuverläßig benachrichtigt worden, daß des Kayßers Maj. mit „Dero freymüthigen und aufrichtigen Benehmen des Königs Maj. vollkommen „eingenohmen haben."

270) Der König an den Prinzen Heinrich. 18. Nov. 1769. Bei Duncker. S. 525.

271) Bei Duncker. S. 525.

272) Friedrich an Heinrich. 26. Nov. 1769. Bei Duncker. S. 525. 526.

273) Prinz Heinrich an den König. 1. Dec. 1769. Bei Duncker. 526. 527.

274) Bei Duncker. 527.

275) Bericht des preußischen Gesandten Goltz in Paris. 3. März 1769. Bei Duncker. 515.

276) Nach Mercy's Bericht vom 4. Aug. 1769 sagte ihm Choiseul: „es „wären ihm seit einiger Zeit sehr wichtige politische Gedanken in Ansehung des „Königreichs Pohlen eingefallen, die er mir vertraulich mittheilen wollte. Sie be-„stünden hauptsächlich in dem, daß es vielleicht für das allgemeine Beste er-„sprieslicher wäre, wenn Pohlen nicht von einem König regieret würde, und wenn „Unser Allerhöchster Hof die gegenwärtige verwirrte Lage dieses Königreichs zu

„benutzen trachtete, um den besten Theil desselben unter seine Bothmässigkeit zu „bringen. Er würde diesen ganz rohen Gedanken noch besser ausarbeiten, und „wenn solcher zur Reife gelangt seyn würde, alsdann dörfte er wohl Unserm „Allerhöchsten Hofe einen dießfälligen Plan im großen vorlegen, und dieses um „so mehr, als er von Eurer fürstlichen Gnaden tiefen Einsicht und Scharfsinnigkeit „zum voraus versichert wäre, daß Hochdieselben diesen Plan ganz leicht übersehen „und Ihro Kais. Kön. Majestäten gründlich zu erläutern wissen würden."

„Ich begnügte mich dem Herrn Duc zu erwiedern, daß ihm unser der„mahlen angenommenes Systeme zur Genüge bekannt wäre; dieses sey auf die „wahren politischen Grundsätze gebauet, einerseits für die Beybehaltung der Ruhe „zu sorgen, andererseits aber sich auf alle dieser Absicht entgegenstreitenden Fälle „gefaßt und im Stande zu halten, sich selbsten, seinen Alliirten und dem jetzigen „Systema andurch werkthätig nützlich zu seyn. Ich wüste also nicht ob weit auf„sehende und solche Absichten, die zweifelsohne die gröste Verwirrung nach sich „ziehen müsten, mit besagtem Systema vereinbarlich wären. Dennoch müste ich „gestehen, daß die jetzige Lage des Pohlnischen Reiches vielen politischen Calculn „unterworfen und er Duc de Choiseul wohl im Stande wäre, dieselbe zu ent„wickeln und ins Reine zu bringen. Diese leztere Aeusserung setzte ich geflissentlich „hinzu, um seinen Gedanken näher auf den Grund zu sehen. Er blieb aber für „diesesmal bey seinem ersten unerläuterten Anwurf, ohne sich etwas deutlicher „darüber herauszulassen".

[277]) Kaunitz an Mercy. 18. Aug. 1769. „Die Aeußerung des Herrn Duc „de Choiseul wegen Pohlen ist in der That sehr unerwartet. Die Hauptabsicht „desselben dürfte vielleicht dahin gerichtet seyn, um auf eine verdeckte Art zu son„diren, was der Endzweck der Entrevue Ihro Kais. Maj. mit dem König in „Preußen sey, und ob solche nicht etwa die Pohlnischen Angelegenheiten zum vor„züglichen Gegenstand habe, besonders da die von Euer Exc. vor einiger Zeit „einberichteten Aeußerungen des Herrn von Golz wegen der Absichten seines „Königs auf Pohlnisch-Preußen und Danzig bey dem französischen Ministerio gar „leicht den Verdacht erreget haben können, daß gedachter König der Idee einer „Zertheilung von Pohlen nicht ungeneigt seyn und vielleicht hievon Ihro Kais. „Maj. einige entfernte Anwürfe zu machen Sich entschließen dürfte.

„Inzwischen belieben Ew. Exc. die ganze Sache auf sich beruhen zu lassen „und lediglich abzuwarten, bis etwa Herr Duc de Choiseul selbst wieder hierauf ver„fallen dürfte, wo sodann Ew. Excellenz Dero Aeußerungen auf die nämliche „vorsichtige Art, wie das erste Mal geschehen, und dergestallt einrichten wollen, „damit die Gelegenheit nicht abgeschnitten werde, dem Gedanken des Herrn Duc „näher auf den Grund zu sehen."

[278]) Mercy an Kaunitz. Paris, 16. Sept. 1769. „Währender Zeit als „mein heutiges gehorsamste Berichtschreiben ins Reine gebracht wurde, bin ich

„zufälliger Weise nochmal mit dem Herrn Mocronowsky zusammengekommen und „hat mir dieser noch ferner gesagt, daß die Pohlnische Confoederationen bald zu „einer wahren und solchen Consistenz gelangen würden, daß sie als eine wirkliche „Macht mit anderen Mächten in Abhandlungen würden eingehen können. Es „würde aber die Rettung seines Vatterlandes einen großen Geldaufwand erforderen, „den man ohne fremde Beyhülfe nicht würde aufbringen können. Bey solchen „Umständen würde die conföderirte Republik bereitwillig seyn, dem durchlauchtigsten „Erzhause das Zipser Land gegen ein geringbilliges Quantum zurück abzutretten; „maßen dieser Strich Landes zwar demjenigen, der diese Starostey erhielte, sehr „zuträglich, der gesamten Republik aber von schwachem Nutzen sey. Ich habe für „nöthig erachtet, auf diesen Anwurf mit vieler Behutsamkeit antworten zu sollen, „und mich dahin beschränket, daß mein Allerhöchster Hof vermöge seiner welt„kundigen großmüthigen Gedenkensart nicht gewohnt seye, im Trüben zu fischen „und in den bedrängten Umständen seiner Nachbarn Vergrösserungsmittel zu „suchen. Es wäre demnach meines Ermessens dermalen nicht der Zeitpunkt, in „welchem er sein Wiederauslösungsrecht, wenn er sonsten jemals daran gedenken „sollte, würde suchen geltend zu machen".

279) Kaunitz an Mercy. 30. Oct. 1769.

280) Friedrich an Solms. 3. Febr. 1769. Bei Duncker. 517.

281) Kaunitz an Mercy. Austerlitz, 10. Sept. 1769.

„Indessen scheinet die Versicherung des Königs in Preussen, daß er an dem „entstandenen Türken Kriege ein wahres Mißfallen trage, und die baldige Her„stellung des Friedens sönlich wünsche, auch sich hierzu durch seine Ministres bey „der Pforte eifrig verwende, um so mehr allen Glauben zu verdienen, da die „künftige Begebenheiten nicht sicher vorzusehen sind und die jährlich zu entrichtende „Preußische Subsidien von 500.000 Reichsthalern gleichwohlen eine beträchtliche „und zugleich vergebliche Auslage verursachen."

282) Brognards ausführlicher Bericht hierüber ist aus Pera vom 5. April 1769 datirt.

283) Vorträge des Staatskanzlers vom 2. Mai, dann vom 6. Juni und 9. Juli 1769.

284) Rescript an Thugut vom 19. Sept. 1769. Bericht Thuguts vom 18. October.

285) Referat an die Kaiserin vom 13. Nov. 1769. Der „undankbare und „vorlängst an Rußland verkauffte ehemalige Pfortendolmetsch, nunmehrige Woywode „in der Wallachey, Gregori Ghika. . . ."

286) Rescripte an Thugut vom 7., 11. und 21. November 1769.

287) Arneth. Maria Theresia. VII. 431.

[288]) Beide Denkschriften, von welchen diejenige des Staatskanzlers vom 26. Febr. 1770 datirt ist, wurden veröffentlicht von Beer: Erste Theilung Polens. Documente. S. 5–11.

[289]) Kaunitz an Thugut. 5. und 19. Jänner 1770.

[290]) An Thugut. 20. Februar 1770.

[291]) Thugut. Pera, 24. März 1770.

[292]) Kaunitz an Thugut. 21. April.

[293]) Kaunitz an Thugut. 3. April 1770.

[294]) Thugut an Kaunitz. Pera, 7. Aug. 1770.

[295]) Vortrag des Staatskanzlers an die Kaiserin. 28. April 1770.

[296]) Le dernier entretien avec le Roy à mon audience de congé à Potsdam le 6 de may 1770.

„Outre la relation de mon audience de congé que j'ai eu l'honneur „d'envoyer à Votre Altesse par ma depeche du 9 de ce moy de Berlin, j'ai „celui de vous remettre, Monseigneur, par celle-cy les articles les plus in„téressants des discours que le Roy m'a tenu à cette occasion. Il m'a reçu „d'abord avec les plus fortes marques d'amitié, et, en m'embrassant, me fit „un compliment des plus gracieux pour me témoigner ses Regrets sur mon „Depart; il s'est ensuite assis et me fit prendre place auprès de luy.

„Il commença la conversation par me dire combien il se trouve heureux „de ce que la bonne harmonie entre les deux Cours, et la confiance qu'il a „dans la façon de penser de Leurs Majestés Impériales, luy fait espérer de „pouvoir passer le reste de ses jours paisiblement. Je l'ai fortement assuré „des sentimens de nos augustes maîtres à cet égard; dans notre partie de „l'Europe, me dit-il, nous sommes tranquilles, mais qui sait si Choiseul par „son étourderie ne suscite encore quelques nouveaux troubles? Mais je con„nois trop bien votre cour, elle ne se réglera jamais sur les vues des autres. „Je luy ai dit que le jugement de S. M. était très-juste à l'égard de notre „cour, et que pour la tranquilité publique de notre partie de l'Europe, elle „dépendoit actuellement de Leurs Majestés Impériales et de Luy, sur quoy „il m'assura qu'on le trouverait toujours très-disposé à entretenir la bonne „intelligence qui subsiste entre les deux cours. Il me fit ensuite l'éloge de „ces grandes vertus et des brillantes qualités dont notre auguste Souveraine „est douée, de sa fermeté dans les différents revers qu'elle avait essuyés, et „de cette bienfaisance qui la caractérise.

„En parlant de S. M. l'Empereur il s'est servit des termes les plus „forts pour exprimer la haute idée qu'il avait de luy; il admiroit particulière„ment dans ce monarque cet amour fillial et l'attachement respectueux qu'il „témoigne avoir pour son auguste mère, ajoutant: Ce prince possède toutes

„les qualités propres à former un très-grand homme; il a un fond de cette „noble ambition qui excite aux grandes entreprises, il se retient encore. en „attendant, l'homme qu'il a chargé de ses arrangements militaires, y reussit „parfaitement; tout se perfectionne de jour en jour, et son armée est telle „aujourd'huy, que la maison d'Autriche ne s'en est jamais vu de semblable. „L'on établit chés vous de l'ordre dans les finances, vous payés vos dettes, „vous avés un ministère bien composé, la politique du prince de Kaunitz est „simple, mais elle est très-profonde; c'est le plus grand homme d'Etat qu'on „a eu depuis longtemps en Europe. Tout cela mis ensemble me fait envisager „la puissance de la maison d'Autriche actuellement beaucoup plus solidement „établie qu'elle n'a jamais été. Laissés écouler encore quelque tems et vous „verrés comme l'Empereur éclatera. Il a vu dans ses voyages des belles „provinces qui ont appartenu à sa maison, mais il m'a rassuré sur la Silesie. „Après quoy il est tombé comme naturellement sur la situation géographique „de l'un et de l'autre Etat, disant combien il est inconvénient d'avoir ses „provinces entrecoupées et si séparées l'une de l'autre. Par exemple, me „dit-il, la Bavière serait beaucoup de votre convenience; cela fairoit un arron-„dissement, et cette maison va s'éteindre. Je luy repondois que, quoyque j'étais „persuadé que S. M. l'Empereur n'envahira jamais les Etats d'autruy, j'étais „aussi en même tems convaincu qu'il soutiendra toujours ses droits légitimes „avec toute la fermeté possible: que je n'ignorois pas, en cas que la maison „de Bavière vînt à s'éteindre, qu'il en retomboit plusieurs fiefs à celle „d'Autriche. Oh! pour ceux-là, me dit-il, personne ne vous les disputera. Il „revint encore aux provinces qui ont appartenu à la maison d'Autriche, et en „parlant de la Lorraine et de l'Elsace, il formoit un plan d'operation militaire „pour la conquête de l'une et de l'autre, disant que ce serait l'affaire de deux „campagnes. Des objections que j'ai faites à son plan, le firent entrer avec „chaleur dans un détail circonstancié des arrangements qu'il y aurait à prendre „relativement à son projet, et il finissait en disant: je vois bien que vous „n'approuvés pas mon plan, mais que pensés-vous de l'Italie? Vous avés déjà „le Mantouan, le Milanois et la Toscane; les Etats du Duc de Modène vous „reviennent. Si vous y ajoutiés Parme et Plaisance avec quelque chose de „l'Etat de Venise, vous auriez un arrondissement très-convenable. Je luy re-„pondais qu'il n'y aurait rien de si aisé que de s'arrondir, si les Souverains „auxquels ces Etats apartiennent, et nos voisins voudroient bien s'y prêter. „Mais Sire, luy dis-je, je pourrois bien faire un arrondissement pour V. M. „(sauf toujours la complaisance de vos voisins) qui ne seroit pas si difficile „à exécuter. Si l'on tiroit une ligne des frontières de la Prusse par Graudentz, „Thorn, Posen jusqu'à Grand-Glogau, ce qui seroit entre cette ligne et la „mer conviendroit fort à V. M., et la communication d'une grande partie de „vos Etats seroit établie. En prenant avec cela l'évêché de Warmie qui se

„trouve enclavé dans le Royaume de Prusse, l'arrondissement se compléteroit. „Il ne répondit rien sur ce que je venois de dire, mais devint un peu pensif; „après quoy il me dit en souriant: Tout cela est bon pour le discours, mais „je vous dirai quelque chose sur laquelle il faut me garder le secret. Dites „à L. L. M. M. I. I. et au Prince de Kaunitz seul: que j'ai des avis certains „de Constantinople que les Turcs soupirent après la paix, et que la Porte „accepterait volontiers la mediation de votre Cour. Pour moy et l'Angleterre, „nous sommes alliés de la Russie. La France est l'amie intime de la Porte „et en grande partie cause de la guerre. Votre cour est, à la vérité, alliée „de la France, mais il n'y a qu'elle qui pourroit faire la paix, car si elle „voudroit agir, mais fortement, à Constantinople, elle obligerait les Turcs à „un accomodement. En cas qu'on voudroit se servir de moy pour la correspon-„dance avec la cour de Russie, je m'en chargerois avec plaisir, mais il faut „ménager beaucoup les termes avec cette Princesse, car c'est une forte dose „de vanité qui fait le fond de son caractère.

„Après l'avoir assuré que je rapporterois fidèlement à mes Souverains „et au Prince de Kaunitz seul le secret dont il m'a bien voulu faire le dé-„positaire, il continua ainsi: Je sais bien que vous ne voulés pas avoir les „Russes pour voisins. Ni V. M. non plus, répliquai-je. Nous n'avons tort l'un „et l'autre, me dit-il, mais tout cela s'arrangerait. L'on m'a ecrit de Péters-„bourg que vous voulés entrer dans la médiation à main armée, et que vous „rassembliés un corps de troupes en Transylvanie pour cet effet, mais je les „ai désabusé sur cet article, puisque je sais qu'il n'y a que quelque peu de „battaillons qui ont l'ordre d'y marcher. Je repondois: V. M. sait combien peu „nous nous sommes mêlés de toutes les brouilleries qui ont agité différentes „parties de l'Europe depuis la dernière paix, et quoyque je n'ai rien eu de „ma cour touchant les matières dont Elle me fait l'honneur de parler, j'ose „pourtant L'assurer que nous ne nous ingérerons pas non plus à présent dans „une médiation entre les Russes et les Turcs, si non que l'une et l'autre de „ces Puissances n'en fasse la réquisition convenablement. L'exacte neutralité „que ma cour a tenue depuis le premier commencement de ces troubles, la „met à l'abri de tout soupçon de partialité, et je suis persuadé qu'il n'y auroit „que des circonstances très-graves qui pourraient obliger L. L. M. M. I. I. „à changer la conduite qu'Elles ont tenue jusqu'à présent. Et pour ce qui „regarde la marche des troupes en Transylvanie, peut-être l'at-on trouvé ne-„cessaire pour faire respecter nos frontières. Le Roy reprit la parole pour me „faire le détail des grands avantages que les Russes ont eu pendant cette „guerre, et de l'heureuse situation de leurs affaires tant en Moldavie que dans „la Morée, disant que les Turcs seront obligés de demander la paix à tel „prix que ce soit. Je luy ai dit qu'il savoit mieux que personne combien peu „de chose qu'il fallait pour changer la face d'une guerre, que d'ailleurs les

„essources des Turcs étoient bien plus considérables que celles des Russes. „Il continua toujours à relever avec exagération leurs avantages et paraissoit „fort zélé pour la cause des Russes. L'affectation et l'emphase avec laquelle „il s'énonçoit, m'a fait soupçonner que, s'il a eu des avis certains de Con- „stantinople qu'on y désire la paix, il pourroit bien en avoir eu aussi de „Pétersbourg pour le même objet. Ses discours rouloient ensuite sur des ma- „tières indiférentes et sur sa dernière maladie. Il m'a chargé des complimens „les plus affectionnés pour L. L. M. M. I. I. et me congédia avec les mêmes „marques d'amitié avec lesquelles il m'a reçu. Au reste sa constitution a „beaucoup soufert par son dernier accès de goute, et je ne crois pas qu'il „pourroit soutenir une seconde attaque comme celle qu'il vient d'essuyer.

„Vienne, ce 25 may 1770. G. Comte Nugent."

[297]) Dicté par S. A. à Austerlitz le 27 août 1770.

[298]) Beide Schreiben des Staatskanzlers an Maria Theresia und an Joseph vom 30. Aug. 1770 wurden veröffentlicht von Beer, Archiv für österr. Gesch. XLVII. 495—498.

[299]) Weber. Berlin, 4. Aug. 1770. „Man sagt daß der König und die ihn „nach Schlesien begleitende Prinzen in weißen Uniformen, nach Kays. Kön. Armee „Art gemacht, in dem Lager zu Neustadt in Mähren erscheinen werden."

[300]) Prinz Albert sagt hierüber in seinen Memoiren:

„Les démonstrations nouvelles de plaisir et d'affection ne furent pas „épargnées, comme on peut bien le croire, en cette seconde réunion des deux „Souverains, et le Roi y poussa non seulement l'attention jusqu'à y paroitre „avec toute sa suite en uniforme blanc, mais sa politesse manqua même de „peu de lui coûter bien cher en cette occasion, puisque marchant à reculons „en se complimentant avec l'Empereur qui l'accompagnait au sortir de chés „lui, il alloit tomber de la sorte en bas de l'escalier, si on ne l'avoit retenu „fort à tems en ce moment."

„Il vint prendre ensuite chés l'Empereur le diné que sa conversation „rendit intéressant comme à l'ordinaire. Il arriva en attendant que le Prince „de Kaunitz qui, je ne sais si c'étoit à sa demande ou de son propre chef, „s'étoit placé à côté de lui et qui parloit également bien et étoit accoutumé „à le faire, réussit parfois à prendre le haut bout de celle-là, et il me parut „que le Roi en étoit plus étonné que charmé."

„J'avois à mes côtés le Prince Héréditaire de Brunsvik, et comme le „silence des autres convives n'étoit pas établi chez nous ainsi qu'il paroissoit „qu'il l'étoit à la Cour de Prusse, j'eus l'avantage de pouvoir m'entretenir „beaucoup pendant ce tems avec ce Prince si connu par la bravoure et les „talens militaires qu'il avoit déployés à l'Armée des Alliés pendant la guerre „de sept ans, ainsi que par ses connaissances en matière de science, littérature

„et beaux-arts, par son amabilité et par sa politesse, dont la dernière alloit „cependant à un excès embarrassant et qui en détruisoit tout le mérite."

„Le Prince-Royal, avec lequel j'eus occasion de me trouver d'ailleurs, „joignoit à une taille élevée et presque gigantesque, et à une quarrure et „embonpoint qui menaçait de devenir collossale, un extérieur de bonhomie „qui prévenoit en sa faveur, mais il ne marquoit point les talens distingués „du précédent."

„Il en étoit encore moins du Prince Ferdinand que l'on sait avoir été „celui de tous les frères du Roi, qui à cet égard ressembloit le moins aux „autres. Celui-ci eut en attendant le bon esprit de ne pas chercher à briller „de ce côté-là en cette occasion."

„Le soir l'Empereur mena le Roi au théâtre qu'il avoit fait dresser en „cet endroit, où la troupe italienne qu'il avoit fait venir de Vienne, représenta „un bon opéra bouffon qui cependant ne parut pas amuser le Roi autant que „les bouffonneries de ses acteurs à Neiss."

[301]) Kaunitz an die Kaiserin. Neustadt, 3. Sept. 1770. Archiv. XLVII. S. 498. Doch muß das sinnentstellende Wort „fait" auf der letzten Zeile dieser Seite in „sait" verändert werden.

[302]) Der „politische Katechismus" ist abgedr. im 47. Bande des Archivs für Oesterr. Gesch. S. 526.

[303]) Die bei Beer S. 513 vorkommende Bezeichnung: $\frac{m}{100}$ hs. ist nicht unverständlich, wie Duncker S. 536 meint, sondern bedeutet cent mille hommes.

[304]) Der umfassende Bericht, welchen Kaunitz noch von Austerlitz am 18. Sept. 1770 der Kaiserin über die Zusammenkunft in Neustadt erstattete, wurde veröffentlicht von Beer in dem 47. Bande des Archivs für Oesterr. Gesch. S. 500—523.

[305]) „Le lendemain matin on sortit pour voir la grande manœuvre „d'exercice de l'armée, qui, quoique brillante, ne réussit pas tout-à-fait au „gré du Maréchal Lacy, des colonnes d'infanterie n'ayant pas observé dans „leur marche les distances et les points d'arrêts qui devoient diriger leur „jonction et leur alignement dans le deployement."

„La précision de la marche dans le défilement que les troupes firent „ensuite devant les deux Souverains, répara en attendant cette faute. Ces „troupes, nommément celles d'infanterie et des grenadiers surtout, étoient les „plus belles que l'on pouvoit voir. La beauté du jour, où elles se produisirent, „en relevoit encore l'éclat, et le Roi ne put s'empêcher d'admirer particulière- „ment un bataillon de Grenadiers Hongrois, dont les hommes, disoit-il, pa- „roissoient autant des fils du Dieu Mars."

[306]) „L'Auguste et Illustre Compagnie enfin, qui avoit bien de chemin „à faire pour revenir à Neustadt, y arriva mouillée jusqu'aux os. Et le grand

„Frédéric, qui ne s'étoit pas fourni d'une garde-robe analogue à cet événe-„ment inattendu, eut le désagrément de devoir, enveloppé dans son manteau, „passer quelques heures au coin de feu d'une cuisine, auquel il fit sècher „son unique habit et ses culottes.“

[307]) Mémoires et Mélanges historiques et littéraires par le Prince de Ligne. I. 7.

[308]) Kaunitz an die Kaiserin. Neustadt, 7. Sept. Archiv für Oesterr. Gesch. XLVII. 523.

[309]) Kaunitz an Maria Theresia. Neustadt, le 7 septembre 1770. Reservé pour S. M. l'Impératrice Reine seule. „Tout s'est fort bien passé ici. „L'Empereur a été convenablement avec le Roi. Les Trouppes de V. M., „Infanterie et Cavallerie, nous ont fait beaucoup d'honneur et une impression „très-favorable sur les Prussiens. La table étoit bien servie; le théâtre et le „spectacle aussi bien qu'on pourroit le donner à Vienne. Tous nos hôtes fort „bien logés: toute la ville même très-propre et très-jolie: en un mot, j'ai été „assez content de tout, et je crois que V. M. a lieu de l'être. Tout ce que „je puis dire dans ce moment-ci de la personne du Roi à V. M., c'est que je „ne lui ai trouvé ni tout le bien ni tout le mal que l'on m'en avoit dit. „Parmi tous ceux qui étoient de la suite du Roi, il n'est personne qui vaille „la peine que l'on en parle, qu'un petit Prince de Brunsvic de 17 ans, fils „cadet du Duc régnant, qui est un joli enfant, qui ne me paroît pas être „sans esprit, d'une jolie figure, doux, modeste et bien élevé, et surtout M. le „Prince héréditaire de Brunsvic, son frère, qui réunit à sa réputation militaire „beaucoup d'esprit, des connoissances et une politesse très-noble. On dit qu'il „est faux, mais comme c'est assez ordinairement une qualité que les sots, „dont le monde abonde, attribuent aux gens d'esprit, je pense n'en devoir „rien croire que sur des preuves, et qu'après que j'aurai eu occasion de m'en „convaincre par moi-même.“

[310]) Archiv für Oesterr. Gesch. XLVII. 525.

[311]) Pergens Gutachten ist vom 11. Sept. datirt.

[312]) Kaunitz an Maria Theresia. Austerlitz, 18. Sept. 1770. . . . „j'ose „me flatter au moins qu'après qu'Elle aura lu mon rapport avec attention, „Elle sentira qu'Elle a honoré plus que ne méritoient de l'être, les conseils „de celui qui peut Lui avoir fait envisager comme nécessaire de me re-„commander

„1° de conserver l'alliance françoise de préférence aux Prussiens;

„2° de me faire sentir qu'il falloit supporter les François et les flatter „quelquefois; et enfin

„3° de me rappeler comme une faute de politique ou une négligence „de ma part que l'année passée l'on n'avoit pas, à ce qu'Elle croyoit, rendu „compte assez promptement à la cour de Versailles de l'entrevue de Neiss.

„J'aurois désiré que V. M. eût bien voulu envisager les avis de pareils „petits génies avec autant de mépris que peut mériter de confiance celui qui, „par la façon dont il a gouverné Ses affaires jusqu'ici, a scu non seulement „Lui conserver depuis 14 ans Son alliance avec la Maison de Bourbon, mais „aussi Lui acquérir en même temps toute la considération politique dont Elle „jouit aujourd'hui dans toute l'Europe. Et je ne saurois Lui cacher moyennant „cela que j'ai été un peu blessé de l'espèce de reproche et des leçons que „paroissent m'avoir attiré les insinuations de gens de cette espèce, qui ne „sont pas faits, je crois pouvoir le penser sans vanité, pour m'apprendre à „me conduire, ni aucune chose quelconque. V. M. est trop équitable pour „ne pas trouver à sa place la sensibilité que je Lui témoigne, et je crois „pouvoir me flatter moyennant cela, qu'au moins Elle doit la trouver toute „simple. . . .“

313) Die Depesche des Staatskanzlers an Mercy vom 12. Sept. 1770 wurde veröffentlicht von Ad. Wolf. Jahrbuch für vaterländische Geschichte 1861. S. 12—19.

314) Raumer. Beiträge. II. 285—290.

315) Weber an Kaunitz. Berlin, 15. Sept. 1770. „Nach meinen ganz zu„verlässigen Nachrichten hat der König bey seiner Zurückkunft, von Sr. Kais. Maj. „sprechend, sich des Ausdruckes bedient: ou l'Empereur est un honnête homme, „ou il n'y en a point dans le monde. Von Euer fürstlichen Gnaden hat er gesagt: „Le Prince de Kaunitz est le vrai modèle d'un Patriote zélé. Impartial pour „tout système, il n'envisage que les intérêts de sa cour. Betrefend der „k. k. Troupen hat er sich vernehmen lassen: il m'a paru voir des Prussiens en „habit blanc. L'œil du Maître et les soins actifs de Laci leur ont donné bien „de l'agilité depuis la Paix.“

316) „Le matin enfin du troisième jour après notre fameuse bagnade „se termina cette seconde entrevue, dans laquelle on avoit cru observer qu'il „ne régnoit plus la même apparence d'ouverture et de cordialité que dans „la première. . . .“

317) Cabinetsarchiv.

ce 9 7bre

„marechal lacy. je vous suis bien obligée de vos deux raports, mais „bien fachée que les magnifiques manœuvres si bien imaginé n'ont put être „executée et que nos bons et braves soldats n'ont pas eut la consolation que „méritoient leurs travaux. nos pauvres officiers, abimez par cette terrible chute „d'eau, meriteroient bien quelque secours, sans cela reduit à la plus grande

„mendicité. je vous fais donc ces reflexions pour les soumettre à votre decision. „je fournirois à part les sommes que vous trouverois à propos pour ne pas „tirer en consequence à l'avenir; on n'aura pas de sitot un campement de „parade pareil. mais ce qui m'inquiete le plus, c'est le dérangement de votre „santé qui étoit déjà mauvaise en partant. il n'est pas étonnant après le tra„vail immense que vous faites pour l'état, mais vous servez mal votre amie „thérèse à qui importe de conserver un tel homme attachée, zélée et unique „asteur dans sa spherre. je crains la fievre pour vous; ce seroit très-nuisible „et dans l'automne; j'avoue, j'atens les premiers nouvelles avec crainte. vous „croyez toute hemeroide; je le souhaite, mais ce mal meme pour soulager at „besoing d'un certain repos que vous ne prenez jamais. la saison est si hor„rible qu'elle dérange les gens les plus robuste. j'avoue que j'etois presque „bien-aise, l'Empereur me marquant du 5, qu'il croit que vous ne le pourois „suivre à prague, quoique, sans vous voir et faire manœuvrer la troupe, me fairoit „guerre plaisir; votre presence arrete beaucoup. j'ai eut deux plaisirs; l'un que „l'Empereur me marque qu'il paroit que cet homme nous porte gignon par„tout. si cela est sincer, il y a du gagné de l'année passée. Et le second qu'il „me paroit content de tout, de la troupe, dispositions et gens, table, comœdie „et même de notre bon Dietrigstein et de mon werthen Kauniz; pourvue qu'on „ne lui aye donnée du ridicule! si ce n'est abuser trop de vos loisirs, je „voudrois que vous m'informez de même des manœuvres de prague, et de „me dire si vous etiez content de l'Emp. et s'il ne vous at pas parue que „cette entrevue n'étoit pas si amiable ni si confidente que l'autre.“

„n'y a-t-il pas d'espérance que par ce tems vous revenez plutot? j'ai „garde d'en toucher quelque chose, mais je le souhaite pour bien des raisons. „le sejour de prague, desœuvré, ne convient nullement. je finis par cette re„flection: qui auroit jamais put imaginer que nous nous metterons à niveau „et peut être même quelque chose de plus à cet roy guerrier, de souhaiter „même de paroitre à ces yeux et même à lui faire impression. cela je dois „à vos soings; jugez donc combien votre conservation me tient à cœur. aucune „preuve plus grande vous me pouvois donner de votre attachement que d'en „prendre tout le soings et de me croire toujours votre bien reconnoissante

Marie Thérèse.“

[318]) Die hievon abweichende Angabe bei Beer S. 430 scheint auf einem Irrthum zu beruhen.

[319]) Kaunitz an Thugut. 21. Sept. 1770.

[320]) Am 30. Oct. 1770. I. 81.

[321]) Friedrich an Katharina. 14. Sept. 1770. Bei Duncker. S. 538.

[322]) Friedrich an Solms. 13. Sept. 1770. An den Prinzen Heinrich. 18. Sept. Bei Duncker S. 538—540.

[323]) Katharina an Friedrich. 9. Oct./28. Sept. 1770. Bei Duncker. 541.

[324]) Friedrich an Heinrich. 15. und 26. Oct. 1770. Bei Duncker. 541, 542. Letzteres Schreiben ist auch abgedr. in den Oeuvres. XXVI. 376.

[325]) Offizielle Depesche und Privatbrief des Fürsten Kaunitz an Mercy vom 29. Oct. 1770. Erst am 6. Nov. erhielt der Staatskanzler Kenntniß von der Erklärung Panins an Solms über die Ablehnung der Vermittlung.

[326]) Beer. Erste Theilung Polens. II. 7.

[327]) Kaunitz an Thugut. 3. Nov. 1770. „Ob nun zwar alle Wahr„scheinlichkeit vorhanden ist, daß der französche Hof gar keinen Nutzen, wohl aber „einen empfindlichen Schaden für sich, die Pforte und Pohlen dabey einsehen „werde, wenn unser Hof durch seine Antwort in die Umstände versetzet würde, „sich der Mediation zu entschlagen, so ist doch auch eine gegentheilige französche „Entschließung nicht gantz ohnmöglich, und wird doch hiebey umsoweniger etwas „gewaget, da unser Hof aus sehr guten Ursachen eine deutliche und standhafte „Sprache einmahl gegen Preußen geführet hat und führen müssen, folglichen „ohnedem vor sich allein nicht mehr mit Ehren und Anständigkeit zurucktretten „könnte. Hingegen führet der erwehnte Schritt, daß dem französchen Hof die Ent„scheidung überlaßen worden, den Vortheil mit sich, daß allenfalls die Schuld, „wenn wir Uns einer Mediation entziehen, bey welcher ohnedem keine sonderliche „Vortheile noch Ehre zu erhalten stehet, nicht auf Unsern Hof zuruckfalle.“

[328]) Sie ist vom 12. Nov. datirt und liegt bei Mercy's Bericht vom 15. Nov. 1770.

[329]) Kaunitz an Mercy. 1. Dec. 1770. „Da die von Uns dem französischen „Hofe gemachte Proposition auf einem Übermaße von guten Treü und Glauben „und einer wahrhaften Freundschaft gegründet ist, so sehen Ew. Exc. ohne meiner „Erinnerung von selbst erleücht ein, wie ohnerwartet Uns eine Antwort habe „fallen müßen, die nicht nur unserer vorzüglichen Rucksicht für Frankreich keines„wegs entspricht, sondern auch selbst in der beygesezten Alternative beynahe eine „Art von persifflage enthält.“

[330]) An Thugut. 6. Dec. 1770.

[331]) „j'avoue, cette mefiance que vous me montrée, m'at sensiblement „touchée, ne croyant le mériter vis-à-vis de vous, et c'est ce meme esprit qui „me desole, qui regne depuis deux ou trois ans ici, aprés que j'ai régnée 28 „et crut avoir méritée cette unique recompense, la confiance de ceux qui me „connoissoit. vous pouvez conter que le rapport allemand ne sera vue que de „moi, et vous pouvez le communiquer après à qui vous voulez. ces deux jours „je suis en retraite; s'il y a des papiers à m'envoyer, vous le pouvez à toute „heure, mais je ne vois personne.“ Eigenhändige Randbemerkung der Kaiserin auf das Referat des Staatskanzlers vom 7. Dec. 1770.

[332]) Kaunitz an Maria Theresia. 8. Dec. 1770. „Je suis bien faché de „m'être assez mal expliqué dans mon très-humble raport d'hier après-midi, „pour que V. M. ait pu croire que je pouvois manquer de confiance à Son „égard. J'en suis assurément bien éloigné, et c'étoit par un tout autre principe „que je Lui ai témoigné de la répugnance à montrer le papier en question. „Je parlerai à ce sujet à cœur ouvert à V. M. la première fois que j'aurai „l'honneur d'être à Ses pieds, et j'ose La Supplier en attendant de me rendre „la justice de croire, une fois pour toutes, que depuis près de trente ans de „preuves continuelles de l'attachement le plus pur, Elle ne peut ni ne doit „se méfier jamais de mes sentiments pour Elle."

Maria Theresia erwiederte hierauf eigenhändig die folgenden Worte:

„vous aurois toujours raison quand vous vous expliquerois, et moi tord. „mettez vous à ma place; après tout ce que j'ai perdus, il ne me reste que „votre confiance et assistance; elle m'est bien cher et j'en ais grand besoing."

„je vous ais r'envoyée les deux papiers allemandes; personne les at „vue chez moi. je vous r'envois meme ce papier pour les envoyer tous à „l'Emp. en lui marquant que je les ais deja vue."

„j'ai trouvée l'instruction on ne peut mieux, la grande allemande, ces „sont de ces pièces qui éclairent et persuadent. mais le plan du partage est „pensé grandement, mais pas à ma portée."

[333]) „Diese so mühsame und klare ausarbeitung des Fürsten nehme alß „ein neues Merkmal seines zu Meinem Dienst schon so offt erprobten Eifers an; „der abzuschickende van Suieten soll nach bester Möglichkeit dem König die jetzige „Vergrösserungs-Absichten Rußlands und die daraus zu entstehende weitere ge„fährliche Folgerungen vorstellen, auch die hier angesetzte drey geheime Nachrichten „erzehlen, ohne sich des ausdrucks einer förmlichen Mittheilung zu bedienen, da „sie dem König wohl ohnfehlbar, wann sie gegründet, nicht verborgen sein werden.

„Was die darauf folgende Vorschläge anbetrifft, soll er sich begnügen, dem „König lediglich die Versicherung zu ertheilen, daß Wir mit Ihme in alles gern „eingehen wollen, was immer zu zuruckhaltung Rußlands Vergrösserung für jetzo „und künfftighin, ja sogar mit gewaltsamen vereinigten Maaßnehmungen von „ihme uns wird vorgeschlagen werden, ohne in weitere Bedingnisse, Vorschläge, „oder Détails sich weiters einzulassen, und Suieten solle lediglich des Königs ant„worten ad Referendum nehmen, wohl aber ihme in folge des discurses zu ver„stehen geben, daß Wir auch das äußerste wagten, ehe Wir die gäntzliche zernichtung „der Pforten gedultig zusehen. Auf diesen Meinen Entschluß folget, daß Thugut „zu instruiren sey, die Pforte von Schliessung eines nachtheiligen Friedens best„möglichst abzuhalten und ihr zu Fortsetzung des Kriegs besten Muth zu machen, „durch Verheissung, daß unß ihre Erhaltung und Bestes so nahe am hertzen liege, „daß wir, wann es die umstände erforderten und der wahre Zeit-Punct erschienen „seyn wurde, auch sie kräftigst beystehen wurden. Durch eine neu daraus zu

„entstehende Campagne werden gewiß beyder gefährlicher Nachbarn Kräfften auf„gerieben, und entweder die siegreichen progressen Rußland's in etwas vermindert „oder die Türken in noch viel üblere, und ihren umsturtz nähere umstände gesezet, „welches sie nachhero zu Erhaltung unsers wirksamen Beystands leichter in alle „nur immer von unß anverlangende Entschädigungen, Länder Abtrettungen, da „ich anjetzo ihren hochmuth nicht darzu genugsam erniedriget finde, bewegen wird. „Haben die Russen im Sinn, ihre vereinigten Kräfften gegen die Crim und das „schwarze Meer in künfftiger Campagne zu versameln, so könte ein unseriges „Corps in der Wallachey denen Türken zu wenigen Nutzen seyn, übersetzen sie „aber die Donau und rucken gegen Adrianopel weiter vor, so ist der wahre Zeit„Punct gekommen, von der Pforten alle Bedingnissen zu fordern, und den Russen „durch schleunige Einrückung eines Corps an die Donau in ihrem Rucken den „Ruckzug abzuschneiden und ihnen den gröſten Abbruch zuzufügen.

„Ich überlasse also des Fürsten stets beprobten Eifer diese Meine Ent„schliessung gehörigen orts bestens anzubringen und in Befolgung zu setzen, auch „alles zuzubereiten, was zur ausführung dieser Entschliessung in der Folge er„forderlich seyn wird; unterdessen werde ich durch Meine Landesstellen und hof „Kriegs Rath das nöthige veranstalten, damit eine hinlängliche Anzahl Lebens„mitteln an der Donau versamlet und ein hinlängliches Corps in einer solchen „Bereitschafft gehalten werde, um damit bey sich ereignenden grösseren unglücks„fällen der Pforten selbes alsogleich sich versamlen und behend vorrucken könne.

Maria Theresia."

334) Joseph an Leopold. 14. (nicht 18.) Dec. 1770. I. 316—319.

335) Joseph an Lacy. 24. Nov. 1770. Ganz eigenhändig. Cabinetsarchiv. „ce n'est point à mon Président de guerre, mais a mon ami Lacy que je „comunique ce brouillion que je viens de dicter, puisque j'ai remarqué du „chuchotage sur cette matiere, et par là j'espère qu'on se décidera à avoir „la porte ou fermée ou ouverte. pour l'un et pour l'autre il est nécessaire de „se décider bientôt."

336) „je voulois vous envoier ces points, les ayant fait copier, quand „je viens de recevoir celle-ci. je vous crois tout deux enclin de faire la guerre, „mais diferement, et moi qui at trop ressentis les coups de la guerre, n'en „conte plus faire; j'aime trop mes peuples, ma tranquilitée, et aux moins de „me la procurer en dehors, n'en jouissant dans ma famille. je suis bien con„tente que vous avez lieu d'être de mon fils; il connais bien votre merite et „combien il en at besoing; c'est un sure lien. continuez lui vos conseils, mais „n'animez pas à la guerre; vous me trouverois en chemin, et jamais, au grand „jamais contre mes musulmans." Eigenhändige Erwiederung der Kaiserin auf Lacy's Billet vom 27. Nov. 1770. Cabinetsarchiv.

337) Beer. II. 9.

[338]) Instruction secrète pour notre cher et féal le Baron de Swieten, „notre Envoyé extraordinaire et Ministre plénipotentiaire auprès du Roi de „Prusse. A Vienne ce 8 décembre 1770."

[339]) Kaunitz an Maria Theresia. 8. Dec. 1770. „. . . J'ai jugé devoir „le coucher en françois, parce que c'est dans cette langue qu'il est d'usage „de parler au Roi de Prusse, et qu'il m'a paru que dans une circonstance „aussi délicate une instruction praescriptis verbis pouvoit mériter la pré-„férence sur celle qui seroit conçue dans une langue dont la tournure est „toute différente et difficile à traduire. . . ." Maria Theresia antwortete hierauf eigenhändig:

„placet; je trouve tout conforme à mon sentiment et très-bien travaillé."

[340]) „je ne prendrois jamais sur ma conscience un tel pads, et ma „situation présente, independament de ma conscience, le rend encore plus „impossible."

[341]) Joseph an Leopold. 14. (nicht 18.) Dec. 1770. I. 316—319.

[342]) „j'avoue, j'étois et suis encore encore en peine pour votre santé; „je ne vous ais jamais vue si défaite. je sais ce que les chagrins peuvent sur „un cœur sensible; je tremblois et tremble encore, mais je dois vous gronder. „ce conseil que vous avez tenue hier, étoit bien contraire au ménagement „prescrit. je n'ais pas envoyée chez vous, sachant que vous n'aimez pas cette „seccatura, mais je n'ais put cacher mon inquiétude à notre amie commune."

[343]) Joseph an Leopold. 10. Jänner 1771. I. 321.

[344]) Diese Denkschrift Josephs wurde veröffentlicht von Beer. Documente. 11—23.

[345]) Abgedruckt in dem Briefwechsel der Kaiserin mit ihrem Sohne. I. 325. 326.

[346]) Veröffentlicht von Beer, II, 328, jedoch mit dem sinnstörenden Druckfehler „feindrois", während es „tiendrois" heißen soll.

[347]) Joseph an Maria Theresia. 19. Jänner 1771. I. 325.

[348]) Joseph an Leopold. 24. Jänner 1771. I. 328—330.

[349]) Sie rühren von Kaunitz her, bilden eine Beilage seines Vortrages vom 23. Jänner 1771 und wurden veröffentlicht von Beer, Documente. S. 23—26.

[350]) Randglosse der Kaiserin zu dem Referate des Staatskanzlers vom 23. Jänner 1771.

[351]) Auf des Staatskanzlers Referat vom 25. Jänner 1771. „je me fie „en vous que ces dispositions ne nous menent à une guerre, mais à la paix „seulement."

[352]) Rescripte an van Swieten und an Thugut vom 26. und 27. Jänner 1771. Mit ihnen stimmt auch der Brief Josephs an Leopold vom 31. Jänner 1772 (I. 330) im Wesentlichen überein, doch geschieht in letzterem der Gebietsabtretungen, die man der Pforte zumuthen wollte, keine Erwähnung.

[353]) Van Swieten erstattete über dieselbe am 29. December einen kurzen, mit der Post abgesendeten Bericht. Daß er am 30. December seinen ersten umfassenden Bericht nach Wien erstattet habe, wie Beer: Friedrich II. und van Swieten, I. 12 angibt, ist unrichtig.

[354]) Van Swieten an Kaunitz. Berlin, 2. Jänner 1771. Veröffentl. von Beer: Friedrich und van Swieten. S. 1—7.

[355]) Der Inhalt dieser wichtigen Actenstücke bei Duncker: Die Besitzergreifung von Westpreußen. S. 548—550.

[356]) Van Swietens Bericht vom 4. Jänner 1771. Beer. S. 7—9.

[357]) Friedrich an Heinrich. 11. Jänner 1771. Gleich den übrigen Briefen des Königs an seinen Bruder und an die Kaiserin von Rußland bei Duncker. S. 550—552.

[358]) Friedrich an Heinrich. Potsdam, 31. Jänner 1771. Oeuvres, XXVI. 398.

[359]) Bericht van Swietens vom 22. Jänner 1771. Bei Beer. S. 9—14.

[360]) Van Swietens Bericht vom 17. Febr. 1771. Bei Beer. S. 14—22.

[361]) Thugut. Pera. 18. Febr. 1771.

[362]) Thugut. Pera, 4. März 1771.

[363]) „je vous envois pichler pour vous expliquer mes intentions et „savoir les votres, et vous pouvez conter que je ne brouillerois plus rien, „ayant ma confiance en vous, et ferois executer ce que vous croirois neces-„saire. je ne crains que les maladies et le manque des vivres pour homme „et chevaux."

[364]) „je conois la diference de ces deux resolution, donc je n'ais vue „aucune. j'en sens tout le desagrements, et sans les avoir vue, j'avois repré-„sentée contre la dernierre. je vous prie pour le bien de l'etat et de ce corps „de vouloir pas laisser tomber les choses dans le moment decisive, de faire „vos remontrances de bouche a cause de l'arrivée des generaux et officiers, „et peut-être, si vous voulez un peu appuier avec les bonne raisons la-dessus, „cela se changera encore; personne n'est plus fachée et n'en ressens de tout „cela les suites plus que moi. vous pouvez conter que personne ne sera plus „empressée que moi de vous accorder le voyage de spaa pour remettre votre „santé qui me tient tant à cœur, et pour vous donner un peu de relache à „vos occupations trop forte, et que je verrois par là la guerre éloigné. Mais

„dans ce doute vous voyez que votre personne feroit plus d'impression contre „que l'arrivée des troupes d'italie et des pays-bas, qu'ainsi cela ne se peut „autant que je le souhaiterois."

Eigenhändige Antwort der Kaiserin auf Lacy's Schreiben vom 31. März 1771. Cabinetsarchiv.

[365]) Réponse verbale du Prince de Kaunitz-Rittberg sur les ouvertures qui lui ont été faites par M. le Prince de Galliczin le 16 février 1771.

[366]) Rescripte an van Swieten. 1. März 1771.

[367]) Am 4. März 1771.

[368]) Thuguts Berichte vom 18. und 21. März 1771.

[369]) Thuguts Bericht vom 24. März 1771, in welchem diese Erklärung der Pforte enthalten war, findet sich im Staatsarchive nicht vor. Sein Inhalt ist jedoch dem Vortrage des Staatskanzlers an die Kaiserin vom 17. April 1771 zu entnehmen.

[370]) Vortrag des Fürsten Kaunitz an die Kaiserin. 18. April 1771.

[371]) Kaunitz an Thugut. 19. April 1771. „Werden nun diese Umstände „mit der denenselben bereits vor einiger Zeit mitgetheilten Nachricht von des „Königs in Preußen wegen des Königs in Pohlen mit Rußland genommenen „Engagement vereinbart erwogen, so ist solche der Schlüßel unsers bisherigen „wegen Pohlen gehaltenen gantzen Betrags, und dienet zugleich der Pforte insoweit „zur Lehre, daß zwar die Conföderirten eine Unterstützung verdienen, um die in „Pohlen befindliche russische Trouppen zu beschäftigen, daß aber die Detronisirung „des Königs in Pohlen für ganz unthunlich anzusehen und in Zeiten auf Mittel „vorzudenken seye, alle Pohlen zu seiner Zeit wieder zu vereinigen und zu An„erkennung ihres Königs zu vermögen."

[372]) Nachschrift zu der Depesche an Thugut vom 19. April 1771.

[373]) Kaunitz an Thugut. 7. Mai 1771.

[374]) Thuguts Bericht vom 20. Mai 1771.

[375]) Thugut. Pera, 3. Juni.

[376]) Thugut. Pera, 17. Juni.

[377]) Thugut. 12. Juli 1771.

[378]) Die Convention wurde wohl zuerst veröffentlicht von Görtz in seinen Mémoires et actes relatifs aux négociations qui ont précédé le partage de la Pologne. 1810. S. 146—152.

[379]) Vortrag vom 2. Aug. 1771.

[380]) Auf dessen Referat vom 24. Aug. 1771.

[381]) Handbillete der Kaiserin vom 27. Febr., 21. April und 6. Juni 1770.

[382]) Handbillet an den Grafen Lacy.

„Ich habe geschlossen, die Gränzen des zur Crone Hungarn gehörigen Zipser „Bezirkes gegen Pohlen nach ihren vormahligen Bestand, wie solche die eingesehene „ältere Urkunden ausweisen, nunmehro auszeichnen, mithin in dieser Maaß von „dortiger Seite die ausgesetzten Adler vorrücken zu lassen."

„Von dem Hof-Kriegs-Rath ist also die ohnverlängte Verfügung zu treffen, „damit durch den Obrist-Lieutenant Seeger diese Vorruckung der Adler auf die „demselben schon bekannte, über das Gebürge ziehende Linie, die auch in neben-„liegender Mappa sich bemerket findet, in behörig- und verläßlicher Art von nun „an sogleich bewirket und von dem Erfolg die Anzeige erstattet werde."

„An den Esterhazy wird unter einstens der Auftrag zu erlassen seyn, auf „daß nach dieser nemlichen Auszeichnung zu gleicher Zeit auch der Cordon von „dasiger Seite formiret, folglich der eingeschlossene Terrain als zur Crone Hungarn „gehörig angesehen und nach erforderniß unterstüzet werden solle."

Fürst Kaunitz erhielt gleichzeitig, am 19. Juli 1770, das folgende Handbillet:

„Durch die eingesehene ältere Urkunden wird die von dem Oberst-Lieutenant „Seeger vor einiger Zeit schon gemachte Angabe von dem vormaligen Bestand „der Gränzen zwischen dem zur Krone Hungarn gehörigen Zipser-District und „Pohlen allerdings bestättiget, weßthalben Mich dann bewogen gefunden, wegen „Auszeichnung sothaner Gränzen und Vorrückung der ausgesezten Adler an den „Hof-Kriegs-Rath den nebenfindigen Auftrag unter einstens zu erlassen, den Ich „dem Fürsten zu dessen Einsicht und Wissenschaft hiemit in Abschrift zugleich „mittheile.

Maria Theresia."

[383]) Bischof Mlodzieiowski an Kaunitz. Warschau, 28. Aug. 1770.

[384]) Referat vom 19. Aug. 1770. Von einer Andeutung (Beer, II. 49), daß es Polen zukommen werde, den Beweis für sein Besitzrecht auf die streitigen Grenzdistricte zu führen, kommt in dem Referate des Staatskanzlers nichts vor.

[385]) Referat vom 18. October 1770. „weil E. M. die Adler nicht ad „lucrum captandum, sondern blos ad præjudicium avertendum, haben vor-„rücken lassen."

[386]) „Daß zwar das Recht E. M. durch Soutenirung des occupirten Be-„sitzes unverlezt erhalten, aber auch ein schicklicher Weg für einen anständigen „Zurücktritt auf den Fall vorbehalten werde, wenn man bey einer künftigen güt-„lichen Auseinandersetzung dieser Gränzstrittigkeiten finden sollte, daß man Unsrer „Seits mit Vorrückung der Adler an ein und anderen Orten etwa zu weit ge-„gangen seyn dürfte."

[387]) Dem Referate des Fürsten Kaunitz vom 25. October liegt der Brief des Großkanzlers nicht mehr bei.

[388]) Kaunitz an Maria Theresia. Wien, 31. Oct. 1770. „J'ai l'honneur „de renvoyer à V. M. la lettre très-humblement ci-jointe, et à mon grand „regret, d'après ce qui me revient de toutes parts de la valeur de nos titres, „j'ai bien peur que cet homme n'ait que trop raison d'appeler conquête ce „que l'on a cru pouvoir entreprendre."

Randglosse von der Hand der Kaiserin:

„j'ai très-mince opinion de nos titres. . . ."

[389]) Van Swieten an Kaunitz. Berlin, 26. Febr. 1771. In Ziffern. „Auch „hat Prinz Heinrich mir in ansehung Rußlands so viel eröfnet, daß er versichert „sey, der Petersburger Hof sowohl als das Ministerium und besonders Panin „verlangen den Frieden. Die Bedingnißen würden zwar Anfangs etwas hoch„gespannet, aber doch auf eine billige Maas heruntergesezt werden, wan man sich „nur unsererseits entschließen wolle, selbige nicht alsogleich zu verwerfen und mit „einiger nachgiebigkeit zu werke zu gehen. man müste dem außerordentlichen Glück, „mit welchem dieser Krieg von seite Rußlands geführet worden, etwas zu gute „halten und sich nicht zu viel verwundern, wan auch anfangs die foderungen „außerordentlich ausfallen. Zudem wäre man der meinung, wir würden bey „demüthigung der Pforte unsere Rechnung auch finden, umsomehr als man Russi„scher Seits gesinnet wäre, die Vortheile des Kriegs nach convenienz uns eben„falls genießen zu machen. als ich hierauf erwiederte, daß dieß weder mit unserer „reinen absicht noch mit unserm wahren Staatsinteresse vereinbarlich wäre, ver„setzte der Prinz: Wohlan denn, wenn ihr den euch zugedachten Vortheilen entsaget, „so werden die conditionen für die Pforte desto mehr erleichtert. Aus dießer „merkwürdigen Antwort scheinet mir, daß man immer mehr und mehr glauben „könne, der hießige Hof habe sich mit dem Petersburger hof bereits zu einem „förmlichen Traité de partage einverstanden, und man sich gemeinschaftlich „bearbeiten werde, auch Unsere Einwilligung darzu zu erhalten. . . ."

[390]) Vortrag des Fürsten Kaunitz an die Kaiserin vom 15. März 1771.

[391]) Van Swieten an Kaunitz. Berlin, 30. März 1771. „Herr Graf von „Finckenstein hat mich vorgestern eigends zu sich rufen lassen, um mir im Namen „des Königs und im engesten Vertrauen folgende Öffnung zu machen."

„Es hätte die Russische Kayserin in einer mit dem Herrn Grafen von „Solms gehabten Unterredung von denen Pohlnischen Starostien, welche mit un„seren Trouppen besetzt seyn, Meldung gethan, und ihme Grafen aufgetragen, „den König zu ersuchen, damit dieser bey dermahligen zwischen Unseren beyden „Höfen obwaltenden guten Einverständniß von uns in Freundschaft und in der „Art, als wenn es von ihm selbsten komme, zu erfahren trachte, was unsererseits „bey Besetzung dieser Starostien eigentlich für eine Absicht obwalte."

„Nun hätte der König einestheils sich diesem Auftrage nicht entziehen, an„derentheils aber auch uns das Anbringen in seiner wahren Gestalt in vollem

„Vertrauen vor Augen legen wollen. Und da er annebst aus dem Berichte des „Herrn Grafen von Solms abzunehmen glaubet, das hierbey Russischer Seits „weder Eifersucht noch Mißtrauen (ni défiance ni jalousie) mit unterlaufe, so „erachte er uns hierinnen vorläufig einen wohlmeynenden Rath ertheilen zu können, „von welchem Er hoffet, daß er unsererseits nicht vorgreiflich, sondern als ein „merckmahl seiner Freundschafft und aufrichtigen Gesinnung werde angesehen werden."

„Dieser Rath bestehet darinnen, daß unser Hof seine auf obbemeldete Staro-„stien etwa habende alte Rechte und Ansprüche ohne weiteren anführe und gelten „mache, um so mehr als von den übrigen Nachbarn Pohlens ein Gleiches geschehen „würde. „. . . Le Roi pense", waren die Formalien, „. . . que votre Cour n'a „„qu'à alléguer ou faire valoir des droits ou pretensions anciennes sur ces „„starosties, d'autant que les autres voisins de la Pologne en feront de même „„de leur côté.""

„Ich habe alles dieses ohne weiteren ad referendum übernommen. . . ."

392) Vortrag des Staatskanzlers vom 15. März 1771.

393) Administrator districtuum territorii Sandecz, Nowytarg et Czorstyn etc., qui linea militari Cæsareo-Regia includuntur. Handbillet der Kaiserin an den ungarischen Hofkanzler Grafen Esterhazy. 16. März 1771.

394) Handbillet der Kaiserin an Kaunitz vom 18. März 1771.

395) Vortrag des Staatskanzlers vom 18. April 1771. „Wenn die von „dem Freyherrn van Swieten letzthin einberichtete bedenkliche Äußerung des Königs „in Preußen wegen der Bewerkstelligung der allerhöchsten alten Rechte und An-„sprüche auf die in Besitz genommene polnische Districte mit andern Umständen „und Nachrichten aufmerksam combiniret wird, so erhält die Beysorge einen nur „allzu großen Grad der Wahrscheinlichkeit, daß von erwähntem König die etwa „vorhandenen Ansprüche Eurer Maj. auf die neu occupirten Gränzdistricte von „Sandecz, Nowytarg und Czorstyn mit den Gerechtsamen auf die an Polen ver-„pfändete 13 Zipser Städte vermischet werden, und seine geheime Intention dahin „gerichtet seyn dörfte, eine Absicht mit der andern zugleich zu vereiteln."

„Gleichwohl findet sich zwischen beyden ein sehr beträchtlicher Unterschied. „Die Ansprüche auf die Gränzdistricte von Sandec u. s. w. sind wenigstens noch „dermalen sehr illiquid und großen Theils unerwiesen. Dahingegen ist das der „Krone Hungarn zustehende Einlösungsrecht der dreyzehn Zipser Städte außer „allem Zweifel, und nicht nur die Vorfahren Eurer Maj., sondern auch allerhöchst-„dieselben haben sich durch verschiedene Diätalartikel verbindlich gemacht, dieses „Pfand wieder auslösen zu wollen. . . ."

396) Das Schreiben der Kaiserin ist abgedr. bei Beer. Documente. S. 86.

397) Vortrag vom 18. April 1771. „Gleichwie jedoch Euer Maj. bereits „unterm 26. Jänner dieses Jahrs dem König in einem eigenen Handschreiben er-„kläret hätten, qu'indépendamment de la négociation par rapport à l'arrangement

„et à la détermination des frontières respectives, en conséquence de son bon „droit, Elle compte retraire aux conditions stipulées dans le tems le district „du Roiaume de Hongrie connu sous le nom des Zipserstädte avec toutes ses „dépendances, also müßten allerhöchstdieselben diese Erklärung nochmahl ausdrück„lich und umsomehr wiederholen, da das der Crone Hungarn zustehende Einlösungs„recht der dreizehn Zipserstädte ausser allem Zweifel gesetzt, der wahre Betrag des „Pfandschillings durch untrügliche Beweise constatirt worden sey und nicht nur die „Vorfahrer Eurer Maj., sondern auch allerhöchstdieselben selbst durch verschiedene „feyerlich beschworne Diätalartikel sich verbindlich gemacht hätten, dieses Pfand „wieder auslösen zu wollen."

„Um jedoch auch hierinfalls alle Mäßigung und Rücksicht dem König zu „bezeugen, wollten Euer Maj. demselben ein freundschaftliches Concert hiemit über „die Art und Weise antragen, wie dieser Endzweck am kürzesten, billigsten und der „beyderseitigen Convenienz am gemäßesten einzuleiten und zu erreichen seyn dürfte."

„Um auch ferners außer dieser freundschaftsvollen Rücksicht gegen den König „noch die weitere überzeugend zu bestättigen, welche E. M. für seine Famille „tragen, so fänden allerhöchstdieselben kein Bedenken, ihm von nun an die Ver„sicherung ertheilen zu lassen, daß allerhöchstdieselben auf den Fall, wenn durch „vorerwähntes Concert der abgezielte Endzweck auf eine vergnügliche Art in Er„füllung gebracht werden sollte, nicht ungeneigt sein würden, dem Bruder des „Königs die bishero von dieser verpfändeten Starostie genossene Einkünfte lebens„länglich beyzulassen, oder ihm ein sonstiges Aequivalent dafür zuzuwenden."

[398]) Beer. II. 68.

[399]) Vortrag des Staatskanzlers vom 28. April 1771.

[400]) Kaunitz an van Swieten. 10. April 1771. „Der König würde hieraus „von selbst erleucht entnehmen, daß die Allerhöchste Absicht nichts weniger als auf „Conqueten, sondern lediglich auf die Abwendung des eigenen Præjudizes und „auf die Befestigung der eigenen Sicherheit gerichtet sey; daß Ihro Majestäten „Dero Gerechtsamen, so gegründet sie immer seyn mögen, auf keine andere als „freundschaftliche Art geltend zu machen, und auf keinem andern Weg als durch „ein nachbarliches Einverständniß und einen gütlichen Vergleich zu berichtigen ge„denken, und daß Allerhöchstdieselben über denjenigen Beweis dieser wahrhaften „Gesinnung, den ihre eigene bisherige facta darstellten, keinen überzeugenderen als „durch die positive Versicherung geben könnten, daß sobald der Friede zwischen „Rußland und der Pforte hergestellt, Pohlen beruhiget, die künftige Ruhe dieses „Königreiches durch der Russischen Kayserin, des Königs in Preussen und des „hiesigen Hofes Garantie befestiget, und sodann dem König und Rußland gefällig „seyn wird, ihre Truppen aus diesem Königreich abzuruffen, Ihro Kays. Kön. „Mayestäten zu gleicher Zeit auch die Ihrige zurückziehen und das possessorium „der oberwehnten Gränzdistricten in den vorhinigen Stand wieder herstellen würden.

„Welches alles dem König nach eigenem Gutbefinden an Rußland zurück zu „äusseren lediglich überlassen wird.“ Van Swietens Bericht vom 27. April über seine Unterredung mit Friedrich ist abgedr. bei Beer: Friedrich II. und van Swieten. Berichte. S. 22.

401) König Friedrich an Solms. 28. April 1771. Bei Duncker. S. 563.

402) Van Swieten an Kaunitz. 30. April 1771. In Ziffern. „An eben „dem Tage, an welchem ich von dem Könige des Morgens zur Audienz ware be- „ruffen worden, geruhete derselbe Abends bey der Königin sich mit mir sehr lang „zu unterhalten, welches des folgenden Tags bey der nämlichen Gelegenheit, und „die ganze Zeit als die Cour gewähret hat, wieder geschahe, wobey sich Ihro Maj. „sehr aufgeräumt und ungemein gnädig bezeigten. Obwohlen die Unterredung „beyde male erst gänzlich in gleichgültigen bestunde, so verfiele doch der König das „erste mal auf den Gegenstand der Audienz, und befragte mich genau und mit „sichtbarem Anliegen um die Zeit, wann ich eine Antwort von Wien würde er- „halten können. Ein gleiches Anliegen bezeigte mir auch Graf Finkenstein mit „dem Vermelden, daß dieses ein günstiger Augenblick sey, den man nicht ver- „säumen müsse, aus Furcht, daß nicht sich die Umstände ändern, welches bey nächst „bevorstehender Eröfnung der Campagne sehr zu besorgen sey, zumalen man von „den Türken nicht viel gutes hoffen könne. Die eigentliche Ursach dieses betreibens „aber scheinet mir darinnen zu bestehen, daß der König den Augenblick nicht er- „warten kann, sich des Besizes jener Vortheilen gesichert zu sehen, die Er Sich „von Rußland allem Ansehen nach im voraus bedungen hat und nunmehro auch „mit unserer Einwilligung zu erhalten hoffet. Diese Begierde leuchtete aus allen „seinen bei der Audienz geführten Reden sehr lebhaft hervor, wie Euer fürstl. „Gnaden aus meinem letztern gehorsamsten Bericht ohnehin werden entnommen „haben.“

403) Rescripte an van Swieten vom 7. Mai 1771. Maria Theresia ge- nehmigte die Entwürfe mit den Worten: „placet; habe nichts zu errinern wan „Kayser nichts anders findet.“

404) Joseph an Leopold. Mai 1771. I. 341.

405) Van Swieten an Kaunitz. Berlin, 15. Mai 1771.

406) Kaunitz an van Swieten. 5. Juni 1771.

407) Joseph an Leopold. Mai 1771. I. 342. Der Bericht des Fürsten Lobkowitz über seine Unterredung mit Panin, von welcher der Kaiser spricht, ist vom 26. April 1771. Lobkowitz schreibt darin: „Über unsere Vorrückung in Polen „will man nur aus der Betrachtung unruhig scheinen, daß unser beyspiel einen „andern gefährlichen Nachbarn verleiten könnte, seine vermeintliche oder wirklich „gegründete ansprüche auf einen Theil von Polen mit gewalt zu unterstützen. „Hiebey wolte mir Graf Panin, so wie es Herr von Saldern schon gethan, jedoch

„ganz unvermerkt zu verstehen geben, als wenn man hier in die Reinigkeit der „Gesinnungen gedachten Nachbars kein allzu großes Vertrauen sezte. Benannter „Minister nahme bey dieser gelegenheit anlas, in ein weitleuftiges raisonnement „einzugehen, durch welches er mich zu überzeugen sich bemühte, daß ungeachtet der „zwischen beeden Kayserlichen Höfen entstandenen Kaltsinnigkeit, über welcher „ursprung er aber ziemlich leicht hinausgienge, man hiesiger seits keinen Schritt „gethan, der in allen durch die jezige umstände veranlaßten politischen Handlungen „mit dem wahren Verlangen nicht übereinkommete, mit uns in beständiger Freund„schaft zu bleiben. Er setzte diesem mit einem lebhaften Nachdruck hinzu, unser „allerhöchster Hof könnte sich versichert halten, daß weder die hiesige Verbindung, „weder auch ein politischer Zusammenhang mit andern Mächten die russische „Kaiserin jemals zu etwas verleiten werde, so dem gemeinschaftlichen Interesse „beyder Kaysерl. Höfen und ihrem so nöthigen als erwünschten Vernehmen zu„wider wäre."

408) Lobkowitz. 12. April 1771.

409) Bericht des Fürsten Lobkowitz aus St. Petersburg vom 2. Juni 1771.

410) Beide Actenstücke, die Communication verbale du Comte de Panin au Prince de Lobkowitz, und das Exposé confidentiel des intentions de l'Impératrice de toutes les Russies sind abgedr. bei Görtz: Mémoires et actes authentiques relatifs aux négociations qui ont précédé le partage de la Pologne. S. 20—39.

411) Réponse verbale à l'exposé confidentiel des intentions de l'Impératrice de Russie sur sa pacification avec les Turcs. Abgedr. bei Görtz. S. 40—49.

412) Rescripte an Lobkowitz vom 1. Juli 1771.

413) Bezeichnend für die Art und Weise, in welcher Kaunitz mit Binder verkehrte, ist der Umstand, daß als der Staatskanzler eine Stelle in der von Binder entworfenen Depesche an van Swieten geändert haben wollte, er dieß Binder mit folgenden Worten andeutete: „Die enclavirte Stelle wäre meines „Dafürhaltens auf nebenstehende Arth abzuändern, welches meinem liebsten Freunde „zur überlegung anheimstelle."

414) Van Swietens Bericht vom 12. Juli 1771. Abgedr. bei Beer. S. 25—29.

415) Beer. II. 88.

416) „Une combinaison de circonstances et de raisons majeures m'ont „obligé à différer un peu les ordres que je vous adresse aujourd'hui, mon „cher Baron. Il m'importe dans ce moment-ci de guérir le Roi de l'idée que „nous pourrions peut-être bien encore nous laisser entrainer par l'appas d'un „misérable avantage momentané, à perdre de vue, ainsi qu'il le fait, le seul

„et vrai intérêt politique des grands Etats, qui consiste à tout sacrifier, même „à tout risquer, pour assurer de préférence à toute autre considération la „seureté et tranquillité à ceux qui doivent venir après nous. Il m'importe „en même temps de le tenir dans une sorte d'inquiétude sur la possibilité „d'un arrangement avec la Porte, au cas que la Russie osat s'obstiner sur des „conditions de paix que nous ne pourrions admettre. Ce sont là mes vues „sur ce que je vous mande aujourd'hui d'office, je n'y ajouterai rien, parce „que sapienti pauca."

417) Van Swietens Bericht vom 4. Aug. 1771. Abgedr. bei Beer. S. 30—35.

418) Bei Duncker. 565. 566.

419) Lobkowitz. 24. Juli 1771.

420) Lobkowitz. 27. Juli 1771.

421) Lobkowitz. 6. Aug. 1771.

422) Précis d'un raisonnement propre de S. M. Impériale, pour être communiqué à M. le prince Lobkowitz. Abgedr. bei Görtz. S. 50—74.

423) Lobkowitz. 15. Aug. 1771.

424) Stormonds Bericht vom 1. Juli 1771 bei Raumer. II. 389—392.

425) Rhode's Bericht vom 7. Sept. ist abgedruckt bei Beer. II. 337.

426) Bericht van Swietens vom 18. Sept. bei Beer. S. 35—42.

427) Das Schreiben des Fürsten Kaunitz vom 23. Sept. und die Antwort der Kaiserin sind abgedr. bei Beer. II. 338—340.

428) Josephs Denkschrift ist abgedruckt bei Beer. Documente. S. 26—32.

429) Beer. II. 97.

430) Beide Aufzeichnungen der Kaiserin sind abgedr. bei Beer. II. 119.

431) Kaunitz an Maria Theresia. 15. Oct. 1771.

432) Exposé des sentiments personnels de L. L. M. M. I. I. sur l'objet du précis d'un raisonnement propre de S. M. l'Impératrice de Russie communiqué au Prince de Lobkowitz. Abgedr. bei Görtz. S. 96—100.

433) Wesentlicher Inhalt meiner den 24. Octobris 1771 mit dem Russisch Kayserlichen Ministre Herrn Fürsten Galliczin gepflogenen vertrauten Unterredung. Abgedr. bei Beer. Documente. S. 32—38. Galitzins Bericht über diese Unterredung ist abgedr. bei Görtz. S. 75—94.

434) Kaunitz an van Swieten. 24. und 25. Oct. 1771.

435) Van Swieten an Kaunitz. Berlin, 4. Nov. 1771. Bei Beer. S. 42—47.

436) Sie wurde veröffentlicht von Görtz. S. 153—162.

437) Die Réponse personnelle de S. M. I. de toutes les Russies und die Note ministériale bei Görtz. S. 163—174.

438) Van Swieten an Kaunitz. Berlin, 30. Dec. 1771. Beer. S. 47—49.

439) „je me suis flatée ce soir de vous voir. je suis dans des grandes „agitations; je ne peux les communiquer à la plume, ayant promis le secret; „j'espere demain de vous voir. Les avantages des russes sont inouis et m'in-„quietent bien, et cette perspective n'est pas plus belle et notre intérieure „la plus dangereuse." Worte der Kaiserin als Erwiederung auf das Referat des Staatskanzlers vom 29. Nov. 1771 über die zweideutige Haltung des Herzogs von Aiguillon.

440) Bei Duncker S. 569.

441) Laut des Berichtes des Fürsten Lobkowitz vom 8. März 1774 verließ der Contre-Admiral Graf Massin zu jener Zeit den russischen Dienst mit einem Geschenke von fünftausend Rubel.

442) „Was endlichen den Siebenden Vorschlag anbetrift, so ist solcher nur „bey Fehlschlagung aller übrigen als eine solche Aushülfe zu betrachten, welche „dannoch das Gleichgewicht aufrecht erhaltet und dem Durchlauchtigsten Erzhause „einen proportionirten Länder-Zuwachs verschaffet, folglichen im ärgsten Fall nicht „außer Acht zu laßen wäre."

443) Vortrag des Staatskanzlers an die Kaiserin vom 17. Jänner 1772.

444) Josephs Denkschrift vom 19. Jänner 1772 bei Beer. Docum. 39—42.

445) Denkschrift des Fürsten Kaunitz vom 20. Jänner 1772. Bei Beer. Docum. 42—48.

446) Ganz eigenhändiges Schreiben Josephs vom 21. Jänner 1772. Abgedr. in dessen Briefwechsel mit Maria Theresia. I. 361 mit dem irrigen Datum vom 22. Jänner 1772.

447) Anmerckungen der Kaiserin-Königin. 22. Jänner 1772. Abschrift. Abgedr. bei Beer. II. 340.

448) Dieses Schreiben der Kaiserin ist nicht mehr im Original, sondern nur noch in authentischen Abschriften vorhanden. In derjenigen, welche in ihrem Briefwechsel mit Joseph (I. 362) abgedruckt wurde, fehlt die Stelle: „mais „dussent-ils nous procurer la première ébauche du partage, dont je doute „plus que jamais depuis la lettre de Lobkowitz d'hier". Auch scheint nicht das Datum vom 25. Jänner, sondern das vom 22. Jänner das richtige, und endlich der ganze Brief nicht an Joseph, sondern an Kaunitz ergangen zu sein.

[449]) Vortrag des Staatskanzlers vom 23. Jänner 1772 und Anmerkungen hierüber von Maria Theresia und Joseph. Die letzteren sind abgedr. bei Beer. II. 341. 342.

[450]) Die Rescripte an van Swieten vom 25. Jänner 1772 sind auszugsweise abgedruckt bei Beer. Docum. 173—177. Galitzins Bericht über seine Unterredung vom 28. Jänner mit Kaunitz wurde veröffentlicht von Görtz. S. 175—191.

[451]) Van Swietens Bericht vom 5. Febr. 1772, abgedr. bei Beer. S. 58—68.

[452]) König Friedrich an Heinrich. 8. Febr. 1772. Bei Duncker. S. 571.

[453]) „J'avoue qu'il me coute de me decider sur une chose, dont Je „ne suis aucunement rassurée, qu'elle est juste, si meme elle etoit utile, mais „Je ne trouve pas meme dans tous les trois cas à opter l'util."

„Le plus facil seroit d'accepter le partage qu'on nous offre de la Po„logne, mais par quel droit depouiller un innocent, qu'on a toujours proné „vouloir defendre et soutenir? pourquoi tous ces grands et couteux Prepara„tifs et tant de bruyantes menaces pour l'equilibre du Nord?"

„La seule raison de convenance, pour ne pas rester seule entre les „deux autres Puissances, sans tirer quelque avantage, ne me paroit pas suffire, „ni meme etre un Pretexte honorable, pour se joindre à deux injustes usurpa„teurs, dans la veüe de plus abimer encore, sans aucun autre titre, un „troisieme."

„Je ne comprends pas la Politique, qui permet qu'en cas, que deux se „servent de leur superiorité pour opprimer un innocent, le troisième peut et „doit à titre de pure precaution pour l'avenir et de convenience pour le „present, imiter et faire la meme injustice: ce qui me paroit insoutenable. „Un Prince n'a d'autres droits que tout autre Particulier: la grandeur et le „soutien de son Etat n'entrera pas en ligne de compte, quand nous devrons „tous comparoitre à le rendre. Qu'on me persuade du contraire, Je suis „prete à me rendre. Je souhaite ardement de m'etre trompée, Je connois (et „J'en ai souvent gemi) depuis long-tems et très bien l'etat critique, ou nous „nous trouvons, mais il faut savoir s'executer, et c'est à cette heure le moment. „Tout ce qui pourroit nous echoir, n'egalera jamais en grandeur et con„venience la moitié de la portion des autres; il ne faut donc plus s'y arreter „et se leurer d'un autre partage inegal. Tout notre but doit etre de tacher „de finir cette guerre au plus vite, honnetement et de façon qu'amis et „ennemis nous en sachent gré, et que nous gagnions leur estime par notre „honneteté et generosité. Je m'avance plus, en disant que ce n'est pas un „acte de generosité, mais un effet de vrais principes, de ne manquer à per„sonne. Nous nous sommes liés avec la Porte: nous en avons meme receu „de l'argent: les Pretextes, qu'on pourroit ou voudroit trouver, pour faire

„manquer les Turcs les premiers, pour profiter aprés de leurs depouilles, ne „combinent pas avec l'exacte droiture et avec les vrais principes. Jamais Je „ne saurois m'y resoudre; il ne peut donc etre question de la Servie et Bosnie, „seules Provinces, qui nous conviendroient. Il ne nous reste que la Vala-„chie et la Moldavie: Païs mal-sains, devastés, ouverts aux Turcs, Tartares, „Russes, sans aucune Place; enfin Païs, ou il faudroit employer bien des „millions et du monde, pour s'y maintenir."

„Notre monarchie peut se passer d'un aggrandissement de cette espece, „qui tourneroit à sa ruine complete; il faudroit par consequence revenir a la „Pologne et lui assigner à titre d'indemnisation la Vallachie et la Moldavie; „ce seroit encore le seul moyen le moins mauvais, auquel Je pourrois me „preter: tous les autres ou meneroient à une guerre avec les Turcs, qui „seroit injuste, ou à depouiller un troisième, sans l'indemniser."

„Que dira la France, l'Espagne, l'Angleterre, si tout d'un coup on se „lioit etroitement avec ceux, auxquels nous avons tant voulu imposer, et dont „nous avons declaré les procédés injustes? J'avoue, ce seroit un dementi formel „de tout ce qui s'est fait depuis 30 ans de mon Regne. Tachons plutot de „diminuer les Pretensions des autres, au lieu de penser à partager avec eux „à des conditions si inegales: passons plutot pour foibles que pour mal-„honnetes."

454) „j'ai voulue vous epargner cette jeremiade; je l'ais lue a l'Emp. „qui n'at parue en etre d'accord, mais il n'at voulu non plus le combattre. „j'atens de vous les reponses a donner a vansuite. je remet a vous a me con-„seiller ce que vous trouverois le plus honnet et convenable et selon vos „principes, donc je m'en suis toujours trouvée bien. il ne s'agit plus de pouvoir „opter; il faut savoir s'executer et pour un profit mince ne pas perdre sa „reputation ni droiture devant Dieu et les hommes."

455) Das Referat des Staatskanzlers vom 13. Febr. 1772 ist abgedr. bei Beer. II. 342.

456) „je trouve ce projet moins injuste et le seul at accepter, hors des „petits changements (et l'addition de la Crimée), par ci par là, selon mes „principes que dans tout partage direct ou même indirect de la pologne „nous ne pouvons honnetement entrer, et pour un partage des provinces de „la porte notre convention nous lie les mains. j'ai peine à demander et signer „cette convention; s'ils pensent honnetement, il la tiendrons sans signer, si „non, cette acte nous servira pas de plus."

„N° 1 ce mot de partage me répugne, ainsi que notre portion est „une suite du premier, à laisser dehors, de même à celle qui echerra."

„N° 2 et nous acceptons de même l'offre de pouvoir arranger nos „limittes et prétensions sur la pologne, en laissant dehors les deux lignes „sousligné: mais notre confiance etc."

„N° 3 le roy parvenant à avoir de même que l'Imp. de russie la „partie de la pologne qu'elles se destinent, on rendit au turcs, après des „avantages si réels et de convenience aux deux puissances, la crimée „comme elle etoit avant la guerre, hors que quelque stipulation pour la „sureté des confins, et qu'on nous retrocedat toute la valachie etc."

„N° 4 c'est alors qu'on peut signer, mais pas cet acte d'asteur."

„N° 5 si les circonstances ne vinssent à changer, on pourois peut-être „alors faire valoir nos droits sur ces provinces si-devant apartenant à la „monarchie, qu'on pourois sous le titre du droit postliminij y réclamer, mais „toujours sans entrer en guerre avec les turcs, qui seroit injuste et très-nui-„sible à notre bonne foy et pourroit nous nuire pour l'avenir plus que tout „ce qui se fait asteur, en liant les trois puissances contre nous-même."

Um dieses ganz eigenhändige Schreiben der Kaiserin an Kaunitz richtig auffassen zu können, ist es jedoch nothwendig, auch den ihr von Kaunitz vorgelegten Entwurf einer Depesche an van Swieten sammt den von Maria Theresia als Unterscheidungszeichen beigefügten Nummern hier zum Abdrucke zu bringen. Der Entwurf der Depesche an van Swieten lautet:

„L. L. M. M. I. I. ont eté très sensibles à la marque de confiance que „le Roi a bien voulu leur donner, en s'expliquant vis a vis de Vous con-„formement au compte, que Vous avez rendu de la derniere audience qu'il „Vous a accordée, et Elles vous ordonnent de Lui en temoigner leur recon-„noissance dans les termes que Vous jugerez etre les plus propres à le con-„vaincre, qu'elle est aussi sincere, que l'amitié qu'Elles Lui ont vouée.

„Moyennant tout ce que le Roi a bien voulu Vous dire, nous voilà „donc enfin à meme de pouvoir nous expliquer aussi de notre coté, et c'est „ce que L. L. M. M. I. I. me chargent de Vous mettre dans le cas de pou-„voir faire avec une confiance égale à celle, que le Roi vient de leur „temoigner."

„Il resulte de ce que Vous avez mandé: Qu'independamment des „avantages qui pouront revenir à l'Imperatrice de Russie du chef de sa paix „avec la Porte, le Roi a donné son consentement aux acquisitions, qu'Elle se „propose de faire d'ailleurs en Pologne, et que jusqu'icy il ne savoit point à „la verité encore exactement, mais qu'il croyoit devoir etre considerables."

„Qu'en echange l'Imperatrice de Russie consentoit à laisser faire au „Roi l'acquisition de toute la Prusse Polonaise jusques à la Netz, les villes „de Thorn et de Danzic seules exceptées."

„Et enfin"

„Qu'il est entendu, qu'au cas que cet arrangement ait lieu, il devra „revenir à la Maison d'Autriche des acquisitions proportionnées à celles qui „tomberont en partage à Sa M^{té} Prussienne."

„Le premier pas a faire dans cet Etat des choses est donc, d'echanger „entre nous la declaration reciproque conforme à cet engagement prealable."

„Vous en trouverez deux exemplaires cy-joints en consequence signés „par L. L. M. M. I. I., dont il y en a un à echanger avec le Roi contre un „pareil muni de sa signature, et l'autre que nous le prions de garder, en in-„formant l'Imperatrice de Russie qu'il est entre ses mains, et d'echanger „contre un pareil signé par cette Princesse, lorsqu'il lui plaira de le lui „envoyer."

„Je passerai à present au fond des choses memes, et je m'en vais Vous „dire tout ce que l'etat, dans lequel elles sont actuellement, et l'incertitude „où nous sommes encore sur la portion que se destine la Russie, pouront „me permettre de Vous dire de plus net et de plus positif."

„Nous adoptons comme base de l'arrangement de partage à arreter „entre les trois Puissances N^r 1 Que notre portion devra etre égale, en tout „sens, à celle qui écherra à S. M. Prussienne."

„Et nous acceptons de meme l'offre de pouvoir prendre, si cela nous „convient, notre portion — N^r 2 — proportionelle sur la Pologne. Mais „notre confiance dans les lumieres et dans l'amitie du Roi ne nous permet „pas de lui dissimuler cependant en meme tems quelques reflexions, que nous „avons faites à cet egard."

„Il nous semble qu'il nous importe également à tous les trois, „d'adopter et de suivre de preferance un plan, qui puisse ramener la paix „avec la Porte et la tranquillité en Pologne, plutôt que plus tard, par la „voye la plus aisée et par les moyens les moins odieux et les plus irrepro-„chables. Et quant à nous en particulier, nous ne voulons point manquer „à la Porte, à moins qu'Elle ne nous manque la premiere."

„L'importance de ces considerations nous a donc engagé à songer à „un projet, propre à remplir tous ces objets, et comme nous croyons avoir „trouvé le moyen"

„De satisfaire le Roi et l'Imperatrice de Russie,"

„De sauver leur delicatesse et la notre en dedommageant la Pologne,"

„Et de trouver de quoi nous satisfaire nous-memes, sans que la „Porte soit en droit de se plaindre de nous:"

„Nous le confions au Roi, parcequ'il nous paroit honnêt et raisonnable, „et s'Il le trouve tel, comme nous croyons devoir nous en flatter, LL. „MM. II. le prient de le proposer à l'Imperatrice de Russie et d'en „seconder le succés."

„Ce plan seroit:"

„Que le Roi, parvenant à avoir toute la Prusse polonaise jusques à la „Netz, les Villes de Thorn et Danzic exceptés, et — N^r 3 — l'Imperatrice „de Russie la partie de la Pologne qu'Elle se destine, Elle nous retrocedat

„toute la Valachie, ainsi que la moitié de la Moldavie et Bessarabie qui se „trouve à la rive gauche du Danube, jusques à l'embouchure de ce fleuve, „en reunissant au domaine de la Pologne l'autre moitié de ces deux dernieres „provinces, pour la dedommager des cessions qu'Elle se trouveroit avoir „faites au Roi et à la Russie."

„Les choses ainsi convenues et solemnellement arretées entre nous par „une convention dans les formes, — Nr 4 — dont ou la cour de Petersbourg, „ou le Roi pouront, s'il leur plait, coucher le projet, il faudra alors presser „par tous les moyens possibles l'assemblée d'un congrés, y faire aller nos „Ministres residants actuellement à la Porte, soit pour mettre leurs personnes „en seureté, soit pour y seconder les Plenipotentiaires de la Russie, et ouvrir „la negociation par des propositions consequentes à cette idée."

„Le Roi et l'Imperatrice de Russie sont trop eclairés, pourqu'il ne „fut tout à fait superflu d'entrer dans aucun detail ulterieur sur la valeur de „ce plan."

„Et je n'ajouterai rien moyennant cela, si ce n'est, qu'il ne faut plus „parler de l'idée de Glatz et de la lisiere de la Silesie; LL. MM. II. etant „bien éloignées de vouloir insister sur une chose, qui n'est point agreable au „Roi: et que, quoiqu'Elles ayent applaudi au zele qui Vous a engagé à faire „l'autre proposition dont Vous avez rendu compte, par les raisons indiquées „à cet egard dans cette lettre, il ne peut également plus en etre question, „au moins dans ce moment-ci, et à moins Nr 5 — que les circonstances ne „vinssent à changer, au quel cas alors comme alors."

457) Josephs Gutachten vom 14. Febr. 1772 ist abgedr. bei Beer, II. 343, 344.

458) Beide Billets sind abgedr. bei Beer, II. 164.

459) Aufzeichnung der Kaiserin, von ihrem vertrauten Secretär Pichler copirt, mit dem von ihr selbst beigefügten Datum vom 17. Febr. 1772.

460) Von den vier Depeschen an van Swieten vom 19. Febr. 1772 ist nur die ostensible und daher auch unwichtigste bei Beer, Docum. S. 177—180 abgedruckt.

461) Die Depesche Panins an Galitzin vom 10/21. Febr. 1772 ist abgedr. bei Görtz. S. 198—202.

462) Vortrag des Staatskanzlers vom 8. März 1772.

463) Diese Depesche ist abgedr. bei Beer. Docum. S. 180.

464) Lobkowitz an Kaunitz. St. Petersburg, 20. März 1772. „Das „wichtigste hierbey ist der Schlus unserer gestrigen unterredung, bey welchem sich „dieser Ministre äußerte, daß wiewohl der vom Baron van Swieten dem König „in Preußen gemachte Vorschlag von unserem Hof nicht gebilliget, auch diesem

„Ministre aufgetragen worden, die diesfällige Allerhöchste Gesinnung dem ob„benanten König bekant zu machen, nicht minder die billigen Betrachtungen, „wegen welcher unser Allerhöchster Hof sich auf Kosten der Porten zu vergrößern „Anstand nehmete, und welche sich allerdings auf der großmüthigen Denkensart „beider Kayß. Kön. Maj. gegründet finden, von nicht geringer Erheblichkeit wären, „jedoch nicht unmöglich fallen dörfte, die Sachen dahin einzuleiten, daß bey der „bevorstehenden Friedenshandlung die Porten bewogen wurde, zu der unserem „Staatsinteresse so fürträglichen Abtrettung der Vestung Belgrad nebst einem „Theil von Bosnien und Servien gutwillig die Hände zu bieten, welches dann „sowohl mit dem zwischen beyden Reichen bestehenden ewigen Frieden, als mit „der von uns übernommenen Mediation ganz wohl zu vereinbaren wäre."

„Es wurde folgsam, sagte Graf Panin, der Vortheil für unseren Aller„höchsten Hof viel größer als für den hiesigen und preußischen seyn, wan der „erstere, über den bereits an Pohlen in Anspruch habenden Antheil, noch zu dem „Besitz der obbemelten türkischen Lande gelangen könte. Obwohlen man nun „hierinfalls von dem in der Versicherungsurkund zum Grund genommenne Satz „der zu beobachtenden Gleichheit in etwas abweichen müßte, so würde man sich „jedoch ein Vergnügen machen, bey dieser Gelegenheit zu unserem besten bey„zutragen, andurch die so freundschaftlich als aufrichtige Gesinnung des hiesigen „Hofs gegen den unseren werckthätig zu bezeigen, und endlich zu einer näheren „und soliden Verbindung Anlas zu geben, welche darin bestünde, eine dreyfache „förmliche Allianz zwischen Uns, Rußland und Preußen zu schließen."

465) Maria Theresia an Mercy. 4. Jänner 1771. Ihr Briefwechsel. I. 115.

466) Maria Theresia an Marie Antoinette. 6. Jänner 1771. Ihr Briefwechsel. S. 22.

467) Kaunitz an Mercy. 10. Febr. 1771.

468) Kaunitz an Mercy. 4. Dec. 1771. „Notre procédé pour le Roi de „Pologne est trop grand, trop honnête et trop raisonnable pour pouvoir plaire „là où vous êtes; mais je suppose cependant qu'ils auront la prudence de ne „pas le témoigner. En tout cas nous avons fait comme nous l'entendons, et „nous passerons fort bien de leur approbation. Je juge d'ailleurs comme „vous, de la tournure d'esprit et du caractère de M. d'Aiguillon, qui joue un „jeu double auquel il pourroit bien se casser le nez, et qui pourroit bien par „dessus le marché, si bientôt il ne change de conduite vis-à-vis de nous et „de l'Espagne, faire rester sa cour, comme on dit, le c. entre deux chaises. „J'ai laché à M. Durand, d'un ton de mépris et de persifflage cependant, „que je scavois de Berlin que M. d'Aiguillon cajoloit beaucoup M. de Sandoz, „et que le Roi de Prusse se croyoit certain de renouer par son moyen avec „la France dez qu'il le voudroit bien: qu'il prétendoit aussi avoir des „assurances positives du Duc, que la France ne mettroit aucun obstacle aux

„projets d'aggrandissement qu'il pourroit avoir aux dépens de la Pologne, et „je lui ai fait observer que, moyennant cela, je ne pouvois pas m'empecher „d'être un peu étonné toutes les fois que lui Durand s'avisoit de me témoigner „ses frayeurs au sujet des vues du Roi de Prusse sur la Pologne. Je lui ai „dit hier que je venois d'avoir les mêmes nouvelles de Hollande, et cela „est vrai."

[469]) Maria Theresia an Mercy. 2. Aug. 1773. Ihr Briefwechsel. II. 15.

[470]) „Dès les comencement des troubles de la Pologne J'ai envisagé „le dessein du Roi de Prusse de conquerir une partie de ce Royaume, comme „la chose la plus à craindre pour nous. Ce danger m'a toujours paru plus „grand que celui des avantages de la Russie sur la Porte: etant incontestable, „que, quelque grande que soit la puissance de la Russie, nous n'avons jamais „autant à rédouter de sa part que de celle du Roi de Prusse, qui depuis „trente et plus d'années a toujours eté et sera toujours notre Ennemi formi- „dable, dont l'aggrandissement ulterieur est par consequent le mal le plus „reel, qui puisse nous arriver et qu'il falloit, à quelque prix que ce fût, ta- „cher de prevenir ou d'empecher. Tel etoit le sisteme, moyennant le quel „nous avons reussi pendant plusieurs années à contenir le Roi de Prusse, au „point qu'il n'avoit osé, ni faire entrer des troupes en Pologne, ni donner à „la Russie d'autres secours qu'en argent. Si l'on s'en etoit tenu à ce prin- „cipe, et qu'au lieu de pecher nous-memes dans l'eau trouble, pour acquerir „quelques miserables districts de la Pologne, au lieu de conclurre cette mal- „heureuse convention avec la Porte, et au lieu de rassembler inutilement à „grands frais une armée considerable en Hongrie, on se fût contenté de tenir „une armée prete à entrer en Silesie, au cas que le Roi de Prusse fît quelque „entreprise sur la Pologne, et qu'on se fût borné au simple office de Mediateur „impartial pour la paix entre la Russie et la Porte, sans parler à la premiere „d'un ton menaceant, lui faisant meme entrevoir la possibilité d'obtenir quelque „avantage par la paix, il n'est pas douteux qu'on auroit reussi par cette „conduite simple, ferme et honnete, a faire terminer la guerre de l'année „passée, à prevenir le demembrement de la Pologne, à meriter la reconnais- „sance des deux parties interessées, et à augmenter notre consideration en „Europe, sans qu'il eût eté necessaire de faire la dixieme partie de la de- „pense, que nos preparatifs de guerre nous ont couté. On s'est departi de „ce sisteme, toutes nos craintes se sont portées sur le danger que nous ima- „ginions de voir dans l'aggrandissement de la Russie; on s'est aveuglé jusqu'à „croire d'avoir etabli à cette pompeuse entrevue de Neustadt un concert et „une confiance intime entre nous et le Roi de Prusse; l'espoir d'en imposer „à la Russie, d'obtenir de l'argent et autres avantages de la Porte, de con- „server les districts occupés en Pologne: tout cela nous a induit à faire des „demarches fausses, mal combinées, inconsequentes, dangereuses et peu conformes

„à la droiture et à l'honneteté qui depuis mon Regne etoient toujours les „seuls principes de ma conduite.“

„Toutes ces demarches ont tourné contre nous. nos entreprises sur le „territoire de la Pologne ont fourni un pretexte au Roi de Prusse pour en-„vahir de son coté une partie de ce Royaume: notre convention avec la Porte „a donné lieu à celle, que le Roi de Prusse a faite en dernier lieu avec „la Russie, enfin nos demonstrations guerrieres et le ton menaceant, employé „contre cette derniere Puissance, l'ont engagé a redoubler d'efforts et à s'as-„surer de plus en plus du Roi de Prusse, en lui accordant une part du de-„membrement de la Pologne. Nous nous sommes decredités à la Porte, en „prenant avec Elle des engagements que nous ne pouvons remplir: nous „avons usé envers de la France d'une reserve, dont Elle ne peut nous savoir „que très mauvais gré: nous nous sommes mis dans le cas de nous voir accu-„sés avec raison par le Roi de Prusse meme de fausseté et de duplicité: nous „avons epuisé sans objet et sans fruit nos finances et notre credit, et nous „nous trouvons reduits à la facheuse extremité de devoir concourir nous memes „à l'agrandissement des deux Puissances, nos rivales et ennemies, et de re-„cevoir, pour ainsi dire, en don de leur part ce dont Elles n'ont aucun droit „de disposer, et que de notre coté nous n'avons aucun droit d'aquerir. Voilà „notre situation, elle est seurement facheuse, d'autant plus, qu'il n'y a nul „moyen d'y rien changer. ce qui nous importe le plus, c'est que la paix soit „bientot conclue: la continuation de la guerre ne peut qu'augmenter nos dan-„gers et les avantages de la Russie et du Roi de Prusse; ainsi nous ne de-„vons avoir rien de plus pressé que de procurer la paix à quelque prix que „ce puisse etre.“

„Quant à la Pologne, nous n'empecherons plus le Roi de Prusse d'en „arracher une partie; la Russie prendra la sienne, et on nous offre une egale.

„Entre particuliers une offre de cette nature seroit une insulte, et „l'accepter une injustice; les loix du droit de la nature n'ont-elles pas la „meme force sur les actions des souverains?“

„Le denouement de la scene n'obtiendra seurement pas l'applaudisse-„ment de nos alliés. si le Duc de Choiseul etoit encore en place, il voudroit „sans doute profiter de l'occasion pour nous enlever quelque partie des „Pais-bas, ou nous ne serions pas en etat de faire la plus legere resistance.“

„Au reste come nous avons usé jusqu'icy de tant de reserve avec la „France, il faudra deja continuer sur le meme pied jusqu'à la conclusion de „la paix et l'execution de nos arrangements avec la Russie et avec la Prusse; „alors on devra alleguer des raisons au moins specieuses pour nous justifier.“

[471]) Die hierauf bezüglichen Stellen der Denkschrift der Kaiserin sind wenigstens zum größeren Theile abgedruckt in ihrem Briefwechsel mit Mercy. Introduction. I. XXIX. XXX.

472) Van Swietens Bericht vom 21. April 1772 ist abgedr. bei Beer. S. 71–76.

473) Entretien particulier entre le Comte Panin et le Prince Lobkowitz. Abgedr. bei Görtz 217—223. Schon mit seinen chiffrirten Berichten vom 28. April und 1. Mai meldete Lobkowitz den Inhalt dieser Denkschrift nach Wien; sie ging jedoch erst am 28. Mai dorthin ab.

474) Lobkowitz. 8. Mai 1772.

475) Eigenhändiger Aufsatz Josephs vom 29. April 1772. Beilage zu dem Vortrage des Staatskanzlers an die Kaiserin vom 2. Mai 1772.

476) Joseph an Kaunitz. 2. Mai 1772. Abgedr. bei Beer. II. 344.

477) Kaunitz an Joseph. 4. Mai 1772.

478) Resolution des Kaisers auf Lacy's Vortrag vom 15. April. Sein Handbillet an Lacy vom 1. Mai 1772. Registratur des Kriegsministeriums.

479) Observations fondées sur l'amitié et la bonne foi, par lesquelles on cherche à convenir de la part des possessions de la République de Pologne, qui devra appartenir à la Cour Impériale et Royale. Diese, dann die dritte und die sechste Denkschrift sind abgedr. bei Beer. Documente. 115—127.

480) Lobkowitz. 28. Mai 1772.

481) Diese von Joseph verfaßte und von Maria Theresia unterzeichnete Resolution ist abgedr. bei Beer. II. 345.

482) Eigenhändige Resolution der Kaiserin über den Vortrag des Fürsten Kaunitz vom 1. Juli 1772.

483) Kaunitz an den Kaiser. 3. Juli 1772.

484) Joseph an Leopold. 9. Juli 1772. I. 372.

485) Die Observations amicales sur le Mémoire intitulé: Observations fondées sur l'amitié et la bonne foi, par lesquelles on cherche à convenir des possessions de la République de Pologne, und die Réponse au sentiment de M. le Comte de Panin au sujet de l'entrée des Troupes Autrichiennes en Pologne sind abgedr. bei Beer. Documente. S. 127—133.

486) Van Swietens Bericht vom 14. Juli ist abgedr. bei Beer, S. 76–83, nicht so ein Privatschreiben desselben an Kaunitz vom gleichen Tage, in welchem er sagt: „J'ai fait tout ce que j'ai pu pour faire parler le Roi et pour l'en-„gager à agir avec plus de bonne foi qu'il n'a fait jusqu'ici; V. A. jugera „par la dépêche, si j'ai réussi en quelque manière. Il m'a paru en général „très-pressé de la conclusion, et cet empressement étoit même visible pen-„dant l'audience, car du moment où la discussion des trois points litigieux „de notre plan de partage étoit terminée, il ne cherchoit qu'à me congédier

„pour aller écrire au comte de Solms, afin, disoit-il, de ne pas retarder le „départ de mon courrier. Ce qui doit encore fortifier cette idée, c'est le parti „qu'il a pris d'écarter d'avance lui-même la difficulté qu'on avoit suscitée à „Pétersbourg sur la communication avec la Haute-Silésie, et qui certainement „ne devoit son origine qu'à son instigation. Les mouvemens de la France et „son avidité de parvenir à la possession de son lot, auront sans doute opéré „ce changement en lui, et si je ne me trompe point dans mes conjectures, je „crois qu'il nous secondera cette fois-ci à Pétersbourg, d'autant que je ne lui „ai laissé aucune espérance qu'on puisse rien nous faire rabattre de ce que „nous demandons par notre dernier plan. J'ai eu occasion de témoigner la „même chose au Comte de Finkenstein, et ce Ministre m'a avoué qu'à la seule „inspection de la carte il avoit prévu que ma Cour ne pourroit pas accepter „les propositions de la Russie."

487) Hienach ist die irrthümliche Angabe Beers, II. 192 zu berichtigen. Vergl. Joseph an Leopold. 20. Juli 1772. I. 375.

488) Lobkowitz. 17. Juli 1772. D'Alton und Esterhazy waren nur die getreuen Vollstrecker der ihnen von Wien aus zugekommenen Befehle. Schon am 25. Mai hatte Joseph an Lacy geschrieben:

„Mon chere Marechall. quoique le courier ne soit pas revenu de Peters-„bourg, neamoins Sa Majesté s'est décidé aujourdhui à m'ordoner de vous „faire savoire qu'elle trouvoit l'entrée de nos trouppes essentiellement nécessaire „le plustot que possible. vous ordonerés donc tant en Silesie qu'en hongrie „qu'à mesure que les trouppes arrivent, qu'elles ayent tout de suite à marcher „en Pologne, surtout les deux Salines il seroit essentiellement nécessaire de „les occuper tout de suite. vous ordonerés donc à d'Alton que, si il faut de „l'infanterie, qu'il en prenne, que les emploiés soient pris ad interim en ser-„ment, et que l'on continue à exploiter et à vendre le sell comme auparavant, „bien entendu que les argens viendroit à être gerés dans une caisse à part, „et que l'on n'en laisseroit plus passer au Roi depuis le jour de l'occupation. „si Esterhazy pouvoit tout de suite se porter en avant avec une couple de „battaillions et un ou deux Regimens d'houssars et occuper Lemberg, ce „seroit avantageux, afin que ces deux endroits fussent à nous avant que des „représentations ne nous en empêchent ou difficultent l'exécution. enfin vous „n'avés plut besoin d'attendre d'autres ordres pour comander à Hadig et à „d'Alton d'agir le plustot que possible. adieu; que les eaux vous fassent „grand bien."

ce 25 may 1772. Joseph Corr.

Registr. des Kriegsmin.

489) Lobkowitz. 24. Juli 1772.

490) Lobkowitz. 28. Juli.

[491]) Die Resolutionen der Kaiserin sind, freilich nicht ohne einige Fehler, abgedruckt bei Beer. II. 196.

[492]) „ich mögte eine abschrifft von dem französischen memoire haben, wie „auch eine wegen unsern lezten manifest, welches so gut gerathen." Bemerkung der Kaiserin auf das Referat des Staatskanzlers vom 21. Aug. 1772. Joseph aber schrieb hierüber schon am 23. Juli eigenhändig an Kaunitz: „avant que j'ai „eu l'honneur de voire S. M., elle a resolue et approuvé le manifeste que „vous aviés couché. je l'ai lu et relu soigneusement, et s'il est possible de „trouver une raison autre que la convenience du Roi de Prusse, le besoin „que la Russie avoit de lui et de la paix, et la nécessité absolue dans la„quelle nous étions de nous accroitre, pour ne pas devenir trop inferieurs aux „autres, vous les avés certainement trouvés, et je ne crois pas qu'on puisse „dire quelque chose de mieux."

[493]) Vom 29. August 1772.

[494]) Eigenhändige Antwort auf ein Billet Lacy's an die Kaiserin aus Neuwaldegg vom 23. Aug. 1772. „le courier de petersbourg at raporté signé „le malheureux partage. je vous dois a vous encore cet grand avantage, si „c'est un. mais ce qui est certain, que vous avez fais le plan et avoit osée „demander tant et par la procurée a l'etat ce bien, sans avoir trempé dans „la question, si cela est juste ou non." Cabinetsarchiv.

[495]) Referat des Staatskanzlers vom 25. Sept. 1772.

[496]) „Il est peu de Seigneurs Polonois qui ne se trouvassent avoir „des terres, des dignités ou des bienfaits de la Couronne dans les Provinces „de la République, sur lesquelles les trois Puissances étendroient leur domination. „Il n'en est aucun vraisemblablement qui, vu les avantages qu'au détriment „de l'Etat trouvent des particuliers à être citoyens d'un Gouvernement mal „réglé, n'aimât pas mieux rester Polonois que de devenir sujet d'une des trois „Puissances. Et il est vraisemblable par conséquent, qu'il ne se trouvera peut-„être aucun de ces individus, qui ne préfère son intérêt particulier à son pa„triotisme, et qui s'employe moyennant cela avec chaleur à la prochaine diète „à faire accorder les cessions et rénonciations demandées par les trois Cours, „pour ne pas se voir dans le cas de devoir passer sous une autre domination „par une plus grande étendue du démembrement de la Pologne."

[497]) Projet d'un acte secret à échanger entre les Cours de Vienne, „de Pétersbourg et de Berlin. Beilage zu dem Rescripte an Lobkowitz vom 16. Nov. 1772.

[498]) König Friedrich an Solms. 24. Nov. 1772. Bei Smitt. Documents. 190.

[499]) Bei Beer. II. 210.

500) Ihre Grundlosigkeit geht auch aus dem Vortrage des Fürsten Kaunitz an Maria Theresia vom 15. Jänner 1773 hervor. Von der dem Freiherrn van Swieten neuerdings zu ertheilenden geheimen Instruction sprechend, sagt der Staatskanzler: „Bey dieser Gelegenheit könnte auch Freyherr van Swieten die „Betrachtungen als seine Privatgedanken mit Nutzen anbringen, daß für den „hiesigen und Berliner Hof nichts erwünschlicher zu seyn scheine, als vor allen „Dingen ihre neuen acquisitionen vollkommen in das Reine zu bringen und durch „Herstellung des allgemeinen Ruhestandes recht zu bevestigen, dahingegen selbige „durch Einflechtung neuer Gegenstände und Vergrößerungsabsichten, wie auch „durch die nicht vorzusehende Folgen eines neuen Kriegs nicht zu verachtenden „Gefahren ausgesetzt würden."

501) Lobkowitz. 26. Febr. 1773.

502) Lobkowitz. 11. Dec. 1772.

503) Panins Réponse au Mémoire de la Cour Impériale et Royale ist abgedr. bei Beer. Documente 139—142. Gleichzeitig mit diesem Aktenstücke, und zwar mit Bericht vom 25. (nicht 26.) December 1772 übersandte Lobkowitz das ihm von Panin übergebene Contreprojet d'une déclaration à remettre au Roy et à toute la République de Pologne par les Ministres des Cours de S. Pétersbourg, de Vienne et de Berlin, so wie das Contreprojet d'un acte secret à échanger entre les Cours de St. Petersbourg, de Vienne et de Berlin. Beer irrt daher, wenn er (II. 210) meint, Panin habe den Abschluß eines geheimen Artikels für unnöthig erklärt. Er sandte ja ein von der Kaiserin von Rußland bereits vollzogenes Exemplar desselben nach Wien.

504) Rescript an Lobkowitz. 21. Jänner 1773.

505) Die hierauf bezügliche Denkschrift des Staatskanzlers ist abgedr. bei Beer. Documente. S. 142.

506) Projet d'un plan pour la conduite des trois Ministres en Pologne. Abgedr. bei Beer. Documente. S. 143—152.

507) Anhang zur Instruction für Reviczky vom 6. Sept. 1772. „Wie „dann, wenn die betreffenden Höfe und Minister nach gleichförmigen billigen Grund„sätzen zu Werke gehen, kein Zweifel vorhanden ist, daß der Republik eine solche „Form ihrer innerlichen Verfassung gegeben werden kann, durch welche sie aus „ihrem alten Chaos gezogen, eben dadurch aber über den von ihr leidenden Ver„lust der abgezogenen Provinzen entschädiget, und zu einer von innen glücklichen, „von außen aber den benachbarten Mächten ganz unschädlichen Puissance inter„médiaire gemacht wird."

508) Instruction für Reviczky.

„Was in Ansehung der innerlichen Staatsverfassung des Königreichs „die allerschädlichsten Folgen hat und zu beständigen Verwirrungen den größten

„Anlaß giebt, ist das liberum veto, welches so weit gehet, daß zu einen Reichs-„tagsschluß einhellige Stimmen und zwar vom Anfange bis zu Ende dergestallt „erfordert werden, daß der Widerspruch einer einzigen alles vorhero schon wirklich „beschloßene gänzlich vernichten kann. Bey einer so großen Anzahl mitstimmender „müßten weder Partheygeist, weder Leidenschaften noch Privat-Interesse und Ab-„sichten herrschen, sondern alle von einem und dem nämlichen patriotischen Geiste „geleitet seyn, um irgend etwas für die allgemeine Wohlfahrt wahrhaft ersprießliches „zu stand zu bringen. wie wenig aber dieses leztere anzuhoffen sey, zeiget die Er-„fahrung von mehrern Jahrhunderten an so unzählichen, oft durch einige wenige „zerrißenen Reichstagen, woraus dann nothwendig eine Art von Anarchie und „die von ihr unzertrennliche und höchst nachtheilige Folgen entstehen müßen. Wir „wünschten dahero, daß dieses liberum veto so weit thunlich beschränkt, dafür die „Mehrheit der Stimmen eingeführt, oder wenigstens dem König in Besorgung „derjenigen Gegenstände etwas freyere Hände gelaßen würden, ohne welchen die „innerliche Ruhe und Ordnung sowohl als die äußerliche Sicherheit unmöglich „gegründet und befördert werden können."

[509]) Geheime Anweisung, wornach Freyherr von Reviczky sich zu halten hat. Beilage zu dem Vortrage des Staatskanzlers vom 12. Sept. 1772. „Ob zwar „überhaupt dem Staats-Interesse aller polnischen Nachbarn gemäß zu seyn scheinet, „daß dieses Reich bey einer gewissen Schwäche verbleibe und daher die freye Wahl „nicht in ein Erbrecht verwandlet werde, so würden doch Ihre Mayestätten sowohl „aus freundschaftlicher Zuneigung als auch aus der Staatsbetrachtung, daß die „Macht eines zeitlichen Königs in Polen dem durchlauchtigsten Erzhauß am wenigsten „bedenklich fallen, sondern nach Zeit und Umständen zum weesentlichen Vortheil „gereichen dörfte, sich nicht dagegen setzen, sondern gern geschehen lassen, wenn der „König diese Absicht mit guter Art und Einverständnuß der Petersburger und „Berliner Höfe erreichen könnte. Daß aber Ihre Mayestätten sich desfalls für den „König offentlich an Laden legen und dadurch zu Argwohn, Eifersucht und Miß-„verständnuß Anlaß geben sollten, ist weder mit Billigkeit anzuverlangen noch an-„zuhoffen, zumahlen dem König selbsten hiermit wenig oder gar nicht gedienet „seyn dörfte."

[510]) Kaunitz an Reviczky. 22. März 1773. „Was aber das liberum veto „anbetrifft, so gedencket zwar unser Hof sich hierunter von den übrigen zwey Höfen „nicht abzusöndern und bey seiner bereits geschehenen Erklärung zu beharren. „Jedoch betrachtet er diese Einrichtung als ein politisches Monstrum und als die „Hauptquelle der polnischen Unruhen, dahero er auch gar gern die Hände darzu „bieten würde, wenn selbige noch mehrers als bey der letzten diæte geschehen, „beschränket werden sollte."

[511]) Referat des Staatskanzlers an die Kaiserin vom 20. März. Rescripte nach St. Petersburg vom 20. und nach Warschau vom 22. März 1773.

[512]) Josephs hierauf bezügliche Denkschrift ist abgedr. bei Beer. Docum. S. 55—57.

[513]) Geheimer Vortrag des Staatskanzlers vom 4. Juni 1773. „E. M. „erleuchtesten Beurtheilung wird nicht entgehen, warum es weder thunlich noch „räthlich wäre, auf einen neuen Vergrößerungsplan in Pohlen zu verfallen, und „von dem bereits eingeschlagenen Weeg gäntzlich abzuweichen."

[514]) Kaunitz an Reviczky. 8. Juni 1773.

[515]) Maria Theresia an Joseph. 20. Juni 1773. Ihr Briefwechsel. II. 9—11.

[516]) An Reviczky. 27. Juni 1773. In Ziffern.

„Zum Überfluß wiederhole die Anweisung, daß wir auf keine neue von „Pohlen zu bewilligende Auslegung unsers Manifestes antragen. Wann aber „Preußen auf neuen Stipulationen und Vortheilen bestehet, so muß auch eine „Gleichheit mit unserem Hof beobachtet und ihm ein mehreres bewilliget werden. „Welchen Satz Ew. bey Gelegenheit, jedoch auf eine schickliche und freundschaftliche „Art, ohne Bedenken äußeren können."

[517]) An Reviczky. 30. Juni, 13. und 21. Juli 1773.

[518]) Reviczky an den Kaiser und an Kaunitz. 28. Juli 1773.

[519]) An Reviczky. 9. Aug. 1773.

[520]) Reviczky. 22. Aug. 1773.

[521]) Joseph an Reviczky. Zamosc, 26. Aug. 1773. „Aus der von Ihnen „mir mitgebrachten Abschrift des zu Stand gebrachten Tractats habe ich ersehen, „daß Sie dieses so beschwersame, verwickelte und häckliche Werk endlichen so gut als „es die Umstände nur immer haben zulaßen können, und mit aller Vorsichtigkeit „glücklich und rühmlich zu Stand gebracht haben. . . ."

[522]) Joseph an Leopold. 17. Nov. 1772. I. 386.

[523]) Joseph an Leopold. 1. Aug. 1773. II. 16.

[524]) Joseph an Maria Theresia. Lemberg, 1. Aug. 1773. II. 13—15.

[525]) Josephs Reisejournal.

[526]) Binders Vortrag vom 11. Sept. 1772.

[527]) Kaunitz an Binder. Austerlitz, 14. Sept. 1772. „Vous savez, mon „ami, que dans cent occasions j'ai toujours prattiqué le principe où je suis, „qu'un bon citoyen doit tacher, tant et aussi longtems qu'il le peut, de bien „servir l'Etat et son Souverain, même malgré lui souvent. Par cette raison „donc, et parce qu'il se pourroit aussi, daß es doch nicht so übel gemeinet seyn „dörfte, temporisons encore, mon ami, si vous le trouvez bon. Je serai toujours „à tems de prendre mon parti, woferne man es mir gar zu bund machen solte."

[528]) Kaunitz an Maria Theresia. 9. Oct. 1772.

[529]) Die von Joseph seinem Secretär in die Feder dictirte und dann eigenhändig unterzeichnete Denkschrift ist aus Lemberg vom 5. Aug. 1773 datirt.

[530]) Auf Binders Referat vom 16. Nov. 1773.

[531]) Contarini. 22. Jänner und 12. Febr. 1774.

[532]) Denkschrift des Kaisers. Zamosc, 26. Aug. 1773. Abgedr. bei Beer, Docum. S. 57—64. Auch an Lacy hatte Joseph, und zwar schon am 16. August aus Milno im gleichen Sinne geschrieben. „Je ne puis vous cacher que le pays „inséré par le Sbrutz est, on ne peut pas plus beau et plus fertile. cette pe„tite rivière fait une très-bonne frontière naturelle, et il faudra tacher à tout „prix de trouver moyen de la garder."

[533]) Kaunitz an Lobkowitz. 15. Sept. 1773. Im Auszuge mitgetheilt bei Beer. Docum. S. 229.

[534]) Kaunitz an Mercy. 1. April 1772.

[535]) Kaunitz an Mercy. 20. April 1772.

[536]) Mercy an Maria Theresia. 15. April 1772. I. 298.

[537]) Mercy. 6. Mai 1772.

[538]) Kaunitz an Mercy. 31. Mai 1772.

[539]) Mercy. 15. Mai.

[540]) Mercy an Maria Theresia. 15. Mai 1772. I. 305.

[541]) Maria Theresia an Mercy. 1. Juni 1772. I. 307.

[542]) Earl of Rochford to Mr. Murray, Ambassador at Constantinople. St. James's, July 24. 1772.

[543]) Maria Theresia an Mercy. 2. Juli 1772. I. 319.

[544]) Maria Theresia an Mercy. 1. Sept. und 2. Oct. 1772. I. 345. 354.

[545]) Maria Theresia an Mercy. 8. Juli 1771. I. 182—184.

[546]) Maria Theresia an Mercy. 10. Febr. 1772. I. 270. 271.

[547]) Maria Theresia an Mercy. 1. März 1772. I. 284.

[548]) I. 289. 290.

[549]) Maria Theresia an Mercy. 1. Mai 1772. I. 301.

[550]) Maria Theresia an Mercy. 1. Sept. 1772. I. 345.

[551]) II. 2.

[552]) Maria Theresia an Mercy. 2. Aug. 1773. II. 16.

[553]) Mercy an Maria Theresia. 19. Jänner 1774. II. 100.

[554]) Maria Theresia an Mercy. 25. Mai 1774. II. 153.

[555]) II. 188.

[556]) 25. Mai 1774. II. 153.

[557]) Maria Theresia an Mercy. 28. Aug. 1774. II. 224—227.

[558]) 1. Sept. 1770. I. 48.

[559]) Thugut. 28. Juli 1771.

[560]) Schreiben des Kaimakam Mehemed Pascha an Kaunitz. Beilage zu Thuguts Bericht vom 20. Aug. 1771.

[561]) Rescript an Thugut. 6. Aug. 1771.

[562]) Kaunitz an den Kaimakam. 18. Oct. 1771.

[563]) Beer. II. 245.

[564]) Thugut. 26. Oct. 1771.

[565]) Thugut. Pera, 8. Nov. 1771.

[566]) Thugut. 18. Nov. 1771.

[567]) An Thugut. 22. Jänner 1772.

[568]) Thugut. 3. Febr. 1772.

[569]) Thugut. 17. Febr. 1772.

[570]) Thugut. 3. März 1772.

[571]) Thugut. 8. März 1772.

[572]) Rescript an Thugut. 8. April 1772.

[573]) An Thugut. 21. April.

[574]) Nicht vom 6. Mai, wie Beer, II. 252 irriger Weise angibt.

[575]) Beer. II. 252.

[576]) Thugut. Pera bei Constantinopel. 21. Mai 1772. „Dieses mein Vor„haben ist von mir in der Nacht vom 8. auf den 9. bey einer zu Stavros mit „den beyden Ministern des Großherrn gehaltenen Zusammentrettung vollständig „ins Werk gestellet worden. Ich habe hierbey nicht vernachlässiget, erstlich zwar „den Ministern der Pforte alles dasjenige, was bisher von Seite des allerhöchsten „Hofes zum Behufe der gemeinsamen Sache gewirket worden ist, weitläuftiger zu „Gemüthe zu führen, nachher aber bestens begreiflich zu machen, daß weder die „Umstände Ihren Majestäten weiters zu gehen und sich mit Rußland und Preußen „in Krieg zu verwickeln erlaubten, noch solches dem eigenen Besten der Pforte an„gemessen zu seyn scheinen dörfte. Diesem allen ist endlich von meiner Seite die „Frage, in wie weit die Pforte bey diesem Stande der Sachen Ihrerseits zu „Erfüllung der Bedingnisse der Convention sich annoch verbunden hielte, und „letztlich die mir gnädig vorgeschriebene Erklärung gefolget, daß man von Seite

„des Allerhöchsten Hofes die Verbindlichkeit der Convention mit Zurückgabe der „Urkunden allenfalls gänzlich aufzuheben bereit sey."

„Ich glaube daß es viel zu lange seyn würde, in die umständliche an„führung aller der Äußerungen einzugehen, die von Seite der beyden Minister „des Großherrn auf meinen Vortrag vorgekommen sind, und deren einige nach „der traurigen Niedergeschlagenheit ausgemessen waren, so meine Öfnung bey „Leuten erwecket hatte, die seit geraumer Zeit die Sicherheit ihrer Köpfe mit dem „Ausgang der Convention enge verknüpfet zu seyn erachten. Ich meinerseits habe „nichts menschenmögliches versäumet, um alle scheinbaren Vorwürfe zu widerlegen „und den beyden Ministern der Pforte die unvermeidliche Nothwendigkeit der „Lage der Sachen, so die Hoffnungen der bestgemeintesten Absichten vereitelt hat, „einsehen zu machen."

„Hierauf habe ich solchen auch die in Betrefung des Königreiches Polens „allerhöchster Orte gefaßten Entschließungen vertraulich zu erkennen gegeben und „mich bestens bemühet, sie von den triftigen Gründen, durch welche eine dergleichen „Einleitung unumgänglich geworden war, auf alle thunliche Art zu überzeugen."

„Ob nun gleich die beyden Minister des Großherrn auch anfänglich dieß„falls sehr vieles eingewendet haben, so hat doch der ganze Zusammenhang ihrer „Erwähnungen mein vorlängst geführtes Dafürhalten bestättiget, daß nämlich die „ganze polnische Sache der Pforte nur mittelmäßig am Herzen liegt, und daß ihr „Beyfall zu allen Verfügungen, so in Ansehung Pohlens zu treffen für nöthig „befunden würden, keinen sonderlichen Anstand zu erleiden hätte, woferne nur „einige Hoffnung vorhanden wäre, aus dem Kriege mit Rußland auf eine solche „Art zu scheiden, die mit der Ehre des Großherrn und mit den innerlichen Um„ständen seiner Regierung vereinbarlich wäre. Um auf den Gegenstand der „Convention zurückzukehren, so ist letztlich der Schluß der Minister der Pforte „dahin hinausgelaufen, daß sie vor allem dem Großherrn und seinem Rathe von „den durch mich dermalen gemachten Erklärungen Bericht erstatten und mir sodann „die nähere entscheidende Rückantwort ertheilen würden."

577) Thugut. 8. Juni 1772.

578) An Thugut. 7. Juli 1772.

579) Beer. II. 253.

580) Thugut. Fokschan, 7. Aug. 1772.

581) Kaunitz an Thugut. 28. Aug. 1772.

582) Geheimes Rescript an Thugut. 28. Aug. 1772.

583) An Thugut. 12. Oct. 1772.

584) An Thugut. 6. Nov.

585) An Thugut. 22. Dec.

586) Thugut. 3. Nov. 1772.

587) Thugut. 19. Nov. 1772.

588) Maria Theresia an Kaunitz. Ganz eigenhändig. „Je retiens votre „note pour en parler à l'Emp., ne sachant si je le verrois ou non; au reste „vous avez très-bien fait en envoyant l'expedition d'abord que vous etiez „d'accord, ma confiance vous etant pleinement due dans ces importantes „affaires d'états et à juste titre."

589) „Je viens de lire avec attention le papier qu'Elle a daigné m'en-„voyer. je trouve dans mon imagination bien des choses à dire; il est triste „que ce n'est qu'au dernier moment, où les choses devroient desja etre pre-„parés, qu'on y pense. avant tout il faudroit savoire du departement des „finances ce qu'un emprunt de 6 million feroit de derangement, soit pour le „credit comme pour les 300.000 f. que les interests, avec le fond d'amortisse-„ment, exigent par an; s'il y a moyen de les tirer de cette nouvelle province, „et quelle est sa valeur politique et militaire? Bruckenthall est le seull homme „qui pouroient en doner quelques nouvelles. J'y penserai encore et aurai „l'honneur de Lui en aporter ma pensée demain."

590) Binder an die Kaiserin. 20. Febr. 1773.

591) Denkschrift Josephs vom 21. Febr. 1773.

592) Kaunitz an die Kaiserin. 24. Febr. 1773.

„J'ai cru qu'il étoit de mon devoir de porter à la connoissance de „S. M. l'Empereur quelques éclaircissements sur l'objet des ordres secrets „pour Thugut, dont il y a quelques jours que j'avois eu l'honneur de sou-„mettre le projet à la décision de S. M. J'ai pris la liberté de me présenter „hier pour cet effet à l'antichambre de S. M., et sur ce que j'ai eu l'honneur „de Lui exposer, Elle a jugé qu'il convenoit de donner cours à la dépèche „projettée, supposé le consentement de V. M. Votre Majesté m'a fait connoitre „ses intentions à cet égard, et j'ai cru, moyennant cela, devoir d'autant moins „tarder à l'expédier tout de suite par estafette, que dans l'état où est la „négociation de Bucharest, un moment plutôt ou plutard peut faire réussir „ou manquer une affaire de cette importance." Hienach sind denn auch die irr-thümlichen Angaben Beers, II. 255 zu berichtigen.

593) Thugut. Pera, 17. März 1773.

594) Thugut. 10. März.

595) Thugut. 17. März.

596) Voriger Bericht.

597) Thugut. 3. April 1773.

598) Kaunitz an Thugut. 21. Mai 1773.

[599]) Lobkowitz. St. Petersburg, 30. Oct. 1773.

[600]) Maria Theresia und Joseph II. Ihr Briefwechsel. II. 8.

[601]) Rescripte an Thugut vom 23. Juni und 6. Juli 1773.

[602]) Thugut. Therapia, 17. Juli 1773.

[603]) Kaunitz an Thugut. 20. Aug. und 7. Sept. 1773.

[604]) Saz Regen ce 19 Juin 1773.

„Très chere Mere, quoique je ne comptois Vous renvoyer le Courier „que demain de Bistritz, neantmoins comme il devroit retourner par ici, et „que cela allongeroit son voyage, j'ai l'honneur de Vous l'expedier avant „mon depart d'ici. Mon postillon est revenu avec lui, et je Lui en rends de „très-humbles actions de graces; il avoit effectivement fait grande diligence, „mais il en a aussi la force. Nous nous portons, grace à Dieu, tous à mer„veille. Nous venons de voir la Czick et la Gyergö avec tous leurs passages „en Moldavie, et une partie du terrain reoccupé qui est un vrai desert, couvert „des plus beaux arbres, mais qui pourissent par le non-usage qu'on en fait. „Il est certain que, si, en rendant ces parties qui sont assez étendues, mais „lorsqu'on ne les defriche et habite, de peu de valeur aux Moldaves, on „pourroit obtenir ce coin, qui touche à la Transylvanie, la Marmaros et la „Pokutie, l'on auroit fait une chose bien utile, et j'ose suplier V. M. d'y „faire penser le Prince Kaunitz. cela faciliteroit nos communications et notre „commerce, de même que cela nous procureroit des debouchés pour des „trouppes, en cas de guerre, de l'une à l'autre de ces Provinces, pendant qu'à „cette heure elles doivent faire un terrible détour pour se joindre."

„La partie de la Moldavie, que cela regarderoit, est nommée deja der „Teutsche Cinut ou Cercle, et il se trouve entre le passage de Radna „en Transylvanie et ceux de Horodenka, Sniatin et Selestick le long „de la Riviere Firet jusqu'au Prut et Niester, où nos nouvelles frontieres „finissent en Podolie, et le long de toute la Pokutie; je crois que, vû mili„tairement et politiquement, cela vaudroit au moins la Valachie Cis„Alutane. J'ose joindre sur les affaires de Pologne mon petit avis à V. M. „Si nous ne voulons pas etre la dupe, nous ne le serons certainement pas de „personne, mais il faut avoir le courage de finir l'affaire sur le pied comme „on l'a commencée. Convenience, et en partie necessité a eté le seul mobile „de tout ce partage; il faut le finir de meme et penser à soi que, dès qu'on a „tout fait et pris, l'on prenne aussi les autres bagatelles, mais qui sont essen„tielles pour que ce que l'on a pris, ait un vrai prix, et que l'action au moins „vaille la peine de l'avoir faite, autrement elle sera fautive, pauvre et louche „dans tous les sens."

„Je vois que les choses se trainent en longueur, et je ne sais donc pas „ce qu'Elle ordonnera de ma personne. Le Courier qui a precedé celui-ci,

„Lui aura, j'espere, remis toutes mes expeditions; ce sera donc à Elle à de-„cider ce qu'Elle croira convenir à son service."

„Pour ici des plaintes, des Memoriaux sans nombre; je les envois tous „au Gouvernement, mais ils auront à faire pour les dilucider. En attendant je „commence à force de parler à toutes sortes de personnes, à me former „quelques idées sur le total. En 8 jours je compte etre à Clausenbourg, où „ma tournée est finie, et ensuite, après un jour de sejour, me rendre à „Hermanstadt."

„J'ai vû hier le Regiment de Trautmanstorf dont j'ai eté assez content, „et il est etonnant ce que le Colonel Knebel a travaillé tout seul, car ni „Lerchenfeld, ni Ritterstein, qui est entierement invalide et hors d'etat de „monter à cheval, n'ont pû l'aider en rien. il faudra necessairement l'aider „par des autres Officiers de l'Etat Major."

„Je suis etonné, que V. M. se plaigne des excés du Prince de Rohan, „et qu'en meme tems Elle ne me dise pas qu'Elle les a reprimés, car il n'y „a qu'à vouloir, sans se facher, avec fermeté, et l'on peut très bien faire „aller lui et tous les Messieurs du Corps Diplomatique comme on veut."

„Je suis enchanté que V. M. ait eté en etat de faire la Procession „sans incommodité. Pour nous, quoique sans Procession, nous avons passé les „jours de fètes qui se sont suivies, peutetre avec plus de recolection, que je „n'en aurois eu, la torche à la main, au milieu des rues de Vienne."

„Mes pechés sont trop ordinaires et communs pour que j'en salisse les „oreilles d'un Eveque, aussi le Père Manzador n'en a pas eté incommodé. „l'on ne dit rien de lui encore, l'on ne l'a pas encore vû à Hermanstadt, il „est allé droit à sa Residence. je crois que ce sera le Pendant d'Auersperg „après Odonel et Hadig en comparaison de Batay, qui est estimé et regretté „généralement. Je lui baise très humblement les mains et la suplie de me „croire pour la vie Son très humble et très obeissant fils Joseph."

605) Thugut. Therapia, 3. Aug. 1773.

606) Thugut. Therapia, 17. Sept. 1773.

607) Kaunitz an Thugut. 7. Dec. 1773.

608) Thugut. 3. Febr. 1774.

609) Raumer. Beiträge. III. 32.

610) Kaunitz an Thugut. 7. Jänner 1774.

611) Kaunitz an Thugut, 20. Sept. 1774. Ein Theil dieser so wie der übrigen zwischen Kaunitz und Thugut gewechselten Depeschen ist in ungenauer und unzuverlässiger französischer Uebersetzung abgedruckt in der Broschüre: Rapt de la Bukovine, d'après des documents authentiques. Paris, 1875. Da man es

hier nicht mit einer wissenschaftlichen Arbeit, sondern mit einer politischen Tendenzschrift zu thun hat, so darf man sich nicht wundern, wenn es mit der geschichtlichen Wahrheit nicht sehr genau genommen, sondern dieselbe dem Parteistandpunkte zu Liebe arg verdreht wird. Diese Bestrebung ist auch auf die Uebertragung der Actenstücke ins Französische nicht ohne Einfluß geblieben.

612) Thugut. 3. und 17. October 1774.

613) Contarini. 10. Decbr. 1774. „Un fatto che non è ancora noto che „a pochissime persone, ma che è tuttavia verissimo, egl'è quello che S. M. „l'Imperatore ha spedito in dono, già pochi giorni, al Generale Conte di Ro„manzow una ricchisima tabatiera con molti brillanti, che contornano il proprio „ritratto, ed un pacchetto con sei milla Ungari coniati espressamente da „questa zecca, accompagnati da una lettera, con cui gli significa di rilevare a „di lui merito la disciplina osservata dalle truppe Russe in tutto il corso „della guerra passata nelli paesi limitrofi con la casa d'Austria, non che gli „manifesta la propria compiacenza per la giusta gloriosa fama che si è „acquistata nella fortunatissima pace acquistata alla Sovrana. . . ." Kaunitz an Thugut. 7. Febr. 1775.

614) Kaunitz an Thugut. 5. November 1774.

615) Thugut an Kaunitz. 17. Aug. 1774.

616) Kaunitz an Thugut. 6. Sept. 1774.

617) Thugut an Kaunitz. 3. Oct. 1774.

618) Thugut an Kaunitz. 3. Nov. 1774.

619) Kaunitz an Thugut. 22. Nov.

620) Thugut. 17. Dec.

621) Kaunitz an Lobkowitz. 23. Nov. 1774.

622) Lobkowitz. 13. Dec. 1774.

623) Kaunitz an Thugut. 6. Dec. 1774.

624) Thugut. Pera. 4. Jänner 1775.

625) Ghika an Thugut. Coucouteni bei Jassy, 19. Nov. 1774. A. St. „Ne pouvant douter de votre amitié pour moi, dont vous avés voulu en „donner des preuves dans ces occasions à M. Jacovaki Riso, mon beau-père, „je prens la liberté de vous adresser la présente pour vous assurer de ma „reconnoissance envers vous, et de celle que je dois à votre Impériale Cour, „pour ses bontés envers moi, par le passé comme par le présent. Je vous „prie de disposer de moi de tout ce que vous me croirés capable pour vous „servir, en quoi je tacherai de vous temoigner le cas que je fais de votre „amitie, ayant l'honneur d'être pour toujours avec la plus particulière estime „et un attachement sans bornes. . . ."

[626]) Thugut. 18. Jänner 1775.

[627]) Thugut. 3. Febr.

[628]) Thugut. 17. Febr.

[629]) Thugut. 4. März.

[630]) Thugut. 18. März.

[631]) Thugut. 3. April.

[632]) Thugut. 3. Mai 1775.

[633]) Maria Theresia an Mercy. 4. Febr. 1775. II. 292.

[634]) Maria Theresia an Marie Antoinette. 30. Nov. 1774. II. 266. Würde Herr Grünhagen diese Aeußerungen der Kaiserin irgendwie beachtet haben, so hätte er sich trotz all seiner Voreingenommenheit gegen Oesterreich doch wohl kaum zu jener Bemerkung über Maria Theresia hinreißen lassen, welche seine Abhandlung: Friedrich der Große am Rubicon (Histor. Zeitschr. von Sybel. 1876. Heft III. S. 134) verunziert.

[635]) Eigenhändige Antwort Josephs auf das Referat des Staatskanzlers vom 4. Juni 1775.

[636]) „Quant à Thugut, c'est un sujet assurément, et il n'est pas dou„teux que l'on en tirera toujours un bon parti, lorsqu'on saura le conduire, „mais non autrement, car avec de grandes qualités il a de très-grands défauts „de tempérament, qui souvent dans les hommes dégénèrent en défauts de „caractère très-dangereux, s'ils ne sont pas maniés avec dextérité. Je me „flatte d'ailleurs de le faire rester à Constantinople selon les désirs de l'Em„pereur, supposé qu'il plaise à V. M. de se prêter à tout ce que je pourrai „Lui proposer à cette fin, comme j'ose l'espérer, moyennant la confiance dont „Elle a daigné m'honorer jusqu'icy, et que je continuerai à mériter avec le „respectueux et inviolable attachement que je Lui ai voué pour la vie.“ Kaunitz an Maria Theresia. 18. Juni 1775.

[637]) „je me remet entierement à ce que vous trouverois convenable „pour Thugutt. je prens un vrais interet à votre satisfaction, et vous rendez „bien justice à mes sentimens pour vous, qui ne finiront qu'avec mes jours; „ma reconnoissance vous est entierement dut et mon amitié et estime de „meme.“

[638]) Referat des Staatskanzlers vom 8. Aug. 1775.

[639]) Referat des Staatskanzlers vom 31. Aug. 1775.

[640]) Ghika an Thugut. Jassy, 29. Mai 1775. „Je ne puis qu'apprendre „avec plaisir la conclusion de l'arrangement amical entre les deux Empires, „relativement aux frontières du côté de cette Principauté. J'espère que la

„satisfaction que j'ai éprouvée en cette occasion, ne vous soit pas inconnue, „et quoique ce ne peut être qu'une perte bien considérable pour la Moldavie, „je puis vous assurer, Monsieur, que j'ai fait ce qui a pu dépendre de moi, „en contribuant de la manière, qui m'a été possible, à l'accomplissement de „cet ouvrage, ainsi que vous serez amplement informé par la bouche de „M. Jacovaki mon beau-père, et que je saisirai de même toutes les occasions „de pouvoir témoigner par la suite la part que je prens pour le bien des „interets de L. L. M. M. I. I. et R. R., bien assuré que Leur magnanimité „ne laissera pas de faire sentir au Païs aussi bien qu'à moi le dédommagement „de cette perte par les effets généreux et les marques efficaces de Leur „bienveillance."

641) Thugut an Kaunitz. 3. Juli 1775. „Unterdessen hat Gika, ungeachtet „seiner so offenkundig mißvergnüglichen Gesinnungen und des verhaßten Be„nehmens, mit welchem er selbe an Tage leget, sich andrerseits dennoch nicht ge„scheuet, mir neuerdings das Schreiben, von welchem ich die Abschrift hierneben „in Erniedrigung anbiege, zukommen zu machen, welches dann eine neüe Probe „von seiner treulosen Zweydeutigkeit an Hande giebt, zugleich aber ganz klar die „Absicht verräth, sich auf den Fall, wo alle seine geheimen Ränke und Gegen„bemühungen fehlgeschlagen haben würden, noch allemale zu einer oder andren „Belohnung von Seite des Allerhöchsten Hofes den Wege offen zu halten."

642) Der Vortrag des Fürsten Kaunitz vom 25. Nov. 1773 ist abgedr. bei Beer. Docum. 64—68.

643) Die Denkschrift Josephs vom 29. Nov. 1773 ist abgedr. bei Beer. Docum. S. 69—72.

644) Kaunitz an Maria Theresia. 7. Dec. 1773. „. . . J'attendrai les „ordres qu'il plaira à V. M. de me donner, pour les exécuter avec la plus „grande exactitude, sans pouvoir m'empêcher cependant de témoigner en „attendant à Votre Sacrée Majesté, que le temps que mon dépérissement m'at „obligé d'employer à faire si peu de chose, ne prouvant que trop, que de jour „en jour je suis moins en état de pouvoir vacquer aux fonctions de ma place „avec l'activité désirable, je croirois manquer à ce que je Lui dois, si je Lui „dissimulois, qu'il pourroit être de Son meilleur service, qu'Elle eût la bonté „de me donner un successeur le plutôt que possible. Je La supplie d'envisager „avec Sa bonté ordinaire cet épanchement de cœur, et je me recommande à „Sa haute bienveillance, dont j'espère ne pas m'être rendu moins digne que „tout autre de Ses serviteurs depuis près de trente trois ans que je La sers, „et que j'ose dire avoir été attaché à Son Auguste personne tout autrement „très-certainement qu'aucun de mes concytoyens."

645) Maria Theresia an Kaunitz. Ganz eigenhändig 7. Dec. 1773. „votre „billiet ne m'at pas etonné ni surprise, mais bien sensiblement affligée; je

„m'y attendois depuis quelque tems après ma propre situation. je ne peux ni „ne veux accepter ce que vous souhaité, et dois en conséquence l'ignorer, mais „je m'attens de votre attachement et meme amitié, que vous m'abbandonerois „pas dans ma cruelle situation. voyons s'il y a encore moyens de sauver „l'état, de ne pas perdre 33 années de service penible et fidele que nous lui „avonts rendue ensemble, et s'il n'y a moyens, quittons ensemble, mais pas „autrement, et contez sur mon amitié, estime et reconnoissance, comme je „conte sur votre attachement.

Marie Thérèse."

646) „j'ai la satisfaction de vous assurer que l'Émp. pense comme moi, „et que votre conservation nous tient à cœur, comme la confiance que nous „avonts dans vos conseils."

647) Joseph an Kaunitz. Ganz eigenhändig. „Mon chere Prince. S. M. „m'ayant envoyé votre minute de reponse avec un petit billiet, qui ne contenoit „autre chose, si non de me dire qu'elle l'aprouvoit, et que, des que je l'aurois „lue, que j'eus à vous la renvoyer, ce que j'executois sur le champ, croyant „qu'elle vous avoit faite conoitre de bouche ses intentions. quant à moi, je „ne saurois rien y ajouter, et vous prie, mon prince, de croire vraie et sin-„cere l'estime et confiance dont ici je vous assure, et qui prend une source „intarissable dans le caractère et l'esprit que je vous ai vu, depuis que j'existe, „employer si utilement pour le bien de la monarchie et d'une Mère, qui „seulles font tous mes voeux. Adieu.

Joseph."

„ce 9 Xbre 1773."

648) Lobkowitz. 11., 18. und 29. Jänner 1774.

649) Einige Erinnerungen für den Minister am Berliner Hof, Freyherrn van Swieten. 19. Nov. 1773.

650) Van Swietens Bericht vom 8. Jänner 1774. Abgedr. bei Beer. 116—120.

651) Friedrich an Solms. 25. Jänner und 1. Febr. 1774. Bei Beer. II. 279.

652) Rescript an van Swieten vom 22. Febr. 1774. Abgedr. bei Beer. Docum. 190—193.

653) Sie ist ebenfalls vom 22. Febr. und wurde von Beer nicht ver-öffentlicht.

654) Van Swietens Bericht vom 5. März 1774 bei Beer. 122—126.

655) Kaunitz an den Kaiser. 15. März 1774.

656) Joseph an Sisković. 16. März. Abgedr. bei Beer. II. 348.

657) Reviczky. 16. und 19. März, dann 13. April 1774.

[658]) Revicżky. 4. Mai 1774.

[659]) An van Swieten. Abgedr. bei Beer. Docum. 193—196.

[660]) Vom 8. April 1774.

[661]) Van Swieten. 20. April 1774.

[662]) Die Schreiben der Kaiserin von Rußland und die Antwort Friedrichs sind abgedr. bei Görtz. 242—261.

[663]) Hierauf deutet wenigstens die in dem Berichte des Staatskanzlers an Maria Theresia vom 2. Juli enthaltene Klage, daß er das Schreiben Josephs an Katharina noch immer nicht empfangen habe, und die folgende Antwort der Kaiserin: „vous ayant laissé avec l'Emp:, j'ai crut que vous aviez parlé en-„semble, mais avant votre conversation je lui ais demandé s'il at ecrit? il „m'at repondue de mauvaise humeur: peu de lignes. me referant sur votre „lettre, j'ecris aujourd'hui sans cela à l'Emp:, je le demanderois. peut-être „wöber saurat il, ou leykam, s'il at ecrit ou non? cette lettre me parois bien „importante."

[664]) Am 10. Juli 1774.

[665]) „Elle qui à tant d'occasions me sert d'exemple et de modèle."

[666]) Sie wurde veröffentlicht in dem Briefwechsel Josephs mit Katharina. S. 5.

[667]) Maria Theresia an Katharina von Rußland. 16. Juli 1774. „V. M. I. ne pouvoit m'obliger plus sensiblement et me mettre en meme „tems plus à mon aise, qu'en s'exprimant dans la lettre que m'a remis de „Sa part Son Ministre le P[ce] Gallizin avec cette sincérité et bonne foi qui „font le caractère de toutes Ses démarches, et je Lui en suis moyennant cela „aussi redevable, que je suis sensible à cette nouvelle marque d'amitié et de „confiance de Sa part. Mais plus je sens le prix de la façon de penser de „V. M., plus aussi j'aspire à Son estime, et plus il m'importe qu'Elle puisse „avoir de la mienne l'opinion que j'ai passé ma vie à tâcher de mériter. Je „ne puis point m'empecher par conséquent de Lui exposer en peu de mots, „mais dans son vrai jour, tout ce que j'ai fait jusqu'icy, afin qu'Elle puisse „en juger par Elle-même. L'arrangement de nouvelles et vastes frontières „dans un païs peu connu, qu'il a fallu occuper, conformément aux termes d'un „traité, dans lequel on n'a pu les désigner que fort en gros, est un objet „d'un si grand détail, qu'il n'a pu manquer de rencontrer quelques difficultés „et quelques doutes dans son exécution. J'ignore s'il s'en est trouvé dans „la prise de possession de V. M. I., mais ainsi que dans celle de S. M. „Prussienne il s'en est rencontré une bien essentielle à la mienne dez le „premier moment de l'entrée de mes troupes en Pologne. Une rivière dé-„signéedans le traité sous le nom de Podorcze, s'est trouvée ne point exister;

„il a fallu par conséquent en prendre une autre, et mes Ingénieurs n'en „trouvant aucune que le Sbrutz, à laquelle pussent être applicables toutes les „circonstances attribuées dans le traité au prétendu Podorcze, on y at établi „et marqué dez lors mes frontières. Pendant au-delà d'un an personne n'a „trouvé ni agité aucune difficulté sur ce sujet, et l'Empereur mon fils a vu „par lui-même qu'il n'y avoit point d'autre façon de donner exécution au „traité, sans y contrevenir, et en renverser le principe de parfaite égalité „établi entre nous. Sur le compte qui m'a été rendu de toutes ces circon„stances, j'ai donc dû conserver cette frontière, sans y avoir jamais rien „changé, et V. M. I. verra par la note cy-jointe la façon dont j'ai procédé „partout ailleurs. Voulant me conformer néantmoins en même tems aux „traités de cession, par lesquels il est stipulé que des commissaires respectifs „regleroient l'arrangement définitif des frontières, je suis convenue avec S. M. „le Roi de Prusse, avec qui V. M. m'avoit témoigné désirer que je m'en„tende au sujet des démarches communes à faire par rapport à nos frontières, „que nous communiquerions l'un et l'autre aux commissaires de la République, „au moyen d'une carte de démarcation, les limites que nous croyions être en „droit de demander, et c'est ce que nous venons de faire. Nos commissaires „vont se rendre sur les lieux avec ceux de la Republique, et je souhaite „vivement que leur travail puisse avoir un succès conforme aux désirs de „V. M., auxquels je voudrois pouvoir satisfaire en toute occasion. Quoiqu'il „en soit cependant, il nous restera néantmoins encore toujours la voye de la „médiation mutuelle des trois Cours, stipulée par les traités, pour le cas „auquel il s'eleveroit des difficultés que l'on n'auroit pu lever. Et comme „elle leur attribue le précieux droit de pouvoir en décider enfin en dernier „ressort, il me semble que le moyen que nous avons employé, pour qu'elle „puisse avoir lieu au besoin, a été d'autant plus convenable, qu'il est par„faitement en régle. Et il me paroit en même tems que V. M., qui est trop „éclairée pour ne pas sentir tout le prix et l'effet possible de cette médiation, „ne peut certainement jamais avoir voulu, que les trois Puissances réunies y „rénoncent sans nécessité. Je souhaite que V. M. I. veuille bien regarder „tout ce que je viens de Lui exposer, comme une preuve de ma confiance „dans Ses lumières et Son équité, ainsi que de l'envie que j'ai de La con„vaincre de la droiture de mes intentions, et je La prie instamment d'être „persuadée de la haute considération et de l'amitié parfaite avec laquelle „je suis. . . ."

[668]) Van Swietens Berichte vom 12. Mai und 21. Juni 1774. Bei Beer. 127—133.

[669]) Van Swieten. 26. Juli. Bei Beer. 133—137.

[670]) Lobkowitz. 11. Juli.

[671]) Lobkowitz. 5. Aug.

[672]) Lobkowitz. 9. Aug.

[673]) Van Swieten. 21. Mai 1774. „Der König hat dem Obristen Broun „mit vieler affectation den Auftrag gegeben, Ihro Maj. den Kaiser seiner Freund„schaft zu versichern. Allez-vous à Vienne? fragte der König. „Voulez-vous „„bien vous charger d'une commission? Me ferez-vous ce plaisir là, je vous „„en prie Faites-moi le plaisir de dire à l'Empereur que je Lui suis bien „„sincèrement attaché, et qu'il n'a pas de meilleur ami que moi?""

[674]) Ein vertraulicher Brief van Swietens an Kaunitz vom 26. Juli 1774 enthält eine so interessante Schilderung eines Gespräches mit dem Könige, daß wenigstens ein Bruchstück aus demselben hier nicht ganz unwillkommen sein wird. „Entre autres il me parla de musique, et d'un grand organiste nommé Bach, „qui vient de faire quelque séjour à Berlin. Cet artiste est doué d'un talent „supérieur à tout ce que j'ai entendu ou pu imaginer en profondeur de con„noissances harmoniques et en force d'exécution, cependant ceux qui ont connu „son père, ne trouvent pas encore qu'il l'égale. Le Roi est de cette opinion, „et pour me le prouver, il chanta à haute voix un sujet de fugue chroma„tique qu'il avoit donné à ce vieux Bach, qui sur le champ en fit une fugue „à 4, puis à 5, puis enfin à huit voix obligés. M'ayant demandé ensuite si „je m'occupois aussi toujours de la musique, et si j'avois quelquefois des „concerts chez moi, je n'osois pas lui dire que les musiciens etoient trop „mauvais, mais je lui dis qu'il y avoit trop de difficulté à rassembler les „bons qui sont occupés près de lui. Il me répondit qu'il en gardoit fort peu „près de sa personne, qu'il en restoit beaucoup à Berlin, et qu'il leur donne„roit les ordres de se rendre chez moi tout autant de fois que je le voudrois. „Je le remerciai de mon mieux de cette marque de faveur, et ces Messieurs „sont déjà venus m'annoncer les ordres qu'ils ont reçus, de sorte que me „voilà condamné à me faire impatienter par des gens qui n'ont ni âme ni „goût et une haute opinion d'eux-mêmes. On m'écorchera les oreilles, on me „fera bouillir le sang, et je serai encore obligé d'en témoigner de la recon„noissance, qui dans ce pays-ci ne se borne pas à des complimens; mais „j'envisagerai la chose du bon côté, et je serai toujours flatté de l'attention „très-distinguée du Roi. Nous avons parlé aussi littérature allemande, dont „il commence à avoir bonne opinion, et à prevoir de très-grands progrès. Il „cita les fables de Gellert qu'il comparoit à celle d'Esope et de la Fontaine. „Je citai Gessner qu'il ne connoit pas. Klopstock passa pareillement la „revue, mais le Roi avec justice le trouve trop empoulé, quoique je doute „qu'il l'ait lu. L'espèce de vers hexametres dont ce poëte s'est servi, nous „mena à l'éloge de la langue allemande, qui a une prosodie marquée; à ce „sujet le Roi me conta, qu'autrefois Gottsched avoit voulu lui faire sentir

„cette harmonie, lorsqu'il le vit à Leipzig, et que ce pédant lui avoit déclamé „d'une voix forte: Der Donner, das Wetter, der Hagel, en voulant imiter le „ton et la manière dont Gottsched appuyoit sur la prononciation de ces mots. „Le Roi parla si haut que je ne pus m'empêcher de sourire de l'idée qui me „vint, que les gens dans la pièce attenante pourroient le croire dans une „colère excessive, en l'entendant jurer d'une manière si énergique. Peu „auparavant ils auroient pu l'entendre miauler, en cherchant à me rendre sen„sible l'effet d'un concert d'amateurs, composé du feu Marquis d'Argens, du „grand-écuyer Schaffgotsch et de quelques amateurs, dont il avoit voulu autre„fois s'amuser, et dont le récit le fit encore rire à chaudes larmes. La con„versation tomba ensuite sur Aufresne dont le Roi fit les plus grands éloges, „en avouant qu'il n'avoit jamais vu d'acteur qui eut un jeu plus naturel et „plus vrai. C'est une vraye conversion qu'Aufresne a opéré là, car le Roi „étoit fort prévenu d'ailleurs pour ce jeu ancien et outré, et à commencer „par Voltaire, il n'avoit été accoutumé qu'à entendre ronfler ou aboyer et „non pas dire des vers. La Fleury, que Votre Altesse connoit et qui est „encore ici, lui avoit paru la meilleure actrice possible; je suppose que son „admiration diminuera actuellement. Aufresne a joué devant lui le rôle de „Coucy dans Adélaide du Guesclin, Mithridate, le Bourru bienfaisant et le „Philosophe sans le scavoir. Le Roi n'aime pas du tout cette dernière pièce, „et il a été particulièrement content de l'acteur dans Mithridate et dans le „Bourru. Nous en avons joui pendant huit jours à Berlin, et j'ai trouvé le „même homme que nous avons tant admiré à Vienne, où il se rend d'ici après „avoir passé par Dresde; il est parti ce matin. En parlant comédie, le Roi „tomba sur le chapitre de Mayence qui en joue une si ridicule, et dont les „rôles ne paroissoient plus être faits pour ce siècle. Il se rappella d'avoir vu „autrefois dans Mayence de ces chanoines qui s'habilloient le matin en hou„zards pour ètre plus lestes à cheval, et se montroient le soir dans toute la „morgue de leur Etat; il soupçonne que parmi les grands héros qui ont dé„truit dans un jour tout ce que feu l'Electeur avoit travaillé si longtems à „établir, il pourroit bien y avoir eu quelques uns de ces houzards qu'il avoit „vus. Je lui fis observer que c'étoit plutot l'ouvrage des houzards noirs de „St. Ignace. A propos, oui, dit il, ils ont rétabli les Jésuites; vous voyez bien „que je ne suis pas le seul à vouloir les garder. . . ."

[675]) Van Swieten. 13. Aug. 1774.

[676]) Kaunitz an van Swieten. 8. Sept. 1774. Abgedr. bei Beer. Docum. 198—200.

[677]) Van Swieten. 20. (nicht 25.) Sept. 1774.

[678]) Vortrag des Staatskanzlers an die Kaiserin. 30. Sept. 1774.

[679]) Maria Theresia und Joseph II. Ihr Briefwechsel. II. 40.

[680]) Denkschrift Josephs vom 8. Oct. 1774.

[681]) Reviczky. 17. und 28. Sept., dann 1. Oct. 1774.

[682]) Referat des Staatskanzlers vom 11. Oct. 1774.

[683]) An Reviczky. 12. Oct.

[684]) Reviczky. 10. Dec. 1774.

[685]) Reviczky. 24. Dec.

[686]) Dieselbe ist, jedoch mit Hinweglassung wichtiger, auf das Verfahren des Königs von Preußen bezüglicher Stellen abgedruckt bei Beer. Docum. 200—203.

[687]) Postscriptum vom 10. Jänner 1775. Abgedr. bei Beer. Docum. 203—205.

[688]) Bericht van Swietens vom 8. Febr. 1775.

[689]) Referat vom 14. Febr. 1775.

[690]) „l'Emp: m'ayant renvoyée ce paquet sans y rien ajouter, je prens cela pour son approbation, laqu'elle vous avez pleinement de moi en tout. . . ."

[691]) Kaunitz an Maria Theresia. 14. Febr. 1775. „. . . le roi de Prusse „paroit déterminé à ne pas vouloir demander la médiation de la Russie, parce „qu'il se croit assuré qu'on ne l'obtiendra pas et que, supposé même qu'elle „l'accordât, il pense que non seulement elle ne seroit pas favorable à ses „prétensions, non plus qu'à celles de cette Cour, mais peut-être même con-„traire, si non ouvertement, au moins indirectement. Je pense à peu prez „comme lui à cet égard. . . ." Hienach ist denn auch die irrige Meinung Beers, Kaunitz habe geglaubt, daß Rußland sich der Mediation nicht entziehen könne (II. 298), zu berichtigen.

[692]) Reviczky. 19. Juli 1775.

[693]) An Reviczky. 19. Aug. 1775.

[694]) Reviczky. 30. Aug.

[695]) An Reviczky. 9. Sept.

[696]) Reviczky. 20. Sept.

[697]) Reviczky. 14. Oct.

[698]) Referat des Staatskanzlers vom 14. Nov. 1775.

[699]) Die Denkschrift des Kaisers vom 16. Nov. ist abgedr. bei Beer. Docum. 73.

[700]) „Die sache einzuleiten nach diser letzten note des Kaysers May." Eigenhändige Bemerkung der Kaiserin auf das Referat des Staatskanzlers vom 15. Nov. 1775.

701) Rescripte an Reviczky vom 16. und 17. Nov. 1775.

702) Beer. II. S. 300.

703) Reviczky. 29. Dec. 1775.

704) Referat des Staatskanzlers vom 2. Jänner 1776.

705) Josephs Aufzeichnung vom 2. Jänner 1776 ist abgedr. bei Beer. Docum. 74.

706) Referat des Fürsten Kaunitz vom 3. Jänner 1776.

707) Zweites Referat des Staatskanzlers vom 3. Jänner 1776.

708) „je ne saurois vous exprimer ce qui m'at couté d'obtenir seule-„ment d'aggreer la petite note de votre part; j'ai dut changer plusieurs fois. „voyez que l'essentiel de la note at été aprouvé et qu'il n'y a que le choix „que stackelberg pouvoit faire, que je n'ais put surmonter. je vous avoue, je „n'en peux plus."

709) Joseph an Maria Theresia. 4. Jänner 1776. „Fürst von Kaunitz hat „mir diesen augenblick beyfolgende depeche geschickt; ich verweile nicht, selbe E. M. „allerunterthänigst vorzulegen. dessen inhalt verändert nur in so weit meine ge-„gebene meinung, als dem Rewitzky meines erachtens aufzutragen wäre, statt die „ruckgabe der Stadt Casimir in denen letzten gradationen zu setzen, wenn man „doch mit denen Pohlen was schliessen will, selbe als ein auffsehen machende ruck-„gabe zum vierten Punkt, da drey schon eingestanden sind, zu setzen und mitelst „selber dem abschlus zu erzwingen; wo nicht, die Sache sache lieber gar zum ab-„brechen zu nähern."

710) „suivez votre premier mouvement et tachez qu'on finisse ainsi „comme vous proposez dans votre billiet ici; alors je serais bien plus „tranquille."

711) Sie befindet sich auf dem Referate des Staatskanzlers vom 5. Jänner 1776 und ist abgedr. bei Beer. II. 302.

712) Einen Beweis ihres Vertrauens gab Maria Theresia durch diese Resolution dem Fürsten Kaunitz, nicht aber, wie Beer meint (II. 302), vollkommen freie Hand. Im Gegentheile, nicht nach den Anträgen des Staatskanzlers, sondern nach denjenigen Josephs fiel ihre Entscheidung aus.

713) An Reviczky. 5. Jänner 1776.

714) An Reviczky. 6. Jänner.

715) Referat vom 8. Jänner.

716) Referat vom 10. Jänner.

[717]) „vous viendrois à 1 heure ou l'Emp. se trouvera chez moi, pour „finir cet grand ouvrage. j'en attens de vous seule la fin d'un ouvrage qui „nous tient tant à cœur."

[718]) Auf das Referat vom 21. Jänner 1776.

[719]) Vom 29. Jänner 1776.

[720]) Joseph an Maria Theresia. 22. Febr. 1776.

„Diese auffätze allerunterthänigst zurücksendent, finde nur zu erinneren, das „neuerdings gutgeheisen wird, was rewitzky wegen den fruchtgenuß der cedirten „theilen wieder seine instruction eingestanden hat. ich habe die ursachen dagegen „hinlänglich angeführet; sollte sich die übergab bis nach dem Reichstag verzögern, „so wird es noch beschwersamer und verkleinerlicher, wenn man selbe berechnen „und zurückgeben solle. ich bleibe also dabey, daß fest bey dem getroffenen ent„schlus, von selben bis zur würklichen übergab keine meldung zu machen, zu ver„bleiben, oder doch wenigstens bey schon schier verschnitener sache dem tag der „auswechslung der Ratificationen zum termino zu bestimmen. bey dem übrigen „finde nichts zu erineren."

[721]) „placet; schicke hier des Kaysers meinung, welche revitzgi solle ge„schickt werden, welches aber weder die sache vereitlen noch in das längere solle „verzihen machen."

[722]) „je lui renvois cette depeche, à laquelle vis à vis des Polonois „il ne reste plus rien à dire, et il ne dependra que d'elle de faire conoitre „a revitzgi, que dans le point principal de ses dernieres instructions il ait „outrepassé ce qu'on lui avoit prescrit, pour faire reussir toute l'affaire."

[723]) Referat vom 23. Febr. 1776.

[724]) Reviczky's chiffrirter Bericht vom 13. März 1776.

[725]) An Reviczky. 24. März 1776.

[726]) Referat des Staatskanzlers vom 18. Juni 1775.

[727]) Referat des Staatskanzlers vom 29. Juli 1775.

[728]) Thugut. 3. Aug. 1775.

[729]) Aufzeichnung des Kaisers vom 26. Nov. 1775.

[730]) Referat des Staatskanzlers vom 7. Febr. 1776. Joseph schrieb am nämlichen Tage auf dasselbe: „bey so bewendeten umständen ist freylich nichts „anderst als die nachgiebigkeit in beeden puncten zu veranlassen. Thugut soll selbe „wenigstens so viel gelten machen als möglich."

[731]) Thugut. 16. Mai 1776.

[732]) Referat des Staatskanzlers vom 25. Mai 1776. „je vous fais mon „compliment pour les affaires de la bucovina. tout ce que vous faite, est bien, „mais cela ne coute pas peu de soings; je suis bien contente."

[733]) II. 464.

[734]) Als, um nur ein Beispiel anzuführen, am 20. Aug. 1770 Kaunitz der Kaiserin eine Denkschrift des damals in Wien anwesenden polnischen Conföderationsmarschalls Grafen Pac über verschiedene Wünsche und Beschwerden der Conföderirten vorlegte, antwortete Maria Theresia: „nach disen remarquen des „Fürst Kaunitz zu expedirn; die terme ein wenig bemitleydender; seind un„glücklich genug."

[735]) Beer. II. 316. 317.

Alphabetisches Namen-Register.

Druck von Adolf Holzhauſen in Wien
k. k. Univerſitäts-Buchdruckerei.